

Landesarbeitsgemeinschaft
Soziale Brennpunkte Hessen e.V.
- Geschäftsstelle -
Mossstr. 25, 6000 Frankfurt/M. 1
Tel. 0611 / 23 43 97

DOKUMENTATION
ZUR SOZIAL-UNDBEWOHNER-
ARBEIT IN DEN
SOZIALEN BRENNPUNKTEN
HESSENS

hg. v.

LANDESARBEITSGEMEINSCHAFT
SOZIALE BRENNPUNKTE HESSEN e.V.

Vorbemerkung

Die hier vorgelegte Dokumentation zur Sozial- und Bewohnerarbeit in den Sozialen Brennpunktsiedlungen Hessens ist der erste Versuch einer umfassenden Darstellung der verschiedenen Arbeitsbereiche und Arbeitsschwerpunkte der Projekt- und Initiativgruppen, die mit dem Jahr 1969/70 beginnend vom Land Hessen und vom Landeswohlfahrtsverband gefördert wurden.

Die Dokumentation erhebt keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit, die jeweiligen Darstellungsschwerpunkte der einzelnen Projekte sind von diesen - bis auf wenige Ausnahmen - selbst bestimmt worden. Der jeweilige Umfang der Projektdarstellung stellt keinerlei Wertung oder Prioritätenskala dar, sondern ergibt sich aus der seitens der örtlichen Arbeitsgruppen zur Verfügung gestellten Materiallage. Einige Projektgruppen konnten nicht in der Dokumentation berücksichtigt werden, da keine ausreichenden Unterlagen vorhanden waren bzw. zur Bearbeitung bereit gestellt wurden. Eine Fortsetzung der Dok. ist geplant. Die Dokumentation enthält sowohl Jahresberichte als auch Pressequerschnitte sowie andere dokumentarische Unterlagen. Sie umfaßt nicht nur die Projekte und Initiativen, die Mitglieder der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen im Sinne der Satzung sind, sondern auch andere, mit der Landesarbeitsgemeinschaft in loser Form zusammenarbeitende Vereine. Die verschiedenen Berichte stammen aus den Städten:

Darmstadt, Offenbach, Neu-Isenburg, Frankfurt/M, Hanau, Rüsselsheim, Wiesbaden, Friedberg, Bad Nauheim, Fulda, Gießen, Marburg, Bad Homburg, Kassel, Eschwege.

Insgesamt gibt es in Hessen 41 Spiel- und Lernstuben, die seitens des Landesjugendamtes Hessen und 13 Projektgruppen, die seitens des Hessischen Sozialministers unter den Titeln "Offene Hilfen" und "Obdachlosenhilfe in Sozialen Brennpunkten" gefördert werden. Der Schwerpunkt der vom Landesjugendamt geförderten Projektgruppen liegt auf der sozialpädagogischen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen verbunden mit Elternberatung und Elternbildungsarbeit, der Schwerpunkt der vom Sozialminister bezuschußten Arbeitsgruppen liegt bei der Erwachsenen- und Bewohnerarbeit. In den über 50 Einrichtungen arbeiten ca. 200

hauptamtliche und ca. 400 nebenamtliche Mitarbeiter.

Die Projektgruppen arbeiten meist in umgebauten Einfachstwohnungen und anderen Behelfseinrichtungen. Ausgebaute Sozialzentren gibt es nur 7 Siedlungen. Der betreute Personenkreis liegt bei ca. 15000. Darunter fallen ca. 6.500 Kinder und Jugendliche. Die Projekt- und Initiativgruppen arbeiten sowohl in noch bestehenden Obdachlosensiedlungen (Notunterkünfte und Einfachstwohnungen) als auch in Mischwohngebieten (Einfachstwohnungen und Sozialer Wohnungsbau) und in Neubaugebieten. (moderner Sozialer Wohnungsbau). Eine sehr geringe Anzahl arbeitet in Sanierungs-Stadtteilen. In vielen Stadtteilen und Siedlungen sind neben den professionellen Sozialarbeitergruppen inzwischen auch Bewohnerräte, Mieterinitiativen und andere Initiativen der Betroffenen tätig. Dies findet auch in der Dokumentation ihren Niederschlag.

Die Dokumentation gliedert sich nach Regionen:

Hessen_Süd (Frankfurt/M, Offenbach, Bad Homburg, Neu- Isenburg, Hanau, Friedberg, Bad Nauheim)

Hessen_Süd/West (Wiesbaden, Darmstadt, Rüsselsheim, Limburg)

Hessen_Mitte/Nord (Gießen, Marburg, Fulda, Kassel, Eschwege)

Am Ende der Dokumentation ist eine Allgemein-Information über die Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen, die hier als Herausgeber fungiert, sowie eine Liste aller Projekt-adressen einschließlich der sozialpädagogischen Schülerhilfen (Projekte außerhalb von Sozialen Brennpunktsiedlungen, aber ebenfalls nach der Richtlinie I.VIII. des Landesjugendamtes gef.) abgedruckt.

Zu Beginn finden die Leser ein kürzlich fertiggestelltes Gutachten von Prof. Dr. Gotthold, Univ. Bremen, das die Landesarbeitsgemeinschaft zur Studie der Forschungsgruppe Vaskovics (Titel" Hilfen für Obdachlose) in Auftrag gegeben hatte.

Im September 1978

LANDESARBEITSGEMEINSCHAFT

SOZIALE BRENNPUNKTE HESSEN e.V.

LANDESGEMEINSCHAFT SOZIALE BRENNPUNKTE HESSEN e.V.

Geschäftsstelle: Moselstr. 25, 6000 Frankfurt 1, Tel. 0611/234397

Frankfurt, den 25. Aug. 1978

OBdachLOSIGKEIT UND SoZIALWISSENSCHAFT

Kritik an der Studie von L. Vascovic, W. Weins, H.-P. Buba " Hilfen für soziale Randgruppen / Obdachlose " Bamberg 1978

Die Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V., als Zusammenschluß von Bewohnern und Sozialarbeitern sozialer Brennpunkte Hessens, hat die, im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Jugend und Gesundheit erstellte, Studie "Hilfen für Soziale Randgruppen/Obdachlose" mit äußerst gemischten Gefühlen aufgenommen.

Als begrüßenswert erscheint es zunächst, daß es vermittels dieser Studie gelungen ist das Problem Obdachlosigkeit, d.h. menschenunwürdige, gesundheitszerstörende, diskriminierende und rechtlose Wohn- und Lebensbedingungen für Hunderttausende, dem öffentlichen Bewußtsein und der öffentlichen Diskussion wieder näher gebracht wird. Dies zeigt die umfangreiche Resonanz in den Öffentlichkeitsmedien.

Unterstützenswert erscheinen uns die Forderungen des Gutachterteams nach Verbesserung und Ausbau der präventiven Maßnahmen zur Verhinderung von Obdachlosigkeit durch Wohnungsbeschaffung und Wohnungserhaltung. Dies besonders auch durch verstärkte Ausschöpfung der Möglichkeiten des Bundessozialhilfegesetzes. Angesichts stark gestiegener Wohnungs- und Mietkosten bei gleichzeitig restriktiver Handhabung der Sozialhilfe droht für einen zunehmenden Teil der Bevölkerung ein Verlust der bisherigen Wohnung und die Einweisung in eine Notunterkunft. Dies wird beispielsweise auch an den gestiegenen Einweisungszahlen deutlich, die das Hess. Innenministerium Anfang dieses Jahres dokumentiert hat.

Kritik und schärfsten Widerspruch müssen jedoch an der durchgehend selektiven empirischen Wahrnehmung der Studie, ihre pauschale Abqualifizierung von gemeinwesenorientierten und sozialpädagogischen sowie beratenden Maßnahmen und Einrichtungen als auch der, zumindest in Hessen, zahlreichen Bewohneraktivitäten und -initiativen und der favorisierten dezentralen und vereinzeln den Umsetzungsstrategie zur Beendigung von Obdachlosigkeit formuliert werden. Ebenso kann nicht unwidersprochen hingenommen werden, daß die Studie ohne jegliche empirische Belege die Hälfte der von Obdachlosigkeit und materieller Not Betroffenen als "psychisch krank" oder "verhaltensgestört" bezeichnet. Durch derartige, die gesamte Studie durchziehende und empirisch nicht belegte bzw. belegbare Aussagen und Feststellungen werden zwangsläufig in der Öffentlichkeit Urteile wie das folgende:

"Eine wissenschaftliche Studie über Obdachlose in der Bundesrepublik ... wird sich nach ihrer Veröffentlichung in der nächsten Woche als Stich ins Wespennest sozial- und rechtsstaatlicher Wohltätigkeit erweisen. Ein Wissenschaftlerteam ... ermittelte zum Teil katastrophale Formen fehlgeleiteter Obdachlosenhilfe." (Frankfurter Rundschau v. 6.5.1978) provozieren.

Wenn ohne hinreichende Kenntnis geschweige denn mit nachprüfbareren Beweisen den Bewohnern sozialer Brennpunkte pauschal die Möglichkeit einer eigenständigen, aktiven und solidarischen Veränderung ihrer Lebensbedingungen abgesprochen, Bewohner- und Sozialarbeiterinitiativen als wirkungslos und finanziell geförderte beratende und sozialpädagogische Einrichtungen als negativ hingestellt werden, so verkennt die Studie damit nicht nur die Wirklichkeit sondern liefert die "wissenschaftliche" Rechtfertigung für die finanzielle Zerstörung derartiger Ansätze. Ansätze die einerseits unter schwierigen finanziellen und personellen Bedingungen tagtäglich der ungeheuren Benachteiligung von Obdachlosen in unserer Gesellschaft entgegenwirken und andererseits am ehesten gegenüber den politischen und behördlichen Entscheidungsträgern auf strukturelle Lösungen und nachträgliche Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen der Betroffenen hinwirken.

Die durch nichts zu beweisenden Aussagen der Studie, der gerade für diesen Bereich zugestandenen Finanzmittel seien wirkungslos oder fehlgeleitet, eröffnet den kommunalen, staatlichen und verbandlichen Geldgebern eine zusätzliche, bereits in den letzten beiden Jahren zunehmend praktizierte, finanzielle und personelle Auszehrungsmöglichkeit gegenüber den Initiativen und Einrichtungen in sozialen Brennpunkten - ohne jedoch weiterführende und wirksamere Alternativen aufzeigen zu können.

Um dieser drohenden Gefahr für alle positiven und fortschrittlichen Initiativen zur Verbesserung der Lebensverhältnisse in sozialen Brennpunkten und zur aktiven Beseitigung von Obdachlosigkeit und Wohnungsnot entgegenzuwirken hat die Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V. den bisherigen Stadtentwicklungsreferenten der Stadt Marburg/Lahn, Prof. Dr. Jürgen Gotthold, gebeten, eine Kritik der Bamberger Studie vor dem Hintergrund seiner Marburger Erfahrungen anzufertigen. Gotthold hat in Marburg gemeinsam mit Bewohnern und dem der Landesarbeitsgemeinschaft angehörenden Gemeinwesenarbeitsprojekt Arbeitskreis Soziale Brennpunkte Marburg (AKSB), einen Stadtteilentwicklungsplan für einen sozialen Brennpunkt in Marburg erarbeitet und auch gemeinsam mit allen Beteiligten umgesetzt. Er ist jetzt Assistenzprofessor in Bremen.

In dieser, hier vorgelegten Stellungnahme, setzt sich Dr. Gotthold einerseits mit den Befunden der Bamberger Studie differenziert auseinander, zeigt ihre zahlreichen Widersprüchlichkeiten und empirischen Unzulänglichkeiten auf und entwickelt andererseits adäquatere, an den Bedürfnissen der Betroffenen orientierte Problemlösungen.

LANDESARBEITSGEMEINSCHAFT
SOZIALE BRENNPUNKTE HESSEN e.V.

V

Dr. Jürgen Gotthold
Ass.-Professor

28 Bremen, den 8.8.1978
Roonstr. 17

S T E L L U N G N A H M E

zu der im Auftrage des Bundesministeriums für Familie,
Jugend und Gesundheit erstellten Studie von

L. Vascovics, W. Weins, H.-P. Buba

Hilfen für Soziale Randgruppen/Obdachlose, Bamberg 1978

Die Bundesregierung geht davon aus, daß es dringend geboten ist, neue Hilfearten zu entwickeln, die den Besonderheiten der persönlichen und wirtschaftlichen Situation sozialer Randgruppen gerecht werden und durch die Voraussetzungen für eine erfolgsversprechende Integration geschaffen werden sollen. Es gehört nämlich - wird unter Bezugnahme auf das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland erläutert - zu den vordringlichen Aufgaben eines sozialen Rechtsstaates, sich der Menschen besonders anzunehmen, die durch persönliches Schicksal - z.B. Krankheit, Arbeitsunfähigkeit, Ehescheidung, Tod des Ernährers - oder durch äußere Einflüsse wie Vertreibung, Flucht oder deshalb, weil sie den steigenden Anforderungen einer modernen Industriegesellschaft nicht gewachsen sind, in soziale Schwierigkeiten geraten oder zu geraten drohen und die aus eigener Kraft diese Schwierigkeiten nicht überwinden oder verhindern können und deshalb am Rande unserer Gesellschaft leben oder dorthin zu geraten drohen. Aus dieser grundgesetzlich vorgeschriebenen Einsicht hat der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit Forschungsaufträge erteilt, "um eine Übersicht über das bisher Geplante und Veranlaßte zu bekommen und um die Ursachen der Zugehörigkeit zu den 'Randgruppen', die soziale Struktur einzelner Gruppen, Methoden der Eingliederung sowie zweckmäßige und geeignete Wohn-, Behandlungs-, Lebens-, Bildungs- und Arbeitsformen zu untersuchen". Das Ergebnis einer dieser Forschungsaufträge liegt nun vor: Die Studie von Vaskowics , Weins und Buba , die sich auf Obdachlose beschränkt und deren Aufgabe es insbesondere sein sollte, Erfolg oder Mißerfolg der bisher dieser Bevölkerungsgruppe gewährten "Integrationshilfen" zu analysieren und aufzuzeigen, welche speziellen Hilfen zur Integration noch angeboten werden sollten.

Ob diese Ziele von den Autoren tatsächlich erreicht worden sind, wird man unterschiedlich beurteilen können. Immerhin, das aufgewandte Arbeitsvolumen kann sich sehen lassen: Aus der einschlägigen Literatur "wurden ca. 350 Titel erfaßt und davon ca. 150 näher analysiert" (S. 5). Durch eine Fragebogenaktion wurden alle 77 Städte der Bundesrepublik mit mehr als 80 000 Einwohnern erfaßt, von denen immerhin 69 eine auswertbare Antwort vorlegten. Darüberhinaus wurden in 16 Städten "Experten-gespräche" mit den zuständigen Dezernenten, Amtsleitern oder

Mitarbeitern geführt. "Die Expertenbefragung sollte hauptsächlich durch praktische Erfahrungen fundierte Meinungen über die Wirkungen verschiedener Maßnahmen liefern". Ursprünglich hatten die Autoren sich vorgenommen, in 25 Städten 90 - 100 Experten zu befragen. Da man sich von vornherein darüber klar war, "daß die Expertenbefragung die wissenschaftlichen Aussagen und Analysen über Ursachen und Wirkungszusammenhänge nicht ersetzen könne", (S. 5) konnte man bei den auftretenden Schwierigkeiten die Zahl der Expertengespräche ruhig etwas einschränken. Ein deutliches Kennzeichen des Berichts ist es ohnehin, daß auf das Urteil der unmittelbar mit den Betroffenen arbeitenden Sozialarbeiter wenig gegeben wird, insbesondere wenn "von Sozialwissenschaftlern" etwas anderes empfohlen wird. (Ein eklatantes Beispiel auf S. 114: Dort wird mitgeteilt, daß bei Umsetzungen "vor allem von Sozialarbeitern die massierte Umsetzung empfohlen" werde, während "von Sozialwissenschaftlern" die Vereinzelung der Betroffenen als "notwendige Bedingung der Reintegration" angesehen wird. Eine "wissenschaftlich gebotene" Auseinandersetzung mit den Erfahrungen der Sozialarbeiter, also derer, die mit solchen Problemen tagtäglich umgehen, erfolgt nicht; für die Parteinahme für die Meinung der Sozialwissenschaftler wird nur eine pauschale Begründung gegeben). Vor diesem Hintergrund erst wird der Hauptmangel in der empirischen Grundlegung des ganzen Berichts deutlich: Erhebungen bei den zahlreichen vor Ort arbeitenden Initiativen hat es nicht gegeben, Expertengespräche mit ihnen anscheinend nur in zwei Fällen; über entsprechend Kontakte mit den Betroffenen oder ihren Nachbarn wird überhaupt nicht berichtet. Dies ist deswegen umso erstaunlicher, als eine Operationalisierung des Begriffs "Integration bzw. Reintegration von Obdachlosen" durch Vascovics selbst mitgeteilt wird, die ausschließlich auf soziale Interaktion zwischen ehemaligen Obdachlosen und neuen Nachbarn und deren subjektive Befindlichkeiten abstellt. (S. 111, Anm. 99). Wie diese durch Befragung von Stadtverwaltungen und Expertengespräche festgestellt wurden, bleibt das Geheimnis der Verfasser.

Plädoyer für präventive Maßnahmen

Das Material, das die Verfasser über die in den einzelnen Städten verfolgte Obdachlosenpolitik zusammengetragen haben, ist dennoch interessant. Das gilt für die von den einzelnen Städten gemeldeten Obdachlosenzahlen, die zwischen 0 (Ulm) und 5 500 (Köln) schwankt. Die höchste Obdachlosenquote meldet Kaiserslautern mit 39 Obdachlosen auf 1000 Einwohner. Interessant sind auch die geschätzten Gesamtzahlen für die Bundesrepublik, die die Verfasser mit 65 000 Familien und 260 000 Personen angeben. Zweifel bleiben allerdings bei der Lektüre dieser Zahlen nicht aus: Die Verfasser berichten selbst von unterschiedlichen Zielgruppen-Definitionen der Städte; sie selbst scheinen einen möglichst weiten Begriff zu bevorzugen: obdachlos ist danach schon, wer "durch latente oder potentielle Obdachlosigkeit gefährdet" ist ("prognostische Zielgruppenbestimmung"). Es ist kaum wahrscheinlich, daß den Angaben von Ulm, Eßlingen und Bremen (Obdachlosenquote gleich null) ein so weiter Begriff zugrunde gelegen haben könnte. Bedauerlicherweise machen die Verfasser auch keine Angaben darüber, ob und ggf. welchen Obdachlosenbegriff sie ihrer Erhebung zugrundegelegt haben. Am wahrscheinlichsten ist daher, daß jede befragte Stadt ihre eigene Definition benutzt. Rückschlüsse von solchen Zahlen auf die Qualität der von den einzelnen Städten verfolgten Obdachlosenpolitik können deswegen nur mit äußerster Vorsicht gezogen werden. Nur in einer Anmerkung (S. 82, Anm. 69) wird darauf hingewiesen, daß durch die bloße Umwandlung eines Nutzungsverhältnisses (gleich Kennzeichen für Obdachlosigkeit) in ein Mietverhältnis "höchstens eine statistische Korrektur der Obdachlosenzahl" bewirkt wird. Von daher wird man auch die von den Autoren angegebene Gesamt-Obdachlosenzahl in der Bundesrepublik mit etwas Skepsis betrachten müssen.

Die Verfasser selbst sprechen für einen weiten Begriff der Obdachlosigkeit, weil sie die Abwendung drohender Obdachlosigkeit mit Recht für besonders wichtig halten. Die Rüge an die Adresse der Städte, die von den entsprechenden Kann-Bestimmungen des Bundessozialhilfegesetzes keinen Gebrauch machen, muß nachdrücklich unterstrichen werden. Die möglichen vorbeugenden Hilfen, um den Verlust der Wohnung abzuwenden, sind zahlreich.

Aufgezählt werden die folgenden:

- Übernahme von Mietrückständen
- Mietvorauszahlungen als Sicherheitsleistung (Kautions)
- Kosten der Anmietung von Wohnungen und Maklergebühren
- Schuldenübernahme bei Wohnungsüberlassung an das Sozialamt oder den Vermieter
- Übernahme ausstehender Gas- und Elektrizitätsrechnungen
- Einmalige Beihilfen zur Reparatur, die im Mietvertrag zwingend vereinbart wurden
- Übernahme von Genossenschaftsanteilen zur Erlangung von Genossenschaftswohnungen
- Miet- und Anzahlungsübernahme für die neue Wohnung
- Maßnahmen zur Wohnungsbeschaffung, wenn die alte Wohnung zu teuer oder nicht zu behalten ist.

Zuzustimmen ist den Verfassern auch, wenn sie ausführen, daß bei voller Ausnützung dieser Möglichkeiten die Rekrutierung der Obdachlosigkeit fast gänzlich unterbunden oder doch erheblich reduziert werden könne, wenn die Kommunen geeignete Informationssysteme zur Früherkennung von latenter oder potentieller Obdachlosigkeit entwickeln und die nötigen Konsequenzen beim Personaleinsatz ziehen (S. 54).

Allerdings wird den Kommunen damit offenbar nichts neues mitgeteilt. Denn - wie die Verfasser selbst berichten - "besteht bei den befragten Experten (aus den Stadtverwaltungen) weitgehende Einigkeit", daß durch Präventivmaßnahmen "der Rekrutierungsprozeß unterbrochen und damit die Obdachlosenzahlen erheblich reduziert werden" könnten. Die "Experten" nennen auch die Gründe, weshalb die Städte dieses ihnen bekannte, probate Mittel nicht anwenden: "Eine großzügige und konsequente Anwendung von Präventivmaßnahmen können die Städte nicht bezahlen. Vor diesem Hintergrund verlieren die von den Verfassern referierten diskriminierenden Ansichten von Mitgliedern städtischer Verwaltungen über Obdachlose erheblich an Gewicht. Wenn die Städte nicht die Mittel aufbringen können (oder wollen), dann stellen sich angesichts der Ohnmacht der Verwaltungsangehörigen, die nur über die im städtischen Haushalt eingesetzten Mittel verfügen können, diskriminierende Haltungen leicht ein, auch wenn man eigentlich weiß, daß präventive Mittel sinnvoller wären. Vor diesem Hintergrund erweisen sich aber auch die von den Verfassern vorgeschlagenen Maßnahmen als wenig gewichtig:

Davon ausgehend, daß der Verzicht auf präventive Maßnahmen auf Informationsmangel der zuständigen Sachbearbeiter beruht, schlagen sie vor (S. 13):

- Weiterschulung von Mitarbeitern in Kommunen, die über den Einsatz von Integrationshilfen entscheiden können
- einen regelmäßigen Erfahrungsaustausch zwischen den einzelnen Kommunen über den Einsatz und die Effektivität der eingesetzten Maßnahmen
- Popularisierte Veröffentlichungen von sozialwissenschaftlichen Untersuchungen über Prozesse und Daseinsformen der Randgruppenbildung

Auch wenn man - wie die Verfasser - nicht nach den tieferen gesellschaftlichen und ökonomischen Ursachen von Obdachlosigkeit fragt und sich auf eher "technische" und institutionelle Vorschläge beschränkt, kann man nicht mit dem unzureichenden Informationsstand der zuständigen Sachbearbeiter argumentieren. Wer sich mit der Situation der Gemeinden in der BRD etwas umfassender beschäftigt hat, weiß, daß auf dieser Ebene der Grund für die unzureichende Präventivpolitik - wie auch die eigenen Expertengespräche der Verfasser ergeben haben - in der finanziellen Situation der Gemeinden, hier speziell in der Finanzierung der Sozialhilfe aus den eigenen Gemeinde- (bzw. Kreis-) finanzien, liegt. Solange an dieser Finanzierungsbasis der Sozialhilfe nichts geändert wird, wird auch die Obdachlosenpolitik der Gemeinden (bei ihrer generellen Finanzschwäche) vor allem durch Sparsamkeit gekennzeichnet sein. Da helfen auch die bestgemeinten (popularisierten) Veröffentlichungen von sozialwissenschaftlichen Untersuchungen nichts. Auf dieser institutionellen Ebene lautet die richtige und recht naheliegende Empfehlung: Umstellung der Finanzierung der Sozialhilfe ; Bund oder Länder müssen erstattungspflichtig werden, die kreisfreien Städte und Kreise müssen Aufgabenträger, dürfen aber nicht Ausgabeträger sein. (Eine entsprechende Regelung wie beim Wohngeld) Auch die von den Verfassern vorgeschlagene Umschichtung der finanziellen Aufwendungen, über die im Rahmen der sonstigen Empfehlungen noch Aussagen zu machen sein werden, dürfte deswegen weniger zu einer Vermehrung der Zahlungen nach dem Bundessozialhilfegesetz als vielmehr zu einem Rückgang der Gesamtaufwendungen für Obdachlose führen.

"Beseitigung der Obdachlosigkeit"

Die Verfasser unterscheiden "objektbezogene" und "personenbezogene" Maßnahmen (S. 21 f.). Als objektbezogene Maßnahmen werden solche bezeichnet, "die sich direkt oder indirekt auf die Wohnobjekte von Obdachlosen beziehen (bzw. auf deren Umgebung, die Infrastruktur des Wohngebietes)". Die Verfasser meinen "entsprechend dem Ziel dieses Forschungsvorhabens", Maßnahmen die sich auf die Wohnobjekte und die Infrastruktur des Wohngebietes von Obdachlosen beziehen, vernachlässigen zu können und konzentrieren sich daher auf "personenbezogene" Maßnahmen. Dies entspricht zwar ihrem von Anfang an durchscheinenden Vorverständnis über die "richtige" Obdachlosenpolitik, allerdings werden sie sich den Vorwurf gefallen lassen müssen, dadurch einen von vielen Beobachtern und einer großen Zahl von Städten (vgl. die eigenen Angaben der Verfasser S. 122 f., 126 ff.) für besonders aussichtsreich gehaltenen Ansatz systematisch zu vernachlässigen, was ihre Ergebnisse und Bewertungen entsprechend relativiert.

Im Hinblick auf den Zeitpunkt der Maßnahme katalogisieren die Verfasser außer den präventiven Maßnahmen "Maßnahmen während der Obdachlosigkeit (situative Maßnahmen)" und "Maßnahmen zur Beendigung der Obdachlosigkeit und nachgehende Betreuung". Mit dieser Unterscheidung korrespondieren andere, so in der Zielbestimmung: "Verhinderung der Obdachlosigkeit, Beseitigung der Obdachlosigkeit und Veränderung der Wohnumwelt von Obdachlosenfamilien" einerseits, gegenüber "Befähigung zur Selbsthilfe, Gewährung von Chancen zur Bewährung, Aktivierung und Resozialisierung" andererseits. Diese willkürliche und unzutreffende Zusammenfassung unterschiedlicher Zielsetzungen in zwei als gegensätzlich gegenübergestellte Zielbündel präjudizieren (gemeinsam mit einem unterstellten Ursachenkatalog für Obdachlosigkeit, auf den noch kritisch einzugehen sein wird) im wesentlichen die Ergebnisse und Bewertungen der Studie.

Diskriminierende und/oder von den Verfassern implizit negativ bewertete Einstellungen von Stadtverwaltungen (Obdachlosigkeit wird als "selbstverschuldet" angesehen, es wird keine Bereit-

schaft und Fähigkeit der Betroffenen zur Integration angenommen, negative Einstellungs- und Handlungsmuster werden als Ursache der Obdachlosigkeit - nicht als Folge - angesehen, Obdachlosen-siedlungen werden als natürlich gewachsene Subkulturen eingeschätzt) werden mit dem Zielbündel "Befähigung zur Selbsthilfe, Gewährung von Chancen zur Bewährung, Aktivierung und Resozialisierung" zusammengebunden. Positiv zu bewertende (und/oder von den Verfassern implizit so bewertete) Grundhaltungen von Stadtverwaltungen (Obdachlosigkeit wird nicht auf die Schuldfrage hin geprüft, sondern aus Strukturzusammenhängen unseres Wirtschafts-, Gesellschafts- und Rechtssystems resultierende potentielle Bedrohung angesehen, Obdachlose werden als "normale", d.h. bloß in Not geratene Mitglieder der Unterschicht angesehen, negative Einstellungs- und Handlungsmuster werden als Folgen - nicht als Ursachen - von Obdachlosigkeit betrachtet, Obdachlosigkeit wird als Rahmenbedingung der Randgruppenbildung sozialschwacher Familien betrachtet) wird dagegen als typisch für das Zielbündel "Verhinderung der Obdachlosigkeit, Beseitigung der Obdachlosigkeit und Veränderung der Wohnumwelt von obdachlosen Familien" betrachtet.

Willkürlich ist die Bündelung und Entgegensetzung dieser Zielvorstellungen deswegen, weil gerade "Befähigung zur Selbsthilfe" und "Aktivierung" von vielen als bestes oder einziges Mittel zur "Beseitigung der Obdachlosigkeit" und zur "Veränderung der Wohnumwelt" betrachtet wird. Demgegenüber können die Zielsetzungen "Aktivierung" und "Gewährung von Chancen zur Bewährung" als eher entgegengesetzte Zielsetzungen angesprochen werden. Denn Aktivierung ist typisch für gemeinwesenarbeitsorientierte Ansätze, denen die Schuldfrage völlig fremd ist, die Obdachlosigkeit auf "Strukturzusammenhänge unseres Wirtschafts-, Gesellschafts- und Rechtssystems" zurückführen, ganz anders als Ansätze mit der Zielsetzung "Gewährung von Chancen zur Bewährung", die eher an das alte "Drei-Stufen-Modell" erinnern. Nur die von den Verfassern anscheinend schon zu Beginn ihrer Arbeit vorhandene Vorstellung über den richtigen Weg zur Integration bzw. Reintegration von Obdachlosen macht es verständlich, daß so unterschiedliche Vorstellungen in einen Topf geworfen werden.

Die Verfasser vertreten als Konzept zur "Beseitigung der Obdachlosigkeit" die Umsetzung, bei der die einzelnen Familien vereinzelt bzw. verstreut in anderen Stadtteilen angesiedelt werden. Schon eine "Klumpung" (drei bis zehn ehemalige Obdachlosenfamilien in einer Nachbarschaft) gefährde den Integrationseffekt. "Bis zu einer Obdachlosenquote von 0,2 % (kann) die Obdachlosigkeit durch Umsetzungsmaßnahmen ohne sozialpädagogisch begleitende Maßnahmen reduziert werden" (S. 113). Alle anderen Strategien werden von den Verfassern aufgrund dieses Vorverständnisses abgewertet, nur kurz gestreift oder gar nicht zur Kenntnis genommen. Die auch von den Verfassern "unbestreitbaren Erfolge" anderer Vorgehensweisen (wie das "Freiburger Integrationsmodell", vgl. S. 62 f.) werden z.B. damit abgetan, diese Erfolge könnten "nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Entscheidung für eine Konzentration sozialschwacher Familien ohne ausreichende Begründung erfolgte". Auch die von den Verfassern vertretene Konzeption wird nicht hinreichend empirisch überprüft, sondern letztlich wird nur referiert, daß "sozialwissenschaftliche Studien" in diesem Sinne übereinstimmend berichteten. Aus diesen Gründen kann das Ergebnis der Arbeit auch die Vorziehbarkeit des einen oder anderen Weges nicht belegen.

Zunächst hätte der Begriff der Integration bzw. Reintegration von Obdachlosen einer kritischen Nachprüfung bedurft. Ist das Problem der Obdachlosigkeit tatsächlich schon gelöst, wenn die Familie umgesetzt wird und danach nicht gleich wieder obdachlos wird? Die Verfasser akzeptieren dies als hinreichenden Maßstab. Tatsächlich ist damit die Obdachlosigkeit einer Familie jedoch zunächst nur juristisch wegdefiniert, die bisher obdachlose Familie hat nun einen Mietvertrag, nicht mehr nur ein polizeirechtliches "Nutzungsverhältnis". Ob damit die sozialen und individuellen Probleme der Familie behoben sind, das menschliche Elend, das sich hinter dem Wort obdachlos verbirgt auch nur gemildert werden konnte, wird nicht gefragt. Ob die psychische Situation der Familie in der fremden Umgebung, in der zunächst jedenfalls keine sozialen Kontakte vorhanden sein können, nicht noch elender ist als vorher, ob

"soziale Abweichungen" deswegen unterbleiben, weil jetzt sogar dafür die psychischen Kräfte fehlen, wird nicht einmal als Möglichkeit in Betracht gezogen. Nicht einmal im Hinblick auf Familien, die immer wieder umgesetzt werden, werden solche Fragen gestellt. Projektleiter Vascovics hat zwar eine Operationalisierung des Begriffes vorgeschlagen, in dem solche Bezüge vorhanden sind, in der vorliegenden Studie aber wird die "Richtigkeit" der vorgefaßten Meinung als empirisch überprüft suggeriert, ohne daß die eigenen Kriterien angewendet werden.

"Kranke", "Verhaltensgestörte" und "Normale"

Allerdings werden positiv bewertete Ergebnisse solcher Umsetzungsaktionen berichtet. Gleichzeitig wird aber mitgeteilt, daß die Rahmenbedingungen, unter denen diese stattgefunden haben, nicht bekannt seien. Aus dem, was die Verfasser selbst mitteilen über begleitende Maßnahmen und nachsorgende Betreuung, wie sie in einzelnen Städten stattgefunden haben, ist eine eindeutige Aussage überhaupt nicht ableitbar, weder im Sinne der vorgelegten Studie noch im anderen Sinne.

Die Verfasser scheinen demnach lediglich aufgrund der von ihnen vorgenommenen Einteilung der Obdachlosen nach der Ursache der Obdachlosigkeit zu ihren Ergebnissen zu kommen. Sie unterscheiden drei Kategorien:

- Psychisch Kranke: Nach der Vorstellung der Verfasser sind 1 Promille aller Einwohner Obdachlose dieser Kategorie (also etwa 60 000). "Diese Fälle dürften nicht mehr als Adressaten der Obdachlosenarbeit angesehen werden, sondern als solche der Medizin bzw. Sozialmedizin, Psychiatrie, etc." (S. 76).
- Verhaltensgestörte und Verhaltensabweichende: Die Verfasser nehmen an, daß 1 Promille aller Einwohner Obdachlose mit Verhaltensstörungen bzw. Verhaltensabweichungen sind (also müßte es auch davon rund 60 000 in der Bundesrepublik Deutschland geben).
- "Normale Mitglieder der Unterschicht": Soweit die Obdachlosenquote 2 Promille übersteigt, handelt es sich um Obdachlose, die nicht "verhaltensgestört und krank" sind, "sondern nur mit Einkommens- und Wohnungsproblemen zu kämpfen" haben. "Diese können in der Regel ohne Resozialisierungsmaßnahmen und ohne begleitende Maßnahmen der Sozialarbeit unter der Voraussetzung reintegriert werden, daß sie angemessene und finanziell tragbare Wohnungen erhalten."

Vergleicht man die zu den einzelnen Kategorien angegebenen Promillezahlen mit der an anderer Stelle mitgeteilten Globalzahlen (260 000), so ergibt sich, daß nach der Ansicht der Verfasser die knappe Hälfte der Obdachlosen in der Bundesrepublik krank bzw. verhaltensgestört ist. Die Kranken bedürfen keiner Obdachlosenpolitik, sondern werden den Medizinern (in geschlossenen Anstalten?) übergeben. Darüber, ob denn nur die Erwachsenen oder auch die Kinder krank sind, ob auch sie nicht mehr der sozialen Hilfe, sondern nur noch der medizinischen Behandlung bedürfen, geben die Verfasser keine Meinungsäußerung ab. Die Globalzahlen (1 Promille der Gesamtbevölkerung) lassen jedoch darauf schließen, daß jeweils ganze Familien als "krank" betrachtet werden. Für das Viertel aller bundesdeutschen Obdachlosen, die verhaltensgestört sein sollen, bleibt der Leser ratlos. Bei ihnen konzedieren auch die Verfasser, daß ihr Konzept nicht wirkt: "Durch Umsetzungsmaßnahmen kann die Reintegration verhaltensgestörter Obdachlosenfamilien nicht erreicht werden." (S. X). Das Konzept gilt daher offenbar nur für "normale Mitglieder der Unterschicht".

Offen bleibt allerdings die entscheidende Frage: Wie kommen die Verfasser zu diesen Kategorien und den angenommenen Größenordnungen? Referiert wird ein ähnlicher Ansatz von Friedrich und Mitarbeitern, die deklassierte Arbeiterfamilien, traditionelle Randschichtfamilien und klinische Randschichtfamilien in Obdachlosensiedlungen unterscheiden. Größenordnungen werden von diesen Autoren nicht genannt. Die einzelnen Kategorien werden differenziert beschrieben. Bei der deklassierten Arbeiterfamilie z.B. werden Ursachenbündel wie Krankheit, Arbeitslosigkeit, familiäre Probleme und daraus folgende psychische Probleme angegeben. Ob die Einteilung sinnvoll und richtig ist, soll hier nicht näher untersucht werden. Festzuhalten bleibt jedenfalls, daß sie hochdifferenziert ist gegenüber der völlig vereinfachenden und der individuellen und gesellschaftlichen Problematik von Obdachlosigkeit in keiner Weise gerechtfertigenden Katalogisierung von Vascovics, Weins und Buba. Deren Einteilung beruht offenbar auch nicht auf der von Friedrich u.a. Zu der Behauptung ein Viertel aller Obdachlosen in der Bundesrepublik seien krank, gehörten in medizinische bzw. psychiatrische Behandlung, geben die Verfasser lediglich

die folgende (empirisch gemeinte?) Begründung: "Die befragten Experten haben den Anteil der Mitglieder des 'harten Kerns' innerhalb der Obdachlosensiedlung zwischen 5 und 50 % (!) geschätzt. Trotz dieser diffusen Kategorie (so weigerten sich z.B. in Hagen und Bremen befragte Mitarbeiter des Sozialamtes, irgendeine Gruppe als 'harten Kern' zu bezeichnen) ergeben sich jedoch für Städte wie Hagen, Frankfurt und Nürnberg relativ stabile Quoten, bezogen auf die Einwohnerzahl, nämlich ca. eine psychisch gestörte Person je tausend Einwohner. Wir nehmen deshalb an, daß innerhalb solcher Größenordnungen in den Städten mit psychisch gestörten Randschichtfamilien zu rechnen ist." (S. 75/76).

Was "verhaltensgestört" ist, wird in keiner Weise erläutert. Angaben darüber, wie deren Größenordnung ermittelt wurde, werden nicht gemacht. (Daß solche Bezeichnungen diskriminierender sind, als die den Mitgliedern von Stadtverwaltungen angekreideten Ausdrücke wie "harter Kern" oder "integrationsfähig", nehmen die Verfasser offenbar nicht wahr.)

Bei der restlichen Hälfte der Obdachlosen wird über die Wechselwirkung von Verlust der Arbeitsstelle, Verlust der Wohnung, Diskriminierung, Verhaltensunsicherheiten, Hilflosigkeit, Angst, Aggressivität etc. kein Wort verloren. Daß Obdachlosigkeit gesellschaftliche Ursachen haben könnte, daß Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit von entscheidender Bedeutung sind, wird nicht erwähnt. Bei ihnen ist angeblich alles ganz einfach: "bei welchen die Obdachlosigkeit durch Bereitstellung einer Wohnung beseitigt werden kann."

400 Millionen DM jährlich vertan?

Über das von den Verfassern vertretene Konzept zur Reintegration von Obdachlosen und über ihre Kategorisierung der Obdachlosen in der BRD könnten akademische Diskussionen durchgeführt werden, ohne daß sich aus der Studie negative Konsequenzen für die bundesdeutsche Obdachlosenpolitik zu ergeben brauchten, wenn nicht eine Aussage darin stände, die katastrophale Auswirkungen haben könnte: "Nach unseren Schätzungen werden jährlich in der Bundesrepublik 400 Millionen DM für den Unterhalt von Obdachlosensiedlungen, sozialpädagogisches Personal und

Sozialhilfeleistungen für Obdachlose ausgegeben, ohne daß man über die Effektivität dieser Mittel Rechenschaft geben könnte" (S. 96). Schlimmer noch: es sei zu vermuten, "daß diese Maßnahmen zur Zielerreichung nur in wenigen Fällen und unter der nicht verallgemeinerbaren Rahmenbedingung eines Modellvorhabens beitragen." Gewiß: die Verfasser selbst sprechen die Empfehlung nur verklausuliert aus (S. 136) - aber was liegt näher als den Rotstift des Kämmerers bei Ausgaben anzusetzen, über deren Effektivität man keine Rechenschaft abgeben kann. Hat man nicht schon lange geahnt, daß hier das gute Geld der Steuerzahler sinnlos vergeudet wird? Wird in der kommunalpolitischen Diskussion dann noch der Hinweis nützen, daß die Verfasser selbst einräumen, ihnen lägen "leider nur sehr wenig überprüfbare Informationen über den Einsatz von Maßnahmen (z.B. zur Solidarisierung und Aktivierung, Maßnahmen zur Aufhebung von Randständigkeit, gesundheitliche Maßnahmen) vor", daß Vascovics, Weins und Buba nur "vermuten", daß "diese Maßnahmen zur Zielerreichung nur wenigen Fällen" beitragen, daß es sich aber um eine "leider durch wissenschaftliche Untersuchungen bisher nicht erhärtete Feststellung" (S. 96) handelt? Was Wissenschaftler vermuten, hat allemal dann Überzeugungskraft, wenn es in die politische Richtung paßt. Aufgrund ihres Vorverständnisses meinten die Verfasser, sich nicht umfassender informieren zu müssen, Konzepte, die den eigenen Vorstellungen widersprachen, nicht untersuchen zu müssen. Ein "Teilentwicklungsplan Obdachlosenhilfe" wie der von Wolfsburg, dem eine Konzentration von Problemfamilien nicht als Nachteil gilt, sondern wo "die sich aus der Konzentration von Problemfamilien ergebenden Möglichkeiten zur Einleitung gruppenspezifischer Selbstbeteiligungsprozesse aufgegriffen werden" sollen, wird als "im Rahmen des Konventionellen" (S. 131) abgetan. Für Maßnahmen für Kinder (Spielgruppen, Vorschulerziehung, Lernstuben, Abenteuerspielplätze) gilt den Verfassern, daß das angestrebte Ziel "in der Mehrzahl der Fälle verfehlt wird" (S. 94) nicht anders als in der Jugend- und Erwachsenenarbeit.

Wegen des großen politischen Schadens, der hier droht, muß im Interesse derer, denen der Entzug der bisher schon unzureichenden Hilfe nach dieser Studie droht, klar festgestellt werden:

die von Vascovics, Weins und Buba gezogenen oder nahegelegten Schlußfolgerungen können nicht einmal durch ihre eigenen in der Studie enthaltenen unvollständigen empirischen Untersuchungen belegt werden.

Stadtteilentwicklungsplanung und Gemeinwesenarbeit

Was die Verfasser vorschlagen, ist darüber hinaus widersprüchlich: Gewarnt wird vor einer "sozialen Homogenisierung als Folge von Umsetzungen (im Sinne von 'ausgesiebten Obdachlosensiedlungen')" (S. 136). Allerdings sind diese die zwangsläufige Folge des von den Verfassern vorgeschlagenen Konzeptes. Da sie als sinnvoll nur Einzelumsetzungen anerkennen, gleichzeitig aber konzedieren, daß für die Kategorie der von ihnen als "verhaltensgestört" Bezeichneten dies keine Lösungsmöglichkeit darstellt, bleiben sie notwendig als "ausgesiebter" Rest in Obdachlosensiedlungen zurück (nachdem die "Kranken" den Medizinern übergeben worden sind). Immerhin sind diese "Verhaltensgestörten" nach den Schätzungen der Verfasser noch ein Viertel aller Obdachlosen. Es wäre allerdings nicht erstaunlich, wenn sich bei Anwendung der in der Studie vorgeschlagenen Konzeption herausstellen würde, daß diese Gruppe größer ist. Denn ihre Kennzeichnung beruht letztlich auf einem Zirkelschluß: Verhaltensgestört sind alle Obdachlosen, die nicht durch bloßes zur Verfügung stellen einer Wohnung "integriert" werden können.

Um so dringender erscheint es, solche Ansätze in wissenschaftlichen Untersuchungen wie in der praktischen Obdachlosenpolitik weiter zu verfolgen, die die Verfasser nur am Rande behandelt haben: "Obdachlosigkeit wird in diesem Fall beseitigt dadurch, daß bestehende bzw. neue Obdachlosensiedlungen zu eigenständigen, lebensfähigen Wohngebieten entwickelt werden" (S. 122). Solche Konzeptionen verstehen "Integration" von Obdachlosen nicht als vereinzelnde Umsetzung, weil dies in vielen oder sogar den meisten Fällen eine Strategie zwangsweiser Anpassung an die herrschenden gesellschaftlichen Verhaltensweisen darstellt, wobei dieser Zwang mit Hilfe der Kontrollen der neuen Nachbarn ausgeübt wird und mit der Sanktion immer wieder erneuter Umsetzung und damit verschärfter Diskriminierung versehen ist. Statt dessen knüpft man an den bestehenden sozialen

Systemen dieser Bevölkerungsgruppe an, statt sie durch vereinzelnde Umsetzungen zu zerreißen. Diese sozialen Systeme als "gewachsene Subkulturen" zu bezeichnen ist dann nicht verkehrt, wenn man die negative Bewertung, die die Verfasser in ihrer Studie damit verbinden, außer acht läßt und zur Kenntnis nimmt, daß diese Subkultur viele Elemente enthält, die auch von den herrschenden Verhaltensnormen positiv bewertet werden, jedoch in der übrigen Gesellschaft ziemlich selten sind. Gemeinwesen-arbeitsstrategien knüpfen an das vorhandene soziale System an und versuchen gemeinsam mit den Bewohnern deren materielle und psychische Situation zu verbessern (wobei nicht entscheidend ist, ob es sich um "obdachlose" Bewohner oder solche mit Mietvertrag handelt). Dabei wird man sich freilich Rechenschaft darüber ablegen müssen, daß auch solche Strategien in den herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen ihre Grenze finden, daß auch solche Obdachlosenpolitik z.B. eine Hauptursache, nämlich die Arbeitslosigkeit, nicht oder nur in Einzelfällen beseitigen kann.

Nach den Erfahrungen, die ich selbst in Marburg habe sammeln können, scheint eine Strategie besonders erfolgversprechend zu sein, die als "Stadtteilentwicklungsplanung und Gemeinwesenarbeit" bezeichnet werden soll und die, wie die Studie von Vascovics u.a. durchaus erkennen läßt, auch in anderen Städten mit Erfolg angewendet wird. Ein besonders wichtiges Anliegen dieser Politik ist es, den betroffenen Bewohnern menschenwürdige, familiengerechte Wohnungen in einem infrastrukturell gut versorgten Gebiet und einer ihnen vertrauten Umwelt zu verschaffen und ohne die gewachsenen sozialen Beziehungen zu zerstören (das schließt nicht aus, daß einzelne Familien, die dies wünschen, in andere Stadtteile umziehen können). Alle Maßnahmen im Gebiet werden als Teil eines Gesamtplans (Stadtteilentwicklungsplan) durchgeführt: Kinderarbeit, Jugendarbeit, Erwachsenenarbeit - das reicht von Spiel- und Lernstuben, den Bau von Spiel- und Bolzplätzen über das Herrichten von Grünanlagen, die Sanierung von Wohnungen bis zur Bildung von Mieterräten und die Herausgabe einer Stadtteilzeitung. (Ein wesentlicher Mangel der Studie Vascovics u.a. liegt nicht zuletzt darin, daß alle Maßnahmen der Obdachlosenpolitik nur isoliert betrachtet und nur isoliert auf ihre

Wirksamkeit hin untersucht werden. Zwar stellen sie selbst fest, die Einsicht setze sich immer mehr durch, daß eine isolierte Kinderarbeit ohne Bezug zu den Lebensbedingungen der Erwachsenen heute immer häufiger abgelehnt werden (S. 60). Aber die zahlreichen Ansätze, die Kinder- und Erwachsenenarbeit integriert zu behandeln, werde nicht explizit auf ihre Wirksamkeit hin untersucht. Kein Wunder, da die Verfasser meinten, Maßnahmen, die sich auf Wohnungen und Infrastruktur des Wohngebietes von Obdachlosen beziehen, völlig vernachlässigt zu können (S. 22). Typisches Beispiel für den unzureichenden Informationsstand der Verfasser ist, daß zwar über eine 1972 gegründete "Landesarbeitsgemeinschaft der Bewohner sozialer Brennpunkte in Nordrhein-Westfalen" berichtet wird, von der "außer der Programmdarstellung nicht bekannt geworden" (S. 85) sei, daß aber die 1974 in Hessen gegründete Landesarbeitsgemeinschaft, der 40 Gemeinwesenarbeitsprojekte angehören, den Verfassern offenbar nicht bekannt ist.)

Voraussetzung für den Erfolg einer solchen Politik ist allerdings, daß die Planung aller Maßnahmen und ihre Realisierung den Wünschen und Interessen der Bewohner entspricht. Das bedeutet, daß sie selbst an der Planung beteiligt sein müssen. Nur so läßt sich sicherstellen, daß die Wohnungen nach der Sanierung tatsächlich den Bedürfnissen entsprechen, daß die Kinderspielplätze an der Stelle und in der Art gebaut werden, wie sie von den Betroffenen gewünscht werden, daß die Arbeit in den Spielstuben von den Eltern mitgetragen wird etc. Nur so ist auch sicherzustellen, daß die Bewohner neue infrastrukturelle Einrichtungen als eigene betrachten, so daß sie weniger leicht Gegenstand von Aggressionen und Zerstörungswut werden. Bekannt ist freilich, daß die Beteiligung von Unterprivilegierten an Planung und Realisierung einer Stadtteilentwicklung keine einfache Aufgabe ist. Ohne die aktivierende Gemeinwesenarbeit im Stadtteil hätten wir in Marburg weder die Planung noch die Realisierung zuwege gebracht. Die Kommunikation zwischen Bewohnern von Obdachlosenvierteln und Stadtverwaltung muß erst mühsam wieder aufgebaut werden. Ängste müssen auf beiden Seiten abgebaut werden. Die Mitarbeiter in den Projektgruppen müssen hier häufig als "Dolmetscher" auftreten. Wichtig

ist auch, daß die verschiedenen städtischen Ämter koordiniert handeln, den Stadtteilentwicklungsplan und seine Realisierung als gemeinsame Aufgabe betrachten (dazu gehört übrigens auch das Ordnungsamt, das für die Obdachlosenpolitik eine zentrale Rolle spielt - betont wird das hier, weil die Verfasser der Studie dies anscheinend übersehen haben).

Die aktivierende, partizipatorische Gemeinwesenarbeit hat darüber hinaus eine wichtige sozialpädagogische Funktion. Resignation und Apathie sollen durch sie überwunden werden. Die Erfolgserlebnisse, die sich einstellen, wenn man merkt, daß eigene Forderungen durchgesetzt werden konnten, wenn die Wohnungen und das Wohngebiet aufgrund des gemeinsamen Handelns sich allmählich verbessern, helfen solche Haltungen ^{an} zu-bauen.

Daß auch diese Art von Obdachlosenpolitik nicht einfach ist, daß es immer wieder Rückschläge gibt, daß politische Widerstände immer erneut auftauchen, braucht wohl kaum besonders betont zu werden. Immerhin haben unsere Marburger Erfahrungen gezeigt, daß ein solcher Weg möglich ist.

Wer sich für dieses Konzept näher interessiert, findet weiterführende Angaben insb. in folgenden Arbeiten:

Stadt Marburg, Schriften zur Stadtentwicklungsplanung Nr. 1, Entwicklungsprogramm für den Stadtteil Waldtal, Marburg 1976.

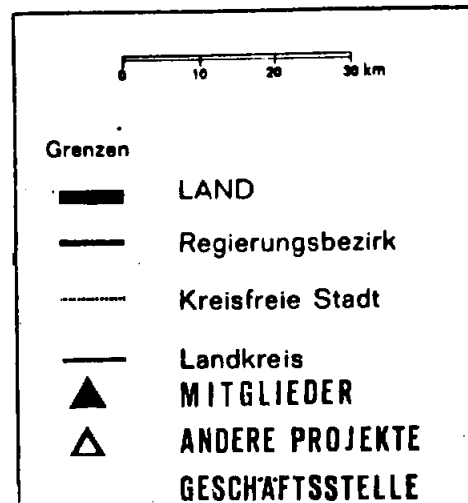
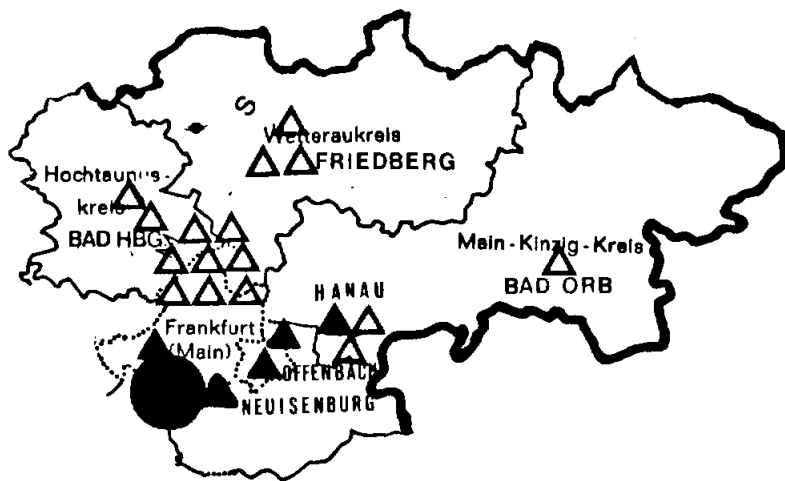
Arbeitskreis Soziale Brennpunkte Marburg e.V., Jahresberichte 1975, 1976, 1977.

Obdachlose: Kampf gegen das Ghetto, in: päd. extra, Sozialarbeit, Heft 6, 1978.

U. Straumann, Funktionen, Möglichkeiten und Grenzen aktivierender Gemeinwesenarbeit (GWA), Erklärungsansatz bezogen auf die Bürgerbeteiligung an Planungen, (hektographiert) 1977.

J. Gotthold, Stadtentwicklung zwischen Krise und Planung, Köln 1978

BEREICH HESSEN SÜD



des Jugendgemeinschaftswerkes
Frankfurt/Main, Kiefernstr. 13
und der Außenstelle
Bonames, Ben-Gurion-Ring 42

Zwei Pferde gehören zur Familie

Ein altes Bauernhaus ist das Feriendomizil für einen sozialen Brennpunkt

Runkel-Dehrn (uk). — Ein altes Bauernhaus in der Lahnstraße ist neues Feriendomizil für Kinder, Jugendliche und Erwachsene aus einem Frankfurter Stadtteil. Hatten sie bisher ihre Ferien im Freizeithof in Oberzeuzheim verbracht, soll hier im eigenen Heim eine neue Form der Freizeitgestaltung praktiziert werden.

Die Menschen, die hierher kommen, leben zu Hause in einem Teil von Griesheim, der als sozialer Brennpunkt bezeichnet werden kann; ein sozial schwaches Gebiet mit hoher Arbeitslosenzahl und ebenso hoher Jugendkriminalität. Bezeichnend ist auch die Anzahl der Kinder, die eine Sonderschule besuchen. Zu Hause werden die Menschen des Stadtteils von einer Gruppe von Sozialarbeitern und Sozialpädagogen in einer Spiel- und Lernstube betreut, die vom Internationalen Bund für Sozialarbeit/Jugendsozialwerk getragen wird.

Der Anstoß für diese Stadtteilbe-

treuung ging von einem Heim für Umsiedler aus, dessen Bewohner mit Hilfe der Mitarbeiter des Bundes für Sozialarbeit in die Bevölkerung integriert werden sollten. Sich dabei ergebende Kontakte mit der Bevölkerung waren das auslösende Element für die Ausdehnung der Arbeit auf den ganzen Stadtteil.

WENIGER SONDERSCHÜLER

Mit großzügiger Unterstützung der Stadt konnte unter anderem eine Spiel- und Lernstube eingerichtet werden, in der Vorschulerziehung betrieben wurde

und in der Jugendclubs einen Platz fanden. Ein Hauptziel war es, Kommunikationsmöglichkeiten zu bieten, dadurch aggressives Verhalten abzubauen und zur kaum vorhandenen verbalen Kommunikation hinzuzuführen.

Neben meßbaren Erfolgen, wie zum Beispiel der Rückgang der Zahl der Sonderschulbesucher und die häufigen Versuche, Konflikte verbal zu lösen, kann die erreichte Mitarbeit der Eltern an diesem Projekt als einmalig bezeichnet werden.

Wichtiger Bestandteil der Stadtteilarbeit sind die Freizeiten außerhalb der alltäglichen Umgebung, die das positivere Verhalten stabilisieren und dadurch ein besseres Zurechtfinden und eine dauernde Verhaltensänderung in der gewohnten Umgebung bewirken sollen. Weil dazu nach Meinung der Betreuer die übliche Freizeitgestaltung, Ausflüge, Besichtigungen, gemütliche Abende, nicht ausreicht, werden in dem Dehrner Haus neue Wege gegangen.

ZWEI HAUPTZIELE

In ihrem eigenen Haus arbeiten die Besucher, Kinder, Jugendliche und Eltern, gemeinsam an der Gestaltung des ehemals sehr reparaturbedürftigen Gebäudes. Dabei werden zwei Hauptziele verfolgt: Einmal soll eine sinnvolle Freizeitgestaltung angeboten werden, bei der etwas „herauskommt“, zum anderen besteht für Arbeitslose die Möglichkeit, sich zu betätigen und sich für die Wiedereingliederung in den Arbeitsprozeß vorzubereiten.

In der gemeinsamen Tätigkeit, von der eine große Motivation ausgeht, weil die Menschen etwas für sich selbst schaffen, können Eltern das Verhalten ihrer Kinder beobachten und umgekehrt, wodurch ein beiderseits größeres Verständnis füreinander geweckt werden soll. Daneben werden auch soziale Lernprozesse in Gang gesetzt. Es soll hingeführt werden zur Selbstorganisation.

KONTAKT MIT TIEREN

Eine große Rolle in diesem Konzept spielt die Haltung von Haustieren, zwei Pferde, die von den jeweiligen Hausbewohnern versorgt werden.

Für die meisten Kinder ist dies der erste Kontakt mit lebenden Tieren überhaupt. Neben dem Kennenlernen eines Stückes Natur soll gelernt werden, Verantwortung zu tragen.

Das Haus, dessen ganze Einrichtung von seinen Besuchern getragen wurde, wird in den Ferien für längere Aufenthalte und im übrigen Jahr für Wochenendbesuche genutzt.

Frankfurt/Main, den 28.2.1978

Horst Tremer

Inhaltsverzeichnis:

- I. Statistische Angaben über die Gesamteinrichtung
- II. Erläuterungen zur Statistik
- III. Allgemeine Situation Kiefernstraße
- IV. Sozialpädagogische Maßnahmen
- V. Ausblick auf 1978

Anlagen:

- Anlage 1: Erfahrungsbericht über Mittagessenausgabe für das Jahr 1977.
- Anlage 2: Bericht über den Abenteuerspielplatz Kiefernstraße
vom 1.1. - 31.12.1977
- Anlage 3: Jahresbericht der Außenstelle Bonames

I. STATISTISCHE ANGABEN ÜBER DIE GESAMTEINRICHTUNG
 =====

<u>1.) Personalbesetzung:</u>	1976	1977
Leitung der Einrichtung	1	1
Hauptberufliche Mitarbeiter	8	9
Nebenberufliche Mitarbeiter	14	12
davon:		
Dipl. Soziologe	1	1
Sozialpädagogen (grad.)	5	5
Anerkennungspraktikanten	2	3
Studenten der Fachbereiche Sozialpädagogik/Soziologie/Pädagogik	12	12
"Freiwilliges Soziales Jahr"	-	2
Ersatzdienstleistende	2	3
davon:		
Kinderteam (hauptberuflich)	7	6
" (nebenberuflich)	5	6
" (FSJ)	-	2
Jugendteam (hauptberuflich)	1	1
" (nebenberuflich)	7	6
Spielplatz (hauptberuflich)	1	2
" (nebenberuflich)	1	2
Bonames (hauptberuflich)	1	1
(nebenberuflich)	-	2

Haupt- und nebenberufliche Mitarbeiter
 am Stichtag (31.12.)

23 28
 =====

Nebenberufliche Mitarbeiter zum Teil
 als Aushilfen beschäftigt.

2.) Räumliche Situation:

Kiefernstraße 13	2 Wohnungen = ca. 170 m ² = 5 Gruppenräume + 1 Büroraum + Küche und Toiletten
Bonames, Ben-Gurion-Ring 42	1 Wohnung = ca. 100 m ² = 3 Gruppenräume + 1 Büroraum + Küche und 2 Toiletten

3.) Bevölkerungsstruktur:

a) Bereich Kiefernstraße und Umgebung:

Die im Sommer 1974 ermittelte Bevölkerungsstruktur muß hier noch einmal wiederholt werden, da in den letzten 3 Jahren keine Neuerhebung stattgefunden hat. Nach Schätzungen dürfte sich der Anteil von Spätaussiedlern und politischen Emigranten erhöht haben. Die Wohngegend gilt immer noch als größter sozialer Brennpunkt der Stadt Frankfurt.

Einheimische	ca. 1036
Spätaussiedler	ca. 230
politische Emigranten	ca. 90

Die einheimische Bevölkerung gliedert sich altersmäßig wie folgt:

0 - 6 Jahre	= ca.	48
6 - 15 "	= "	160
16 - 21 "	= "	130
21 - 65 "	= "	600
über 65 "	= "	98

b) Bereich Bonames, Am Bügel:

Von einer Bevölkerungsstruktur kann in dem Neubaugebiet noch nicht endgültig gesprochen werden, da Ende 1977 die Siedlung noch nicht voll belegt war. In dem Wohngebiet "Am Bügel" sind insgesamt etwa 150 Familien wohnhaft, die aus osteuropäischen Ländern in die Bundesrepublik umgesiedelt wurden.

4. Teilnehmer, Besucher und betreute Personen:

a) Kiefernstraße 13:

Kinder	30 - 40
Heranwachsende	20 - 30
Jugendliche	30 - 60
+ Umsiedler aus	
Polen	
Rumänien	
UdSSR	
DDR	

b) Bonames:

Kinder (Umsiedler u. Einheimische)	25- 40
Erwachsene (Umsiedler)	40 - 60

5. Maßnahmen - Projekte - Freizeiten - Teamsitzungen:

5.1 Wöchentlicher Stundenplan:

a) Montag - Freitag	8.00 - 17.30 Uhr	Vorschule
b) " - "	14.00 - 15.00 "	Hausaufgabenhilfe
c) " - "	15.00 - 18.00 "	Spielstubenbetrieb
d) Mittwoch/Freitag/Sonntag	18.30 - 22.00 "	Jugendclub
e) Dienstag + Donnerstag	18.30 - 20.30 "	Deutsch f. Spätaussiedler
f) Donnerstag	18.30 - 20.30 "	Englisch f. Umsiedler und Einheimische
g) Dienstag	18.00 - 21.00 "	Kurs zur Vorbereitung externer Hauptschulabschl.
h) Mittwoch		Beratung f. arbeitslose Einheimische + Umsiedler
i) Donnerstag		Gesamtteamsitzung
k) Montag - Freitag		Essen in der Spielstube Kiefernstraße

Bonames:

Dienstag	16.00 - 18.00 Uhr	Deutsch f. Umsiedler
	18.00 - 20.00 "	Deutsch f. Umsiedler- erwachsene
Donnerstag	16.00 - 18.00 "	Deutsch f. Umsiedler
	18.00 - 20.00 "	Deutsch f. Umsiedler- erwachsene
Montag - Freitag	9.00 - 17.00 "	Beratung für Umsiedler
	14.00 - 17.00 "	Hausaufgabenhilfen f. Umsiedler u. Einheimische

5.2 Freizeiten der Spielstube:

Anzahl:

Freizeiten im Haus Dehm bei Limburg	10
Wochenendfreizeiten in Dehm	18
Tagesausflüge in die Umgebung Frankfurts	17
Familienfreizeiten	5

5.3 Freizeiten des Jugendclubs:

Wochenendfreizeiten	2
Deutsch/Französischer Jugendaustausch (14 Tge)	1
Tagesausflüge in die Umgebung Frankfurts	11

II. ERLÄUTERUNGEN ZUR STATISTIK

=====

Zu 1. Personalbesetzung:

Das Verhältnis von haupt- zu nebenberuflichen Mitarbeitern konnte auch 1977 verbessert werden. Das war jedoch nicht allein auf den 1974 eingeleiteten Umsetzungsprozeß hinsichtlich der Auflösung nebenberuflicher Positionen zugunsten hauptberuflicher Planstellen zurückzuführen, sondern stand im Zusammenhang von Spielplatzinitiative und Außenstelle Bonames. Diese personelle Ausweitung war notwendig, da sich die Aufgaben der Einrichtung erweitert hatten. Der Personalkostenetat 1976 mußte erweitert werden.

Zu 2. Räumliche Situation:

Auch wenn die beengte räumliche Situation 1977 gegenüber 1976 in der Einrichtung Kiefernstraße unverändert geblieben ist und kaum Aussicht besteht, die jahrelange Notsituation in nächster Zukunft entscheidend verbessern zu können, muß im Bericht auf eine finanziell tragbare Lösung hingewiesen hingewiesen werden. Z.B. ließen sich bestimmte pädagogische Bereiche in die nähere Umgebung auslagern. Das würde eine spürbare Entlastung der Situation herbeiführen und ohne personelle Mehrkosten Adressaten und Betreuern zugute kommen.

In Bonames konnte eine neue Wohnung im Neubaugebiet Am Bügel angemietet und eingerichtet werden. Die 3 Gruppenräume stehen Einheimischen und Umsiedlern zu Gemeinschaftsveranstaltungen zur Verfügung und werden gleichzeitig als Unterrichtsräume für die jeweiligen Sprachkurse benutzt.

Zu 4. Teilnehmer - Besucher - Betreute Personen

Der Einzug von Umsiedlern aus osteuropäischen Gebieten im 2. Halbjahr 1976 hielt auch 1977 an. Die Spielstube war auf diese Situation vorbereitet. Die im Bericht 1976 genannte Sozialarbeiterin mit polnischen Sprachkenntnissen hat gleichzeitig am Aufbau der Nebenstellen in Bonames und Bad Homburg mitgewirkt.

Die Gesamtzahl der betreuten Personen war auch 1977 steigend. Die in den Vorjahren eingeleitete langfristige Planung mit einer gleichzeitigen stärkeren Verbindlichkeit der pädagogischen Arbeit hat sich erfolgreich realisieren lassen. Der Kontakt zu den einheimischen Familien und Umsiedlern wurde in der Einrichtung Kiefernstraße und in der Außenstelle Bonames durch Hausbesuche aufgebaut und gefestigt. Im Mittelpunkt der Beratung für Umsiedler steht die Einzelfallhilfe.

Schulentlassene Jugendliche wurden in die Förder- und Grundkurse des IB's vermittelt, Absolventen dieser Kurse wurden bei der Arbeitsaufnahme unterstützt und weiterhin betreut. Gleichzeitig ist der Kreis derjenigen Kinder, die eine Sonderschule besuchen müssen, kleiner geworden, was auch auf die seit 1975 stattfindenden Grundschulstützkurse und gezielte Hausaufgabenhilfe zurückzuführen ist.

Zu 5. Maßnahmen - Projekte - Freizeiten - Teamsitzungen

Auch 1977 war die Einrichtung Kiefernstraße als auch die im 2. Halbjahr 1976 aufgebaute Außenstelle Bonames das ganze Jahr über geöffnet. Längere Freizeiten wurden, wie schon im Vorjahr, in den offiziellen Schulferien durchgeführt. Eine intensive Beratung der Umsiedler findet aufgrund der nur noch kurzfristigen Einweisung in den Wohnbezirk Griesheim jetzt in der Außenstelle Bonames statt. Diese Beratungen werden ergänzt durch Sprechstunden des Deutschen Roten Kreuzes im Büro Bonames.

Der überwiegende Teil der Umsiedler, die in das Neubaugebiet in Bonames eingezogen sind, wurden bereits in Arbeitsstellen vermittelt. Aus diesem Grunde finden die Sprachkurse nur noch berufsbegleitend an einem Tag in der Woche statt. Die Kurse für die Kinder der Umsiedler sollen erweitert werden.

Die bereits 1976 durchgeführten Familienfreizeiten wurden auch 1977 fortgesetzt und können als besonders positiv hinsichtlich der Familienisolation entgegenwirkend betrachtet werden. Diese Freizeiten wurden auch mit den Umsiedlerfamilien in Bonames veranstaltet. Leider konnte auch 1977 ein zweiter Kleinbus nicht angeschafft werden. So lange die finanziellen Mittel dafür nicht bereitgestellt werden können, bleibt nur die Anmietung von Mietbussen als Ausweg.

Die Kosten für Tages- und Wochenendfreizeiten haben sich auch 1977 gegenüber 1976 erhöht. Im Rahmen des deutsch/französischen Jugendaustausches hat der Jugendclub in der Kiefernstraße eine Ferienfreizeit an der französischen Atlantikküste durchgeführt.

Teamsitzungen und Dienstbesprechungen finden regelmäßig einmal pro Woche statt. Für 1978 ist darüberhinaus einmal im Monat eine Gesamtbesprechung geplant, an denen auch die Mitarbeiter der Außenstelle teilnehmen sollen.

Die 1977 begonnene Ausgabe von Mittagessen in der Spielstube hat sich als sehr positiv herausgestellt. (Siehe gesonderten Bericht).

III. ALLGEMEINE SITUATION IM WOHNGEBIET KIEFERNSTRASSE

=====

Die schon im Jahresbericht 1976 beschriebene allgemeine Situation des Wohngebietes Kiefernstraße in Griesheim hat sich nicht verändert. Kennzeichnend sind die mit Arbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Stagnation verbundenen Probleme der Einheimischen und der jugendlichen Spätaussiedler.

Die Eingliederung der Umsiedler aus den osteuropäischen Ländern, die im Flüchtlingswohnheim untergebracht sind, mußte zum Teil ganz anders in Angriff genommen werden, da mit der allgemein nur kurzfristigen Unterbringung im Griesheimer Wohnbezirk eine langfristige Planung für diese Gruppen unsinnig wurde und die jeweils aktuellen Probleme in den Vordergrund rückten. Eine Fortsetzung der Betreuung konnte in den 1976 von uns eingerichteten Beratungsstelle in Bonames durchgeführt werden, da die Umsiedlerfamilien aus Griesheim in den neuen Wohngebieten (Bonames, Am Bügel und Bad Homburg, Am Glucksteinweg) Wohnungen erhielten.

Der Deutschunterricht in Bad Homburg in der Gesamtschule Am Glucksteinweg konnte ab Mitte 1977 nicht aufrecht erhalten werden, da die Teilnehmerzahlen stark gesunken waren. Für Erwachsene, Jugendliche und Kinder werden sort Sprachkurse veranstaltet und in Absprache mit dem Arbeitskreis für Flüchtlingsfragen Beratungen durchgeführt. Seit der 2. Hälfte 1976 findet in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Roten Kreuz in der Einrichtung Bonames ein Beratungsdienst für Familienzusammenführung statt.

Um in diesen Wohngebieten von vornherein die bereits von der Öffentlichkeit prognostizierte Ghetto-Situation für die Umsiedler zu verhindern, liegt der Schwerpunkt der Arbeit dort im Bereich der Integration, so daß wir gemeinsame Veranstaltungen mit Einheimischen durchführen.

IV. SOZIALPÄDAGOGISCHE MASSNAHMEN

=====

Im Jahre 1977 war die Gemeinwesenarbeit der Schwerpunkt sozialpädagogischer Maßnahmen geworden. Die Stadtteilarbeit wurde nicht nur durch die weiterhin bestehenden aktiellen Probleme wie Arbeitslosigkeit und damit zusammenhängende Verwahrlosung und Kriminalisierung, besonders der Jugendlichen, notwendig, sondern auch durch die zunehmende allgemeine Problematik städtischer Bevölkerung vorangetrieben:

Mit dem Beginn der 70er Jahre sind vor allem mittelständische Bevölkerungsschichten aus den ursprünglichen Wohngebieten der Stadt in die nähere Umgebung umgezogen und haben damit ganze Stadtgebiete sozial schwachen Gruppen und Gastarbeitern überlassen. Die mit dieser "Stadtflucht" zusammenhängende Problematik der zurückgelassenene Bevölkerungsschichten konnte nur durch eine koordinierte Stadtteilarbeit bewältigt werden. Alle Träger und Einrichtungen der Jugendpflege und Sozialarbeit waren hier zur Zusammenarbeit aufgerufen. Unsere jeweiligen Einzelmaßnahmen mußten sich in ein allgemeineres Konzept einfügen, um doppelgleisige Arbeit und konkurrierende Maßnahmen auszuschalten.

a) Spielstube:

die in den vorhergehenden Berichten vorgetragene pädagogische Konzeption mußte aufgrund veränderter finanzieller Ausstattung korriert werden. Im Berichtsjahr stand der Spielstube pro betreutem Kind nicht mehr der gleiche Betrag zur Verfügung wie 1976. Die 3-4jährigen Kinder sollen ihre emotionalen und intellektuellen Bedürfnisse im Freiraum der Spielstube entfalten können.

b) Vorschularbeit:

die 5-jährigen Kinder müssen auf den Schulreife-test vorbereitet werden. Soweit die Kinder bereits in der Gruppe der 3-4 jährigen längere Zeit betreut wurden, war eine Vorbereitung auf konforme Verhaltensweisen auf die bevorstehende Schulsituation nicht notwendig.

Die früher als Außenseiter stigmatisierten Kinder dieses Wohngebietes wurden hinsichtlich ihrer mit der Übergangssituation zum Schulalter verbundenen Schwierigkeiten nicht auffällig. Weniger Kinder als früher wurden in Sonderschulen umgeschult.

c) Hausaufgabenhilfe:

nur durch den Kontakt zu Schule und Elternhaus konnte die Hausaufgabenhilfe den Erfolg bringen, der den Kindern gleichzeitig Anregung war, auch selbständig ihre Schulsituation zu bewältigen. Die früher bestehenden Mißverständnisse und Konflikte zwischen Schule und unserer Einrichtung sind weitgehend beseitigt worden. Sehr frühzeitig haben wir in unserer Arbeit sowohl die Eltern als auch die Kinder davon unterrichtet, welche unterschiedlichen Chancen hinsichtlich der weiterführenden Schulen bestehen. Zu berücksichtigen war, daß die bei dieser Bevölkerungsgruppe sehr engen emotionalen Bindungen zwischen den Kindern bei Schulwechsel nicht rigoros zerstört werden.

d) Freizeiten:

Wochenendfreizeiten und Tagesausflüge sind auch 1977 in stark erweitertem Rahmen durchgeführt worden. Da in den vergangenen Jahren sich diese Ausflüge und Freizeiten zu einer Selbstverständlichkeit für die Kinder herausgestellt hatten, konnten in diesem Bereich keine Einschränkungen erfolgen, trotzdem die Mittel pro Kind nicht mehr ausreichten und aus anderen Etatposten erwirtschaftet werden mußten.

Seit Ende 1976 steht uns für langfristige- und Wochenendfreizeiten ein Haus in Dehm/Kreis Limburg zur Verfügung. Diese der Einrichtung Kiefernstraße angegliederte Einrichtung hat sich als sehr positiv für die gesamte Arbeit in der Kiefernstraße herausgestellt. Durch die extreme räumliche Beengung in der Kiefernstraße wurde eine Auslagerung der Arbeit unumgänglich.

Dieses Anwesen, ein alter Bauernhof, wurde von Jugendlichen, Kindern und deren Eltern in mühevoller Arbeit und großem Einsatz in Freizeiten bewohnbar gemacht und selbst eingerichtet.

Ohne dieses Haus und die Möglichkeit der Auslagerung einzelner Gruppen (auch an Wochentagen) könnte die Arbeit in der Kiefernstraße schon aus Platzmangel (ca. 50 Kinder nachmittags) gar nicht mehr aufrecht erhalten werden.

Positiv zu werten ist auch der persönliche Einsatz der Eltern die schon manches Wochenende geopfert haben, um das Haus wohnlich zu gestalten.

e) Jugendclub:

Wie bereits im allgemeinen Bericht angedeutet, haben sich die Konflikte unter den Jugendlichen und in ihrer näheren Umgebung 1977 verschärft. Allgemeine Resignation und damit zusammenhängend verstärkte Aggressivität führte dazu, daß eine Zusammenarbeit mit den Jugendlichen des Jugendwohnheims Zingelswiese eingeschränkt werden mußte. Soweit die Jugendlichen nach Besuch der Grundkurse arbeitslos in den Jugendclub zurückkehrten, wurden sie in die übliche Gruppenarbeit wieder aufgenommen.

Die anderen im Arbeitsporzeß stehenden Jugendlichen haben sich hauptsächlich an den Clubabenden in der Einrichtung zusammengefunden. Die Gruppenarbeit wurde auf sportliche Betätigung (Schwimmen, Judo) erweitert. Zentrales Thema der Diskussionsabende blieb die Arbeitslosigkeit bzw. der zunehmende Druck auf diejenigen, bei denen eine Vermittlung von seiten des Arbeitsamtes als fast aussichtslos bezeichnet wurde. Die beengten räumlichen Verhältnisse in der Kiefernstraße ließen eine Fortsetzung der an sich positiven Maßnahme im Schulungs- und Bildungszentrum nicht zu.

1977 sind mehr Jugendliche in ein Ausbildungsverhältnis vermittelt worden als in den vorhergehenden Jahren, so daß trotz des verringerten Lehrstellenangebotes die von uns betreuten Jugendlichen relativ häufiger eine Lehrstelle gefunden haben. Neben den regelmäßig stattfindenden Tages- und Wochenendfreizeiten für Jugendliche wurde erstmals im Rahmen des deutsch-französischen Jugendaustausches

zusammen mit einem Jugendclub in Dietzenbach ein Zeltlager in Frankreich durchgeführt. Es besteht die Absicht, auch 1978 eine ähnliche Freizeit zu organisieren. Die Schwierigkeiten, mit Jugendlichen aus der Kiefernstraße längere Freizeiten in einem ihnen fremden Milieu durchzuführen, sind durch die kontinuierliche Arbeit des Jugendclubs gemildert worden. Aggressivität und Gruppenegoismus haben während dieses Zeltlagers nicht zu schwerwiegenden Konflikten geführt.

f) Elternarbeit:

Spielstube, Jugendclub und auch die Außenstelle in Bonames sehen ihre langfristige pädagogische Arbeit nur im Zusammenhang mit einer intensiven Elternarbeit. Die noch 1976 bestehenden Schwierigkeiten, die Eltern an eine derartige Zusammenarbeit heranzuführen, waren 1977 nicht mehr vorhanden. Die Eltern haben die ihnen zugewiesenen Aufgaben akzeptiert. Trotzdem sich die pädagogischen Vorstellungen, zumindest der Eltern im Bereich der Kiefernstraße, nicht durchgängig mit den Konzeptionen der Betreuer decken, konnten in einzelnen Fällen die Gegensätze ausgeglichen werden. Bei größeren Schwierigkeiten war es möglich, daß z.B. Jugendliche mit dem Einverständnis der Eltern in Wohngemeinschaften vermittelt wurden.

V. AUSBLICK AUF 1978
=====

Der geplante Pavillion ist auch 1977 nicht gebaut worden. Dafür ist der Abenteuerspielplatz eingerichtet worden, der zumindest an den wettergünstigen Tagen von einer großen Zahl aller Kinder des Wohngebietes besucht wird. Bereits 1976 wurde versucht eine Konzeption zu erarbeiten, die die Auslagerung eines Teilbereiches der sozialpädagogischen Maßnahmen ermöglicht und begründet. Damit würde hinsichtlich der räumlichen Verhältnisse eine entscheidende Entlastung in der Kiefernstraße eintreten. Es ist vorgesehen, daß alle Maßnahmen für Jugendliche, die im Zusammenhang mit einer möglichen Arbeitsaufnahme stehen, in neu anzumietende Räume ausgelagert werden. Ein entsprechender Entwurf wurde 1976/1977 erarbeitet. Bei verhältnismäßig geringem finanziellen Mehraufwand - ohne Personalkostensteigerung - wäre damit die räumliche Situation für die Kinder und die Jugendlichen verbessert.

Die Arbeit in Bonames bleibt im Bereich der Umsiedlerbetreuung. In Absprache mit den anderen Institutionen, die dieses Wohngebiet betreuen, soll auch 1978 arbeitsteilig verfahren werden, d.h. der Schwerpunkt unserer Arbeit liegt bei der Betreuung der Umsiedler und der einheimischen Schulkinder.

Horst Tremer

Einrichtungsleiter

Spielstube Hausen
Hausener Obergasse 15

6000 Frankfurt am Main,

1978

Bericht der Spielstube Frankfurt - Hausen

Die o.g. Spielstube besteht seit dem 1.4.1977. Sie befindet sich in einer 6-Zimmer-Parterrewohnung in einem Hochhaus. Für die Spielstube stehen 3 Wohnräume zur täglichen Nutzung zur Verfügung. Ein Zimmer ist als Büro eingerichtet und zwei Räume sind für die Erwachsenenarbeit der Sozialarbeiter der Sozialstation Nordweststadt eingerichtet.

Der Beginn der Arbeit wurde dadurch erschwert und verzögert, daß die zugesagten Mittel zur Einrichtung gekürzt worden sind. Es standen uns nur noch 3000.-DM für Mobiliar und Spielmaterial zur Verfügung. Die Möbel, wie Tische, Stühle und Schränke, wurden uns vom Regionalverband aus Beständen zur Verfügung gestellt. Ein Kindergarten half uns mit einem runden Tisch und kleinen Stühlen aus. Mit der eigentlichen Arbeit konnte dann Anfang Mai 1977 begonnen werden. Die Anmeldung der Kinder erfolgte über die Sozialarbeiter der Sozialstation, die uns auch über die Familiensituation informierten.

Der Stadtteil Hausen besteht aus einem alten Stadtkern und mehreren einzeln stehenden Neubauten (4 Hochhäusern) und einer angrenzenden Neubausiedlung. In diesen Neubauten wohnen Familien unterschiedlichster Herkunft zusammen, bzw. nebeneinander.

In dem Haus, in dem auch unsere Spielstube ist, wohnen in den unteren 5 Stagen die sozial schwachen und kinderreichen Familien. Weiter oben findet man dann Angestellte, Polizisten etc. bis zur 13. Etage. Durch die Ansammlung von so vielen Menschen gibt es ständig Reibereien unter den Bewohnern. Beschwerden von Nachbarn sind an der Tagesordnung.

In der Spielstube ist es uns gelungen, Kinder aus dem ganzen Haus aufzunehmen, sodaß sich nicht nur die Kinder, sondern auch die Eltern mit etwas mehr Verständnis füreinander begegnen können. Hierbei handelt es sich allerdings nur um einen ganz kleinen Teil der Bewohner.

Durch die tägliche Hilfe bei den Schulaufgaben und die gute Zusammenarbeit mit den Lehrern der Kinder, konnten bereits 3 Kinder vor der Überweisung in die Sonderschule bewahrt werden. Bei anderen Kindern sind Besserungen zu verzeichnen, und zwar nicht nur in den Leistungen, sondern auch im sozialen Verhalten.

Neben dem schulischen Bereich nimmt der Freizeitbereich einen wesentlichen Teil ein. Die Kinder sind durchgängig nervös und unkonzentriert und dadurch auch sehr unruhig in der Gruppe. Notwendig ist daher eine Teilung der Großgruppe in kleinere Spiel- und Interessengruppen, damit die Kinder nicht der ständigen Ablenkung durch andere ausgesetzt sind.

Um die sprachlichen Schwierigkeiten der Kinder zu verringern, vermitteln wir Anregungen für Rollenspiele, die für die Kinder zweierlei Bedeutung haben, nämlich 1. die Bearbeitung ihrer Ausländer- bzw. Außenseitersituation und 2. die Verbesserung der Verständigungsmöglichkeiten.

Die Kontakte zu den Eltern der Kinder, die in der Spielstube angemeldet sind, fanden zu Beginn in Form von Einzelgesprächen statt. Inzwischen trafen wir uns auch zu Elternabenden, an denen meist alle Mütter, bzw. Väter teilnahmen. Häufig kommen die Mütter auch an den Vormittagen, wenn sie ihre Kinder in die Spielstube bringen mit Fragen und Problemen. Durch unsere Personalsituation ist es uns leider nicht ausreichend möglich darauf einzugehen, sondern es muß dann immer auf einen anderen Termin verwiesen werden.

Ein weiterer und sehr wichtiger Arbeitsbereich ist den Kontakt zur Schule, zu den Sozialarbeitern der Sozialstation und anderen Institutionen in Hausen (z.B. Kirchengemeinden) aufrechtzuerhalten.

Ein Arbeitskreis, an dem Vertreter aus allen diesen genannten Bereichen, und auch wir von der Spielstube, teilnehmen, beschäftigt sich mit Problemen der Bevölkerung in diesem Stadtteil. Wie auch schon im letzten Jahr, wird auf Initiative dieses Arbeitskreises und mit Unterstützung einiger Familien, am 22.7.1978 ein Stadtteilstoffest stattfinden.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Spielstube eine kleine Lücke gefüllt hat, in der Betreuung von besonders schwierigen Kindern. Die Nachfrage in der Spielstube zeigt, daß noch lange nicht alle Kinder versorgt sind, für die eine Betreuung in der Kleingruppe notwendig wäre.

Um allerdings die Kinderarbeit gut und die genannten Außenkontakte in ausreichendem Umfang aufrechterhalten zu können, wäre dringend erforderlich die Personalkapazität in der Spielstube von 2 1/2 auf 3 Arbeitskräfte auszudehnen.

In der Spielstube sind seit Beginn der Arbeit 2 Ganztagskräfte (Sozialpädagogin und Sozialarbeiterin) beschäftigt und eine Erzieherin als Halbtagskraft.

Durch die personelle Situation sind wir z.Zt. nicht in der Lage, alle Kinder aufzunehmen. Besonders auch im Hinblick darauf, daß wir die Elternarbeit als wichtigen Bestandteil der Spielstubenarbeit sehen und diese nur leistbar ist, bei ausreichender personeller Besetzung, haben wir auch in diesem Jahr einen Antrag gestellt, daß die Halbtagsstelle in eine Ganztagsstelle umgewandelt wird.

An den Vormittagen kommen regelmäßig 12 Kinder im Alter von 2 - 6 Jahren in die Spielstube. Da unter diesen Kindern 4 noch keine 3 Jahre alt sind, erfordert die Betreuungsarbeit, wenn sie nicht nur ein Bewachen sein soll, die Anwesenheit von 3 Mitarbeitern.

Die durchschnittlich hohe Kinderzahl in den Familien und der milieubedingte unausgeglichene Zustand der Eltern machen es unmöglich, daß die Kinder die notwendige Zuwendung erhalten. Von daher ist es wichtig, den Kindern konstante Bezugspersonen zu bieten, sodaß längerfristige positive emotionale Beziehungen errichtet und kontinuierlich ausgebaut werden können. Ferner ist es notwendig, den Kindern individuelle Erfolgserlebnisse zu ermöglichen und diese zu unterstützen.

Bei den kleinen Kindern muß zum Teil erst das Spielen gelernt werden, da es zu Hause an Spielangeboten fehlt. In der Sprachentwicklung sind die von uns betreuten Kinder fast alle sehr zurück, da es meist die Jüngsten der Familie sind und sie, zu ihrem eigenen Nachteil, als Babys gehalten und auch so behandelt werden.

Die Erfahrung unserer Arbeit hat gezeigt, daß es auch für Kinder ab 2 Jahren bereits möglich ist, sich in die relativ kleine Kindergruppe ohne große Schwierigkeiten einzufügen und neue Spielerfahrungen zu sammeln.

Am Nachmittag kommen 17 Schulkinder. Hinzu kommt noch 1 Mädchen (4J.), die durch die Arbeit der Eltern sonst von den größeren Geschwistern zu Hause betreut werden müßte.

Besondares Gewicht liegt bei der Arbeit mit den Schulkindern bei der Hausaufgabenbetreuung. Die meisten Kinder sind sehr schwache Hauptschüler, sei es durch mangelnde Förderung von zu Hause oder noch zusätzlich dadurch, daß es Kinder ausländischer Eltern sind. Zu uns kommen außer deutschen Kindern, 2 italienische und 7 türkische Kinder. Immer wieder kommen Anfragen von den verschiedensten Stellen wegen Neuaufnahmen, die wir dann erst auf eine Kartelliste setzen können.

Lärm und Spaß in der Spielstube

In einer früheren Wohnung spielen jetzt 30 Kinder

Seit dem Mai dieses Jahres hat Hausen seine Spielstube. Wenn man weiß, daß sich hinter der Adresse „Hausener Obergasse 15“ ein Hochhaus kaum verbergen kann, findet man die neue Einrichtung leicht. Sie erfreut sich inzwischen recht großer Beliebtheit unter den jungen Eltern dieses Stadtteils.

Die „Stube“ liegt im Erdgeschoß und war eine frühere Wohnung. Am Schmuck der Fenster sieht man es und, näherkommend, hört man es auch: Da muß es sein! Nach dem Druck auf den Klingelknopf öffnet die Sozialarbeiterin Rosemarie Fuchs, es hätten auch die Sozialpädagogin Ute Wicke oder die Erzieherin Yvonne Geelhaar sein können, denn diese drei bilden das Leitungsteam. Sie kennen sich schon lange, sei es von der Kinderpsychiatrie oder von der Waisenhaus-Stiftung her, und sie scheinen sich prächtig aufeinander „eingespielt“ zu haben.

Drinnen schlägt dem Besucher ein Höllenlärm entgegen. Kleine vermummte Gestalten, zwischen vier und zwölf Jahre alt, ziehen durch alle Räume. Später weiß man: Sie haben, soweit sie schon älter sind, mit Hilfe der Fachkräfte ihre Schularbeiten („Ach, diese Mengenlehre!“) gemacht und nun toben sie sich noch einmal richtig aus.

Die Kleinsten spielen in einem der drei Räume gerade auf dem Fußboden mit einer kleinen Holzisenbahn. Andere, die einen wie die anderen vom Lärm nicht tangiert, spielen „Mensch, ärgere dich nicht“.

Spielmaterial ist genug vorhanden: Farben, Stifte, Papier, Bücher, Tonformen, Konstruktionsspiele, Umweltfigu-

Weihnachtsgeschenke für die Eltern bastelt man. In der Küche kann gekocht und gebacken werden.

Ein Büro, ein Badezimmer, eine Toilette für Erwachsene und eine für Kinder gehören zu den weiteren Räumlichkeiten der Spielstube Hausen. Die Zwei- bis Sechsjährigen übrigens waren schon am Vormittag da, noch frei von jeglichen Pflichten dauert ihre Spielzeit von 9 bis 12 Uhr.

Als die jungen Nachmittagsspieler nach manchem sanften Druck und mit einem letzten Bonbon in den Backen endlich gegangen sind, ist, bei einer Tasse Kaffee, ein ruhiges Gespräch mit den drei Damen in der Spielstube möglich. Es stellt sich heraus, daß die Spielstube Hausen das Produkt einer vorzüglichen Zusammenarbeit zwischen der Stadt Frankfurt und dem Evangelischen Regionalverband Frankfurt darstellt. Während nämlich die Stadt an die Hellerhof AG, der Besitzerin des Hochhauses, die Miete für die Räume der Spielstube bezahlt und auch die Reinigungskosten trägt, übernimmt der

Regionalverband die Besoldung des Personals.

Rosemarie Fuchs erläutert die „Belegschaft“: „Etwa zehn Kinder kommen am Vormittag, und 15 bis 18 Kinder finden sich am Nachmittag ein. Zu ihnen gehören elf Ausländer, Türken, Italiener und Chilenen. Die Eltern der Kinder insgesamt, zumeist Vater wie Mutter, gehen überwiegend ihrer Schichtarbeit nach. Auch Alleinerziehende oder Sozialhilfeempfänger bringen ihre Kinder zu uns. Sie alle sind natürlich froh, daß es die Spielstube gibt.“

Die Frage nach „Sonderveranstaltungen“ beantwortet Ute Wicke so: „Ja, die haben wir auch. Im Sommer geht es in das nahe gelegene Freibad Hausen. Und in diesen Monaten fahren wir manchmal in ein Kindertheater.“ Yvonne Geelhaar will aber auch noch etwas Negatives loswerden: „Unser Mobiliar müßte erneuert werden. Die Kinder und wir reißen uns oft an dem angesplitterten Schrank und haben Kummer mit den beschädigten Tischen und Stühlen.“

Frankfurter Neue Presse, 8.12.77

Spielstube Hausen
Hausener Obergasse 15

6000 Frankfurt am Main,

1978

Bericht der Spielstube Frankfurt - Hausen

Die o.g. Spielstube besteht seit dem 1.4.1977. Sie befindet sich in einer 6-Zimmer-Parterrewohnung in einem Hochhaus. Für die Spielstube stehen 3 Wohnräume zur täglichen Nutzung zur Verfügung. Ein Zimmer ist als Büro eingerichtet und zwei Räume sind für die Erwachsenenarbeit der Sozialarbeiter der Sozialstation Nordweststadt eingerichtet.

Der Beginn der Arbeit wurde dadurch erschwert und verzögert, daß die zugesagten Mittel zur Einrichtung gekürzt worden sind. Es standen uns nur noch 3000.-DM für Mobiliar und Spielmaterial zur Verfügung. Die Möbel, wie Tische, Stühle und Schränke, wurden uns vom Regionalverband aus Beständen zur Verfügung gestellt. Ein Kindergarten half uns mit einem runden Tisch und kleinen Stühlen aus. Mit der eigentlichen Arbeit konnte dann Anfang Mai 1977 begonnen werden. Die Anmeldung der Kinder erfolgte über die Sozialarbeiter der Sozialstation, die uns auch über die Familiensituation informierten.

Der Stadtteil Hausen besteht aus einem alten Stadtkern und mehreren einzeln stehenden Neubauten (4 Hochhäusern) und einer angrenzenden Neubausiedlung. In diesen Neubauten wohnen Familien unterschiedlichster Herkunft zusammen, bzw. nebeneinander.

In dem Haus, in dem auch unsere Spielstube ist, wohnen in den unteren 5 Etagen die sozial schwachen und kinderreichen Familien. Weiter oben findet man dann Angestellte, Polizisten etc. bis zur 13. Etage. Durch die Ansammlung von so vielen Menschen gibt es ständig Reibereien unter den Bewohnern. Beschwerden von Nachbarn sind an der Tagesordnung.

In der Spielstube ist es uns gelungen, Kinder aus dem ganzen Haus aufzunehmen, sodass sich nicht nur die Kinder, sondern auch die Eltern mit etwas mehr Verständnis füreinander begegnen können. Hierbei handelt es sich allerdings nur um einen ganz kleinen Teil der Bewohner.

Durch die tägliche Hilfe bei den Schulaufgaben und die gute Zusammenarbeit mit den Lehrern der Kinder, konnten bereits 3 Kinder vor der Überweisung in die Sonderschule bewahrt werden. Bei anderen Kindern sind Verbesserungen zu verzeichnen, und zwar nicht nur in den Leistungen, sondern auch in sozialen Verhalten.

Neben dem schulischen Bereich nimmt der Freizeitbereich einen wesentlichen Teil ein. Die Kinder sind durchgängig nervös und unkonzentriert und dadurch auch sehr unruhig in der Gruppe. Notwendig ist daher eine Teilung der Großgruppe in kleinere Spiel- und Interessengruppen, damit die Kinder nicht der ständigen Ablenkung durch andere ausgesetzt sind.

Um die sprachlichen Schwierigkeiten der Kinder zu verringern, vermitteln wir Anregungen für Rollenspiele, die für die Kinder zweierlei Bedeutung haben, nämlich 1. die Bearbeitung ihrer Ausländer- bzw. Außenseitersituation und 2. die Verbesserung der Verständigungsmöglichkeiten.

Die Kontakte zu den Eltern der Kinder, die in der Spielstube angemeldet sind, fanden zu Beginn in Form von Einzelgesprächen statt. Inzwischen trafen wir uns auch zu Elternabenden, an denen meist alle Mütter, bzw. Väter teilnahmen. Häufig kommen die Mütter auch an den Vormittagen, wenn sie ihre Kinder in die Spielstube bringen mit Fragen und Problemen. Durch unsere Personalsituation ist es uns leider nicht ausreichend möglich darauf einzugehen, sondern es muß dann immer auf einen anderen Termin verwiesen werden.

Ein weiterer und sehr wichtiger Arbeitsbereich ist den Kontakt zur Schule, zu den Sozialarbeitern der Sozialstation und anderen Institutionen in Hausen (z.B. Kirchengemeinden) aufrechtzuerhalten.

Ein Arbeitskreis, an dem Vertreter aus allen diesen genannten Bereichen, und auch wir von der Spielstube, teilnehmen, beschäftigt sich mit Problemen der Bevölkerung in diesem Stadtteil. Wie auch schon im letzten Jahr, wird auf Initiative dieses Arbeitskreises und mit Unterstützung einiger Familien, am 27.7.1978 ein Stadtteilstoffest stattfinden.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Spielstube eine kleine Lücke gefüllt hat, in der Betreuung von besonders schwierigen Kindern. Die Nachfrage in der Spielstube zeigt, daß noch lange nicht alle Kinder versorgt sind, für die eine Betreuung in der Kleingruppe notwendig wäre.

Um allerdings die Kinderarbeit gut und die genannten Außenkontakte in ausreichendem Umfang aufrechterhalten zu können, wäre dringend erforderlich die Personalkapazität in der Spielstube von 1 1/2 auf 3 Arbeitskräfte auszudehnen.

In der Spielstube sind seit Beginn der Arbeit 2 Ganztagskräfte (Sozialpädagogin und Sozialarbeiterin) beschäftigt und eine Erzieherin als Halbtagskraft.

Durch die personelle Situation sind wir z.B. nicht in der Lage, alle Kinder aufzunehmen. Besonders auch im Hinblick darauf, daß wir die Elternarbeit als wichtigen Bestandteil der Spielstubearbeit sehen und diese nur leistbar ist, bei ausreichender personeller Besetzung, haben wir auch an diesem Jahr einen Antrag gestellt, daß die Halbtagsstelle in eine Ganztagsstelle umgewandelt wird.

An den Vormittagen kommen regelmäßig 12 Kinder im Alter von 2 - 6 Jahren in die Spielstube. Da unter diesen Kindern 4 noch keine 3 Jahre alt sind, erfordert die Betreuungsarbeit, wenn sie nicht nur einbewachen sein soll, die Anwesenheit von 3 Mitarbeitern.

Die durchschnittlich hohe Kinderzahl in den Familien und der milieubedingte unausgeglichene Zustand der Eltern machen es unmöglich, daß die Kinder die notwendige Zuwendung erhalten. Von daher ist es wichtig, den Kindern konstante Bezugspersonen zu bieten, sodaß längerfristige positive emotionale Beziehungen errichtet und kontinuierlich ausgebaut werden können. Ferner ist es notwendig, den Kindern individuelle Erfolgserlebnisse zu ermöglichen und diese zu unterstützen.

Bei den kleinen Kindern muß zum Teil erst das Spielen gelernt werden, da es zu Hause an Spielangeboten fehlt. In der Sprachentwicklung sind die von uns betreuten Kinder fast alle sehr zurück, da es meist die Jüngsten der Familie sind und sie, zu ihrem eigenen Nachteil, als Babys gehalten und auch so behandelt werden.

Die Erfahrung unserer Arbeit hat gezeigt, daß es auch für Kinder ab 2 Jahren bereits möglich ist, sich in die relativ kleine Kindergruppe ohne große Schwierigkeiten einzufügen und neue Spielerfahrungen zu sammeln.

Am Nachmittag kommen 17 Schulkinder. Hinzu kommt noch 1 Mädchen (4J.), die durch die Arbeit der Eltern sonst von den größeren Geschwistern zu Hause betreut werden müßte.

Besonderes Gewicht liegt bei der Arbeit mit den Schulkindern bei der Hausaufgabenbetreuung. Die meisten Kinder sind sehr schwache Hauptschüler, sei es durch mangelnde Förderung von zu Hause oder noch zusätzlich dadurch, daß es Kinder ausländischer Eltern sind. Zu uns kommen außer deutschen Kindern, 2 italienische und 7 türkische Kinder. Immer wieder kommen Anfragen von den verschiedensten Stellen wegen Neuaufnahmen, die wir dann erst auf eine Arteliste setzen können.

Lärm und Spaß in der Spielstube

In einer früheren Wohnung spielen jetzt 30 Kinder

Seit dem Mai dieses Jahres hat Hausen seine Spielstube. Wenn man weiß, daß sich hinter der Adresse „Hausener Obergasse 15“ ein Hochhaus kaum verbergen kann, findet man die neue Einrichtung leicht. Sie erfreut sich inzwischen recht großer Beliebtheit unter den jungen Eltern dieses Stadtteils.

Die „Stube“ liegt im Erdgeschoß und war eine frühere Wohnung. Am Schmuck der Fenster sieht man es und, näherkommend, hört man es auch: Da muß es sein! Nach dem Druck auf den Klingelknopf öffnet die Sozialarbeiterin Rosemarie Fuchs, es hätten auch die Sozialpädagogin Ute Wicke oder die Erzieherin Yvonne Geelhaar sein können, denn diese drei bilden das Leitungsteam. Sie kennen sich schon lange, sei es von der Kinderschichtreie oder von der Waisenhaus-Stiftung her, und sie scheinen sich prächtig aufeinander „eingespielt“ zu haben.

Drinnen schlägt dem Besucher ein Höllenlärm entgegen. Kleine verummte Gestalten, zwischen vier und zwölf Jahre alt, ziehen durch alle Räume. Später weiß man: Sie haben, soweit sie schon älter sind, mit Hilfe der Fachkräfte ihre Schularbeiten (Gegen diese Mengenlehre) gemacht und nun haben sie sich noch einmal richtig aus.

Die Kleinen spielen in einem der drei Räume gerade auf dem Fußboden mit einer kleinen Holzseisenbahn. Andere, die einen wie die anderen vom Lärm nicht tangiert, spielen „Mensch, ärgere dich nicht“.

Spielmaterial ist genug vorhanden: Farben, Stifte, Papier, Bücher, Tonformen, Konstruktionsspiele, Umweltfigu-

Weihnachtsgeschenke für die Eltern bastelt man. In der Küche kann gekocht und gebacken werden.

Ein Büro, ein Badezimmer, eine Toilette für Erwachsene und eine für Kinder gehören zu den weiteren Räumlichkeiten der Spielstube Hausen. Die Zwei- bis Sechsjährigen übrigens waren schon am Vormittag da, noch frei von jeglichen Pflichten dauert ihre Spielzeit von 9 bis 12 Uhr.

Als die jungen Nachmittagsspieler nach manchem sanften Druck und mit einem letzten Bonbon in den Backen endlich gegangen sind, ist bei einer Tasse Kaffee, ein ruhiges Gespräch mit den drei Damen in der Spielstube möglich. Es stellt sich heraus, daß die Spielstube Hausen das Produkt einer vorzüglichen Zusammenarbeit zwischen der Stadt Frankfurt und dem Evangelischen Regionalverband Frankfurt darstellt. Während nämlich die Stadt an die Heilerhof AG, der Besitzerin des Hochhauses, die Miete für die Räume der Spielstube bezahlt und auch die Räume im Untergeschoß, übernimmt der

Regionalverband die Besoldung des Personals.

Rosemarie Fuchs erläutert die „Belegschaft“: „Etwa zehn Kinder kommen am Vormittag, und 15 bis 18 Kinder finden sich am Nachmittag ein. Zu ihnen gehören elf Ausländer, Türken, Italiener und Chilenen. Die Eltern der Kinder insgesamt, zumeist Vater wie Mutter, gehen überwiegend ihrer Se arbeit nach. Auch Alleinerzieher oder Sozialhilfeempfänger bringen ihre Kinder zu uns. Sie alle sind natürlich froh, daß es die Spielstube gibt.“

Die Frage nach „Sonderveranstaltungen“ beantwortet Ute Wicke so: „Ja, die haben wir auch. Im Sommer geht es in das nahe gelegene Freibad Hausen. Und in diesen Monaten fahren wir manchmal in ein Kindertheater.“ Yvonne Geelhaar will aber auch noch etwas Negatives loswerden: „Unser Mobiliar mußte erneuert werden. Die Kinder und wir reißen uns oft an dem angesplitterten Schrank und haben Kummer mit den beschädigten Tischen und Stühlen.“

Frankfurter Neue Presse, 1.12.77

-38-

Spiel- und Lernstube

'An der Schwarzbachmühle' Ffm.-Goldstein

Die Spiel- und Lernstube 'An der Schwarzbachmühle' befindet sich in einem Neubaugebiet, wo bis 1975 noch Notunterkünfte standen. Die ehemals Oödachlosen wurden z.T. in das unmittelbar angrenzende Neubaugebiet 'Im Heisenrath' (Wohngebiet 'mit mangelhafter sozialer Infrastruktur') umgesiedelt, bekamen eine Neubauwohnung im alten Gebiet oder zogen in andere Stadtteile um.

Damit dehnte sich auch die Arbeit der Spiel- und Lernstube, die vorher ausschließlich auf die Notunterkunft 'Schwarzbachmühle' beschränkt war, auf den 'Heisenrath' aus.

Seit März 76 befindet sich die Spiel- und Lernstube, trotz des Widerstandes der Bewohner und Mitarbeiter, in einer nicht einmal schallgedämpften 5-Zimmer-Wohnung in einem der Wohnblocks.

Die ersten Initiativen für eine Spiel- und Lernstube gingen bereits Ende der sechziger Jahre von der zuständigen Kirchengemeinde aus. Danach übernahm der Evangelische Volksdienst (im Ev. Regionalverband) die Trägerschaft.

Zur Zeit werden in der Spiel- und Lernstube täglich 25 Kinder (im Alter von 3-12 Jahren) von zwei Sozialpädagoginnen (hauptamtlich) und einer Sozialpädagogin im Anerkennungs-jahr betreut. Die Öffnungszeiten sind täglich von 9.30 Uhr bis 12.30 Uhr für die 3-5 jährigen Kinder und von 13.30 Uhr bis 16.30 Uhr für die 5-12 jährigen.

Mit der Aufnahme von 25 Kinder ist die Höchstgrenze erreicht, was durch die räumlichen Gegebenheiten und die Anzahl der Mitarbeiter bedingt ist. Damit kann jedoch der Bedarf und die große Nachfrage, vor allem für die Gruppenarbeit am Nachmittag, nicht abgedeckt werden. Es existiert bereits eine Warteliste.

Da die Entwicklung der Kinder aus Gebieten 'mit mangelhafter sozialer Infrastruktur' unter besonders ungünstigen Bedingungen stattfindet, bedeutet die Spiel- und Lernstube eine Erweiterung zur familiären Sozialisation. Hier wird den Kindern die Möglichkeit geboten alternative Verhaltensweisen und neue Fähigkeiten zu entwickeln. Soziale und emotional kognitive Defizite und Fehlentwicklungen sollen erkannt und aufgearbeitet werden.

Die Betreuung der schulpflichtigen Kinder umfaßt neben der sozialen Gruppenarbeit auch die tägliche Hilfestellung bei den Hausaufgaben. Dies erfordert von den Mitarbeiter der Spiel- und Lernstube einen zeitaufwendigen Kontakt zur Schule und den jeweiligen Klassenlehrern. Immer wieder kommt es gerade bei Kinder von sozial benachteiligten Familien zu massiven Schulschwierigkeiten.

In dem Zusammenhang wird ebenso versucht die Scheu und Unsicherheit der Eltern vor der Institution Schule abzubauen, indem vorbereitende Gespräche geführt werden und Mitarbeiter und Eltern gemeinsam die Elternabende der Schule besuchen.

Neben der unmittelbaren Betreuung der Kinder nimmt die Eltern einen großen Stellenwert ein. Über monatliche Elternabende, Hausbesuche und z.T. häufige Besuche der Eltern in der Spiel- u. Lernstube wird versucht die Eltern verstärkt in die, von der Spiel- u. Lernstube angestrebten Lernprozesse ihrer Kinder einzubeziehen. Wichtig ist außerdem die Unterstützung der Eltern bei bestimmten Unternehmungen mit den Kindern sowie die verantwortliche Vorbereitung bei großen Sommerfesten und Tagesausflügen.

Ehemalige Mitarbeiterinnen unterstützen weiterhin eine Frauen-

gruppe aus dem Wohngebiet.

Darüber hinaus werden die Mitarbeiter massiv mit den sozialen Problemen der jeweiligen Familien und des gesamten Wohngebietes konfrontiert. Die Nähe der Einrichtung und der geringe institutionelle Charakter der Spiel- und Lernstube ermöglicht diese vertrauensvolle Elternarbeit.

Leider ist es den Mitarbeitern auf grund ihrer Arbeitsbelastung nur begrenzt möglich auf diese Vielfalt der Probleme einzugehen. Dies wäre nur in einem umfassenden Gemeinwesenprojekt vorstellbar. Auch die für dieses Gebiet zuständigen Sozialarbeiter der Sozialstation können nach ihrer neuen Dienstanweisung (Sommer 78) keine gemeinwesenbezogenen Aufgaben mehr wahrnehmen.

Dringend erforderlich für das Wohngebiet wären Einrichtungen für Jugendliche. Mehrere Initiativen für ein Jugendhaus sind bereits gescheitert.

Da es keine Nachfolgeeinrichtungen gibt, fällt es vielen 12-jährigen Kindern schwer sich von der Spiel- und Lernstube zu trennen. Um die dadurch entstehenden Schwierigkeiten aufzufangen, wäre es notwendig eine weitere pädagogische Betreuung dieser Kinder mit ihrem Alter entsprechenden Angeboten, im Anschluß an die Öffnungszeiten der Spiel- und Lernstube zu gewährleisten.

Vom Evangelischen Regionalverband als Träger der Einrichtung, wird jedoch jede Ausweitung der Arbeit aus rein finanziellen Gründen abgelehnt. Es erfolgt sogar eine indirekte Mittelkürzung, indem seit Mai 77 wieder eine dritte Spiel- und Lernstube hinzugekommen ist (zwei Jahre nur zwei Spiel- und Lernstuben), aber keine Erhöhung der Mittel bewilligt wurde.



Spielstube Schwarzbachmühle in Ffm Goldst.
(Hintergrund: Siedlung Haisenvat)



Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen

Tag

Bericht über die Arbeit des Erziehungskurses 1977
in Frankfurt - Preungesheim.

Träger: Arbeiterwohlfahrt, Kreisverband Frankfurt/M.
Projektleiter: Klaus Müller
Anschrift: c/o Jugendclub Preungesheim, Wegscheidestr. 50, 6 Ffm.

Seit dem 1. Juli 1977 arbeitet der Erziehungskurs im Wohngebiet "Karl-Kirchner-Siedlung" in Ffm-Preungesheim. Angesichts dieser kurzen bisherigen Projektlaufzeit lassen sich nur schwerlich allgemein verbindliche Aussagen über die Auswirkungen des Erziehungskurses auf die Jugendlichen des Wohngebietes machen. Deutlich erkennbar sind aber Trends, individuelle Verhaltensänderungen und Meinungen, die von der Arbeit des Erziehungskurses positiv beeinflusst, bzw. initiiert worden sind. Um dies zu verdeutlichen, zuerst einen kurzen Exkurs zur Projektorganisation:

Der zentrale Punkt der Jugendarbeit ist der Jugendclub der Arbeiterwohlfahrt in der Karl-Kirchner-Siedlung. In der heutigen Form, Konzeption und Ausstattung besteht er seit ca. 2 Jahren. Die Arbeit dieses Clubs ist der wichtigste Bestandteil des Freizeitverhaltens der Jugendlichen aus der Siedlung.

Unter diesen vorgegebenen Voraussetzungen hat es sich als richtig herausgestellt, den Erziehungskurs an den Jugendclub anzubinden, sodaß er integrativer Bestandteil der gemeinsamen Arbeit im Wohngebiet wurde.

Dieses bedeutete natürlich auch eine Ausweitung der Konzeption des Erziehungskurses über die Rahmenkonzeption hinaus. Als besonders vorteilhaft erwies sich dadurch die Möglichkeit, auf die spezifischen Probleme der jugendlichen Zielgruppe einzugehen, die in der laufenden freizeitpädagogischen Arbeit des Jugendclubs nur am Rande berücksichtigt werden konnte.

Beispiel: Heute sind alle Mitarbeiter in der Lage, allgemeine und individuelle Beratung und Hilfestellung zu geben, die bei den komplexen Problemfeldern Jugendlicher in "sozialen Brennpunkten" dringend erforderlich sind, soll die bereits investierte Arbeit (auch Finanzmittel) nicht Stückwerk bleiben.

Zu den Aktivitäten und den daraus entstandenen Veränderungen im Einzelnen:

Zu Beginn des Erziehungskurses wurde zusammen mit den Mitarbeitern des Jugendclubs eine 2wöchige Ferienfreizeit in Südfrankreich durchgeführt. Beteiligt waren 25 Jugendliche der

Zielgruppe (14-18 Jahre). Es konnte sehr schnell erreicht werden, daß die Jugendlichen die neuen Mitarbeiter des Kurses vollständig akzeptierten und sie als Teil des Jugendclubs betrachteten. Dies ist das wichtigste Ergebnis im Hinblick auf die notwendige Integration jüngerer Jugendlicher in den Club, der natürlich auch wie jeder andere Jugendclub immer in der Gefahr ist, sich als Privatclub der Stammbesucher zu etablieren und zu isolieren.

In der darauf folgenden Zeit kristallisierten sich die Teilnehmer an der Frankreich-Fahrt zunehmend als die Kerngruppe des Erziehungskurses heraus. Da aber die leider sehr beengten Räumlichkeiten des Jugendclubs mit benutzt werden mußten, konnten auch umgekehrt die Jugendlichen aus dem Erziehungskurs keine privilegierte Gruppe innerhalb der gesamten Jugendarbeit im Wohngebiet darstellen. Konkurrenz und Neid untereinander konnten so von vorneherein so gering wie möglich gehalten werden. Außerdem war auch die Chance gegeben, Jugendlichen, die nicht explizit der Zielgruppe angehören, aber die gleichen Probleme und Bedürfnisse haben, mit in die Arbeit einzubeziehen.

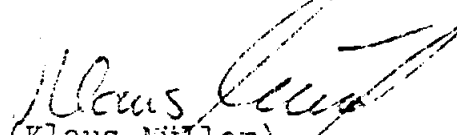
An weiteren Aktivitäten wurden neben der regelmäßigen Mitarbeit in der Freizeitpädagogik des Jugendclubs vor allem solche durchgeführt, die den bereits begonnen Veränderungsprozessen bei Jugendlichen Unterstützung bieten. (Stärkung des Selbstvertrauens in schwierigen oder ungewohnten Situationen, Gruppengefühl / Gruppensolidarität entwickeln, Ausmaß von Selbstbestimmung und Selbstorganisation in der Freizeit unterstützen, Einsichten, auch theoretischer Art, in die Normen unserer Gesellschaftsordnung vermitteln und nicht zuletzt konkrete Hilfen in individuellen Notlagen anzubieten.)

Die hier ganz kurz skizzierten positiven Prozesse wirken sich aber nicht nur auf die Teilnehmer des Erziehungskurses, sondern auch in zunehmendem Maß auf die übrigen Besucher des Jugendclubs aus. Hier wird dringend erforderlich, die fruchtbare Zusammenarbeit Erziehungskurs - Jugendclub fortzusetzen und weiter auszubauen.

Zum Schluß nur ganz kurz angerissen die Probleme, die es natürlich auch gibt: Das Wohngebiet "Karl-Kirchner-Siedlung" ist so groß, daß Probleme im Bereich der Jugend evtl. gar nicht erkannt und angegangen werden können, z.B. die Probleme der dort wohnenden jungen Türken, die durch Vorurteile und Sprachbarrieren sehr stark isoliert sind.

Die sehr schlechten räumlichen und Ausstattungs- technischen Bedingungen erlauben es oftmals nicht, Aktivitäten durchzuführen, die noch stärker als bislang die o.a. positiven Entwicklungen fördern würden.

Frankfurt/M., Dezember 1977


(Klaus Müller)

P.S.: Genaue Informationen und Analytische Beschreibung der jetzt eingesetzten Prozesse enthält der Jahresbericht, der Anfang 1978 vorliegen wird.

Feuerschutz: 60 Kinder⁻⁴³⁻ sitzen jetzt im Freien

Spielstube der AW geschlossen / Zahlt die Stadt?

Die rund 60 Kinder und Jugendlichen aus der Spielstube Wegscheidstraße der Arbeiterwohlfahrt (AW) in Preungesheim sitzen seit gut einer Woche buchstäblich im Freien. Nach einer Brandverhütungsschau vor gut vier Wochen hat am vergangenen Dienstag die Ordnungsbehörde die Spielstube wegen „gravierender Mängel in der Feuerverhütung“ geschlossen, bis eine Reihe von Brandschutzaufgaben erfüllt sind.

„Durchaus berechtigt“ nennt AW-Geschäftsführer Heinz Stephan die Auflagen der Feuerwehr. Danach müssen in der Spielstube in Preungesheim vor allen feuerhemmende Türen und Feuerleitern von den oberen Stockwerken eingebaut werden. Außerdem haben die Brandschützer vorgeschrieben, daß aus Sicherheitsgründen die Kinder im Vor-

schulalter im Erdgeschoß des Hauses untergebracht werden müssen. Da die Raumaufteilung dort zur Zeit für kleine Kinder ungeeignet ist, sind umfangreiche Umbauten erforderlich. Insgesamt, so hat Stephan errechnet, werden die notwendigen Umbauten rund 30 000 Mark kosten.

Die AW hofft, daß die Stadt unbürokratisch schnell die Mittel für die Brandverhütung zur Verfügung stellt. Stephan hat bereits mit dem zuständigen Amtsleiter Schneider im Jugendamt Kontakt aufgenommen und auch bereits nach eigenen Angaben einen entsprechenden Antrag auf Übernahme der Mittel durch die Stadt gestellt. Das Jugendamt soll — so Stephan — der AW in Aussicht gestellt haben, daß es die 30 000 Mark übernehmen wird. Schneider war am Donnerstag jedoch nicht zu

erreichen. Der Referent von Sozialdezernent Martin Berg, Staymann, erklärte jedoch auf Anfrage, daß er es für möglich halte, daß die Finanzierung der Brandschutzaufgaben auch ohne einen Körperschaftsbeschluß — also ohne Zustimmung des Parlaments — von der Verwaltung genehmigt werden könnte. Von einer Haushaltsstelle eigens für soziale Einrichtungen in Stadtteilen mit unzureichender sozialer Infrastruktur könnten durchaus die Mittel zur Verfügung gestellt werden, so Staymann.

Der Antrag der AW auf Finanzhilfe drängt auch deshalb, weil die Spielstube während der großen Schulferien geschlossen bleibt. In den ersten drei Wochen fahren die Betreuer mit den älteren Kindern gemeinsam in Urlaub, in den letzten drei Ferienwochen bleibt die Spielstube geschlossen. Die vom Brandschutz verordneten Arbeiten könnten dann während dieser Zeit ausgeführt werden, damit der Betrieb nach den Ferien ohne Verzögerung wiederaufgenommen werden könnte.

Im Moment beschäftigen die Betreuer die Kinder vorwiegend im Freien oder gehen mit ihnen in den Zoo, ins Theater oder machen ähnliche kleine Ausflüge. Die AW hat ihnen dafür, so Stephan, einen erhöhten Sozialfonds zur Verfügung gestellt. G.S.

Offener Brief der Elternschaft der Spielstube Wegscheidstraße und der Anwohner der Karl-Kirch- ner-Siedlung

Seit sieben Jahren sind die Spielstube und der Jugendclub der Arbeiterwohlfahrt in einem Provisorium (d.h. 65 Kinder und 80 Jugendliche) in viel zu beengten Verhältnissen untergebracht. Für die 22 Kinder des Kindergartens stehen 91 m² zur Verfügung (einschließlich Nutzräume), für 80 Jugendliche ebenfalls 91 m² und für 45 Hortkinder 148 m². (Laut Hessischem Kindergartengesetz sind pro Kind Vorschrift). Die sanitären Einrichtungen sind unzumutbar (z. B. für 80 Jugendliche eine Toilette), es fehlt ein eigener Spielplatz für die Spielstube. Nun wurde die Spielstube obendrein noch von der Feuerwehr wegen Nichteinhaltung der Brandschutzvorschriften geschlossen.

Es ist deshalb unser dringendstes Anliegen, die schon seit ca. sechs Jahren bestehende Forderung nach einem Kinder- und Jugendhaus mit ausreichendem Spielgelände zu wiederholen, damit unsere Kinder menschenwürdig untergebracht werden können, und auch die ständige Lärmbelästigung durch den Jugendclub durch ausreichend schallisolierte Räume ein Ende hat.

Da ein Grundstück schon vorhanden und die Gelder dafür bewilligt sind, fordern wir, den Bau des Kinder- und Jugendhauses möglichst schnell in die Wege zu leiten und für die Übergangszeit Gelder für die Renovierung zur Verfügung zu stellen, damit die feuerpolizeilichen Vorschriften in den jetzigen provisorischen Räumen erfüllt werden können.

-44-

Evangelisch-Freikirchliche Gemeinde Frankfurt/Main

(BAPTISTEN-GEMEINDE)

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Evangelisch-Freikirchliche Gemeinde Frankfurt (Main), Am Tiergarten 50

Pastor Hans H. Busche, 6 Frankfurt/M.-60
Gagernstraße 22, Telefon 43 32 11

Gemeindeleitung:

Friedrich Kant, 6 Frankfurt/M.-60

An den Röhren 57, Telefon 45 38 10

Luise Markert, 6 Frankfurt/M.-1

Walter-vom-Rath-Str. 12, Telefon 5 60 21 62

Gemeindekassierer:

Ernst Stützel, 6 Frankfurt/M.-70

Karlsbader Straße 13, Telefon 63 98 14

19.2.1978.

Jahresbericht 1977 der Spielstube Niederbornstraße

Situation:

Die Spielstube Niederbornstraße besteht seit Januar 1973. Trotz der großen Fluktuation der Bewohner gibt es einige Familien, zu denen der Kontakt seit Beginn unserer Arbeit besteht.

Im August/September 1977 wurde der Umbau der Häuser Niederbornstraße 54/56 abgeschlossen und die Sozialwohnungen bezugsfähig. Außer einigen früheren Bewohnern zogen auch neue Familien ein. Die Mitarbeiter der Spielstube haben bereits gute Kontakte zu diesen "Neuen". Viele der von uns erreichten Kinder und Familien wohnen in den Neubauten Sigmund-Freud-Straße / Gießener Straße. Daraus ergibt sich die Schwierigkeit, daß manche Kinder nicht allein den Weg in die Spielstube machen können. Die Sigmund-Freud-Straße ist verkehrsreich, und die Versuche, die Kinder abzuholen, scheiterten an der mangelnden Pünktlichkeit. Dieses Problem gab es nicht, als die Familien noch in den Wohnblocks Niederbornstraße lebten. Allerdings ist die Sigmund-Freud-Straße etwas sicherer geworden, seit sie zur Einbahnstraße erklärt wurde.

Zahl der betreuten Kinder:

Vormittags:	12	von 2 1/2 - 6 Jahren
Nachmittags:	25	von 4 - 13 Jahren
Schulaufgabenhilfe:	22	von 6 - 13 Jahren

Mitarbeiter

Wir beschäftigen 2 hauptamtliche Erzieherinnen, die für die pädagogische Arbeit der Spielstube verantwortlich sind. 6 ehrenamtliche bzw. Honorarkräfte unterstützen sie. In 14-tägigem Rhythmus finden Mitarbeitergespräche statt. In unregelmäßigem Abstand treffen sich die Erzieherinnen mit den für die Niederbornstraße zuständigen GWA, um die Arbeit zu koordinieren.

Finanzen

Wie alle Sozialarbeit ist auch die Spielstubenarbeit sehr personalintensiv. Etwa 81% des Etats entfallen auf Personalkosten. Ein finanzieller Engpaß entstand 1977 durch die erst im September erfolgte Zuwendung der Stadt Frankfurt/M. Der Landeswohlfahrtsverband überwies das Geld erst im November. Wir begrüßen deshalb die Zusage des Landesjugendamtes Hessen, den Zuwendungsbescheid für 1978 gleich nach Prüfung des Verwendungsnachweises zuzustellen.

Bedauerlich ist, daß die doch erhebliche administrative Arbeit nicht zuwendungsfähig ist.

Spielgruppen - vormittags

Die Spielgruppen werden regelmäßig von 8 - 12 Kindern im Alter von 2 1/2 - 6 Jahren besucht. Die relativ geringe Kinderzahl ermöglicht uns eine gezielte Einzelbetreuung. Der Vormittag gliedert sich für die Kinder in Freispiel, Beschäftigung durch die Erzieher und gemeinsames Frühstück.

F r e i s p i e l :

- die Kinder können sich austoben
- sie entdecken die Spielmöglichkeiten der Räume
- sie entscheiden selbst, was sie spielen
- sie entwickeln selbst und spontan gemeinsame Spiele
- sie lernen, die Freizeit selbständig zu gestalten

B e s c h ä f t i g u n g d u r c h d i e E r z i e h e r

- Unser Ziel ist es, daß die Kinder spielend Lernen lernen.
- Fähigkeiten und Unfähigkeiten erkennen und schulen
- Fertigkeiten üben
- Formen und Farben erkennen

- Sprachtraining
- soziale Verhaltensweisen lernen
- Konzentration üben
- Ausflüge

Das gemeinsame Frühstück kann garnicht hoch genug eingeschätzt werden und wird von den Kindern sehr geliebt. Außer dem Vermitteln von Tischsitten schafft es die gemütliche oder feierlich-fröhliche (Geburtstage) Atmosphäre, in der das Vertrauen zwischen Kindern und Erziehern wächst.

Spielgruppen - nachmittags

Sie sind für alle Kinder von 3 - 13 Jahren offen, allerdings geht für die Schulkinder die Schulaufgabenhilfe voraus. Die Vorschulkinder werden gesondert beschäftigt. Auch hier wie am Vormittag der Wechsel zwischen Freispiel und gelenkter Beschäftigung. Kochen und Backen sind sehr beliebt bei allen Altersstufen. Wir beteiligen die Kinder an den Vorüberlegungen was gekocht wird und am Einkauf. Die manuelle Geschicklichkeit der Kinder ist auffallend. Wir fördern sie durch viel Bastelarbeiten und Werken und hoffen, durch die Erfolge ihr Selbstwertgefühl zu stärken.

Schulaufgabenhilfe

Vorschule	7 Kinder	
Grundschule	9 Kinder	
Hauptschule	2 Kinder	22 Kinder
Sonderschule	4 Kinder	

Nicht alle Kinder kommen regelmäßig zur Schulaufgabenhilfe. Die Kinder der unteren Klassen sind regelmäßiger als die Älteren. Bei Vergleichen fällt auf, daß die Kinder, die schon länger die Spielstube besuchen, (auch vor der Einschulung) höhere Konzentration und Ausdauer und mehr Fähigkeiten zum selbständigen Arbeiten zeigen.

In der Regel bieten wir Schulaufgabenhilfe zwischen 14 - 15 Uhr an. Wir teilen die Kinder in Gruppen in verschiedene Räume, damit ein ruhiges Arbeiten möglich ist. Probleme gibt es mit den Nachzüglern, denen das Arbeiten neben spielenden Kindern noch schwerer wird.

Viel Zeit investieren die Erzieher in den Kontakt zu den Lehrern, um den Kindern wirklich helfen zu können.

An der Schulaufgabenhilfe sind auch freiwillige Mitarbeiter beteiligt.

Elternarbeit

Der Kontakt zu den Eltern ist gut, es ergeben sich zahlreiche Gespräche beim Bringen und Holen der Kinder.

Elternabende werden in unregelmäßigen Abständen veranstaltet, auf Wunsch der Eltern oder wenn ein besonderer Anlaß besteht.

Freizeit

18 Kinder von 5 - 12 Jahren fuhren mit 5 Mitarbeitern in das Jugendhaus Fornsbach in der Nähe von Heilbronn. Es war ein idealer Platz. Die Mitarbeiter kochten selbst für die Gruppe, was erhebliche Vorteile brachte:

- Essenszeiten konnten variiert werden
 - Speisewünsche der Kinder waren leicht zu erfüllen
 - die Kinder halfen beim Kochen (siehe Bericht von den Spielgruppen)
- Hinter dem Haus begann der Wald, nur 5 Minuten entfernt lag der Waldsee, der ein gefahrloses Baden allen Kindern ermöglichte. Die ideale Lage des Hauses gab den Kindern ein großes Maß an Freiheit und Gelegenheit zur selbständigen Freizeitgestaltung.

Aktivitäten:

- baden
- Bau eines Baumhauses
- Musikhören
- Lagerfeuer
- Nachtwanderung
- Exkursionen
- Sammeln von Kleingetier
- Geschichten erzählen und hören
- werken und basteln

Zum guten Abschluß des Jahres wurde die Weihnachtsfeier. Sorgfältig von Kindern und Erziehern vorbereitet, wurde sie ein voller Erfolg. Ca. 90 Personen im Alter von 7 Monaten bis 70 Jahren drängten sich auf viel zu engem Raum. Das Interesse der Eltern ist uns aber auch Bestätigung für den Sinn und die Notwendigkeit der Spielstubenarbeit.

Flucht das Kind
auf Heim und Schule
weigert sich
zu leisten und zu sputen
schwänzt gar den Unterricht
bohrt es, statt zu lernen, in der Nase
spuckt, kratzt schon im Kindergarten
nascht lieber Schokolade
ißt zuviel und isst zu wenig
ist nicht lieblich und nicht fröhlich
putzt sich weder Nas noch Schuhe
fernsieht lieber Tag und Nacht
häuft und spinnt und fantasiert
toibt im Dunkel verbotene Spiele
pinkelt nicht so gern aus Klo
ist kein Häschen, doch ein Fleck
tannen Mamma, Papa, Oma, Opa
ihre Kindern an der Hand
in das kleine Zauberland
zu dem KINDERZENTRUM hin
um zu ändern ihren SINN

Erziehungsberatungsstelle im Kinderbehandlungs-
zentrum Preungesheim, Alt Preungesheim 2 Ffm.
Tel 0611/541002

Finanzierungsprobleme - Schwierigkeiten einer kleinen Ein- richtung der Jugendhilfe

Für das Kinderbehandlungszentrum war das Jahr 1977 belastet durch Finanzierungsprobleme und inhaltliche und politische Angriffe.

Das Jahr begann mit der schweren Hypothek, da immer noch ein Drittel unseres Haushalts ungedeckt war, weil das Land Hessen sich nicht in der Lage sah, uns den üblichen Zuschuß zu gewähren. Alle Zusicherungen von Seiten der Stadt waren in Frage gestellt, als nach den Kommunalwahlen die politischen Mehrheiten in Frankfurt wechselten.

Nach den Wahlen stellte die SPD im Ortsbeirat einen Antrag mit dem Ziel, das Kinderbehandlungszentrum für 1977 mit einem außerplanmäßigen Zuschuß zu sichern. Diesen Antrag lehnte die CDU - Mehrheitsfraktion mit der Begründung ab, das Land Hessen wäre zuständig, obwohl allgemein bekannt war, daß das Land 1977 nicht zahlen würde. In Preungesheim entspann sich daraufhin eine Flugblattauseinandersetzung zwischen SPD und CDU um das Kinderbehandlungszentrum.

Dies war ein Angriff auf die Existenz des Kinderbehandlungszentrums. Der Karl - Kirchner - Kreis (ein Zusammenschluß aller in Preungesheim tätigen sozialen und pädagogischen Einrichtungen, Kirchengemeinden und Parteien) lud zu einer öffentlichen Versammlung ein, wo die Situation des Kinderbehandlungszentrums zur Diskussion gestellt werden sollte. Diese Versammlung fand am 22. Juni 1977 statt. Sie war gut besucht und das Kinderbehandlungszentrum fand große Unterstützung von Kollegen aus der Sozialstation, den Schulen und Kindergärten und anderen Erziehungsberatungsstellen. Auch Klienten berichteten öffentlich über ihre positiven Erfahrungen. Die Versammlung endete mit einem Erfolg, die anwesenden CDU - Vertreter erklärten, daß die Stadt einspringen wird, falls das Land nicht bezahlt.

-46-

Ebenso verfuhr der Sozialausschuß der Stadtverordnetenversammlung. Einerseits lehnte er einen außerplanmäßigen Zuschuß ab, gab jedoch andererseits die Zusage, daß die Stadt einspringt, wenn das Land nicht zahlt.

Erst kurz vor Weihnachten wurde dann unser Defizit über den Nachtragshaushalt der Stadt Frankfurt übernommen. Dies bedeutete, daß ab Sommer 1977 kein Geld mehr vorhanden war. Gehälter konnten nicht bezahlt werden, Kredite mußten aufgenommen werden, und es fanden ständige Verhandlungen mit der Stadt wegen Überbrückungshilfen statt.

Gegen Jahresende kam die Zusage vom Land Hessen, daß das Kinderbehandlungszentrum ab 1978 in die Landesförderung einbezogen wird, weil der entsprechende Etatposten erhöht wurde. Damit war das Kinderbehandlungszentrum zum ersten Mal finanziell abgesichert.

Gleichzeitig kam jedoch ein neues Problem auf das Kinderbehandlungszentrum zu. Die CDU verabschiedete im Ortsbeirat einen Antrag, daß das Kinderbehandlungszentrum kommunalisiert werden solle - ohne, daß eine Rücksprache mit dem Kinderbehandlungszentrum stattgefunden hätte.

Dieser Kommunalisierungsantrag war von neuem eine Existenzbedrohung. Denn unsere Arbeitskonzeption und deren schrittweise Realisierung und Weiterentwicklung ist gebunden an die freie Trägerschaft der Jugendhilfe. Eine Einbindung unserer Erziehungsberatungsstelle in die kommunale Verwaltung hätte zur Folge, daß das Modell Kinderbehandlungszentrum zerstört würde.

Ein juristisches Gutachten und eine veränderte Position der CDU auf Stadtebene führten dann dazu, daß Anfang 1978 der Ortsbeiratsantrag auf Kommunalisierung im Sozialausschuß stillschweigend begraben wurde.

Gleichwohl wurde die Unabhängigkeit weiterhin in Frage gestellt. In einem Gespräch mit CDU - Vertretern wurde dem Kinderbehandlungszentrum geraten, sich einem großen Wohl-

fahrtsverband anzuschließen, da nur dies eine ausreichende Kontrolle unserer Arbeit gewährleisten würde - dies, obwohl das Kinderbehandlungszentrum Mitglied im Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband ist. Die Unabhängigkeit des Kinderbehandlungszentrums bedeutet für die Stadt offensichtlich eine nicht ausreichende finanzielle, inhaltliche und politische Kontrolle.

Die Überprüfbarkeit der Arbeit im Kinderbehandlungszentrum ist jedoch ganz offensichtlich gewährleistet: durch den öffentlichen Zugang zur Beratungsstelle, durch die Kooperation mit anderen sozialen Institutionen, durch die Überprüfung der Mittelverwendung über das städtische Revisionsamt und über Jahresberichte.

Neben diesem Vorwurf mangelnder Kontrolle, wurde dem stadtteilbezogenen Arbeitsansatz des Kinderbehandlungszentrums jedwelche Besonderheit abgesprochen, die eine personalintensive Ausstattung rechtfertigen würde, wie sie jetzt besteht.

Damit scheinen die Probleme vorgezeichnet, die in nächster Zeit auf das Kinderbehandlungszentrum zukommen.

Um der kleinen Einrichtung mehr Rückendeckung zu verschaffen, wurde Ende 1977 mit dem Aufbau eines Fördererkreises begonnen. Dieser soll eine Stärkung der Eigenmittel aber auch eine fachliche und politische Unterstützung zur Sicherung und Weiterentwicklung der Arbeit erbringen.

Die Probleme im Jahr 1977 waren eine große zusätzliche Belastung für die tägliche Arbeit. Der ständige Zwang zur Legitimation der Arbeit in Gesprächen mit Vertretern der Parteien auf Orts - und Stadtebene mit der Verwaltung und Vertretern des Landes Hessen kostete viel Energie und Nerven. Wenn man als Modell arbeitet und neue Arbeitsformen entwickelt, muß man mit solchen Angriffen und Schwierigkeiten leben. 1977 hat gezeigt, daß das Kinderbehandlungszentrum Rückhalt im Stadtteil hat. 1977 wurde endlich eine finanzielle Absicherung erreicht.

Überblick über die Tätigkeit der Erziehungsberatungsstelle im Jahre 1977 (1.1. bis 31.12.1977)

1. Eltern- und Familienberatung

Der folgende Bericht vom zweiten Arbeitsjahr des Kinderbehandlungszentrums bezieht sich auf die 162 Familien, die von uns in diesem Zeitraum betreut wurden.¹⁾

Von diesen Familien meldeten sich 107 im Verlauf des Jahres 1977 zum ersten Mal in der Erziehungsberatung an, während bei 55 Familien die Beratungen aus 1976 fortgesetzt wurden.

Die soziale Zusammensetzung unseres Klientels hat sich weiterhin im Sinne unseres Arbeitsansatzes verändert, denn die Anzahl von Angehörigen der sozialen Unterschicht hat 1977 noch erheblich zugenommen. Von den betreuten Familien können 105 dem unteren Stratum der sozialen Schichtung zugerechnet werden (Zurechnungskriterien waren: Beruf, Einkommen, Bildungsgrad und Wohnverhältnisse). Mit diesem Anteil von nahezu 2/3 der Klienten aus der Unterschicht scheint sich unsere Hypothese, daß die Besonderheiten des institutionellen Rahmens, wie sie im Kinderbehandlungszentrum gegeben sind (Stadtteilbezug, enge Kooperation mit der Arztpraxis und mit anderen sozialen Institutionen), den Zugang zur Erziehungsberatung für Unterschichtsangehörige erleichtert.

Bei der Analyse der Beratungsmotivation konnten wir feststellen, daß im Vergleich zu 1976 die Anzahl der Unterschichtsangehörigen, die aus eigenem Interesse die Beratungsstelle wegen Erziehungsschwierigkeiten mit ihren Kindern aufgesucht haben, gestiegen ist (34 Familien 1977 im Vergleich zu 11 Familien 1976); der Anteil von Mittelschichtsfamilien, die von sich aus Erziehungsberatung in Anspruch nahmen, ist dagegen fast konstant geblieben (35 Familien 1977 im Vergleich zu 25 Familien 1976).

¹⁾Anmerkung

Mit der Bezeichnung Familie ist hier nicht nur die Beratung vollständiger Familien und aller Familienmitglieder gemeint. Fortsetzung auf Seite 7

Dies läßt sich vermutlich damit erklären, daß sich die Verankerung des Kinderbehandlungszentrums im Stadtteil zunehmend positiv auswirkt, daß es keine Warteliste gibt, daß ein Austausch mit der Kinderarztpraxis stattfindet, und daß das Kinderbehandlungszentrum an vielen Aktivitäten im Stadtteil teilnimmt. Der Großteil der Klienten erreichte uns jedoch weiterhin über Empfehlungen anderer sozialer Institutionen des Stadtteils, wie Schulen, Kindergärten und Sozialstationen (insgesamt 97 Familien, davon 66 aus der Unterschicht und 31 aus der Mittelschicht). Darüberhinaus hat sich gezeigt, daß das gemeinsame Klientel von Arztpraxis und Erziehungsberatung im Kinderbehandlungszentrum erheblich gestiegen ist; es beträgt etwa ein Drittel.

Die Dauer der Beratung steht in direktem Zusammenhang zu der Problemstellung und zum Problembewußtsein, mit dem die Eltern zur Erziehungsberatung kommen. Man kann hier grob zwei Gruppen unterscheiden: Die eine Gruppe sind Familien, bei denen allein eine konfliktaufarbeitende Beratung und eventuell eine Behandlung des Kindes therapeutisch wirksam sein können. Sie liegt bei massiven Problemen, wie z.B. Einnässen, Einkoten, Stottern oder drohender Verwanlung eines Kindes. Die neurotische Entwicklung des Kindes ist in der Regel in der Familiendynamik begründet. Hier kann nur eine umfassende Betreuung der Familie zum gewünschten Erfolg führen. Bei der anderen Gruppe geht es von der Motivation und der Problemstellung der Klienten her vorwiegend um diagnostische Abklärung und konkrete Hilfestellung. Dies kann bei Schulproblemen der Fall sein, z.B. bei der Frage der Schulreife, bei drohendem Sitzenbleiben oder bei einer retardierten Sprachentwicklung. In solchen Fällen können diagnostische Untersuchungen, Kontaktaufnahme mit Schule oder Kindergarten, einige wenige Beratungsgespräche mit den Eltern und eventuell die Aufnahme des Kindes in eine fördernde Gruppe, in relativ kurzer Zeit zu einer Minderung oder Behebung des Problems führen.

¹⁾Fortsetzung der Anmerkung von Seite 6

Familie ist als eine Art Oberkategorie zu verstehen, die alle Arten von Beratung (von Müttern, Vätern, Gesamtfamilien, aber auch Großeltern oder Pflegeeltern) meint. Die Betreuung Kindern wird gesondert aufgeführt.

- 48 -

d) Elterngruppenarbeit: Eltern lernen hier, daß Erziehungs-schwierigkeiten und Verhaltensauffälligkeiten nicht als Eigenschaften des Kindes interpretiert werden, sondern als Eigenschaft der Interaktion des Kindes mit seiner Umwelt: d.h. Vater, Mutter, Erzieher, Lehrer ect. Im Austausch von täglichen Erfahrungen mit den Kindern in Rollenspielen und im Einüben bestimmter Kommunikationsregeln lernen Eltern verständnisvoller mit sich und ihren Kindern umzugehen.

e) Individuelle Lehrer- und Erzieherberatung: wenn die dargestellten Probleme weniger im Elternhaus auftreten, sondern sich auf Schule oder Kindergarten konzentrieren, bieten wir den betroffenen Lehrern und Erziehern eine Beratung hinsichtlich der Schwierigkeiten, die sie selbst mit dem jeweiligen Kind haben, an.

2. Therapeutische und pädagogische Arbeit mit Kindern

Von den 1977 betreuten Familien wurden insgesamt 114 Kinder in verschiedene Formen von Behandlungsmaßnahmen einbezogen:

- bei 34 Kindern reichte eine Diagnostik mit darauf-folgendem diagnostischem Gespräch und weitere Elternarbeit.
- bei weiteren 80 Kindern wurden den Eltern therapeutische oder pädagogische Angebote für ihre Kinder gemacht. So sind 29 Kinder in Einzel- und Gruppentherapie gekommen, 17 Kinder erhielten Hausaufgaben- und Sozialisationshilfe, 11 Kinder Sprachtherapie in Einzel- und Gruppenbetreuung, 5 Kinder kamen in eine Musik- und Bewegungstherapie, und schließlich sind weitere 8 Kinder zusammen mit ihren Eltern im Rahmen einer Familienberatung weiter betreut worden.

Wie im letzten Jahr waren auch dieses Jahr die Jungen mit 2/3 und die Mädchen mit 1/3 vertreten. Dies liegt wahrscheinlich daran, daß die eher aggressiveren, in Schule und Kindergarten auffälligen Kinder, in der Regel Jungen sind, während psychisch gestörte Mädchen sich öfter still und schüchtern verhalten und von der Umwelt seltener als

auffällig erlebt werden.

Die Kinder zwischen 5 und 10 Jahren waren im letzten Jahr die am stärksten vertretene Altersgruppe (78 Kinder). Dies zeigt, daß die Einschulung und die ersten Grundschuljahre für die Kinder besonders kritisch sind. Psychisch labile Kinder reagieren auf die hohen Anforderungen die die Einschulung mit sich bringt, oft mit neurotischen Symptomen.

- Im Folgenden werden die speziellen Behandlungsangebote für Kinder, wie sie im Jahre 1977 durchgeführt wurden, einzeln aufgeführt:

a) Psychodiagnostik

Um die Probleme eines Kindes oder Jugendlichen besser einschätzen zu können, wird von uns oft eine psychodiagnostische Untersuchung durchgeführt; dazu gehören Anamneseerhebung, Leistungstests und projektive Testverfahren, die spezielle Hinweise auf die innere Dynamik und Struktur der Störungen geben können. Danach wird oft entschieden, ob und welche therapeutische oder pädagogische Betreuung angebracht ist.

b) Kindertherapie (einzeln oder in Gruppen)

Zur Behandlung von verselbstständigten Störungen bei Kindern und Jugendlichen wird bei uns Kindertherapie angeboten. Sie wird psychoanalytisch oder klientenzentriert gestaltet und ist langfristig orientiert (mind. 1 - 2 Jahre). Eine solche Behandlung kann bei uns nur dann durchgeführt werden, wenn die Eltern (oder andere erwachsene Bezugspersonen des Kindes) bereit und in der Lage sind, die therapeutische Arbeit mit dem Kind zu unterstützen.

c) Familienspieltherapie

Dies ist ein Behandlungsangebot für Eltern und Kinder gemeinsam. Es richtet sich nach den Grundsätzen der Familientherapie (siehe Familienberatung), geht aber von einer gemeinsamen Spielsituation für Eltern und Kinder aus. Ziel ist die Verbesserung des familiären Klimas.

d) Sprachförderung (in Kleingruppen)

Leicht sprech- und sprachgestörte Kinder erhalten bei uns Förderung in kleinen Gruppen mit einem gemischten Spiel- und

150-

Übungsprogramm.

e) Sozialisationshilfe

Wir vermitteln Kindern mit speziellen Schulschwierigkeiten individuelle Hausaufgabenhilfe, wobei auch auf die zugrundeliegenden Kernstörungen des Kindes eingegangen wird.

f) Musik- und Bewegungsgruppe

Dies ist eine heilpädagogische Ergänzungsmaßnahme für solche Kinder, die durch gehemmte oder überschießende Bewegung auffallen. Ziel dieser Gruppe ist es, über Rollenspiele und musikalisches Experimentieren die Kinder zu phantasievollen Spielen anzuregen, ihnen dabei Möglichkeiten zum sozialen Lernen in der Gruppe zu geben und ihre motorischen Fähigkeiten zu verbessern. Die Gruppe umfaßt 6 - 8 Kinder.

g) Werkgruppe

Die Werkgruppe ist eine therapeutisch - pädagogische Möglichkeit für Kinder mit Störungen im feinmotorischen Bereich und mit mangelnder Konzentrationsfähigkeit. Durch das Werken mit unterschiedlichen Materialien unter therapeutischer Betreuung, wird zum einen die manuelle Geschicklichkeit gefördert, zum anderen erhöht die intensive Beschäftigung mit einer Sache (Materiel, Technik) die Motivations- und Konzentrationsfähigkeit. Die Gruppe umfaßt 4 - 5 Kinder.

Einige Überlegungen zum Problem vorzeitig beendeter Beratung

Es ist ein generelles Problem von Erziehungsberatung, daß immer wieder einige Klienten die Beratung vorzeitig beenden. In einem solchen Fall bleibt das unguete Gefühl zurück, daß da etwas schiefgelaufen ist, und es stellt sich die Frage nach den Motiven des Klienten für den Abbruch der Beratung. Oft bleiben die Klienten gerade nach den ersten zwei oder drei Beratungsstunden weg. Man kann daher vermuten, daß das Abbrechen der Beratung etwas mit dem Entstehen der Beratungsbeziehung zwischen Klient und Berater zu tun haben könnte, d.h. mit den ausgesprochenen und unausgesprochenen Erwartungen, die jemand hat, der zum ersten Mal in die Erziehungsberatung kommt. Eine Analyse dieser Erwartungen und der Motive, die zum Abbruch einer Beratung geführt haben, ist eine wichtige Voraussetzung zum Verständnis dieses Prozesses und könnte ein erster Schritt sein, in Zukunft manchen Abbruch einer Beratung zu vermeiden. Deshalb wurden in diesem Jahr einmal alle abgebrochenen Beratungen analysiert: jeder Berater stellte den Verlauf der Beratung bis zum Abbruch von Seiten des Klienten in einer kurzen Fallbeschreibung dar, und äußerte seine Vermutungen darüber, wie es zu diesem Abbruch gekommen ist. Daraus ergab sich zusammenfassend folgendes Bild über die häufigsten Motive, die zu einem vorzeitigen Ende der Erziehungsberatung geführt haben:¹⁾

1. Verschiedene Formen von Enttäuschung über die Beratung:

- der Berater muß Termine ausfallen lassen (z.B. bei Urlaub oder Krankheit)
- zwischen Berater und Klient stellt sich nur schwer ein emotionaler Kontakt her
- der Berater erfüllt nicht die Erwartungen des Klienten (z.B. praktische Hilfestellung oder Abnahme des Problemkindes ect.)

¹⁾ Anmerkung

Wir beziehen uns hier nur auf die Einschätzung der einzelnen Berater; die betroffenen Klienten konnten für diese kleine Untersuchung nicht befragt werden.

- der Klient entwickelt Schuldgefühle, weil der Berater vermeintlich dem Ehepartner oder dem Kind mehr Recht und Unterstützung beim Problem gibt als ihm selbst.

2. Erhöhte Angst vor dem Aufdecken der Problemhintergründe. Die Beratung wird vom Klienten als Bedrohung seines seelischen Gleichgewichtes erlebt (oder auch des innerfamiliären Gleichgewichts):

- der Klient neigt sehr stark zur Rationalisierung der Probleme
- der Klient lehnt es sehr stark ab, sich überhaupt mit emotionalen Erlebnisinhalten zu beschäftigen und über sich selbst zu sprechen. Dies trifft insbesondere bei Eheproblemen zu, wenn sich zeigt, daß der Klient gegenüber einer Ehe-Problematik, die im Hintergrund der Erziehungsberatung spürbar wird, sehr zwiespältig eingestellt ist: er wünscht, daß der Berater darauf eingeht, weil es ein drängendes Problem für ihn ist, hat aber zugleich Angst davor, an diesem Thema zu rühren.

3. Der Klient erlebt die Beratung als äußere Kontrolle und Zwang:

- der Klient kommt nur auf Druck einer anderen Institution
- der Klient bringt keine eigene Motivation zur Beratung mit. Er steht z.B. auf dem Standpunkt, nur das betroffene Kind müsse sich ändern, er habe mit der Sache nichts zu tun.

4. Das Problem ist für den Klienten weniger bedrückend geworden:

- die äußeren Umstände haben sich verändert (z.B. ist das Kind in einen anderen Kindergarten gekommen, wo die Erzieherinnen nicht mehr über Schwierigkeiten klagen)

- das vordergründige Symptom ist verschwunden oder stark zurückgegangen (z.B. kotet das Kind nicht mehr ein).

Schichtspezifische Gesichtspunkte des Problems

Da ein Arbeitsschwerpunkt des Kinderbehandlungszentrums die Beratung von Unterschichtsfamilien ist, verdient die Frage nach schichtspezifischen Besonderheiten bei vorzeitig beendeten Beratungen ein spezielles Interesse. Es stellt sich heraus, daß proportional zur Gesamtzahl der Klienten der Erziehungsberatungsstelle im Jahr 1977, die in diesem Zeitraum abgebrochenen Beratungen zu gleichen Teilen auf Mittelschicht- wie Unterschichtfamilien verteilt waren. Allerdings kamen Unterschichtfamilien auffallend viel häufiger nach dem ersten Kontakt nicht zu weiteren vereinbarten Beratungsgesprächen. In diesen Fällen schien die Ursache darin zu liegen, daß sie weniger aus eigener Motivation kamen, sondern oft von anderen Institutionen (z.B. Schule oder Sozialstation) geschickt worden waren. Diese Familien erlebten die Beratung eher als äußere Kontrolle und konnten von daher weniger eine eigenständige Motivation für die Erziehungsberatung entwickeln. Das bedeutet aber auch, daß solche Familien viel schwerer Vertrauen in die Beratungssituation und in den Berater entwickeln konnten. Ebenso stellte sich heraus, daß sich diese Unterschichtfamilien weniger leicht auf einen reinen Gesprächskontakt einlassen konnten, da sie zunächst eine praktische Hilfestellung bei der Lösung ihrer Probleme erwarteten. Es schien für sie schwieriger zu sein, die institutionellen Gegebenheiten einer Erziehungsberatung zu akzeptieren. Ein weiterer Unterschied kam darin zum Ausdruck, daß Unterschichtfamilien, eher als Mittelschichtfamilien, die Beratung vorzeitig abbrechen, wenn im Hintergrund der Erziehungsberatung ein massives Ehe- oder Partnerproblem auftraue. Diese Problematik schien für die betroffenen Familien existenziell so bedrohlich zu sein, daß sie dieses Thema zunächst zu vermeiden suchten, indem sie die Beratung beendeten.

52-

Hier spielt mit Sicherheit die größere gegenseitige materielle Abhängigkeit eine Rolle.

Diese materiellen Probleme, die häufig mit anderen sozialen Belastungen wie z.B. Suchtproblematik, Arbeitslosigkeit, Kriminalität oder chronischen Krankheiten zusammenkommen, waren bei einer Reihe von Unterschichtfamilien so gravierend, daß die aufgetretenen Erziehungsschwierigkeiten oder Verhaltensauffälligkeiten der Kinder vergleichsweise weniger belastend erscheinen mußten. Hier mußte eine Beratung scheitern, die sich auf Erziehungsprobleme beschränkte.

3. Beratungsaktivitäten mit präventivem Charakter (bezogen auf die einzelnen Schwerpunktgebiete des Einzugsbereichs)

Neben der einzelfallbezogenen Zusammenarbeit mit sozialen und pädagogischen Institutionen im Stadtteil, haben sich auch andere präventiv orientierte, kollegiale Beratungs- und Kooperationsformen herausgebildet. Dazu gehören:

- im sozialen Problemgebiet Karl-Kirchner-Siedlung: kollegiale Beratung von Spielstubenmitarbeitern und Organisation von Ferienspielen, in Zusammenarbeit mit Sozialarbeitern der Sozialstation.
- im sozialen Problemgebiet Frankfurter Berg: kollegiale Beratung mit dem Erzieherteam der Kita 101; Teilnahme an Elternabenden.

Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft für Jugend- und Sozialarbeit mit dem Ziel, kontinuierliche Angebote für nicht versorgte Schulkinder zu entwickeln.

- im sozialen Problemgebiet Sigmund-Freud-Straße: gemeinsame Aktivitäten mit Sozialarbeitern der Sozialstation in der Beratungswohnung Sigmund-Freud-Straße 119 (Vgl.S. 26 ff) und die kollegiale Beratung von Erziehern des evangelischen Kindergartens Kreuzgemeinde und Teilnahme an Elternabenden und Aufbau von sozialtherapeutisch orientierten Gruppen für Grundschüler, in Zusammenarbeit mit Kollegen der Münzenbergerschule.

4. Fachliche und fachpolitische Kontakte

Die Tätigkeit des Kinderbehandlungszentrums ist angewiesen auf Kontakt und Erfahrungsaustausch mit anderen sozialen Einrichtungen und Organisationen. Dazu gehörten 1977

- Karl-Kirchner-Kreis (Arbeitskreis aller in Preungesheim tätigen sozialen und pädagogischen Einrichtungen, politischen Parteien und Kirchengemeinden).
- Fachpolitischer Arbeitskreis der Arbeiterwohlfahrt
- Gesundheitszentrum Böttgerstraße
- Landesarbeitsgemeinschaft sozialer Brennpunkte
- Landesarbeitsgemeinschaft hessischer Erziehungsberatungsstellen
- Deutsches Jugendinstitut in München
- Treffpunkt und Beratung Unterschichtsberatungsstelle des DPWV in Berlin
- Diskussion mit verschiedenen sozialmedizinischen Projekten aus der BRD, die das Kinderbehandlungszentrum besuchten.

Einzelne Mitarbeiter des Kinderbehandlungszentrums wirkten an folgenden Veranstaltungen im Aus- und Fortbildungsbe- reich mit:

- Referate vor Erzieherkursen der Volkshochschule Frankfurt,
- Mitwirkung bei einer Fortbildung von Spielstuben- mitarbeitern aus dem Frankfurter Raum,
- Betreuung von Praktikanten von Universität und Fach- hochschule,
- Praxisanleitung für das Jahrespraktikum für 1 Sozial- arbeiter.

Wir halten die laufende Weiterqualifikation der Mitarbei- ter des Kinderbehandlungszentrums für eine sehr wesentliche Voraussetzung einer guten und effektiven Arbeit. Deshalb besuchten wir:

- eine wöchentliche Supervision bei einem niedergelas- senem Psychoanalytiker und Einzelsupervision.
- Zur Reflexion der Arbeit des Jahres 1977 veranstal- teten wir eine einwöchige Fortbildungstagung, an der das gesamte Team der Erziehungsberatungsstelle teil- nahm (3. - 7. April 1977);
- außerdem wurden 1977 von einzelnen Mitarbeitern Fort- bildungskurse in Familien- und Gestalttherapie und Unterschichtsberatung besucht.

5. Kooperation mit der Kinderarztpraxis im Kinderbehandlungs- zentrum

Zwischen den Mitarbeitern der Erziehungsberatungsstelle und der Kinderarztpraxis im Kinderbehandlungszentrum fand auch im Jahre 1977 ein ständiger, reger Erfahrungsaustausch statt, der sich auf die verschiedenen Arbeitsschwerpunkte des Kin- derbehandlungszentrums konzentrierte:

- In der Einzelfallhilfe ergab sich die Kooperation zum einen über die gemeinsame Betreuung einer großen Zahl von Familien (Vgl. Seite²¹), zum anderen über die pädiatrische Versorgung von Kindern, die in der Er- ziehungsberatungsstelle behandelt wurden.

Auftretende Probleme, diagnostische Fragen und Ent- scheidungen über Behandlungskonzepte wurden in wö- chentlichen Fallbesprechungen geklärt.

- In der Kooperation mit einzelnen sozialen Institutio- nen (z.B. der Spielstube) haben sich die Mitarbei- ter beider Bereiche des Kinderbehandlungszentrums im Interesse sozialmedizinischer Prävention bei auf- tretenden Problemen in der Gesundheitserziehung ge- genseitig unterstützt und in ihrer Arbeit ergänzt. Die Initiative der Mitarbeiter in der Kinderarztpra- xis, eine Müttergruppe einzurichten, in der Themen der Säuglingspflege des Kindergarten- und Vorschul- alters (z.B. Stillzeit, typische Kinderkrankheiten, Ess- und Schlafstörungen) diskutiert werden, ergänzt ebenfalls die Bemühungen der Erziehungsberatungsstel- le um eine präventive sozialmedizinische Betreuung der Bevölkerung in den vier Stadtteilen.
- Die vermehrte Beratung von Unterschichtfamilien im Jahre 1977 und der Versuch, Beratungsansätze zu ent- wickeln, die den besonderen Problemen und Bedürf- nissen dieser Familien gerecht werden, konnte nur in enger Zusammenarbeit mit der Kinderarztpraxis geleis- tet werden. Denn der häufige Erfahrungsaustausch wäh- rend der Arbeit, und gemeinsame Diskussion bei abend- lichen Treffen in unregelmäßigen Abständen über den Zusammenhang spezifischer sozialer, medizinischer und psychischer Probleme waren eine wichtige Voraus- setzungen dafür, daß die Anzahl von Unterschichtfa- milien, die in der Erziehungsberatungsstelle betreut wurden, kontinuierlich zugenommen hat.

Problem der Kooperation mit anderen sozialen Institutionen

1) Einzelfallhilfe

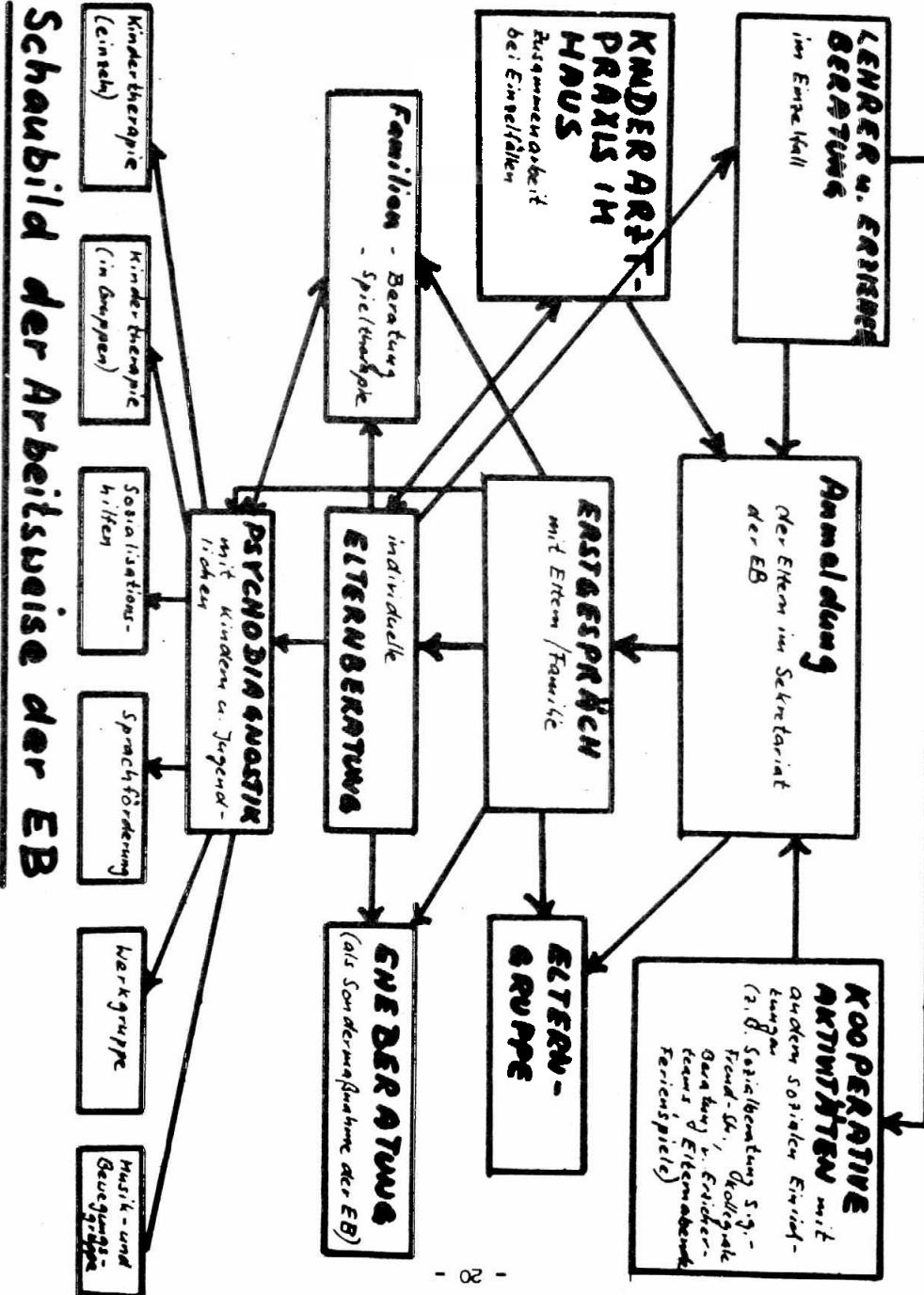
In den Bundesrichtlinien für Erziehungsberatungsstellen sind grundlegende Prinzipien für Erziehungsberatung verankert:

- das Prinzip der Freiwilligkeit im Zugang zur Beratung
- das Prinzip der Verschwiegenheit
- das Prinzip der Unabhängigkeit von Behörden und anderen sozialen Institutionen.

Werden Eltern jedoch von anderen sozialen Institutionen in eine Beratungsstelle geschickt oder überwiesen, so bedeutet dies, zumindest teilweise, eine Aufhebung der Grundsätze von Erziehungsberatung. Denn die Überweisung in eine Erziehungsberatungsstelle wird vom Klienten häufig als Zwang und als Eingriff in seine Privatsphäre erlebt, insbesondere wenn das 'Problem', das zur Überweisung geführt hat, für den Klienten gar nicht als Problem erscheint. Das kann an der psychischen Struktur der Eltern liegen, es kann aber auch sein, daß die Verhaltensweisen der Kinder in Schule oder Kindergarten auffällig erscheinen, während die Eltern selbst mit den Kindern zurecht kommen. Diese Eltern wissen dann oft nicht, worüber sie sprechen sollen, denn die anderen, nicht sie haben die Probleme.

Ist die Freiwilligkeit angetastet, so begegnen sie in der Regel der Erziehungsberatung mit großem Mißtrauen. Umso schwieriger ist es dann für den Berater, ein Vertrauensverhältnis herzustellen und dem Klienten zu vermitteln, daß er aus gesetzlichen und ethischen Gründen zur Verschwiegenheit angehalten ist. Die Verpflichtung zur Verschwiegenheit hat also vor allem den Sinn, das therapeutische Verhältnis zu Eltern oder Kindern vor Außeneinflüssen zu schützen.

Um den Eltern helfen zu können, ist der Berater oft auf Informationen vom Lehrer oder der Kindergärtnerin über das Problemkind angewiesen. Solche Informationen werden nur mit Einverständnis der Eltern eingeholt, verbunden mit dem Versprechen, daß keine Inhalte aus der Beratung weitergegeben werden. Dabei befindet sich der Berater in der schwierigen Lage,



daß er Informationen haben möchte, aber gleichzeitig nur soviel rückvermitteln kann, wie es die Verschwiegenheitsverpflichtung und der Schutz der therapeutischen Beziehung zulassen. Kollegen empfinden dies manchmal als mangelnde Kooperationsbereitschaft der Erziehungsberatungsstelle.

Die bisherigen Erfahrung zeigt, daß sich bei der Kooperation in Einzelfällen mit Kollegen aus anderen sozialen Einrichtungen drei Ziele unterscheiden lassen:

1. Frage der Motivierung: Wie können Lehrer oder Sozialarbeiter die Eltern dazu motivieren, die Erziehungsberatungsstelle freiwillig aufzusuchen. Dazu gehört u.a., daß die Kollegen ungefähr wissen, wie die Erziehungsberatungsstelle arbeitet, damit sie den Eltern einen Eindruck davon vermitteln können, wie eine solche Beratung ihnen helfen kann.
2. Eine Unterstützung der Lehrer und Erzieher durch die Erziehungsberatungsstelle bei ihren Problemen mit den Kindern, die sie in Schule und Kindergarten haben.
3. Oft ist es auch sinnvoll, daß sich alle, mit einer Familie befassten Institutionen an einen Tisch setzen, um gemeinsam zu überlegen, wie der Familie am besten geholfen werden kann. Denn die Erfahrung zeigt, daß ohne eine solche Verständigung die einzelnen Institutionen oft unbeabsichtigt gegeneinander arbeiten und damit eine Hilfe für die Familie verhindern.

Eine gelungene Kooperation in der Einzelfallhilfe zeigt, daß häufig nur durch die gemeinsame Anstrengung aller beteiligten Institutionen, bestimmten Familien wirklich effektiv und langfristig geholfen werden kann.

2. Institutionelle Zusammenarbeit mit Kindergärten

Neben der geschilderten Kooperation mit anderen sozialen Institutionen in der Einzelfallhilfe impliziert das Interesse des Kinderbehandlungszentrum an einer präventiven Unterstützung von Familien in den verschiedenen Stadtgebieten die Suche nach institutionellen Kooperationsformen, die über die Kooperation im Einzelfall hinausgehen. Grundlage für solche Kooperationsformen bilden gemeinsame Problemstellungen und das Interesse, diese Probleme partnerschaftlich anzugehen. Dabei ist klar, daß die Ebene der Zusammenarbeit je nachdem, ob es sich um Schulen, Kindergärten oder Sozialarbeiter handelt, unterschiedlich aussehen. Im folgenden werden die ersten Kooperationserfahrungen mit Kindergärten zusammengefaßt.

Diese Erfahrungen lassen sich am besten an der Entwicklung der Zusammenarbeit mit der Kita 101 am Frankfurter Berg zeigen.

1977 wurde die Zusammenarbeit zwischen Erziehungsberatungsstelle und Mitarbeitern der Kita 101 verstärkt, nachdem die Erziehungsberatungsstelle durch die Spielbusaktion 1976 (Vgl. Jahresbericht 1976) die Probleme der Kinder in der Hochhaussiedlung am Frankfurter Berg kennengelernt und Kontakt zur dortigen Kita bekommen hatte.

Ausgangspunkt der Zusammenarbeit waren auch hier Probleme mit schwierigen Einzelfällen, bei denen die Erziehungsberatungsstelle eingeschaltet oder um Rat gebeten wurde. Die Gespräche über diese Kinder und Familien machten bald deutlich, daß es oft notwendig ist gemeinsam abzuklären, ob eine Überweisung in die Erziehungsberatungsstelle sinnvoll ist und wie diese angeregt werden kann. Denn für Erzieher ist es oft schwierig, Eltern auf Probleme ihrer Kinder im Kindergarten oder Hort anzusprechen, da manche Eltern wenig interessiert oder unzugänglich zu sein scheinen. Deshalb bereiteten Erziehungsberatungs- und Kita-Mitarbeiter gemeinsam Elterngespräche mit der Fragestellung vor, wie die betreffenden Eltern am ehesten motiviert werden könnten, sich

- 56 -

den Problemen ihrer Kinder zu stellen und eventuell die Erziehungsberatungsstelle aufzusuchen. Dies ist d alb so wichtig, weil viele Eltern von sich aus den Weg in die Erziehungsberatungsstelle nicht schaffen. Die Erzieher haben hier die Möglichkeit, weil sie die Probleme der Kinder sehen, den Eltern einen Rat zu geben und sie zu motivieren, etwas zu tun. Zur Vorbereitung solcher Gespräche haben sich Erziehungsberatungsmitarbeiter an pädagogischen Konferenzen der Kita-Mitarbeiter beteiligt. Bald ging es dabei nicht mehr um einzelne schwierige Kinder und die Frage möglicher Interventionen durch die Erziehungsberatungsstelle. Die Diskussion weitete sich vielmehr auf allgemein pädagogische Probleme im Kindergarten und Hort aus. Dabei stand die Fragestellung im Vordergrund, wie Erzieherinnen und Erzieher mit diesen Schwierigkeiten innerhalb ihrer Arbeit fertig werden können. Die Zusammenarbeit wurde so zu einer kollegialen Beratung: in einer gleichberechtigten Diskussion konnten unterschiedliche Erfahrungen im Umgang mit Kindern für die Lösung schwieriger pädagogischer Situationen fruchtbar gemacht werden. Die Erziehungsberatungsstelle konnte durch ihr spezielles Fachwissen einen Beitrag dazu leisten und die Erzieher in ihrer schwierigen Arbeit unterstützen. Aus der Beschäftigung mit "pädagogischen Alltagsproblemen" und mit Fragen der Elternarbeit wurden gemeinsam themenzentrierte Elternabende vorbereitet und durchgeführt. So fand unter anderem ein Abend über Sexualität im Kindergarten statt. Diese Elternabende verfolgten einmal das Ziel, ein Verständnis bei den Eltern für die pädagogischen Aufgaben und Probleme in der Kita zu erreichen, zum anderen sollten die Eltern selber mehr für die Probleme der Kinder sensibilisiert werden.

Diese Tätigkeiten kann man als eine allgemeine Erziehungsberatung bezeichnen, als einen Versuch, mehr prophylaktisch-aufklärend auf die Lebenssituation der Kinder und Familien einzuwirken.

Die Erfahrung zeigte, daß auch bei Kindergärten die Kooperation von den unterschiedlichen Arbeitsbedingungen und Interessen abhängig ist. Deshalb kann es kein allgemein anwendbares Kooperationsmodell geben, da die Schwerpunkte immer unterschiedlich sind.

Beim evangelischen Kindergarten der Kreuzgemeinde beteiligten sich Erziehungsberatungsmitarbeiter beratend an Elternabenden. In der KT 15 begann 1977 eine kollegiale Beratung der Hort-Mitarbeiter, die dann leider durch die Versetzungen im Zusammenhang mit der Beendigung des Kita-Modellversuchs zu einem vorzeitigen Ende kam. Mit den Kollegen der KT 66 wurde gemeinsam eine Kindergruppe zusammengestellt (Werkgruppe). Da die Erziehungsberatungsstelle 1977 auch in verschiedenen anderen Kindertagesstätten auf Interesse an einer Reflexion von pädagogischen Praxisproblemen gestoßen ist, entwickelte sich aus diesen Erfahrungen die Idee, für 1978 allen Kindertagesstätten in unserem Einzugsbereich einen regelmäßigen Termin für Erfahrungsaustausch und kollegiale pädagogische Beratung anzubieten. Es ist sicher schwierig, Zeit und einen günstigen Termin dafür zu finden, weil viele Kollegen aus den Kindertagesstätten durch die alltägliche Arbeit schon sehr stark belastet sind und ihnen für eine solche Praxisreflexion in der Regel keine normale Dienstzeit eingeräumt wird. Trotz dieser Schwierigkeiten hofft die Erziehungsberatungsstelle, daß dieser intensive Austausch zwischen Kindertagesstätten und Erziehungsberatungsstelle 1978 zustande kommt.

157

Bedeutung und Probleme der Beratungsarbeit in den Hochhäusern der Sigmund-Freud-Straße

Ausgangspunkt der Zusammenarbeit der Erziehungsberatung mit Sozialarbeitern in der Beratungswohnung an der Sigmund-Freud-Straße sind die komplexen psychosozialen Probleme, die in den dortigen Hochhäusern gehäuft auftreten.

Erziehungsberatung wird weitgehend von Angehörigen der Mittelschicht aus eigenem Antrieb genutzt. Die Unterschicht und die sozialen Randgruppen kommen eher zu Erziehungsberatung, wenn sie von anderen sozialen Institutionen geschickt werden. Für die Beratung schafft dies oft ungünstige Voraussetzungen. Die Erfahrungen der Erziehungsberatungsstelle bestätigen dies, obwohl der Anteil von Klienten aus diesen Schichten, die aus eigenem Interesse kommen gestiegen ist. So ist es notwendig, andere Zugangswege und Beratungsformen zu entwickeln, um diese bei der Bewältigung ihrer Probleme zu unterstützen.

Die Hochhäuser Sigmund-Freud-Straße 119 und 121 liegen am Stadtrand im Norden Eckenheims. Sie wurden Ende 1974/ Anfang 1975 von 165 Mietparteien mit ca. 500 Personen bezogen. Neben typischen Hochhausproblemen, wie fehlende Infrastruktur und fehlende Identifikation der Bewohner mit dem Wohngebiet, waren in diesen Häusern, durch die Finanzierung und die damit verbundene Belegungspolitik des Wohnungsamtes, soziale Konflikte unter den Mietern von vorneherein angelegt. So wohnen hier anteilmäßig

- Rentner und kinderreiche Familien,
- Polizeifamilien und ehemalige Obdachlose
- Behinderte und alleinstehende Mütter,
- Mittelschicht und Ausländer

zusammen. Ein hoher Prozentsatz sind Sozialhilfeempfänger. Ein solches "Integrationsprojekt" konnte nicht gut gehen.

Aus den unvermeidlichen Spannungen entstanden offene Aggressionen, die sich in Prügeleien, Zerstörungen und Brandstiftungen Luft machten.

Aufgrund dieser Probleme hat das Sozialdezernat der Stadt Frankfurt in einem der Hochhäuser im Mai 1977 eine Beratungswohnung eingerichtet. Drei Sozialarbeiter von der Sozialstation Eschersheim haben den Auftrag mit dieser Wohnung als Stützpunkt in der Sigmund-Freud-Straße Familienfürsorge in Verbindung mit Gemeinwesenarbeit zu machen. Mitarbeiter des Kinderbehandlungszentrums und ein Rechtsanwalt haben sich diesem Projekt angeschlossen.

Das gemeinsam entwickelte Beratungskonzept sieht vor, daß unterschiedliche Bereiche wie Familienberatung, Familienfürsorge oder Rechtsberatung nicht losgelöst von einander angeboten werden. Das Team versucht vielmehr die Klienten gemeinsam zu beraten, die einzelnen Berater haben lediglich unterschiedliche Schwerpunkte.

Die ersten Erfahrungen haben gezeigt, daß die Beratungswohnung vorwiegend von den unteren Schichten, die bereits Kontakt zum Sozialamt haben, aufgesucht wird. Dabei reicht das Problemspektrum von Fragen der Erziehungs- und Familienberatung über Probleme der materiellen Unterstützung (z.B. BSHG oder Wohngeld), Hilfestellungen beim Zugang zu anderen Institutionen, bis zur Beratung bei rechtlichen Fragen (z.B. Ehescheidung, Kaufverträge, Mietrecht). Für Kinder mit Schulschwierigkeiten werden Hausaufgabenhilfen organisiert, auch Deutschkurse für ausgeschulte Jugendliche, die immer noch nicht schreiben können.

Neben der Beratung versucht das Team Gruppenaktivitäten im Freizeitbereich anzuregen. So fand im letzten Sommer ein Ausflug mit kinderreichen Familien in den Taunus statt. In der Ferienzeit organisierten Bewohner mit Mitarbeitern des Teams wöchentliche Ausflüge in den Zoo, zum Flughafen usw. Diese Fahrten fanden großen Anklang, weil die meisten Familien kaum je aus Eckenheim rauskommen. Seit Herbst läuft ein Nähkurs. Das Nähen ist hier der konkrete Anlaß zum Zusammenkommen von Frauen.

- 58 -

Neben dem Erzählen von täglichen Sorgen entstehen hier Kontakte, die über den Nähkurs hinausreichen. Die Wohnung ist für manchen auch einfach zum Treffpunkt geworden. Wer Lust zu einem Schwätzchen oder einem Spiel hat, läßt schon mal das allabendliche Fernsehen sein und trifft sich mit der Nachbarin, die man sonst nur im Fahrstuhl sieht. Diese Aktivitäten beziehen sich, wie oben schon angedeutet, auf Angehörige der Unterschicht. Von den anderen sozialen Gruppierungen werden sie gemieden. Daran wird deutlich, daß sich auch an der Nutzung der Beratungswohnung die sozialen Spannungen in den Häusern spiegeln. Ziel der Arbeit der Beratungswohnung ist jedoch auch, daß sich alle Mieter gemeinsam für eine Verbesserung der unerträglichen Wohnbedingungen einsetzen, statt daß sie sich gegenseitig bekriegen. Deshalb unterstützt das Team eine Initiative von Mietern, die einen fest angestellten Hausmeister fordern. Denn für die Hochhäuser ist nur ein sogenannter Siedlungsbeauftragter zuständig, der weitab vom Schuß, tausende von Wohnungen zu versorgen hat. Die Folge ist, daß notwendige Reparaturen erst nach Wochen erledigt werden, und sich niemand verantwortlich fühlt. Bei dem bestehenden Aggressionspotential verwarlosen die Häuser immer mehr. Die Mieter resignieren und ziehen sich zurück mit der Hoffnung, möglichst schnell eine neue Wohnung zu finden.

Hier steht auch unsere Arbeit noch am Anfang. Es ist uns noch kaum gelungen, die vorherrschende Isolation abzubauen und über gemeinsame Aktivitäten neue Kommunikationsstrukturen zu entwickeln, die zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen in den Hochhäusern beitragen. Dabei bilden vor allem die Vorurteile zwischen den sozialen Mietgruppen eine große Schwierigkeit - wir erfahren immer wieder wie schwer es ist, die sogenannten Asozialen mit den Mittelschichten an einen Tisch zu bekommen.

Viele werden sich fragen, was Erziehungsberatung in dieser Beratungswohnung zu tun hat. Für die Mitarbeiter der Erziehungsberatungsstelle ist diese Arbeit von verschiedenen Gesichtspunkten her wichtig:

- hier findet auch Erziehungs- und Familienberatung statt, jedoch unter ziemlich anderen Voraussetzungen, (Stichwort Unterschichtsberatung)
- diese Arbeit ermöglicht viel besser die Lebensbedingungen der Leute kennenzulernen, diese zu verstehen und auf sie einzugehen. Dabei erfährt man, daß Erziehungsprobleme oft im Kontext von vielen anderen Problemen zu sehen sind und entsprechend nicht isoliert gelöst werden können. Diese Erfahrungen wirken auch zurück auf die Beratungstätigkeit in der Beratungsstelle,
- die direkte Kooperation mit Kollegen aus der Sozialstation und anderen Bereichen verhindert eine (schädliche) Spezialisierung und ermöglicht Lernprozesse, wie man vor Ort gemeinsame Strategien zur Unterstützung einzelner Familien entwickeln kann.

Acht Stunden gehörte die Straße den Kindern

Fest des Kinderbehandlungszentrums Preungesheim / Mehr Kontakte knüpfen

PREUNGESHEIM. „Ball spielen und Lärmen im Hof ist verboten!“ — „Spiele im Hausflur, auf dem Parkplatz, auf dem Gehweg, auf dem Rasen ist verboten!“ — „Malen auf der Straße ist verboten!“ Das Kindertheaterstück hatte keinen Titel, brauchte keinen Schweiß, hatte man verstanden, wenn es den „Schauspielern“ beim Straßenfest im Stadtteil Preungesheim ging.

Zu dem Fest, das alle Erwachsenen weit übertraf, war die Straße Alt-Preungesheim zwischen Bombäcker Landstraße und Kreuzstraße acht Stunden lang für den Durchgangsverkehr offiziell gesperrt worden.

„Wir wollten uns mehr bekannt machen im Stadtteil und weitere Kontakte der Eltern untereinander vermitteln“, erklärte Irene Kluge vom Kinderbehandlungszentrum Preungesheim zum Sinn und Zweck dieser Festlichkeit. „Außerdem glaubten wir, daß das nun dreijährige Bestehen des Zentrums und

die Tatsache, daß wir neben der städtischen Unterstützung in diesem Jahr nun erstmals auch Geld für unsere Arbeit vom Land Hessen bekommen, ebenfalls Gründe zum Feiern waren.“

Das Kinderbehandlungszentrum (mit Kinderarztpraxis und Erziehungsberatungsstelle) hat lange um die finanziellen Zuschüsse kämpfen müssen und ist jetzt in der Lage, seinen Tätigkeitsbereich (Preungesheim, Eckenheim, Frankfurter Berg) auf den Stadtteil Berkensheim zu erweitern. Es gibt auch keine Wartezeiten, „weil wir personell ganz gut besetzt sind“, erläuterte die Mitarbeiterin Gerda Stössinger.

Sie lobt auch die Unterstützung durch den Fördererkreis (im vergangenen Jahr gegründet) und die gute Zusammenarbeit mit den Kindergärten und -tagesstätten im Einzugsbereich und mit der Kirche, „die Spielstube Wegscheidstraße mit einbezogen“.

Die Mühen der Straßenfest-Vorbereitungen haben sich gelohnt, wie man er-

freut feststellte: Von mittags an bis in die Abendstunden herrschte zeitweise Hochbetrieb in der Straße Alt-Preungesheim, wo die (vielen) älteren Bewohner zunächst etwas ängstlich hinter den Gardinen hervorflogen. So etwas hatten sie noch nicht erlebt. Da drängten manchmal 300 bis 500 Kinder und Erwachsene zu den zahlreichen Ständen, da erfüllte sich die Straße plötzlich mit Trubel, fröhlichen Kindergebell und mit Musik. Jetzt hatten auch die Anwohner plötzlich mehr Zutrauen: Es war ja nur ein Fest.

„Hier können Musikinstrumente gebastelt werden“, verkündete ein Schild über einem der Stände. Nebenan demonstrierten „Dreikäsehochs“ mit Schraubenzieher und Hämmerchen einen Fernsehapparat, bosselten und schraubten mit Feuereifer. Andere hielten geduldig still, als man ihnen eine Gesichtsmaske anfertigte.

Im Hof des Kinderbehandlungszentrums waren Tische und Bänke aufgestellt, hat man zum Verweilen bei Bier und Ebbelwei eingeladen. Jugendliche machten Musik. Auch florierte der Flohmarkt, der Würstchenwerfen, Auffallend noch das Sprachengewirr. Italiener, Griechen, Türken und Jugoslawen fanden das Fest gleichfalls toll.

Was mögen all die Vertreter der Parteien gedacht haben, die das Fest besuchten? Erwin Schöppner, Anita Breithaupt, Lilli Pott, Dorothee Völkner und andere staunten über den Zuspruch. Kennlich gemacht hatten sich Mitglieder der CDU. Weshalb auch nicht? So lernt man auch sie kennen.

„War ganz gut, daß Mitglieder der Fraktionen und des Ortsbeirates mal vorbeigeschaut haben“, meinte jemand aus dem Zentrum. Auch die Leute von der Spielstube Wegscheidstraße registrierten es mit Zufriedenheit: „Unser Problem ist auch ihr Problem“, sagte einer. Auf Riesenplakaten präsentierte man seine Sorgen: „Wir brauchen endlich ein Kinder- und Jugendhaus! Seit Jahren verspricht die Stadt das Haus zu bauen. Doch nichts geschieht. Jetzt hat auch noch die Feuerpolizei unsere bisherigen Räume geschlossen, und wir (80 Kinder) sitzen auf der Straße! Die Stadt soll endlich das Haus bauen. Und bis dahin soll sie das Geld geben, das wir brauchen, um die alten Räume herzurichten, wie die Feuerpolizei es will!“ dd

Kinderbehandlungszentrum kommunal?

Ortsbeirat plädiert für die Stadt als neuen Träger

Kla - Preungesheim. — Um das Kinderbehandlungszentrum in Preungesheim ging es vorwiegend bei der jüngsten Ortsbeiratssitzung des Ortsbezirks 10 (Berkersheim, Bonames, Eckenheim, Frankfurter Berg, Preungesheim). „Diejenigen Leute, die die Kinder behandeln, sollen nur behandeln und sich nicht um finanzielle Dinge kümmern müssen“, betonte ein Sprecher der CDU-Fraktion. Dies war eine der Begründungen für den Antrag der CDU-Fraktion, das Kinderbehandlungszentrum einer kommunalen Trägerschaft zu unterstellen. Für den Stadtteil Preungesheim sei aufgrund der dort zahlreich auftretenden sozialen Problemfälle ein Kinderbehandlungszentrum notwendig, stellte die CDU in ihrem Antrag weiter fest. Doch die Weiterführung des Zentrums ist durch finanzielle Schwierigkeiten gefährdet.

Die Stadt Frankfurt hat bei Bestehen des Zentrums zwei Drittel (200.000 Mark) der Kosten bezahlt, da die Initiativgruppe keine Mittel hatte, und das Land Hessen sollte das restliche Drittel an Kosten tragen. Tatsächlich mußte die Stadt jedoch die gesamte Finanzierung übernehmen, denn das Land hatte für 1977 keine finanziellen Mittel zugesagt, und zwar mit der Begründung, daß die rechtlichen Voraussetzungen nicht gegeben seien.

Die Initiativgruppe nämlich — ein eingetragener Verein mit staatlicher Anerkennung — hätte ebenfalls ein Drittel zahlen müssen, damit das Land Hessen sein Drittel dazu beiträgt. Um nun die finanziellen Probleme des Behandlungszentrums aus dem Wege zu räumen, schlug die CDU-Fraktion eine Kommunalisierung vor, denn die Stadt trage ohnehin die gesamten Kosten.

Die Bedenken von Seiten der SPD, daß bei einer Kommunalisierung die erfolgreiche Behandlung nicht mehr weitergeführt werden könne insofern, als lange Wartezeiten auftreten könnten oder daß statt des behandelnden Kinderarztes ein Aptsarzt an dessen Stelle treten könnte, wurden von einem Sprecher der CDU-Fraktion mit den Worten: „Kinder haben für uns Vorrang, egal von wem sie behandelt werden“, beantwortet.

Die Behandlung der sozial geschädigten Kinder in diesem Zentrum — so die Mitglieder der Initiativgruppe — sei bisher dadurch erfolgreich gewesen, daß man engen Kontakt zu Schulen, Kindergärten und Sozialarbeitern gehabt hätte. Auch die Tatsache, daß es keine Wartezeiten gäbe, sei für die Behandlung von hohem Wert. „Wir meinen, daß bei einer Kommunalisierung

unsere Arbeitsmöglichkeiten eingeschränkt werden.“ Der Antrag der CDU, der mehrheitlich beschlossen wurde, wird nun der Stadtverordnetenversammlung zur weiteren Beschlussfassung vorgelegt.

Mit etwas weniger Enthusiasmus wurde die geplante Stilllegung der Straßenbahnlinie 13 (nach Berkersheim) diskutiert, die nach Ansicht des Magistrats am 15. April 1978 erfolgen soll. Gründe dafür sind: Parallelverkehr zur U-Bahn-Linie B 1, Betriebsunwirtschaftlichkeit von Seiten des FVV, die Unfallgefährdung aufgrund einseitiger Schienenführung und besonders der Kurven, und außerdem wurden Zuschüsse für die Verlängerung der Linie B 1 entgegengenommen nur unter der Bedingung, die Linie 13 zu kappen.

Absurd erscheint es dem Ortsbeirat allerdings, daß für die in Berkersheim entstandene Wendeschleife der Linie 13 100.000 Mark ausgeben worden wären. Allgemein meinte man außerdem, man fühle sich übergangen. Über Vorschläge, wie zum Beispiel über eine Weiterführung der Linie nach Harheim bzw. Nieder-Erlenbach, werde im Magistrat nicht nachgedacht.

Mit Verkehrsproblemen hatte auch der nächste Antrag der CDU-Fraktion zu tun, indem sie eine winterfeste Bepflanzung im Bereich der Siedlung Frankfurter Berg und der Autobahn A 661 forderte. Die im angrenzenden Bohnderweg wohnenden Bürger würden durch diese Bepflanzungen einen wesentlichen Lärmschutz erfahren. Auch führe ein Spazierweg zur Kleingartenanlage entlang der A 661, so daß aus optischen und akustischen Gründen eine Bepflanzung der Böschung sinnvoll und richtig ist“, wie von der CDU formuliert wurde. Nach dem Plan der CDU sollten die Anlieger mit gestaffeltem winterfestem Grün (Tannen) vor dem lästigen Lärm der Autobahn geschützt werden.

Frankf. Neue Presse 15.12.77

-6A-

FR (Denkbild Landansicht) 9. 12. 77

Freitag, 9. Dezember 1977, Nr. 286

Hitzig argumentiert

Ortsbeirat 10: Erregung über Kommunalisierungsantrag

Die Atmosphäre bei der jüngsten Sitzung des Ortsbeirats 10 in Preungesheim war aufgeheizt: Bei einigen Flaschen „Beaujolais Villages Primeur“, spendiert von der CDU-Mehrheitsfraktion, gerieten sich im „Haus Ronneburg“ am Nikolaustag die Stadtteilparlamentarier nahe in die Haare. Anlaß der Kontroverse: ein CDU-Antrag auf Kommunalisierung des „Kinderbehandlungszentrums“, einer Privatinitiative in Alt-Preungesheim. Dort versucht ein Team junger Leute (seit 1976 mit städtischer Förderung) Erziehungsproblemen in den „Notstandsgebieten“ von Eckenheim, Berkersheim, Preungesheim und der Siedlung Frankfurter Berg zu Leibe zu rücken.

„Da die Stadt schon die gesamte Finanzierung übernimmt“ und „aus Gründen der Verantwortung über die Verwendung öffentlicher Mittel“ will nun die CDU im zuständigen Ortsbeirat das Projekt in kommunale Trägerschaft überführen.

Dagegen währten sich Freunde und Mitarbeiter des Kinderbehandlungszentrums. Dr. Renate Cogoy, Soziologin in der Elternberatung: „Die Kommunalisierung würde unser ganzes Konzept

stadtteilbezogener und bevölkerungsmäher Beratung gefährden. Nur die private Trägerschaft ermöglicht eine prophylaktische Arbeit.“

Auch der SPD-Fraktionsvorsitzende Dietrich Weiß, kritisierte das Vorhaben der CDU: „Ich kann mir nicht vorstellen, daß Sie das Konzept überhaupt kennen. Diese Arbeit bedarf in besonderer Weise einer Konzeption, die nicht realisierbar ist, wenn die Beratungsteile unmittelbar der öffentlichen Verwaltung zugeordnet wird.“

Weiß plädierte ebenso wie sein Kollege Hellmuth Wollenberg (FDP) dafür, sich mit Mitarbeitern und der wissenschaftlichen Begleitung des Kinderbehandlungszentrums erst einmal zusammensetzen, bevor über den Antrag entschieden wird.

Im Verlauf der dreistündigen Debatte kam es in der Frage finanzieller Zusicherungen des hessischen Sozialministers für das Zentrum zu tumultuariosen Szenen, als der CDU-Stadtverordnete Oskar Pfeundschnuh den Minister Armin Clauss der wiederholten Lüge bezichtigte. Wolfgang Heschler (CDU) löste mit der Bezeichnung „Lügner“ für weitere namhafte SPD-Politiker den Auszug der SPD-Fraktion aus dem Sitzungssaal aus.

Erst als Heschler die diskriminierenden Äußerungen zurückgenommen hatte und Weiß für seine Fraktion den Ausdruck „Faschisten“ zurücknahm, der im Getümmel mehrmals gefallen war, setzten die Fraktionen ihre Debatte über den CDU-Antrag fort, der schließlich gegen die Stimmen der SPD und der FDP angenommen wurde. long

Radarkontrollen

Radarkontrollen finden am Samstag im Ostend, in der Mainzer und Hanauer Landstraße, in Fechenheim, Bad Soden, Schwalbach und Sulzbach statt.

FR

15. 11. 77

Gehälter wurden nur zum Teil bezahlt

Kinderbehandlungszentrum in Finanznot / Ausschuß vertagt

Das Kinderbehandlungszentrum Preungesheim ist seine Existenzsorgen noch immer nicht los. Seit dem Frühjahr „überstürzen“ sich die Zusagen, Versprechungen oder Ablehnungen der Finanzierung von den drei Rathausparteien. Auf der letzten Sitzung des Jugend- und Sozialausschusses konnte nicht darüber entschieden werden, ob die Stadt die Deckungslücke im Haushalt der bewährten, privaten Erziehungsberatungsstelle übernehmen wird, da die CDU-Mitglieder diesen Sitzungspunkt vertagen ließen. Sie hatten noch nicht in ihrer Fraktion endgültig darüber diskutiert, ob sie der Übernahme der rund 96 000 Mark zustimmen sollten.

Jugendamtsleiter Herbert Faller erinnerte bei der Ausschusssitzung auf eine Frage der SPD hin davon, daß die Mitarbeiter und die Klienten der Erziehungsberatungsstelle seit Frühjahr im Ungewissen über die Zukunft ihrer Arbeit seien. Die finanziellen Schwierigkeiten seien inzwischen derartig angewachsen, daß die letzten Gehälter für die Mitarbeiter nicht vollständig hätten ausgezahlt werden können.

Der CDU-Ausschufsvorsitzende Paul Labonté kam nach diesen Informationen mit Faller überein, daß die CDU auf ihrer nächsten Fraktionssitzung am 23. November diesen Punkt abschließend beraten und Faller dann unbürokratisch von dem Ergebnis unterrichten wolle. Faller wird dann versuchen „so schnell wie möglich zu helfen“, wie er auf Anfrage versicherte.

Das Kinderbehandlungszentrum, in dem Ärzte, Psychologen und Sozialarbeiter gemeinsam arbeiten, hat nach eigenen Angaben inzwischen schon 28 000 Mark Schulden bei der Bank. „Wir haben den Kredit aufgenommen, weil uns von allen Seiten feste Zusagen gemacht wurden“, erläuterte der Sozialarbeiter Christoph Rüschi. Die Mitarbeiter hätten inzwischen das Gefühl, von allen möglichen Stellen im Stich gelassen zu werden. Seit dem Frühjahr habe man ihnen immer wieder Versprechungen gemacht — und nicht eingehalten.

Die Unsicherheit schlug sich sehr negativ auf die Arbeit der Erziehungs-

beratungsstelle nieder. Die Eltern überlegten, ob sie angesichts der ungewissen Zukunft sich noch beraten lassen sollten und das Mitarbeiter-Team sei durch ständige Diskussionen über die Finanzlage zusätzlich angespannt und überfordert.

G.S.

Wird eine erfolgreiche Einrichtung gekippt?

FR, 26.6.77

CDU will Zuschuß für Erziehungsberatungsstelle in Preungesheim nicht erhöhen / Kontroverse Diskussion

Von unserer Mitarbeiterin Gabi Schwall

„Verdammt noch mal, es geht hier um die Kinder, denen geholfen werden muß“, platzte eine engagierte Mutter nervös-wütend in das Parteiengezänk um das Preungesheimer Kinderbehandlungszentrum. Um über die finanzielle Gefährdung — die CDU-Fraktion im Ortsbeirat 10 lehnte eine zusätzliche Förderung mit 100 000 Mark ab — dieser zwei Jahre alten freien Erziehungsberatungsstelle zu diskutieren, hatte der Arbeitskreis Karl-Kirchner-Siedlung die verantwortlichen Politiker und die betroffenen Eltern aus den Stadtteilen Preungesheim, Eckenheim und Frankfurter Berg in das Gemeindehaus der Kreuzgemeinde eingeladen.

Die Finanzsorgen dieses Kinderbehandlungszentrums, wo eine Kinderarztpraxis und ein Team von Psychologen, Sozialarbeitern und Sozialpädagogen kostenloser Erziehungsberatung leisten, sind so alt wie das Zentrum selbst. Für derartige Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege gilt in der Regel ein „Drittel-Modell“ zur Finanzierung: ein Drittel aller Kosten zahlt der Träger, das andere Drittel die Kommune und das letzte Drittel das Land.

Der Träger des staatlich anerkannten Kinderbehandlungszentrums ist der

Verein „Gesellschaft Erziehung und Elternarbeit“, der mit seinen 12 Mitgliedern und jährlichen Spenden von knapp 11 000 Mark nicht in der Lage ist, für sein Finanzierungsdrittel aufzukommen. Seit Bestehen des Kinderbehandlungszentrums hat deshalb die Stadt Frankfurt sowohl ihren Beitrag als auch den Anteil des Trägers übernommen.

Das Land Hessen hat seit 1976 festgelegt, daß es nur noch Erziehungsberatungsstellen auf dem „flachen Land“, vorwiegend in Nordhessen, finanzieren wird („die sind dort unterversorgt“), und so war die Stadt gezwungen, schon 1976 durch den Nachtragshaushalt das Defizit auszugleichen.

Die SPD-Fraktion im zuständigen Ortsbeirat 10 hatte deshalb beantragt, den ursprünglich auf 252 000 Mark festgelegten Zuschuß um 100 000 Mark zu erhöhen, „um die Arbeit des Zentrums zu sichern“. Die CDU dort jedoch lehnte ab, und um die Gründe für die Ablehnung und die Möglichkeiten, diesen Zuschuß vom Stadtparlament nun doch

noch genehmigen zu lassen, ging es bei der Veranstaltung.

Daß das Kinderbehandlungszentrum gute und sogar mustergültige Arbeit leistete, daran mochte — zumindest öffentlich — keiner zweifeln. Was die CDU als Ablehnungsgründe nannte, war dann auch außer „man muß die Arbeit erst auf ihre Effizienz hin überprüfen“. Und man kenne auch kaum das Konzept („sie haben sich auch in den vergangenen Jahren trotz Einladungen noch nie bei uns sehen lassen“, konterte darauf ein Mitarbeiter): vorwiegend ein Beharren darauf, daß das Land doch seinen Anteil bezahlen solle. Dann wäre die Finanzlücke gedeckt. („Wenn die Arbeit so mustergültig ist, dann soll das Land auch seinen Modell-Anteil daran bezahlen.“)

Zum Schluß der Diskussion über die Arbeit des Kinderbehandlungszentrums deutete der CDU-Stadtyerordnete Horst Hemzahl jedoch an, die „Konsequenzen ergeben sich aus der Praxis der Vergangenheit“. Herausgefordert, diese Andeutungen zu präzisieren, erklärte er

dann, wenn nach erneuten Verhandlungen mit dem Land Hessen immer noch eine Lücke in der Finanzierung bestünde, dann müsse eben die Stadt dafür einspringen.

Daß die Arbeit des Kinderbehandlungszentrums notwendig und bislang auch sehr erfolgreich gewesen sei, daran bestanden bei der Diskussion keine Zweifel.

In ihrem Jahresbericht dokumentierten die Mitglieder des Beratungsteams (vier Psychologen, zwei Sozialarbeiter, eine Sozialpädagogin und eine Sprachheillehrerin) ihre Arbeit. Im vergangenen Jahr haben 145 Familien mit ihren Erziehungsproblemen dort Hilfe gesucht.

Die Preungesheimer Erziehungsberatung bemüht sich im Gegensatz zu vielen herkömmlichen Beratungsstellen, das „soziale Umfeld“ der Kinder miteinzubeziehen. Das bedeutet, daß den rat-suchenden Eltern nicht einfach Ratschläge gegeben werden, wie sie mit ihren Kindern besser auskommen können, sondern die Erziehungsberatung ist schwerpunktmäßig eine Elternberatung.

Eine sehr temperamentvolle Mutter zum Beispiel kam mit ihrer fünfjähri-

(Fortsetzung auf Seite 14)

(Fortsetzung von Seite 10)

ger Tochter in die Beratung und erzählte, daß das Mädchen ihr ständig am Rockzipfel hänge, im Kindergarten immer nach der Mutter weine und nie ohne die Mutter einschlafen würde. Bei gemeinsamen Spielen der Mutter mit dem Kind und der Beraterin wurde deutlich, daß die Mutter dem Kind sehr wenig Spielraum läßt. Sie steckte voller Ideen, schlug ständig dem Kind vor, was man zusammen machen könnte, und ließ der Tochter kaum Zeit, eigene Vorstellungen zu entwickeln.

Das Kind hat auch die Mutter ständig um Hilfe, obwohl es viele Sachen schon

allein machen konnte. In Gesprächen mit der Beraterin wurde der Mutter klar, daß ihre liebevoll gemeinten Aktivitäten für das Kind hemmend wirkten und daß sie selbst die Unselbständigkeit und Abhängigkeit ihrer Tochter mitverursachte.

Ein junger praktischer Arzt aus Preungesheim bekräftigte bei der Diskussion die Ausgangsüberlegungen des Kinderbehandlungszentrums, daß gerade bei Kindern viele Krankheiten, wie zum Beispiel Schlafstörungen oder Bett-nässen, nicht mit Bettruhe und Tabletten zu heilen seien, weil sie auch seelische Ursachen hätten (psychosomati-

sche Krankheiten). Hier seien durch die Arbeit der Berater mit Eltern und Kindern, sei es als Spiel- oder Bewegungstherapie oder als besondere Sprach- oder Intelligenzförderung, deutliche Erfolge erzielt worden.

Als besonderen Vorteil für seine Arbeit sieht es das Preungesheimer Team an, daß es so gut wie keine Wartezeiten für die Beratung hätte. Innerhalb von einer Woche bekämen die rat-suchenden Eltern einen Termin für ein erstes einstündiges Gespräch. Dies sei vor allem deshalb wichtig, weil ein Großteil der Eltern nicht aus eigenem Antrieb, sondern auf Vorschlag entwe-

der des Kinderarztes im Haus von Lehrern, der Sozialstation oder der Erzieher in Kita oder Kindertagesstätte in die Beratung kämen.

Für das Preungesheimer Team ist es eine Bestätigung, das Zentrum mitten in einem dichtbesiedelten Gebiet (30 000 Bewohner auf sehr engem Raum) mit sozialem Zündstoff eingerichtet zu haben. Und ist Ermunterung, ihr Konzept der Stadteitarbeit weiter auszubauen, was bedeutet, daß sie mit allen sozialen Institutionen ihres Einzugsbereichs (also Schulen, Jugendclubs, Kindergärten, Sozialstationen und bestimmten Vereinen) eng zusammenarbeiten.

- 64 -

FAZ v. 24.6.77

Hunderttausend Mark fehlen

Arbeit der Erziehungsberatungsstelle ist gefährdet

sf. In einem Punkt waren sich am Mittwochabend auf der öffentlichen Sitzung des Arbeitskreises Karl-Kirchner-Siedlung alle einig: die Erziehungsberatungsstelle im Kinderbehandlungszentrum in Preungesheim muß weitergeführt werden. Nicht einig war man sich dagegen, wer in Zukunft die Kosten dafür zu übernehmen habe. Nach Auskunft der Mitarbeiter fehlen etwa 100 000 Mark, um die Arbeit über den September hinaus fortführen zu können. Bisher hatte die Stadt Frankfurt den größten Teil der Kosten übernommen und auch das Defizit, das 1976 entstanden war, gedeckt. Das gleiche Entgegenkommen erwarteten die Mitarbeiter des Kinderbehandlungszentrums deshalb auch für dieses Jahr, da die übliche Regelung für die Finanzierung freier, gemeinnütziger Träger — je ein Drittel Träger, Kommune und Land — in diesem Fall nicht angewendet werden konnte.

Dies liegt zum einen daran, daß der Trägerverein, die „Gesellschaft Erziehung und Elternarbeit“, über keine Eigenmittel verfügt, da Beratung und Therapie kostenlos sind und die Spenden bei weitem nicht ausreichen. Zum anderen hat sich das Land Hessen bisher geweigert, sein Drittel beizusteuern, und zwar mit der Begründung, daß zunächst Erziehungsberatungsstellen in unterversorgten ländlichen Gebieten gefördert werden müßten. Dieses Drittel ist es, das dem Verein jetzt fehlt, nachdem die Stadt bereits das Drittel für den Träger mitübernommen hat. Ein Antrag an die Stadt, diese finanzielle Lücke zu schließen, wurde bereits im Mai vom neu gewählten Ortsbeirat mit der Stimmenmehrheit der CDU abgelehnt.

Da inzwischen auch ein entsprechender Antrag der Stadtverordnetenversammlung vorliegt, galt die entscheidende Frage am Mittwoch den Vertretern der CDU, wie sie wohl diesmal entscheiden werde. Zuvor hatten die Mitarbeiter des Kinderbehandlungszentrums noch einmal ausführlich über ihre Arbeit berichtet und genaue Statistiken des vergangenen Jahres vorgelegt. Sie selbst, Vertreter von Schulen, Wohlfahrtsverbänden, Kirchen sowie die Professoren Peter Kutter und Aloys Leber von der Universität Frankfurt, die beide die Arbeit der Erziehungsberatungsstelle wissenschaftlich beobachteten und untersuchen, betonten noch einmal die besondere Bedeutung einer

solchen Einrichtung gerade in einem sozialen Problemgebiet, wie es das Einzugsgebiet Eckenheim, Preungesheim und Frankfurter Berg zum Teil darstelle. Vor allem die besonders gute Zusammenarbeit mit Ärzten, Kinderärzten, Schulen, Eltern und Mitarbeitern aus anderen sozialen Einrichtungen verleihe der Beratungsstelle den Charakter einer Modelleinrichtung.

Der Stadtverordnete Horst Hemzal antwortete für die CDU, daß man es wohl ablehnen werde, das erwartete Defizit auszugleichen. Man habe aber einen Antrag in der Stadtverordnetenversammlung gestellt, den Magistrat aufzufordern, noch einmal mit dem Land Hessen zu verhandeln, damit dieses die Förderungswürdigkeit des Projektes anerkenne und die Finanzlücke im Haushalt 1977 von ihm übernommen werde. Was die inhaltliche Konzeption betreffe, so wolle man das Fachdezernat mit einer Überprüfung beauftragen. Im Falle einer Ablehnung durch das Land Hessen ergäben sich die Konsequenzen „aus der Praxis der Vergangenheit“.

Kinderbehandlungszentrum braucht Geld

Landesregierung will in Preungesheim kein Drittel zahlen

Die Erziehungsberatungsstelle im Kinderbehandlungszentrum in Preungesheim kann bei der Bewältigung ihrer finanziellen Schwierigkeiten mit der Hilfe der Stadt rechnen. Erwin Schöppner, der Vorsitzende des Sozialausschusses, hat ihr bei seinem gestrigen Besuch in ihrem Haus in Alt Preungesheim 2 zugesagt, er werde sich Anfang März in einem Gespräch mit Sozialminister Claus darum bemühen, daß das Land ein Drittel der Kosten übernimmt, wenigstens ab dem Jahre 1978.

Bei der Einrichtung der Erziehungsberatungsstelle vor eineinhalb Jahren war der Träger, der Verein „Gesellschaft und Erziehung e. V.“, von der üblichen Finanzierung ausgegangen: je ein Drittel Kommune, Land und Landeswohlfahrtsverband. Und auch die Stadt, die jetzt zwei Drittel der Kosten übernommen hat, hatte mit der Beteiligung des Landes gerechnet, obwohl es damals schon seine Bedenken angemeldet hatte. Inzwischen fördert das Land aber nur noch Erziehungsberatungsstellen in unterversorgten ländlichen Regionen. Daher steht die Beratungsstelle in Alt Preungesheim für das Jahr 1978 mit einem Defizit von 22 000 Mark da, das die Stadt zusätzlich gedeckt hat. Noch verstärkt wird das Problem in diesem Jahr auftauchen, denn das Land hat auf den Antrag der Erzieher jetzt schon mitgeteilt — und dies wurde gestern von der Landtagsabgeordneten Dorothee Vorbeck bestätigt — daß auch 1977 ein Zuschuß nicht möglich sei; zugleich werden die Kosten aufgrund der sich ausweitenden Arbeit steigen.

Schöppner hält — genauso wie die Mitarbeiter der Beratungsstelle — die Priorität des Landes Hessen für nicht ganz berechtigt. Wenn auch Frankfurt rein zahlenmäßig mit der Versorgung durch Erziehungsberatungsstellen ganz gut dastehe — für 45 000 Einwohner

gibt es eine Erziehungsberatungsstelle — so dürfe doch nicht übersehen werden, daß hier mehr und dringendere soziale Probleme anstehen als in ländlichen Gebieten. Und das gilt wieder besonders für den Nordosten der Stadt.

Kennzeichnend für dieses Zentrum, in dem es außer der Beratungsstelle auch noch eine Kinderarztpraxis gibt, ist nämlich, daß die Mitarbeiter — Psychologen, Soziologen, Sozialpädagogen — stadtteilbezogen arbeiten und nur Eltern und Kinder aus Eckenheim, Preungesheim und der Hochhausiedlung am Frankfurter Berg zur Verfügung stehen. Brennpunkte sind die Hochhäuser in der Sigmund-Freud-Straße, der Karl-Kirchner-Siedlung und in den Hochhäusern am Frankfurter Berg.

Seit August 1975 haben die Mitarbeiter 190 Familien betreut. Weiterhin melden sich regelmäßig wöchentlich vier bis fünf Eltern bei ihnen an. Sie werden meist von Lehrern, Kindergärtnerinnen oder von den Sozialstationen geschickt. Die Elternarbeit steht an erster Stelle der Beratung; erst wenn sich herausstellt, daß die Kinder besonders große Schwierigkeiten haben, werden sie therapeutisch behandelt. Das heißt, sie werden in einer der drei Sprachheilgruppen, der Bewegungs- und Musiktherapie- oder der Spieltherapiegruppe betreut. Oder sie bekommen Einzeltherapie.

Stadtteilbezogene Arbeit heißt für die Erzieher auch, daß sie zu den Betroffenen hingehen, zum Beispiel in die Spielstube an der Wegscheidestraße, zu den Sozialarbeitern in der Sigmund-Freud-Straße oder in die Kita am Frankfurter Berg. Die Mitarbeiter sind zufrieden damit, daß sich ihre Arbeit so ausweitet, denn das zeigt ihnen den dringenden Bedarf nach Beratung in diesen Stadtteilen. Nur fürchten sie, daß Mitarbeiter entlassen werden müssen.

Bericht über die Arbeit der Spielstube des Evangelischen Regionalverbandes auf dem Wohnwagenstandplatz

Nachdem im Juni 1977 die Spielstube völlig ausgebrannt war, wurde die Kinderarbeit bis zum Dezember provisorisch im Jugendraum aufrechterhalten.

Die Renovierung der Spielstube wäre ein günstiger Zeitpunkt gewesen, die räumlichen Verhältnisse auszudehnen und zu verbessern, um eine sinnvolle pädagogische Arbeit zu gewährleisten. Es erfolgte jedoch lediglich eine Renovierung der gegebenen Räume. Die Mängel und Kritikpunkte, die in den vorhergehenden Jahresberichten angeführt worden waren, wurden nicht berücksichtigt. Auch wurden die Mitarbeiter nicht in die Planung der Renovierung einbezogen, ausgenommen die Wahl der Wandfarben.

Als einzige Verbesserung ist der Einbau einer Küche in dem ehemaligen Büroraum, der auch als Werkraum diente, anzusehen. Neben ihrem eigentlichen Zweck, mit den Kindern zu kochen, hat die Küche noch mehrere Funktionen inne:

- a) sie wird als Büroraum genutzt
- b) mangels Platz werden hier sperrige Gegenstände wie Stelzen und Gartengeräte aufbewahrt
- c) sie dient als Aufenthaltsraum für die Mitarbeiter während der Pause
- d) sie wird als Aufgabenraum benötigt, in dem die Nachhilfelehrerin während der Spielstubenzeit ihre einzelnen Schüler unterrichtet

Der wiederholt vorgetragene Antrag, wenigstens den Aservatenraum im Verwaltungstrakt zur Verfügung gestellt zu bekommen, hatte keinen Erfolg.

Die gesamte Spielstubenarbeit findet also in den zwei großen Räumen statt. Diese Bedingungen führen oft zu Konfliktsituationen, da nicht in einem Raum gleichzeitig gehämmert werden kann, während noch die langwierige Erledigung der Schulaufgaben stattfindet. Es fehlen Räume, in denen gezielt die Hausaufgaben betreut werden und die als Zimmer für Kleingruppenarbeit dienen. Ebenso fehlt ein Werkraum.

Nach dem wiederholten Aufzeigen der Mißstände und der Vorlage eines Modells für den Anbau, der unseren Anforderungen gerecht würde, erhielten wir Anfang des Jahres die Zusage, daß die Stadt im Rahmen der Konjunkturbelebung den Spielstubenanbau vornehmen will. Ein schriftlicher Bescheid wurde jedoch bis jetzt nicht gegeben, so daß

seitens der Mitarbeiter der Eindruck entstehen mußte, daß die Verwirklichung der Pläne und der Beginn des Bauens absichtlich verzögert wird. Im Interesse der gesamten Arbeit ist es unbedingt notwendig, den Bau schnellstens zu beginnen.

Die Spielstubenarbeit umfaßt die Betreuung im Kindergarten und im Hort. Der Kindergarten wird von zwölf bis vierzehn Kindern besucht, die in zwei Gruppen aufgeteilt werden. In der einen Gruppe sind Kinder im Alter von eineinhalb bis zu drei Jahren. Die Aufnahme der Kleinkinder erfolgte auf Anfragen der Mütter, die oft noch einen weiteren Säugling versorgen müssen, der die Pflege und Aufmerksamkeit der Mutter beansprucht. Außerdem ist es besser, die Kinder kommen frühzeitig in den Kindergarten als daß sie unbeaufsichtigt und sich selbst überlassen auf dem Platz herumlaufen. In dieser Gruppe wird besonders versucht, auf die Streichel- und Zuneigungsbedürfnisse der Kleinkinder einzugehen. Außerdem wurde das anfangs häufige aggressive Verhalten der Kinder gegeneinander eingedämmt, so daß die Kleinen langsam beginnen, miteinander zu spielen. Die Beschäftigung mit den Kleinkindern ist in den Familien gering, da oft mehrere Geschwister vorhanden sind und die Arbeit wenig Zeit übrig läßt.

Mit den Vorschulkindern üben wir in Hinblick auf die Anforderungen der Schule bei den Schulreifetests. Diese Maßnahmen sind sehr wichtig, da die Eltern keinerlei kognitive und verbale Unterscheidungsmerkmale fördern können. Ebenso legen wir auf das Betrachten und Vorlesen von Büchern großen Wert, weil die Eltern zum Teil selbst nur mangelhaft lesen können. Außerdem machen wir Ausflüge in die Umgebung, damit die Kinder mit anderen Dingen und Verhaltensweisen in Berührung kommen, die auf dem isolierten Wohnwagenstandplatz nicht vorhanden sind. Die Bastelarbeiten dienen der feinmotorischen Übung und dem Erlernen von Fertigkeiten und Fähigkeiten. Auch versuchen wir viel mit den Kindern zu spielen bzw. ihnen das Spielen beizubringen, weil sich im Spiel das Kind entwickelt und sich entfalten kann mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln.

Nachmittags besuchen ca. 20 - 25 Kinder den Hort. Hier werden in erster Linie die Hausaufgaben betreut. Die Kinder des Wohnwagenlagers besuchen die mittelständig orientierten Grund- und Hauptschulen und haben infolge ihres Sozialisationsdefizits große Schwierigkeiten mit den Schularbeiten. Die Anforderungen der Schule gehen größtenteils über die Köpfe der Kinder hinweg und nehmen keine Rücksicht auf die besondere Lebensweise im Wohnwagenlager. Wir bemühen uns, die Kinder vor dem Abgleiten in die Sonderschule zu bewahren.

Nach den Hausaufgaben finden Beschäftigungen wie Werken, Basteln und Singen statt, außerdem werden Rollen- und Bewegungsspiele gefördert.

Ein wichtiger Bestandteil der Hortarbeit besteht in den

Aktivitäten, die außerhalb des Standplatzes laufen. So werden Kultureinrichtungen und -veranstaltungen besucht (Museen, Theatervorstellungen, Schloß- und Kirchenbesichtigungen), bei denen die Kinder sich mit anderen Verhaltensnormen auseinandersetzen müssen und mit Dingen in Berührung kommen, die sie von ihren Eltern und ihrer Umgebung nicht erfahren können. Dies ist insofern wesentlich, damit die Kinder schon früh lernen, sich in anderem Rahmen zu bewegen und auf Leute einzugehen, die anders sind als sie selbst.

Seit kurzem versuchen wir auch, eine Mittelgruppe aufzubauen, die aus sechs Kindern besteht, die dem Angebot der Spielstube entwachsen, aber noch zu jung für die Jugendgruppe sind.

Ferner besteht eine jugendliche Mädchengruppe, die sich regelmäßig zum Basteln, Nähen und Unterhalten nach der Hortarbeit in der Spielstube trifft. Die zielgerichtete Jugendarbeit scheiterte in diesem Jahr einerseits daran, daß der neue Sozialarbeiter seine Arbeit erst Ende Mai aufnehmen konnte, zum anderen verweigerte uns bis heute die Stadt den Zutritt zum Jugendraum, den die Jugendlichen sehr benötigen und selbst renovieren wollen. Die sofortige Aufnahme der Jugendarbeit im Clubraum ist unbedingt notwendig, da sich die Konflikte der Jugendlichen auch außerhalb sehr verwehrt haben.

Außerdem wollen wir die Erwachsenenarbeit verstärken, die sich bis jetzt auf Gespräche, Kinoveranstaltungen und Ausflüge mit Müttern und Kindern beschränkt. Auch wollen wir uns mehr mit den älteren Menschen beschäftigen, der Anfang dazu soll mit Kaffeefahrten und Besuchen von städtischen Einrichtungen gemacht werden.

Um die gesamte Arbeit sinnvoll zu gestalten und alle anfallenden Arbeiten optimal auszuführen und zu erledigen, sind wir personalmäßig mit drei hauptamtlichen Mitarbeitern, einer Teilzeitkraft und einem Ersatzdienstleistenden unterbelegt.



Der Schrott vor dem Wohnwagen sichert den Lebensunterhalt

Magistrat will an der Bonameser Straße einfache Wohnungen bauen / Bewohner fürchten um ihre Existenzgrundlage

Ik. Zu Frankfurts schönen Seiten gehört das Wohnwagenlager an der Bonameser Straße im Norden der Stadt nicht. Seit einem Vierteljahrhundert beschäftigt die wirre Siedlung aus Campinganhängern, Baracken und Hütten, vor allem aber der zu diesem Slum gehörende Autoschrottplatz die Gemüter. Ein Schrecken für Bürger und Ästheten, ein Problemgebiet für Sozialarbeiter und karitative Organisationen, eine gewachsene Lebensform für Sozialromantiker und schließlich ein Betätigungsfeld fürs Umweltbewußtsein. Kleinster gemeinsamer Nenner aller: So kann es nicht bleiben. Auch die Menschen, die drinnen im Lager leben, haben immer wieder auf die Unzulänglichkeiten hingewiesen, unter denen sie zu leiden haben: kaum Wasser, kaum sanitäre Einrichtungen, schlechte Stromversorgung.

Ursprünglich war ein etwa 150 mal 150 Meter großes Gelände an der Bonameser Straße allen „Reisenden“ — Schaustellern, Nichtseßhaften, Landfahrern — städtischerseits zugewiesen worden. Das war 1953, und unter den bald tausend Bewohnern waren auch viele, die zu dieser Zeit noch in Trümmergrundstücken gehaust hatten. Die Überfüllung im Elendsquartier führte zu den bekanntesten Folgen. Kriminalität und Prostitution, Krankheit und Kinderreichtum, Armut und Hoffnungslosigkeit waren mit Verordnungen nicht zu bekämpfen. Doch mit Unterstützung vor allem kirchlicher Sozialarbeiter und in Eigenhilfe entstand im Laufe der Zeit eine sicher nicht vorbildliche, doch wenigstens von den übelsten Begleitumständen unzulänglichen Wohnens verschonte (wenn auch beständig gefährdete) Siedlung.

Der Magistrat will seit einigen Jahren diesen Prozeß der Besserung unterstützen und beschleunigen. Doch gerade in diesem Bemühen stößt er auf den Widerstand der Bewohner — inzwischen sind es wohl nur noch knapp 300 Menschen. Etwa ein Drittel, lebt vom Schrottplatz neben der Siedlung — und gerade der soll weg. Seit Juni letzten Jahres ist er gekündigt, seit Juni diesen Jahres die Schonfrist abgelaufen. Auf dem frei werdenden Gelände sollen nach dem Willen des Magistrats einfache Häuser entstehen, deren Standard zwar über jenem Mindestmaß liegt, das im Wohnungsaufsichtsgesetz vorge-schrieben ist; der Magistrat hält es für

vertretbar, daß die „Ausstattungs-normen des sozialen Wohnungsbaus nicht voll erreicht“ werden. „Die Wohnfläche“, heißt es allerdings ergänzend in einer Magistratsvorlage, „soll die zum Zeitpunkt des Umzuges bewohnte Fläche nicht unterschreiten.“

Das gesamte Gelände — Wohnwagenstandplatz und angrenzender Schrottplatz — sei mit dem Ziel einer Auflockerung und gerechteren Verteilung des Bodens neu zu parzellieren. Hintergrund dieses Vorschlags ist die Tatsache, daß zwar ein Drittel der jetzigen Bewohner an der Bonameser Straße vom Schrotthandel mehr oder minder gut leben. Einige Familien jedoch scheinen das Geschäft mit dem Wohlstandsmüll so gut zu beherrschen, daß sie zur Oberschicht der sozial Niedrigsten aufgestiegen sind: mit allen Konsequenzen, die sich daraus ergeben können, etwa ungerechter Landverteilung.

Der Magistrat, der zur Beseitigung des Schrottplatzes entschlossen ist (der

Sozialausschuß der Stadtverordnetenversammlung hat ihm inzwischen zugestimmt), verkennt nicht, daß es Schwierigkeiten geben wird. Viele Bewohner der Siedlung werden „vorübergehend die gewohnte Betätigung“ verlieren. Doch man ist der Meinung, die Autoschrottlagerer von Bonames könnten ihre Ware auch der städtischen Schredderanlage im Osthafen liefern.

Dort freilich herrschen die Bedingungen des Marktes wie überall: es wird zu Tageskursen gekauft. Gerade aber die Möglichkeit, Saisontiefs durch Lagerung in Bonames abzuwarten, macht die wirtschaftliche Bedeutung dieses Platzes für seine Betreiber aus. Der 1975 versuchte Ausweg, den Schrottplatz durch das Regierungspräsidium in Darmstadt schließen zu lassen, weil Öl und Benzin aus den alten Autos in den Boden sickern und das Grundwasser gefährden, scheiterte an sorgfältigen Messungen. Die Behörde kam zu der Auffassung, der Untergrund des

Schrottplatzes sei nicht nennenswert verunreinigt. Die Betreiber des Platzes führten dies darauf zurück, daß sie die Fette und Öle aus den Schrottwagen sorgfältig in Fässern auffangen und zu entsprechenden Deponien bringen.

Allerdings, so meinte auch das Regierungspräsidium, den Vorschriften für den Betrieb eines Schrottplatzes entspreche das Bonameser Gelände auch nicht. Der Magistrat schätzt die Kosten für Maßnahmen, die einen ordnungsgemäßen Betrieb sichern würden, auf knapp eine Million Mark — und ist nun der Auffassung, daß man dieses Geld auch besser ausgeben könne: „Für die Verbesserung der Wohnverhältnisse (im Wohnwagenstandplatz Bonames) sind 1,5 Millionen Mark im Investitionsprogramm 1977 bis 1980 ... enthalten.“ Weitere 230 000 Mark sind vorgesehen, um die Verhältnisse in der Spielstube zu verbessern, die bisher vom Evangelischen Regionalverband allein getragen wurde. Die Arbeit dort kommt seit Jahren etwa vierzig Kindern zugute.

Frankfurter Allgemeine Zeitung

16. 8. 78

im Wohnungsaufsichtsgesetz vorge-schrieben ist; der Magistrat hält es für

Wohnungsaufsichtsgesetz vorge-schrieben ist; der Magistrat hält es für

im Wohnungsaufsichtsgesetz vorge-schrieben ist; der Magistrat hält es für

W ⁻⁷¹⁻ „Das ist kein Recht“

as die mit uns machen, ist nicht üblich. Das ist kein Recht.“

„So leicht lassen wir uns unsere Existenz nicht nehmen.“ „Ich lasse mir das nicht so einfach wegreißen, was ich mit meinen Händen in vielen Jahren mühsam aufgebaut habe.“

Das sind Aussagen von Bewohnern des Wohnwagenstandplatzes. Aber was bewegt die Bewohner dieses kleinen Stadtteils zu solchen starken Sprüchen? Angefangen hat es damit, daß die Stadt 1953 die auf Trümmergrundstücken lebenden Obdachlosen und Reisenden auf einen circa 150x150 Meter großen Platz verwies, der jedoch außer zwei Wasserzapfstellen nichts aufwies, was ein Wohnen dort erlicht hätte: kein Strom, kein Kanalanschluß, keine Straßenverbindung.

Anfangs kam es unter dem bunt zusammengewürfelten Haufen, zu dem sich im Laufe der Zeit auch Prostituierte und Zuhälter gesellt hatten, zu zahlreichen Konflikten und Spannungen, die mit Polizeigewalt beseitigt wurden. Ein Teil der Leute fand trotz der Konkurrenz und gestiegenen Preise im Schaugewerbe wieder Anschluß an das Geschäft. Sie zogen weg, manche von ihnen kommen im Winter aber wieder nach Bonames, um sich dort mit Korbflechterei, Scherenschleiferei und etwas Schrotthandel über Wasser zu halten. Von den anfangs rund 1000 Menschen blieben circa 350 auf dem Platz.



kein Recht“

Aus einem bunten Haufen entstand eine Gemeinschaft

Was sind das für Menschen? Sie sind von der Gesellschaft verachtet und ausgegliedert – im wahrsten Sinne des Wortes an den Rand der Stadt verwiesen, aus dem Blickfeld der Bürger –, zum Teil Analphabeten, meistens Kinderreiche. Viele von ihnen haben unter dem Faschismus die denkbar schlechtesten Erfahrungen gemacht: in Konzentrationslager gesteckt, mußten sie dort viele ihrer Verwandten sterben sehen. Aus diesen Erfahrungen kommt ihre noch heute berechnete Ablehnung jeglicher Bürokratie und Staat gegenüber.

Was unter diesen schwierigen Bedingungen im Laufe der Zeit entstanden ist, ist umso erstaunlicher: Aus dem bunten Haufen ist eine Gemeinschaft geworden, die sich entschieden gegen Angriffe von außen wehrt, die sich untereinander hilft. So sollte zum Beispiel ein über 70jähriger Rentner als Pflegefall in ein Heim eingewiesen werden, das für ihn den Tod bedeutet hätte. „Ich geh' dort ein oder bring mich um“, sagte er. Heute haben sich Nachbarn gefunden, die regelmäßig nach ihm sehen; das Essen bekommt er von der Essensverteilung der Stadt gebracht.

In Eigenhilfe Häuser gebaut und Schrottplatz errichtet

Von den 70 Familien bauten 20 in Eigenhilfe inzwischen feste Häuser. Die strenge Platzordnung

verbietet das zwar, doch die Sozialisation Eschersheim erlaubte es indirekt, indem sie finanzielle Unterstützung leistete. Ein Drittel der Familien lebt in gut ausgestatteten großen Wohnwägen, die übrigen wohnen in zugigen und zum Teil baufälligen Baracken und Hütten.

Ebenfalls in Eigenhilfe entstand ein Schrottplatz neben dem Wohnwagenlager Anfang der 70er Jahre, der zwar anfangs wild betrieben wurde, inzwischen jedoch eine wichtige und die einzige Sammelstelle für Schrott im Frankfurter Norden und Nordwesten geworden ist. 13 Männer und ihre Familien leben ständig vom Schrotthandel, weitere 20 bringen ab und zu den Schrott dort hin, hauptsächlich Autos.

„Wir haben für Jahre investiert. Wir mußten uns Raupen, Bagger und anderes teures Gerät kaufen. Ohne diese Maschinen können wir heutzutage nicht mehr ar-

beiten“, erzählt Horst Gärtner, einer der Schrotthändler. „Obwohl die Schrottpreise gefallen sind, holen wir die Wagen immer noch kostenlos ab. Wir machen da auch keinen Gewinn im Moment. Deshalb müssen wir die Wagen lagern können. Können wir dem Verschredder vom Trapp große Mengen anbieten, muß er uns einen guten Preis machen, sonst verkaufen wir nicht“, erklärt Horst Gärtner. (Trapp ist Frankfurts größter Schrottverwerter, der mit seiner Schredderanlage den Schrott so zerkleinert, daß er der Weiterverarbeitung – z.B. für Eisengewinnung – zugeführt werden kann.)

Ein Gutachten und seine Folgen

Nachdem sich Bewohner vom Frankfurter Berg über Umwelt-

belästigung durch das Ausbrennen der Autowracks und Abbrennen von Kupferisolierung beschwert hatten, wurde dies eingestellt, jedoch kam das Hessische Landesamt für Bodenforschung, um im Auftrag des Regierungspräsidiums ein Gutachten über die Umweltverschmutzung zu erstellen. Der Stadt als Grundstückseigentümerin wurde dann unter anderem die Auflage gemacht, entweder den Boden zu betonieren, das heißt eine Auffangwanne für Öle, Benzin und Säuren zu erstellen, oder eine Schleuse am Eingang des Schrottplatzes zu errichten, wo die gefährlichen Flüssigkeiten gesammelt werden.

Dies würde für die Stadt eine Investition von 1,2 Millionen Mark und laufende Unterhaltskosten von 150 000 Mark jährlich bedeuten, behauptete die Stadt. Einen Teil der Auflagen erfüllt die Stadt, indem sie Schotter anfahren ließ, den die Schrottlter selbst verteilten. Längerfristig müssen die oben genannten Auflagen jedoch erfüllt werden. Ginge die Stadt jedoch auf den Vorschlag der Schrottlter ein, die die Betonierungsarbeiten bzw. Errichten der Schleuse selbst machen wollen, würde ihr nur Kosten für das Material entstehen.

Das Gutachten der Bodenforscher ergab jedoch, daß bisher noch keine Verschmutzung vorliegt, sondern nur die Möglichkeit dafür besteht. Daß bis jetzt noch keine Verseuchung des Bodens besteht, liegt an dem Verhalten der Schrottlter: „Wir arbeiten verantwortungsvoll. Wir lassen das Öl nicht einfach in den Boden sondern fangen es in Fässern auf. Wenn der fahrbare Schredder kommt, wird das Öl in der Abscheide dieser Maschine gesammelt“, sagte einer der Schrottlter.

Bauplanung hinter dem Rücken der Betroffenen

Die Stadt hat jedoch kein Interesse an der Sanierung des Schrottplatzes. Nachdem die Bewohner von Plänen gehört hatten, die hinter ihrem Rücken ihre Vertreibung und die Beseitigung des Schrottplatzes vorsehen, forderten sie die Stadt zu einer öffentlichen Stellungnahme bei der Platzversammlung am 23.11.76 auf. Planungsdezernent Hans Erhard Haverkamp, der – wie uns Bewohner berichteten – mit seiner Dienstwaffe unter dem Jackett erschien gestand dort: Der Schrottplatz soll weg, um dann dort eine kleine Siedlung mit betonierten Häuschen zu errichten, in die die Bewohner des

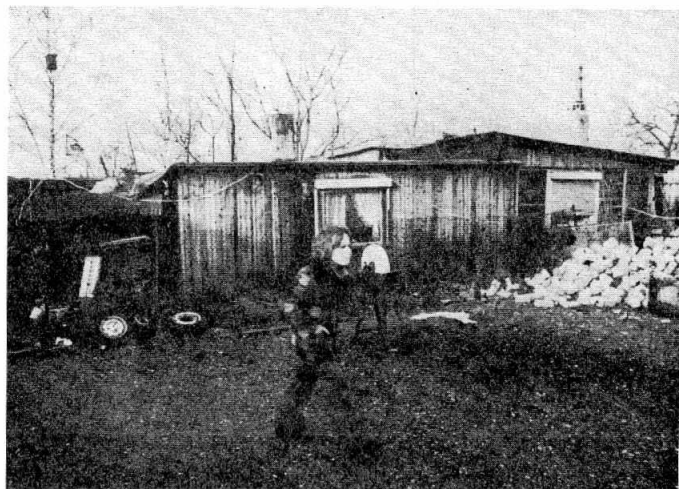
Wohnwagenstandplatzes einziehen sollen.

Da für dieses Gebiet kein Bebauungsplan existiert, können dort nur Gartenhütten aufgestellt werden.

Der Wohnwagenstandplatz soll dann völlig verschwinden

Für diejenigen, die bis jetzt in Wohnwagen wohnen, würde dies nur formal eine Verbesserung bedeuten, da diese Hütten für die kinderreichen Familien viel zu klein sind. Und die anderen, die bereits eine ansprechende Unterkunft haben, müßten ihr selbst-erbautes Heim aufgeben. Außerdem sollen die geplanten Häuschen auch nur eine Übergangslösung darstellen, längerfristig ist geplant, alle Bewohner in Sozialbauwohnungen unterzubringen. Damit sind sie jedoch nicht einverstanden. Manche von ihnen haben das Wohnen in diesen sterilen Bauten schon kennen und ablehnen gelernt. Sie kommen immer wieder ins Lager zurück, wo sie sich wohlfühlen.

Gegen eine Verbesserung der Wohnverhältnisse, also Installation von Versorgungs- und Entsorgungsanschlüssen und bessere Wohnungen auf dem Platz wehren sich die Bewohner nicht. Wohl aber gegen eine Planung, die über die Köpfe hinweg bestimmt, was mit ihnen geschehen soll.

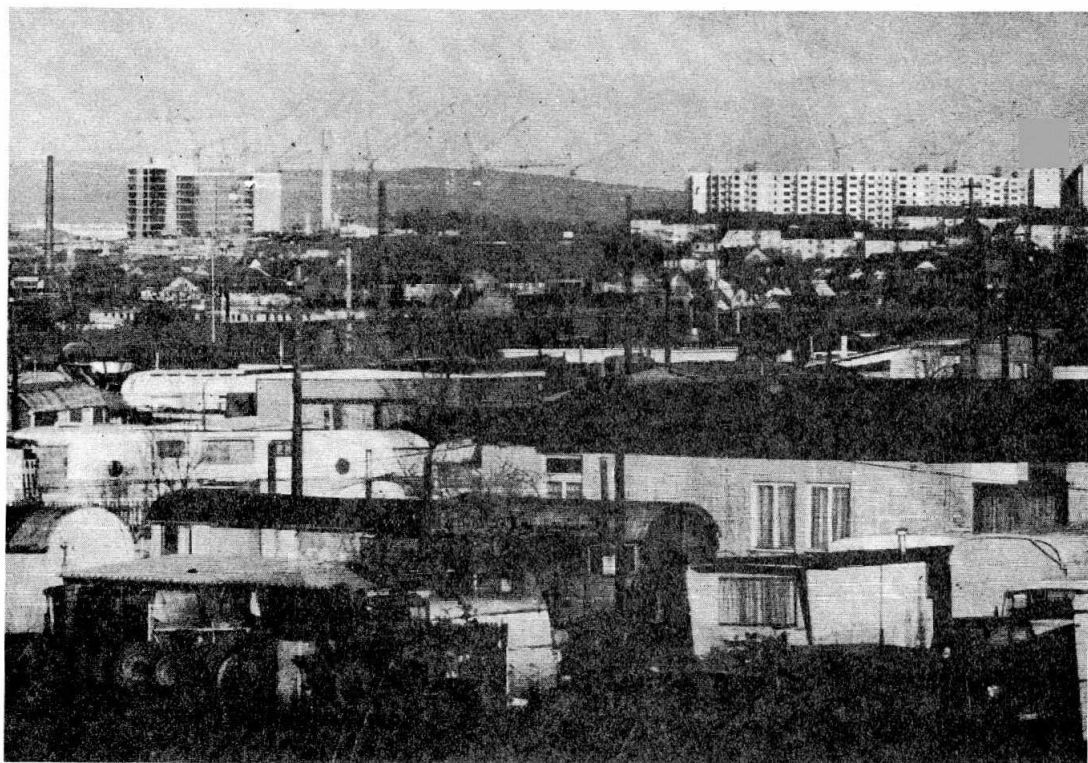


Siedlungskinder: Zukunft im Wohnblock?

„Wir wollen nicht von der Fürsorge leben, sondern arbeiten.“

„Was sollen wir denn machen, wenn die Stadt uns den Platz wegnimmt? Ich habe fünf Kinder und arbeite jetzt schon 15 Jahre hier“, erklärt Horst Gärtner. „Ich habe kein Interesse von der Fürsorge zu leben. Wer soll denn meine Schulden bezahlen, die ich gemacht habe für die Maschinen auf dem Schrottplatz? Es kann doch nicht das Interesse der Stadt sein, das für mich zu erledigen. Wir wollen uns selbst ernähren und unserem freien Beruf nachgehen, wie wir das bis jetzt ganz gut geschafft haben. So wollen wir auch weiter arbeiten.“

Umschulen wollen die uns. Wozu will man mich denn umschulen? Ich habe hier meine Arbeit, wie die anderen auch. Als ob bei Opel oder Mercedes gerauf mich warten. Na und dann sollen wir hier mit unseren Kindern noch wegziehen. Nach Bonames in einen Wohnblock? Was kommt denn dabei raus? Die Kinder können sich gar nicht benehmen, wie es in dieser Umgebung verlangt ist. Sie sind hier im Freien aufgewachsen. Sie können hier vor dem Haus spielen, laut toben und sich frei entfalten. In so einem Wohnblock geht das nicht. Und die Leute würden quasi grundlos verärgert, denn die Kinder wissen es ja nicht anders. Sie können sich nur so benehmen wie hier.“



Dorn im Planungsauge : Obdachlosensiedlung Bonames

Elterninitiative
"Kind in Nied"

6000 Frankfurt/M.-Griesheim
Linkstraße 49
(B. Kretschmer)

J A H R E S B E R I C H T

1 9 7 7

Wie schon in den vergangenen Jahren arbeitet unsere Initiative als notwendige soziale Maßnahme im Stadtteil Ffm.-Nied. Die Zahl der Kinder, die unsere Hilfe in Anspruch nehmen, ist mit, der den vergangenen Jahren vergleichbar - unsere Jahresstatistik liegt Ihnen vor. Innerhalb der Kindergruppen hat sich die Zusammensetzung verschoben hin auf verstärkte Teilnahme von Kindern ausländischer Arbeitnehmer - vor allem Türken. Dies spiegelt die Entwicklung der Wohnbevölkerung Nields, in der der Anteil vor allem türkischer Familien steigt.

Unsere räumliche Situation hat sich im letzten Jahr, wenn auch nur minimal, etwas verbessert. Für Kleingruppenaktivitäten (z.B. Kochen, ruhige Bastelarbeiten) steht uns zwei mal in der Woche eine Wohnung der Sozialstation Höchst zur Verfügung; sie liegt allerdings 10 Minuten von unseren eigentlichen Räumen entfernt, hinter einer verkehrsreichen Straße.

Für Januar 1978 wurde uns probeweise ein dritter Raum im Bürgerhaus Nied zugesagt. Dadurch besteht die Möglichkeit den Gruppenbildungsprozeß (Altergruppen 1. - 4. Klasse, 5. - 8. Klasse) durch räumliche Gegebenheiten zu unterstützen.

Diese minimalen Verbesserungen können natürlich nicht darüber hinwegtäuschen, daß unsere Räumlichkeiten, wie schon seit Jahren beklagt, völlig unzureichend sind, da sie eben nicht uns ausschließlich zur Verfügung stehen, ihrer Ausgestaltung von vornherein also jede Möglichkeit genommen ist. Dies ist uns so schlimm zu ertragen, da der Standort für das Kinderhaus vom Ortsbeirat mit CDU-Mehrheit abgelehnt wurde und der Bau damit auf unbestimmte Zeit - wenn nicht gar endgültig - verschoben ist.

Unsere finanziellen Möglichkeiten sind gleichfalls Mangelhaft beschränkt, da die Stadt Frankfurt am Main uns nur noch 100,-- DM/monatlich Handgeld überweist, - unse-

re Ausgaben allerdings wesentlich höher sind und nur aus Spenden der Mitarbeiter bestreiten werden können.

- 74 -

Die Forderung an die Stadt Frankfurt am Main für unsere Initiative 2 ABM-Halbtagsstellen einzurichten, ist ebenfalls als nicht zu realisieren beschieden worden.

Trotz dieser "Behinderungen" bemühen wir uns unser Konzept aus Schularbeitshilfe und anschließender Freizeitgestaltung zu verwirklichen (Wir verweisen auf unseren ersten Bericht mit Konzept).

In zwei Räumen werden Hausaufgaben gemacht und parallel dazu, spätestens ab 15 Uhr, eine Freizeitaktivität im dritten Raum angeboten. Diese kann eine allgemeine sein oder nach Gruppen spezifiziert. Außer den üblichen Aktivitäten wie Malen, Tanzen, Kreisspielen sind vor allem aus der letzten Zeit zu nennen: Das Basteln von Tischtennischlägern, einem Tischfußballspiel, Backen von Pfefferkuchenhäuschen, Kasperltheater, Vogelhauschen usw.

Einmal wöchentlich wird in der o.g. Wohnung gekocht, sowie einmal Schwimmen gegangen.

Zur Unterstützung, vor allem der Schulanfänger, bemühen wir uns ihnen spezielle Hilfen zu geben (Schwimmübungen, Konzentrationsübungen) was natürlich nur im beschränkten Rahmen möglich ist. In besonders schwierigen Fällen, deren Förderungen von uns nicht zu leisten ist, gelang es uns, in Zusammenarbeit mit der Sozialstation Höchst, Einzelfallbetreuungen zu organisieren.

Da unsere vor vier Jahren erhaltenen Schränke, die zum Teil in unserer Abwesenheit aufgebrochen wurden, nicht mehr zu reparieren sind, ist unser Besitzstand nicht mehr gewahrt. Daher benötigen wir mindestens einen fest verschließbaren Stahlschrank für wertvolle Materialien und Lernmittel.

Im Sommer veranstalteten wir wie früher schon zweimal eine Freizeitt, an der 20 Kinder aus Nied teilnahmen. Dieses Jahr führen wir in ein Zeitlager nach Eschwege.

Wir verweisen auf unseren Ordner "Kind in Nied, Kinderhaus", der bei der IAG liegt und aus den die Auseinandersetzungen mit der Stadt Frankfurt am Main ersichtlich sind.

Ein Kinderhaus für Nied gefordert

Elterninitiative wird ungeduldig / Stadtverordnete haben das letzte Wort

NIED. „Kind in Nied“ drückt jetzt aufs Tempo. — „Geld ist da, und wir haben auch einen Bauplatz; schon morgen könnten die Bagger kommen“, macht Jutta von der Schmitt als Mitglied der Elterninitiative „Kind in Nied“ klar. Darum versteht sie nicht, weshalb die Stadt „so trödel“... In der Tat: „Kind in Nied“ hat allen Grund, auf einen baldigen Baubeginn

des geforderten Kinderhauses in der Lotzstraße zu pochen. Denn erst kürzlich ließ Frankfurts Sozialdezernent Martin Berg die Bürgervertreter im Ortsbeirat 6 wissen, das Kinderhaus für Nied habe Priorität gegenüber dem ebenfalls geplanten Kinderhaus im sozialen Brennpunkt Unterliederbach-Ost (Sieringstraße). — Wir berichteten darüber.

Und die Elterninitiative „Kind in Nied“ (ihre Resolution pro Kinderhaus, von 48 Eltern unterschrieben, wurde Mitte März Frankfurts Jugendamtsleiter Herbert Fallner, Martin Berg und dem Hessischen Sozialminister zuge stellt) kann solche Dringlichkeit jeden Werktag dokumentieren. Weil die Kulisse jenes elterlichen Zusammenschlusses eine „Aktion Hausaufgabenhilfe“ für Alt-Nied und Nied-Süd ist...

Seit zwei Jahren kümmern sich dort zwölf Hausfrauen, Väter und Studenten um „jene Altersgruppe zwischen Kindergarten und Jugendclub, die ohne festen Treffpunkt heute oftmals alleine gelassen wird“: Fünf- bis zwölfjährige Schulkinder. Sie leben vor allem im überdurchschnittlich kinderreichen Alt-Nied. Aktiosprecher Hans-Karl Ullrich: „Zum Beispiel — in unserem und zwei weiteren Mietblocks, obere Sauerstraße, wohnen rund 60 Kinder...“

Ziel der Aufgabenhilfe: „Alle Kinder in diesem Wohngebiet“, sagt Ullrich, „sollen auf der Schulbank gleiche Chancen haben“. Zur Zeit sind aber zahlreiche Kinder beim schulischen Leistungswettbewerb benachteiligt:

Weil beide Eltern ganztags arbeiten gehen. Solche „Schlüsselkinder“ ihre Hausaufgaben ohne gelegentliche Erwachsenenhilfe anfertigen müssen...

Weil viele Wohnungen kinderreicher Familien zu klein sind; das Schulkind keinen stillen Winkel zum konzentrierten Arbeiten findet...

Weil neue Unterrichtsstoffe die um Hilfe befragten Eltern oftmals verwirren (vor allem Mengenlehre). Ein müde

gearbeiteter Vater findet aber nur selten noch Muße, sich abends in komplizierte Mathematik zu vertiefen...

Weil beide Grund- und Hauptschulen im alten und südlichen Nied „total überfüllt sind“ (nicht seitap 25 Kinder in einer Klasse). „Da kann sich der Lehrer dem einzelnen Kind ja unmöglich intensiv widmen.“

Solche Einzelbetreuung übernimmt darum die Aktion Hausaufgabenhilfe. Jeden Werktag büffeln vier Erwachsene mit 40 Schulkindern in zwei Räumen im Bürgerhaus Nied; darunter auch ausländische Arbeitnehmerkinder. Doch nicht nur Schularbeiten stehen auf dem Programm. „Wir basteln zudem, spielen gemeinsam, werken, töpfeln, handarbeiten...“ Treffzeit: von 13.30 bis 16.30 Uhr.

Pädagogische Fortbildung ist für die 15 Mitarbeiter selbstverständlich. Bei diesem Ansinnen kommen Ihnen gute Beziehungen zu Hilfe: Hans-Karl Ullrich sitzt im Vorstand der Landesarbeitsgemeinschaft „Soziale Brennpunkte“ Hessen, fachlichen Rat hält auch Psychologin Professorin Österreich an der Frankfurter Uni parat.

„Doch was nutzt auf Dauer unser gezieltes Engagement“, fragen Eltern und Studenten, „wenn geeignete Räumlichkeiten fehlen?“ Clubräume im Bürgerhaus sind steril, mühsam so verlassen werden, wie man sie antrifft. Kinder aber brauchen ein Haus zum Erobern. Darum unsere Forderung: Ein Kinderhaus für Nied.

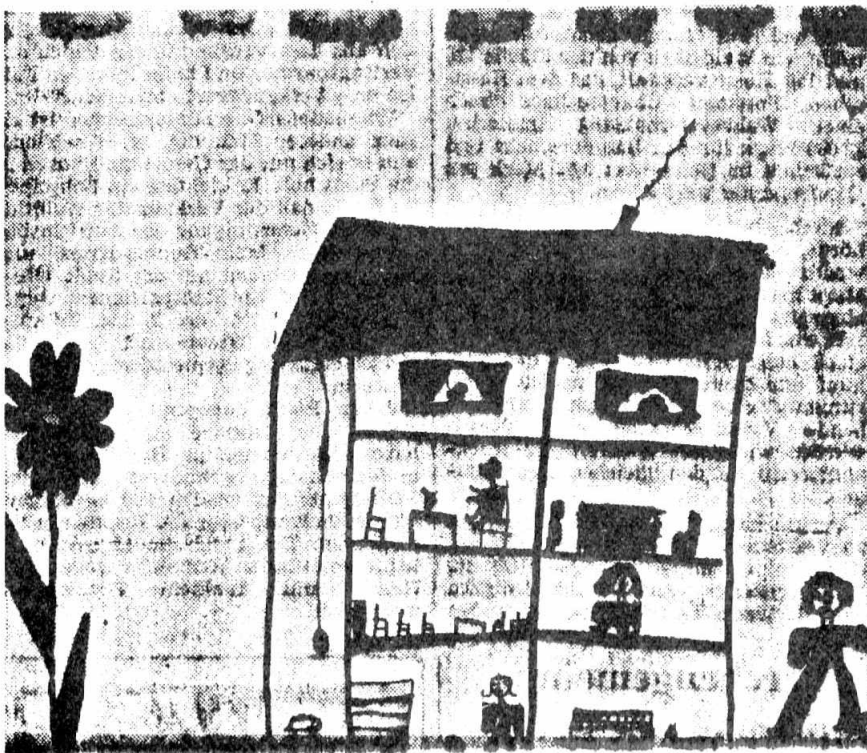
Der Bauplatz „Lotzstraße 55 bis 61“ ist inzwischen gefunden und auch vom Magistrat (weil in städtischem Besitz)

akzeptiert. Das Tiefbauamt hat bereits eine grobe Vorplanung erstellt, und anlässlich eines Gesprächs zwischen Mitgliedern von „Kind in Nied“ und Vertretern der zuständigen Ämter wurde auch die Raumaufteilung im zukünftigen Kinderhaus schon zeichnerisch festgehalten: Platz zum Spielen, Hausaufgaben machen, Lesen, Töpfeln, Werken, Diskothek...

Von der FR nach den Realisierungschancen befragt, drückten sich Sozialdezernent Berg und Jugendamtsleiter Fallner vorsichtig aus: Man wolle den Stadtverordneten („sie haben das letzte Wort“) nicht vorgreifen. Doch abzusehen sei dies: „Wohl binnen vier Wochen schicken wir ein vorläufiges Raumkostenprogramm „Kinderhaus Nied“ zur Beschlussfassung an das Römerparlament.“ Weil die notwendigen Gelder aus einem Sondertopf „Verbesserung der sozialen Infrastruktur“ über 750 000 Mark („er ist im Etat '75 drin“) bestritten werden sollen, hofft Martin Berg: „Spätestens bis Ende dieses Jahres werden die Stadtverordneten entscheiden; und in der zweiten Hälfte 1976 könnte das Haus dann fertig sein.“

„Bis dahin“, schreiben die Eltern in ihrer Resolution, „brauchen wir aber dringend einen dritten Raum im Bürgerhaus Nied. Ihn sollte die Stadt umgehend anmieten“. Und weil „eine täglich anwesende Bezugsperson für unsere Kinder als Mittlerin zwischen Eltern und Schule“ ebenfalls notwendig ist, fordern sie weiter: Baldiges Einstellen einer Praktikantin.

CHRISTOPH STOLLANSKY



So stellt sich die elfjährige Angelika Sonderrmann ihr Kinderhaus in Nied vor: Das Wasserfarbenbild pinselte sie bei einer Malaktion der Elterninitiative „Kind in Nied“. Thema — „Unser Kinderhaus“. Ein schätzjähriger Junge schrieb: „In dem

Haus soll ein Raum sein mit vielen Spielen, und ich bringe auch welche mit; auch ein Rasen davor mit Schaukel und Bänken. Wenn wir dann um halb zwei Uhr kommen, sollen wir bis 6 Uhr bleiben können...“ (Siehe auch obenstehenden Bericht)

Frankfurter Rundschau

1.8.75

Kinderhaus Nied nur auf dem Papier

SPD-Fraktionsführer Michel: 1975 und 1976 an Bau nicht zu denken

NIED. Der Optimismus im Amt ließ die sozialdemokratischen Stadtverordneten den Kopf schütteln: „Wohl binnen vier Wochen schicken wir ein vorläufiges Raum-Kostenprogramm für das geplante Kinderhaus in Nied zur Beschlußfassung an das Römerparlament“, ließ Frankfurt Sozialdezernent Martin Berg Anfang Juni die FR wissen. Die notwendige

Bausumme solle aus einem Sonderetat über 750 000 Mark für soziale Brennpunkte bestritten werden. „Spätestens bis Ende dieses Jahres“, hoffte damals der Dezernent, „werden die Stadtverordneten entscheiden; und in der zweiten Hälfte 1976 könnte das Haus dann fertig sein.“

Weil diese Äußerungen zehn Tage später von der FR abgedruckt wurden, konfrontierten Mitglieder der Elterninitiative „Kind in Nied“ (ihre Resolution für ein Kinderhaus wurde von zahlreichen Eltern unterschrieben) die sozialdemokratische Stadtverordneten-Fraktion bei einer Rundfahrt durch Nied und anschließendem Bürgergespräch Ende Juni (wir berichteten darüber) mit dieser Frage: Ob das Römerparlament wohl Martin Bergs Optimismus unterstütze, wollten sie wissen. Kopfschütten war die Antwort. Von solchen Plänen, so der Fraktionsvorsteher, „wissen wir noch überhaupt nichts“.

Eine stark in Anspruch genommene Aktion Hausaufgabenhilfe für Alt-Nied und Nied-Süd ist Argument Nummer 1 der Elterninitiative, mit dem sie ihre Forderung nach einem Kinderhaus untermauert. Günstige Voraussetzung: Der Bauplatz „Lotzstraße 55 bis 61“ ist inzwischen gefunden und auch vom Magistrat (weil in städtischem Besitz) akzeptiert.

Das Tiefbauamt hat bereits eine grobe Vorplanung erstellt.

Jedoch: SPD-Fraktionsführer Hans Michel schätzt dieser Tage die Chance für den baldigen Bau eines Kinderhauses in Nied nicht allzu hoch ein. Bei den Haushaltsberatungen 1975 bis 1978 habe man festgelegt, so Michel, „daß Frankfurt künftig jedes Jahr ein neues Kinderhaus erhält. 1975 steht das Kinderhaus Höchst im ehemaligen Büchereidomizil Adolf-Häuser-Straße auf dem Plan (wir berichteten darüber). Anstatt 300 000 Mark — wie ursprünglich als Posten für jedes einzelne Kinderhaus bis 1978 eingesetzt — kostet das Höchster Projekt aber nun 800 000 Mark. Michel: „Diese unerwartet hohe Summe hat unser obiges Konzept in Gefahr gebracht. Ob jener Beschluß (jedes Jahr ein neues Kinderhaus) durchzuhalten ist, muß jetzt überprüft werden.“ Michel erwartet allerdings keine Entscheidung zugunsten weiterer Kinderhäuser, was bedeutet: Auch 1976 bleibt das Niederprojekt auf dem Papier stehen. Sollte entgegen Michels Prognose jedoch ein

Beschluß durchkommen, der das ursprüngliche Kinderhaus-Konzept unterstützt, so müsse überprüft werden, „ob Nied Priorität hat“ (Michel). Demgegenüber hatte Dezernent Martin Berg schon im Frühjahr dieses Jahres verkündet, das Kinderhaus in Nied genieße Priorität, verglichen mit dem ebenfalls geplanten Kinderhaus im sozialen Brennpunkt Unterliederbach-Ost.

Keinesfalls, dementiert Michel den Dezernenten, könnten das Niederprojekt aus dem Sondertopf „Soziale Infrastruktur“ bestritten werden. „Darin festgelegte Gelder sind überwiegend für Vorhaben im innerstädtischen Bereich reserviert.“ Trotz der noch völlig offenen Kostenfrage hat Martin Bergs Dezernat jedoch inzwischen eine Vorlage „Kinderhaus Nied“ erarbeitet und zur Begutachtung an tangierte Ämter weitergeleitet. Angesprochen auf obige Widersprüchlichkeiten zwischen seinen Äußerungen und dem Fraktionsstandpunkt, bezog der Dezernent so Stellung: „Sie sehen, wie es mit der Politik so ist...“

31. 10. 75

- 77 -

Nied bekommt ein Kinderhaus

Im Stadtteil Nied soll nun doch ein Kinderhaus gebaut werden. Nachdem es lange Zeit so aussah, als hätte die Stadt für diese Einrichtung keine Mittel, beschloß die SPD-Fraktion, aus dem Topf für „soziale Brennpunkte“ rund eine halbe Million Mark für das Kinderhaus auszugeben. Der Magistrat wurde von der SPD-Fraktion aufgefordert, möglichst rasch eine Vorlage für den Bau des Kinderhauses dem Parlament vorzulegen. -VS

Frankfurter Rundschau

5. 11. 75

Für zweigeschossiges Kinderhaus

NIED. Weil in dem Frankfurter Stadtteil Nied mit seinen rund 16 000 Einwohnern dringend eine Einrichtung für Kinder gebraucht wird, machen sich der Stadtverordnete Ernst Seufert und mit ihm die SPD-Fraktion für den Bau eines zweigeschossigen Kinderhauses stark. Mit einer solchen Institution würde in Nied nicht nur die soziale und kulturelle Infrastruktur ergänzt, argumentiert Ernst Seufert, sondern ein solches Haus würde sich auch sinnvoll in die allgemein angestrebte und teilweise bereits verwirklichte Konzeption kommunaler Jugendförderung der Stadt Frankfurt einfügen.

Die Initiatoren haben auch schon ein Raumprogramm erarbeitet, wobei sie ebenso an Spiel- und Bewegungsräume gedacht haben wie an Bereiche für kreatives Wirken, Lernhilfen, Kleingruppenspiele, Gespräche und Lesen. Es wird angestrebt, die Eltern in das Gesamtgeschehen im Kinderhaus mit einzubeziehen, um beispielsweise über Einzel- und Gruppengespräche die familiäre Erziehungssituation zu begünstigen. tit

Zweiter Kreisblatt
22. Juli 1977

Anwohner entrüstet: Jetzt auch noch ein fünftes Kinderhaus

... in der Lotzstraße — „Bürger nie gefragt“

Nied (rg). — Mit dem kürzlichen Magistratsbeschlusse, ein Kinderspielhaus in Nied einzurichten, scheinen im Stadtteil nicht alle Bürger und Kommunalpolitiker einverstanden zu sein. Dies geht aus einer Pressemitteilung des CDU-Ortsvertreters Dr. Hartinger hervor, der bemängelt, weshalb bei einem solchen 700 000-DM-Projekt die Bürgerschaft während der Erörterungsphase nicht gehört wird. Obwohl es in der Lotzstraße bereits vier Kinder- und Jugendhäuser der Stadt gibt, soll nun noch ein fünftes hinzukommen. Könnte man das Kinderspielhaus nicht vielleicht auf der Wörthspitze bauen, fragt Dr. Hartinger. Dort würde eventueller Lärm keine Anwohner stören.

Für die meisten Nieder und einen Großteil der Stadtverordneten kam der Beschluß, in Nied ein Kinderspielhaus zu bauen, völlig überraschend.

Dr. Hartinger meint, daß wieder einmal ein Beispiel geliefert wurde, wie wenig bürgernah Politik sein kann, hier sei weder mit den Bewohnern noch den Mandatsträgern des Ortes diskutiert worden.

Dr. Hartinger und mit ihm viele Nieder Bürger befürchten mit dem Bau des Kinderspielhauses auch bestimmte Probleme.

In der Lotzstraße gibt es bereits vier Jugend- bzw. Kinderhäuser, und zwar die Grundstücke Nr. 39, 41, 43 und 45. Die Bewohner legten häufig einen Lebensstil an den Tag, der für die gesamte Nachbarschaft eine arge Belastung bedeute.

Nachdem im Mai etwas über die Bauplanung eines weiteren Kinderhauses bekannt wurde, bildete sich in der Lotzstraße eine Bürgergruppe, die vor dem Bau eines weiteren solchen Hauses warnte. Nach Ansicht der Anwohner bringe die Anhäufung so vieler Kinderhäuser in einer einzigen Straße (7 Privat- 5 Kinder- bzw. Jugendhäuser) große Nachteile für alle Beteiligten. Eine derartige Massierung sozialer Einrichtungen auf engstem Raum beeinträchtige den Wohn- und Erholungswert. Diese Bürger weisen den Vorwurf der Kinderfeindlichkeit entschieden zurück. Sie fordern aber, daß soziale Belastungen in möglichst gleichmäßiger Weise verteilt werden.

Bei einer Ortsbesichtigung erklärten Anwohner der Lotzstraße dem Ortsvorsteher, daß sie sich mit dem Gedanken tragen, von hier wegzuziehen, falls man auch noch das fünfte Kinderhaus baue. Bereits jetzt gebe es Lärmbelästigungen, die über das erträgliche Maß hinausgingen.

Nach Meinung des Ortsvorstehers sollte man zu einem solchen Projekt, das mit 700 000 DM Bau- und jährlich 300 000 DM Folgekosten veranschlagt ist, auch die Bürgerschaft hören, um nach einem sinnvollen und ausgewogenen Weg zu suchen.

Man sollte zudem Überlegungen anstellen, ob sich nicht vieles in Räumen des Nieder Bürgerhauses und den Schulen verwirklichen ließe.

Könnte das Kinderspielhaus nicht vielleicht auf der Wörthspitze gebaut werden? fragt der Ortsvorsteher.

Höchster Kreisblatt

12.7.77



12.7.77

Seite 2

Nied bekommt noch 1977 ein Kinder-Spielhaus

An der Sauerstraße — 705 000 DM Baukosten

Nied (rt). — Der Stadtteil Nied soll ein Kinderspielhaus bekommen. Einen entsprechenden Beschluß faßte der Magistrat am Montag bei seiner Sitzung im Höchster Bolongaropalast. Daß die Stadtverordneten diesem Beschluß zustimmen, ist kaum zweifelhaft. Dies dürfte allerdings erst nach den Parlamentsferien, im September, geschehen.

Sofort danach möchte Sozialdezernent Bürgermeister Berg auf einem Grundstück an der Sauerstraße, das schon der Stadt gehört, mit den Bauarbeiten beginnen. Diese Zusage konnte Berg mit gutem Gewissen geben, da die Baukosten von 705 000 DM schon im Haushalt für 1977 stehen.

Geplant ist an der Sauerstraße ein Neubau im Pavillonstil mit Spiel- und Bewegungsräumen, Räumen für, wie man heute sagt, kreative Betätigung (Malen, Basteln usw.) und mit — wir zitieren die Magistratsvorlage — „ruhigen Räumen für Kleingruppenspiele“.

Presseamtsleiter Peter erläuterte diese Formulierung mit den Worten: „Ich nehme an, daß sich hier ein paar Kinder in Ruhe zusammensetzen und miteinander lesen oder diskutieren können. Auch Lern- und Hausaufgabenhilfe soll in dem Haus, das für Kinder von drei bis zwölf Jahren gedacht ist, gegeben werden. Peter berichtete, daß es in der Frankfurter Innenstadt, nicht aber in den Außenbezirken schon einige Häuser dieser Art gebe. Sie hätten sich dort gut bewährt.“

Zur Betreuung der Kinder will die Stadt drei hauptamtliche Kräfte und

einen Berufspraktikanten einstellen. Die Hausaufgabenhilfe soll von Teilzeitkräften übernommen werden.

Das Sozialamt hält ein solches Haus gerade in Nied für vordringlich, weil dieser Stadtteil, der jetzt schon 16 000 Einwohner zählt, wegen reger Bautätigkeit noch weiterwachsen wird. In Neubaugebieten ist erfahrungsgemäß der Anteil der Kinder an der Bevölkerung größer als in alten Ortskernen.

Auch ist bei den jungen Familien die Zahl der berufstätigen Frauen groß, so daß ein Kinderspielhaus in Nied willkommen sein dürfte.

Stellungnahme der Elterninitiative "Kind in Nied"
zur Planung und der Verzögerung des Baus des Kinder-
hauses in Nied anlässlich der möglichen Ablehnung
des Projekts "Kinderhaus Nied" durch die CDU

Im Nov. 73 bildete sich eine Gruppe von Eltern in Nied,
die die Einrichtung einer Schularbeitshilfe und den
Bau eines Kinderhauses forderte.

Am 20.12.73 fand eine Ortsbesichtigung des Bauplatzes f
für ein Kinderhaus in der Lotzstr. statt. Als Übergangs-
lösung wurden Räume im Bürgerhaus Nied angeboten.
Die Verhandlungen zogen sich bis zum 10.5.74 hin.
Es wurde ein Raum im Bürgerhaus Nied zum 12.8.74 an-
gemietet. Im September 74 kam ein 2. Raum hinzu.

Die Anmietung eines 3. Raums zieht sich seit September
75 hin.

Im September 74 wird ein vorläufiger Plan des Kinder-
hauses mit Frau Mahlmeister und einem Architekten des
Hochbauamtes erstellt.

Ab dann Funkstille!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!

Im Oktober 75 veranstaltet die Elterninitiative mit den
Kindern einen Flohmarkt, anlässlich dessen über 300 Nie-
der Bürger ihre Zustimmung zum Kinderhaus mit ihrer
Unterschrift dokumentierten.

Am 7.11.75 beschloß die Stadtverordnetenversammlung die
Bereitstellung von 550000 DM für ein Raum-Kosten Pro-
gramm Kinderhaus Nied.

Bis Okt. 76 schloß die Planung in den Gewölben des H
Hochbauamtes und der Stadtverwaltung. Wir führten im
Nov. 76 2 Planungsgespräche mit dem Architekt und Ver-
tretern des Jugendamtes, und es wurde die Fertigstell-
ung der Pläne bis Jan. 77 zugesichert.

Im März 77 verändert sich die Zusammensetzung des
Stadtparlaments und des Ortsbeirats West, dadurch
wird die endgültige Verabschiedung des Kinderhauses
weiterhin verschoben.

Im Sommer 77 findet sich eine Interessengruppe von
Nieder Bürgern aus der Lotzstr. zusammen, die sich
gegen den Bau des Kinderhauses in der Lotzstr. wehrt.
Sie glauben das Kinderhaus könnte eine zusätzliche Lärm-
quelle sein. Wir dagegen meinen, daß das Kinderhaus eine
Beruhigung hervorbringt, weil es ein Sammlungsplatz der
Kinder sein kann.

Diese Interessengruppe findet Unterstützung beider
CDU-Mehrheit des Ortsbeirats 5.

Als Alternative für das Kinderhaus in der Lotzstr.
wird eine leerstehende Fabrikhalle in der Luthmerstr.
angeboten. Dies bedeutet eine weitere Verzögerung der
Realisierung des Projekts "Kinderhaus Nied" um zwei
Jahre.

Deshalb bestehen wir auf das geplante Kinderhaus in der
Lotzstr.

Beschreibung der Arbeitsvoraussetzungen im Bürgerhaus Nied

Unsere Räume befinden sich im Keller des "Bürgerhaus Nied". Das Haus, das 1967 fertiggestellt wurde, dient Tagungen, Lehrgängen der VHS, ist Treffpunkt von Vereinen und Parteien. Im Haus befinden sich auch eine Kneipe und eine Turnhalle. In der Turnhalle finden, zusätzlich zu ihrem eigentlichen Zweck, Großveranstaltungen statt, so z.B., wenn Willy Brandt kommt oder Karneval ist. Das Haus ist für diese Zwecke errichtet worden und nicht für Kinder.

Es hat lange Gänge und ein großes Treppenhaus, der Steinfußboden und die kahlen unfreundlichen Wände geben den Schall laut zurück. Kindergeschrei und Gerenne stören die anderen Benutzer, z. B. tagt hier wöchentlich der Altenklub, und einer der Hausmeister hat seine Wohnung im Kellergeschoß.

Zwei Räume stehen uns zur Verfügung, der eine ist ca. 80 m² und der andere 30 m² groß. Sie sind zwei- bzw. einfarbig angemalt und sehr schmutzempfindlich. Wo Kinder basteln und malen, gibt es Flecken an den Wänden und Kunststoffböden. Die zu ebener Erde liegenden Fenster verlocken die Kinder zum Hinausklettern, was wegen der Bepflanzung und überhaupt verboten ist.

Die Einrichtung besteht aus Tischen und Stühlen, die denen der Seminarräume des Uni-Turms zum Verwechseln ähnlich sehen. Die Hausmeister gaben uns zwei Hartfaserplatten zum Abdecken der Tische, da diese durch Nageln und Sägen sehr litten. Es hängen an den Wänden keine Bilder, das Aufhängen von Kinderbildern wurde uns ~~ausdrücklich~~ untersagt, denn die Räume werden auch von anderen Mietern benutzt. Es war schon ein Kampf, die Genehmigung, Schränke für unsere Materialien aufstellen zu dürfen, zu erhalten. Der einzige außergewöhnliche Einrichtungsgegenstand war ein Flügel, der dem Gesangsverein gehört. Er war für unsere Kinder eine ständige Verlockung, auf ihm zu klimpern, und ist für uns eine ständige Quelle von Zwist mit den Kindern, Hausmeistern und dem Gesangsverein; erst ein Schloß am Flügel schaffte weitgehend Abhilfe.

Wenn wenigstens die Möglichkeit bestünde, die Räume durch einige Bilder etc. auszustatten, ließe sich noch etwas Atmosphäre schaffen, so sind es kahle, unfreundliche Schachteln (little boxes), in denen sich niemand wohlfühlen kann und pädagogische Arbeit mit Kindern nahezu unmöglich wird.

- 82 -

Auch für die Kinder keine Lösung

Notbehelf Bürgerhaus / Standort des neuen Hauses noch offen

NIED. „Wir stehen in dem Konflikt, den Kindern etwas bieten zu wollen, was wir ihnen nicht bieten können“ — auf diese Kurzformel bringt Heinz Krebs, Student der Sonderpädagogik und Mitarbeiter der Elterninitiative „Kind in Nied“, das — vor allem räumlich bedingte — Dilemma, vor dem er, seine Betreuerkollegen -innen, die Elternvereinigung selbst und natürlich auch die Kinder im Stadtteil Nied seit

Jahren stehen. Die Ursache dieser Unzufriedenheit: Im November 1973 bildete sich in Nied eine Gruppe von Eltern, die die Einrichtung einer Schularbeitenhilfe und den Bau eines Kinderhauses forderte. Während die Schularbeitenhilfe ein Jahr später realisiert werden konnte, steht die Errichtung eines Kinderhauses nach wie vor aus.

Stattdessen muß sich die Elterninitiative seit mehr als drei Jahren mit einer provisorischen Lösung zufrieden geben: Zwei Räume im Bürgerhaus Nied stehen der Gruppe für ihre Arbeit — neben der Hilfe bei Schularbeiten werden die etwa 35 Kinder während ihrer Freizeit betreut — zur Verfügung — eine Maßnahme, von der nicht nur die Vereinigung „Kind in Nied“ wenig hält; auch anderen Stellen bereitet diese „Lösung“ zunehmend Unbehagen.

„Im Stadtteil Nied, in dem etwa 16 000 Bürger leben und in dem durch den Neubau von Wohngebäuden die Einwohnerzahl weiterhin wächst, besteht die dringende Notwendigkeit nach einer eigenen Einrichtung für Kinder, die als integraler Bestandteil die stadtteilbezogene soziale und kulturelle Infrastruktur ergänzen wird.“

So lautet der Text einer Magistratsvorlage an die Stadtverordnetenversammlung, in der das Römerparlament um Zustimmung für den Bau eines Kinderspielhauses in der Nieder Lotzstraße gebeten wird.

Obwohl also der Frankfurter Magistrat „grünes Licht“ für das geplante

„Was sich hier abspielt, ist meistens ein ziemlich chaotischer Betrieb“, charakterisiert Pädagogikstudent Heinz Krebs denn auch die Situation. Karin Hüsson, die ebenfalls Pädagogik studiert und den Kindern mit zehn weiteren Betreuern bei der Schularbeitenhilfe zur Seite steht und mit ihnen die Freizeit verbringt, ergänzt ihren Studienkollegen: „Wir sind nicht gewillt, die hier vorhandenen Raumprobleme und die sich daraus ergebenden Schwierigkeiten auf dem Rücken der Kinder auszutragen.“

Das Problem der Elterninitiative: Die beiden Räume, die ihnen im Keller des Bürgerhauses zur Verfügung stehen, werden auch für andere Veranstaltungen benötigt. Deshalb ist dort fast alles verboten oder unerwünscht, was eigentlich erst die „Spielatmosphäre“ derartiger Räume ausmacht.

So dürfen beispielsweise keine Bilder

an die Wände gehängt werden, wodurch der kahle und unfreundliche Charakter der Räume — die Einrichtung besteht eigentlich nur aus Tischen und Stühlen und einem Motorlageschrank — besonders zur Geltung kommt. Hinzu kommt, daß die Wände ein- bzw. zweifarbig angemalt und sehr schmutzempfindlich sind. Dasselbe trifft auf die Kunststoffböden zu; Bastel- und Malarbeiten sind aus diesen Gründen nur schwer möglich.

Außerdem, so klagt die Elternvereinigung, wird dringend ein dritter Raum benötigt. Denn der eine Raum wird fast ausschließlich für die Schularbeitenhilfe benutzt; zwangsläufig spielen sich in dem anderen, etwa 80 qm großen Raum alle anderen Aktivitäten ab: Kleingruppenspiele, Gesprächs-, Lese- und Bastelgruppen — „alles in allem zuviel“, meint Heinz Krebs, „um mit den einzelnen Gruppen gezielt arbeiten zu können“.

Gegen die Anmietung eines dritten Raumes

Ob allerdings ein dritter Raum im Bürgerhaus angemietet werden kann, erscheint fraglich. Zwar hat das Jugendamt grundsätzlich seine Zustimmung gegeben, „aber wir sind dagegen, denn die Betreuer sind ja nicht mal in der Lage, die Kinder in den zwei Räumen einigermaßen unter Kontrolle zu halten“, meint Erich Detlefsen, Hausmeister im Bürgerhaus. Er beklagt das meist „undisziplinierte Verhalten“ der Kinder, die nach seiner Ansicht möglichst bald aus dem Bürgerhaus ausziehen sollten.

Wongleich Eltern und Betreuer der Kritik am Verhalten der Kinder nur be-

dingt zustimmen — „es ist nicht unsere Schuld, daß dies eben nun einmal ein Bürgerhaus und kein Kinderhaus ist“ —, sind sie sich mit Hausmeister Detlefsen einig in dem Wunsch, lieber heute als morgen das Bürgerhaus zu verlassen.

Die Entscheidung hierüber liegt allerdings bei den Politikern: Je nachdem, ob sie sich für die Lotzstraße oder für die Luthmerstraße als Standort des Kinderspielhauses entscheiden, werden Elterninitiative und Bürgerhaus noch eineinhalb Jahre (Lotzstraße) oder drei Jahre (Luthmerstraße) zusammenleben müssen.

UFERO 

Brillen - Contactlinsen

6230 Frankfurt am Main-Höchst
Königsteiner Str. 112, Tel. 0611 / 317202
Kundenparkplatz am Hause

Vorhaben gegeben hat — auch die Fraktionen des mitzuständigen Ortsbeirates hatten vor einiger Zeit entsprechend votiert —, gab es unerwartete Schwierigkeiten: Es fand sich eine Interessengruppe von Nieder Bürgern aus der Lotzstraße zusammen, die sich gegen den Bau des Kinderhauses in ihrer Straße wehrt. Sie befürchteten, diese Einrichtung könnte sich zu einer zusätzlichen, ihnen nicht zumutbaren Lärmquelle entwickeln.

Unterstützt in ihrer Argumentation wird diese Bürgergruppe von der CDU-Fraktion des Ortsbeirates, die — einem Gesinnungswandel folgend — sich nun dafür einsetzt, das Kinderhaus an einem anderen Standort anzusiedeln.

Favorisiert wird hierbei ein Fabrikgebäude in der Luthmerstraße, gegen das bei einer Ortsbegehung von Fachleuten der zuständigen Ämter auch keine Einwände geltend gemacht wurden (siehe hierzu den FR-Bericht in der Ausgabe vom 5. Oktober). Allerdings: Eine Verlegung des Standorts von der Lotzstraße in die Luthmerstraße würde die Verwirklichung des Projekts um mindestens zwei bis drei Jahre verzögern.

Genau diese erneute zeitliche Verzögerung aber möchte die Elterninitiative verhindern. Dies nicht nur, weil die Baupläne für das Kinderhaus Lotzstraße bereits „verabschiedungsfähig“ sind, sondern auch, weil die Luthmerstraße ein

erst erstellt und die notwendigen behördlichen Genehmigungen eingeholt werden. Vielmehr möchte die Initiativgruppe so schnell wie möglich das Bürgerhaus Nied verlassen, da dort die Arbeitsvoraussetzungen für ihre Zwecke außerordentlich ungünstig sind.

FR, SZ, 12.11.72

Handwritten: LAG

Kommentar

Die Arbeitsvoraussetzungen für die Elterninitiative „Kind in Nidd“ im Bürgerhaus dieses Stadtteils sind denkbar ungünstig. Interessenkonflikte zwischen der Elternvereinigung, die – zu Recht – in den Räumen nahezu alles vermißt, was für Kinder an Spielangeboten und -möglichkeiten attraktiv wäre, und den anderen Mitbenutzern des Bürgerhauses, waren vorhersehbar, da beinahe zwangsläufig unvermeidlich.

Denn Bürgerhäuser herkömmlicher Art sind nun einmal nur in den seltensten Fällen auch als Zentren konzipiert, in denen Kinder ungestört sägen, nageln, hämmern und malen, mit viel Geschrei durch Gänge rennen können und was sie sonst noch alles brauchen, um sich wohlfühlen. Sicherlich wäre es deshalb ungerecht, nun etwa dem Hausmeister den „Schwarzen Peter“ zuzuschleppen, etwa nach dem Motto: Wenn der etwas toleranter wäre, ja dann...

Daß das Bürgerhaus für die Elterninitiative nur eine provisorische Lösung darstellen kann, diese Einsicht ist mittlerweile auch bei den verantwortlichen Politikern festzustellen: Grundsätzlich sind sich alle einig, daß ein Kinderspielhaus her muß. Es ist nun allerdings höchste Zeit, daß dieser erfreulichen Erkenntnis auch die Tat folgt.

Einiges spricht dabei dafür, daß die Entscheidung über den künftigen Standort des Kinderhauses zugunsten der Lotzstraße ausfallen sollte. Da ist vor allem der zeitliche Faktor: Wenn die Stadtverordneten-Versammlung für die Lotzstraße votiert, kann in spätestens zwei Jahren das Projekt realisiert sein.

Die CDU-Fraktion des Ortsbeirates 8 sollte vor diesem Hintergrund ihren Wunsch nach einem alternativen Standort (Lutherstraße) fallenlassen.

Dies auch deshalb, weil ihre Bedenken – der Lärm ist den Anwohnern der Lotzstraße nicht zuzumuten – auch für die Luthmerstraße zutreffen. Denn in einem Bericht der städtischen Fachgruppe heißt es: „Obwohl es sich um ein Mischgebiet (wie die Lotzstraße) handelt, wird auch bei diesem Standort (Luthmerstraße) den Anwohnern eine vergleichbare Belastigung zugemutet.“

Hiermit entfällt also das Hauptargument, das die CDU-Ortsbeiratsfraktion zu ihrer überraschenden „Kehrtwendung“ veranlaßt. Hinzu kommt: Da in dem Kinderhaus ausschließlich schul-

Weiteres Warten kaum zumutbar

pflichtige Kinder betreut werden, wird diese Einrichtung überwiegend in der Zeit von 14 bis 18 Uhr benutzt werden. Eine Zeitspanne also, in der das Ruhebedürfnis der Anwohner nicht stark ausgeprägt sein dürfte. Ganz abgesehen davon, ist noch überhaupt nicht erwiesen, ob durch ein Kinderhaus tatsächlich mehr Lärm entstehen würde. Möglicherweise trägt diese Einrichtung sogar zu einer Beruhigung bei, weil sie zu einem Sammlungspunkt der Kinder werden kann.

Fest steht auf jeden Fall: Ein weiteres Warten von etwa drei Jahren auf ein Kinderhaus wäre allen Beteiligten unter den derzeitigen Umständen kaum zumutbar.

STEPHAN BOHNKE

FR, Sü, 12.11.72

1172

1172

»So geht es nicht weiter«

Unterbringung im Bürgerhaus wird als Notasyl empfunden

NIED. Die Initiativgruppe »Kind in Nied« trug jetzt der lokalen Presse ihre »Standort-sorgen« für das geplante »Spielhaus« vor. Das Bürgerhaus Nied sei nur ein Notasyl, mit zu engem Lebensraum bei nur zwei Räumen, in denen zudem vieles verboten sei. Bereits in der Planung fortgeschritten war das Spielhaus-Projekt mit Standort Lotzstraße, bevor Dr. Josef Hartinger (CDU) Vorsitz der Ortsbeirats 6, von Lotzstraße-Anwohnern Bedenken wegen »zu befürchtender Ruhestörung«, aber auch gleich einen neuen Standort, in der Luthmerstraße, in die Debatte warf (die FN berichteten ausführlich).

also unter zeitlichem Zugzwang für eine frühe Dezember-Sitzung. »Kind in Nied« erfuhr Lob von Gertrud Mahlmeister (Jugendamt der Stadt Frankfurt) in der September-Sitzung des Ortsbeirates 6: »Hier haben sich nicht nur junge Pädagogen, die Begeisterung entfachen können, sondern auch Eltern aus gefährdetem Milieu, die

sich sonst eigentlich nicht engagieren, zusammengefunden, um den Kindern zu helfen!«

»Kind in Nied« betreut in zwei Räumen – drei wären notwendig – im Keller des »Haus Nied« 35 Kinder nicht nur bei den Schulaufgaben, sondern führt diese auch zu konstruktiver Freizeitgestaltung hin. In Räumen, die auch für andere Veranstaltung genutzt werden. In denen die »Spielatmosphäre« abgeht, weil so vieles verboten ist. Kahl die Wände, weil Bilder aufhängen nicht erlaubt ist. Mal- und Bastelarbeiten unter »strenger Disziplin«, damit der Kunststoff-

boden nicht beschädigt wird, wie sollen sich da die kleinen Künstler entfalten können?.

Erich Detlefsen, Hausmeister im Bürgerhaus Nied, klagt über »das oft undisziplinierte Verhalten der Kinder« – daß diese raus sollen aus dem Bürgerhaus, darin ist sich die Initiativgruppe »Kind in Nied« mit dem Hausmeister ausnahmsweise einmal einig.

Es liegt jetzt an den Kommunalpolitiker aller Couleur zu entscheiden, ob die Initiativgruppe »Kind in Nied«, das für ihr Anliegen bereits seit November 1973 kämpft, noch eininhalb Jahre –

Lotzstraße – oder dreieinhalb Jahre – Luthmerstraße – auf ausreichenden Lebensraum, der zudem für echte Eigeninitiative nutzbar ist, warten muß.

Pädagogik-Student Heide Krebs »So geht das nicht weiter. Was sich im Haus Nied abspielt, ist meistens ein ziemlich chaotischer Betrieb«. Karin Häuson, Pädagogik-Studentin, weist auf die verabschiedungsreifen Baupläne für den Standort Lotzstraße hin und erklärt, »daß wir nicht gewillt sind die Schwierigkeiten auf dem Rücken der Kinder auszufechten«.

Der SPD-Stadtverordnete Helmut Grohmann aus Nied, einziger Kommunalpolitiker in der Pressekonferenz bei »Kind in Nied«: »Wir Sozialdemokraten haben bei einer Ortsbegegnung das alte Fabrikgebäude in der Luthmerstraße als ungeeignet kennen gelernt und werden uns weiter für die Lotzstraße einsetzen. Zufall ein Bau in der

Luthmerstraße eine echte Heimat für »Kind in Nied« um weitere zwei Jahre hinauszögern würde. Nachdem dieses Thema auf der Ortsbeirats-Sitzung am 17. November nicht auf der Tagesordnung steht, die nächste Stadtverordnetenversammlung aber bereits für den 8. Dezember angesetzt ist, steht der Ortsbeirat 6 jetzt

Höchster Kreisblatt 17. 12. 77

Noch immer keine Entscheidung über das Kinderhaus Höchst

... und der Streit um das Nieder Projekt spitzt sich zu

Höchst/Nied (rt). — Der Vorstand des Vereins „Haus der offenen Tür“ ist bei seiner letzten Vorstandssitzung noch zu keiner Entscheidung über die Zukunft des Höchster Kinderhauses an der Adolf-Häuser-Straße gelangt. Der Vorstand will neue Vorschläge, wie man die benachbarten Wohnungen gegen den Lärm aus dem Kinderhaus abschirmen kann, von den zuständigen städtischen Behörden abwarten und dann, Ende Januar, wieder darüber beraten, ob man das Kinderhaus, dessen Aktivitäten seit einiger Zeit schon stark gedämpft worden sind, weiterführen oder schließen soll.

Unterdessen haben sich die Auseinandersetzungen um den Bau und den Standort eines Kinderhauses in Nied (Lotzstraße, Luthmerstraße oder sonstwo) weiter verschärft. Als Sprecher der „Initiativgruppe Jugendzentrum Höchst“ hat Jürgen Kastner in einer Presseerklärung mit dem Freimut der Jugend geäußert, bei gewissen Vorschlägen des Ortsvorstehers Dr. Hartinger zu diesem Thema habe der „Wahnwitz Pate gestanden“. Die Aktion „Kind in Nied“, die den Bau des Kinderhauses angeregt hat und leidenschaftlich propagiert, will am heutigen Samstag mit einem Flohmarkt vor der St.-Markus-Kirche die Bevölkerung auf ihr Anliegen aufmerksam machen.

Beim Kinderhaus Höchst hatte es schon gleich nach seiner Eröffnung Beschwerden über unzumutbaren Lärm

gegeben. Behördliche Untersuchungen ergaben, daß diese Beschwerden nicht unberechtigt waren. Dem Verein „Haus der offenen Tür“ wurden bauliche Auflagen gemacht, deren Verwirklichung recht kostspielig sein soll. Solange sie nicht verwirklicht sind, darf der Betrieb im Kinderhaus nur in eingeschränkter Form geführt werden. „Die Erfahrung haben wir jetzt gemacht und werden sie nicht vergessen: Kinderhäuser in Wohnvierteln tun selten gut“, sagte der Leiter des Jugendamtes Herbert Faller zu unserem Mitarbeiter. Auf die Frage, ob er dabei auch an Nied denke, sagte Faller nicht „nein“.

Ortsvorsteher Dr. Hartinger hatte vorgeschlagen, bis zur Klärung der Kinderhausfrage in Nied, den dortigen Kindern im Jugendzentrum Höchst, das allerdings auch noch nicht fertig ist,

Aufgabenhilfe und andere Betreuung zu gewähren. Dazu erklärt Kastner, der Weg von Nied nach Höchst sei viel zu weit und umständlich. Hausaufgabenhilfe müsse stadtteilgebunden sein. Im Jugendzentrum gebe es für die Nieder Kinder keine Betreuer. Dieser Vorschlag und alle Anregungen der CDU, zum Thema Nieder Kinderhaus seien geeignet die Elterninitiative „Kind in Nied“ „trocken zu legen“ und zu Fall zu bringen. Die Initiativgruppe werde „Kind in Nied“ unterstützen.

„Kind in Nied“ seinerseits will am 17. Dezember, ab 9 Uhr, auf dem Platz vor der St.-Markus-Kirche beweisen, daß es noch auf den Füßen steht. Bei einem Flohmarkt werden hier die Kinder selbstgebastelte Gegenstände und Spielsachen, die sie nicht mehr brauchen, zum Verkauf anbieten. Eltern und Kinder werden dabei, wie es in einer Ankündigung hieß, „auf die miserable Lage der Kinder in Nied“ hinweisen. Sie wollen auf Flugblättern und Plakaten für das Kinderhaus Nied werben und dafür auch Unterschriften sammeln. Dabei werden sie auch vom SPD-Ortsverein Nied unterstützt.

Vorerst kein Kinderhaus

Hartes Nein der CDU im Ortsbeirat / „Wieder auf Null“

WESTLICHE STADTTEILE. Das Schicksal des Kinderhauses in Nied wurde durch das harte Nein der CDU im Ortsbeirat besiegelt. Der Ortsbeirat 6 lehnte am Donnerstagabend die Magistratsvorlage für den Bau eines Kinderhauses in der Lotzstraße ab. Damit wird sich wohl auch im Stadtparlament keine Mehrheit für das Projekt finden, das in Nied heiß diskutierte Thema ist somit endgültig vom Tisch. Es wird voraussichtlich drei bis vier Jahre dauern, bis eine Kinderhausplanung für einen anderen Standort so-

weit ist. Die Sitzung des Ortsbeirates im katholischen Pfarrzentrum in Zeilsheim war des weiteren gekennzeichnet vom Widerstand von Bürgern gegen den Bebauungsvorschlag für das Gebiet Steinkopfweg sowie vom Auszug der CDU aus der Sitzung, nachdem Vertreter der Jugendzentrumsinitiative aus Höchst sich nicht der Sitzungsleitung von Manfred Ullrich, der anstelle des erkrankten Ortsvorstehers Dr. Hartinger den Ortsbeirat präsidierte, fügen wollten.

Zu Beginn der Sitzung hatte es bereits Ärger gegeben, als Vertreter der Elterninitiative „Kind in Nied“ Flugblätter verteilen, was ihnen Sitzungsleiter Ullrich untersagte. In den Flugblättern wehrten sich Kinder und Betreuer der Initiative gegen die ablehnende Haltung der CDU zum Kinderhausbau in der Lotzstraße.

CDU-Fraktionssprecher Friedrich Weibler verlas einen Brief seines Parteifreundes Dr. Hartinger, der sich als Nieder Ortsbeirat besonders gegen den Standort Lotzstraße ausgesprochen hatte, vor allem, wegen angeblich zu befürchtender Lärmbelästigung der Anwohner. Der Nieder SPD-Ortsbeirat Gustav Koppel meinte hingegen, überall wo in Nied gebaut werde, werde es Anwohner geben. Er beschwor die CDU, doch in jenem sozialen Brennpunkt Lotzstraße den Kindern soziale Gerechtigkeit widerfahren zu lassen und ihnen — die sich derzeit provisorisch in zwei Räumen im Bürgerhauskeller treffen, aber dort raus wollen — ein Spielhaus in ihrer engeren Wohngegend zu geben.

Der SPD-Stadtverordnete und Landtagskandidat Sieghard Pawlik wies dar-

auf hin, daß die Bevölkerung in den Frankfurter Stadtteilen noch weiter zurückgehen werde, wenn man ihr nicht irgendwelche attraktive Infrastruktur anbiete wie solche Kinderhäuser.

SPD-Fraktionsvorsitzender Arnold Weber nannte den Standort Lotzstraße „nicht gerade glücklich“, mahnte aber die CDU, doch an die Kinder zu denken, die immer noch keinen richtigen Treffpunkt hätten und bei Ablehnung der Magistratsvorlage noch lange darauf warten müßten. Die CDU hingegen warf dem Magistrat vor, daß er auf ihre Gegenvorschläge für andere Standorte (Luthmerstraße oder Wörthspitze) nicht mit einem Wort eingegangen sei. In seinem verlesenen Schreiben monierte Dr. Hartinger, daß die Ortsbeiräte nicht einmal zu einem Ortstermin der städtischen Behörden eingeladen worden seien. Nachdem die Entscheidung gefallen war, meinte SPD-Ortsbeirat Koppel bedauernd gegenüber der FR: „Wir sind wieder auf Null.“

Bedenken hatten zu Beginn der Ortsbeiratssitzung beim Hearing Bürger gegen den Bebauungsvorschlag Steinkopfweg erhoben. Unter anderem argwöhnten sie, daß die Kanalisation hier zu

klein bemessen sei, so daß Überschwemmungen der Häuser abzusehen seien. In der Fragestunde für Bürger erkundigten sich Mitglieder der Initiativgruppe Jugendzentrum Höchst nach den Möglichkeiten der Mitbestimmung der Jugendlichen in ihrem künftigen Treffpunkt. Es wurde vereinbart, daß dieses Thema in einer nächsten Ortsbeiratssitzung mit Vertretern des Jugend besprochen werden sollte. Als es sich um die Jugendzentrumsinitiative immer wieder in der gleichen Sache das Wort ergriffen, obwohl Sitzungsleiter Ullrich sie gebeten hatte, angesichts der fortgeschrittenen Zeit — die aktuelle halbe Fragestunde dauerte letztlich einhalb Stunden — sich zu beschränken und auf wenige Wortmeldungen zu einigen, verließ die CDU-Fraktion kurzerhand den Saal, als sich Ullrich nicht durchsetzen konnte.

Anschließend wickelten die Ortsbeiräte eine umfangreiche Tagesordnung ab, wobei sich die beiden Fraktionen wechselweise hin und wieder der Stimme enthielten, um Anträge der anderen Partei wegen des durch die Erkrankung von CDU-Ortsbeirat Dr. Hartinger herrschenden Patts im Ortsbeirat nicht zu Fall zu bringen.

Aktuell

- 87 -

13. 4. 78.

Bei dieser Gelegenheit soll der Magistrat untersuchen, ob sich in den städtischen und freigemeinnützigen Kindertagesstätten von Nied ein Rückgang der Belegungsziffer abzeichne. Wenn dies der Fall ist, meint Bührmann, sollte man prüfen, ob die Kindertagesstätte 28 nicht ganz oder teilweise, eventuell nach einer räumlichen Erweiterung als Kinderhaus genutzt werden könnte.

Auch eine spätere Verwechslung von Räumen in diesem Haus als Jugendtreff sei zu erwägen.

Zur Begründung seines Antrages schreibt Bührmann, das Gelände in der Lotzstraße sei wegen seiner geringen Ausdehnung und wegen der direkten Nachbarschaft von Wohnhäusern für ein Kinderhaus nicht geeignet. Man habe hier nur eine Fläche von 440 Quadratmetern. Spielmöglichkeiten im Freien gebe es nicht. Auch Spielplätze in unmittelbarer Nachbarschaft ständen nicht zur Verfügung. Auf die Lotzstraße dürfe man nur zurückgreifen, wenn es in Nied keine anderen Möglichkeiten für ein Kinderhaus gäbe. Aber dies sei nicht der Fall.

In einem Gespräch mit unserem Mit-

„Kinderhaus ja – aber Lotzstraße nein“

CDU: An der Wörthspitze oder beim Haus Nied

Nied (rt). — Der CDU-Stadtverordnete Karlheinz Bührmann will, von seiner Fraktion unterstützt, den monatelangen Auseinandersetzungen um den Bau eines Kinderhauses in Nied ein Ende machen. Er hat beantragt, der Magistrat solle seine frühere Vorlage, in der ein Bau des Hauses an der Lotzstraße projektiert worden war, aus dem Verkehr ziehen und möglichst schnell einen besser geeigneten Platz für das Kinderhaus suchen. Bührmann denkt dabei vor allem an das freie Gelände an der Kindertagesstätte 28 (Wörthspitze) und in zweiter Linie an die Nachbarschaft des Hauses Nied.

arbeiter sagte Bührmann, nach seinem Antrag müßten nun wohl die „unsinnigen Behauptungen“, die Nieder CDU und vor allem Ortsvorsteher Dr. Josef Hartinger seien gegen den Bau eines Kinderhauses in Nied, verstummen.

Das Kinderhaus solle nach Möglichkeit den Interessen aller Nieder Bürger gerecht werden und lange Zeit seinen Zweck erfüllen. Dies könne ein Ge-

bäude an der Lotzstraße vermutlich nicht. Hier seien immer wieder Auseinandersetzungen mit den Anwohnern zu befürchten, die nicht im Interesse der Kinder und ihrer Eltern liegen.

Bührmanns Hoffnung, über das Kinderhaus werde es nun in Nied keine ärgerlichen Worte mehr geben, dürfte ein Wunschtraum bleiben. SPD-Stadtverordneter Grohmann hat zu Bührmanns

Antrag gesagt, ihm sei unverständlich, warum die CDU im Stadtparlament und im Ortsbeirat vor Jahren mehrmals dem Projekt „Lotzstraße“ zugestimmt habe. Erst nach Protesten von Anwohnern habe sie im vorigen Sommer diese Zusage rückgängig gemacht. Man könne den Vorwurf, den Bau des Kinderhauses um Jahre verzögert zu haben, der CDU nicht ersparen.

F. L. Lokalanzeiger Ost 26.5.1978

„Damit wird eine grundsätzliche Wende eingeläutet“

Frankfurter Christdemokraten kürzen den Etat für die freien Kinder-, Jugend- und Elterninitiativen um 100 000 Mark

FRANKFURT A. M. Ohne bislang großes Aufsehen zu erregen, hat die Frankfurter CDU bei ihren Haushaltsberatungen beschlossen, den Etat für die freien Kinder-, Jugend- und Elterninitiativen um 100 000 Mark zu kürzen, was eine Mittelminderung von über zehn Prozent ausmacht. Betroffen sind nicht nur selbstverwaltete Jugendzentren und Jugendinitiativen, die sich noch um eigene Räume bemühen, sondern auch zahlreiche Eltern-Kind-Initiativen, die das Defizit an öffentlichen Kindereinrichtungen auszugleichen versuchen.

Experten von SPD und CDU, wie auch die „Arbeitsgemeinschaft freier Kinder- und Jugendinitiativen in Frankfurt“ sind sich einig, mit der 100 000-Mark-Kürzung werde in der städtischen Förderungspolitik eine grundsätzliche Wende weg von den freien Initiativen und hin zu den Verbänden eingeläutet. „1976 wurden die freien Initiativen mit derselben Summe gefördert wie in diesem Jahr, obwohl sich ihre Zahl inzwischen verdoppelt hat“, rechnet Lothar Reininger vor, ein Sprecher der Arbeitsgemeinschaft, in der über zwei Drittel der unabhängigen Kinder- und Jugendinitiativen zusammengeschlossen sind.

„Nach unserer Ansicht ist die Arbeit vieler solcher Gruppen überflüssig“, erklärt CDU-Jugendexperte Reinhold Eisenkrätzer die Haltung seiner Partei, „wenn die Verbände und die Jugendarbeit der Vereine stärker gefördert werden.“ Der CDU-Mann sieht bei den freien Initiativgruppen „sehr viel Unkontrolliertes“ und vermutet allenthalben „Kommunisten und Radikale“. Ihren Zusammenschluß als Arbeitsgemeinschaft lehnt er rigoros ab: „Für uns ist

die Arbeitsgemeinschaft kein Verhandlungspartner. Wir unterstützen eine solche Bürokratisierung nicht.“

Demgegenüber betont allerdings Reinhard Merlitz, ebenfalls ein Sprecher der Initiativgruppengemeinschaft, „das Argument der Bürokratisierung ist absurd, denn die Gelder erhalten die einzelnen Gruppen, die Arbeitsgemeinschaft erhält nur einen geringen Betrag für die eigene Tätigkeit. Sie ist kein Verwaltungsapparat, sondern dient dem gegenseitigen Kennenlernen und dem Erfahrungsaustausch“. Eine Bürokratisierung sei aber zu befürchten, wenn den freien Initiativen das Geld zugunsten der Verbände entzogen werde.

Und: „Es ist doch hinreichend bekannt, daß die Jugendarbeit der Vereine viele Jugendliche nicht anspricht“, betont Merlitz, und vor allem, wer soll die zahlreichen Eltern-Kind-Gruppen ersetzen? Dort wird nicht nur Schulaufgabenhilfe und Deutschhilfe für ausländische Kinder angeboten, sondern auch außerschulische Spiel- und Bastelprogramme.

Auf der letzten öffentlichen Sitzung des Stadtverordneten Ausschusses für Jugend und Soziales hatten dann auch über 100 Mitglieder der „Arbeitsgemeinschaft freier Kinder- und Jugendinitiativen“ die Parteienvertreter auf ihre prekäre Lage aufmerksam gemacht. Ihre wichtigsten Forderungen: Anerkennung des Prinzips der Selbstverwaltung, Erhöhung des Etats 78 um 300 000 Mark und keine Verzögerung bei der Anschaffung neuer Räume.

„Wir beurteilen die Arbeit der freien Initiativgruppen durchaus positiv“, stellt Sieghard Pawlik fest, Jugendexperte der SPD und auch ihr Landtags-

kandidat für den Wahlkreis 32, in dem viele der Gruppen arbeiten. Deshalb habe seine Partei auch 200 000 Mark mehr gefordert. „Auf ausgesprochen bürokratische Art und Weise entmündigt die CDU hier die Jugend“, kommentiert der Sozialdemokrat. Er halte die Arbeit der freien Initiativen für einen sehr wichtigen Bereich. „Und es ist doch absurd, dort, wo Jugentliche oder Eltern in Selbstverantwortung etwas aufbauen wollen, ihr Engagement abzublocken“, meint Pawlik. Anschließend verpflichte man dann Sozialarbeiter, um die Leute „mit allen möglichen Rezepten aus der Trickkiste der Sozialarbeit wieder zu motivieren“. Und warnend fügt SPD-Mann Pawlik hinzu, die von dem CDU-Fraktionsvorsitzenden Hans-Jürgen Moog angekündigte Sparkommission werde weitere „böse Überraschungen“ bringen.

Die „Arbeitsgemeinschaft der freien Kinder- und Jugendinitiativen“ ist seit Anfang 1977 aktiv, und augenblicklich finden alle vier Wochen Vollversammlungen statt, in den drei Wochen dazwi-

schen tagen abwechselnd die Initiativen ohne eigene Räume, die Jugendzentren und die Kindergruppen — wegen der unterschiedlichen Problemlagen, wie Lothar Reininger betont. Seine Adresse ist auch offizielle Kontaktadresse: Alt Erlenbach 41, 6000 Frankfurt am Main, Telefon 45 09 4 19 71.

In der Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen sind zur Zeit folgende Gruppen: Kinderzentrum Krißfelder Straße, Spielstube Bornheim, Kinderhaus am Weingarten, Jugendzentrum Sossenheim, Jugendzentrum Sachsenhausen „Kuckucksnest“, Jugendzentrum Oberrad „Die Butze“, Jugendclub Griesheim, Jugendzentrum Fechenheim, Jugendclub Nieder-Erlenbach, Kinder- und Jugendclub Unterliederbach, Jugend- und Elterninitiative Fechenheim-Nord, Initiative Kind im Nied, Initiativgruppe Niederräder Jugendhaus, Initiativgruppe Rödelheim, Nordendinitiative, Initiative Zeilsheim, Initiative Ginnheim, Spielgruppe Rödelheim und der Verein für emanzipatorische Kinder- und Freizeitgestaltung.

13 Thesen zu den
Problembereichen in der Wohnsiedlung "am Bügel"
im Hinblick auf Arbeit mit Erwachsenen und Familien

1. Der Bügel ist ein geplantes Wohngebiet mit ca. 1625 Wohnungen (100% Sozialer Wohnungsbau), davon in Trägerschaft der "Neuen Heimat Südwest" (1560 Whng.) mit ca. 6000 Bewohnern. (incl. der neuen Häuser an der Homb. Landstr.)
Fläche: ca. 210 000 qm, Bevölkerungsdichte 35 Pers/qm.
2. Arbeitsplätze stehen für die Bewohner im Gebiet selbst kaum zur Verfügung, da die ansässigen Firmen mit mitgebrachtem Stammpersonal arbeiten.
3. Daher ist das Gebiet als sog. "Schlafstadt" anzusehen. Die Bewohner erleben die Siedlung fast ausnahmslos in ihrem Freizeitbereich.
4. Es gibt weder hier noch in der näheren Umgebung ausreichende Angebote zur Freizeitgestaltung (Kulturelle Angebote fehlen ganz, ansonsten sind die Bewohner auf die ausgelasteten Einrichtungen in Bonames und Niedereschbach angewiesen.)
5. Trotz großem Bedarf fehlen Infrastruktur-Einrichtungen wie Kindergarten und Jugendhaus. Die Einrichtungen der Kirchen stellen, gemessen an den Notwendigkeiten, Notlösungen dar.
6. Das Einkaufszentrum übt als "Konsumtempel" einen Sog auf die Bewohner aus, da es die einzige alternative Einrichtung zum Wohnbereich bildet.
7. Die mehr oder weniger künstlich geschaffenen parkähnlichen Landschaften und Spielplätze regen keinesfalls zur Kreativität an. Hier aufwachsende Kinder und Jugendliche erleben eine wohlbehütete Wohn- und Konsumwelt, von der Produktionswelt der arbeitenden Eltern abgegrenzt. Es ist alles "fertig", ein Anreiz zur Veränderung ist nicht vorhanden, das emotionale Erfahren einer veränderbaren Umwelt fehlt ihnen.

8. Dies fördert bei Jugendlichen (und Erwachsenen?) Aggressionen gegen das Bestehende, die nicht zu vollziehenden Veränderungen **werden** durch antisoziales Verhalten kompensiert.

9. Für die meisten Erwachsenen ist es ein schlechtes "Image" in einer Siedlung des Sozialen Wohnungsbaus zu wohnen. Vielfach werden die in der Nachbarschaft Wohnenden als "asoziale" gemieden. So bleibt die eigene Wohnung ein Hort des Eigenlebens, den man höchstens zu Repräsentationszwecken anderen vorzeigt.

10. Das Mißtrauen richtet sich besonders gegen Randgruppen wie Aus- und Umsiedler, Arbeitsemigranten und Chilenen, die hier besonders stark repräsentiert sind. (ebenso alte Menschen)

11. Dennoch ist ein Interesse an größeren Veranstaltungen zu spüren (d.h., wenn der Einzelne in der Anonymität bleiben kann), während Gruppen nur dann besucht werden, wenn ein gemeinsames Interesse wie z.B. Kindergarten-Problem, Aussiedler oder auch Ikebana-kurse da ist.

12. Nur eine kontinuierliche aufbauende Arbeit mit Erwachsenen und Familien kann die Gemeinschaft und Solidarität untereinander in die Wege leiten und aufbauen, da sonst die Gefahr der Bildung elitärer Gruppen als Ergebnis der Arbeit, dem größten Teil der Bewohner kaum dienlich, besteht.

13. Für die konkrete Arbeit der Kirchen und anderer Institutionen bedeutet das: Die vielen Bewohnern gemeinsame Problematik müßte erkannt und in die Arbeit als Basis aufgenommen werden. Eine Zusammenführung auf Nachbarschaftlicher Ebene, sollte gefördert werden, ebenso wie die Arbeit mit den unter Punkt 10 genannten Randgruppen.

Für eine Integration der nicht oder schlecht deutsch sprechenden Bewohnern muß die Arbeit mit non-verbalen Medien gefördert werden (Film, Spiel, Theater, Kreativität u.a.) • Wichtiger als das Problem der Bezugspersonen ist das der "Bezugsräume": ein von und für bestimmte Gruppen eingerichteter Raum schafft "Atmosphäre" und erleichtert die Identifikation mit der Gruppe und fördert die Mitarbeit.

In der Siedlung „Am Bügel“ fehlt es seit Baubeginn an Lebensqualität

Heimat mit vielen Mängeln

Nichteingelöste Versprechen?

Von unserem Redaktionsmitglied
Hermann Lammert

„Am Bügel“ in Bonames fühlen sich, was die Infrastruktur betrifft, annähernd 5000 Bewohner der neuen Super-Siedlung von der Siedlungsgesellschaft „Neue Heimat Südwest“ und der Stadt im Stich gelassen. Seit vor anderthalb Jahren die ersten Mieter einzogen, ist in der Tat von großzügigen Versprechungen bislang wenig realisiert worden. Ein offenes Jugendhaus des Regionalverbandes der evangelischen Kirche besteht nur als Baracken-Provisorium. Von drei ursprünglich geplanten Kindertagesstätten wurden zwei gestrichen. Ein Kinderhaus ist über das Planungsstadium bislang nicht hinausgekommen. Kritiker des riesigen Bügel-Neubauprojektes werfen den Verantwortlichen mangelndes Sozialbewußtsein und mangelhafte Vorbereitung vor.

1 Werner Wagner, Vorsitzender des Ortsbeirates 10, meint, es sei zu viel versprochen worden, um das Projekt durchzuziehen. Wagner: „Die Stadt hat es offensichtlich versäumt, in konkreten Verträgen mit der Neuen Heimat den Umfang an sozialen Einrichtungen festzulegen.“

Zahlreiche Familien formulierten in der vergangenen Woche während einer lebhaften Versammlung einen Brief an die Siedlungsgemeinschaft, worin nachdrücklich gefordert wird, alsbald wenigstens die übriggebliebene von drei

zu nennen pflegt.

Die Empörung über die verzögerte, beschnittene oder völlig abgeschriebene Infrastruktur hoch im Norden von Bonames ist allen Mitgliedern des Ortsbeirates 10 gemeinsam — unabhängig jeglicher politischen Couleur. So bemerkte Klaus Vorbeck (SPD) sarkastisch: „Wir sind gelinkt worden.“

Der SPD-Mann bezieht sich dabei auf die Zusage der „Neuen Heimat“, im Bereich der Siedlung eine Schwimmhalle zu bauen. Indessen: dieses Projekt taucht im Stadtentwicklungsplan überhaupt nicht mehr auf. Dieter von Massow, CDU-Fraktionsvorsitzender, erinnert sich, daß bei der Vorstellung des Siedlungs-Giganten Bolzplatz, Schule und ein Sportplatz versprochen worden seien. Statt eines Bolzplatzes allerdings fanden sich bis jetzt nur „einige Spielgeräte in einem Graben“. Auch eine Kantine sei dem Rotstift zum Opfer gefallen.

Auf den Widerspruch von großzügigen Ankündigungen und bisheriger Erfüllung an Sozialleistungen Am Bügel angesprochen, verweist die Neue Heimat auf die städtische Zuständigkeit, wenn es um Infrastruktur geht. Ein Sprecher: „Wir haben die Absichten der Stadt damals auch in der Öffentlichkeit bekanntgemacht.“

Die Reduzierung von drei Kindertagesstätten auf eine begründet Planungsdezernent Dr. Hans-Erhard Haverkamp mit der zu erwartenden Abnahme der Geburtenzahlen. Aus dem gleichen Grund verzichtet die Stadt auch auf einen ursprünglich vorgesehenen Schulbau für die Siedlung. Dafür soll die August-Jaspert-Schule in Bonames ausgebaut werden.

versprochenen Kindertagesstätten zu bauen. Das Fehlen einer solchen Einrichtung gehört zu den augenblicklich schwierigsten Problemen: viele Ehefrauen können keinem Beruf nachgehen, was als schwere Störung des wirtschaftlichen und sozialen Familiengefüges empfunden wird. Die Sozialarbeiter der Kirche kennen mittlerweile weit über hundert Interessenten für eine Kindertagesstätte.

Da sich lange Zeit nichts tat im Zusammenhang mit dem Bau eines Kinderhauses für Sechs- bis Zwölfjährige, bildeten die Kirchen provisorisch gegen die ärgsten Nöte eine Projektgruppe und Jugendarbeit, die sich weitgehend

5 Aber auch die Einrichtungen, die noch nicht von der Planungsliste verschwunden sind, werden auf sich warten lassen. So kündigt der Planungsdezernent den Baubeginn der Kindertagesstätte erst für das Frühjahr kommenden Jahres an. Schuld daran, so Haverkamp, seien die Zuschuß-Querelen des Landes. Ein Kinderhaus besteht in der Planung in vagen Umrissen und sei durch Differenzen des Ortsbeirates, wie Haverkamp sagt, verzögert worden. Und schließlich fehlt, wie Ortsbeirats-Vorsitzender Wagner zu berichten weiß, immer noch die verbindliche Zusage eines Zuschusses für ein Jugendhaus, das die evangelische Kirche zu errichten gedenkt.

Was die gestrichene Schwimmhalle angeht, so habe sie auf den Plänen der Architekten gestanden, die das Einkaufszentrum („Integra“) bauten. Neue Heimat-Sprecher Volker Gilewitsch: „Die öffentlichen Mittel haben gefehlt.“ Frankfurts Baudezernent ergänzt: „Eine solche Halle steht nicht auf unserer Prioritätenliste.“ Der Ortsbeirat will nun klären, wer für die Zusage, daß die Schwimmhalle gebaut werde, verantwortlich war.

Volker Gilewitsch verweist auf Verdienste seiner Gesellschaft: bis auf vier seien inzwischen alle Spielplätze fertig; seit Mitte vorigen Jahres gibt es ein Einkaufszentrum, und auch das Ärztehaus hat sich gefüllt; der Bolzplatz werde in drei Wochen fertig; Grünanlagen und die See-Landschaft gehen ihrer Vollendung entgegen; in acht Häusern sind 13 Räume mit 1200 Quadratmetern an sogenannten „Verfügungsräumen“ vorhanden, in denen Mieter Tischtennis spielen oder Gemeinschaftspartys feiern

3 seinen Beraterstatus gegeben hat. Der Regionalverband der evangelischen Kirche hat mittlerweile mitten in der Siedlung eine Baracke aufgestellt, die demnächst festlich eröffnet werden soll.

Es gibt einen größeren Gruppenraum, zwei kleinere Räume und eine Teeküche. Was zur Zeit an sozialer Arbeit und Einrichtung für die Jugend angeboten wird, nennt ein Sozialarbeiter „soziale Ambulanz“. Der Ende vorigen Jahres ins Ärztehaus eingezogene Kinderarzt Hartmut Mörschel hat demzufolge auch in steigendem Maße Verhaltensstörungen bei Kindern und Jugendlichen in der Bügel-Siedlung festgestellt, die der Volksmund wegen des umgebenden Ben-Gurion-Ringes auch „Golanhöhen“

können. Auch stehe die Begründung der Lärmschutzmauer vor der Vollendung; und die Sorge der Siedlungsgesellschaft um Natur und Gesundheit werde deutlich durch Erhaltung und Pflanzung von Bäumen.

Frauhf.
Rundschau
3. 5. 78

Plädoyer für Kindergarten im Neubaugebiet „Am Bügel“

kal. Für den Bau einer Kindertagesstätte im Neubaugebiet „Am Bügel“ zwischen Bonames und Nieder-Eschbach hat sich der CDU-Landtagsabgeordnete Karlheinz Trageser eingesetzt. Nach Gesprächen mit Bewohnern der Siedlung, bei denen der fehlende Kindergarten einer der wichtigsten Diskussionspunkte gewesen sei, habe er an die Landesregierung eine Kleine Anfrage gerichtet, sagte Trageser. Darin weist er darauf hin, daß in dem Neubaugebiet mit rund 1600 Wohneinheiten mit nahezu fünftausend Menschen eine zentral gelegene Kindertagesstätte zwingend notwendig sei, zumal die Siedlung ohnehin eine mangelhafte Infrastruktur für Kinder und Jugendliche aufweise. Überlegungen, auf Kindergärten in angrenzenden Stadtteilen auszuweichen, hält Trageser nicht nur wegen der Überbelegung, sondern auch wegen der zum Teil unzumutbaren Entfernung für unrealistisch. *27.07.79*

Der Abgeordnete übt gleichzeitig Kritik an der Landesregierung, die noch keine Zuschüsse für das Projekt zugesagt habe, obwohl alle Planungen abgeschlossen und Termine für den Baubeginn bereits mehrmals verschoben worden seien. Trageser erkundigt sich daher nach den Gründen für die ablehnende Haltung und will wissen, wann endlich mit einer verbindlichen Zusage der Förderung durch Landesmittel gerechnet werden könne.

Kindertagesstätte „Am Bügel“ genehmigt

Hessens Sozialminister Armin Clauss hat entschieden, daß im Neubaugebiet „Am Bügel“ eine Kindertagesstätte gebaut wird. Sie wird in das Förderungsprogramm 1979 aufgenommen. Minister Clauss hat den Hessischen Landtag und die Stadt Frankfurt darüber bereits informiert. Der Neubau der Kindertagesstätte „Am Bügel“ soll 60 Kindergarten- und 40 Hortplätze erhalten. *17.7.79*

Die Entscheidung des Ministers konnte jetzt erfolgen, nachdem die Kindertagesituation im Neubaugebiet „Am Bügel“ geklärt ist. Die beiden bereits bestehenden Kindergärten in Nieder-Eschbach sind überbelegt. Die zur Zeit im Bau befindliche Kindertagesstätte „Am Bürgerzentrum“ ist lediglich ein Ersatzbau für einen demnächst zu schließenden Kindergarten. Nur ein weiterer Neubau kann deswegen die Versorgung mit Kindergarten- und Hortplätzen verbessern.

Sozialminister Armin Clauss wies darauf hin, daß gerade die Einrichtung von Hortplätzen auch ein wichtiger Beitrag zur Familienpolitik sei. Frauen, die sich für die Berufstätigkeit entschieden hätten, würden damit nicht mehr vor die unselige Alternative Beruf oder Kinder gestellt.

Inzwischen wurde bekannt, daß der Bau der Kindertagesstätte doch wieder verschoben wird!

Informationen über die Siedlung und über die dortigen Beratungsangebote gibt die "Gemeinwesenarbeit im ev. Dekanat Ffm-Nordwest" (Norbert Krause), die ein Büro im Stadtteil unterhält: Ben Gurion Ring 64 Tel. 50722228. Die Arbeitsgruppe Gemeinwesenarbeit gibt auch monatlich die sogenannte "Bügelpresse", eine Stadtteilzeitung heraus.

„Kleine Nuancierungen“ durch Öfen

Beratungen über Ausbau „Offenbacher Straße“ noch nicht abgeschlossen CDU sperrt sich gegen Zentralheizung

Neu-Isenburg (klawe) — Eine abschließende Beratung über den Ausbau des sozialen Problemgebietes Offenbacher Straße in Neu-Isenburg war geplant — ein Spektakulum wurde daraus: Die gemeinsame Sitzung des Isenbur-

ger Haupt- und Finanzausschusses und des Ausschusses für Familie, Jugend und Soziales bot einen einmaligen Einblick in die — diesmal von keiner politischen Raffinesse umwobene — Meinungswelt der Neu-Isenburger CDU.

Angefangen hatte es relativ harmlos, als die Christdemokraten den für die Modernisierung angesetzten Betrag von 1,1 Millionen Mark auf 800 000 Mark senken wollten. Paul Thielen, CDU, begründete diesen mündlichen Antrag (schriftlich hatte die CDU noch nichts vorgelegt) damit, daß nach Berechnungen der Christdemokraten 800 000 Mark für den Bau von „Einfachst-Wohnungen“ auf sozialer Basis ausreichen würden.

se Wohnungen teilweise absichtlich verkommen gelassen wurden, dann muß man im Hinblick auf die anderen Bürger in Sozialwohnungen kleine Nuancierungen setzen. Wir würden ja die anderen Bürger geradezu bestrafen, wenn wir diesen Leuten in der Offenbacher Straße gleichgute Wohnungen hinstellen würden.“

Erst nach geharnischten Protesten des Isenburger Sozialdezernenten Herbert Becker, der als Magistratsmitglied an den Beratungen teilnahm und die Summe als zu gering bezeichnete, wurde man bei der CDU deutlicher: Die geplante Zentralheizung war's, an der die Christdemokraten Anstoß nahmen.

Der Christdemokrat betonte weiterhin, er könne es sich nicht vorstellen, einem Säufer, der bereits mittags an seiner achten Flasche Bier sitze, auch noch den Luxus einer Zentralheizung zu bieten. Ölöfen in die Wohnungen zu stellen bedeute nach Ansicht der CDU keine soziale Abstufung — es gebe noch genug „normale“ Sozialwohnungen ohne Zentralheizung.

Stattdessen, so Thielen, solle man doch einfache und preisgünstige Ölöfen verwenden, für deren Beschaffung lediglich 54 000 Mark und nicht 400 000 Mark aufgebracht werden müßten.

Weiterhin wurde von Seite der Christdemokraten betont, daß bei einem zu großzügigen Ausbau ja kein Bewohner dieser Straße dann noch Lust habe, sich nach anderen Wohnungen umzusehen und sich aus dem sozialen Abstieg zu befreien. Thielen: „Wo sollen wir denn dann die Notfälle unterbringe?“

„Kleine Nuancierungen“

Spätestens zu diesem Zeitpunkt war die „abschließende Beratung“ endgültig geplatzt und die Ausschußmitglieder traten voll in eine rein inhaltliche Diskussion ein.

Vergeblich hielten sowohl Erster Stadtrat Herbert Becker als auch D-Sprecher den Christdemokraten vor, die Stadt bauer doch sowie so in alle Sozialwohnungen Zentralheizung ein — dies sei heute der Standard — und es sei doch nicht einzusehen, daß, wenn ohnehin umgebaut werden müsse, diese Wohnungen erneut unter dem sozialen Gesamtniveau gehalten werden sollen.

Dazu der CDU-Sprecher Paul Thielen: Wenn man sieht, wie die

„Diskriminierung beseitigen“

Die Äußerungen der Christdemokraten lösten bei der SPD und dem Sozialdezernenten empörte Proteste aus. Der Sozialpädagoge Professor Dr. Beck: „Wollen Sie denn die Frau und die Kinder dafür bestrafen, daß ihr Mann und Vater ein Säufer ist?“

Die Diskussionswogen schlugen hoch und vergeblich versuchten die Sozialdemokraten der christlichen Partei klarzumachen, daß dieses Problemgebiet nur dann auf die Dauer zu beseitigen sei, wenn die Wohnungen an den heute herrschenden Standard angepaßt und

damit auch nur besserstuierte Familien interessant gemacht würden.

Professor Beck: „Wir bauen die Wohnungen nicht ausschließlich nur für die jetzigen Bewohner aus, sondern auch für Familien, die später einmal dorthin ziehen sollen. Nur damit ist dieses soziale

Problem auf Dauer zu lösen.“

Noch kerniger wurde der SPD-Fraktionsvorsitzende Mathias Eichhorn, der der CDU „soziale Demontage“ vorwarf und noch einmal, wie schon Professor Beck, dafür plädierte, diese Wohngegend durch normale Standard-Modernisierung aufzuwerten und endlich mitzuhelfen, die Diskriminierung der dortigen Anwohner aufzuheben.

Die CDU ließ sich jedoch nicht von ihrer Meinung abbringen. Eine Sprecherin wies sogar noch einmal auf die Aufgaben des Sozialstaates hin: „Wir haben dafür zu sorgen, daß Notleidende menschenwürdig

untergebracht sind. Dazu gehört, daß sie hygienisch wohnen können und es warm haben.“

Ob es aber die Bewohner, die heute zum größten Teil noch nicht einmal ihr Bad heizen können, durch die Ölöfen tatsächlich warm haben werden, bezweifelt die SPD. Mathias Eichhorn: „Die CDU hat 108 Öfen vorgesehen. Das bedeutet, das nicht in alle Zimmer Öfen gestellt werden können. Ein Ofen kann aber je nach Standort bestenfalls ein oder zwei Zimmer beheizen.“

Ein Trostpflaster hatte die CDU dennoch parat: Sie will die Laubengänge verglast lassen — als Wärmeschutz versteht sich.

Die Beratung wurde vertagt.

Offenbach Post
v. 27.4.78

Zur Arbeit der Projektgruppe Offenbacherstraße Neu-Isenburg
Die Projektgruppe betreibt neben der Bewohnerarbeit eine Spielstube in einer Wohneinheit der Offenbacherstraße. (kommunale Trägerschaft)

Ffm. Rundschau vom 27/4/78

Ölofen oder Zentralheizung

Renovierung von Einfachwohnungen führt zu Debatten

NEU-ISENBURG. Die Einfachwohnungen in der Offenbacher Straße — von Annelore Jungmann (CDU) mit „Obdachlosenasyll“ bezeichnet — sollen von Grund auf renoviert werden und dafür schlägt der Magistrat die Ausgabe von 1,1 Millionen Mark vor. Die CDU will 270 000 Mark weniger ausgeben, weil es ihrer Ansicht nach ausreicht, die Wohnungen mit „modernen Ölofen auszustatten“, während die SPD Zentralheizungen einbauen will. An dieser Frage entzündete sich eine Diskussion zweier Ausschüsse am Dienstagabend im Stadtverordnetensitzungssaal.

Für die SPD ist der „einfache Ofen“ ein Beweis für die „von der CDU gewollten sozialen Demontage“, während es der CDU um die Notwendigkeit geht, sich der angespannten finanziellen Lage der Stadt anzupassen.

Der bisherige SPD-Fraktionsvorsitzende Eberhard Beck — neuer Mann an der Fraktionsspitze — ist jetzt wieder Mathias Eichhorn — stellte zunächst fest, „daß das doch schon alles im Sozialausschuß durchgesprochen wurde“. Man sei sich doch mit der CDU darüber einig gewesen, „die Sozialecke in der Offenbacher Straße abzuschaffen, denn in einer „Ansammlung sozialer Fälle in einem Gebäude würde der soziale Abstieg nur beschleunigt“. Darüber habe man schon vor zwei Jahren Einigung erzielt, deshalb sei nicht zu verstehen, daß die CDU jetzt plötzlich mit der Ablehnung der Zentralheizung „so eine Art Strafe für Bewohner“ ausspricht, etwa im Sinne, daß der Bewohner als Sozialfall „die Zentralheizung nicht verdient hat“.

Für den Sparwillen der CDU setzt sich Paul Thielen ein, der kein Verständnis dafür hatte, daß die SPD das Heizungsproblem „zu einer Sozialfrage hochstilisiert. Schließlich gibt es in der Ludwig- und in der Waldstraße sehr viele Wohnungen mit Ofenheizungen und da spricht niemand von sozialer Schlechterstellung“.

Als Beweis dafür, daß auch die CDU sich für bessere Wohnverhältnisse einsetzt, führte Thielen die Forderung an, die offenen Laufgänge durch Glaswände

zu schützen und dafür 30 000 Mark auszugeben.

Der Kompromißvorschlag, mit dem die hitzige Debatte einstimmig beendet wurde, kam von Mathias Eichhorn. Der Magistrat soll jetzt feststellen, welche Auswirkungen der Einbau von Ofenheizungen hat, ob er technisch überhaupt möglich ist, wie die „Naßzellen“ (Waschräume) beheizt werden und ob nachteilige Folgen für die Bewohner entstehen. Herbert Becker versprach die Prüfung in Kürze durchzuführen, ve

Fahrer wollte wenden: Ein Schwerverletzter

NEU-ISENBURG. Einen Schwerverletzten und einen Schaden von rund 14 000 Mark forderte ein Verkehrsunfall am Dienstagmorgen auf der Straße zwischen Zeppelinheim und Dreieich.

Wie die Polizei berichtet, wollte ein Lastwagenfahrer seinen „Brummi“ auf der Landstraße wenden, um dann auf die Autobahn zu kommen. Dabei kam es aber mit einem Auto zum Zusammen-

Der Hausmüll wird in Götzenhain wegen des Himmelfahrtstages erst am 5. Mai abgefahren.

Gesucht wird ein anonym

Ermittlungen wegen Flucht nach tödlichem Unfall ko

NEU-ISENBURG/GÖTZENHAIN.

In der Nacht zum Buß- und Betttag 1977 wurde der 35jährige Speditionskaufmann Claus Peter Lieskowsky aus Götzenhains Opfer eines Verkehrsunfalls. Gegen zwei Uhr morgens erfaßte ihn beim Überqueren der Bleiswijkerstraße in Götzenhain ein Kleinbus und schleuderte ihn in den Straßengraben, wo er am frühen Morgen von Passanten tot aufgefunden wurde. Im Polizeibericht hieß es kurz: Der Fahrer beging Fahrerflucht, der Tote hinterläßt Frau und eine zweijährige Tochter.

Hinter dem Leid und den materiellen Sorgen, die in der jungen Familie entstanden sind, verbirgt sich ein anderes, nicht weniger dramatisches Schicksal, das des Fahrers.

Er hat, von einer Feier heimkehrend und vermutlich in angetrunkenem Zustand, den mit einem dunklen Mantel bekleideten Claus Peter Lieskowsky nicht rechtzeitig gesehen. Die plötzliche Erkenntnis, einen Menschen getötet zu haben, muß ihn in Panik versetzt haben, daher die Flucht und, was die Sache noch schlimmer macht, kein inneres Verlangen, einen schwerwiegenden Fehler wiedergutzumachen. Er und seine Mitwisser müssen mit der Belastung leben, einen Menschen getötet und einer Familie großes Leid zugefügt zu haben.

Zur Zeit muß er außerdem noch in der ständigen Furcht leben, vom Staatsanwalt überführt und somit möglicherweise auf Lebenszeit seinen Führerschein zu verlieren und zu einer mehrmonatigen Gefängnisstrafe verurteilt zu werden. Die Spuren der Ermittlungsbehörde führen nach Neu-Isenburg, weil das bereits nach zwei Tagen sichergestellte mutmaßliche Unglücksauto einem Neu-Isenburger Bürger gehört, der den Wagen aber wahrscheinlich nicht selbst gefahren hat.

Inzwischen brodelt es kräftig in der Gerüchteküche. Ein Sportreporter will in einem Gespräch mit, U fallbeteiligten erfahren haben, wer am Steuer des Busses gesessen hat und soll dies auch zu Protokoll gegeben haben. Weiterhin ist von einem anonymen Zeugen die Rede, der die Aussage des Reporters bestätigt haben soll. Die in beiden Aussagen erwähnte Person soll, wie Bekannte erzählen, seit einiger Zeit keinen Führerschein mehr haben.

Ein Dreieichenhainer Stadtverordneter, an den sich Rosemarie Lieskowsky hilfesuchend gewandt hat, stößt bei Beteiligten, Staatsanwalt und Rechtsanwalt auf eine „Wand des Schweigens“, denn über ein „schwebendes Verfahren“ darf bekanntlich nichts erzählt werden.

Kleine Lokal-Rundschau

Das DGB-Ortskartell Neu-Isenburg veranstaltet am 1. Mai eine Kundgebung in der Hugenottenhalle.

An der Heizung schieden sich die Geister

Sind moderne Ofenheizungen „sozial diskriminierend“?

Ende April 78

Frankf. Rundschau

Neu-Isenburg. Da hätte sich in den Haushaltsberatungen des Haupt- und Finanzausschusses, die bisher betont sachlich und fair abgewickelt wurden, beinahe doch noch Konfliktstoff eingeschlichen. Und zwar bei einem Punkt, den niemand vorher als „konfliktträchtig“ angesehen hatte. Als der Haupt- und Finanzausschuß zusammen mit dem Ausschuß für Familie, Jugend und Soziales am Dienstagabend sein „o.K.“ zum vom Magistrat vorgeschlagenen Ausbauprogramm für die städtischen Schlicht-Wohnungen in der Offenbacher Straße 187 bis 109 a erteilen sollte, da entzündeten sich die Emotionen an der Frage der Heizung.

Nicht an grundsätzlichen Punkten, nicht an der Notwendigkeit dieser Ausbaumaßnahmen, sondern im Endeffekt an der Frage, ob eine moderne Ofenheizung eine Diskriminierung der Bewohner in diesem Teil der Stadt darstelle und sie zumindest wohnungsmäßig nur mit einer Zentralheizung an das Wohnniveau der übrigen Isenburger Bevölkerung herangeführt werden könnten.

Die CDU-Fraktion hatte nämlich Einsparungsmöglichkeiten von insgesamt rund 350 000 Mark darin erkannt, daß man die für etwa 400 000 Mark vom Magistrat vorgeschlagene Zentralheizung auch durch eine moderne Ofenheizung ersetzen könne.

Dies brachte die SPD-Ausschußmitglieder in Harnisch, und die Stadtverordnete Monika Stockenberg meinte, die Bewohner in der Offenbacher Straße hätten ein Recht darauf, den gleichen Wohnstandard geboten zu bekommen wie die übrigen Isenburger, die eine Sozialbauwohnung bewohnen. Und diese hätten in den letzten Jahren ihre Ofenheizungen ausnahmslos durch moderne Zentralheizungen ersetzt bekommen.

CDU-Stadtverordneter Paul Thielen verkündete die Meinung „seiner“ Fraktion, zwischen den Bewohnern der städtischen Einfachwohnungen und normaler Sozialbauwohnungen könne durchaus noch eine gewisse Qualitätsnuanzierung vorgenommen werden, machte darauf aufmerksam, daß einige der Wohnungen bewußt vergammeln würden.

SPD-Stadtverordneter Eberhard Beck hingegen betonte, daß die Wohngegend Offenbacher Straße durch das Umbauprogramm baulich so aufgewertet werden solle, daß im Prinzip jeder Bürger hierherziehen würde. Nur so könne die soziale Diskriminierung, mit der diese

Gebiet seit Jahren fertigzuwerden habe, Schritt für Schritt abgebaut werden.

Paul Thielen von der CDU bejahte zwar den Standard des sozialen Wohnungsbaus, allerdings für die Offenbacher Straße „eine Stufe tiefer“, um so auch an das Selbstverantwortungsbewußtsein der Bewohner zu appellieren. Er führte unschöne Beispiele von „einem Säufer, der nachmittags schon die achte Flasche Bier getrunken hat und lallend die Tür aufmacht“ zur Begründung an,

ger Zeit in der letzten Legislaturperiode gefaßten Beschlüssen vor.

Die CDU indes blieb auf ihrem Standpunkt, meinte, die Frage der Heizung sei wohl nicht ausschlaggebend für die Integration der Bewohner in der Offenbacher Straße in die Gesellschaft (Luise Bayer), und Erster Stadtrat Herbert Becker schließlich versprach, der Magistrat werde prüfen, ob der CDU-Vorschlag, moderne Öfen statt einer Zentralheizung zu installieren und damit fast 350 000 Mark einzusparen, angesichts der baulichen Gegebenheiten (nur ein Kamin pro Wohnung) durchzuführen sei. In Kürze bereits will der Magistrat dem Ausschuß entsprechende Vorschläge unterbreiten.

Einig allerdings waren sich alle Ausschußmitglieder, daß mit dem Umbauprogramm in der Offenbacher Straße noch im Laufe dieses Jahres begonnen werden soll. -dis-

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
bringt vom 2. Mai an:
Die Nixon-Memoiren
Exklusiv für Deutschland

wurde allerdings vom Ersten Stadtrat Herbert Becker gekontert, der fragte: „Was machen Sie denn, wenn die Frau und die drei Kinder dieses Säufers ohne einen Pfennig Geld kalt in der Wohnung sitzen müssen?“ Der Erste Stadtrat ersparte der CDU den Vorwurf nicht, sie wolle diese Leute bestrafen und ihnen deutlich machen, daß sie einen besseren Wohnstandard einfach nicht verdient hätten.

Der neue SPD-Fraktionsvorsitzende Mathias Mohrhorst warf den Christdemokraten in diese Zusammenhang „soziale Diskriminierung“ vor. Heute ist bei

-95-

Offenbach - Eschig

An die
Stadtverordnetenversammlung
der Stadt
OFFENBACH / M.

Am 23. August 77 hat bei uns im Eschig eine Bewohnerversammlung stattgefunden. Im Beisein der Herren Stadtverordneten Kretschmann (SPD) F. Walther (FDP) und anderen, wurde über die allseits bekannten miserablen Verhältnisse und die darausfolgenden Benachteiligungen (siehe auch 'Offenbach Post' 11.8., 18.8.; 'Frankfurter Rundschau' 11.8.) diskutiert und beraten. In Übereinstimmung mit den anwesenden Stadtverordneten oder anderen "sozialen Pflästerchen" vollkommen fehl am Platze sind. Vor allem wenn man bedenkt, daß 71 Kindern zwischen 0 und 6 Jahren und um die 200 Kindern im schulpflichtigen Alter weder ein Kindergarten, Hort noch Hausaufgabenhilfe zur Verfügung stehen. Einen Versammlungsraum als sozialen Treffpunkt sowohl für die Jugend als auch für die Erwachsenen weit und breit zu suchen, aber nicht zu finden ist. Für die älteren Mitbürger bleibt die beengte Wohnung für den Lebensabend übrig.

Deshalb fordern wir die Stadtverordnetenversammlung auf, bei den Beratungen des Nachtragshaushaltes die Bereitstellung der finanziellen Mittel zum Bau und Durchführung des Kommunikationszentrums zu beschließen.

UNSERE FORDERUNGEN SIND :

- I. Sofortiger Baubeginn eines Kommunikationszentrums an der Hanglage des Eschigs, spätestens zum 1. Okt. 1977. Damit dieses Gebäude unseren Vorstellungen entspricht bestehen wir auf einem Mitspracherecht bei der Erstellung eines Bauplanes und der Durchführung.
- II. Dieses Gebäude muß bestehen aus :
 - Kindergarten mit Hort (einschließlich sanitärer Einrichtungen)
 - Räumlichkeiten zur Freizeitgestaltung Musik-, Bastelräume etc.)
 - einen großen abtrennbaren Mehrzweckversammlungsraum (für Versammlungen, Familienfeiern, Vereine etc.)
 - Räumlichkeiten für einen Altentreff
 - Teeküche kombiniert mit Büfett
 - Duschen
 - einen gemeinschaftlichen Arbeitsraum für Sozialarbeiter und Wohnerrat
 - kleine Bücherei
 - Kegelbahn im Keller
- III. Das Kommunikationszentrum steht unter Selbstverwaltung der Bewohner. Über Einstellungen bzw. Entlassungen der Fachkräfte entscheidet der demokratisch gewählte Wohnerrat. Die Fachkräfte sind diesem gegenüber rechenschaftspflichtig, sodaß über die Köpfe der Bewohner nichts entschieden werden kann.

Im Offenbacher Eschig schlug Volkszorn hoch

-98-

Bürgerinitiative der Offenbacher Eschig-Bewohner will sich kommenden Dienstag konstituieren — Heftige Vorwürfe wegen sozialer Mißstände gegen Stadt

Die Zeichen im Offenbacher Eschig standen auf Sturm. Hoch schlugen die Wogen der Erregung als am Dienstagabend zum erstenmal eine Bürgerversammlung in dem Offenbacher Randgebiet an der Mühlheimer Straße abgehalten wurde. Die Eschig-Bewohner fühlen sich von der Stadt vergessen und mit ihren Sorgen und Problemen allein gelassen. So habe die Stadt die einzige Spiel- und Lernstube — eingerichtet in einer Dreizimmerwohnung — geschlossen und den einzigen zuständigen Sozialarbeiter „abgezogen“. Auch habe man sich seitens der Stadt noch nie ernsthaft über mögliche Sozialeinrichtungen Gedanken gemacht. Das ist der Tenor der massiven Vorwürfe. Dementsprechend groß ist auch die Liste der Forderungen, die von den Anwohnern des Eschig-Gebietes (mit flankierender Unterstützung der „Arbeitsgemeinschaft für soziale Brennpunkte“ unter der Leitung des 2. Vorsitzenden Friedrich Wenzel) aufgestellt wurde.

In Ermangelung einer geeigneten Versammlungsstätte hatte die Bewohnerinitiative, die sich am nächsten Dienstag offiziell konstituieren und einen Vorstand wählen will, ihre erste Versammlung unter freiem Himmel abgehalten. Gleich die Versammlung auch auf den ersten Blick einer brodelnden Volksmenge, so kristallisierten sich doch nach einiger Zeit verschiedene Sprecher und Sprecherinnen heraus, die mit Engagement und Leidenschaft auf die ihrer Ansicht nach unzumutbaren Zustände hinwiesen.

Erbitterte Vorwürfe

Die Hauptvorwürfe der Bewohnerinitiative richteten sich gegen die Stadt Offenbach, die ihrer Ansicht nach noch nie einen Versuch gemacht habe, die sozialen Mißstände im Eschig-Gebiet zu beseitigen. Dies habe schon kleinere Sachen, wie zum Beispiel der Sandkasten, dessen Sand nur alle vier Jahre erneuert würde und dessen Räumreinigung lediglich nur noch aus Eleonorträgern, an denen sich die Kinder verletzen könnten, bestehe. Der einzige Spielplatz für die zahlreichen Kinder bestehe lediglich aus lieblosen Stangengeräten, mit denen kleinere Kinder nichts anfangen könnten.

Auch kümmere sich die Stadt nicht um eine Unterbringung und Betreuung der Kinder tagsüber, so daß für Frauen mit kinderreichen Familien keine Möglichkeit bestehe, sich wenigstens einmal am Tag zu entspannen und ihre Kinder in sicherer Obhut zu wissen.

In diesem Zusammenhang wurde von Sprechern der Bürgerversammlung auch das im Eschig herrschende Schulproblem angesprochen. Die Quote der Sonder-

schüler unter den schulpflichtigen Kindern im Eschig läge bei 50 Prozent, woran einerseits die herrschenden sozialen Verhältnisse im allgemeinen — zu enger Wohnraum für kinderreiche Familien, keine Zeit der Eltern für Beaufsichtigung der Hausaufgaben, u. ä. —, andererseits auch die mangelnde Aktivität der Stadt hinsichtlich der Einrichtung einer Betreuungsstelle mit Hausaufgabenbeaufsichtigung und Nachhilfestunden schuld wären.

rat betonte, daß diesbezügliche Schritte von ihm schon unternommen worden seien. So habe er vor kurzem dem Magistrat einen Bericht vorgelegt, der die Bildung einer Arbeitsgruppe anregt, in der Vertreter des Jugendamtes, des Sozialamtes, der Familienfürsorge, des Bauamtes und des Amtes für Wohnungswesen, die sozialen Zustände untersuchen und sich Gedanken über eine entsprechende Abhilfe machen sollen.

Vorschub für Jugendkriminalität

Ein weiterer Punkt, um den sich die Stadt auch nie gekümmert habe, sei die Jugendkriminalität im Eschig. Durch die Entfernung des Eschig-Gebietes zum Offenbacher Stadtkern und die schlechten Busverbindungen hätten die Jugendlichen in ihrer Freizeit keine Gelegenheit etwas zu unternehmen, sie würden sich langweilen und man brauche sich nicht zu wundern, so die Sprecherin, wenn „die Kerle“ auf dumme Gedanken kämen und Automaten „knacken“ gehen oder sonstige krumme Sachen machen würden.

Besonders erbittert zeigten sich die Eschig-Bewohner darüber, daß ihnen die Benutzung zweier Kellerräume, die von dem Einwohnern in Eigenleistung als Kommunikationszentrum eingerichtet worden waren, verboten worden sei — aus haushälterischen Gründen, wie es geblieben habe.

Langer Forderungskatalog

Zur Veranschaulichung der sozialen Mißstände stellten die Anwohner des Offenbacher Randgebietes einen langen Forderungskatalog auf, der aufgrund seines Umfangs wohl kaum in all zu kurzer Zeit von der Stadt verwirklicht werden kann.

So fordern die Eschig-Bewohner die Einrichtung einer kompletten Sozialstation nach dem Muster der Sozialeinrichtungen im Offenbacher Lohwaldgebiet. Diese Sozialstation müsse nach Ansicht der Bewohner einen Kindergarten, eine Kindertagesstätte und eine Betreuungsstelle in schulischer Hinsicht umfassen, weiterhin müsse eine Altenbetreuung und ein Kommunikationszentrum für Jugendliche angegliedert sein.

Auch solle die Stadt Alten- und Familienfreizeiten durchführen. Ein weiterer Punkt im Forderungskatalog ist die Errichtung eines besseren Spielplatzes für die zahlreichen Kinder des Gebietes. Auch solle endlich eine Pro-Familia-Beratungsstelle im Eschig eingerichtet werden.

Vorwürfe zurückgewiesen

Wie der Sozialdezernent der Stadt Offenbach, Stadtrat Wolfgang Reuter, hinsichtlich des Forderungskataloges der Eschig-Anwohner in einer Stellungnahme mitteilte, sei eine Verwirklichung der Forderungen aufgrund der beschränkten Mittel der Stadt in absehbarer Zeit nicht möglich. Es sei vielmehr die Frage zu stellen, in wie weit man mit den vorhandenen Mitteln eine vernünftige Betreuung der Kinder, und auf die komme es ja hauptsächlich an, erreichen könne.

Reuter wies darauf hin, daß im Gegensatz zum Lohwaldgebiet, sich der Eschig erst seit einigen Jahren zum sozialen Problemgebiet entwickelt habe und man folglich jetzt erst daran gehen könne, Überlegungen zur Beseitigung der Mißstände anzustellen. Der Stadt-

Sozialdezernent betonte, daß man nicht daran denke, diese einzige Sozialstation im Eschig zu opfern. Vielmehr seien im Haushaltsplan 77 bereits die Mittel für eine Renovierung der Räume bereitgestellt und bereits in Höhe von 100000 Mark an die Handwerker an die Arbeit gehen.

Wolfgang Reuter wies weiterhin die Vorwürfe zurück, man habe den Anwohnern verboten, ihre selbsteingerichteten Keller zu benutzen. Dies dürften sie weiterhin. Ganz im Gegenteil begrüße er es sogar, wenn von den Bewohnern des Gebietes Eigeninitiative und Eigenleistungen aufgebracht werden würden. Er sei jederzeit bereit, dies voll und ganz zu unterstützen.

keinen Schritten an die im Eschig herrschenden Probleme herangehen. Der Stadtrat stellte weiterhin die Einstellung einer weiteren nebenberuflichen Honorarkraft für die Betreuung der Jugendlichen in Aussicht. Reuter bedauerte, daß eine Projektgruppe, ähnlich die des Lohwaldgebietes wegen des Stellenplanbeschlusses nicht ins Leben gerufen werden könne. Zwar sei er von der Notwendigkeit einer Sozialstation überzeugt, man müsse aber zwan- gswise jedoch erst mal

Offenbach Post
v. 11. 8. 78

FR A. P. 7 7. Okt. der Woche

„Unsere Kinder werden ständig diskriminiert“

Soziale Probleme im Eschig schnell lösen

OFFENBACH. 100 kinderreiche Haushalte mit weit über 400 Kindern leben im Eschig. Am Donnerstagabend war „Bürgerversammlung“ mit rund 30 Erwachsenen unter freiem Himmel, denn Kommunikationsräume in der kleinen Parallelstraße zur Mühlheimer Straße gibt es dort nicht. Eindruck von dieser Bürgerversammlung: Inzwischen sind die sozialen Probleme im Eschig viel größer, explosiver als im anderen sozialen Brennpunkt Offenbachs, im Lohwald. Seit dort eine sogenannte Projektgruppe von Sozialarbeitern arbeitet, seit die alten behelfsmäßigen Unterkünfte durch moderne Sozialwohnungen ersetzt und mit entsprechenden Infrastrukturmaßnahmen ergänzt wurden, geht es dort aufwärts.

Die Betroffenen im Eschig forderten auf dieser Bürgerversammlung ebenfalls ein Sozial- und Kommunikationszentrum, eine Projektgruppe. Zur Zeit kümmert sich nämlich niemand um den Eschig, und deshalb auch die Bürgerversammlung. Die Spiel- und Schulstube — in einer Dreizimmerwohnung untergebracht — ist geschlossen, nachdem Sozialarbeiterpraktikanten ihre Zeit beendeten und in Streit mit der Stadt gerieten. Die Spiel- und Schulstube wurde dann von Kindern demoliert. Die Eltern wollen sie wieder eröffnet wissen. Sozialdezernent Wolfgang Reuter: „Mir fällt es schwer zu verstehen, daß die Eltern der Zerstörungswut der Kinder keinen Einhalt geboten haben.“

Zur Zeit kümmert sich auch kein Sozialarbeiter oder Familienfürsorger gezielt und ausschließlich um den

Eschig. Eine neue Kraft fühlte sich nach kurzer Zeit der Arbeit nicht gewachsen, sie gab auf. Zur Zeit sind also rund 100 kinderreiche Familien sich selbst überlassen.

Fachleute und auch Sozialdezernent Wolfgang Reuter meinen, daß die schwere Arbeit dort nicht von Praktikanten, von jungen, noch nicht erfahrenen Sozialarbeitern gemacht werden könne. Eine langfristige, kontinuierliche Arbeit mit ein, besser zwei hauptamtlichen erfahrenen Kräften über mindestens vier bis fünf Jahren sei erforderlich. Problem: gerade solche qualifizierten Kräfte finden sich kaum, auf dem Arbeitsmarkt. Ein weiteres Problem für Wolfgang Reuter: die neue CDU/FDP-Mehrheit im Offenbacher Stadtparlament würde wohl kaum weitere Stellen genehmigen, wolle eher noch Stellen streichen.

„Du kommst doch aus dem Eschig ...“

Klagen der Eschig-Bewohner, deren einziger Reichtum der Kinderreichtum ist: „Unsere Kinder werden diskriminiert.“ So soll in der Schule eine Lehrkraft zu einem Kind, das sich meldete, gesagt haben: „Wieso weißt du das, du kommst doch aus dem Eschig, da kannst du das doch gar nicht wissen.“ Oder: „Als unlängst die Schule eine Elternspende verlangte, die Eltern ihren Kin-

von zusätzlichen Wäscheleinen nicht erlaube. Karl-Heinz Kellermann: „Kein Problem, die Leute sollen sich mit uns in Verbindung setzen.“ So könne man ja auch über die gemeinsame Gestaltung und über den gemeinsamen Bau eines Kinderspielplatzes miteinander reden.

Weitere Forderungen der Bürgerversammlung: Eine Beratungsstelle der „pro familia“ müßte her. Auf die Frage, warum man sich denn nicht selbst an eine Organisation wende, selbst aktiv zu

den Eltern das Frühlingsgeld nahm einem Kind das Frühlingsgeld weg und nahm es für die Elternspende. Skandalöse Vorwürfe. Die FR kann sie nicht auf ihre Richtigkeit überprüfen. Das selbst, wenn sie falsch sind, zeigt doch die Tatsache, daß sie in dieser Form erhoben werden, viel über die verzweifelte Stimmung, gekennzeichnet von Mißtrauen, über das, was von Schule und Behörde kommt, im Eschig auf.

Jemandwo sei die Jugendarbeitslosigkeit so hoch wie im Eschig, behaupten die Eltern. Bewerbe sich jemand um eine Lehrstelle und er sage, er komme aus dem Eschig, werde er abgewiesen. Ein weiterer Vorwurf: Ohne die Kinder richtig zu prüfen, würden sie automatisch, weil sie aus dem Eschig kommen, in die Sonderschule eingeschult. Einige Eltern hätten gekämpft und ihre Kinder in die Grund- und Hauptschule gebracht.

Die Eschig-Bewohner wollen jetzt selbst aktiv werden. Jugendliche bauten sich zwei Kellerräume auf eigene Kosten und mit viel Engagement aus. Die Gemeinnützige Baugesellschaft, eng mit der Stadt verbunden, verbot die Benutzung, weil baurechtliche Bestimmungen nicht erfüllt sind. Die Eschig-Bewohner sind empört, zumal die beiden jeweils knapp 20 Quadratmeter großen Räume ihrer Meinung nach kaum gefährlich werden können. Karl-Heinz Kellermann, stellvertretender Geschäftsführer bei der Gemeinnützigen, sagt: „Wir haben den Bewohnern selbst Räume zum Unterstellen angeboten, und wir haben uns auch über die Eigeninitiative sehr gefreut, aber wir sind halt nach der Hessischen Bauverordnung verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß die Räume nicht den Bestimmungen entsprechen und eigentlich nicht benutzt werden dürfen, aber wir gehen jetzt da mit geschlossenen Augen vorbei.“

Die Anwohner hatten auch geklagt, daß die Baugesellschaft das Anbringen

den Ersatzstellen einzuweisen, kam die bezeichnende Antwort, wie dringend notwendig allgemeine Lebensberatung ist: „Wir wissen ja gar nicht, wo wir uns dahin wenden können. Beim Sozialamt ist es immer so voll, da wird man immer so schnell abgefertigt. Und wer paßt auf die Kinder auf, wenn wir eine Besorgung machen müssen?“

Im Eschig fehlten auch Einkaufsmöglichkeiten, nicht jeder sei motorisiert, um in einen preiswerten Supermarkt fahren zu können. Auch abends in die Stadt zu fahren, in die Jugendzentren, sei problematisch, weil die Busverbindungen sehr ungünstig seien. Geklagt wird schließlich noch darüber, daß der Unterricht in der Friedrich-Ebert-Schule öfters ausfalle, vor allem, daß es für die Einführungsklassen und für die ersten und zweiten Schuljahre nicht regelmäßig Ganztagsunterricht gäbe.

Sozialdezernent Reuter, von der FR mit den Klagen der Eschig-Bewohner konfrontiert, will ihnen nachgehen. Die Errichtung einer Sozialstation mit Kommunikationsräumen hält er jedoch in den nächsten Jahren für nicht möglich. Eine vor Jahren angenommene Planung mußte wegen der leeren Kassen der Stadt zurückgestellt werden, die neue Mehrheit im Stadtparlament dürfe kaum Geld zur Verfügung stellen.

Eine andere Möglichkeit aber, von der FR vorgeschlagen, will Reuter prüfen: In der Friedrich-Ebert-Schule gibt es nun mehr Klassenraum wie Schüler, und deshalb könnte doch der Schulraum verstärkt zu Kommunikationszwecken benutzt werden. Reuter: „Im Eschig muß etwas passieren.“

Eindruck von der Bürgerversammlung auch: Auch die Bewohner meinen, daß etwas passieren müßte. Und dabei, so versicherten sie, wollen sie selber mithelfen. „Wir sind hier genug, wir haben auch genug arbeitslose Jugendliche. Wir wollen jetzt selbst aktiv werden, nur ganz allein helfen können wir uns nicht.“ lz

109

Offenbach Post
14.03.77

Eschig soll nicht noch mehr sozialer Brennpunkt werden

Gerade dort könnte sich der Magistrat seine Orden verdienen
FDP-Antrag: Vor allem der Jugend muß geholfen werden

Die Offenbacher FDP-Stadtverordnetenfraktion ist der Auffassung, daß etwas geschehen muß, damit das Wohnquartier im Eschig nördlich der Mühlheimer Straße „in Teilen nicht noch mehr zum sozialen Brennpunkt“ wird. Mit diesem Ziel im Auge hat sie einen Antrag ans

Kommunalparlament adressiert. Zunächst, meint sie darin, müsse die Frage geklärt werden, welche strukturellen Funktionen dort zum Zug kommen sollten, und in welcher Rangfolge. Diese Zielvorstellung müsse die Stadtverordnetenversammlung definieren.

Danach sei zu entscheiden, in welcher Weise diese Funktionen geordnet und gestaltet werden sollten. Städtebaulich in Ordnung sei das Viertel erst dann, wenn Struktur und Funktion – wenigstens der Tendenz nach – räumlich in Eintracht gebracht seien.

Niemand denke so utopisch, anzunehmen, daß das zum sozialen Brennpunkt gewordene Gebiet in ein umfassendes Gleichgewicht zu bringen sei. Dafür seien das System zu komplex und die Variablen zu zahlreich. So müsse man anfangs mit schrittweisem Vorgehen zufrieden sein, mit partiellen Zielvorstellungen und Teilentscheidungen, so sehr darüber hinaus eine große Konzeption nötig und anzustreben sei.

„Zur scharfen sozialen Abstempelung der Wohngegend – bei der Arbeitssuche schon zum negativen Statussymbol geworden – trägt

bei, daß hinsichtlich der baulichen Struktur und des durchschnittlichen Gebäudealters und auch hinsichtlich der sozialen Schichtung alles zu homogen ist.“

Was schon im Lauterborngebiet ein schlechtes Stück gewesen sei – nämlich die kulturellen und sozialen Flächen erst zusammenzusuchen, wenn die Blöcke stehen – habe im Eschig seine ebenfalls mißlungene Hauptprobe gehabt. Verhängnisvoll sei dort, daß sich die Bewohner zwangsläufig auch noch dauerhaft darauf festlegten, als sozialer Brennpunkt zu gelten, und sich in eine gewisse Hoffnungslosigkeit abkapselten.

Sich kurzfristig den Symptomen zuwenden

Vor allem der Jugend im Eschig muß nach Meinung der Offenbacher Liberalen geholfen werden. Die Schulkinder, von denen zwei

Drittel in die Sonderschule gingen, bräuchten eine ständige Hausaufgabenhilfe in der Nachbarschaft, sonst blieben dort alle pädagogischen Versuche erfolglos, und die Jugendarbeitslosigkeit in Offenbach verfestigte sich.

Weil im jetzigen Stadium eine „Entmischung größeren Stils“ – so zwingend nötig sie auch wäre – nicht mehr geplant werden könne, eventuell Distanzverhalten sogar noch einige künstliche Schranken im Nahbereich aufrichten würde, helfe hier nur noch, sich kurzfristig den Symptomen zuzuwenden. Dabei müsse der Betreuungsservice einer Großstadt unmittelbar vor Ort eingesetzt werden.

Die zarte Pflanze der Eigeninitiative, die in letzter Zeit zu sprießen begonnen habe, sei dabei besonders zu hegen.

Gerade im Eschig könnte sich der Magistrat seine Orden verdienen, sagen die Freien Demokraten.

In diesem Sinne haben sie einen Stadtverordnetenbeschluß mit diesem Wortlaut beantragt:

Der Magistrat möge prüfen, berichten und belegen, ob für den Eschig kurzfristig und wahlweise folgender Service, sei's von der Stadt, sei's durch die Unterstützung freier Initiativen, ermöglicht werden kann:

1. Treffpunkt für die Bewohner,
2. Einrichtung eines Jugendraumes,
3. Einrichtung eines Musikklubs für Jugendliche,
4. Einrichtung einer Sozialstation,
5. gleichsam als Nachmittagsdependance der Brüder-Grimm-Sonderschule eine Aufgabenhilfe in der Friedrich-Ebert-Schule, und
6. Entwicklung eines ausgewogenen Konzeptes für die Betreuung, in diesem sozialen Brennpunkt, das vor allem die Eigeninitiative der Bewohner anspricht und einwebt.

rob

„Im Eschig“ soll es aufwärts gehen

Vorschläge des Offenbacher Magistrats zur Strukturverbesserung eines „Problemgebietes“

Der Magistrat hat dieser Tage im Auftrag der Stadtverordnetenversammlung (Beschluss vom 20. Oktober) ein umfängliches Gutachten über die derzeitige Situation im Eschig verfaßt und das Werk mit einer „Konzeption und Vorschlägen für die zukünftige Arbeit in der Wohnsiedlung“ angereichert, die einer nachhaltigen Strukturverbesserung dienen sollen. „Ziel der weiteren Maßnahmen in den Wohnbezirk muß es sein, durch verstärkten Einsatz in der Kinder-, Jugend- und Erwachsenenarbeit eine positive soziale Entwicklung einzuleiten und zu sichern“, heißt es in der Studie.

Die Situation

Im Eschig gibt es insgesamt 342 Wohnungen beziehungsweise Haushalte mit 80 Kindern unter sechs Jahren und 130 Kindern und

Daß das Offenbacher Wohngebiet „Im Eschig“ nach bundesweiter Sprachregelung zu den sogenannten „sozialen Brennpunkten“ gerechnet wird, ist gemeinhin bekannt. Dennoch will der Offenbacher Magistrat diesen und ähnliche Begriffe vermeiden — zumindest in der öffentlichen Darstellung — um dadurch eine „mehr negative als positive Auswirkung“ für die insgesamt 769 Bewohner (Stand 20. September 1977) an der Mühlheimer Straße und an der Straße im Eschig zu verhindern. Außerdem ist die Verwaltungsspitze der Auffassung, daß nicht alle sozialen Indikatoren eindeutig den Brennpunkt-Begriff rechtfertigen, wenn man auch auf der anderen Seite die drohende Gefahr einer solchen Entwicklung nicht verkennen will. Das zu verhindern, muß nach Ansicht der Verwaltung in den nächsten Monaten (und Jahren) vorrangiges Ziel aller Aktivitäten für diesen städtischen Problembereich sein.

Jugendlichen zwischen sechs und 17 Jahren. Die Wohnverhältnisse entsprechen nach Auskunft der Verwaltungsspitze den „allgemeinen Normen des sozialen Wohnungsbaus der 50er und 60er Jahre“ und unterscheiden sich kaum von Häusern anderer Stadtteile wie etwa in der Hans-Böckler-Siedlung in Rumpenheim/Bürgel. Nur die stadteigenen Wohnungen und einige Häuser der Gemeinnützigen Baugesellschaft hinken in der Ausstattung (Ofenheizung ohne Warmwasserversorgung) hinterher. Die Modernisierung soll aber auch hier Schritt für Schritt nachvollzogen werden. Im übrigen hat der Magistrat festgestellt, daß bis auf Einzelfälle die Bewohner mit ihren Domizilen „recht zufrieden“ sind.

Viele Arbeitslose

Wenn auch keine Statistik über die Einkommensverhältnisse vorliegt, so kann doch als gesichert gelten, daß sie weit unter dem Durchschnitt liegen. Viele der Eschig-Bürger sind arbeitslos und viele haben keine Berufsausbildung. Die Situation wird vor allem an der hohen Quote von Sozialhilfeempfängern deutlich. In der Straße im Eschig wird knapp die Hälfte (45,6 Prozent) von der Stadt finanziell unterstützt. In der Mühlheimer Straße beträgt die Quote mit 20,2 Pro-

zent immerhin noch doppelt so hoch wie der städtische Durchschnitt (etwa 10 Prozent der Offenbacher beziehen auf irgendeine Art Sozialhilfe).

Sorgen bereiten vor allem sogenannte „statistisch intakte Ehen“, die in Wirklichkeit aber gestört sind und die kinderreichen Familien, in denen die Mütter häufig mit der Erziehung überfordert sind. Daraus ergibt sich indirekt wohl und verquickt mit anderen Faktoren auch die hohe Zahl von Sonderschul-Kindern (21 Prozent gegenüber sieben Prozent im Großstadtdurchschnitt). Unbekannt ist dabei, wie groß der Anteil derjenigen Jugendlichen ist, die ohne Hauptschulabschluß und damit von vornherein ohne Berufschancen die Schule verlassen. Hier hat sich spätestens der Teufelskreis aus Herkunft und soziale Umgebung geschlossen. Oder wie der Magistrat den „Kreislauf“ analysiert: „Schulversagen, ungenügende Schulbildung, unzureichende oder überhaupt keine Berufsausbildung, schlecht bezahlte Arbeitsstelle oder Arbeitslosigkeit, wirtschaftliche Notlage für die eigene Person oder die Familie, Rückkehr in die ursprünglichen Verhältnisse eines sozialen Brennpunktes.“

mein für solche Bereiche typisch ist und für andere Gebiete genauso gilt, zum Beispiel in Offenbach auch für das Lohwaldgebiet, wo derzeit bereits vielversprechende Anläufe sichtbar sind, diese immer wiederkehrenden Abläufe zu durchbrechen. Deshalb sind die beabsichtigten Strukturverbesserungen vor allem auch auf Kinder und Jugendliche zugeschnitten: „Diese Hilfen sind als vorrangige Maßnahmen zu sehen“, betont der Magistrat.

Die Rezepte

Für die teilweise verhaltensgestörten Kinder und Jugendlichen hat er sich unter anderem folgende Rezepte ausgedacht: Um die „Gruppenfähigkeit“, das „Erlernen von sozialem Umgang mit eigenen und fremden Sachen“, das „Erkennen von Werten und Normen“ und das „Selbstbewußtsein“ zu fördern soll die Lern- und Spielstube (eröffnet am 12. März 1975) verstärkt gefördert und mit didaktischem Spielmaterial angereichert werden. Fernziel ist eine bessere personelle Ausstattung. Dazu soll als „wichtigstes Ziel“ eine Kindertagesstätte kommen, um vor allem auch alleinstehenden Müttern (90 an der Zahl, davon 64 unter 18 Jahren) die Möglichkeit zu geben, sich in einem Beruf zu engagieren und sich damit von der Sozialhilfe zu lösen.

Verbessert werden sollen die Schulsituation und die Spielmöglichkeiten. In der Jugendarbeit wird als „erfreulich“ gepriesen, daß in Eigeninitiative eine Fußball-Gruppe entstanden ist. Zur weiteren Aktivierung schlägt die Verwaltungsspitze deshalb den Bau einer Jugendbegegnungsstätte vor mit Clubraum, Diskothek und Werkraum vor. Und im übrigen soll mehr als bisher darauf geachtet werden, daß einer „weiteren Massierung von Problemfamilien“ entgegenengewirkt wird.

101

Spaß trotz des Regens

Eschig-Bewohner genossen ihr Sommerfest

Offenbach (ew) — Im Eschig war am Wochenende einiges los, obwohl das große Sommerfest unter denkbar schlechtem Wetter litt. Wegen kräftiger Regengüsse mußte das Programm immer wieder unterbrochen werden. Die Bewohner dieser Straße ließen es sich dennoch nicht verdrießen und trotzten der naßkalten Witterung. Bereits am Freitag hatte auf dem Sport-

platz an der Friedrich-Ebert-Schule ein Kinder-Fußballturnier stattgefunden, dem am Samstag ein buntes Programm zunächst im Freien und abends dann in der Schule folgte. Einer der Organisatoren: „Die ganze Sache war ein großer Erfolg, weil ein guter Zusammenhalt und eine starke Solidarität zu bemerken waren.“

In der Tat hatte man sich alle erdenkliche Mühe gegeben. Die Kinder konnten bei mancherlei Wettspielen ihre Geschicklichkeit erproben und machten auch reichlich Gebrauch davon. Da gab es für diejenigen Preise zu gewinnen, die sich am schnellsten und geschicktesten auf selbstgemachten Stelzen fortbewegten. Nägel in einen Baumstumpf einschlagen oder Bälle durch die Löcher einer Torwand schlenzten. Zur Stärkung gab es Kuchen, Würstchen vom Grill und Erfrischungsgetränke. Die Unterhaltung dazu lieferte eine Jugendband, die erstaunlich guten Rock spielte, auch wenn sie ihre Anlage mit Plastikfolien gegen die Nässe schützen mußte.

Am Abend blieb in der Friedrich-Ebert-Schule kein Stuhl leer, als eine neugebildete Majoretten-Gruppe aus dem Eschig die Beine schwang und andere Kinder und Jugendliche aus dieser Straße als Feuerschlucker, Schlagersänger

und Sketch-Interpreten ihren Eltern zeigten, welche Talente in ihnen schlummern. Anschließend spielte eine Band aus dem Lohwald zum Tanz auf, der unter anderem auch Stadtrat Wolfgang Reuter eine Zeitlang zuhörte. An ihn richten sich bekanntlich die Wünsche der Eschig-Bewohner nach weiteren Räumen zur Begegnung, vor allem für die Kinder, die vorerst nur zwei Zimmer und einen Keller ohne Heizung fürs Malen

oder Basteln zur Verfügung haben.

Dieser Misere abzuweichen und zu zeigen, daß man durchaus zu eigener Initiative bereit ist, diente dieses Fest auch. Pech natürlich, daß die Eschig-Bewohner durch die miese Witterung weitgehend unter sich blieben. Aber ihnen machte es Spaß, und dieses Sommerfest rückte sie enger zusammen. Bleibt nur zu hoffen, daß — beispielsweise durch den Losverkauf für die Tombola — unter dem Strich ein kleiner Überschuß herausspringt. Wenn die Kinder ab 20. Juli in der Ferienfreizeit sind, soll nämlich ihre Spiel- und Bastelstube gründlich renoviert werden. Der Erfolg des Festes jedenfalls macht Mut, bald wieder so etwas auf die Beine zu stellen.

Offenbach
Post 10.7.78

Samariter laden Eschig-Frauen ein

Offenbach (ml) — Der Arbeiter-Samariter-Bund in Offenbach hat 50 Frauen im Problem-Gebiet Im Eschig zu einem Tagesausflug mit dem Omnibus eingeladen. Die Fahrt geht zum Taunus-Wunderland, zur Loreley und nach Abmannshausen.

Abfahrt ist am Mittwoch, 30. August, um 8.30 Uhr. Im Eschig.

Offenbach Post
28.8.78

Zur Arbeit der Projektgruppe Lohwald Offenbach

a) Wohngebiets- und Bevölkerungsstruktur

Im Lohwald befinden sich insgesamt 207 Haushalte (Stichtag 15.11.77)
wovon sich
100 Haushalte mit 520 Bewohnern auf die Neubauten und
107 Haushalte mit 327 Bewohnern auf das übrige Wohngebiet
verteilen.
Zusammen ergibt dies eine Bevölkerungszahl von 847 Personen.

Die Vergleichszahlen von 1970 (leider keine genauen Angaben über
die Gesamtzahlen, vermutlich ca. 800 Einwohner):

101 Haushalte in den Obdachlosenunterkünften
63 Haushalte im Bereich der Gartensiedler und
54 Barackenmieter
— insgesamt
217 Haushalte

Nach den uns zur Verfügung stehenden Unterlagen sind seit 1971
48 Familien mit mindestens 3 Personen aus dem Lohwaldgebiet ver-
zogen: 32 davon in die Erich-Ollenauer-Straße nach Bieber-West.
52 Ein- und Zwei-Personen-Haushalte sind im gleichen Zeitraum
verzogen. Dies macht deutlich, daß sich ca. 50 % der gesamten
Haushalte ausgetauscht haben.

Zusammensetzung der Gesamtbewohnerzahl:

Neubauten (100 bezogene Wohnungen)	520 Personen
Zeilenhäuschen und Garten	327 Personen

Erwachsene in Neubauten	230
Zeilenhäuschen/Garten	246

Kinder

0 - 6 Jahre Neubauten	89
Zeilenhäuschen/Garten	14

7 - 10 Jahre Neubauten	70
Zeilenhäuschen/Garten	16

10 - 14 Jahre Neubauten	81
Zeilenhäuschen/Garten	12

Jugendliche und junge Erwachsene

15 - 25 Jahre Neubauten	84
Zeilenhäuschen/Garten	23

Obige Aufstellung ergibt eine Gesamtzahl von
476 Erwachsenen,
282 Kindern im Alter von 0 - 14 Jahren und
107 Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen,
die von der Projektgruppe Lohwald potentiell angesprochen werden.

Der Anteil der ausländischen Familien in den Neubauten beträgt
bei den Erwachsenen 18 % und bei Kindern und Jugendlichen 25 %
(Stand Dez. 1977).

b) Einkommenssituation und Haushaltsgrößen (Neubauten)

Die Bauer-Studie gibt an, daß die überwältigende Mehrheit der hiesigen Bewohnerschaft der untersten Einkommensschicht angehört:

16 % in den Obdachlosenunterkünften und
10 % bei den Barackenmietern
erhielten 1970 Sozialhilfe.

Bis Juni 1976 hatte sich die Zahl bei den Barackenmietern (Sanddornpfad/Holunderweg/Stahlbaracken Kirschenallee und übrigen Kleingartengebiet) um ca. 10 % erhöht.

Nach Bezug der Stahlbaracken mit einem Teil der ehemaligen Wohnwagenstandplatz-Bewohner ist die Zahl 1977 auf ca. 25 % gestiegen. Für 1976 lautete die offizielle Angabe: Von 44 Haushalten beziehen 9 regelmäßige Sozialhilfeleistungen.

Eine enorm große Zahl von Sozialhilfeempfängern lebt im Bereich der neuerrichteten 112 Wohnungen. Nach unseren Untersuchungen beziehen 81 % der dort wohnenden Familien Sozialhilfe. Dabei überwiegen die laufenden Leistungen.

Bezogen auf die Haushaltsgrößen ergibt sich folgendes Bild:

2 -Personen-Haushalte	75 % Sozialhilfe	(12 von 16 Familien)
3- 4-Personen-Haushalte	71 % Sozialhilfe	(17 von 24 Familien)
5- 6-Personen-Haushalte	79 % Sozialhilfe	(23 von 29 Familien)
7- 8-Personen-Haushalte	100 % Sozialhilfe	(alle 11 Familien)
9-13-Personen-Haushalte	89 % Sozialhilfe	(16 von 18 Familien)

c) Arbeits- und Erwerbssituation

Die Erwerbslage hat sich bei den Bewohnern in den Neubauten gegenüber 1970 verschlechtert. 1970 waren 15 % der Haushaltsvorstände arbeitslos, weitere 18 % der Erwachsenen Rentner oder Invaliden. 40 % hatten keinen Beruf erlernt, und insgesamt hatten 62 % der befragten Haushaltsvorstände schon Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit gemacht.

Während sich die Situation für das übrige Lohwaldgebiet wenig verändert hat, ist in den Neubauten eine wesentliche Verschlechterung der Erwerbsstruktur eingetreten. Zur Zeit sind 63 % aller Haushaltsvorstände im Neubaubereich ohne Erwerb.

Die berufstätigen Haushaltsvorstände haben in der Regel ein Einkommen, das nach unserer Übersicht unter 1.300,-- DM netto liegt; Einkommen unter 1.000,-- DM sind relativ häufig.

Bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen (15 - 25 Jahre) lag die Arbeitslosenquote im Dez. 1977 bei ca. 51 %. Insgesamt waren 54 von 107 Personen dieser Altersgruppe arbeitslos. Dies trotz Beteiligung von 9 Jugendlichen am ABK-Programm des Jugendamtes, das im Februar 1978 ausgelaufen ist.

Untersucht man die Arbeitslosigkeit auf die Verteilung Jungen/
Mädchen, ergibt sich:

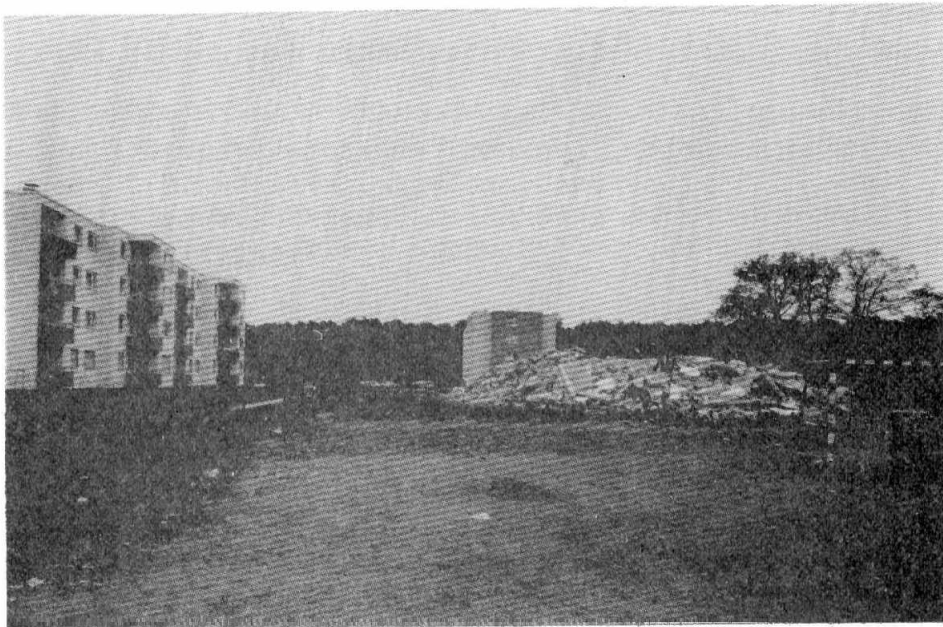
17 von 45 männlichen Jugendlichen sind arbeitslos,
29 von 38 weiblichen Jugendlichen sind arbeitslos.

Die Arbeitslosigkeit bei Mädchen liegt somit bei 76 %; Jugendar-
beitslosigkeit tritt am häufigsten in der Altersgruppe der 18 - 19 jäh-
rigen Jugendlichen auf.

Zusammenfassend ist festzustellen, mit

- 81 % Sozialhilfeempfänger,
- 62 % Arbeitslosigkeit der Haushaltsvorstände,
- 51 % Jugendarbeitslosigkeit,
- 44 % alleinerziehende Frauen und Mütter,
- 53 % Sonderschüler

liegt eine für die Bewohnerschaft im sozialen Brennpunkt typische
Problemhäufung vor. Aus diesem Grund ist neben den Zielbereichen
Wohnen - Arbeit - Erziehung speziell den überlasteten bzw. benach-
teiligten Gruppen der Siedlung - Frauen, Kindern und Jugendlichen -
ein breit gefächertes sozialpädagogisches Angebot zu offerieren.



Der Lohwald: Im Vordergrund die Reste der alten Schlichbauten,
im Hintergrund die neuen Sozialbauwohnungen

Bereich Kinderarbeit

A. Zielgruppe der Projektgruppen-Kinderarbeit sind verhaltensauffällige
Kinder, deren Bedürfnisse und Schwierigkeiten im institutionellen
Rahmen anderer pädagogischer Einrichtungen des Lohwalds nicht aufge-
fangen werden können.

Diese verhaltensauffälligen Kinder stammen zumeist

- aus den ehemaligen Asylfamilien,
- in zunehmendem Umfang aus den zugezogenen Problemfamilien,
- aus den ausländischen Familien.

B. Die Kinderarbeit hat 5 organisatorische Schwerpunkte:

- Kindergruppen: Es werden z. Z. 50 Kinder in 7 Gruppen von 7 Gruppenleitern betreut. Jedes dieser Kinder hat einmal pro Woche ein sozialpädagogisches Angebot.
- Offene-Tür-Angebote: Für alle Kinder, d. h. vor allem auch für die, die in keiner Gruppe sind, findet jeden Freitag ein offenes Angebot statt. Dies wird regelmäßig von ca. 50 - 80 Kindern wahrgenommen.
- Lernhilfen: Hausaufgabenhilfe (seit 1977) und intensive Kontakte zu Lehrern und Eltern werden für die Kinder angeboten, die unmittelbar vor einer Umschulung in die Sonderschule für Lernbehinderte stehen. Hiervon konnten aufgrund personeller Mangelsituation lediglich ca. 10 Kinder in Einzelunterricht profitieren. Dieser Bereich soll weiter ausgebaut werden.
- Ferien-Aktivitäten: In Ferien organisiert die Projektgruppe Ausflüge und Veranstaltungen für alle Kinder der Siedlung.

Hierbei konnten seit 1976 in der Regel zwischen 70 und 120 Kinder (vor allem im Sommer) angesprochen werden. Ferienaktivitäten finden statt zu Ostern, im Sommer und in den Weihnachtsferien.

Zu den Ferien-Aktivitäten kommen fast alle Hort-, Kindergarten- und Vorschulkinder hinzu, deren Einrichtungen in den Ferien meist geschlossen sind.

- Kurse: Von Fachleuten (Künstler, Musiker) angebotene Kurse (Ton- und Zeichenkurs, Flöten-, Gitarren- und Orgelkurs) erfaßten 1977 insgesamt 30 Kinder. Diese Kurse dauerten gewöhnlich 6 Monate, wobei in der Regel einmal wöchentlich für ca. 2 - 3 Stunden zusammengearbeitet wurde.

Mitarbeiter und Aktivitäten im Jugendbereich

Die Jugendarbeit wurde von einem hauptamtlichen Sozialarbeiter/in, 5 Honorarkräften und aktiven Jugendlichen getragen.

Im Laufe der Jahre 1976/1977 wurde das Clubangebot erweitert. Der Jugendclub ist täglich (außer Sonntag), abends von 19.00 bis 22.00 Uhr geöffnet, Freitag und Samstag, von 19.00 bis 24.00 Uhr.

Jeden Montag ist Jugendversammlung, donnerstags werden von Jugendlichen selbst ausgewählte Filme vorgeführt.

An verschiedenen Clubabenden werden Tischtennis u. a. Gesellschaftsspiele angeboten.

Diskotheek findet freitags und samstags statt und wird zum Teil in Eigenverantwortung der Jugendlichen durchgeführt.

Aus den Interessen und Aktivitäten von Jugendlichen sind verschiedene Initiativen entstanden:

- Seit 1977 wird monatlich eine Clubzeitung hergestellt, die auch der Öffentlichkeit in der Siedlung zugänglich ist.
- Mitte 1977 bildete sich eine Mädchengruppe, die sich einmal wöchentlich zu gemeinsamen Aktivitäten traf. Diese Gruppe bot die Möglichkeit, eigene Probleme zu verarbeiten.
- Die schon seit Jahren bestehende Fußballgruppe organisiert Freundschaftsspiele, Turniere, Wochenendfreizeiten und Feste.
- Im Herbst 1977 ist ein Arbeitskreis Jugendkriminalität entstanden, der sich zur Aufgabe gemacht hat, strafentlassenen Jugendlichen bei ihrer Suche nach Arbeit und Wohnung zu helfen; es wird Kontakt mit inhaftierten Jugendlichen aufgenommen, ebenso zur Justiz, Polizei, Jugendgerichtshilfe, Bewährungshilfe u. a.
- Der Durchführung von Freizeiten für Jugendliche in sozialen Brennpunkten kommt in der päd. Arbeit aus mehreren Gründen ein besonderer Stellenwert zu: Die aktive Beteiligung der Jugendlichen bei der Planung und Organisation der Freizeiten ist ein wichtiger Lernschritt auf dem Weg zu Selbständigkeit und Eigeninitiative. Diese vorbereitenden Maßnahmen setzen bereits bestimmte Gruppenprozesse in Gang und sind somit Voraussetzung für das Gelingen der Freizeit. Ziel einer Freizeit ist es, Jugendliche verstärkt in die Clubarbeit zu integrieren, um damit weitere Projekte im Bereich der Jugendarbeit zu planen.

Die Arbeit mit Erwachsenen und Bewohnern

A. Soziale Beratung

Wie insbesondere aus dem 5. Kapitel über die sozialen Indikatoren hervorgeht, tritt eine Fülle von Problemstellungen insbesondere im Bereich der sozialen Beratung von Erwachsenen auf. Die soziale Beratung erfaßt zum einen die materielle Absicherung von Familien und Einzelpersonen und zum anderen die Problematisierung familien- bzw. siedlungsinterner Konflikte.

Im Rahmen der persönlichen Hilfe sind zahlreiche Kontakte zu privaten und gesellschaftlichen Institutionen aufrecht zu erhalten. Dies betrifft vor allem den Bereich der Sozialverwaltung (Sozial- und Jugendamt) wie die Bereiche Justiz, Baugesellschaften, Arbeitgeber, Heime, Kliniken, Gläubigern etc. Der Projektgruppe Lohwald wurden 1971 gesetzliche Aufgaben nach dem BSHG, dem BGB in Verbindung mit dem JWG übertragen. Uns obliegt die Außenvertretung des Sozial- und Jugendamtes.

B. Familientherapeutische Ansätze

Noch in Verbindung mit sozialer Beratung steht in einem erweiterten Sinne die immer deutlicher werdende Notwendigkeit, nicht einzelne Betroffene aus dem Familienverband "herauszulösen", sondern das Problem der kranken Beziehung innerhalb der Familie selbst anzugehen. In diesen Prozeß sind Eltern bzw. alleinerziehende Mütter und Kinder miteinzubeziehen. Unterstützt kann dies werden durch therapeutische Hilfen für einzelne Familienmitglieder, jedoch ist die Einsicht in eigene Familienstrukturen für alle Beteiligten ein Schritt, um konkrete Veränderungen zu vollziehen.

Die Bewohnerversammlung, die in der Regel wöchentlich stattfindet, ist für Bewohner und Mitarbeiter ein Forum gemeinsamer Willensbildung. Die Lohwaldsiedlung nimmt über die Bewohnerversammlung an den daraus entstehenden Aktivitäten am kommunalpolitischen Prozeß der Stadt Offenbach teil. Dies hat sich in den letzten Jahren zum Teil auch in die einzelnen Arbeitsbereiche der Projektgruppe Lohwald, z. B. Ausstellungen der Kinderarbeit 1976 im Rathaus oder Informationsstand des Arbeitskreises Jugendkriminalität im März 1978 in der Offenbacher Fußgängerzone, hineinverlagert. In diese Richtung gehen gleichfalls die Kontakte zu Presse, Rundfunk und Fernsehen.

Ebenso ist die Mitgliedschaft in der "Landesarbeitsgemeinschaft für soziale Brennpunkte e. V." zu verstehen. Innerhalb der LAG, die seit 1973, besteht, haben Bewohner aus sozialen Brennpunkten in Hessen die Möglichkeit, eine eigene Organisation aufzubauen. Die LAG wird vom Sozialministerium in Wiesbaden gefördert. Insgesamt hat die Landesarbeitsgemeinschaft ca. 35 Mitgliedsprojekte, verteilt von Darmstadt bis Kassel.

Die bereits bei Rudolph Bauer konstatierte Spaltung der Bewohner zwischen Asylen, Behelfsheimen (Zeilenhäuschen) und Gartengelände verhindert bis zum heutigen Tage eine gemeinsame Interessenvertretung. Die soziale Distanz zwischen den eng aneinander grenzenden Wohn- und Siedlungsbereichen hat sich durch die bisherige Arbeit nur begrenzt durchbrechen lassen. Punktuell, wie z. B. in der Frage der Friedhofserweiterung, besteht allerdings weitgehend Übereinstimmung, die sich auch in der politischen Artikulation niederschlägt.

Nach der weitgehenden Beseitigung des wohnungsmäßigen und materiellen Elends, gilt es in einem langfristigen Prozeß die zerstörten Beziehungsstrukturen der Bewohner untereinander im Interesse des gesamten Gemeinwesens aufzuarbeiten.

Zur Arbeit der Kesselstädter Spielstube HANAU

Die Organisationsform der Kesselstädter Spielstube ist die eines eingetragenen Vereins, der Verein hat etwa 40 Mitglieder. Die meisten Vorstandsmitglieder, die sich für den Verein engagieren, arbeiten in der Spielstube als Bezugspersonen mit. Auch die jetzige Satzung der Spielstube wurde von denjenigen Mitgliedern überarbeitet, die praktisch in der Spielstube tätig sind. Daraus ergibt sich, daß nur Ziele verfolgt werden, die in der Praxis auch durchführbar sind. (Interessenten schickt die Spielstube ihre Satzung zu).

Rechtliche Grundlagen eines Vereins:

Durch die Eintragung des Vereins in das Vereinsregister - beim zuständigen Amtsgericht wird den Verein rechtsfähig (§ 21 BGB), d.h. er wird zu einer juristischen Person. Als juristische Person kann der Verein durch seinen gesetzlichen Vertreter (Vorstand) im eigenen Namen handeln, ohne daß die Mitglieder persönlich für die Handlungen des Vereins haften.

Für die Eintragung in das Vereinsregister ist es notwendig, daß

- 1) mindestens 7 Mitglieder vorhanden sind
- 2) eine Satzung angefertigt wurde, die enthalten muß (§ 57 BGB):
 - a) den Zweck des Vereins
 - b) den Namen des Vereins
 - c) Sitz des Vereins (als Sitz gilt der Ort, an welchem die Verwaltung geführt wird (§ 24 BGB))
 - d) den Wunsch, daß der Verein eingetragen werden soll.

Weiterhin soll die Satzung enthalten (§ 58):

- 3) Bestimmungen "über den Eintritt und Austritt der Mitglieder"
- 4) "ob und welche Beträge von den Mitgliedern zu leisten sind"
- 5) wie der Vorstand zu bilden ist,
- 6) wann die Mitgliederversammlung einberufen wird, "Über die Form der Berufung und über die Bewertung der Beschlüsse".

Die Anmeldung des Vereins zur Eintragung in das Vereinsregister übernimmt der Vereinsvorstand. Der Vorstand wendet sich an dasjenige Amtsgericht, "in dessen Bezirke der Verein seinen Sitz hat" (§ 55 BGB). Ein eingetragener Verein kann vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt werden. Er ist dann von der Körperschaftsteuer befreit und Spenden an ihn können vom Spender von der Steuer abgesetzt werden.

FINANZIERUNG DER SPIELSTUBE 1978

—Beiträge für die Vorschulkinder(überwiegend wirtschaftl. Jugendhilfe)

—Mitgliederbeiträge

—Spenden

—Spenden vom Gericht

—Zuschuß der Stadt Hanau

—Zuschuß von der Lindenstiftung

—Modellförderung: Elterngeld von der Rob.-Bosch-Stiftung

Im Haushaltsplan der Spielstube waren bisher lediglich die Beiträge für die Vorschulkinder, die Mitgliederbeiträge und die Spenden gesichert. deren Summe nur einen geringen Teil des gesamten Etats ausmacht. Zuschüsse der Stadt, von Stiftungen, vom Sozialministerium, des Landesjugendamts und des Landeswohlfahrtsverbandes müssen jährlich neu beantragt werden. Dies bedeutet, daß wir jedes Jahr 3-6 Monate auf Gelder warten, die im wesentlichen für die päd. Arbeit der Spielstube notwendig sind. Außerdem wird die Arbeit zusätzlich durch die für die Beschaffung von Geldern notwendige Verwaltungsarbeit erschwert. Die pädagogische Arbeit, die zur Zeit in der Spielstube geleistet wird, kann in ihrem jetzigen Umfang von den 4 Hauptamtlichen alleine nicht getragen werden. Ca. 10-12 Schüler, Studenten und Praktikanten arbeiten in der Spielstube, die für ihre Mitarbeit bisher nicht bezahlt werden konnten.

KURZDARSTELLUNG DER BEWOHNERGRUPPEN:

Sanierungsgebiet Alt-Kesselstadt

Neben den alteingesessenen Bewohnern in Alt-Kesselstadt (zum Teil mittelständische Familien) leben hier einige ehemalige Obdachlosenfamilien, die im Rahmen der Sanierung 1973 in Kesselstadt angesiedelt wurden (kinderreiche Familien, Ausländer). Weit mehr als die Hälfte aller Einwohner sind Arbeiter und Rentner.

Hochhaussiedlung Weststadt

In der Weststadt sind überwiegend Hochhäuser (zehn Geschosse und mehr) gebaut worden, aber auch private Einfamilienhäuser, Reihenhäuser und Eigentumswohnungen. Kennzeichnend für die Sozialstruktur der Weststadt ist, daß die Bevölkerung nur aus relativ neu Zugezogenen besteht. In den letzten Jahren wurden in die leerstehenden Wohnungen vermehrt sozial schwache Familien und -zum Teil ganz massiv Ausländerfamilien angesiedelt.

Verschiedentlich beträgt der Ausländeranteil bis zu 20%. Auffallend ist der vermehrte Zugang von Sozialhilfeempfängern aus weiter entlegenen Gebieten.

OFFENE KINDERARBEIT

Hausaufgabenhilfe

Die Kesselstädter Kinder haben die Möglichkeit, ihre Hausaufgaben freiwillig in der Spielstube zu machen. Diese Basis erlaubt es den Betreuern, sich nicht als verlängerten Arm der Schule zu verstehen, sondern vielmehr ein partnerschaftliches Verhältnis zu den Kindern anzustreben. Die Hausaufgabenzeit von 13.30 bis 15.00 Uhr soll den Kindern vorbehalten bleiben, die Hausaufgaben machen wollen. Andere Kinder werden zu dieser Zeit nicht eingelassen.

Haus der Offenen Tür

In der Zeit von 15.00 bis 16.30 Uhr ist die Spielstube für alle Kinder geöffnet und alle Räume können für Spiele etc. benutzt werden. Das "Haus der offenen Tür" hat die Freiwilligkeit zum Prinzip. Zum einen können die Kinder während dieser Zeit selbst bestimmen, wann sie in die Spielstube kommen und zu welchem Zeitpunkt sie sie verlassen wollen. Zum anderen können sie wählen, ob sie die Angebote der Spielstube wahrnehmen oder eigene Aktivitäten entwickeln wollen.

Kinderabend

Der Kinderabend stellt das Plenum aller Kinder und Betreuer dar, an dem jeder seine Bedürfnisse, Wünsche, Kritik und Vorschläge vorbringen kann. Es besteht die Möglichkeit, gemeinsam die nächsten Vorhaben zu planen.

Neigungsgruppen

Die Gruppenstunden finden einmal wöchentlich statt und werden von je zwei Bezugspersonen durchgeführt. Die Gruppen unterscheiden sich nach thematischen Schwerpunkten.

Jugendarbeit

Die Methoden unserer Jugendarbeit müssen in erster Linie berücksichtigen daß sie zum einen dem aktuellen Freizeitbedürfnis der Jugendlichen möglichst weit entgegenkommen, zum zweiten dürfen darüber angestrebte emanzipatorische Inhalte nicht vernachlässigt werden. Ein breites Spektrum an Spielen, Spazierfahrten, Besuche von Filmen und Theaterstücken zu bestimmten Problemen der Jugendlichen, Tanz- und Spielabende und Wochenendfreizeiten bieten die Möglichkeit, außerhalb des auf Konsum ausgerichteten Freizeitsektors die Bedürfnisse der Jugendlichen zu befriedigen.

Die Forderungen der Kesselstädter Spielstube sind in dem vom dem Spiel- und Lernstuben in Hessen zusammengestellten Forderungskatalog enthalten:

Notwendige Grundbedingungen für funktionsfähige Spiel- und Lernstuben
Personal

- 1) Anstellung und Entlassung von Mitarbeitern nur durch das Team, bzw. nicht gegen den Willen des Teams
- 2) Keine hierarchische Struktur (d.h. z.B. keinen Leiter)
- 3) angemessene Bezahlung, d.h. BAT-Einstufung der Erzieher und Sozialpädagogen
- 4) Absicherung der Bezahlung von angemessenen Praktikantengehältern (nach Tätigkeitsmerkmalen)
- 5) Mögl. keine Beschäftigung von Blockpraktikanten in der jetzigen Form, d.h. die Ausbildung müsste umgestellt werden auf eine allgemein praxisorientierte Ausbildung mit begleitender Praxis während des ganzen Studiums
- 6) Beschäftigung von Jahrespraktikanten in der Eltern- und Bewohnerarbeit nur dann, wenn diese danach in feste Stellen übernommen werden können und wenn sie schon vorher ein Praktikantengehalt bekommen
- 7) Ausreichende Besetzung des Projekts mit hauptamtlichen Mitarbeitern, d.h. für jede Kindergruppe mindestens 1 Hauptamtler bei einer Gruppenstärke von maximal 10 Kindern
- 8) Grundsätzlich angemessene und gleiche Honorierung der Nebenamtler d.h. nicht unter dem Tarifstundenlohn von vergleichbaren Tätigkeiten
- 9) Keine befristeten Arbeitsverträge und keine befristeten Laufzeiten von sogenannten Modellprojekten in sozialen Brennpunkten
- 10) Möglichkeit der Teilzeitbeschäftigung der Hauptamtler
- 11) Ablehnung von ABM-Stellen für die pädagogische und soziale Arbeit, da dadurch die notwendige Einrichtung von richtigen Stellen verhindert und gleichzeitig die Arbeitslosigkeit verschleiert wird.

Räumliche Bedingungen:

- 12) Mögl. ein eigenes Gebäude für die Kinder- und Bewohnerarbeit, d.h. nicht eine Wohnung in einem Block. Das Haus sollte mitten in der Siedlung bzw. in dem Wohngebiet liegen. Am günstigsten sind ehemalige Werkstätten oder Kleinbetriebe, die mit den erforderlichen Einrichtungen ausgestattet werden.
- 13) Freispielfläche direkt dabei
- 14) Ausstattung mit Küche, Naßraum, Werkraum, Toberaum, Schallabdichtung, strapazierfähige Wände und Türen

Arbeitsbedingungen und-zeit

- 14) Erstellung von Konzeption der Arbeit autonom durch das Team.
- 15) Anrechnung der Zeiten für Fortbildung als Arbeitszeit
- 16) Durchschnittliche Arbeitszeit von 40 Stunden bei einer gleichmäßigen Berücksichtigung von Vorbereitungszeit, Nachbereitungszeit, Zeit für Teamsitzungen, Zeit für Lektüre von Fachbüchern und der eigentlichen Erziehungsarbeit.

Aus der Isolierung führen

Einweihung des Gemeinschaftshauses Aschaffenburger Straße

HANAU

Hanau (hg). — Seit November 1973 ist das Gemeinschaftshaus an der Aschaffenburger Straße bereits mit Leben erfüllt. Die offizielle Einweihung fand jedoch erst gestern statt. Sozialdezernent Stadtrat Oskar Ott wies auf die Notwendigkeit einer solchen Gemeinschaftseinrichtung hin. Schon in nur kurzer Zeit habe sich gezeigt, daß das Haus zu einem echten Mittelpunkt für die 63 Familien in den Doppelblock-Häusern geworden sei.

Das Gemeinschaftshaus mit drei Gruppenräumen, einem Gymnastiksaal, einem Naß-Spiel-Werkraum sowie Klubräumen, Küche, Waschkabine und zahlreichen Nebenräumen sowie Hausmeisterwohnung war mit einem Kostenaufwand von 700 000 Mark (einschließlich der Außenanlagen) von der Baugesellschaft Hanau errichtet worden. Die Einweihung wurde mit den Mitbürgern begangen, für die das Haus geschaffen wurde. Nach den kurzen, offiziellen Ansprachen nutzten viele der Frauen und Männer, die in den Wohnblocks leben, die Gelegenheit, um den „Offiziellen“, voran Oberbürgermeister Hans Martin und Stadtrat Ott, ihre Probleme und Wünsche vorzutragen. Oberbürgermeister Martin wies darauf hin, daß das Leben in unserer Gesellschaft im wesentlichen durch Leistung und Konsum bestimmt werde. Menschen, die gleichgültig aus welchen Gründen, die Leistungsanforderungen nicht erfüllen könnten, würden an den Rand der Gesellschaft, an den Rand der Stadt und an den Rand eines wirtschaftlichen Existenzminimums gedrängt. Das neue Haus — sagte Martin — sei keine Schuldbefreiung, „sondern ganz nüchtern die räumliche Arbeitsbasis für einen sehr langfristigen emanzipatorischen Prozeß“.

Durch das Haus werde noch keine Chancengleichheit geschaffen. Es sei nur ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Die Verpflichtung für die Vertreter der Stadt sei nicht dadurch erfüllt, daß Kindergärtnerinnen und Sozialarbeiter engagiert würden, um eine „zuständige Stelle“ zu haben. Die Mitarbeiter des Gemeinschaftshauses müßten als Partner der benachbart wohnenden Bürger „eine neue Sicherheit“ ermöglichen, von der aus man das eigene Leben und das der Kinder verantwortlich planen und gestalten könne.

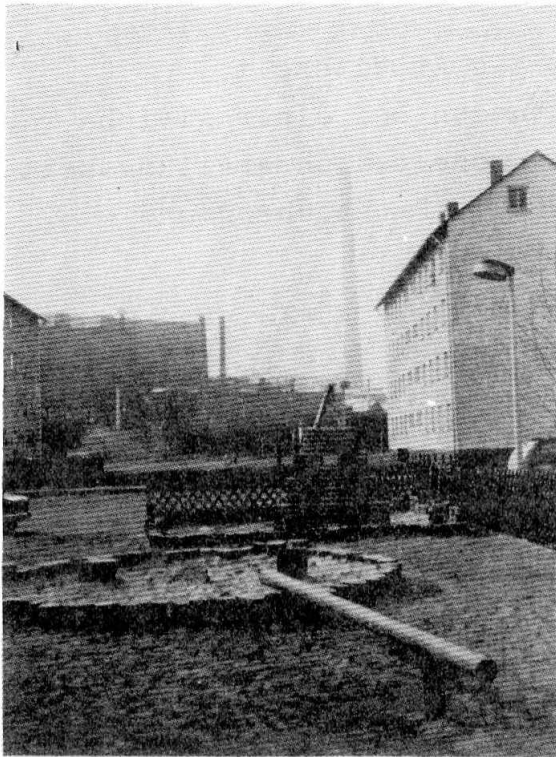
versorgung sozialer Randgruppen einzusetzen. Zu diesen Randgruppen zählten alte Mitbürger, alleinstehende Frauen mit Kindern, kinderreiche Familien, körperlich und geistig Behinderte sowie ausländische Arbeitnehmer.

Eine langfristige Lösung für die Betroffenen — so Heimerl — sei nur über einen sozialen, mit öffentlichen Mitteln geförderten Wohnungsbau erreichbar. Die gemeinnützige Wohnungswirtschaft sei verpflichtet, ihr Leistungsvermögen für die Versorgung dieser Gruppen einzusetzen. Aber nur im Verbund mit sozialer, medizinischer und wirtschaftlicher Analyse könne ein wirksamer Beitrag geleistet werden. So überzeugend die Forderung nach kooperativer Sozialplanung erscheine, so schwierig sei es offenbar, sie in der Praxis zu realisieren. Heimerl betonte schließlich, daß die Baugesellschaft in den letzten zwei Jahren 80 Familien aus Randgruppen in Wohnungen der Baugesellschaft untergebracht habe, über 50 von ihnen allein im abgelaufenen Jahr. Stadtrat Ott's Wunsch: Jugendgruppen, Vereine und Organisationen sollten das neue Gemeinschaftshaus nutzen, um damit den Bewohnern an der Aschaffenburger Straße eine Chance der echten Integration zu bieten. Ein Schwerpunkt der Arbeit diene den Kindern. Das Haus solle aber auch Treffpunkt und Beratungsstation für die Erwachsenen sein. Die Elternschule der Arbeiterwohlfahrt plane, in den Räumen Kurse über Haushaltsführung und Kochen, Nähen oder Säuglingspflege abzuhalten.

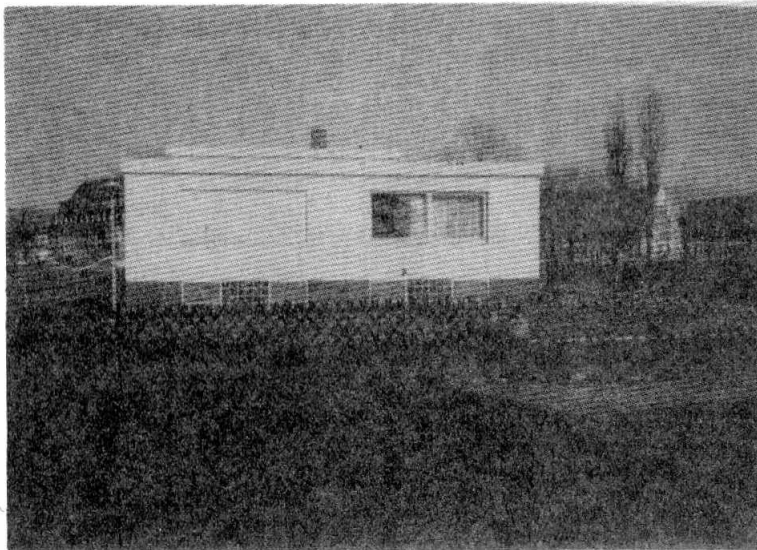
Als Grundvoraussetzung zur Gleichberechtigung nannte Martin die Lösung aus der Isolierung. Der Magistrat sei sich in seiner Sitzung am 28. Januar 1974 darüber einig geworden, daß zur Überwindung der räumlich separaten Lage eine sinnvolle Anschlußbebauung in Richtung Stadt zu schaffen sei. Es werde an ein Mischgebiet gedacht, das dem Wohnen und wenigen kleinen, nicht störenden Gewerbebetrieben dienen solle. Gleichzeitig sei eine ausreichende Verkehrsanbindung herzustellen. Das Gemeinschaftshaus wäre dann der Integrationspunkt für eine wesentlich verbesserte Sozialstruktur ohne Ghettocharakter.

Der Oberbürgermeister nannte es erfreulich, daß das Haus schon jetzt von der Nachbarschaft genutzt werde. Es werde noch um Spielplätze erweitert und bringe nicht nur Angebote für Kinder und Jugendliche, sondern spreche auch die Erwachsenen als Erzieher an und gebe ihnen Anregungen für eine sinnvolle Freizeitgestaltung.

Hans Heimerl, Geschäftsführer der Baugesellschaft Hanau, wies auf die Verpflichtung der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft hin, sich für die Wohn-



Siedlung Aschaffenburger Straße, im Hintergrund die Dunlop Gummiwerke



Gemeinschaftshaus Aschaffenburgerstr. eingeweiht im Nov. 1973, im Hintergrund amerikanische Kasernen und Siedlung

Veranstaltungen Gemeinschaftshaus *Aschaffener Straße Hanau 1978*

	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
Vormittag	Kinderg. I Kinderg. II Beratung	Kinderg. 1 Einzelb. Beratung	Kindergar. 1 Kinderg. II Beratung	Kindergarten. 1 Einzelbet. Beratung	Kinderg. 1 Kinderg. II Beratung
NACHMITTAG	Schulsirkel III - VII Musikg. 1	SZ III-VII	SZ III-VII	Mitarbeiter- besprechung Musikg.-1-4 Pre-Familia Schlagzeug I	SZ III- VII Schlagzeug II
ABEND	Frauenkreis Jugendgruppe Männerclub		Jugendgruppe	Bewohnerrat Elternkreis	

115

Jahresbericht der Lern- und Spielstuben Altkönigstr.
und Feldstr. Bad Homburg für 1976 und 1977

Im ersten Halbjahr 1976 wurde die Spiel- und Lernstube Altkönigstr. von zwei Berufspraktikanten geleitet. Ihre Arbeit wurde von nebenamtlichen Mitarbeitern (Schüler u. Studenten) unterstützt. Ab 1.8.1976 übernahmen eine Sozialpädagogin und eine Erzieherin die Leitung.

In der Lern- und Spielstube Feldstr. waren bis August 1976 zwei Berufspraktikanten und bis November eine Berufspraktikantin. Seit November 1976 sind eine Dipl. Pädagogin und seit September 1977 zusätzlich eine Berufspraktikantin eingestellt.

Alle hauptamtlichen Kräfte arbeiten zusammen in der Vorschul- und Schulgruppe.

Spielstube:

Die Spielstuben sind morgens von 9h-12h geöffnet und werden von 16 (Altkönigstr.) bzw. 8 Kindern (Feldstr.) besucht.

Die meisten Kinder kommen aus der näheren Umgebung, fünf Kinder, die weiter wegwohnen, werden durch einen Abholdienst in die Spielstube gebracht.

Langfristige Ziele der Arbeit sind folgende:

- soziales Lernen
- Solidarität
- Selbstbewußtsein
- Kommunikationsfähigkeit
- altersgemäßes Denken, Sprechen und Handeln
- Verbesserung des Schulstartes

Kurzfristige Ziele der Arbeit sind:

- Erlernen von Zeitbegriffen
- " Ortsbegriffen
- " Zahlen
- " Farben und Formen
- " Nacherzählung
- " Erlebnissen zu berichten
- " Gegenstände benennen

Hausaufgabenbetreuung und Hortarbeit:

Die Hausaufgabenbetreuung findet täglich von 15-17h (Alt-königstr.) von 14h30-16h45 (Feldstr.) statt.

Die Stärke der Schülergruppe liegt durchschnittlich bei 25-30 Kindern bzw. 16 Kindern.

Die Kinder finden sich in Neigungsgruppen zusammen. Meistens treffen sich zum Erledigen der Hausaufgaben Kinder aus gleichen Klassen. 75% der Kinder besuchen die Grund- und Hauptschule. 25% der Kinder gehen zu Sonderschule. In der Feldstraße ist der Prozentuale Anteil umgekehrt.

Die Ziele der Schularbeitenhilfe decken sich größtenteils mit den Spielstubezielen., und ergänzen sich durch:

- Erwerb der Kulturfähigkeiten (Rechnen, Schreiben)
- Erlangen des Hauptschulabschlusses
- Aufarbeitung von Lerndefiziten.

Elternkontakte

Jeden 2. Monat findet ein Elternabend statt. Es werden allgemeine Probleme besprochen. z.B. Hausaufgaben, Sexualität, Veranstaltungen u.s.w.

Konkrete Probleme der Kinder oder mit den Kindern werden bei Hausbesuchen erläutert.

Schulkontakte

Zunächst fanden Gespräche mit den Lehrern statt, die darauf beruhten sich kennenzulernen um sich eine Meinung zu bilden. Die nächsten Kontakte führten dazu, daß man informiert ist, was für ein Lernstoff vermittelt wird, wie er vermittelt wird, und was man für Schwierigkeiten bei einzelnen Kindern hat, wie man dagegen angeht, wie man sie aufhaben kann z.B. in Zusammenarbeit mit unserer Einrichtung.

Mitarbeiter

Die Altkönigstraße hat 8 Nebenamtliche Mitarbeiter, Feldstraße hat 5 Nebenamtliche Mitarbeiter, die je 2 bzw. 3 mal in der Woche kommen.

Sowohl die Mitarbeiter der Vormittags- als auch der Nachmittagsbetreuung treffen sich je 1x in der Woche zu einer Besprechung. Hierbei werden Wochenpläne erstellt, Auswertungen von Beobachtungen der Kinder angefertigt. Außerdem wird das eigene Verhalten den Kindern gegenüber reflektiert. Wichtiger Bestandteil der Diskussionen ist die Anleitung der Nebenamtlichen Mitarbeiter durch die Hauptamtlichen Mitarbeiter.

Die Studenten der FHS sind im Juli 1977 ausgeschieden.

Allgemeines

Die mehrjährige Arbeit in den beiden Spiel- und Lernstuben hat sich trotz häufigen Personalwechsels - dessen negative Auswirkung nicht unterschätzt werden darf - als positiv erwiesen.

Die intensive sozialpädagogische Betreuung wirkt negativen Auffälligkeiten, der Kinder entgegen; so konnten einerseits Schulanfangsschwierigkeiten, andererseits auch Anpassungs- und Lernprobleme der älteren Schulkinder verringert werden. Die Zahl der Sonderschuleinweisungen der Kinder aus den Nötunterkünften ist zurückgegangen. Eine Schülerin konnte soweit gefördert werden, daß sie die Realschule besucht.

Problematische Verhaltensweisen wie z.B. un gelenkte Aggressionen werden aufgefangen und adäquates Verhalten gelernt. So gibt es unter den Kindern, die die Einrichtungen besuchen, keine Kinderkriminalität oder Bandenbildung, da der Besuch der Spielstube als bessere Alternative erfahren wird und sinnvollere Konfliktlösungsstrategien erlernt werden können. Bemerkenswert ist auch, daß die Zahl der Heimeinweisungen deutlich abgenommen hat. Dies konnte außerdem durch enge Zusammenarbeit mit dem städtischen Sozialarbeiter, der für die sozialen Brennpunkte zuständig ist, erreicht werden.

Seit Betrieb der beiden Spielstuben treten zudem keine Seuchenartigen Erkrankungen mehr auf, da Erziehung zur Hygiene und gesunde Lebensführung ein Teilder sozialpädagogischen Betreuung ist.

Die Lage der Spielstuben in den Wohnhäusern ermöglicht die wichtige enge Zusammenarbeit mit den Eltern. So wurde erreicht, daß Eltern sich mehr und kontinuierlicher um die Schulbelange ihrer Kinder kümmern. Die in den Spielstuben praktizierten Erziehungsinhalte - und -Stile können den Eltern vermittelt und somit deren Erziehungspraktiken positiv beeinflußt werden.

Das Einzugsgebiet der Spielstuben hat sich erweitert. So besuchen jetzt zunehmend mehr Kinder die Spielstuben, die nicht in den eigentlichen Notunterkünften wohnen. Dies weist auf eine zunehmende Integration der Kinder und der Einrichtungen selbst hin. Das für Kinder auf Ghettosituationen typische Verhalten kann somit aufgebrochen werden. anzumerken ist allerdings, daß die Kinder von außerhalb größtenteils aus sozial benachteiligten Familien kommen, Schulschwierigkeiten oder Verhaltensprobleme zeigen (Hauptsächlich Sonderschüler) denen die konzeptionelle Gestaltung der Spielstuben gerecht werden kann.

Für die jugendlichen in der Altkönigstraße gibt es einen Jugendclub (ab 14 Jahre) der von pädagogischen Kräften geleitet wird. In der Feldstraße oder der näheren Umgebung gibt es keine vergleichbare Einrichtung für jugendliche, sodaß den jugendlichen hier entsprechende sozialpädagogische Angebote fehlen.



Deutscher Kinderschutzbund (DKSB) e.V.

Ortsverband Friedberg/Bad Nauheim

Der Vorstand

Ma rita Imhäuser - Kraus Antje Kroh

Mittelstr. 11a, Tel 3175
6360 Friedberg

Bericht über die Arbeit in der Goldsteinsiedlung Bad Nauheim

Seit seiner Gründung im Jahr 1967 bemüht sich der Kinderschutzbund Ortsverband Friedberg Bad Nauheim um eine Verbesserung der Situation obdachlos gewordener Familien. Schwerpunkt waren zunächst die Obdachlosenunterkünfte der Städte Friedberg (an den Kasernen) und Bad Nauheim (Goldsteinsiedlung) - Inzwischen werden auch Wohnungsnotstände aus den umliegenden Dörfern an uns herangetragen.

Eine Arbeit in Kleinstädten und eher ländlichen Gemeinden hat einerseits den Vorteil, daß eine stabilisierte ehemalige "Problemfamilie" relativ rasch wieder integriert wird - besonders die Kinder - wenn es gelingt, bei Nachbarn und Schule Verständnis und Hilfsbereitschaft zu wecken.

Andererseits ist es sehr schwierig, bei den zuständigen Behörden zu erreichen, daß längerfristig geplant wird, wie man obdachlos oder von Obdachlosigkeit bedrohten Familien helfen kann.

Häufig wird eine solche Familie in das nächste gemeindeeigene, oft baufällige Gebäude eingewiesen (z.B. im Winter 77/78 eine alleinstehende Frau in ein unheizbares "Zimmer" über dem Spritzenhaus) und dann von Dorf zu Dorf weitergeschoben. Bei der Knappheit der Mittel in der Gemeindekasse hält man ein solches Verfahren durchaus für angemessen und ausreichend.

Wir hoffen allerdings, daß es uns mit der Zeit gelingt, die zuständigen Kommunalpolitiker davon zu überzeugen, daß eine durchdachte und langfristige Politik auch hier letzten Endes billiger ist als die noch gebräuchlichen Verlegenheitslösungen.

Goldstein Bad Nauheim - Einzugsgebiet und Sozialstruktur

Der Stadtteil Goldstein (ca 400 - 500 Einwohner) ist von der Stadt durch die Eisenbahnlinie und eine Umgehungsstr. getrennt, und durch zwei Eisenbahnunterführungen (1 Straßen- und 1 Fußgängerunterführung) mit dieser verbunden.

In den 30iger Jahren entstand hier eine Eigentumsiedlung, deren Häuser bis auf den heutigen Tag von Kindern und Enkeln durch Um- und Ausbau erweitert werden. Nach dem Krieg wuchs der neue Stadtteil an östlichen und nördlichen Rand durch Barackenbauten (lange Flachbauten und primitive kleine Häuschen) für Flüchtlinge und Ausgebombte aus dem Frankfurter Raum. In den 50er Jahren dann entstand im westlichen Teil eine neue Einfamilienhaus-Siedlung für Spätneimkehrer und Flüchtlinge. Baracken angrenzend stehen einige städtische Wohnblocks.

Die Barackenflachbauten wurden in eine Obdachlosensiedlung umfunktioni-ert. An drei Seiten wird der Stadtteil durch Felder, Wiesen und Wald begrenzt. Es gibt hier einen kleinen Lebensmittel- und Fleischerladen und eine Gaststätte.



Ähnlich dem Stadtteil ist auch die Sozialstruktur gegliedert. Der Älteste Teil, wie das gesamte Gebiet weitestgehend von Arbeitern und Angestellten bewohnt, zeichnet sich durch eine besondere, u.E. positive Struktur aus: Durch die Haus - Um - und Anbauten von Familienmitgliedern in der Nachbarschaft, sind die familiären Bindungen besonders eng und der Alltag ist durch enge nachbarliche Beziehungen geprägt. Der Garten ums Haus und fehlende Durchgangsstraßen fördern die Wohnqualität.

Die Einwohner der später errichteten Einfamilienhäuser haben nicht diese engen Bindungen, sondern eher freundliche Kontakte zu ihrer Nachbarschaft und sind als einzelne Familien nicht so in eine größere Einheit eingebunden.

In den städtischen Wohnblocks sind städtische Arbeiter und sozial schwächere Familien angesiedelt (ehemalige Barackenbewohner) und z.T. wenig im Stadtteil integriert. Die Wohnqualität dieser Wohnungen wird bei aller Einfachheit auch noch durch die unmittelbare Nachbarschaft von Industriebetrieben, u.a. einer lärmenden und stinkenden Reifenfabrik, erheblich gemindert.

Die Bewohner der Obdachlosenbaracken sind sehr unterschiedlich einzugliedern. Von den 14 Haushalten wohnt dort eine Familie bereits seit 22 Jahren, fünf Familien seit 10 - 18 Jahren und sieben Familien bis zu fünf Jahren dort. Fünf Familien haben 11 Kinder im Vorschul- und Schulalter. (Untersuchung des Arbeitskreises Goldstein vom 11.4.76)

Die Wohnungen sind meist winzig klein und z.T. in einem miserablen Zustand (z.B. Löcher im Boden, verzogene Fenster, Toiletten im Hof). Einige der Bewohner haben allerdings ihre Wohnungen vergrößern können (einige Wohneinheiten zusammengelegt) und beträchtlich darin investiert, z.B. Duschen eingebaut, Öfen, neue Böden usw. Seit Bestehen des Arbeitskreises Goldstein konnte ein Teil der Familien neue Wohnungen bekommen, andere ihre Wohnsituation erheblich verbessern (finanzielle Unterstützung der Stadt für Renovierungen, Toilettenumbau). Da Neueinweisungen seitdem ebenfalls verhindert werden konnten, ist auch die soziale Integration der Bewohner in den Stadtteil einen Schritt weitergekommen. Nur noch wenige Personen bzw. Familien sind sozialen Randgruppen zuzuordnen. Die meisten Bewohner werden von der restlichen Bevölkerung mehr und mehr als Nachbarn akzeptiert.

Die Spielstube.

Von 1975 - 1976 war die Spielstube in einem kleinen ehemaligen Lebensmittelgeschäft untergebracht. Seit der Schließung des evangelischen Kindergartens ("Kinderengel") durch die Kirche, erhielt der DKSB das relativ neue Kindergartengebäude von der Stadt.

Aufgabenbereich und Zielsetzung der Spielstubenarbeit haben sich mit der Veränderung der Situation seit 1975 auch geändert bzw. weiterentwickelt.

Von 1975 - 1976 konnten in dem kleinen Ladenraum in erster Linie nur Kleinkinder und Schulkinder der Obdachlosensiedlung betreut werden. Zielsetzung war, die Kinder aus ihrer häuslichen Enge herauszuholen, ihren Erfahrungsbereich zu erweitern und die Möglichkeit der baldigen Integration in den normalen Kindergarten - bzw. Schulbetrieb



Deutscher Kinderschutzbund (DKSB) e. V.

Ortsverband Friedberg/Bad Nauheim
Der Vorstand

Nach der Schließung des ev. Kindergartens Anfang 1976 und Umzug der Spielstube in diese Räume Ende 1976, kam man dem Ziel der Integration ein gewaltiges Stück näher, da nun alle Kinder des Stadtteils gemeinsam betreut werden konnten. Allerdings war dies z.T. erst nach intensiven Bemühungen des DKSB, Vorurteile zwischen den verschiedenen sozialen Gruppen abzubauen, möglich. Heute hat man dieses Ziel der sozialen Integration für die Kinder voll erreicht.

Die Spielstube arbeitet im Bereich der Vorschularbeit, das eine Vormittagsgruppe, und der Schülerarbeit, eine Nachmittagsgruppe.

Die Erzieherin der Nachmittagsgruppe bemüht sich außerdem intensiv um die schulischen Belange einiger Kinder aus der Obdachlosensiedlung und Gastarbeiterkinder.

Elternarbeit

Die Elternarbeit hat einen hohen Stellenwert und ist sehr intensiv. Sie erstreckt sich im wesentlichen auf zwei Bereiche: zum einen, den täglichen Kontakt zu den Eltern (Müttern), der ein Vertrauensverhältnis zwischen Eltern und Spielstubenmitarbeitern schafft, und ihnen ermöglicht auch mit ihren Problemen zu kommen, und zum anderen auf Veranstaltungen wie gemütliche Elternabende, Weihnachtsbasar usw.

Das Vertrauensverhältnis zwischen Eltern und Mitarbeitern wird da durch verstärkt, daß man sich nicht nur auf Gespräche über Probleme (z.B. Erziehungsprobleme, Schwierigkeiten mit Wohnung, Schule, Institutionen usw.) beschränkt, sondern auch aktive Hilfen gibt (z.B. Anrufe und Besuche bei Schulbehörden und Ämtern, Hilfe bei Anträgen und Formularen, Betreuung der restlichen Kinder, wenn die Mutter verhindert ist et c.). Das Hilfsangebot seitens der Mitarbeiter und des DKSB gilt allen Eltern, nicht nur den sogenannten Problemfamilien, und wird auch von den meisten bei Bedarf gerne angenommen.

Besonders bemerkenswert ist noch die aktive Beteiligung der Eltern bei Veranstaltungen wie Weihnachtsbasar, Grillabend usw. Diese intensive Elternarbeit hat sehr zur sozialen Integration der Barackenbewohner beigetragen.

Stadtteilarbeit

Die Arbeit der Spielstube und des DKSB beschränkte sich nicht nur auf die pädagogische Arbeit in der Spielstube und die Elternarbeit, sondern erstreckt sich auf den gesamten Stadtteil, um das Ziel der Integration der Barackenbewohner (Kinder) erreichen zu können.

1976 wurde ein Arbeitskreis (AK) Goldstein gebildet, der sich zusammensetzt aus: DKSB, Jusos, Bewohnern des Stadtteils (Siedlervereine und Barackenbewohner) und der in Prof. Gerd Iben, Universität Ffm., bekannt durch zahlreiche Veröffentlichungen zur Obdachlosenfrage, langjähriges Mitglied des DKSB, einen engagierten Sprecher mit großer Sachautorität gefunden hat.

Da sich auch der damalige Vorsitzende des CDU Ortsverbandes, ebenfalls DKSB-Mitglied, für den Arbeitskreis einsetzte, gelang es einen guten Kontakt zu der Gesamtheit des Stadtparlamentes herzustellen.

Ziel des AK ist es, die Probleme der Obdachlosensiedlung und ihrer Bewohner als Gesamtproblem des Stadtteils bewußt zu machen und zu lösen. In unregelmäßigen AK-Sitzungen und Stadtteilversammlungen, Presseveröffentlichungen und Gesprächen mit der Stadtverwaltung konnte ein Teil der Forderungen und Vorschläge bereits erfüllt und einige Probleme beseitigt werden.

D K S B

Bericht über das Projekt Kinderspielstube
im Burgbezirk, Friedberg

Ab 1.9.1977 verfügen wir über eine Erzieherin und eine Kinderpflegerin mit voller Stelle und eine Erzieherin mit einer halben Stelle, Frau Heidi Habermehl-Recht, Frau Barbara Schmidt und Frau Monika Scheppe, für den neu zu eröffnenden Kinderhort des Burgbezirkes. Dazu hatten wir seitens des Wetteraukreises in der Burg 4 einen abgeschlossenen Flur mit 7 ehemaligen Schulräumen, Teeküche und Toiletten zur Verfügung gestellt bekommen. Die umfangreichen Renovierungsarbeiten mußten noch auf den September ausgedehnt werden. Wir möblierten die Räume fast ausschließlich mit gebrauchtem, von den Erzieherinnen frisch gestrichenem Mobiliar, z. T. aus Schulbeständen.

Am 8.10. konnte der Hort endlich eröffnet werden, nachdem bereits viele Elternbesuche gemacht waren und auch ein Elternnachmittag stattgefunden hatte. Zunächst konnten sich alle Schulkinder von 6 - 12 Jahren unseren Hort ansehen, um selbst entscheiden zu können, ob sie sich anmelden wollen. Da viele Freunde auch aus dem übrigen Stadtgebiet mitgebracht wurden, mußten wir uns nach 14 Tagen auf fest angemeldete Kinder beschränken, um eine kontinuierliche Arbeit beginnen zu können. Gut 80 % der Kinder kamen aus sozial schwachen oder kinderreichen Familien, wohl auch, weil der Kinderschutzbund diesen bereits gut bekannt war.

Mit der Begründung, daß zu viele Unterschichtskinder in unseren Hort gingen, nahmen in der Folge die meisten Mittelschichteltern ihre Kinder wieder heraus. Aus diesem Grunde spiegelt sich die soziale Mischung, die den Burgbezirk mit etwa 70 % zu 30 % prägt, bei uns nicht wieder. Trotz aller Bemühungen erreichten wir nur die Kinder der 70 %, für die wir allerdings den Hort konzipierten. Doch werden wir weiterhin um eine Mischung mit Mittelschichtskindern bemühen.



Siedlung
Bad
Nauheim

Bericht über die Kinderspielstube an den Kasernen, Friedberg

In dem Bestreben, die Kinder der Obdachlosensiedlung aus ihrer Isolation herauszuholen, war der Kinderschutzbund seit Jahren erfolgreich bemüht, die 3 - 6jährigen in den sog. Normalkindergärten Friedbergs unterzubringen und das Schwergewicht der Arbeit auf die Schulkinder zu verlagern. Die Zusammenarbeit mit diesen Kindergärten war ausgezeichnet. Trotzdem scheiterten wir bei einer kleinen Restgruppe der Vorschulkinder an dem mangelnden Vermögen der Eltern, ihre Kinder regelmäßig mit dem bereitgestellten Bus in den Kindergarten bringen zu lassen.

Da aber einerseits die Gruppe der Vorschulkinder zu klein geworden war, wir andererseits auch die Notwendigkeit einer Arbeit in den beiden anderen Sozialen Brennpunkten Friedbergs sahen, suchten wir dort geeignete Räumlichkeiten für eine neue Spielstube, in die wir unsere Restgruppe mitnehmen konnten. Leider fanden wir diese Möglichkeit vorerst nur in unmittelbarer Nähe des kleineren Sozialen Brennpunktes, Barbaraviertel. Hier, in der Usavorstadt 5, richteten wir aus Kostensparnisgründen zusammen mit der ev. Kirchengemeinde, die für ihre Konfirmandenarbeit ebenfalls Räume benötigte - eine Wohnung mit 4 Räumen ein. Diese Spielstube war vormittags für 22 Kinder geöffnet, die zum einen aus der genannten Restgruppe von der "Bergkaserne" bestanden, zum anderen aus Vorschulkindern sozial schwacher Familien des Barbaraviertels. Diese zweite Spielstube wurde von denselben beiden Erzieherinnen geleitet, die nachmittags in der ersten Spielstube die Schulkinder der "Bergkaserne" weiterbetreuten.

Nachdem dieses Projekt 2 Jahre lang bestand, konnten wir, dank der intensiven Elternarbeit und sehr guter Kontakte zu den übrigen Kindergartenleitungen, alle "unsere" Kinder in die anderen Kindergärten überleiten, wo sie sich gut einlebten. Damit war unser Ziel für die Vorschulkinder erreicht, und die Spielstube in der Usavorstadt 5 wurde im Herbst 1976 geschlossen.

Bei gleichzeitigen Vorarbeiten zu einer dritten Spielstube in dem zahlenmäßig größten, aber gemischten Sozialen Brennpunkt Friedbergs, dem Burgbezirk, arbeiteten wir nun mit den Schulkindern der Bergkaserne alleine, vor allem aber intensiv und gezielt in der Elternarbeit und Schulaufgabenhilfe. Dies gilt auch noch heute für viele der umgesiedelten Familien im Rahmen der Nachbetreuung.

Im Laufe unserer jahrelangen Arbeit in Sozialen Brennpunkten war die Zusammenarbeit mit den Lehrern unserer Kinder immer besser geworden. Das Verständnis für deren Schwierigkeiten war zumeist groß. Infolge vieler Verbesserungen (z.B. Abbau der Diskriminierung, gezielte Hilfen im häuslichen wie schulischen Bereich) verbesserten sich die meisten Kinder in ihren schulischen Leistungen stetig. Familien mit 8 - 10 Kindern, die bis dahin fast nur Sonderschüler hatten, konnten nun ihre nachkommenden Kinder in der "Normalschule" belassen.

BEWOHNER,- und SCHULERARBEIT im
"SOZIALEN BRENNPUNKT"
FRANKFURTER STR. 29 *Friedberg*

1: Zur Lage der Notunterkünfte

Das Wohngebiet besteht seinem Ursprung nach seit dem Ende der Weimarer Republik.

Nach dem 2. Weltkrieg wurden in die Notunterkünfte Personen bzw. Familien eingewiesen, die durch die Auswirkungen des Krieges obdachlos geworden waren. Später wurden von behördlicher Seite gehäuft sog. Problemfamilien dort untergebracht, so daß sich die "Bergkaserne" zu einem "Sozialen Brennpunkt" entwickelt hat.

Die Siedlung besteht aus einem Backsteinbau und einer Baracke mit Außentoiletten. Die übrigen Barracken sind in den vergangenen Jahren abgerissen worden.

1972 lebten in der Siedlung noch 190 Personen, vor allem kinderreiche Familien. Die Zahl der Bewohner hat sich bis heute auf 90 Personen reduziert. Mit Hilfe der Stadt Friedberg sind die Familien in das übrige Stadtgebiet umgesetzt worden und haben sich dort größtenteils integriert.

Die dort noch lebenden Familien und Einzelpersonen werden auch auf einen Umzug orientiert, denn sowohl der Steinbau als auch die Baracke sind für Wohnzwecke nicht geeignet.

Es gibt keine Bäder, Gemeinschaftstoiletten, viele Wohnungen sind feucht und hygienisch nicht tragbar.

Eine umfassende Sanierung der Wohnsiedlung bedeutet einen zu hohen Kostenaufwand.

Außerdem liegt die Siedlung am Stadtrand von Friedberg, in unmittelbarer Nähe der amerikanischen Kaserne, des Polizeipräsidiums und des Gefängnisses von Friedberg, weit entfernt von anderen Wohngebieten und Kontakten, von günstigen Einkaufsmöglichkeiten und kulturellen Einrichtungen.

2. Zur Sozialarbeit in der Frankfurter Str. 29

1970 hat der Deutsche Kinderschutzbund mit der Bewohnerarbeit begonnen. In gemeinsamer Aktion mit verschiedenen Bewohnern wurde eine Spielstube eingerichtet. Durch die Kinderarbeit konnten die Kinder sowohl gefördert und die Eltern in ihren Erziehungsschwierigkeiten unterstützt werden.

1972 wurde die Bewohnerarbeit von einem Sozialarbeiter des Diakonischen Werkes übernommen. Seit 1977 bin ich als Sozialpädagogin für diesen Bereich zuständig.

Im Vordergrund der Sozialarbeit stehen Einzelfallhilfe bzw. Familienberatung, um die Bewohner in ihren Problemen helfen zu können.

Dazu gehören:

- a) Hilfestellung beim Herausfinden von Unterstützungsmöglichkeiten und Hilfsquellen für die Bewohner
(Sozialamt, Wohnungsamt, Jugendamt, Arbeitsamt, usw.)
- b) Hilfe im Umgang mit verschiedenen Behörden und Anträgen
- c) Beratung bei partnerschaftlichen Konflikten oder Erziehungsfragen
- d) Beratung bei Familienplanung
- e) Hilfestellung bei Arbeitssuche oder Ausbildungsplatz

- f) Unterstützung bei Wohnungssuche oder bei notwendigen Reparaturen und Sanierungsarbeiten
- g) Integrationshilfen bei Umzug, Orientierung auf nachbarschaftliche Kontakte
- h) Vermittlung von Kinderfreizeiten oder Mütterkuren

Um die Bewohner zu gemeinsamen Lösungsmöglichkeiten und Aktivitäten zu führen, finden regelmäßig Bewohnerversammlungen statt. Wesentliche Probleme sind dort Wohnungssuche, Renovierungen, Beseitigung der Feuchtigkeit in den Wohnungen, Erziehungsprobleme, gemeinsame Unternehmungen. Um die vielschichtigen Probleme lösen zu können, ist ein Kontakt zu Behörden wie Liegenschaftsamt, Wohnungsbaugesellschaft, Sozialamt, Jugendamt, Gesundheitsamt oder Arbeitsamt erforderlich.

Seit 1971 besteht in Friedberg der Arbeitskreis "Soziale Brennpunkte", in dem Vertreter der zuständigen Behörden, der Freien Wohlfahrtsverbände, der Parteien, des Landesjugendamtes und der Bewohner zusammentreffen, mit dem Ziel, die anfallenden Probleme der Siedlung in gemeinsamer Beratung und Zusammenarbeit zu lösen.

3. Schülerarbeit in der Frankfurter Str. 29

Seit Herbst 1977 wird die Schülerarbeit in der Spielstube der Frankfurter Str. 29 nicht mehr vom Deutschen Kinderschutzbund durchgeführt.

Im Januar dieses Jahres übernahm ich die Schülerarbeit an 2 Nachmittagen mit Unterstützung unseres Zivildienstleistenden. Im März dieses Jahres konnte noch eine Honorarkraft für Schulaufgabenhilfe für die übrigen 3 Tage eingestellt werden.

Die evangelische Kirchengemeinde in Friedberg stellte uns im Mainzer Tor Weg Räumlichkeiten zur Verfügung.

Circa 12 Schulkinder besuchen unseren Schülerladen, wobei der Anteil an Sonderschülern sehr hoch ist.

Hausaufgabenhilfe, Unterstützung bei schulischen Schwierigkeiten und eine aktive Freizeitgestaltung bestimmen die pädagogische Arbeit.

Dabei sind die Förderung von Leistungswillen und die Entwicklung von Ich-Stärke und Selbständigkeit wichtige Erziehungsgrundlagen.

Um diese Ziele zu erreichen muß den Kindern eine hinreichende Mitsprache in den sie betreffenden Belangen zugestanden werden. Zunächst haben verschiedene Bewohner die neuen Räume renoviert und die Kinder haben diese mit Bastelarbeiten, Bildern, Collagen und Wandzeitungen ausgestaltet. Die Auseinandersetzung mit der Umwelt ist ebenso ein wichtiger Bestandteil der Freizeitarbeit. Dazu wurden eine Ferienfreizeit, Besuche der Stadtbücherei, eines Museums, einer Töpferwerkstatt, der Post, usw. durchgeführt. Die gewonnenen Eindrücke werden in Bastel- und Werkarbeiten, Interviews oder Rollenspielen festgehalten und verarbeitet.

Seit Bestehen der Schülerarbeit hat sich das Sozialverhalten der Kinder gefestigt. Sie können besser miteinander und in der Gruppe spielen und haben gelernt mit Spielen und Materialien selbständiger umzugehen. Bei einzelnen Kindern haben sich auch schulische Leistungen verbessert.

Sabine Welk, (Sozialpädagogin) Große Köhlergasse 1,
Diakonisches Werk, Dekanatsstelle Friedberg, Tel.: 06031/ 2638

Unter menschenunwürdigen Bedingungen müssen

„Viehstallungen sind nicht so schlimm“

Für die Betroffenen keine Hilfe in Sicht

Von unserem Redaktionsmitglied Winfried Rohloff

FRIEDBERG. Selbst ein so besonnener Mensch wie der Erziehungswissenschaftler Professor Dr. Gerd Iben aus Bad Nauheim greift zu Vokabeln wie „menschenunwürdig“. Das Diakonische Werk schlägt in die gleiche Kerbe. Auch den Verantwortlichen der Kreisstadt sind die „Jahrzehntelangen Probleme“ (so ein Sprecher des Magistrats) der vor einem halben Jahrhundert errichteten Obdachlosen-Unterkünfte an der amerikanischen Kaserne wohl bekannt.

Rund 22 000 Benzinkutschenbesitzer, die täglich die Bundesstraße 3 frequentieren, können das Aushangeschild der Wetteraumetropole am Stadtrand bewundern. Ein schmutziger, häßlicher zweigeschossiger Backsteinbau sowie eine Baracke gleich daneben. Dahinter, auf der nahen Wiese, sieben Plumpsklosets, teilweise kotübersät. Die wolle man zusammen mit der Baracke endlich abreißen, bekräftigen die Stadtväter, fügen jedoch gleich hinzu: „Das ist das Fernziel.“

Die Obdachlosenunterkünfte sind nicht nur nach Meinung zahlreicher Bewohner „oft schlimmer als Viehstallungen“. Kalt, zum Teil schimmelige feuchte Wände machen in der Tat ein menschenwürdiges Wohnen zumeist unmöglich, zumal sich auch Ratten dort eingenistet haben. Was sich dort abspielt, geißelt Lore Eiffert, Sozialausmitglied der SPD-Stadtverordnetenfraktion „seit Jahren“. Die Sozialdemokratin, sie ist Mitglied des heimischen Kinderschutzbundes, umreißt das Asyl knapp und drastisch: „Das Ganze ist eine Sauerei, das stinkt zum Himmel.“ Und auch Sozialarbeiterin Sabine Welk vom Diakonischen Werk und zuständig für die Bewohnerarbeit der Siedlung sieht „nicht nur eine Gesundheitsgefährdung“ für die rund 100 Bewohner der Notunterkunft.

Ursula Jahn (45), die seit ihrer Geburt in der Frankfurter Straße 29 mehr hausein als wohnen muß, klagt: „Wenn's bei uns stark regnet, sitzen wir mit dem Regenschirm beim Essen.“ Wir — das sind neben ihr neun Kinder. Die Mädchen, es sind sieben, schlafen mit ihr zusammen in einem winzigen Zimmer. Kein Wunder, wenn sich Familie Jahn nichts sehnlicher als „eine normale Wohnung“ wünscht. Denn immer noch müssen die Jahns mit drei feuchten Zimmern und einer Küche vorliebnehmen,

eine Sozialbauwohnung kann ihnen die Stadt offenbar nicht verschaffen.

„Das ist doch eine große Sauerei daß eine Kreisstadt so etwas überhaupt zuläßt“, bricht es aus dem Nachbarn Werner Beyer heraus. Der 48jährige sucht ebenfalls seit Jahren eine Wohnung für seine achtköpfige Familie im Alter von acht bis 16 Jahren.

Für den Arbeitskreis „Soziale Brennpunkte“ steht dann auch fest: Diese Notunterkünfte sollten abgerissen und den Bewohnern andere Wohnungen beschafft werden, zumal die Unterhaltskosten für den Steinbau „viel zu hoch“ seien. Nicht weniger als 658 750,77 Mark hat die Stadt von 1964 bis 1978 für die Reservierung der Primitivwohnungen“ (Professor Iben) ausgeschüttet.

Der Arbeitskreis hat sich deshalb jetzt an den Magistrat gewandt und diesem empfohlen, sich „dringend in den nächsten Woche mit dem Erziehungswissenschaftler Iben zur Beratung über Sonderwohnungs-Programme in Verbindung zu setzen“. Der Professor weiß zu berichten, daß in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen Siedlungsprogramme erstellt wurden. Da wurden in Niedersachsen Häuser für kinderreiche Familien in Stadtgebieten gebaut. Diese Miet-Einfamilien-Häuser, die durch Wohngeld und Leistungen aus der Sozialhilfe mit subventioniert werden, gehen später in das Eigentum der Familien über. Beim Programm für Eigenheime, so formuliert Dr. Iben muß dabei eine zehnpromtente Eigenleistung erbracht werden, wobei dieser Eigenanteil durch Mitarbeit am Haus ersetzt werden kann.

In dem jüngsten Bericht des Hessischen Innenministers vom 1. Januar 1978 zur Arbeit in Obdachlosenunterkünften werden freilich die Behausungen an der Bergkaserne völlig ausgelassen. Allerdings: Rechtsvorschriften, so

Friedbergs Obdach

losen-Unterkunft

Familien leben

die ministerielle Auskunft über Mindestforderungen für Notunterkünfte, gibt es in Hessen nicht. Für manche heißt dies weiter: Kein richtiges Dach über den Kopf zu haben, Tag und Nacht auf der Straße oder in halbfertigen oder unzumutbaren Häusern und unter Brücken das Nachtlager aufzuschlagen.

„Hier macht sogar das Lernen Spaß“

Gruppenarbeit im „Sozialen Brennpunkt“ / „Entwicklung der Ich-Stärke“

FRIEDBERG. Fast auf die Minute pünktlich, kurz vor 14 Uhr, wird es von montags bis freitags auf dem Mainzer Torweg lebendig. 15 Kinder im Alter von sieben bis zwölf Jahren, allesamt aus den Obdachlosenunterkünften in der Frankfurter Straße, kennen

nur noch ein Ziel: das Haus Nr. 15 im Souterrain. Dort warten dann auch bereits die Sozialpädagogin des Diakonischen Werkes, Sabine Welk, und Zivildienstleistender Eduard Hechler. Die Gruppenarbeit für den „Sozialen Brennpunkt“ kann beginnen.

Hausaufgaben werden unter pädagogischer Anleitung erledigt, Schulnöte erörtert. Ein zumindest ebenso wichtiger Punkt ist die Freizeitgestaltung. Ein breit gefächertes Programm haben die Aktiven des Diakonischen Werkes ausgearbeitet. Sabine Welk untermauert: Bei Kindern sind Bereitschaft zur Leistung und Entwicklung der Selbständigkeit wichtige Erziehungsgrundlagen.

deshalb müssen wir ihnen auch eine hinreichende Mitsprache zugestehen.

Die Folge: Zunächst durften die Kinder vom Bezirk Friedberg-Süd ihren Raum sowie die kleine Küche selbst ausgestalten. Die Wände schmücken billiger, Bastelarbeiten, Collagen, Handzeitungen, Granulat-Arbeiten und Masken. Selbst die Etatausgaben bestimmen alle gemeinsam. Zwar besteht die

Gruppe erst seit wenigen Monaten, doch schon hat sich die „Mannschaft“ nach Meinung des zweiköpfigen Erziehungsteams im Sozialverhalten stabilisiert. Auch eine soziale Disziplin habe sich bereits eingestellt.

Erste Kontakte zur Umwelt sind ebenfalls bereits geknüpft. Auch zu anderen Gruppen. In den nächsten Wochen steht eine Fabrikbesichtigung auf dem Programm, dann sind die Post, eine Töpferwerkstatt, die Stadtbücherei und ein Bauernhof an der Reihe. Neben einem Theaterbesuch ist das Erforschen eines Museums geplant. Alle Eindrücke halten die Kleinen in selbstgemalten Bildern und sogar im Ton fest, denn sie agieren auch als Reporter und machen Interviews. In ferner Zukunft wollen die Kinder ihrem angeborenen Spieltrieb freien Lauf lassen und sich in einer Theateraufführung bewähren.

Als Erziehungsziel nennen die Verantwortlichen:
Entwicklung der Ich-Stärke;
Gemeinschaftliches Handeln und Verhalten;
Aufschub von Bedürfnissen;
Mehr Selbständigkeit erlernen;
Förderung des Leistungswillens;
Die Umwelt erfahren, um sich mit ihr auseinanderzusetzen;
Die Entwicklung zur Bereitschaft, Konflikte sozial zu lösen.

Doch eine pädagogische Arbeit mit der Gruppe muß auch eine intensive Elternarbeit nach sich ziehen. Zweimal im Monat informiert Sabine Welk „auf dem Berg“ in der Frankfurter Straße 29 die Erziehungsberechtigten über den Ablauf der Gruppenstunden. Dort wird dann auch offen über die pädagogische Arbeit diskutiert. Zudem kann die Sozialpädagogin Erziehungshaltungen in der Elterngruppe hinterfragen, um gemeinsam Lösungsmöglichkeiten zu erforschen.

Die Kinder jedenfalls sind sich einig. Ob Peter Weber oder Ulrike Beyer, sie formulieren nahezu gleiche: Uns gefällt es ganz prima, das macht sogar das Lernen Spaß.



Siedlung Frankf. Str. Friedberg



Friedberg, Frankfurter Straße

„Notunterkünfte nicht mehr tragbar“

Arbeitskreis „Soziale Brennpunkte“ beriet über Haus Frankfurter Straße 29

Dieser Tage traf sich der Arbeitskreis „Soziale Brennpunkte“ Friedberg im Sitzungssaal des Stadthauses, um über Bewohnerprobleme der Notunterkunft Frankfurter Straße 29 zu beraten. Anwesend waren Vertreter der Freien Wohlfahrtsverbände, Vertreter der Stadt Friedberg und des Wetteraukreises, Parteienvertreter und das Landesjugendamt. Als Gast begrüßte der Arbeitskreis besonders Professor Dr. Gerd Iben, der sich bereits seit Jahren mit Fragen zur Obdachlosenarbeit beschäftigt.

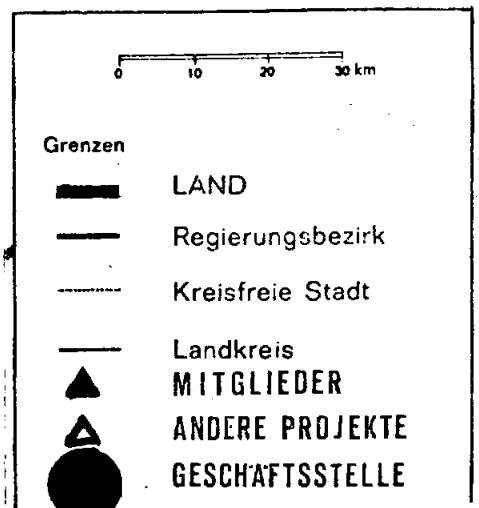
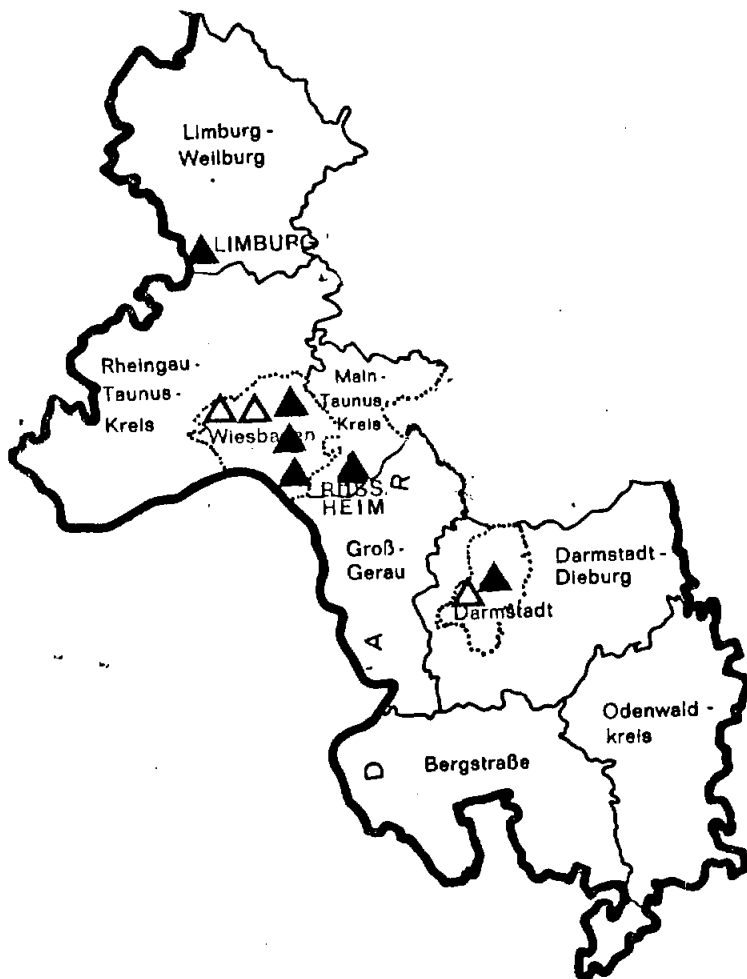
In der Frankfurter Straße 29 leben etwa hundert Personen, das entspricht etwa 14 Familien mit Kindern und Einzelpersonen. Als Wohnraum steht den Bewohnern ein altes Backsteingebäude und eine Baracke zur Verfügung.

Sabine Welk, zuständige Sozialarbeiterin vom Diakonischen Werk für die Bewohnerarbeit in der Siedlung, bezeichnete die Wohnungen als unzulänglich, weil sie feucht seien und damit eine Gesundheitsgefährdung bedeuteten. Außerdem hätten die Bewohner keine Bäder und in der Baracke noch Außentoiletten, was notwendigen hygienischen Anforderungen nicht mehr entsprechen. Die Reparaturanfälligkeit des Steinbaus erhöhe sich jährlich, trotz der Bemühungen der Stadt Friedberg, Schäden zu beseitigen. Im Arbeitskreis herrschte Elnigkeit darüber, daß für die Bewohner dringend andere Wohnmöglichkeiten gefunden werden müssen. Stadtrat Umsonst, Sozialdezernent der Stadt Friedberg, nahm Vorschläge des Arbeitskreises zur Errichtung eines neuen Wohnblocks zur Kenntnis. Gespräche mit

der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft und eine Überprüfung des Haushaltsetats sollen vom Magistrat durchgeführt werden. Mit der Erstellung eines neuen Wohnblocks müsse jedoch die Auflösung des Backsteingebäudes als Verwendung für weitere Wohnzwecke einhergehen, wurde gefordert.

Ein weiteres Problem tauchte bei den Bewohnern auf, die verteilt in das übrige Stadtgebiet Friedbergs ziehen wollen. Obwohl die Umsiedlung von auszugswilligen Bewohnern in den letzten Jahren von der Stadt positiv vorangetrieben wurde, sind jetzt kaum noch städtische Wohnungen vorhanden. Es handelt sich besonders um einige kinderreiche Familien, die schon lange auf eine größere Wohnung warten. Stadtrat Umsonst bestätigte, daß für diesen Personenkreis im sozialen Wohnungsbau kaum Lösungen gefunden werden könnten. Auch die Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft sei nicht in der Lage, größere Wohnungen zu stellen. Auf die Frage, wo entsprechender Wohnraum zu finden ist, stellte Professor Dr. Iben Siedlungsprogramme aus Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen vor. Auf Vorschlag des Diakonischen Werkes sprach der Arbeitskreis dem Magistrat die Empfehlung aus, sich dringend in den nächsten Wochen mit Professor Dr. Iben zur Beratung über Sonderwohnungsprogramme in Verbindung zu setzen. Die Prüfung der finanziellen Zuschüsse müsse so schnell wie möglich abgeschlossen werden, damit noch in diesem Jahr bauliche Tätigkeiten begonnen werden könnten.

BEREICH HESSEN SÜD/WEST





*Zugesperrter block in der Siedlung
Mühlthal Wiesbaden*

Darstellung der Situation im Mühlthal

Die Siedlung Mühlthal hat typisch wie jede Obdachlosensiedlung eine sehr beschissene Lage. Sie wurde außerhalb der Stadt Wiesbaden auf nassem Hang gebaut und ist umgeben von der Schnellstraße, die Zufahrtsweg zur Autobahn ist. Oberhalb der Siedlung sind die Eisenbahnlinien, unterhalb der Siedlung ist die Kläranlage, die bis in den Herbst hinein fürchterlich stinkt. Durch den ständigen Eisenbahnverkehr ist niemals richtig Ruhe in der Siedlung.

Die Siedlung hat eine Einwohnerzahl von 411 Personen, die sich wie folgt aufschlüsseln:

- 62 Säuglinge und Kinder bis zu 6 Jahren
- 104 Schulkinder
- 37 Jugendliche
- 40 Alte Leute
- 23 Körperl. und geistig Behinderte
- 56 Zigeuner
- 21 Gastarbeiter
- 19 alleinstehende Mütter

Die Siedlung hat einen Bewohnerrat von 19 Personen (2 Männer u. 17 Frauen), die alle mehr oder weniger mitarbeiten, die Beteiligung könnte noch viel stärker sein, wenn noch mehr Bewohner im Bewohnerrat mitarbeiten würden.

Sitzungen des Bewohnerrat sind öffentlich, werden aber oft von den Bewohnern erst oftmals aufgesucht, wenn es sich um Einzelfälle handelt.

Aufgaben des Bewohnerrats sind:

1. Alle Probleme in der Siedlung aufgreifen, damit sie bearbeitet werden.
2. Altenarbeit
3. Einzelfallhilfe leisten
4. Die Bindungen zu den Gastarbeitern und den Zigeunern zu festigen.
5. Kontakte zu Ämtern (Stadt, Fürsorge usw)
6. Kontakt zu Beirat, sowie zur Gesellschafter halten
7. Sich mit der neuen Siedlung Sauerland befassen.
8. Bei Todesfällen Geld zu sammeln, damit Kränze und Blumen gekauft werden können.
9. Feste und Fahrten planen und vorzubereiten
10. (neu) Wiederherstellung der Verbindungen zu den anderen Obdachlosensiedlungen (LAG)

Die Siedlung hat einen Kindergarten, ein Gemeinschaftszentrum mit Beat Keller und einem eigenen Konsum.

Zur Kindertagesstätte ist folgendes zu sagen:

Das derzeitige Team ist in Ordnung, hat es aber noch verdammt schwer bei einigen Bewohnern, damit sie ihre Kinder in den Kindergarten schicken. Die Bewohner haben immer noch Vorurteile in Bezug auf die Arbeit im Kindergarten, das auch berechtigt war, denn die Situation war nicht immer so wie heute. Es gab allerhand Schwierigkeiten und allerhand zu beanstanden. (ständig Personalmangel, ~~ih~~ inhaltliche Arbeit mit den Kindern)

Doch wie ich ja schon erwähnte, ist das Personal jetzt in Ordnung. Ich glaube, ich kann das auch gut beurteilen, denn sonst hätte ich nicht meine beiden Enkelkinder und mein Patenkind dort hin getan.

Zu meinen Enkelkindern ist folgendes zu sagen:

Es sind Zwillingkinder von 3 Jahren, die sich nie mit uns (Familie) unterhalten haben, sie hatten ihre eigene Sprache und haben sich zu Hause fast den ganzen Tag gezankt und geschlagen. Immer wollte einer das gerade zum Spielen, was der andere auch ~~hat~~ haben wollte. Jetzt nachdem sie ein 3/4 Jahr in unserem Kindergarten sind, sprechen und singen sie genauso wie jedes andere Kind. Auch bei dem Spiel ist es ja jetzt anderes, es gibt kaum noch ~~Zank~~ Zank und Streit, sie haben gelernt, das man auch auf die Wünsche der anderen eingehen muß und das man weiterkommt, wenn man teilt.

Ich möchte aber noch erwähnen, daß unsere Kinder keine Marionetten sind. Unsere Kinder werden dort mit viel Liebe erzogen, so daß jedes Kind doch seine eigene Persönlichkeit entfalten kann.

Im Gemeinschaftszentrum und dem Kindergarten arbeiten 5 Bewohner aus der Siedlung fest mit.

Die Arbeit im Beat Keller wird von den Jugendlichen unter der Aufsicht von einer dafür in der Jugendarbeit tätigen Person verrichtet.

Das Zentrum hat folgende Mitarbeiter:

- 1 Geschäftsführer
- 1 Gemeinwesenarbeiterin
- 1 Jugendpfleger
- 1 Sozialarbeiterin
- 1 Putzfrau
- 1 Hauswartin

Bisher ist in folgenden Bereichen gearbeitet worden:

1. Kinderarbeit:

Hausaufgabenbetreuung, Kochen, Basteln, Schwimmen, Freizeiten
Fußballverein

2. Jugendarbeit Mädchen:

Nähkurs, Kochen, Basteln, Schwimmen, Freizeit, Sexualaufklärung
Thekendienst im Beat Keller

3. Jugendarbeit Männlich:

Auklärung über Drogen, Sexualaufklärung, Körperpflege, Werken.
Fußball, Nähen, Thekendienst.

4. Frauengruppe (siehe nächste Seite)

Erfahrungsaustausch über Kindererziehung (Ernährung z.B.)
Basteln, Kochen, Schwimmen, Sexualberatung. Ein großer Teil
der Frauen besucht regelmäßig die Pro Familia in der Siedlung.

5. Keramikkurs

Der Keramikkurs war die ganze Zeit vorhanden, wird aber in
letzter Zeit nicht mehr so gut besucht, dafür gibt es jetzt
einen Werkkurs. Die Beteiligung ist recht gut, wird aber leider nur
von Frauen besucht. Die Männer für den Werkkurs zu aktivieren ist
bisher noch nicht gelungen. Sie gehen lieber auf Feste und nehmen
an den Bewohnerfahrten teil. Ebenfalls werden die Skatabende, die
mit Bewohnern aus den anderen Siedlungen gemacht werden, gut be-
sucht.

6. Altentreffen

Jeden Monat ist einmal Altentreffen im Zentrum, es gibt dann Kaffee
und Kuchen, meistens wird anschließend etwas gebastelt, dazu gibts
Wein und Musik. In den warmen Monaten ist noch ein zweiter Tag für
die Alten Leute eingeschoben, wo es dann raus in's Grüne geht, na-
türlich mit Verpflegung.

Die Arbeit für das Jahr 1977 im Zentrum ~~XXXXX~~ und Siedlung wurde
wie folgt geplant:

1. Kinderarbeit : Die Kinder sollen in der Schule besser gefestigt
werden, das heißt die Schülerbetreuung muß intensiver werden. Die
Kontakte zu den Lehrern muß weitergeführt werden. Es werden auch nicht
mehr alle Kinder betreut, sondern nur noch vom 1. - 3. Schuljahr und
das an 5 Tagen in der Woche. Die ^{höheren} Jahrgänge werden bei Ver-
setzungsschwierigkeiten in einem Stützkurs betreut. Es soll weit-
gehend versucht werden, daß die Kinder nicht auf die Sonderschule
kommen.

Geplant ist für die Arbeit mit den Kindern, daß dieses Jahr auch die
Sonderschüler erfaßt werden und sie intensiv betreut werden.

2. Jugendarbeit : Ziel ist es den Jugendlichen behilflich zu sein,
damit sie eine Arbeitsstelle bekommen, das steht konkret bei sechs
Jugendlichen an. Die ^{Gefahr} der Kriminalität und des Alkoholismus
ist bei den arbeitslosen Jugendlichen besonders stark.

3. Erwachsenenarbeit: Der Wohnerrat hat sich zur Aufgabe gemacht in diesem Jahr mehr Bewohner für die Arbeit im Wohnerrat zu aktivieren, damit die Arbeit in der Siedlung besser läuft und die Alten und Pflegebedürftigen regelmäßiger und besser betreut werden. Zur Zeit sind 6 Bewohner in der Altenarbeit tätig.

Konsum

Der Konsum ist ein Produkt der Initiative und Aktivität des Wohnerrates. Die O~~P~~ hat uns da bei der Zwischensanierung unterstützt, wir haben Räume zur Verfügung gestellt bekommen, dazu Kellerräume für die Lagerung der Waren.

Unterstützt hat dies auch die Stadt. Es ist den Bewohnern nicht zu zumuten, das sie einen weiten Weg in die Stadt machen um ihre Lebensmittel einzukaufen, insbesondere trifft es die alten Menschen hier in der Siedlung. Einzigste Möglichkeit für die Bewohner ihre Einkäufe zu machen, war das Lebensmittel^{auto} welches jeden Tag in die Siedlung kommt, Hier sind die Bewohner wegen der hohen Preise der Waren ausgenommen worden wie eine Weihnachtsgans!

Die Waren für den Konsum werden bei Aldi, Plus und Groß Markt besorgt., wobei auf Sonderangebote geachtet wird.

Auf die Tiefkühlkost kommen 15%, auf die restlichen Waren kommen 10% Aufschlag, das ist notwendig um die Unkosten wie Strom und Versicherung abzudecken.

Im Konsum sind alle Mühltaler Mitglieder, das ist sehr wichtig, allenfalls müßten wir Steuern bezahlen. Die Arbeit im Konsum wird von vier Wohnerratsmitgliedern gemacht.

Der Konsum besteht jetzt seit einem Jahr und niemand möchte ihn missen Ein großes Problem in diesem Jahr werden die Zigeuner sein. Es wird einer unserer Hauptaufgabe sein, sie zu betreuen, da verschiedene Sippen von den Zigeunern in der Siedlung wohnen.

Im Auftrag des Wohnerrats

Alma Born
(Alma Born)

Zur Situation des Gemeinschaftszentrums im Mühlthal und zur Arbeit der Sozialarbeiter dort schreibt die Projektgruppe:

GENEINSCHAFTSZENTRUM MÜHLTAL AM ENDE?

Das Gemeinschaftszentrum Mühlthal bangt um seine Existenz. Seit 1974 sind die Zuschüsse nicht mehr erhöht worden und jetzt droht auch noch der Landeswohlfahrtsverband den Geldhahn auszudrehen. Während man in den vergangenen Jahren recht und schlecht über die runden kam, indem man einsparte, wo es nur ging, ist diesmal nirgends mehr Luft drin. Nicht einmal die zu erwartenden Lohn- und Gehaltserhöhungen der 14 hauptamtlichen Mitarbeiter (da sind auch Hausmeister und Reine-machefrauen mitgezählt) können vom derzeitigen Etat - bleibt er unverändert - noch finanziert werden. Es muß also etwas geschehen, sollen die "Obdachlosen" der Siedlung Mühlthal ihr Gemeinschaftszentrum verlieren.

Das Gemeinschaftszentrum finanziert sich so: Die Hälfte der Mittel kommen von der Stadt, mit 30 Prozent beteiligt sich die Evangelische Kirche, die restlichen 20 Prozent übernimmt die Katholische Kirche. Weil die beiden Kirchen sich seit 1974 weigern, die Etatmittel aufzustocken und sie den gestiegenen Kosten anzupassen, hielt auch die Stadt ihren Anteil unverändert. Wenn nun auch der Landeswohlfahrtsverband den 65000-Mark-Festbetrag dem Rotstift zum Opfer fallen läßt, dann ist man im Gemeinschaftszentrum ratlos. Dies kann das Ende der Obdachlosenarbeit im Mühlthal bedeuten.

Dabei können die Hauptamtlichen, die von rund einem Dutzend ehrenamtlicher Helfer unterstützt werden, handfeste Erfolge aufweisen. Die Quote der Sonderschüler wurde gegenüber 1975 um rund 13 Prozent gesenkt. Auch ein Verdienst der Hausaufgabenhilfe der Ehrenamtlichen, die zweimal in der Woche Hilfestellung geben: Hausfrauen und Schüler.

Bei der sinkenden Zahl der Sonderschüler wirkt sich auch die Arbeit des Kindergartens aus: An Kindern mangelt es im Mühlthal nicht. Kinderreiche Familien, darunter Zigeuner, Mütter mit Kindern und alte Leute sind die Hauptgruppen. Im Kindergarten ist einiges getan worden, um den Kindern der Siedlung die gleiche Ausgangsposition zu schaffen, beim Schulbeginn. Es geht um Chancengleichheit, damit die Klassenkameraden aus den besseren Wohnvierteln die Mühlthaler nicht gleich um Längen schlagen.

Die Hortarbeit lag im vergangenen Jahr etwas verwaist, da ein neuer Jugendpfleger erst im September eingestellt wurde, der die Arbeit neu aufbauen mußte. Jugendliche brauchen im Mühlthal besonders intensive Betreuung. Unter ihnen ist die Zahl der Arbeitslosen besonders hoch, kaum einer, der einen Ausbildungsplatz hat. Gelegenheitsjobs für einige, so sieht es dort aus. Hoffnung hatte man auf das Projekt "Dreisprung" gesetzt, daß gerade auch den Mühlhalern helfen sollte. Haben doch die meisten Jugendlichen keinen Hauptschulabschluss. Das Projekt wurde von der neuen christdemokratischen Mehrheit im Stadtparlament verhindert. Um die Jugendlichen vor dem Abgleiten in die Kriminalität zu bewahren, ist ihre Betreuung besonders nötig. Mit Diskothek-Abenden, gemeinsamen Unternehmungen (Besuch auf der Eisbahn zum Beispiel) versucht man sie

bei der Stange aufdrücken und den Kontakt nicht zu verlieren.

Das Angebot für alte Menschen reicht über wöchentliche Kaffee-Nachmittage, Filmvorführungen, Kegelrunden und Besuch der Tanzveranstaltungen im Bürgerzentrum Bergetraße Kirche bis zu Freizeiten. Auch alleinstehende Mütter lud man zu einer Freizeit ein, die Gelegenheit gab, einmal über die Probleme zu reden. Oder den Frauen des Mühltales werden Bastelkurse angeboten. Vor Weihnachten gefragt wie die Werkkurse für alle Mühlthal-Bewohner, die teilnehmen wollen.

Das Gemeinschaftszentrum ist Treffpunkt. Seine Existenz läßt aus den Bewohnern einer Obdachlosensiedlung Nachbarn werden, die andere Einsichten über ihr Schicksal gewinnen.

Rund 400 "Obdachlose" beherbergt die Siedlung Mühlthal derzeit. Die Wohnverhältnisse sind eher schlechter geworden. Ein Block steht leer, ist vermutlich abbruchreif. In den übrigen Blocks gibt es noch wie vor keine Zentralheizung, die Isolation der "Einfachbauten" ist schlecht, über feuchte Wände wird geklagt. Das Gemeinschaftszentrum dagegen ist immerhin ein solider Bau, der zumindest den Kindern über die Lage der unzureichenden Bekleidungen hinweghelfen kann. Für die Bewohner der Obdachlosensiedlung Mühlthal würde eine Schließung des Gemeinschaftszentrums das Ende aller Hoffnungen bedeuten.

Der Etat muß im Jahr 1978 wenigstens soweit aufgestockt werden, daß die Arbeit im bisherigen Umfang weitergeführt werden kann.

Wir organisieren unsere Armut

Bewohner der Mühlalsiedlung in Wiesbaden berichten über ihren genossenschaftlich betriebenen Lebensmittelladen

Der Konsumverein Mühlal, über dessen Ziele und Arbeit wir hier berichten wollen, wurde von uns im Frühjahr 1975 gegründet. Der kleine Lebensmittelladen des Konsumvereins befindet sich in der größten Obdachlosensiedlung Wiesbadens, in der Siedlung Mühlal. Er ist eine Einrichtung, die wir, einige Bewohner der Siedlung, geschaffen haben und selbst tragen.

Bevor wir davon schreiben, wie es dazu kam, ist es für den Leser wohl wichtig zu wissen, wer wir sind.

Das Mühlal

Die Siedlung Mühlal liegt am Rande der Stadt, wo sonst kaum jemand wohnen möchte, zwischen der städtischen Kläranlage, Bahngleisen und der Autobahn. Nur wenige von uns haben einen Beruf erlernt, und wenn doch, dann meistens den falschen: Bauberufe (Maurer, Verputzer, Anstreicher) und landwirtschaftliche Berufe (Gärtner), die heute nicht mehr häufig gebraucht werden.

Die Lebensdauer in den Wiesbadener Obdachlosensiedlungen – in anderen Städten wird es ähnlich sein – ist ungefähr zehn Jahre kürzer als im Durchschnitt. Bis vor wenigen Jahren mußten wir in Häusern leben, in denen man unweigerlich krank wurde. – Erst eine Sanierung im Mühlal hat die Wohnraum-

enge in den Unterkünften weitgehend beseitigt und die sanitären Anlagen verbessert. Hinzu kommt die Situation am Arbeitsplatz: Die meisten von uns arbeiten in Kleinbetrieben, die es mit den Arbeitsschutzbestimmungen nicht so genau nehmen. Sie sind dort oft schweren körperlichen Belastungen bei vergleichsweise niedrigen Löhnen ausgesetzt. Deshalb erreicht kaum einer von uns das normale Rentenalter. Frühinvalidität wird fast zum Regelfall.

Unter den etwa 400 Bewohnern des Mühlals gibt es viele unvollständige Familien, die am Rande des Existenzminimums von der Sozialhilfe leben. Als es im Jahre 1975 mit der Arbeitslosigkeit anfang, gab es im Mühlal kaum mehr eine Familie, die finanziell noch einigermaßen über die Runden kam. Gegenwärtig leben wir unter materiellen Bedingungen, an die sich unsere älteren Mitbewohner noch gut erinnern können. Damals – in der Arbeitslosenzeit am Ende der 20er Jahre – muß es fast allen Arbeitern ähnlich ergangen sein wie vielen von uns heute.

Die Gründung des Konsumvereins

Bevor es den Konsumverein in der Siedlung gab, waren viele Bewohner gezwungen, teuer einzukaufen, nämlich bei fliegenden Händlern, die in die Siedlung kamen. Läden gibt es in der näheren Umgebung nicht und der Besuch von Supermärkten in größerer Entfernung ist für viele mit Transportschwierigkeiten verbunden. Da Privatwagen bei uns nicht gerade verbreitet sind, müssen wir mit

dem Taxi fahren. Die Kosten dafür fressen natürlich einen großen Teil dessen wieder auf, was durch den billigen Einkauf in den Supermärkten eingespart werden kann. Außerdem sind Taxifahrer oft alles andere als erfreut über solche Transportwünsche. Für viele von uns – besonders die Alten und Kranken – scheidet Großeinkäufe von vorneherein aus. Andere scheuen sich, viel Geld auf einmal auszugeben, und glauben, daß man billiger lebt, wenn man sein Geld tröpfchenweise ausgibt.

Unter diesen Bedingungen ist es kein Wunder, wenn Obdachlosensiedlungen zum beliebten Jagdgebiet für fliegende Händler werden; deren entscheidender Nachteil – sehr hohe Preise – wird durch einige Vorteile ausgeglichen: sie gewährleisten eine ortsnahe Versorgung mit Lebensmitteln und ermöglichen es außerdem, auf Kredit einzukaufen. Das führt manchmal dazu, daß am Anfang vom Monat ein großer Teil des Einkommens zur Schuldendeckung ver-

wandt werden muß, wobei sich die genaue Höhe der Schulden kaum mehr exakt ermitteln läßt; folglich waren unsere Mitbewohner ständig der Gefahr ausgesetzt, über die hohen Lebensmittelpreise hinaus zusätzlich ausgenommen zu werden.

Als wir uns dies klar gemacht hatten, schlossen sich zunächst einige Familien zusammen, um gemeinsam, ihre wöchentlichen Großeinkäufe zu machen. Bald merkten wir jedoch, daß es besser ist, der Sache eine Organisationsform zu geben und selbst einen Laden aufzumachen, von dem alle Bewohner profitieren konnten.

So entstand der Konsumverein Mühlal. Damit ist es uns gelungen, die Vorteile ortsnahe Versorgung mit relativ niedrigen Lebensmittelpreisen zu verbinden. Wir fahren die Sonderangebote der Supermärkte ab und erhöhen die Einkaufspreise um 10%, um die laufenden Betriebskosten zu decken. Auf Kredit kann man bei uns allerdings nicht einkaufen.



Ohne Abrechnung und Buchführung kommen auch wir nicht aus – der Vorstand bei der Arbeit

Über das Mühlthal haben wir im SOZIALMAGAZIN (Heft 5/78 S. 42) schon berichtet. Die Mühlthaler sind wie in anderen Obdachlosensiedlungen eine Zwangsgemeinschaft, deren Zusammensetzung durch Einweisungsverfügungen von seiten der Obdachlosenbehörde gesteuert wird.

Nicht alltäglich ist freilich das, was die Siedlungsbewohner daraus gemacht haben: eine auf weite Strecken florierende Nachbarschaft, geprägt durch den beständigen Austausch von Dienstleistun-

gen und Gebrauchsgegenständen, und eine hohe Kontaktdichte sorgen dafür, daß – bei aller Armut und allem Elend – im Mühlthal schon keiner verkommt, zumindest notdürftig am Leben gehalten wird. Was auf dem Hintergrund oft erniedrigender materieller Lebensbedingungen noch an Gastfreundschaft und Lebensfreude zum Ausdruck kommt, überrascht oft noch jene, denen die Lebensformen im Mühlthal seit langem vertraut sind.

Im Mühlthal gibt es Leute, die Bilder malen, Gedichte



und Lieder schreiben, Kinder und Jugendliche verstehen es in einer Art zu tanzen, daß mancher lahme Disco-Betrieb aus den Fugen geriete.

All diese Fähigkeiten (die Freude am Essen und Trinken nicht vergessend) wurden zusammengefaßt in einem 'Kultur-Festival' der Mühlthal-Bewohner, das nur wenig zu tun hat mit jenen Ritualen, die ein Bürgertum in den heiligen Hallen von Besitz und Bildung zelebriert.

Das Besondere: die Mühlthal-Bewohner feierten nicht

in ihrer Siedlung, sondern im benachbarten Gemeindezentrum der evangelischen Kirchengemeinde.

Zwar ist das Mühlthal geographisch und organisatorisch ein Bestandteil dieser Kirchengemeinde, darüber hinaus läßt jedoch auf den ersten Blick nichts darauf schließen, daß zwischen Mühlthal-Bewohnern und ihren Nachbarn irgendwelche Gemeinsamkeiten bestehen. Wo im Mühlthal sichtbare Armut herrscht, macht sich im angrenzenden Wohngebiet gediegener Wohlstand breit.

Jedoch Gemeindepfarrer und Kirchenvorstand waren nie bereit, die Ausgrenzungsstrategien, die sich in der Erscheinungsweise nahezu sämtlicher Obdachlosensiedlungen niederschlagen ihrerseits zu verfestigen.

Hallo Nachbarn! – das Mühlthal hat zwei Seiten: eine, die uns aufgezwungen wurde

eine, die wir aus diesem Zwang gemacht haben.

Die eine Seite ist unsere Kultur, die andere Seite unsere Unterdrückung.

Unsere Kultur könnt ihr sehen, hören und essen – an diesem Sonntag.

Unsere Unterdrückung – sehen, hören und essen nur wir, dafür täglich.

Unsere Kultur baut keine Denkmäler, sondern lebt in jedem von uns, sie kostet keinen Eintritt und verlangt keine Kleiderordnung.

Sie ist eine Kultur der Nachbarschaft, leicht und vergänglich, eßbar und ohne Beton.

An diesem Sonntag teilt ihr unser Vergnügen, aber werktags sollt ihr auch unseren Zorn teilen über unser tägliches Elend.

Nicht nur zum Feiern brauchen wir euch, sondern auch als Bündnispartner bei der Durchsetzung von Belangen der Mühlthaler.

Versuche, die Siedlung Mühlthal zum integralen Bestandteil der Gemeinde werden zu lassen, brachten eine mühevollte Geschichte von Schwierigkeiten und Widerständen hinter sich. Und sie erhielten niemals den Geruch wohlwollender Hochnäsigkeit, der das Verhältnis von wohlhabenden und armen Leuten allgemein bestimmt, und dabei die soziale Distanz um so gründlicher zementiert.

Das 'Kulturfestival' in dieser Gemeinde zu veranstalten war kein künstlich erzwungener Rahmen, sondern konsequenter Ausdruck einer langjährigen, weitgehend erfolgreichen Zusammenarbeit.

- 140 -

Wiesbaden - Schelmengraben

Arbeitsgemeinschaft Schelmengraben e.V. - Forderung nach Nutzung eines leerstehenden in-Ladens für soziale Arbeit:

Die Arbeitsgemeinschaft Schelmengraben e.V. bemüht sich, nach den Methoden der Gemeinwesenarbeit Kontakte vorwiegend zwischen Bewohnern aus ehemaligen Obdachlosensiedlungen, Sozialhilfeempfänger- und Arbeiterfamilien herzustellen und sie dazu anzuregen, daß sie sich versammeln, ihre gemeinsamen Probleme diskutieren und Schritte zu deren Lösung einleiten.

Zur Verfolgung dieser Ziele hat die Arbeitsgemeinschaft Schelmengraben zwei hauptamtliche Sozialarbeiter, eine Sozialpädagogin (in dreiviertel-Zeit-Arbeit) und einen wissenschaftlichen Mitarbeiter eingestellt.

Aus der Diskussion ihrer gemeinsamen Probleme haben die Bewohner zusammen mit den hauptamtlichen Mitarbeitern folgende Aktivitäten entwickelt:

1. Bemühungen zur Sicherung der materiellen Existenz durch:

- Beratung in Sozialhilfefragen (Information über die Rechte nach dem BSHG und Ermutigung, diese Rechte in Anspruch zu nehmen),
- Einkaufsfahrten, zu denen sich verschiedene Familien zusammenfinden, um in den billigeren Läden des Wiesbadener Stadtzentrums die für sie erforderlichen Lebensmittel preiswerter als dies im Schelmengraben möglich ist einzukaufen,
- Mietausschuß, der bestrebt ist, Aktivitäten von Mietern zur Wahrnehmung ihrer Interessen gegenüber der Neuen Heimat (z.B. Initiativen gegen Mieterhöhungen) auszulösen, zu unterstützen und zu koordinieren.

2. Bemühungen zur Stärkung der Familien durch u.a.:

- Hilfe bei innerfamiliären Konflikten,
- Hilfe bei Konflikten mit Nachbarn.

Die Familien, die Kontakt zur Arbeitsgemeinschaft Schelmengraben (AGS) haben, sind in beträchtlichem Umfang von Arbeitslosigkeit und entsprechenden finanziellen Schwierigkeiten belastet. Der von dieser Not bewirkte Druck erzeugt Konflikte, die fortgesetzt das Zusammenleben innerhalb der Familien und der Nachbarschaften in den Wohnblocks bedrohen. Diese Konflikte zu bearbeiten ist eine ständige Aufgabe der Familienhilfe.

3. Bemühungen zur Verbesserung der Bildungssituation schulschwacher Kinder durch:

- Hausaufgabenhilfe mit dem Nahziel, diese Kinder vor der Einweisung in Sonderschulen zu bewahren, und dem Fernziel, sie zu einem Hauptschulabschluß zu befähigen.

4. Bemühungen zur Verbesserung der Freizeitsituation mit dem Ziel, die Bewohner der Siedlung aus lebensfeindlicher Isolierung herauszulösen und die Aufnahme von Beziehungen zu anderen Menschen zu ermöglichen:

- jährliche 14-tägige Sommerfreizeit für 30 Kinder aus überwiegend kinderreichen Familien,
- jährliches großes Kinderfest, jährliches Faschingsfest und jährliches Weihnachtsfest für Kinder und Erwachsene,
- wöchentliches Turnen für Erwachsene in einer Turnhalle,
- vielfältige Freizeitaktivitäten für Kinder wie: Spiele, Malen, Basteln; gemeinsame Fahrten zum Baden, gemeinsame Ausflüge, Schnitzeljagden, Nachtwanderungen, Fußballturniere, Grillfeste etc.,
- Fußballverein "Sportfreunde Schelmengraben e.V.", der sich von dieser Saison 1978/79 ab an den Punktspielen der B-Klasse beteiligt.

5. Bemühungen zur Verbesserung der Nachbarschaftshilfe:

- Hilfen bei Möbeltransporten, Reparaturen in den Wohnungen etc.,
- Frauengruppe, in der Frauen ihre gemeinsamen Probleme diskutieren und sich wechselseitig in Notfällen, bei der Betreuung ihrer Kinder etc. helfen.

6. Das Lebenszentrum der AGS bildet die wöchentlich stattfindende Bewohnerversammlung (jeden Dienstagabend ab 20 Uhr), auf der der notwendige Informationsaustausch zwischen den verschiedenen Gruppen geleistet und alle Vorhaben geplant und beschlossen werden.

Die AGS hatte zur Sichtbarmachung ihrer Forderung nach Nutzung des in-Ladens vom 26.-30. Juni 78 eine Informationswoche über ihre Arbeit in eben diesem Laden durchgeführt.

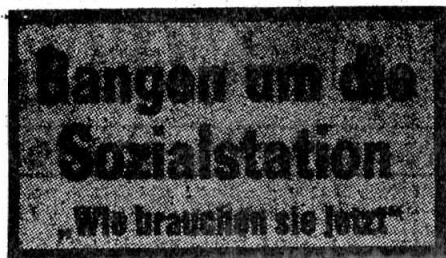
Im letzten Moment wollte die Wiesbadener Stadtverwaltung die Öffnung des Ladens für diese eine Woche mit versicherungsrechtlichen Bedenken verhindern. Ein go-in von 20 Bewohnern des Schelmengrabens ins Jugendamt bewirkte jedoch die Genehmigung zur Durchführung der Informationswoche in dem leerstehenden Ladengebäude.

Phase 5: die Verwaltung schlägt zurück. Das Stadtentwicklungsdezernat gibt in seinem Bericht vor dem Ferienausschuß am 17.8.78 so uferlos hohe Kosten für den Umbau des in-Ladens an, daß es eine Zurücknahme des Stadtverordnetenbeschlusses vom 6. Juli 78 erreicht. Auf einen Umbau des in-Ladens mit Einrichtung voneinander abgetrennter Räume etc. soll verzichtet werden. Stattdessen sollen die für die soziale Arbeit der AGS erforderlichen Räumlichkeiten an das für den Schelmengraben geplante Jugendzentrum angegliedert werden: ein Vorhaben, das bei optimistischster Betrachtungsweise frühestens in zwei Jahren, wahrscheinlich aber erst viel später verwirklicht werden könnte. Immerhin soll der in-Laden notdürftig betriebssicher und bis zur Fertigstellung des Jugendzentrums der AGS als Provisorium zur Verfügung stehen.

Diese Entscheidung des Ferienausschusses hat der Ausschuß für Jugend, Soziales und Gesundheit am 5.9.78 bestätigt und wird in dieser Form sicher auch von der Stadtverordnetenversammlung am 14.9.78 akzeptiert werden.

Phase 6: wenn die Stadtverordnetenversammlung am 14.9.78 grünes Licht für das Minimalprogramm in Sachen in-Laden "lediglich Herstellung der Betriebssicherheit des Ladens und anschließende Öffnung für die AGS" gegeben haben wird, kommt es für die AGS darauf an, fortgesetzten Druck auf die Stadtverwaltung auszuüben, daß sie die notwendigen baulichen Maßnahmen zur Schaffung der Betriebssicherheit des in-Ladens nun auch betreibt.

Optimisten in der AGS haben die Hoffnung nicht aufgegeben, daß sie schließlich doch noch Ende dieses Jahres den Laden als Provisorium zu ihrer Nutzung erhält. Jedoch die Skeptiker überwiegen.



Wird die Idee, kurzfristig im Schelmengraben eine Sozialstation einzurichten, bald zu Grabe getragen werden müssen? Vor diese bange Frage sehen sich die Einwohner der Dotzheimer Siedlung gestellt, nachdem ein von ihnen favorisiertes Projekt ernsthafte Konkurrenz bekommen hat. Seit Monaten hatten sich die Arbeitsgemeinschaft Schelmengraben, die Frauengruppe im Schelmengraben, das Jugendsozialwerk, die Landsmannschaft der Deutschen aus Rußland, die Sportfreunde Schelmengraben und der städtische Sozialdienst im Schelmengraben darum bemüht, einen leerstehenden Supermarkt an der Ecke Hans-Böckler-/August-Bebel-Straße für ihre mannigfachen Aktivitäten nutzen zu dürfen.

Die Notwendigkeit einer Sozialstation wird von Altanwobnern bestritten. In der

Siedlung mit ihren 7000 Einwohnern gibt es außer dem evangelischen Gemeindezentrum keine Gemeinschaftseinrichtungen, in denen sich die Gruppen treffen könnten. So muß die Landsmannschaft der Deutschen aus Rußland beispielsweise ihre Versammlungen in einer Privatwohnung durchführen, die Arbeitsgemeinschaft Schelmengraben hat eine Dreizimmerwohnung gemietet, die für sinnvolle Arbeit keinen Raum bietet.

Um so erleichterter waren die Betroffenen, als Ende März die Neue Heimat Südwest als Inhaberin des Supermarkt-Grundstücks in einem Schreiben an den Magistrat erklärte: „Der Laden kann durch die sozialen Gruppen genutzt werden.“

Wie ein Schlag vor den Kopf empfanden es die Gruppenvertreter, die auf eine schnelle Realisierung des Projekts hofften, als ihnen Stadtentwicklungsdezernent Jörg Jordan jetzt erklärte: „Wir werden als Alternative zu diesem Projekt noch ein Programm für den Neubau einer Sozialstation vorsehen.“ Die Schelmengraben-Gruppen sehen ihr Vorhaben auf die lange Bank geschoben. Detlef Lüderwaldt von der Arbeitsgemeinschaft Schelmengraben: „Der Raumbedarf ist gegenwärtig derart stark, daß die Gruppen angesichts des vorhandenen leerstehenden Supermarkts nicht mehr bereit sind, sich auf

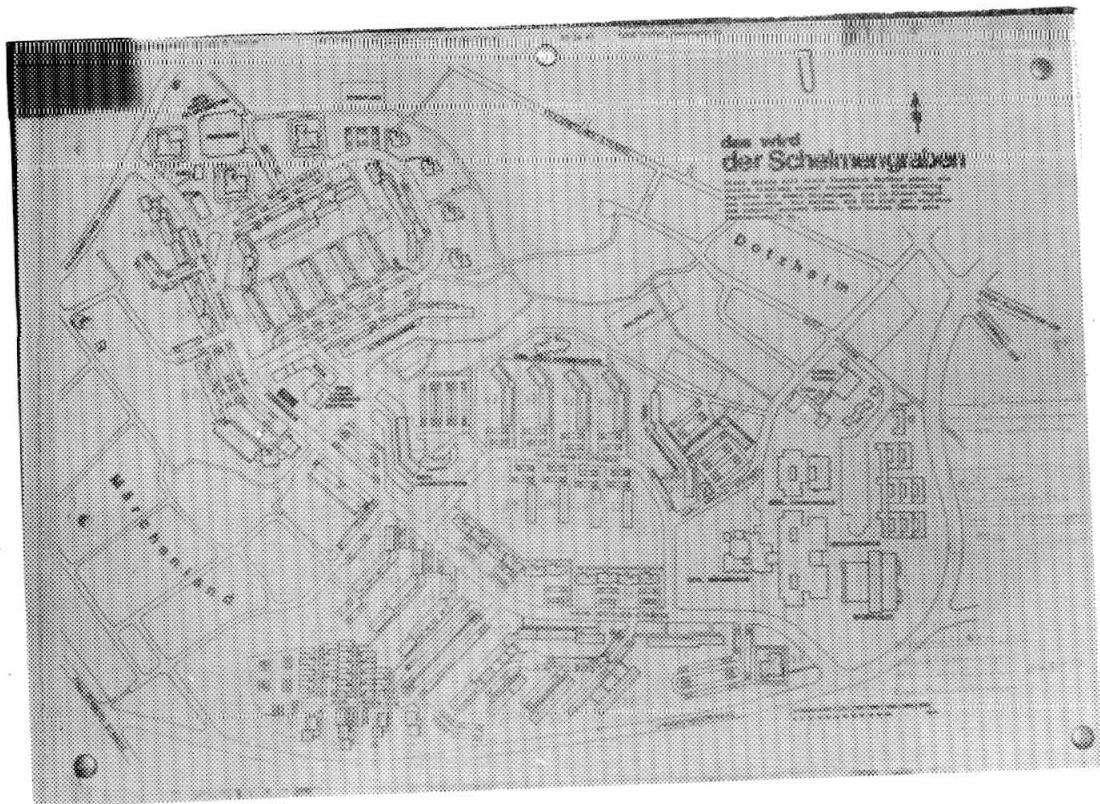
Jahre vertrösten zu lassen. Wir haben das Kommunikationszentrum bereits jetzt bitter nötig.“

Und während man im Schelmengraben befürchtet, daß die Stadtentwicklungsplaner einem Neubau den Vorzug geben, versichert Dezernent Jordan, nach beiden Seiten hin offen zu sein. Er gibt allerdings zu bedenken, daß man für die erforderlichen Umbaumaßnahmen mindestens 320 000 DM ausgeben müsse und stellt die Frage, ob sich das für ein Provisorium rentiere. Zudem sei für die Siedlung ein Jugendzentrum in der Vorplanung, in das man eine Sozialstation integrieren könne. Dieses Zentrum könne, das Einverständnis aller zuständigen Gremien vorausgesetzt, schon im Herbst 1979 verwirklicht werden, während die Umbauarbeiten des Supermarkts kaum vor dem nächsten Frühjahr abgeschlossen sein dürften.

Doch die Schelmengraben-Bewohner mißtrauen dieser Rechnung und werden den Verdacht nicht los, daß man bei der Behörde stadtplanerische Belange vor die sozialen stelle. Chr

Wiesbadener
Kurier v. 6.6.78

Der Schelmen- graben



Schlamm-
badendstrasse

Eberbacher Str.

Presberger Str.

Holzstrasse

DAS

Wiesbaden

WOHN- GEBIET

was gibts Neues?



Im Wohngebiet hat sich einiges verändert, auch Mitarbeiter aus der Wohngebietsgruppe sind wegge-

Zogen, neue sind dazugekommen. Wir wollen hier mal das Team vorstellen:



IN DER KINDER-
ARBEIT SIND
TÄTIG:



VIKTORIA
GIACOMODONATO

in den zwei
deutsch-italienischen
Kindergartengruppen



Martine Straub



Michael Köhler



ASSUNTA KELLER

JUGENDARBEIT

Sprechstunde: Donnerstags 16⁰⁰-19⁰⁰
Presberger Str. 1



- Vorbereitung Lehr- u. Arbeitsstellen
Sommer 1978
- Treffpunkt einrichten
- Gemeinsame Planung von Aktivitäten
mit Jugendlichen
- Schreibtischarbeit zur Erlangung von
Jugendräumen



Michael Brühl

ERWACHSENENARBEIT

BERATUNG U. INFORMATION

SPRECHSTUNDEN: Mo 830-12⁰⁰
 Di 830-13⁰⁰
 Mi 830-10⁰⁰
 Do 10⁰⁰-13⁰⁰
 für Berufstätige Do 17⁰⁰-19⁰⁰
 FR



BRIGITTE KAPPES

SOZIALSTATION, Presberger Str. 1 Tel. 429356

Wenn Sie Schwierigkeiten haben mit Ämtern

- ihrem Vermieter
- ihren Nachbarn
- ihrer Familie

wenn Sie nicht wissen wo Sie

- Wohnungsgeld
- Kohlegeld
- Kindergeld
- Kleidergeld
- Sozialhilfe usw.

beantragen können, kommen Sie doch einfach vorbei - wir versuchen zu helfen.

SPRECHSTUNDE z.Zt.:

Presberger Str. 1 Freitag 10⁰⁰-12⁰⁰

in Vertretung: Herr Rumpke

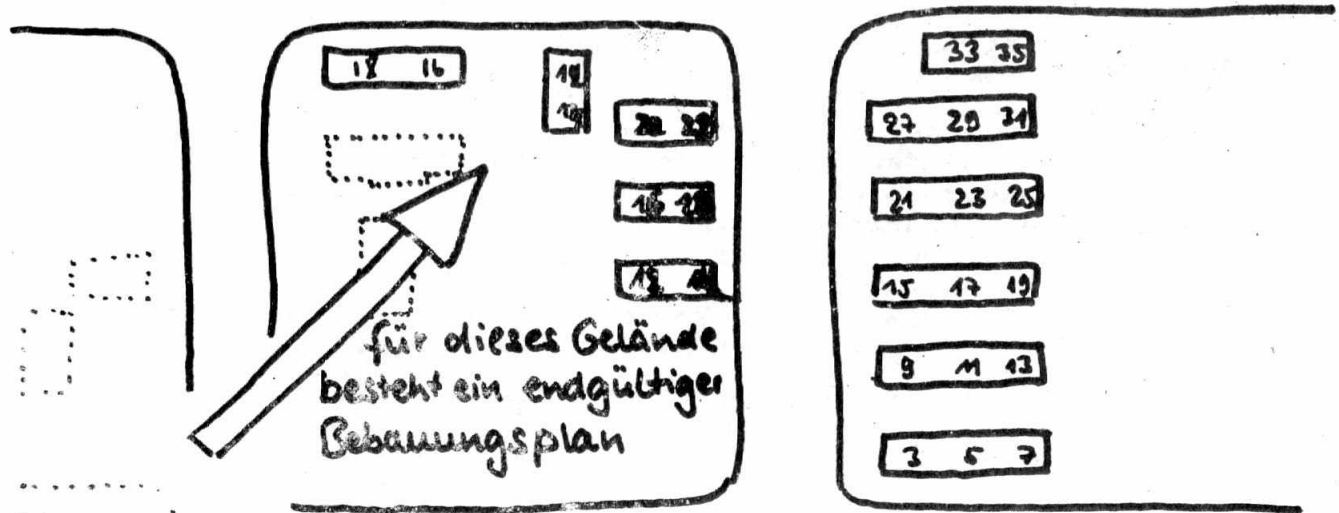
Dotzheimer Str. 2: 601: Montag 10⁰⁰-12⁰⁰
Tel. 313455 Mittwoch 10⁰⁰-12⁰⁰

Der Nachfolger von Herrn Michael Brühl (Sozialdienst) ist leider noch unbekannt. Bis dahin steht Ihnen Herr Rumpke zur Verfügung.

noch

unbekannt





Schlangenbader Strasse

DAS WOHNGEBIET

WAS WIRD

AUS DER



Eberbacher- Strasse ?

INITIATIVE JULI - DEZEMBER 1977

1. MIETERVERSAMMLUNG

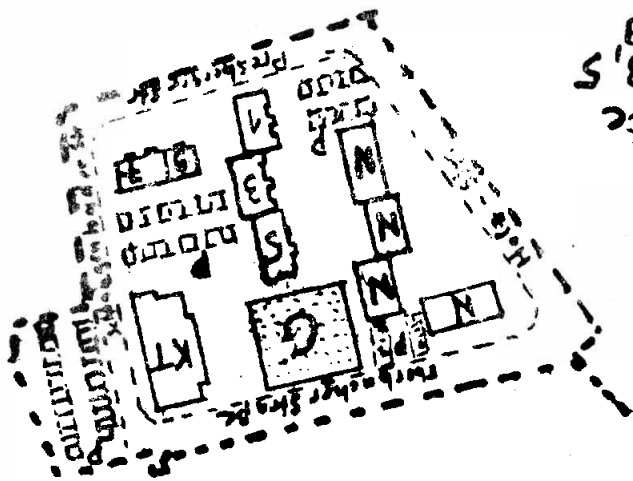
Die erste Versammlung der Mieter des Nassausischen Helms fand am 09.07.77 um 16 Uhr auf dem Gelände der Städtischen Kindertagesstätte, Schlangenhader Straße, statt. Zu diesem ersten Treffen kamen auf die vorstehende Information hin 21 Mieter.

Die Themen waren: 1. Bebauungsplan
2. Mängelliste
3. Verschiedene Vorschläge und Klagen der Mieter
4. Termin der nächsten Versammlung.

Eine Kopie des erstellten Bebauungsplans wurde angeschlagen und kurz erläutert.

Bebauungsplan

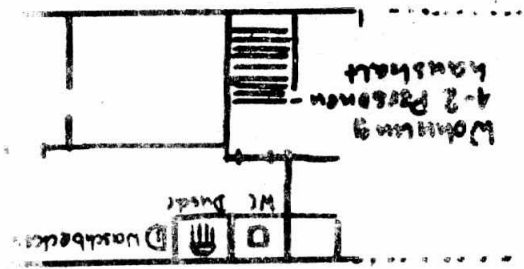
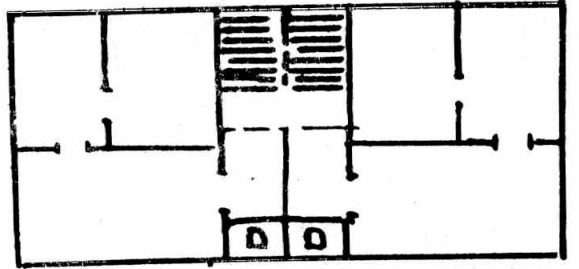
N = Neubauten
P = Parkplätze
G = Grünfläche
KT = Kindertagesstätte
1,3,5 = Piesberger Str 1,3,5
1,9 = Schlangenhader Str 1,9



Gemeinsam wurde eine Mängelliste zusammengestellt (siehe S.4) Brief an das Nassausische Helm), und beschlossen, bis zum 15.8.77 dem Nassausischen Helm Zeit zu lassen, zu den genannten Mängeln Stellung zu nehmen.

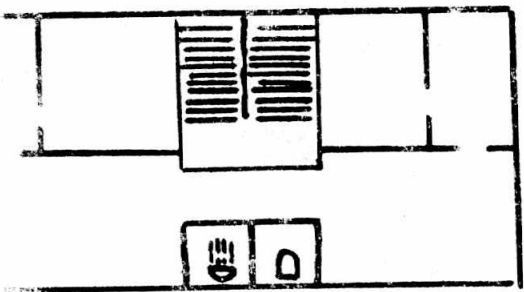
Von den Mietern kamen Vorschläge, wie man die Wohnungen so renovieren könnte, das ein Wohnbleiben in diesem Gebiet sowohl für die älteren Bewohner und Alleinstehenden als auch für Kinderrentnerfamilien attraktiver wäre.

So ungefähr sehen die Grundrisse zur Zeit aus.
ca. 33 - 40 qm



So könnte nach Veranschlagung der Mieters eine umgebaute Wohnung mit Dusche aussehen

Und so eine Wohnung für eine größere Familie. (Zusammenlegung von zwei Wohnbleiben)



Um in Erfahrung zu bringen, ob sich überhaupt noch mehr als die 21 anwesenden Mieter für ein Wohnbleiben bei verbesserten Wohnungen interessieren würden, wurde vorgeschlagen, eine Umfrage zu machen.

Umfrage in der Eberbacher Strasse - Unterschriften-Sammlung

Am 09.07.1977 fand eine erste Versammlung der Mieter des Nassauischen Heims aus der Eberbacher- und der Holzstraße statt. Es wurde vereinbart, in einer Unterschriftensammlung festzustellen, wie die Meinung aller Mieter zu einer Sanierung ist.

Il 9-7-1977 fu effettuata la prima riunione degli inquilini delle case nassauische della Eberbacher e della Holzstraße. Fu deciso di effettuare una raccolta die firme per conoscere quali sono le intenzioni degli inquilini su un eventuale rinnovo delle abitazioni.

Frage 1

Sind Sie an einer Verbesserung der Wohnverhältnisse hier interessiert: Erneuerung von Fassaden und Treppenhäusern, Einbau von Duschen, Zusammenlegung von Wohneinheiten für größere Familien

Domanda 1

Se siete interessati al rinnovo delle case (facciate, scale, docce e appartamenti più grandi per famiglie numerose

Frage 2

Wollen Sie noch länger hier wohnen, wenn sich einiges verbessert?

Domanda 2

Rimareete ancora qui se le case vengono rinnovate

ja	si	nein	no	ja	si	nein	no
60			6	58			6

ERGEBNISSE DER UMFRAGE:

An einer Verbesserung der Wohnverhältnisse waren 60 Mieter interessiert, 6 Ausländer zeigten sich nicht interessiert.

An einem Wohnenbleiben im Gebiet nach Verbesserung der Wohnverhältnisse waren 58 Mieter interessiert, 6 Ausländer zeigten sich nicht interessiert, 2 Mieter äußerten sich nicht dazu.

(Bei den ausländischen Mietern, die nicht an einer Verbesserung interessiert waren, handelt es sich nach Aussagen des Herrn, der die Umfrage bei den italienischen Mietern machte, um Familien, die in der nächsten Zeit in ihre Heimat zurückkehren wollen).

Eindeutiger Mieterwille:

Die Häuser in der Eberbacher Strasse sollen stehen bleiben,

aber
renoviert
werden!!!



2. MIETERVERSAMMLUNG -149-

Am Samstag, den 27.8.1977 um 15 Uhr fand die zweite Mieterversammlung für die Mieter der Eberbacher- und Holzstraße statt, diesmal wegen des schlechten Wetters nicht draußen, sondern im Versammlungsraum, Presberger Straße 1.

Vorschläge zur Tagesordnung waren: 1. Ist der Brief des Nassauischen Heims eine Antwort auf das Schreiben der Mieterversammlung vom 9.7.77?
2. Für die nördliche Seite Eberbacher Straße (Häuser 3-35) liegt noch kein Bebauungsplan vor: soll die Erhaltung dieser Häuser gefordert werden?

3. Was kann dafür gemeinsam unternommen werden?

4. Wahl eines Mieterausschusses....

... denn es gibt auch weiterhin noch genug zu tun:

- wenn die Häuser 12-22 abgerissen werden, muß rechtzeitig Wohnraumerersatz geschafft werden,
- wollen die Bewohner der Häuser 12-22 und der Holzstraße sich weiterhin an ihre Renovierungspflicht halten?
- was würde passieren, mit den Mietern aus den Häusern 12-22, die hier wohnen bleiben möchten?
- gibt es besondere Wünsche zu den Neubauten: Beispiel- viele altengerechte Wohnungen - etc.
- Verhandlungen mit der Stadt über den Bebauungsplan Eberbacher Straße 3-35
- Verhandlungen mit dem Nassauischen Heim über notwendige Verbesserungen in den Häusern, die stehenbleiben könnten
- Kontaktaufnahme mit anderen Mieterausschüssen, die mit Wohnbaugesellschaften über Sanierung verhandelt haben.

Ergebnis dieser Versammlung war ein gemeinsam formuliertes Schreiben an das Nassauische Heim. Zu der Wahl eines Mieterausschusses kam es leider nicht, da die Beteiligung an dieser Versammlung leider wegen des ungünstig gewählten Termins nicht so groß war, daß man einen Ausschuß hätte wählen können. Die Wahl wurde auf einen späteren Zeitpunkt verschoben.

2. BRIEF AN DAS NASSAUISCHE HEIM

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Ihrem Rundschreiben an alle Mieter vom 18.08.1977 sind Sie in keiner Weise auf das eingegangen, was die Mieter der Eberbacher-/Holzstraße in ihrem Brief vom 11.07.1977 angesprochen haben.

1. Wir fragten an, wie Sie Ihre Reparaturpflicht in den jetzt hier stehenden Häusern nachkommen werden. Darauf haben Sie nicht geantwortet.
2. Wie wir bereits wußten, besteht für die Häuser Eberbacher Straße 3 - 35 kein Bebauungsplan. Dort kann ein Bebauungsplan, der ganz im Ungewissen liegt, keine Begründung dafür sein, notwendige Reparaturen zu unterlassen.

Wenn Sie in den Häusern Eberbacher Straße 12 - 22 nichts mehr machen lassen möchten, dann wäre es das Mindeste, daß Sie den Zeitpunkt nennen, an dem abgerissen wird. Denn mit dem Hinweis auf den Abriß werden wir seit Jahren vertröstet, wenn wir Berechtigtes fordern.

3. Sie können uns nicht einreden, daß der Abriß die einzige Möglichkeit ist, "hier die Wohnverhältnisse" zu verbessern. Sie planen den Abriß, ohne uns zu fragen, was wir von einer Sanierung halten.
4. Wenn Sie es darauf anlegen, sich um Ihre Pflichten zu drücken, wird man sich hier besinnen, was die Rechte der Mieter sind.

Die Erfahrung lehrt:

Das Melden von Schäden nutzt oft nichts. Trotzdem ist man zum Melden von Schäden sogar verpflichtet.

Merke: Alle Schäden soll man schriftlich melden.

Am besten macht man sich 4 Durchschläge und schickt 3 ab:
an: Hausverwalter Möller, Auf dem Steinkippel 7, 62 Wi.-Dotzheim,
Nassauisches Heim, Luisenstraße 18, 62 Wiesbaden,
Nassauisches Heim, Schaumainka 47, 6 Frankfurt/Main

Einen Durchschlag behält man sich und hebt ihn gut auf.

In dem Brief fordert man den Vermieter auf, die Schäden unverzüglich zu beseitigen. Man setzt eine Frist zur Beantwortung (ca. 2 Wochen).

Für das weitere Vorgehen gibt es zwei Wege.

1. Weg

Mit der Schadensanzeige teilt man dem Vermieter mit, daß man die Reparaturen selbst machen lassen und von der Miete abziehen wird, wenn er nicht repariert. Dieser Weg heißt: "Eigenvornahme und Aufrechnung"

Beispiel:

Mieter des Hauses
Eberbacher Straße 39
6200 Wiesbaden

Wiesbaden, den 02.02.1978

Wohnungsnummern: 39002223 (Kämpfer)
39002224 (Schlosser)
39002225 (Heißsporn)
39002226 (Schmalhans)

An
Hausverwalter Möller
Auf dem Steinkippel 7
6200 Wiesbaden-Dotzheim

An
Nassauisches Heim
Luisenstraße 18
6200 Wiesbaden

An
Nassauisches Heim
Schaumainka 47
6000 Frankfurt 70

Betr.: Notwendige Reparaturen

2. Weg

Man schreibt einen Brief wie beim 1. Weg mit Mängelliste und Aufforderung zur Reparatur innerhalb von 2 Wochen. Die Ankündigung, die Reparaturen selbst durchzuführen, läßt man weg.

Man wartet 2 Wochen. Tut sich nichts, klagt man beim Gericht auf Durchführung der Reparaturen.

Vorteile:

Man muß kein Geld für die Handwerker vorlegen. Man geht kein großes Risiko ein. Vorm Gericht muß man keine Angst haben, wenn man sich vorher richtig informiert hat.

Nachteile:

Zum Klagen braucht man eventuell Vorschüsse für Gerichtsgebühren und für den Rechtsanwalt. Man kann aber auch einen Rechtsbeistand finden, der es kostenlos macht. Es dauert meist sehr lange, bis das Gericht das Urteil verkündet.

Merke:

Dieser Weg kommt am ehesten für größere Reparaturen in Frage wie: Trockenlegung, größere Putzschäden, Schäden am Dach.

Aus
einem
anderen
Stadtteil

„Unverschämtheit“ Nassauisches Heim wird kritisiert Erbenheimer Mieter über zu hohe Forderungen erbost

W.-ERBENHEIM Beim Namen wurde gestern abend in der Erbenheimer Ortsbeiratsitzung einiges an Problemen genannt, was sowohl Bürgern als auch Bürgervertretern unter den Nägeln brannte. So waren einige Bürger der Meinung, daß sich die Wohnbaugesellschaft „Nassauisches Heim“ mit ihren teils horrenden Nebenkostenforderungen von ihren Mietern ein „starkes Stück“ geleistet habe und baten in dieser Angelegenheit den Beirat um Klärung. Ein Mieter, der mit einer Anfrage an die Gesellschaft herantreten war, bezeichnete die ihm gegebene Auskunft schlicht als „Unverschämtheit“. Man habe ihm — so der Bürger — weismachen wollen, der Computer sei von einem Lehrling bedient worden, was bei einem solch namhaften Betrieb ein „Ding der Unmöglichkeit“ sei. Er stand mit seiner Meinung nicht allein an diesem Abend.

Die städtische Auskunft zu diesem Thema war wiederum nicht dazu angetan, den Ortsbeirat ganz zu befriedigen, der ja schließlich seinen Bürgern helfen wollte. Da hieß es zwar vom Sozialamt, den Mietern müsse die Möglichkeit geboten werden, Einblick in Miet- und Nebenkostenforderungen zu nehmen, andernfalls sollten sie sich an den Mieterschutzbund wenden. Weiter hieß es aber — und das fand der Beirat nicht ausreichend — im Sozialamt sei man personalmäßig nicht in der Lage, eine Überprüfung der Angelegenheit vorzunehmen. Johannes Adolf Wick von der SPD wollte hier allerdings mit allen Kollegen das Gleichheitsprinzip gewahrt sehen, denn er wußte von ähnlichen Fällen, wo die Stadt Überprüfungen vorgenommen hatte. Ortsvorsteher Kurt Lonquich (CDU) schlug schließlich vor, sich an den Oberbürgermeister zu wenden, der weiterhelfen soll. Auch der Beirat will am Ball bleiben.

Schon fest mit einem katholischen Jugendzentrum gerechnet hatte man in Erbenheim, wäre jetzt nicht ein Rückzieher des Limburger Bistums gekommen. So stehen die zur Verfügung gestellten 340 000 DM „auf Abruf“ bereit und kön-

nen nicht genutzt werden, weil dem Bistum „bestimmte Forderungen des Magistrats“ nicht behagen. Im Beirat wurde der Vermutung Ausdruck verliehen, es gehe um einen für jederman offenen Zugang zum Zentrum und den damit verbundenen finanziellen Schwierigkeiten wie bezahlten Sozialarbeitern und mehr.

Nicht Einverstanden zeigte sich der Beirat mit der Verplanung von städtischen Mitteln, die ursprünglich für einen Chemie- und Physiksaal der Ehlersschule gedacht waren, mittlerweile schulisch aber anderweitig „untergebracht“ wurden. Wick war hier der Meinung, der „Haushaltswahrheit“ entsprechend müßten Mittel auch für den vorgesehenen Zweck ausgegeben werden. Die Sitzung dauerte bei Redaktionsschluß noch an. rh

Wiesbadener Kurier

1. Modell

Beibehalten der jetzigen Situation
Beseitigung aller Schäden

2. Modell

Zusammenlegung
von Wohnungen und
Einbau von Duschen

Zusammenlegung von benachbarten Wohnungen zu größeren Einheiten für größere Haushalte.

Einbau von Duschen in die 2. Toilette

Einbau von Duschen in die Kleinwohnungen an der Stelle, wo jetzt das Waschbecken sitzt und Verlegung des Waschbeckens. (Die Küche würde dann kleiner, siehe Zeichnung Seite 3)

3. Modell

Heizungen für
ältere Bewohner

Zusätzlich zu Modell 2:

Einbau von Heizungen in einem Block (etwa Häuser 1-7).

Die beheizten Wohnungen werden schwerpunktmäßig älteren Bewohnern im Gebiet zur Verfügung gestellt.

4. Modell

Neubauten

Es werden nur die Häuser Eberbacher Straße 3-35 erhalten und verbessert. Dies ist das Gelände, für das noch kein Bebauungsplan besteht.

Auf der anderen Seite entstehen wie im Bebauungsplan vorgesehen Neubauten.

Würden die Neubauten größere Wohnungen enthalten, müßte mit dem Zuzug von weiteren kinderreichen Großfamilien gerechnet werden (ähnliche Entwicklung wie im Schelmengraben). Der Kinderanteil im Wohngebiet ist aber bereits recht hoch. Die Kindertagesstätte ist ja auch bereits ausgelastet.

Kleinwohnungen wären auch eine gute Lösung für Ältere Bewohner, welche Bad und Heizung haben.

5. Modell: Neubauten im gesamten Gebiet

Abriß aller Häuser Eberbacher Straße 3-35 und Eberbacher Straße 12-22 und Holzstraße 12-18.

Auf diesem Gebiet Errichtung von Neubauten - das ist im Moment noch das Ziel des Nassauischen Heims.

SONDERNUTZUNG

Eberbacher Strasse 12+14

Es gibt den Vorschlag, die Häuser 12 und 14 Eberbacher Straße für Gemeinschaftszwecke zu nutzen. Sie liegen gegenüber der Kindertagesstätte im Zentrum des Gebiets: Die Häuser könnten folgende Einrichtungen enthalten:

- Beratungsbüro (bisher Presberger Str. 1)
- Versammlungsraum (" ")
- Räume für Jugendliche (fehlen bisher)
- -Altentagesstätte oder Altentreffpunkt mit Beratung (fehlt bisher)

Die restlichen Wohnungen könnten an junge Leute vermietet werden, die mit dem Betrieb und der Unruhe gut klar kommen.

BAUFACHMANN

Um Einzelheiten von Sanierungsvorschlägen vertreten zu können, müßte man sich mit Baufachleuten zusammensetzen. Sie müßten die Bausubstanz überprüfen und zu den Möglichkeiten der Verwirklichung Stellung nehmen.

Dazu kann man Folgendes unternehmen:

1. Anfrage an Architekturstudenten der Technischen Hochschule Darmstadt, ob sie uns unterstützen können.
2. Antrag an den für das Wohngebiet tätigen Verein Sozialer Brennpunkt e.V. mit der Bitte, die Beratungstätigkeit eines Architekten zu finanzieren.

DIE EBERRÄCHER

MIETERBE- WEGUNG



Versammlung am Samstag, den 7. Januar 1978
 15⁰⁰ Uhr in der Turnhalle der Kindertages-
 stätte Schlangenbader Straße

1. Es wird der Film gezeigt:
 Flöz-Dickebank
 Wir sind mittlerweile wach geworden
 Über die Verteidigung einer Siedlung im Ruhrgebiet, die abge-
 rissen werden sollte.
2. Diskussion der Vorschläge aus dieser Zeitung.
3. Gründung einer Mieterinitiative.

Herausgeber: Wohngebietsgruppe Schlangenbader Straße Wiesbaden
 Verantwortlich im Sinn des Pressegesetzes: B.Kappes und M.Brühl

Dokumentation zur Entstehung des Spiel- und Lernstubenanbaus

Zur Arbeit der Projektgruppe Sozialer Brennpunkt Limburg e.V. und des Wohnerrates Finken/Amselweg Limburg, Amselweg 3

Mit der nachfolgenden Dokumentation wollen wir anhand der wichtigsten Presseartikel noch einmal den langen Weg von der ersten Antragstellung bis zur Übergabe in Erinnerung rufen.

Der "Kampf" um den Erweiterungsbau der Spiel- und Lernstube begann im April 1974 mit der Beantragung des Erweiterungsbau beim Magistrat und endet am 16. Juli 1977 mit der offiziellen Übergabe der erweiterten Spiel- und Lernstube an die Bewohner der Siedlung Finken/Amselweg und die Projektgruppe Sozialer Brennpunkt.

Im Februar 1974 wurde die Spiel- und Lernstube eröffnet und schon bald darauf wurde die gravierende Raumnot deutlich. Schon von Anfang an wurden 60 Kinder pädagogisch in zwei Vormittagsgruppen und vier Nachmittagsgruppen betreut. Die vorhandenen Räume von 2 x 24 qm und 2 x 14 qm ließen nachmittags nur Schichtbetrieb zu. Wichtige Aufgaben, wie die Zusammenarbeit mit den Jugendlichen und anderen Bewohnergruppen konnten nicht in Angriff genommen werden, da es an geeigneten Räumlichkeiten fehlte.

Vor diesem Hintergrund ist im April 1974 ein Antrag auf einen Erweiterungsbau beim Magistrat eingereicht und im Mai des gleichen Jahres durch Beschluß der Stadtverordnetenversammlung auch gebilligt worden. Im gleichen Monat sicherte der damalige Hessische Sozialminister Horst Schmidt bei einem Besuch in der Spiel- und Lernstube die

anteilmäßige Finanzierung des Projektes durch das Land zu. Die von Wohnerrat, Projektgruppe und Stadtbauamt gemeinsam erstellten Baupläne wurden im Juli 1974 an das Land (Sozialminister) zur Überprüfung weitergeleitet. In Wiesbaden konnte die Entscheidung jedoch nicht vor Verabschiedung des Haushaltsplanes im Frühjahr 1975 getroffen werden.

Im April 1975 schien der Erfolg für Bewohner und Projektgruppe in greifbarer Nähe: das Projekt wurde in die Förderungsplanung für das Jahr 1975 aufgenommen. Der schriftliche Bescheid darüber wurde schnellstmöglich zugesagt. Nach wiederholtem Anfragen durch Bewohner und Projektgruppe wurde im November 1975 die umgehende Absendung des Bewilligungsbescheides zugesagt; vom Limburger Stadtbauamt erfolgte die Ausschreibung der Rohbaumaßnahmen.

Die Ausschreibungen mußten jedoch gestoppt werden, da die zuständigen Ministerien sich nicht über die Höhe der Zuschüsse einigen konnten. Die Maßnahme drohte zu scheitern.

Am 11.3.76 bestätigte Finanzminister Heribert Reitz die Bewilligung von 45.000 DM und forderte die Stadt auf, für die Beschaffung der Restkosten neue Geldmittel zu erschließen.

Beide Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung befürworteten die Erweiterung der Spiel- und Lernstube und forderten im Frühjahr 76 die baldige Verwirklichung. Der Baubeginn verzögerte sich jedoch, da nach der Bewilligung der Mittel des Landes in Höhe von 45.000 DM der Anteil der Stadt im Haushaltsplan nicht mehr ausgewiesen war.

1977 auch in Limburg eine Zentralstation

Die Spiel- und Lernstube wird bald erweitert

Limburg (hk). — Im kommenden Jahr erhält auch die Stadt Limburg eine Zentralstation für ambulante Kranken-, Alten- und Familienpflege nach dem Beispiel gleicher Einrichtungen in einigen anderen Orten des Kreisgebietes. Durch ihre Tätigkeit, so erklärt der Magistrat in seiner Vorlage, werde erstmals eine entsprechende Versorgung im Stadtbereich Limburg „rund um die Uhr“ gewährleistet. Die Stadtverordneten beschloss die Schaffung der Station, die im St. Georgshaus am Brückenturm etabliert und mit sieben Pflegekräften sowie einer halbtags zu beschäftigenden Bürokräft besetzt werden soll. Die notwendigen Mittel werden im Etat 1977 ausgewiesen. Die auf rund 245 000 Mark errechneten Betriebskosten der Zentralstation im Jahr sollen zur Hälfte von der Stadt getragen werden. Die Trägerschaft übernimmt der Bezirks Caritasverband.

Einstimmig hat das Gremium einen Schlußstrich unter die Debatte über die Erweiterung der Spiel- und Lernstube des sozialen Brennpunktes im Finken gezogen und beschlossen, die Erweiterung der Einrichtung auf der Basis des Raumprogramms vom 10. Juli 1974 zu verwirklichen. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 110 000 Mark, die vom Land (45 000 Mark), von der Stadt (47 600 Mark), vom Kreis (8400 Mark) und durch eine von Finanzminister Reitz beigesteuerte Spende (9000 Mark) aufgebracht werden. Die Stadtverordnetenversammlung geht bei ihrem Beschluß von der Voraussetzung aus, daß auch nach Erweiterung der Spiel- und Lernstube die derzeitige Personalstärke dort unverändert bleibt und sich die Sachkosten im bisherigen Rahmen bewegen. Die Erweiterung sieht die Schaffung eines etwa 72 Quadratmeter großen Versammlungsraumes, eines Mal- und Bastelraumes von 13 Quadratmetern und einer Küche von zehn Quadratmetern vor.

SEIT JAHR UND TAG

Die Meinungsverschiedenheiten im Parlament über den Ausbau des Offheimer Weges sind aus der Welt geschafft worden. Man kam überein, den „Verkehrsnotstand“ — die sogenannte Sprungschance — durch die Stadt beseitigen zu lassen. Von den Kosten in Höhe von 58 000 Mark, die mit rund 80 Prozent aus einem Zuschußprogramm bereitgestellt werden, verbleiben der Stadt zunächst 11 600 Mark. Der Magistrat hat die Arbeiten bereits am 8. Juni vergeben und rechnet mit baldiger Bauausführung.

Er hat nochmals den Antrag gestellt, den Offheimer Weg zur Kreisstraße aufzustufen. In seiner Stellungnahme bedauerte der Magistrat, daß die Kreisstraße 477, die in die B 49 mündete, ohne Ersatzlösung geschlossen worden sei, obwohl der Aufstufungsantrag des Offheimer Weges seit „Jahr und Tag“ gestellt gewesen sei.

Zur Finanzierung von Straßen- und Kanalbaumaßnahmen im laufenden Haushalt haben die Stadtverordneten der Aufnahme von Krediten in einer Gesamthöhe von 3,9 Millionen Mark zugestimmt. 1,75 Millionen Mark sind für den Straßenbau und 2,15 Millionen Mark für den Kanalbau vorgesehen.

KEINE LUFTRAUMSTEUER MEHR

Mit 25 gegen 16 Stimmen bei einer Enthaltung haben die Stadtverordneten eine neue Satzung über die Nutzung an öffentlichen Straßen und über Sondernutzungsgebühren beschlossen. Sie schafft u. a. die Erhebung einer „Luft-raumsteuer“ ab und läßt auch eine großzügigere Auslegung bei der Ausstellung von Waren im Freiraum zu. Daß die CDU diese Entscheidung allein trägt und die SPD widerspricht, liegt nach Angaben des SPD-Sprechers Heinrich Lang daran, daß die CDU die Magistratsvorlage ändern und in wesentlichen Punkten noch günstigere Konditionen festsetzen ließ. So können in Zukunft nicht nur bis zu 50, sondern bis zu 80 Zentimeter Warenauslagen in den Fußgängerzonen und anderen dem Fußgängerbereich vorbehaltenen Räumen vorgenommen werden. Andererseits setzte die CDU in einigen Fällen Gebührensenkungen durch. Diese Maßnahmen bezeichnete die SPD-Fraktion als Schaffung ungleichen Rechtes, verbunden mit unbilligen Härten für die Geschäftsleute an Fußgängerzonen und an anderen, stark frequentierten Straßen in der Stadt. Heinrich Lang meinte, das Ausstellen von Waren müßte eigentlich vom ersten Zentimeter an gebührenpflichtig sein.

Spende für Spiel- und Lernstube

Finanzminister sammelte 9000 Mark — Für einen baldigen Ausbau

Limburg (bl). — Die Spiel- und Lernstube der Gruppe „Sozialer Brennpunkt“ im Finken auf der Höhe nach Offheim platzt sozusagen aus den Nähten. Für die vier Schul- wie zwei Vorschulkindergruppen stehen lediglich zwei Räume zur Verfügung. Mit Vertretern der SPD-Stadtverordnetenfraktion stattete Finanzminister Heribert Reitz dieser von Sozialarbeiter Hartmut Fritz geleiteten Einrichtung einen Besuch ab.

Nachdem die SPD-Vertreter sich an Ort und Stelle über die Raumnöte informiert hatten, versprachen sie den Mitarbeitern der Spiel- und Lernstube wie den Eltern der Kinder ihre Unterstützung. Der von der Stadt vorgesehene Anbau um 90 Quadratmeter müsse in diesem Haushaltsjahr ausgeführt werden, meinte Fraktionsvorsitzender Lang, der nicht die Meinung der Stadt teilte, die vor zwei Jahren auf 90 000 Mark festgelegte Bausumme habe sich mittlerweile aufgrund von Kostensteigerungen auf 100 000 bis 110 000 Mark erhöht. **H**ut Fritz sprach sich gegen Pläne

der Stadt aus, aus finanziellen Gründen beim Anbau einfach 20 Quadratmeter einzusparen.

Finanzminister Reitz wartete mit der für alle erfreulichen Nachricht auf, daß nicht nur die vom Land bewilligte Beihilfe in Höhe von 45 000 Mark sofort zur Verfügung stehe, sondern auch ein Betrag von 9000 Mark, den man sich eigentlich als Anteil vom Kreis erhofft habe. Da der Kreis aber zur Zeit nicht zahlungsfähig sei, habe er die 9000 Mark durch Spenden zusammengetragen. Die Stadt brauche dann nur noch die 36 000 Mark bereitzustellen. „Bei so viel finanziellem Aufwand für die Fußgängerzonen, so Stadtrat Harry Stahl, müßte

doch auch noch eine solche Summe für diese Einrichtung abzuzweigen sein.“

In der Siedlung Finken wohnen zur Zeit 320 Einwohner, die Hälfte davon sind Kinder oder Jugendliche. Wie es um die soziale Struktur dieses städtischen Wohnbereiches steht, verdeutlichen ein paar Zahlen, die Hartmut Fritz nannte. Im vergangenen Winter waren rund 50 Prozent der Erwerbstätigen der Siedlung arbeitslos, bei den Jugendlichen waren es sogar 70 Prozent. Viel Sorgen bereitet den Eltern die Tatsache, daß keiner ihrer Söhne und Töchter eine Lehrstelle fand.

Die Projektgruppe „Sozialer Brennpunkt“ beschäftigt und unterrichtet nicht nur die schulpflichtigen Kinder, sondern sie befaßt sich mit allen in dieser Siedlung anfallenden Problemen. Mit dem Bewohnerrat werden gemeinsam die Fragen angepackt und gelöst, auch finden regelmäßig Zusammenkünfte statt, ja selbst an Altenfeiern fehlt es nicht.



Limburg. — Sozialarbeiter Hartmut Fritz (zweiter von links) informierte in der Spiel- und Lernstube im Finken Finanzminister Heribert Reitz (dritter von rechts) über die dortigen Raumnöte. Mit dabei Stadtverordnete der SPD. Foto: Lormann

NLZ 25.5.76

CDU: Auf allen Gebieten sparen Reitz greift den Magistrat an

Lebhafter Meinungsstreit über „Sprungschanze“ und über Spiel- und Lernstube

Limburg (hk). — Mit den Stimmen der CDU-Fraktion haben die Stadtverordneten den Antrag der SPD-Fraktion und den dazu von der CDU eingebrachten Abänderungsantrag, den Offheimer Weg im Einmündungsbereich der geschlossenen Kreisstraße baldmöglichst auszubauen, an die zuständigen Ausschüsse überwiesen. Ein hartes Wortgefecht war der Abstimmung vorausgegangen, bei dem Bürgermeister Kohlmaier erklärt hatte, der Magistrat habe sich noch keine endgültige Meinung über die Angelegenheit gebildet, was den SPD-Stadtverordneten Heribert Reitz veranlaßte, dem Magistrat „fahrlässiges Verhalten“ vorzuwerfen. Dies wiederum nahm CDU-Sprecher Schmich zum Anlaß der Forderung, die Angelegenheit nicht so emotionell zu beurteilen.

Für die SPD begründete zunächst der Offheimer Stadtverordnete Münz den Antrag und meinte, an der noch nicht geklärten Zuständigkeit für die Straße dürfe das Erforderliche nicht scheitern, vielmehr gebiete es die Sorgfaltspflicht der Stadt, den Gefahrenpunkt zu beseitigen, auch wenn sie dabei finanziell in Vorlage treten müsse. Sein Fraktionskollege Zinsius brach noch eine Lanze für die Bewohner im Finken, für die Lärmschutz angebracht werden soll-

te. Für die CDU-Fraktion meinte Kurt van der Burg, der Offheimer Weg ersetze eine geschlossene Kreisstraße und müsse deshalb aufgestuft werden. Es sei nur zu bedauern, daß der Kreis Ausschuß diesen Antrag noch nicht gestellt habe. Van der Burg legte namens der CDU einen Abänderungsantrag vor, der besagte, daß erst die Trägerschaft geklärt und deshalb mit dem Kreis Ausschuß verhandelt werden müsse. Außerdem werde dann auch der Kosten-

träger ermittelt. Sollte diese Regelung nicht bis zum 1. September herbeigeführt sein, müsse der Magistrat neue Vorschläge machen. Zunächst sollten die Anträge an die Ausschüsse überwiesen werden.

BESTENFALLS 12 000 MARK

Herbert Reitz reagierte scharf auf die abgegebenen Erklärungen und meinte, die Beseitigung eines außerordentlichen Gefahrenpunktes erfordere sofortige Maßnahmen. Die auf die Stadt entfallenden Kosten seien ohnehin nicht sehr hoch, hätten doch Land und Bund bis jetzt für den Ausbau des Offheimer Weges 80 Prozent der Kosten als Beihilfen finanziert. Für die Beseitigung der sogenannten Sprungschanze benötige man rund 60 000 Mark, so daß auf die Stadt bestenfalls 12 000 Mark entfielen. Das Verhalten des Magistrats unterstreiche die „Schwerfälligkeit der Verwaltung, die der eines Dickhäuters gleichkommt“. Jedenfalls sei es Pflicht des Magistrats, Gefahren von den Bürgern abzuwenden. Aus dem CDU-Lager wurde darauf verwiesen, daß eine Begrenzung der Geschwindigkeit auf 50 Kilometer in der Stunde an der „Sprungschanze“ bestehe und bei diesem Tempo eigentlich nichts passieren könne. Deshalb seien die Emotionen nicht zu verstehen.

NLZ 6.5.76

„STIL-DISKUSSION“

Über Fragen des Stils diskutierten das Gremium und der Bürgermeister, als der SPD-Antrag behandelt wurde, nach dem die Spiel- und Lernstube im Finken umgehend erweitert werden solle. Der Bürgermeister verwahrte sich gegen den Stil der SPD-Fraktion, nach dem einmal an die Sparsamkeit des Magistrats appelliert werde und andererseits ständig Anträge eingebracht würden, die den Rahmen des Haushaltes sprengten. Demgegenüber betrachte Heribert Reitz es als eine Frage, ob 600 000 Mark für Verschönerungsmaßnahmen im Kultur- und Verwaltungsbereich sowie weitere 250 000 Mark für die Neugestaltung des Neumarktes zur Verfügung stünden, oder andererseits 45 000 Mark für eine dringende soziale Maßnahme bereitgestellt werden sollten. Zudem kritisierte Reitz, daß die im vergangenen Jahr für die Erweiterung der Spiel- und Lernstube bewilligten 45 000 Mark diesmal im Etat nicht mehr ausgewiesen seien, obwohl die Stadtverordneten dies nicht beschlossen hätten.

Zuvor hatte Frau Fachinger für die CDU-Fraktion erklärt, im vergangenen Jahr seien die Landesmittel für das Projekt ausgeblieben, diesmal habe die Stadt aus Sparsamkeitsgründen kein Geld bereitgestellt, so daß dem SPD-Antrag nicht entsprochen werden könne. Man sollte sich auch an die Bindungen des Haushaltsplanes halten und den Antrag an die Ausschüsse verweisen. Dazu meinte SPD-Sprecher Heinrich Lang, von den für den Neumarkt vorgesehenen 250 000 Mark könne man gestrost den Betrag für die Erweiterung der Spiel- und Lernstube abzweigen, ohne dadurch das Haushaltsvolumen auszuweiten. CDU-Sprecher Schmich entgegnete, seine Fraktion sei nicht bereit, den Vorschlägen der SPD zu folgen, denn es müsse an der einmal vorgeschlagenen Marschrichtung, auf allen Gebieten zu sparen, festgehalten werden.

SPD befürwortet Erweiterung der Spiel- und Lernstube

Antrag an die Limburger Stadtverordnetenversammlung

Limburg. In ihrer letzten Sitzung im Stadtteil Lindenhofhaus befaßte sich Limburgs SPD-Stadtverordneten-Fraktion auch mit der Erweiterung der Spiel- und Lernstube im Finken. Ausgehend von dem Bericht der Projektgruppe „Sozialer Brennpunkt“ kam die Fraktion zu dem Ergebnis, daß auf Antrag der SPD die Erweiterung der Spiel- und Lernstube im Finken im Vermögenshaushalt 1975 mit einem Betrag von 90 000 Mark aufgenommen worden sei. Vom hessischen Sozialminister wurde hierzu anläßlich einer Besichtigung

der Spiel- und Lernstube eine Landesbeihilfe von 45 000 Mark in Aussicht gestellt. Für die Restkosten wurde eine Kreisbeihilfe von 9000 und der städtische Anteil mit 36 000 Mark eingesetzt.

Es sei daher unverständlich, daß jetzt um eine Kreisbeihilfe von 15 000 Mark gestritten werde, von der bisher nie die Rede gewesen sei. Die Fraktion will sich dafür einsetzen, daß die Erweiterung der Spiel- und Lernstube noch in diesem Jahr durchgeführt wird. Ein entsprechender Antrag wird in der nächsten Stadtverordnetensitzung eingebracht.

-161-

Weilburger Tageblatt

24.3.76

Sozialer Brennpunkt: Nicht negativ zur SPD eingestellt

Zur Klarstellung in kommender Woche eine Besprechung

Limburg. — Die Projektgruppe „Sozialer Brennpunkt“ erklärt auf den in der NLZ am Mittwoch veröffentlichten Bericht „SPD: Spiel und Lernstube muß 1976 erweitert werden“, sie begrüße die Initiative der SPD-Fraktion, in der nächsten Stadtverordnetenversammlung den Antrag zur Debatte zu stellen, daß mit der Erweiterung des Vorhabens begonnen und die Mittel dazu bereitgestellt werden sollten.

Sobald der vom Land erwartete Bewilligungsbescheid vorliege, sei es an der Stadt, zu beweisen, wie ernst sie es mit ihrer sozialen Verpflichtung meine. Da die Notwendigkeit des Anbaues von allen Seiten zugestanden werde, sollte

mit der Realisierung des Projektes auch so schnell wie möglich begonnen werden.

Mit großem Erstaunen hätten die Projektgruppe und ihr Sprecher, Hartmut Fritz, aus der Presse entnommen, daß sie sich angeblich nur ungern mit Vertretern der SPD über die Belange der Siedlung unterhielten und daß sie der SPD gegenüber negativ eingestellt seien.

Dagegen müsse festgehalten werden, daß die Projektgruppe und auch ihr Mitarbeiter H. Fritz in der Vergangenheit stets großen Wert auf eine Zusammenarbeit und Konsultation aller Fraktionen gelegt hätten. Dies gelte selbst-

redend auch der SPD-Fraktion gegenüber, die viele berechtigte Forderungen von Siedlungsbewohnern und der Projektgruppe in der Vergangenheit unterstützt habe.

Unverständlich bleibe der Projektgruppe deshalb, welche Fakten der negativen Einschätzung durch die SPD-Fraktion zugrunde liegen. Zur Klarstellung des Sachverhaltes und zur Schaffung der notwendigen Voraussetzungen für eine auch zukünftige sachliche Zusammenarbeit sei mit dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Lang, eine Besprechung in der nächsten Fraktionssitzung vereinbart worden.

NLZ 25.3.76

CDU: Spiel- und Lernstube erweitern!

Limburg. — Nachdem das Land Hessen für die Erweiterung der Spiel- und Lernstube „Im Finken“ 45 000 Mark bereitgestellt hat, sollte dieses Vorhaben durch die Stadt möglichst bald verwirklicht werden. Zu dieser Auffassung gelangte der Arbeitskreis Finanzen der CDU-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung.

Der Arbeitskreis hatte zuvor die Arbeit des Sozialen Brennpunkts für die Kinder, die Jugendlichen und deren Eltern in der Spiel- und Lernstube „Im Finken“ positiv gewürdigt und als sehr zweckdienlich anerkannt. Die schon lange geplante Vergrößerung des vorhandenen Gebäudes verdiene keinen Aufschub mehr. Der Magistrat soll gebeten werden, Vorschläge zur Finanzierung dieses Projekts zu machen, wobei auch der von der CDU-Stadtverordneten, Frau Erika Fachinger, gemachte Vorschlag eine Prüfung verdiene, die Erweiterung im Rahmen einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme zu verwirklichen.

NLZ 9.4.76

Spiel- und Lernstube: Bald ist die Geduld zu Ende

Trotz vieler Zusagen stellt sich für die Projektgruppe die Frage: „Was gilt noch ein Ministerwort?“

Limburg. — Seit Februar 1974 gibt es in der Limburger Siedlung Finken-Amselweg eine Spiel- und Lernstube, in der 60 Vorschul- und Schulkinder betreut werden, und die auch von Eltern- und Bewohnergruppen genutzt wird. Seit zwei Jahren arbeiten hier die Bewohner der Siedlung und die „Projektgruppe Sozialer Brennpunkt“ unter völlig unzulänglichen räumlichen Bedingungen zusammen. Fast ebenso lange liegt ein Antrag auf einen Erweiterungsbau den zuständigen Stellen vor, ohne daß sich bisher ein Baubeginn abzeichnet.

Auf seiner letzten Sitzung befaßte sich der Wohnerrat der Siedlung und die Projektgruppe Sozialer Brennpunkt mit der für sie zunehmend unverständlicher werdenden Situation. Obwohl die Notwendigkeit eines Anbaues von den zuständigen Lokal- und Landesbehörden nicht bestritten wurde und ihnen ein konkreter Antrag auf einen Erweiterungsbau für die Spiel- und Lernstubenbaracke seit nunmehr bald zwei Jahren vorliegt, ist es nicht gelungen, auf den bürokratischen Pfaden alle Hindernisse für das 90 000-Mark-Projekt aus dem Weg zu räumen.

RAUMNOT

Im Februar 1974 wurde die Spiel- und Lernstube eröffnet und schon bald darauf die gravierende Raumnot deut-

lich, die bis heute anhält. Schon zu Anfang wurden 60 Kinder pädagogisch in zwei Vormittags- und vier Nachmittagsgruppen betreut. Die vorhandenen Räume von 2 x 24 qm und 2 x 14 qm lassen nachmittags nur Schichtbetrieb zu. Wichtige Aufgaben, wie die Zusammenarbeit mit den vielen arbeitslosen Jugendlichen in der Siedlung, konnten nicht in Angriff genommen werden, weil es an geeigneten Räumlichkeiten fehlt.

Vor diesem Hintergrund ist im April 1974 ein Antrag auf einen Erweiterungsbau beim Magistrat eingereicht worden, der im Mai des gleichen Jahres durch Beschluß der Stadtverordnetenversammlung auch gebilligt wurde. Im gleichen Monat noch sicherte Sozialminister Dr. Schmidt bei einem Besuch in

der Spiel- und Lernstube die anteilmäßige Finanzierung des Projekts durch das Land zu! Die gemeinsam von Wohnerrat, Projektgruppe und Stadt Limburg erstellten Baupläne wurden im Juli 1974 an das Land (Sozialminister) zur Überprüfung weitergeleitet. In Wiesbaden sah man sich dann allerdings nicht in der Lage, die Entscheidung vor Verabschiedung des Haushaltsplans im Frühjahr 1975 zu treffen.

KEINE EINIGUNG

Im April 1975 schien der Erfolg in greifbarer Nähe: so wurde das Projekt in die Förderungsplanung für 1975 aufgenommen, und der schriftliche Bescheid darüber wurde schnellstmöglich zugesagt. Nach wiederholten Anfragen wurde im November 1975 die umgehende Absendung des Bewilligungsbescheides zugesagt; vom Limburger Stadtbauamt erfolgte die Ausschreibung der Rohbauarbeiten.

Die Ausschreibungen mußten jedoch gestoppt werden. Die zuständigen Minister konnten sich über die Höhe des Zuschusses nicht einigen. Während Innen- und Sozialminister wegen der Finanzmisere des Kreises neben dem

Landeszuschuß von 45 000 Mark auch den Zuschuß des Landkreises von 15 000 Mark übernehmen wollen, will Finanzminister Reitz nur 45 000 Mark gewähren. Damit droht eine Maßnahme, deren Dringlichkeit von niemandem bestritten wird, in den Mühlen der Verwaltung zerrieben zu werden. Dies wirkt bei den Betroffenen um so unverständlicher, als der Minister, dem die Probleme dieser Siedlung buchstäblich vor der Haustüre liegen, sich nicht aufrufen könne, etwas großzügiger vorzugehen.

GESCHEITERT

Nachdem der Antrag jahrelang verschleppt worden sei, drohe nun das endgültige Scheitern an einem vergleichsweise geringen Betrag von 15 000 Mark, für den auch im kommunalen Bereich niemand zuständig sein will. Wohnerrat und Projektgruppe haben für die nächste Zeit konkrete Schritte geplant, um doch noch zu dem dringend benötigten Anbau der Spiel- und Lernstube zu kommen. Als erstes will man sich in der Sprechstunde des Finanzministers über die Möglichkeiten der Finanzierung informieren und hofft, mit dem Anliegen auf offene Ohren zu treffen.

Reitz steht zu seinem Wort

Limburg. — Zu dem Bericht in der NLZ am 9. März über die Finanzierung eines Erweiterungsbaus für die Spiel- und Lernstube in der Limburger Siedlung Finken/Amselweg erklärt Finanzminister Heribert Reitz zu der in dem Artikel aufgeworfenen Frage („Was gilt noch ein Minister-Wort?“), daß das Land sich auf Heller und Pfennig an die 45 000 Mark halte, die seinerzeit als Landeshilfe auf den entsprechenden Antrag der Stadt Limburg zugesagt worden seien. Damit betrage der Landeszuschuß 50 Prozent der Gesamtkosten, die für das Projekt veranschlagt worden seien. Mit der Übernahme dieses Betrags werde die obere Grenze für Beihilfen dieser Art erreicht.

Weiter sagte Reitz, wenn der Kreis nicht mehr in der Lage sei, die von ihm ursprünglich vorgesehenen 15 000 Mark aufzubringen, könne diese Summe nicht einfach vom Land zusätzlich gefordert werden. Vielmehr gelte es zu überlegen, inwieweit dieser Betrag vom eigentlichen kommunalen Träger des Bauvorhabens beigesteuert werden könne. Reitz brachte die Hoffnung zum

Ausdruck, daß das Spiel- und Lernstuben-Projekt nicht an dem Wegfall der Kreismittel von 15 000 Mark scheitern werde. Nach einer Überprüfung der finanziellen Leistungskraft der Stadt Limburg sei der Hessische Innenminister zu dem Ergebnis gekommen, daß zur Erweiterung der Spiel- und Lernstuben die Landeszuweisung in Höhe von 45 000 Mark ausreichend und gerechtfertigt sei. Damit sei es jetzt Sache der Stadt Limburg, die Realisierung des Projekts zu sichern.

NLZ 11.3.76

-160-

Alte aus der Isolation lösen Sozialer Brennpunkt wird aktiv

Die Bewohnerversammlung im Finken hat die Praxis der Stadt kritisiert

Limburg (hk). — Die Leiter des „Sozialen Brennpunktes“ in der Siedlung Finken/Amselweg erörterten in einer Bewohnerversammlung die Situation der älteren Mitbürger in diesem Gebiet, und alle waren sich einig darüber, daß die Alten aus ihrer Isolation herausgeholt werden müssen. Gemütliche Nachmittage in der Spiel- und Lernstube sollen der Auftakt für eine langfristige Zusammenarbeit sein, in deren Verlauf die Sorgen und Nöte der alten Leute offenkundig werden sollen.

Zunächst ist vorgesehen, die Eltern der Kinder, die die Spiel und Lernstube besuchen, zusammenzurufen, um eine Basis zu finden. Im übrigen stellte die Versammlung mit Bedauern fest, daß die Stadt die Forderungen der Bewohner in der Siedlung nur „nachlässig behandelt“. Es wurde auf die fehlende Beleuchtung der Gehwege zwischen den Wohnungen und der Spiel- und Lernstube sowie auf den immer noch unbenutzbaren Bolzplatz verwiesen. Mehr Aktivität hatten die Bewohner auch hinsichtlich des Anbringens eines Briefkastens und eines Briefmarkengebers sowie der Möglichkeit einer kostenlosen Benutzung der Stadtbahn für die Schulfahrten der Kinder erwartet.

Auskunft verlangte die Versammlung

von der Stadt auch über den Stand der Planung für den so dringend benötigten Erweiterungsbau der Spiel- und Lernstube, nachdem im Sommer vergangenen Jahres die Pläne für den Anbau in Zusammenarbeit mit den Bewohnern, der Projektgruppe und dem Bauamt entwickelt und ein Antragsverfahren eingeleitet worden sei. Bis jetzt lägen noch immer keine genauen Informationen über den Fortgang des Projektes und den möglichen Baubeginn vor.

Um den zunehmenden Anforderungen in der täglichen Praxis als juristische Person gerecht werden zu können, besprach die Versammlung die Notwendigkeit, der Projektgruppe den Status eines eingetragenen Vereins zu geben. Die dazu notwendigen Schritte sollen um-

gehend eingeleitet werden. Es wurde beschlossen, auch zukünftig in der Landesarbeitsgemeinschaft der „Sozialen Brennpunkte Hessen“, einer Interessenvertretung von Projektgruppen und Bewohnern auf Landesebene, mitzuarbeiten. In regelmäßigen Abständen treffen sich die Regionalgruppen und beraten gemeinsame Probleme und Forderungen.

NLZ 17.1.75

Bewohnerrat hat viele Aufgaben

Eine schnelle Fertigstellung des Bolzplatzes im Finken gefordert

Limburg. — Im Mittelpunkt einer Bewohnerversammlung der Siedlung Finken/Amselweg stand der Bericht des alten und die Wahl eines neuen Wohnerrates. Einmütig beschwerten sich die Bewohner über die Stadt, die trotz ihrer Zusage den Bolzplatz der Siedlung bis heute nicht fertiggestellt habe.

Der Arbeitsbericht des dritten Wohnerrates umriß eine anderthalbjährige erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Bewohnern und Projektgruppe im Interesse der Siedlung Finken/Amselweg: So sei im Februar 1974 endlich die Spiel- und Lernstube eröffnet worden. Um deren räumliche Enge zu beseitigen und um die tägliche Betreuung der Kinder zu ermöglichen, wurde ein Anbau gefordert und nach längeren Verhandlungen von der Stadtverordnetenversammlung auch beschlossen. Der Baubeginn soll im Sommer sein.

Durch die Initiative der Bewohner sei der gewünschte Briefkasten und die notwendige Beleuchtung auf dem Spielplatz angebracht worden. Entgegenkommend habe sich die Stadt Limburg

auch bei der Frage der dringend notwendigen Reparaturen in den städtischen Wohnungen und bei den Problemen der Wohnungserweiterung gezeigt. Unzufrieden und enttäuscht waren die Versammelten allerdings über das Verhalten der Stadt bei der Einrichtung eines Bolzplatzes für die Kinder. Im Oktober sei bereits der Platz auf eine ausreichende Größe geschoben worden. Später wurde Schlacke aufgetragen. So sei der Platz noch heute unbespielbar.

Bewohnerfeste, Ausflüge der Frauen und Alternachmittage gehören mittlerweile zum festen Bestandteil des Gemeinschaftslebens in der Siedlung. Sie werden vom Wohnerrat organisiert und erfreuen sich großer Beliebtheit. An die Diskussion dieses Arbeitsbe-

richtes schloß sich die Neuwahl des Wohnerrates an. Die gut besuchte Versammlung wählte Irma Heinz, Frau Weber, Johann Hahn, Hans Stein und Bernhard Kind in den Wohnerrat. Sie werden in den nächsten anderthalb Jahren die Interessen und Beschlüsse der Bewohner in Zusammenarbeit mit der Projektgruppe vertreten.

Wie in den vergangenen Jahren finden auch in den diesjährigen Sommerferien Freizeiten der Projektgruppe für die Kinder in Österreich statt. Die Versammlung bedauerte die Preiserhöhungen, die die Finanzierung der Freizeiten belasten, war aber mit der bisherigen Freizeitplanung einverstanden.

NLZ 5.6.75

Limburger Spiel- und Lernstube erweitert

Aber nicht nur die Kinder, auch die Erwachsenen treffen sich dort □ Der Bewohnerrat ist das Entscheidungsgremium

Limburg (sb). „Der hat ja en ganze Kaste Bier im Auto“ stellte am Donnerstagnachmittag ein vorwitziger Dreikäsehoch fest, als das Auto des Limburger Stadtoberhauptes im Finken vorfuhr, und der Kofferraum geöffnet wurde. Bürgermeister Kohlmaier hatte die Fertigstellung des Rohbaues der jetzt erweiterten Spiel- und Lernstube im sozialen Brennpunkt der Stadt zum Anlaß genommen, sich selbst an Ort und Stelle über den Stand der Dinge zu informieren und sich statt der üblichen Richtfestfeierlichkeiten für eine zwanglose Begegnung mit Gesprächen bei einer Flasche Bier entschieden. Natürlich kamen auch die Kinder, um die es ja in erster Linie hier geht, nicht zu kurz: Jedes von ihnen – es waren fast 50 an der Zahl – erhielt eine Tafel Schokolade aus der Hand des Bürgermeisters.

Wenn auch der Rohbau zur Erweiterung der Spiel- und Lernstube in relativ kurzer Zeit im Schmück des Richtbaues stand, so hatte es doch langwieriger Vorarbeiten bedurft, bis mit den Bauarbeiten begonnen werden konnte. Das ursprünglich mit 90 000 Mark veranschlagte Projekt, das vom Land mit 45 000 Mark bezuschußt werden sollte, konnte im vergangenen Jahr nicht durchgeführt werden, weil der Bewilligungsbescheid des Landes noch nicht vorlag. Auch der Kreis wollte sich mit 9000 Mark beteiligen. Als dann in diesem Jahr doch der Bewilligungsbescheid eintraf, war der Anteil der Stadt in Höhe von 36 000 Mark im Haushalt nicht mehr ausgewiesen.

Ein weiteres Problem war die Tatsache, daß die Baukosten inzwischen auf 110 000 Mark angestiegen waren. Umso erfreulicher ist es nun, daß die Stadt doch die zum Bau erforderlichen Mittel bereitstellen konnte. Auch der hessische Finanzminister, Heribert Reitz, hatte im Mai dieses Jahres einen Betrag in Höhe von 9000 Mark als Finanzierungsbeihilfe für dieses Projekt auf den Tisch gelegt. So entsteht nun, sehr zur Freude der Bewohner und der Kinder dieser Siedlung, ein neuer, 90 Quadratmeter großer Raum, eine Mal- und Bastelstube von 16 Quadratmetern sowie eine 10 Quadratmeter große Küche. Bis zum Jahresende, „noch ehe der Winter kommt“, sollen diese Räume in Betrieb genommen werden.

Bürgermeister Kohlmaier gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß zumindest die wichtigsten räumlichen Bedürfnisse befriedigt seien. Die Spiel- und Lernstube sei eine noch relativ junge soziale Einrichtung, und es bedürfe einer gewissen



Der Richtbaum schwebte über dem Erweiterungsbau an der Spiel- und Lernstube in Limburg. (Aufn.: sb)

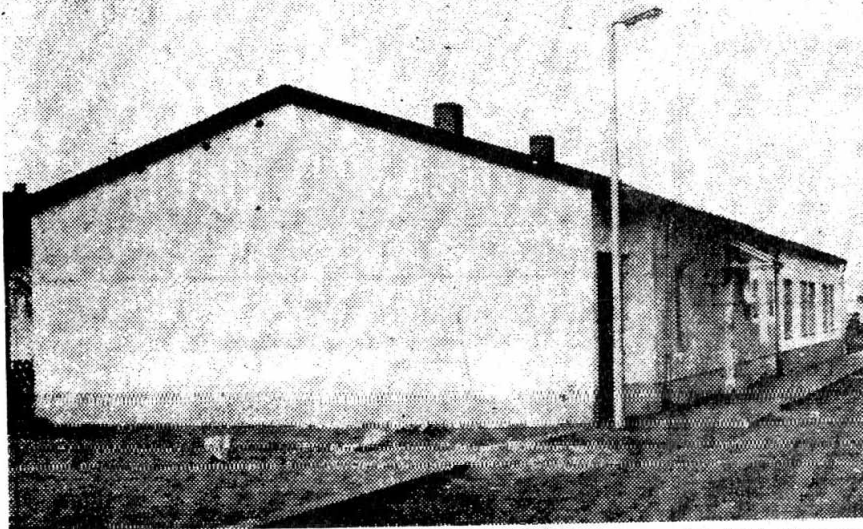
Weilburger
Tageblatt 28.8.76

Zeit, bis sie in das rechte Bewußtsein der Bürger gerückt sei. Die Stadt halte diese Einrichtung für notwendig und nützlich. Bei den Dispositionen für den Haushalt 1977 wolle man diese sozialen Bedürfnisse weiterhin respektieren.

Bereits seit 1972 arbeitet die Projektgruppe „Sozialer Brennpunkt“ unter der Leitung von Hartmut Fritz mit den Bewohnern zusammen. So werden nicht nur im Zwei-Tage-Rhythmus vier Schulkinder- und zwei Vorschulkindergruppen von 9 bis 12 Uhr und von 14 bis 17 Uhr betreut, sondern auch die Erwachsenen treffen sich dort. Der Bewohnerrat erörtert hier die anstehenden Probleme, alle 14 Tage findet ein Altentreffen statt und einmal im Jahr wird ein Bewohnerfest gefeiert. Die Betreuung der Kinder in der Spiel- und Lernstube im Finken wird von einem Sozialarbeiter, zwei Sozialpädagogen, einer Erzieherin und einem Zivildienstleistenden vorgenommen.

165-

- 166 -



NLZ 2.3.77

Limburg (hk). — Die Spiel- und Lernstube Im Finken wird einschließlich ihres Erweiterungsbaues bald voll genutzt werden können, sagte Bürgermeister Kohlmaier, als er den Stadtverordneten über Einzelheiten der Maßnahme berichtete. In dem neuen Trakt sollte noch eine Trennwand eingebaut werden, wodurch die funktionellen Voraussetzungen des sozialen Brennpunktes verbessert würden. Die Gesamtkosten erhöhten sich dadurch um 15 000 Mark auf 125 000 Mark ohne die Einrichtungsgegenstände. Kleine Wünsche blieben noch offen, wie etwa die Befestigung und Verbesserung der Anlagen des Bolzplatzes und eine Ergänzung des Spielplatzes. Hier solle nach und nach Abhilfe geschaffen werden. Der Leiter des Brennpunktes und der Bewohnerrat hätten sich lobend über die getroffenen Maßnahmen ausgesprochen. — Unser Foto zeigt die erweiterte Spiel- und Lernstube, deren hinterer, etwas hellerer Teil neu angebaut worden ist.

Foto: Kleppel

Neue Aufgabe für Bewohnerrat

Die erweiterte Spiel- und Lernstube bringt Entlastung

Limburg. — In einer Versammlung wählten die Bewohner der Siedlung Finken/Amselweg, einen neuen Bewohnerrat. Nach einhalbjähriger Amtsperiode zog der Bewohnerrat Bilanz. Im Arbeitsbericht wurde deutlich, daß die Aufgaben eher größer als kleiner geworden sind. In vielen Zusammenkünften hat der Bewohnerrat mit der Projektgruppe Sozialer Brennpunkt e. V. die Interessen der Siedlung vertreten und wesentlich zur Förderung von Einigkeit und Zusammenhalt aller Bewohner geleistet. So wurden vierteljährlich Alternettreffen, zwei Bewohnerfeste sowie sechs Ausflüge organisiert und von der Projektgruppe zwei Kinderfreizeiten realisiert.

Der Anbau der Spiel- und Lernstube in der Siedlung, Anfang 1975 zugesagt, verzögerte sich. Durch ständiges Nachfragen und politischen Druck konnte der Baubeginn erreicht und im September des vergangenen Jahres das Richtfest gefeiert werden. Für die pädagogische Arbeit in der Spiel- und Lernstube bringt das Ende der räumlichen Enge eine spürbare Entlastung und neue Möglichkeiten. Auch der Bewohnerrat, Fußballclub, Jugendliche, eine Frauengruppe und die älteren Bewohner hoffen, daß sie die erweiterten Räumlichkeiten bald nutzen können.

Als weitere Erfolge seiner Arbeit wertete der Bewohnerrat die Errichtung einer Haltestelle der Stadtlinie in der Siedlung Finken/Amselweg, den Bau des Fußgängertunnels unter der Kreuzung Ofheimer Weg/Umgehungsstraße und das Mitspracherecht bei Wohnungsbelegungen und Neueinweisungen. Auch ein Bolzplatz wurde von der Stadt angelegt, allerdings so schlecht, daß er be-

reits renovierungsbedürftig ist. Die hohe Beteiligung an der Neuwahl des Bewohnerrates zeigte, daß die Bürger in ihm ihre Interessenvertretung sehen. In den 5. Bewohnerrat wurden Frau I. Heinz, Frau Weber, Herr Heinz, Herr Kind und Frau K. Heinz gewählt.

Für den neuen Bewohnerrat stehen zahlreiche Aufgaben an. Besonders dringlich ist die Bereinigung der besonders für die Kinder sehr gefährlichen Situation entlang des Ofheimer Weges. In einem Schreiben an den Magistrat soll für die stark befahrene Straße eine Geschwindigkeitsbegrenzung, ein Überholverbot und ein Fußgängerüberweg verlangt werden. Dafür wollen die Bewohner Unterschriften sammeln und das in den Stoßzeiten sehr hohe Verkehrsaufkommen zählen.

Die Spielmöglichkeiten der Kinder sollen verbessert werden. Geplant ist die Einrichtung eines kindgerechten (Abenteuer-) Spielplatzes. Ebenso ist die Renovierung des Bolzplatzes in Eigenhilfe mit Materialien, die von der Stadt zur Verfügung gestellt werden, vorgesehen. Um die Wohnsituation in der Siedlung zu verbessern, soll die Forderung nach größeren Wohneinheiten für kinderreiche Familien und die Renovierung der Häuser durchgesetzt werden.

Neben diesen Aufgaben veranstaltet der neue Rat auch weiterhin Bewohnerfeste, Ausflüge und Alternachmittage. Das erste Alternettreffen fand bereits statt. Durch die Spendenfreudigkeit der Limburger Geschäftswelt konnte eine Tombola ermöglicht werden. Der Bewohnerrat und alle Teilnehmer dieses Alternachmittages bedanken sich auf diesem Wege für jede Spende.

NLZ 15.3.77

NLZ 30.6.77

Erweiterungsbau wird an Bewohner übergeben

Limburg (ade). — Der Erweiterungsbau der Spiel- und Lernstube „Im Finken“ wird am Samstag, 16. Juli, 14 Uhr, offiziell durch den Magistrat an die Bewohner der Siedlung Finken und Amselweg und an die Projektgruppe „Sozialer Brennpunkt“ übergeben. Aus diesem Anlaß findet nach dem offiziellen Teil ein Kinder- und Bewohnerfest statt.

Freitag, den 30. Dezember 1977

Leser schreiben an uns

Sozialer Brennpunkt

Limbürg. — Zum Bericht der NLZ vom 23. 12. 77 „Entwicklungsplan für das Gebiet Im Finken“ möchten wir zum besseren Verständnis der dort angesprochenen Fragen einige ergänzende Informationen geben:

Die Projektgruppe Sozialer Brennpunkt e. V. besteht z. Zt. aus 4 hauptamtlichen und 12 neben- bzw. ehrenamtlichen Mitarbeitern — Sozialarbeiter, Sozialpädagogen, Erzieherinnen, Schüler der Fachoberschule für Sozialpädagogik, Studenten der Pädagogik und Psychologie —. Sie sind in den Bereichen Vorschul- und Schulkinderbetreuung, Jugend- und Elterngruppenarbeit, Familienberatung, Altenbetreuung und Gemeinwesenarbeit tätig.

In der Spiel- und Lernstube werden 16 Vorschulkinder ab drei Jahre und 53 Schulkinder in sechs Gruppen betreut. Insgesamt leben in der Siedlung ca. 300 Bewohner, wovon ca. die Hälfte Kinder und Jugendliche sind.

Zur Neueinweisung von Familien und Einzelpersonen in die städtischen Unterkünfte Im Finken/Amselweg haben wir schon mehrfach Stellung bezogen. Unser Ziel ist es, zusammen mit den jetzt in der Siedlung lebenden Familien an der Normalisierung der defizitären Lebensbedingungen zu arbeiten.

Neben den bereits erreichten Verbesserungen bedeutet dies für die Zukunft:

1. Einweisungsstopp für alle neuen Obdachlosen, da der vorhandene Wohnraum bei weitem nicht für die jetzt hier lebenden Familien ausreicht.

2. Sanierung der vorhandenen Wohnblocks durch Wohnungserweiterungen, Lärm- und Feuchtigkeitsisolierung.

3. Bau von Großraumwohnungen für kinderreiche Familien, da im gesamten Stadtgebiet kaum Wohnungen für große Familien zur Verfügung stehen.

4. Weiterer Ausbau der sozialen Infrastruktur u. a. auch des Abenteuer-spielplatzes, der für alle Kinder der Stadt offen sein soll und damit auch zur Integration des Wohngebietes in den angrenzenden Stadtteil beitragen kann.

Projektgruppe und Bewohner werden ein detailliertes Konzept zur weiteren Entwicklung des Wohngebietes im Laufe der nächsten Monate vorlegen.

Projektgruppe

Sozialer Brennpunkt e. V.

Bewohnerrat Finken/Amselweg

I. A. Hartmut Fritz

Entwicklungsplan für das Gebiet Im Finken

Projektgruppe entwirft auch Abenteuerspielplatz

Limburg (hk). Die Siedlung „Im Finken“ stellt die Verantwortlichen der Stadt in den kommenden Jahren vor die Lösung zahlreicher Probleme. Das wurde Bürgermeister Kohlmaier klar, als er am späten Mittwochnachmittag in den Räumen der Spiel- und Lernstube des Sozialen Brennpunktes mit dem Wohnerrat und dem Team der dort wirkenden Sozialarbeiter konferierte. Kohlmaier wollte sich an Ort und Stelle informieren, für die geleistete Arbeit danken, Schokolade für die Kinder in der Spiel- und Lernstube überreichen und auch eine Spende für die Einrichtung überbringen. Mit seinem Besuch und den Präsenten wollte der Bürgermeister aber auch zum Ausdruck bringen, daß ihn das Geschehen dort nicht nur am Rande berühre und er sich auch um das Schicksal dieser Menschen mühen wolle.

Projektgruppenleiter Hartmut Fritz erklärte zunächst, die Erweiterung der Spiel- und Lernstube habe sich sehr positiv ausgewirkt, hätten doch nunmehr die Frauen- und Jugendgruppen Gelegenheit genug, sich unter einem schützenden Dach zu versammeln. Personell könne auch nicht mehr geklagt werden, zähle das Mitarbeiterteam doch zwölf Köpfe, was aber in einem solchen Brennpunkt als Minimum angesehen werden müsse. Dem Wohnerrat gehörten fünf Mitglieder an.

NEUE ÖFEN ERFORDERLICH

Hartmut Fritz wies darauf hin, daß die im Altbau der Spiel- und Lernstube stehenden Öfen bei Wind unüberwindliche Schwierigkeiten bereiteten. Es sei deshalb empfehlenswert, bald auch dort Nachspeicheröfen aufzustellen, wie das im Neubau der Fall sei. Die erforderlichen Renovierungsarbeiten im Inneren des Gebäudes wolle man selbst ausführen. Der Bürgermeister sicherte zu, daß dieser Wunsch geprüft werde. Vorgesehen sei, im kommenden Jahr den Bolzplatz auszubauen und 1979 dann den Abenteuerspielplatz folgen zu lassen. Man müsse die vorhandenen Einrichtungen in kleinen Schritten erhalten und ausbauen. Der soziale Brennpunkt, so habe er den Eindruck gewonnen, verdiene mehr Beachtung als vordem.

Ausführlich äußerte sich Projektleiter Fritz zur Wohngebietsentwicklung im Finken. Es müßten familiengerechte Wohnungen geschaffen werden. Die jetzigen Wohnverhältnisse seien inhuman. In fast allen Häusern stellten sich ständig Feuchtigkeitsschäden ein, und wer hier längere Zeit wohne, treibe Raubbau mit seiner Gesundheit, zumindest werde sie stark gefährdet. Im übrigen, so Fritz, entspreche die völlige Belegung der Wohnungen im Finken nicht den gesetzlichen Bestimmungen, denn wenn irgendwann eine Familie obdachlos werde, stehe hier keine Unterkunft zur Verfügung. Obwohl die Wohnungen

eigentlich nur für eine vorübergehende Unterkunft dienen sollten, wohnten Familien zum Teil mehr als 25 Jahre in diesem Gebiet. Der Lärm von der Autobahn mache sich ebenfalls äußerst unangenehm bemerkbar.

GROSSRAUMWOHNUNGEN

Konkrete Vorstellungen über die Wohngebietsentwicklung kündigte Hartmut Fritz für die ersten Monate im neuen Jahr an. Die Projektgruppe sei dabei, ein Konzept zu erarbeiten, das den Bau von Großraumwohnungen vorsehe. Es müsse auch untersucht werden, wie das Gebiet Im Finken mit dem auf der Offheimer Höhe — der begonnenen sogenannten Schweden-Siedlung — integriert werden könne. Zu einem Getto dürfe die Siedlung nicht abgegrenzt werden. Die vorhandenen Wohnungen müsse man modernisieren und sanieren.

Der beantragte Abenteuerspielplatz für den sozialen Brennpunkt — er war von den Stadtverordneten mit Mehrheit zunächst abgelehnt worden —, so berichtete Fritz, sei ein Projekt zur Linderung der Jugendarbeitslosigkeit. Die Projektgruppe im sozialen Brennpunkt und eine Gruppe in der Jugendfreizeitstätte entwickelten gemeinsame Pläne für diesen Platz und wollten ihn auch gestalten, so daß einige junge Arbeitslose beschäftigt werden könnten. Es sei nötig, dieses Vorhaben zu unterstützen, betonte Fritz.

EIN GANZ ANDERES BILD

Bürgermeister Kohlmaier erklärte, diese Darlegungen ergäben ein ganz anderes Bild als das des damals eingebrachten Antrags in der Stadtverordnetenversammlung. Die jetzt entwickelte Konzeption verdiene eine genaue Prüfung und Förderung. Im übrigen, sagte der Bürgermeister, man habe einst im Finken Einfachstwohnungen gebaut, die als Durchgangsstation betrachtet werden müßten, aber nicht als Dauer-siedlung. Es gelte in der nächsten Zu-

kunft, diese Probleme näher zu untersuchen. Die städtischen Gremien erwarteten nun zunächst einmal die Konzeption des sozialen Brennpunktes.

Eine Frau, Mitglied des Wohnerrates, versuchte das meist negativ gezeichnete Bild der Siedlung etwas aufzupolieren. Ein großer Vorteil sei, daß die Kinder dort ungestörter als in irgendeinem anderen Teil der Stadt spielen könnten, und das sei ein erheblicher Vorteil. Hartmut Fritz wies darauf hin, daß etwa 80 Kinder zwischen drei und 18 Jahren in der Siedlung lebten und sie mehr als die Hälfte der Bewohner insgesamt ausmachten.

Die Wohnungen des „sozialen Brennpunkts“ müssen renoviert werden

Die bisherigen Wohnflächen für die 69 Familien reichen nicht mehr aus □ Die SPD sah sich um

Limburg (sb). Über die Probleme der Bewohner jenes Wohngebietes, das man in Limburg als „sozialen Brennpunkt“ bezeichnet, informierten sich dieser Tage Mitglieder der SPD-Stadtverordnetenfraktion und des SPD-Ortsverbandes Limburg. Im Erweiterungsbau der Spiel- und Lernstube „Im Finken“ fanden sie sich zu einem Gespräch ein, an dem auch Mitglieder des Wohnerrates und der „Projektgruppe Sozialer Brennpunkt e. V.“ teilnahmen. Hartmut Fritz, Sozialarbeiter und Sprecher der Projektgruppe, nannte die wichtigsten Voraussetzungen die erforderlich sind, um den 69 hier wohnenden Familien (zwei Familien haben fünf, eine Familie sechs Kinder) menschenwürdigeres und familiengerechteres Wohnen zu ermöglichen.

Dazu gehören Sanierung der vorhandenen Wohnungen, Erweiterung der vorhandenen Bausubstanz zu größeren Wohnflächen, Neubau von Großraumwohnungen für kinderreiche Familien (nicht nur aus dieser Siedlung sondern dem gesamten Stadtgebiet), weiteren Ausbau der Infrastruktur (Abenteuerspielplatz) und Integration in den angrenzenden Stadtteil.

Alle Anwesenden waren sich darin einig, daß der im städtischen Haushalt vorgesehene Betrag zur Renovierung dieser Siedlungshäuser in Höhe von 100 000 Mark zwar „den guten Willen bekunde“ aber „nur ein Kleckerbetrag“ sei, der bei weitem nicht ausreiche, um die erforderlichen Maßnahmen durchführen zu können.

Harry Stahl wies darauf hin, daß die vor 27 Jahren errichteten Notunterkünfte zunächst nur als Übergangslösungen gedacht gewesen seien. Aus den ehemaligen Baracken wurden später jene Siedlungshäuser nach Dreistufensystem: Notunterkünfte, Einfachstwohnungen mit Bädern und Sozialwohnungen. Jede der 1959 bis

1963 gebauten Wohneinheiten habe seinerzeit 50 000 Mark gekostet und sei vom Land mit 50 Prozent unterstützt worden.

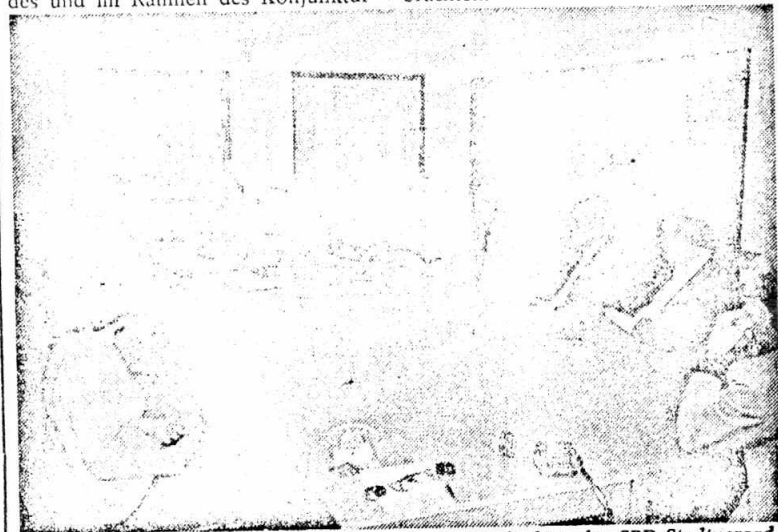
Wenn man auch damals stolz darauf gewesen sei, statt der an der Peripherie der Stadt befindlichen Baracken feste Wohnungen mit zwei Wohntypen (3 Zimmer, Küche und Bad mit 65 Quadratmeter Wohnfläche und 4 Zimmer, Küche und Bad mit 77 Quadratmeter Wohnfläche) zu schaffen, so müsse man heute doch sagen, daß diese Siedlung eine „Schwachstelle“ der Stadt geworden sei. Das Dreistufensystem sei inzwischen veraltet und als inhuman abgeschafft. (Wer sich in der Notunterkunft „bewährt“ hatte, konnte zur Einfachst- dann zur Sozialwohnung „aufsteigen“!).

Harry Stahl und seine Parteifreunde stimmten den Vorschlägen des Sozialarbeiters und Sprechers der Projektgruppe, Hartmut Fritz, zu, der Sanierung und Renovierung der zum Teil feuchten Wohnungen für dringend erforderlich hielt. Darüber hinaus mußte der ständige Lärmpegel, der langfristige Schäden mit sich bringe, durch Lärmisolierung abgebaut werden. Die Erweiterung der vorhande-

nen Bausubstanz zu größeren Wohneinheiten trage insbesondere bei kinderreichen Familien dazu bei, Spannungen zwischen dem auf engstem Raum lebenden Menschen abzubauen. Als eventuelle Standorte für den Neubau von Großraumwohnungen für kinderreiche Familien schlug Fritz das an den Spielplatz angrenzende oder aber ein unterhalb der Siedlung befindliches Gelände vor.

Zur Finanzierung von Großfamilien-Neubauwohnungen meinte Harry Stahl, daß dies möglichst mit Hilfe des Landes und im Rahmen des Konjunktur-

förderungsprogrammes geschehen müßte. Daß durch den Bau eines Abenteuerspielplatzes nicht nur die Infrastruktur verbessert und ausgebaut werden könne, sondern ein solcher Platz auch der Integration dienlich sei, war eine einhellige Meinung. Dort sei Gelegenheit gegeben, daß die Kinder aus der Siedlung Kontakte mit den Kindern der Brückenvorstadt anknüpfen könnten. Fritz wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß hin und wieder bereits Kinder der Siedlungsbewohner ihre Freunde aus der Stadt mit in die Spiel- und Lernstube brächten.



Diskussion in der Lernstube „Im Finken“ mit Mitgliedern der SPD-Stadtverordnetenfraktion. (Aufn.: sb)

WT v. 25.4.78

-170-

Blocksanierung soll in einem Jahr anlaufen

1978 fördert die Stadt 52 soziale Wohneinheiten

Limburg (hk). — 52 Wohneinheiten will die Stadt in diesem Jahr im Rahmen des sozialen Wohnungsbaues mitfinanzieren. Das erklärte Bürgermeister Kohlmaier in einer Presseverlautbarung. Wie er ausführte, sichert sich die Stadt bei diesen Bauvorhaben durch Mitfinanzierungen Belegungsrechte. Es handele sich um Wohnungen, die größtenteils durch gemeinnützige Bauträgergesellschaften oder durch Privatinitiative in der Altstadt errichtet werden. Im einzelnen sind dies sechs Wohnungen in der Karlsbader Straße in der Wohnstadt Blumenrod, zwölf Wohnungen in der Neubauzone der Altstadt im Bereich zwischen Sackstraße, Rosengasse und Schießgraben, um 14 Wohneinheiten im Rahmen der Sanierungstätigkeit der Altstadt und die 20 Altenwohnungen an der Konrad-Kurzbold-Straße.

N
L
Z

15.2.78

Mit diesem Engagement, so betont der Bürgermeister, werde den Zielsetzungen der Körperschaften, die Altstadt für den Wohnbereich durch Ersatzwohnungsbau aufzuwerten, die Sanierungstätigkeit zu fördern und für den aus sozialen Gründen bedürftigen Personenkreis erträgliche Mieten zu garantieren, in hohem Maße Rechnung getragen. Nicht mehr offen sei jetzt die Frage, ob trotz der negativen Einwirkung übergeordneter Stellen Ende vergangenen Jahres das Demonstrationsbauvorhaben im Rahmen der Blocksanierung in der Altstadt verwirklicht werden könne.

GÄSTE AUS BONN

Auf unsere Anfrage berichtete der Bürgermeister, daß in der vergangenen Woche zwei Vertreter des Bundeswohnungsbauministeriums und einer des hessischen Innenministeriums in Limburg mit ihm, Dr. Schirmacher und Baudirektor Conradi über die Möglichkeiten einer „vorbildlichen Beispielmaßnahme“ der Altstadtsanierung, die modellhaft und für Forschungszwecke auswertbar, als Blocksanierung (Zusammenfassung mehrerer Einzelobjekte) verwirklicht werden könne. Nach einem Rundgang im Bereich der Rütche und des Römer — hier soll, wie schon mehrfach in der Vergangenheit berichtet, die Blocksanierung ausgeführt werden —, erfolgte ein mehrstündiges Gespräch, bei dem von den Gästen aus Bonn einmal die detaillierten Voruntersuchungen von Dr. Schirmacher und der Limburger Stellen ebenso lobend anerkannt wurden, wie auch die Eigeninitiativen verschiedener Hauseigentümer bei Sanierungsmaßnahmen.

Die Aufgabenstellung der Blocksanierung in Limburg wurde zum Schluß der Besprechung unter den Arbeitstitel „Weiterentwicklung des Wohnungs- und Städtebaus durch Modell-Versuchs- und Vergleichsbauvorhaben in der Altstadt Limburgs“ gestellt. Der Modellcharakter der auszuführenden Blocksanierung liege, so der Bürgermeister, im Zusammenwirken von Eigentumsanierung, sowie Treuhändermodernisierung unter der Oberleitung eines Gutachters. Weiter erforscht werden sollen bei der Maßnahme die Verfahrensweise bei Anwendung verschiedener gesetzlicher Grundlagen, die Ausführung in Bezug auf Bautechnik und Grundrißgestaltung und das Verhalten sowie die Einstellung der Bevölkerung zu der Maßnahme.

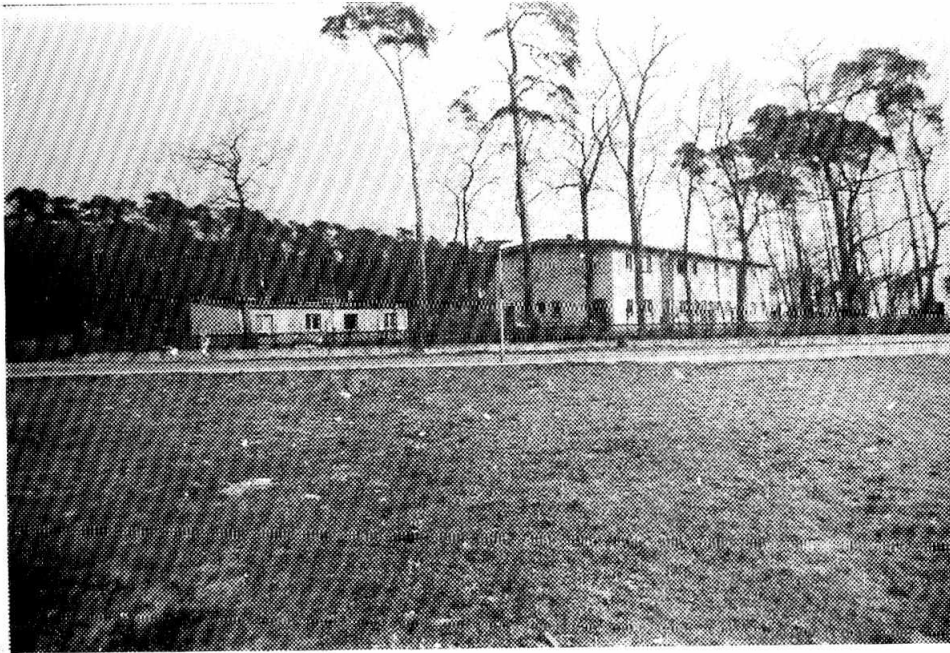
MITTELFRISTIG

Auf Empfehlung eines der Gäste aus Bonn soll ein Koordinierungsausschuß gebildet werden, der das Zusammenwirken der verschiedenen Stellen und die Zielsetzung bei der Aufgabenstellung überwache. Nach Abschluß der Maßnahme, die nach Auffassung der Gesprächsteilnehmer innerhalb von Jahresfrist anlaufen könnte und die sich über einen mittelfristigen Zeitraum erstrecken sollte, werde dann das Ergebnis des Modell-Bauversuchs in einem Untersuchungsbericht zusammengefaßt, wozu stufenweise Zwischenberichte zu erarbeiten seien.

Mit diesem recht umfangreichen Programm sei, so der Bürgermeister, aber die Tätigkeit und die Absichtserklärung der Stadt für das laufende Haushaltsjahr noch nicht restlos erfaßt. Nachdem sich beide Fraktionen im Stadtparlament grundsätzlich für eine baldige Sanierung des Wohngebietes „Im Finken“ ausgesprochen und der Bürgermeister sich im Dezember letzten Jahres persönlich von der Notwendigkeit an Ort und Stelle überzeugt hätten, sei die vorbereitende Tätigkeit der Verwaltung darauf ausgerichtet, entsprechende Maßnahmen für die Einleitung der Sanierung dieses Wohngebietes zu treffen. Dazu habe bereits Mitte Dezember vergangenen Jahres eine Aussprache mit dem Sozialdezernenten des Kreises stattgefunden, an der auch die Sprecherin vom Bewohnerrat „Im Finken“ und der Leiter der Projektgruppe sowie Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung und der Verwaltung im Rathaus teilgenommen haben.

SANIERUNG IM FINKEN

Aufbauend auf diesem Besprechungsergebnis würden zur Zeit das Antragsverfahren für die Bereitstellung der finanziellen Mittel durch den Hessischen Innenminister betrieben und Überlegungen für die Bereitstellung des städtischen Eigenkapitals angestellt. Die Verwaltung sei vom Bürgermeister weiter beauftragt, das erforderliche Material für den Gesamtkomplex der Sanierung des Wohngebietes „Im Finken“ aufzubereiten und den Körperschaften der Stadt zur weiteren Entscheidungsfindung zuzuleiten.



Bensheimer Str. Rüsselsheim

„Einzelkämpfer“ für die Obdachlosen Projektgruppe „Soziale Brennpunkte“ will Elend lindern helfen

WS. — Weitgehend unter Ausschluß der Öffentlichkeit hat sich kürzlich eine lose Gruppe von Obdachlosen, ehemaligen Obdachlosen und von Obdachlosigkeit bedrohten Bürgern zu einer Projektgruppe „Soziale Brennpunkte Rüsselsheim“ zusammengeschlossen, die nach den Worten ihres Sprechers Ernst Jürgen Form möglicherweise im kommenden Jahr Mitglied der Landesarbeitsgemeinschaft „Soziale Brennpunkte“ werden soll. Diese Organisation wird mit Landesmitteln gefördert. Die Rüsselsheimer Gruppe, die sich augenblicklich im Aufbau befindet und Mitglieder bis ins Rentenalter umfaßt, hat sich zum Ziel gesetzt, dafür zu sorgen, jene Bewohner, die sich noch in den Einfachstwohnungen der Bensheimer und der Paul-Hessemer-Straße befinden, dort rauszuholen und in Sozialwohnungen zu integrieren. „Außerdem wollen wir verhindern, daß wieder neue Leute dort eingewiesen werden, die derzeit mit Räumungsklagen der Gemeinnützigen Gesellschaft und der Baugenossenschaft zu rechnen haben.“

Ernst Jürgen Form weiß, wovon er spricht, wenn er auf die elenden Zustände in den Obdachlosenwohnungen hinweist, hat er doch bis zu seinem 20. Lebensjahr selbst dort mit Mutter und Neffe gelebt und erst 1975 den Sprung in die Wohngemeinschaft anderer Rüsselsheimer in der Lucas-Cranach-Straße geschafft. Heute studiert Form an der Fachhochschule, hat aber die damaligen Verhältnisse oder Isolation nicht vergessen.

„Wir wollen mit allen legalen Mitteln verhindern, daß Neu-Einweisungen in die Elendsquartiere vorgenommen werden oder daß gar neue Obdachlosengebiete erschlossen werden. Jahrelang hat uns die Stadt mit Versprechungen vertröstet, aber nun soll man sich endlich mal an den Beschluß des Parlamentes halten, die baufälligen Unterkünfte ganz zu schleifen“, erläuterte Form im Gespräch mit der Redaktion. Er verweist darauf, daß die Rückfallquote jener, die aus diesen Unterkünften in Sozialwohnungen übersiedeln, relativ gering sei: „Daran sieht man, daß es sich lohnt, für die Re-Integration zu arbeiten“

gegen Schützenhilfe nichts einzuwenden, „vorausgesetzt, uns will niemand etwas aufzwingen“. Man will bei jener Mobilisierungskampagne fortsetzen, mit der 1975 fast die Hälfte aller Obdachlosen von der Stadt aus der Hessemerstraße geholt worden waren, so daß später vier Blöcke abgerissen werden konnten. Inzwischen stehen dort noch zwei, und die sind der Projektgruppe ein Dorn im Auge. „Auch die restlichen Bewohner müssen raus, vor allem, wenn man bedenkt, daß im vorigen Jahr nur zwei Personen das Asyl haben verlassen können.“

Ernst Jürgen Form macht deutlich, daß sich jene Rüsselsheimer, die von Räumungsklagen in Sozialwohnungen bedroht sind, unbedingt mit der Gruppe in Verbindung setzen sollen, die sich regelmäßig bei einem kirchlichen Sozialarbeiter trifft. Auf die Frage, was für ihn Erfolg bedeute, erklärt der Student: „Wenn wir uns mit dem Sozialamt arrangieren können, daß bei Mietrückständen und ähnlichem nicht gleich knallharte Räumung kommt sondern daß auch mal die Miete gestundet wird. Doch bisher ist uns das leider noch nicht gelungen. Wir schaffen aber bei den Leuten das notwendige Bewußtsein für ihre Lage.“ Einen „Lichtblick“ nennt Form die Einstellung des städtischen Sozialarbeiters Karl Graber, der sich seit 1974 speziell der Probleme der Obdachlosen angenommen hat. Man bringt heute den Wunsch zum Ausdruck, einen weiteren Sozialhelfer mit psychologischen Kenntnissen einzustellen, der zum Beispiel jenen Leuten Hilfe bringt, die von Räumungsklage bedroht sind. „Der müßte natürlich entsprechende Vollmachten haben.“

Insgesamt laufen nach Forms Worten derzeit 30 Räumungsklagen vor allem im Dicken Busch, die größtenteils durch Mietrückstände aufgrund von Arbeitslosigkeit zustande gekommen seien. Genau für diese Menschen will die Projektgruppe mit Unterstützung von Karl Graber „Auffangbecken“ sein. Graber erklärte dazu, von seiten der Stadt werde nur wenig für diesen Kreis getan, „was daran deutlich wird, daß es nicht einmal einen Etat für Obdachlose gibt. Allerdings

Aus der Arbeit der PG Rüsselsheim

„Hesse-Cranich-Strasse“ geschafft. Heute studiert Form an der Fachhochschule, hat aber die damaligen Verhältnisse oder Isolation nicht vergessen.

„Wir wollen mit allen legalen Mitteln verhindern, daß Neu-Einweisungen in die Elendsquartiere vorgenommen werden oder daß gar neue Obdachlosengebiete erschlossen werden. Jahrelang hat uns die Stadt mit Versprechungen vertröstet, aber nun soll man sich endlich mal an den Beschluß des Parlamentes halten, die bau-fälligen Unterkünfte ganz zu schleifen“, erläuterte Form im Gespräch mit der Redaktion. Er verweist darauf, daß die Rückfallquote jener, die aus diesen Unterkünften in Sozialwohnungen übersiedeln, relativ gering sei: „Daran sieht man, daß es sich lohnt, für die Re-Integration zu arbeiten.“

Forms großes Anliegen ist es, in Zusammenarbeit mit dem Sozialamt zu verhindern, daß neue Familien vor allem mit Kindern durch Räumungsklagen gezwungen werden, in der Paul-Hessemer- oder der Bensheimer Straße einzuziehen. „Wenn man da erstmal drin ist, ist man fürs Leben gestempelt, egal ob in der Schule oder an der Lehrstelle. Die Verhältnisse brechen einem langsam das Rückgrat, wenn auch gewisse Leute in Parteien meinen, daß man zwar arm, aber doch anständig bleiben könne. Denen würde ich mal ein Jahr dort empfehlen.“

Die Projektgruppe will sich zwar keiner festen Organisation anschließen, hat aber

biene der Obdachlosen angenommen hat. Man bringt heute den Wunsch zum Ausdruck, einen weiteren Sozialhelfer mit psychologischen Kenntnissen einzustellen, der zum Beispiel jenen Leuten Hilfe bringt, die von Räumungsklage bedroht sind. „Der müßte natürlich entsprechende Vollmachten haben.“

Insgesamt laufen nach Forms Worten derzeit 30 Räumungsklagen vor allem im Dicken Busch, die größtenteils durch Mietrückstände aufgrund von Arbeitslosigkeit zustande gekommen seien. Genau für diese Menschen will die Projektgruppe mit Unterstützung von Karl Graber „Auffangbecken“ sein. Graber erklärte dazu, von seiten der Stadt werde nur wenig für diesen Kreis getan, „was daran deutlich wird, daß es nicht einmal einen Etat für Obdachlose gibt. Allerdings muß man sagen, daß sich die Stadt wenigstens bemüht, die Obdachlosenquartiere ganz wegzubekommen, fragt sich nur bis wann?“

Graber weiß, daß er als Verbindungsmann zu jenen Randgruppen viel Ärger mit der Stadt als Arbeitgeber bekommt, „man wirft mir sogar vor, ich würde für die Leute lügen“. Das hält ihn jedoch nicht von weiterem Engagement zurück, zumal er die Projektgruppe hinter sich weiß: „Wir würden für Herrn Graber ganz massiv eintreten, wenn man ihn mit Kündigung bedroht, denn der hat seit 1974 mehr getan als die Stadt in 20 Jahren...“, so Gruppensprecher Form.

Stadt erwägt keine Neubau-Projekte

Überraschend hat die Existenz der Projektgruppe bei den Verantwortlichen im Rüsselsheimer Sozialamt ausgelöst, wo Amtsleiter Heinz Seipel zwar Ernst Jürgen Form als Privatperson, aber nie als Sprecher einer Gruppe bekannt war. „Wir haben unseren Sozialarbeiter Graber zu einem schriftlichen Bericht aufgefordert, denn bisher hat er uns nicht darüber informiert“, erläuterte Seipel auf Anfrage. Der Amtschef gesteht zwar zu, daß ihm die Existenz einiger Räumungsklagen seitens der Wohnungsgesellschaften in der Opelstadt bekannt seien, weist aber eindeutig die Zahl 30 zurück. „Insgesamt sind mir drei Titel zur Vollstreckung bekannt und wenn sich nichts ändert, kommen wir in diesen Fällen um eine Einweisung in die Quartiere nicht herum. Allerdings muß ich klar die Vorwürfe zurückweisen, die Stadt täte nichts für diese Personengruppen.“ Seipel verwies darauf, daß man zahlreichen Mietern, die von Räumung bedroht sind, die Mieten gestundet habe, wobei die Betroffenen leider oft nicht berechtigt seien, auch den berechtigten Forderungen entgegenzukommen.

Auch der Geschäftsführer der Gewobau, Peter Kreuzer, streitet nicht ab, daß es Räumungsklagen gebe, „aber zum einen bin ich zu wirtschaftlicher Geschäftsführung verpflichtet und außerdem muß ich auf die Gemeinschaft aller Mieter Rücksicht nehmen. Es sind häufig Störenfriede und Schläger dabei, die für Unruhe sorgen

und gegen die viele Beschwerden vorliegen. Da nutzen dann auch keine Mahnungen mehr was und wir müssen uns im Interesse aller von diesen Leuten trennen“.

Kreuzer hebt hervor, daß man sehr viel mehr Räumungsklagen einleiten müßte, aber mit Rücksicht auf die Kinder werde man erst dann vollstrecken, wenn man weiß, daß auch diese ordnungsgemäß untergebracht werden können. Allerdings betonte der Gewobau-Geschäftsführer auch, daß zu jenen auffälligen Familien fast nie solche gehörten, die zuvor in Einfachstwohnungen untergebracht worden waren. „Bei uns sind diese Leute nicht gestempelt.“

Sozialamtschef Heinz Seipel machte nachdrücklich klar, daß im Magistrat keine Absichten bestehen, Neubauten für Obdachlose zu errichten. „Davon kann keine Rede sein, zumal die Politiker 1975 beschlossen haben, die Blocks alte abzureißen.“ Bis wann, weiß auch Seipel nicht, zumal viele der Ausländerfamilien wegen des billigen Wohnens dort gar nicht ausziehen wollen. „Ob sich eine Renovierung in der Hessemerstraße noch lohnt, muß erst geprüft werden.“ Insgesamt leben in den Rüsselsheimer Obdachlosen-Blocks 13 ausländische und neun Zigeunerfamilien sowie 17 Einzelpersonen, wobei sich die Deutschen klar in der Minderheit befinden.

„Für Billig-Bauweise zu teure Mieten“

FBI sorgt sich im Dicken Busch um Menschen, denen Einfachstwohnungen drohen

RE 1/9. 6. 74

(tf). Wenn die Stadt Rüsselsheim offiziell von drei Familien spricht, die im Stadtviertel „Dicker Busch“ von einer Räumungsklage betroffen sind, so weiß es die „Freie Bürgerinitiative“ besser: „Man kann an diese Zahl ruhigen Gewissens noch eine Null dranhängen ...“

In der Jahreshauptversammlung der FBI am Montagabend im evangelischen Gemeindezentrum Dicker Busch wirkte diese Nachricht alarmierend, war es doch gerade die Bürgerinitiative, die sich in der Vergangenheit der Probleme der sozial Schwachen annahm und für eine Umsetzung vieler Familien aus den Einfachstwohnungen in der Paul-Hessemer-Straße und in der Bensheimer Straße in menschenwürdige Sozialwohnungen sorgte. Auch die Verantwortlichen der Stadt wollten sich den sozialen Brennpunkt der Notwohnungen vom Hals schaffen. „Ich hätte solche Einfachstwohnungen nie gebaut“, hatte Bürgermeister Dr. Storsberg damals gesagt, und die Stadtverordnetenversammlung faßte den Beschluß, die umstrittenen Behausungen abzureißen, nachdem man die Bewohner aus dem Getto am Rand der Stadt in die Gemeinschaft zurückführen wollte.

Das ist etwa drei Jahre her. Heute sind die verbliebenen Unterkünfte in

der Paul-Hessemer-Straße immer noch voll belegt; in der Bensheimer Straße stehen einige der Einfachstwohnungen leer. Und diese, so weiß man in der Bürgerinitiative, werden zur Zeit renoviert. „Meinen Sie, man würde die Unterkünfte herrichten, wenn man dort nicht neue Einweisungen vorhätte ...?“ Erste „Umsetzungen“ seien bereits wieder erfolgt, vornehmlich Einzelpersonen zählten zu den Betroffenen.

Richard Lulay vom Pfarrgemeinderat der katholischen Gemeinde Auferstehung Christi bezeichnete die Lage als ernst. Seit einiger Zeit versuche er, Kontakte zu den betroffenen Familien zu knüpfen, um mit ihnen gemeinsam nach Lösungswegen zu suchen. Bislang habe er allerdings nur einen Teil der von Räumungsklagen bedrohten Familien sprechen können.

In Briefen an die Stadtverwaltung und die im Stadtparlament vertretenen Fraktionen habe man die Verantwortlichen aufgefordert, den Bau neuer Schlichtwohnungen um jeden Preis zu verhindern. Denn trotz der negativen Aussage des Bürgermeisters zur Errichtung von Notwohnungen sieht die FBI solche Baumaßnahmen als unabdingbare Konsequenz, wenn alle schwebenden Klagen durchgesetzt werden. Ilse Stieglitz: „Die Stadt kann

zur Zeit unmöglich 30 Familien unterbringen ...“

Die Probleme, so ein ehemaliger Bewohner des Gettos in der Paul-Hessemer-Straße, erwachsen vornehmlich aus den hohen Mietpreisen im Wohnbereich „Dicker Busch“. In vielen Fällen auch zahlungsunwillige Mieter benden Bewohner so niedrig, daß es von der Miete schon zum großen Teil aufgesogen werde. Gerade bei der extremen Billig-Bauweise in der Robert-Bunsen-Straße müsse der dort geforderte hohe Mietpreis verwundern.

Die FBI bestreite nicht, daß es zuweilen auch zahlungsunwillige Mieter gebe — diesem Personenkreis könne man aber wohl auf andere Weise bekommen, als sie mit Gewalt aus der Wohnung zu treiben. Denn die Leidtragenden solcher Maßnahmen seien jedesmal die Kinder der Familien, die an der Situation völlig unschuldig seien und das Leben in Einfachstwohnungen am wenigsten verdient hätten.

Neuwagen erleichtert

(sg). Aus einem Neuwagen, der zur Verladung bestimmt war, entwendete ein bislang nicht bekannter Täter das komplette Ersatzrad im Wert von rund 160 DM. Das Fahrzeug stand seit dem 27. Mai am K 80 der Firma Opel.

RE 13.7.77

Die Räumungsklagen verhindern

Im Rüsselsheimer Echo vom 13.7. wird berichtet, daß im Dicken Busch I und II 14 Räumungsklagen von der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft vorliegen, wovon zwölf Titel vollstreckbar sind, nicht drei Titel, wie vor kurzem noch von städtischer Seite betont wurde. Nach unserer Kenntnis haben auch andere Wohnungsbaugesellschaften für diese Stadtteile Räumungsklagen eingereicht.

Was gedenkt die Stadt Rüsselsheim als zuständige Obdachlosenbehörde zu tun?

Sollen diese Menschen entgegen dem Magistratsbeschuß in die Einfachstwohnungen in der Bensheimer Straße eingewiesen werden? Dieser Schluß liegt nahe, denn mittlerweile sind mehrere Personen als Folge einer Räumungsklage dorthin gekommen und zu Menschen zweiter Klasse durch die städtische Einweisungspolitik gemacht worden. Dieser Weg löst für die betroffenen Menschen wie auch für eine Kommune die Probleme nicht.

Daß diese Personen, selbst durch kleinere Raten, ihre Rückstände nicht tilgen, beweist doch einmal mehr, daß sie finanziell dazu nicht in der Lage sind. Wie einfach ist es, dann pauschal ein zweites „Argument“ für eine Räumungsklage ins Feld zu führen. Diese Mieter stören durch ihr Verhalten den Hausfrieden“. Nach unserer Meinung wird eine intakte Hausgemeinschaft durch Gespräche mit

diesen Familien auch zu einer Übereinkunft kommen können.

Betrachtet man sich die Situation genauer, so werden die Gründe für ein solches Verhalten offensichtlich, denn wer wird nicht einmal erregt sein, wenn er abends abgespannt von der Arbeit kommt oder das Haushaltsgeld schon wieder einmal nicht ausreicht oder arbeitslos mit geringer Aussicht auf Vermittlung ist. Diese Gründe, die nicht der Räumungsbetroffene zu verantworten hat, lassen sich bestimmt noch fortsetzen. Gerade in diesen beiden Stadtteilen kommen Probleme, die sich aus der Bauweise ergeben, wie z. B. Isolation etc. noch dazu.

Wir, die Jahre Erfahrungen in Einfachstwohnungen machen mußten, können es nicht zulassen, daß erneut Familien mit Kindern wie auch Einzelpersonen in die Obdachlosenhäuser eingewiesen werden. Wir wissen, daß dadurch eine Anzahl weiter nur schwer zu bewältigender Probleme sich ergeben. Deshalb fordern wir, die Projektgruppe soziale Brennpunkte Rüsselsheim, die Stadt auf, auch durch unbürokratische Mittel die Durchführung der Räumungsklagen zu verhindern.

Zugleich für E. und W. Süß, Bonner Straße 50, und R. Raab, Böllenseepplatz 10:

E.-J. und A. Form
Lucas-Cranach-Straße 43
6090 Rüsselsheim

RE 13.7.77
**Zwanzig Mietern
gekündigt**

(sg). Mit umfassenderem Zahlenmaterial wartete Bürgermeister Dr. Karl-Heinz Storsberg jetzt auf, nachdem der Magistrat in der Mai-Sitzung der Stadtverordneten auf eine Anfrage des FWG-Fraktionsvorsitzenden Dr. Manfred Volkmann nach dem Umfang der Kündigungen, die gegen Mieter der Städtischen Wohnungsbaugesellschaft im Stadtteil Dicker Busch verhängt wurden, nur eine eingeschränkte Auskunft geben konnte.

Wie jetzt aus einer schriftlichen Antwort des Stadtoberhauptes hervorgeht, wurden von der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft acht fristlose Kündigungen im Dicken Busch I — davon sechs Räumungsklagen — sowie zwölf fristlose Kündigungen im Dicken Busch II — davon acht Räumungsklagen — ausgesprochen oder eingeleitet. In insgesamt zwölf Fällen liegen nach Auskunft von Dr. Storsberg gerichtliche Entscheidungen vor.

Wie der Bürgermeister Dr. Volkmann jedoch versicherte, wird vor der Einleitung einer Räumungsklage von der Wohnungsbaugesellschaft alles getan, um den Betroffenen zu helfen. „Diese wären“, wie es heißt, „aber meist noch nicht einmal bereit, ihre Rückstände in kleineren Raten zu tilgen.“

Abschließend sei noch zu bemerken, „daß es nicht immer nur Mietrückstände sind, die zu fristlosen Kündigungen führen. Manche Mieter stören durch ihr Verhalten den Hausfrieden in einer Art, daß es den Mitbewohnern nicht zugemutet werden kann, mit diesen Leuten in einer Hausgemeinschaft zu leben. Es kommt nicht selten vor, daß diese Mitbewohner dann um eine andere Wohnung nachsuchen, nur um ihre verdiente Ruhe zu haben“, heißt es in der Antwort von Dr. Storsberg an die FWG-Fraktion.

RF 29.9.77

Projektgruppe hat Erfolg

Spielplatz für Obdachlosensiedlung Hessemerstraße

(ber). Erfolgreich waren die Bemühungen der Projektgruppe „Soziale Brennpunkte“ in Rüsselsheim um Spielmöglichkeiten für die Kinder in der sogenannten Obdachlosensiedlung Paul-Hessemer-Straße: Der Magistrat hat am Dienstag dem Wunsch stattgegeben und den Bau eines Spielplatzes beschlossen, der rund 15 500 Mark kosten wird.

In einem Schreiben an Sozialdezernent Stadtrat Erich Solberg hatte die Projektgruppe Anfang Juli auf dem Spielplatzmißstand in diesem Bereich hingewiesen. Mit dem Abriß der vier mit Einfachstwohnungen ausgestatteten Häuser sei auch der bis dahin vorhandene Spielplatz verschwunden. In den verbliebenen Bauten lebten inzwischen aber wieder 21 Kinder, die einen Spielplatz benutzen könnten.

„Wir möchten Sie daher bitten, das Aufstellen der Spielgeräte baldmöglichst zu veranlassen“, schrieb „Soziale Brennpunkte“ an Solberg.

Diesen Argumenten mochte sich der Magistrat nicht verschließen. Wie der Antragsteller hält auch er es für unzumutbar, den betroffenen Kindern den Spielplatz am Böllenseeplatz zu empfehlen, da der Weg dorthin zu weit und — bedingt durch den Straßenverkehr — auch zu gefährlich ist. Deshalb sei ein Spielplatz für die Kinder aus den Eigentumswohnungen angebracht.

RF 29.9.77

Wieder Spielplatz für Hessemer-Straße

Luc. — Die Kinder der Einfachstwohnungen in der Paul-Hessemer-Straße, etwa 20 an der Zahl, sollen jetzt nach einem Beschluß des Magistrates einen Spielplatz erhalten. Die Projektgruppe „Soziale Brennpunkte“ hatte eine entsprechende Bitte an den Sozialdezernenten herangetragen und in der Begründung angeführt, daß bis zum Abriß von vier Häusern hier ein Spielplatz vorhanden war und die nötigen Fundamente noch vorhanden seien. Zwar könnten die Kinder den Spielplatz am Böllenseeplatz benutzen, aber der Weg dorthin ist zu gefährlich. Von dem alten Spielplatz in der Hessemer-Straße wurden damals die Spielgeräte entfernt und auf anderen Plätzen wieder aufgestellt, ein Teil allerdings wegen Unbrauchbarkeit abgeschrieben. Nun will die Stadt hier wieder Spielgeräte installieren. So eine Tischtennisplatte, ein Bauwerkgerüst, eine Turmkombination und einen Autoreifenschwinger. Alle Geräte sind stabil und die Kosten einschließlich Montage werden rund 15 500 Mark betragen.

RK 24.10.77

„Sind Sozialwohnungen noch sozial?“

Mieterinitiative Dicker Busch: Teurer als im freien Wohnungsbau - Neuwahlen

(tf). Sie fühlen sich nicht als Störenfriede, und sie wollen aus ihrer Arbeit auch keinerlei politisches Kapital schlagen. Insbesondere der Vorwurf, man wolle „ganz gezielt der SPD am Zeug flicken“, erfüllt die Mitglieder der „Mieterinitiative Dicker Busch“ mit Verwunderung. „Wenn wir zu konkreten Fragen den Magistrat kritisieren, trifft das doch in keiner Weise die Partei“, betonte jetzt Vorsitzender Bernhard von Lapp in der ersten Jahreshauptversammlung der erst im August vergangenen Jahres gegründeten Initiative.

Rund 30 Mitglieder und einige Interessenten hatten sich am Mittwochabend im Gemeindezentrum der evangelischen Kirchengemeinde „Dicker Busch“ eingefunden, um im zweiten Anlauf die Generalversammlung doch noch über die Bühne zu bringen. Rund 1000 Einladungen waren herausgegangen.

„Wir sind eine überparteiliche Interessengruppe“, betonte von Lapp auch noch einmal gegenüber dem ECHO. „Unsere Mitglieder repräsentieren einen Querschnitt der verschiedensten Gesellschaftsschichten und politischen Anschauungen.“ Daß es jenseits parteipolitischer Erwägungen genügend Probleme gibt, deren man sich annehmen kann, hat die zur Eintragung ins Vereinsregister angemeldete Initiative in den Monaten ihres Bestehens schon mehrfach bewiesen. Da ging es erst kürzlich um undichte Stellen an den Holz-Fensterrahmen mehrerer Wohnungen; durch einen von der Herstellerfirma gestellten Schreiner konnten die Mißstände inzwischen zum großen Teil behoben werden. Auch die schlecht isolierten Nahtstellen zwischen Mauerwerk und Fensterrahmen sollen jetzt abgedichtet werden, um Schäden des Mauerwerks durch einziehende Feuchtigkeit zu verhindern.

Von Lapp: „Wir arbeiten also nicht nur für unseren eigenen Komfort — die Gewobau müßte uns eigentlich dankbar sein, daß wir solche Mängel rechtzeitig erkennen und weitermelden...“

Grundsätzlich gehe es der Initiative nicht darum, der Wohnungsbaugesellschaft den Schwarzen Peter zuzuschreiben, auch bei der jüngst erfolgten Überprüfung der Gebührenabrechnungen sei man nicht von Unregelmäßigkeiten der Baugesellschaft ausgegangen. „Das nehmen wir nicht an...“ Ziel der Initiative ist vielmehr eine Kritik des allgemeinen „Betriebskostengebarens“. Denn obgleich die Zuteilung einer Sozialwohnung an eine bestimmte Einkommensgrenze gebunden sei, könnten viele der Mieter die finanziellen Belastungen nur mit Mühe tragen. „Wir müssen einfach fragen, inwieweit Sozialwohnungen noch sozial sind, wenn man dort mehr zahlen muß als im freien Wohnungsbau.“

Die Mitglieder der Mieterinitiative wären gerne schon über die Behandlung solcher unmittelbarer technischer und finanzieller Fragen heraus, haben sie sich bei ihrer Gründung doch noch ein weiteres, mindestens ebenso umfangreiches Aufgabengebiet zum Ziel gesetzt: die Wohn- und Lebensqualität ihres Stadtteils durch eine Auflockerung der von Hochhäusern vorgeprägten Anonymität zu verbessern. Gemeinsam mit der Nachbarschaftshilfe-Aktion der beiden Kirchengemeinden in diesem Bereich will man darauf hinarbeiten, „daß wir uns untereinander näher kommen“. Wesentlicher Schritt in dieser Richtung soll im kommenden Jahr ein erstes Fest der Mieterinitiative sein. In ihrem Mitbegründer Pfarrer Manfred Zacher als Vorsitzenden des Fachausschusses „Soziales“ hat die Initiative einen ge-

eigneten Mann zur Koordination dieses wichtigen Aufgabefeldes gefunden.

Bei den Vorstandswahlen am Mittwochabend wurden Bernhard von Lapp als Vorsitzender und Claudia Junker als seine Stellvertreterin gewählt. Ihre Adresse ist die Robert-Bunsen-Straße 49 ist zugleich Kontaktadresse für alle, die an der Arbeit der Mieterinitiative Interesse haben. Die Mitgliedsbeiträge sammelt die Mieterin Anneliese Ruge ein, ihr Stellvertreterin Sylvia Lara zur Seite. Schriftführer wurde Konrad Wessoleck, dem „Sachauschuß Technik“ steht auch Hartwig Heinz Noll vor, sein Stellvertreter ist Antonio Lara. Den Sachauschuß „Finanzen“ leitet Jürgen Peters. Ein Stellvertreter soll später vom Vorstand benannt werden. Da gerade der Finanzbereich von den Vereinsmitgliedern nicht mehr alleine zu bewältigen ist, will die Mieterinitiative demnächst geeignete Fachleute hinzuziehen. Nicht zuletzt dafür wird den Mitgliedern ein monatlicher Beitrag von drei Mark abverlangt.

Nach Zigeunerabzug Renovierung

Rü.-Echo

18. XI. '77

Einfachwohnungen in Königstädten werden ausgebaut

(ber). Bis zu 350 000 Mark Renovierungskosten will der Magistrat in die zwei Häuser an der Bensheimer Straße in Königstädten investieren, um die hier eingerichteten Einfachwohnungen in einen menschenwürdigen Zustand zu bringen. Die Möglichkeit der Instandsetzung und Verbesserung der Ausstattung wird durch Abmeldung und Wegzug zahlreicher Zigeunerfamilien geschaffen, die hier seither ihr Domizil hatten.

Wie aus dem Presseamt verlautet, hat sich die Bewohnerzahl auf 21 zumeist ausländische Personen in jüngster Zeit drastisch reduziert. Der Magistrat habe nun festgestellt, daß sich beide

Gebäude in einem sehr schlechten baulichen Zustand befänden und sich in gleichem Zusammenhang nochmals eingehend mit der Frage der Obdachlosenunterbringung befaßt. Dabei sei zum Ausdruck gebracht worden, daß der dezentralen Unterbringung sogenannter Obdachloser auch künftig der Vorzug gegeben werden sollte. Dieser Weg war erstmals im Zusammenhang mit der früheren Einfach-Siedlung an der Paul-Hessemer-Straße besprochen worden, wo inzwischen bis auf ein letztes Haus alles abgerissen ist.

In Richtung Integration zielt nun auch der Magistratsbeschluß, das Eckhaus der beiden Gebäude an der Bensheimer

Straße mit sechs Familienwohnungen aus dem Bereich der Obdachlosenfürsorge herauszunehmen, es in einfacher Form zu renovieren und an Familien des entsprechenden Bedarfs (Familien, die mit geringem Wohnungskomfort einverstanden sind) zu vermieten. Dabei ist beispielsweise die Verbesserung der Isolierung und auch der Einbau von Bädern vorgesehen. Das zweite Haus wird weniger aufwendig und zwar dergestalt instandgesetzt, um weiterhin als Einfachwohnung für sogenannte Obdachlose zu

Rü. 30. 11. 77

„Eine Bruchbude soll renoviert werden“

FWG-Bedenken für Projekt an der Bensheimer Straße – Um Einfachstwohnungen

(bri). Eine Reihe von Fragen und kritischen Anmerkungen verbindet die FWG-Fraktion im Stadtparlament mit der bekannt gewordenen Absicht des Magistrats, die Einfachstwohnungen an der Bensheimer Straße mit einem Aufwand von 350 000 Mark renovieren zu wollen. Die Erklärung der Freien Wählergemeinschaft dazu hat folgenden Wortlaut:

„Wie vereinbart sich der Magistratsbeschluß mit dem Beschluß des Magistrats aus dem Jahre 1975, nach dem

keine weiteren Einweisungen in die Obdachlosenwohnungen erfolgen, die vorhandenen Wohnungen beseitigt, den Bewohnern Sozialwohnungen vermittelt werden und die übrigen Mietschulden übernommen werden sollen. Im übrigen sollte die Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft nach dem Beschluß im Jahre 1975 dezentrale Wohnungen für Mieter mit Mietrückständen bereitstellen.

Wie steht der Magistrat zu dem Vorschlag, statt der Renovierung einer Bruchbude für 350 000 Mark einen Neubau im sozialen Wohnungsbau zu errichten, der in vergleichbarer Größe nicht wesentlich mehr als eine halbe Million Mark kosten würde?

Ist sich der Magistrat im klaren, daß mit dem kurzfristigen Wegzug einiger Zigeuner das Zigeunerproblem keineswegs gelöst ist?

Wie viel und in welcher Gesamthöhe wurden Mietschulden über die Haushaltsstelle 1110—5300 in den Jahren 1976 und 1977 übernommen? Wie hoch ist die derzeitige Zahl der Räumungsklagen sowie der Mieter mit Mietrückständen im Rüsselsheimer Stadtgebiet? Wieviel dieser Mieter könnten maximal in die Bensheimer Straße eingewiesen werden?

Hält der Magistrat das Grundrecht

nach Artikel 1, Absatz 1 des Grundgesetzes bezüglich des Rechts auf eine menschenwürdige Wohnung in der Weise für teilbar, daß Familien, die mit geringerem Wohnkomfort einverstanden sind, diesen prompt von der Stadt Rüsselsheim zur Verfügung gestellt erhalten, gleichgültig, ob diese noch unter den Normen des sozialen Wohnungsbaus liegen oder nicht?“

RE 2. 12. 77

Einfachstwohnungen: Abbruch günstiger als Renovierung

Projektgruppe „Soziale Brennpunkte Rüsselsheim“ warnt vor „Flickschusterei“ in Bensheimer Straße

(bri). Die Projektgruppe „Soziale Brennpunkte Rüsselsheim“ hat in einem unter anderen von Gisela Bunke unterschriebenen „Offenen Brief“ an die Verantwortlichen der Stadt Rüsselsheim scharfe Kritik daran geübt, daß der Magistrat beabsichtigt, zwei Häuser zu renovieren. Die Initiativgruppe fragt den Magistrat, ob er sich so eine sukzessive Auflösung der Wohnungen vorstellt. Sie gibt auch gleich die Antwort: „Nein, denn sukzessive Auflösung bedeutet schrittweise Auflösung und nicht, daß man dem Kind einen anderen Namen gibt und an den Wohn- und Lebensbedingungen der in den Obdachlosengebieten Wohnenden nichts verändert.“ Der Offene Brief gibt zunächst eine grundsätzliche Einschätzung der gesellschaftlichen Situation der Obdachlosen. Es heißt darin: „Wie der hessische Sozialminister in seinem Bericht Soziale Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Obdachlosen ausführte, müsse die öffentliche Verwaltung bemüht sein, durch vorbeugende Maßnahmen Obdachlosigkeit zu verhindern und sich das Ziel setzen, die bestehenden Obdachlosensiedlungen aufzulösen.“ Die Sozialverwaltung könne sich erst dann zufrieden geben, wenn es keine sozialen Randgruppen

aus materieller Not mehr gebe... Alle Maßnahmen sollten auf die Eingliederung der Familien in die übrige Bevölkerung ausgerichtet sein. Auch die Rüsselsheimer Stadtverordneten und der Magistrat hätten am 19. 6. 1975 beziehungsweise 13. 5. 1975 durch Beschluß bekundet, daß die bestehenden Obdachlosengebiete Paul-Hessemer-Straße und Bensheimer Straße sukzessive aufgelöst werden sollen. Ein erster Schritt sei der Abriß der vier Häuser in der Paul-Hessemer-Straße im Frühjahr 1976 gewesen. Nach wie vor bestünden in der Paul-Hessemer-Straße wie in der Bensheimer Straße je zwei Häuser, heißt es. Nach wie vor bestünden also auch die Probleme der dort Wohnenden, die zweifelsohne mit aus der Wohnsituation resultierten. Probleme wie Vorurteile gegen diese Bewohner, die sich aus der Zentralisierung ergeben und unzureichender Wohnraum, sanitär wie von der Größe her, kennzeichneten die Situation. Dieser Zustand sei untragbar für Menschen. „Wir selbst haben über Jahre diese Erfahrung machen müssen (ein Teil der Mitglieder der Initiativgruppe war in den Wohnungen untergebracht d. Red.). Wir selbst wissen, daß diese Probleme ei-

ner Veränderung bedürfen. Wir selbst wissen auch, welche positiven Erfahrungen der Umzug aus dem Obdachlosengebiet in menschenwürdige Wohnungen gebracht hat.“ Ein weiterer Schritt in dieser Richtung wäre der Abriß des Hauses Bensheimer Str. 72. Nach Auszug der Zigeuner aus der Bensheimer Straße werde durch Umsetzung einiger Alleinstehender das Haus Nr. 72 leer. Für eine Renovierung dieses Hauses sei bis heute nicht allzuviel aufgewendet worden, so daß bei einem Abriß keine Mittel verschwendet würden. Eine hinreichende Renovierung würde letztlich beinhalten, daß eine Wärmeisolierung für Dach und Wände, eine Feuchtigkeitsisolierung der Wände, insbesondere der Fenster- und Türstürze und eine teilweise Erneuerung des Außenputzes sowie ein neuer Anstrich vonnöten wäre. Die sanitären Anlagen müßten verbessert werden (Einbau von Spülen, Bädern und Duschen), und dadurch bedingt müßte die Raumaufteilung verändert werden. Hinzu komme, daß nur eine unzureichende Elektroinstallation vorhanden sei. Waschküche und Außenanlagen müßten neu gestaltet werden. Die Verlegung von Fußböden würde erforderlich, da lediglich Estrich beziehungs-

weise Heiß-Asphaltböden vorhanden seien, Türen und Fenster müßten in stand gehalten und abgedichtet werden.

Alles in allem würde die Renovierung dieses einen Hauses auf etwa 160 000 bis 170 000 Mark kommen, und trotzdem wäre dies aus den zuvor genannten Gründen nur „Flickschusterei“. Obendrein, folge man dem hess. Sozialminister, so stellten sich durch die Einweisung in Obdachlosengebiete Kosten ein, die die Gesellschaft in einem weitaus höheren Maße belasteten als vorbeugende Maßnahmen.

Auch die Stadt Köln sei in ihrer Broschüre „Obdachlose Mitbürger eine Herausforderung“ zu einem ähnlichen Schluß gekommen. „Meist hat die Einweisung in eine Obdachlosenunterkunft als solche für die sozial noch relativ integrierten Personen den Charakter eines endgültigen Bruches mit der Gesellschaft, die nur schwer reparabel ist und letzten Endes einen viel größeren Aufwand von der Gesellschaft fordert als die Bereitstellung menschenwürdigen Wohnraumes.“

Die Initiativgruppe soziale Brennpunkte fordert deshalb den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung auf, den Abriß des Hauses Bensheimer Straße zu beschließen und entsprechend den Beschlüssen aus dem Jahr 1976 keine Neueinweisungen mehr vorzunehmen.

Die Gruppe verweist sodann auf die jetzigen Entscheidungen des Magistrats, nach der keines der beiden Häuser abgerissen werden soll. Vielmehr soll das eine etwas weniger und das andere etwas mehr renoviert werden. Eines davon soll für finanziell Schwache, das andere weiterhin für Obdachlose genutzt werden.

Die Erklärung schließt: „Es ist für den steuerzahlenden Bürger nicht einsichtig, daß 350 000 Mark aus dem Fenster geworfen werden, denn die Renovierung des einen Hauses würde ca. 300 000 Mark lediglich 400 Quadratmeter zudem noch unzureichender Wohnraum geschaffen, wobei die Gettosituation nicht durchbrochen würde, Vorurteile bestehen blieben und eine Integration der Obdachlosen unmög-

-179-

Wer hier wohnt, ist schon diskriminiert

Freie Bürgerinitiative setzt Kampf gegen Notwohnungen fort – Lokaltermin

(ft). Vor einem halben Jahr wurden die Räume frisch tapeziert — heute sind die Wände schon wieder verporrt. Die Mauern sind nicht isoliert, ziehen die Feuchtigkeit, in den Schränken verschimmeln die Kleider. Für 350 000 Mark will die Stadt Rüsselsheim jetzt ihre bautechnischen Fehlgeburten in der Bensheimer Straße renovieren lassen. Denn die Einfachstwohnungen bieten nicht nur den Bewohnern einfachste Unterbringungsmöglichkeiten, sie sind offenbar auch einfachst gebaut.

Fast drei Jahre nachdem die Rüsselsheimer „Freie Bürgerinitiative“ unter maßgeblicher Beteiligung von Ellen Spengler und Ilse Stieglitz ihre Aktionen gegen die Notunterkünfte in der Paul-Hessemer- wie in der Bensheimer Straße startete, sind die Probleme nicht beseitigt. Zwar ist es gelungen, vor allem Familien aus der Hessemer-Straße in menschenwürdige Wohnungen umzusiedeln, doch wirft der soziale Brennpunkt in der Bensheimer Straße nach wie vor Fragen auf.

Die Rüsselsheimer Projektgruppe „Soziale Brennpunkte“ unter Ernst-Jürgen Form war es denn auch, die auf die Probleme in den Königstädter Einfachstwohnungen hinwies. Die Bürgerinitiative griff die Sache auf und lud zum „Lokaltermin“: Vertreter der FBI, der Projektgruppe und Bewohner der beiden Häuser trafen sich am Samstagvormittag mit Stadtrat Erich Solberg zum Rundgang durch die etwa zur Hälfte belegten Gebäude. Sie sahen in Zimmer, sie sahen in Schränke. Und sie hörten sich die Schwierigkeiten der Mieter an. Denn umsonst kann man auch in den städtischen Notwohnungen nicht leben: mit Wasser, Strom und Müllabfuhrgebühren kostet der Quadratmeter eine Mark.

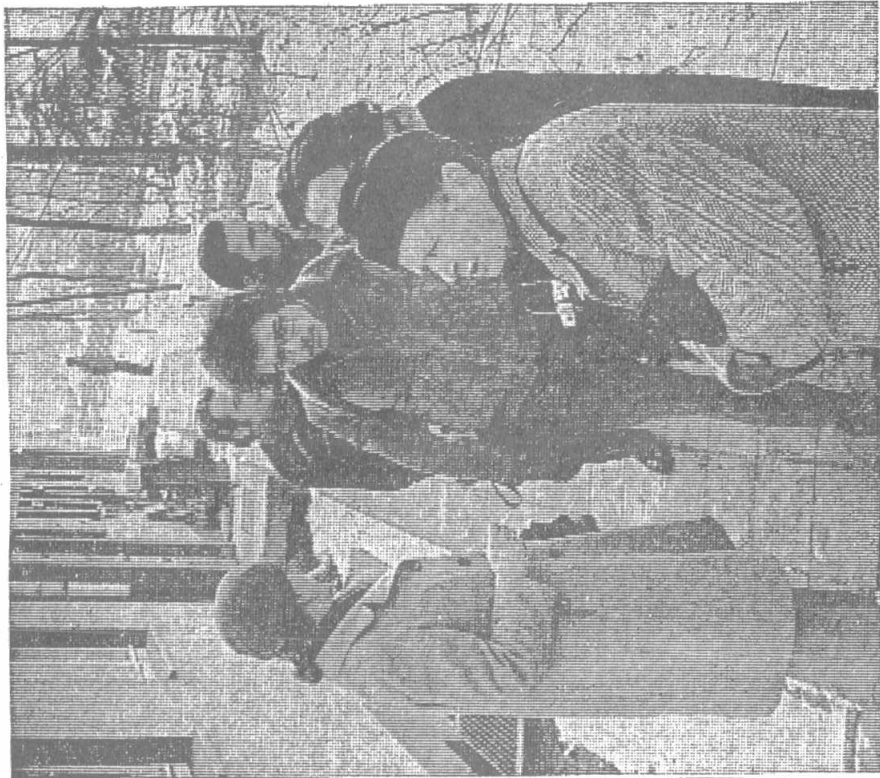
Für Heizung müssen die Bewohner selbst sorgen.

Für drei Zimmer muß man dann im Monat beispielsweise 76,50 Mark bezahlen. Drei Zimmer, das sind 55 Quadratmeter. Für eine Familie entschieden zu wenig — besonders, wenn sie zwei Kinder hat. In den Einfachstwohnungen an der Bensheimer Straße leben zwei Familien dieser Größe; seit nunmehr sechs Monaten muß sich dort auch eine ungarische Aussiedlerfamilie behelfen; denn obwohl der Mann bei Opel Arbeit gefunden hat, reichen die Mittel nicht für eine ausreichend große Wohnung. Für fünf Personen — das sechste Kind

ist unterwegs — ist alles hoffnungslos zu klein.

Acht Einzelpersonen und drei Familien — und alle wollen lieber heute als morgen aus den Einfachstwohnungen heraus. Die FBI will ihnen dabei helfen. Schließlich mindert alleine die Herkunft aus den Notunterkünften das gesellschaftliche Ansehen der Bewohner. „Wer von uns hat das Recht, den anderen zu verurteilen?“ fragt Ellen Spengler.

Bürgerinitiative und Projektgruppe wollen helfen. Was sich tun läßt, soll am Donnerstag (23.) ab 20 Uhr während einer Bürgerversammlung im „Königstädter Hof“ besprochen werden.



LOKALTERMIN in den Einfachstwohnungen Bensheimer Straße: Fast drei Jahre nachdem die „Freie Bürgerinitiative“ die Probleme der Rüsselsheimer Notwohnungen aufgriff, ergab eine Besichtigung zusammen mit Stadtrat Erich Solberg (vorn) am Samstagvormittag: Die Mißstände sind noch längst nicht alle beseitigt.



FÜNF PERSONEN — und noch ein Kind unterwegs. In der Bensheimer Straße muß diese ungarische Aussiedlerfamilie

25./26. 12. 78

„Bruchbuden-Renovierung“ unsinnig

Erhitzte Gemüter um Einfachwohnungen / Neubau vernünftiger

tom. - Erhitzte Gemüter und erregte Diskussionen kennzeichneten die Versammlung der Freien Bürgerinitiative Rüsselsheim und der Projektgruppe soziale Brennpunkte am Donnerstagabend im Königstädter Hof. Thema der Veranstaltung waren der derzeitige Zustand der Einfachwohnungen der Bensheimer Straße und die geplante Renovierung dieser Obdachlosenwohnheime durch die Stadt. Jedoch herrschte unter den ca. 40 Diskussionsteilnehmern teilweise ein solches Durcheinander, daß sich Gesprächsleiterin Ilse Stieglitz nur mit Mühe verständlich machen konnte. Von Seiten der Stadt war nur der Sozialamtsleiter Heinz Seipel anwesend, später erschienen dann noch Christa Heil und Dr. Manfred Volkman von der Freien Wählergemeinschaft.

Zu diesem Zeitpunkt hatte sich Amtsleiter Seipel jedoch schon längst verabschiedet. Nachdem er mehrfach bei seinen Ausführungen unterbrochen worden war, zog er es vor, die Versammlung wortlos zu verlassen. Die Tagesordnung umfaßte insgesamt fünf Punkte mit anschließender Diskussion. Als ersten Punkt trug Ernst-Jürgen Form den Magistratsbeschuß über die Bewilligung der Mittel für die Renovierung der Wohnungen der Bensheimer Straße vor.

Hier setzt dann auch ganz konkret die Kritik der FBI am Verhalten der Stadt an. Nach Ansicht der Bürgerinitiative ist es völlig unsinnig, für die Renovierung dieser „Bruchbuden“ noch einmal 350 000 Mark auszugeben, wie es der Magistratsbeschuß vom November 1977 vorsieht. Die Wände der Wohnungen seien dermaßen mit Nässe durchsetzt, daß eine Renovierung vollkommen unmöglich sei. Die FBI verlangt den Abriß und eine Neuerrichtung der Wohnungen, wie es ja auch der Magistratsbeschuß vom 13. Mai 1975 vorsah, der auch von der Stadtverordnetenversammlung abgesegnet wurde.

Im übrigen meint man bei der FBI, daß die bewilligten 350 000 Mark bei weitem nicht ausreichen, um den Bewohnern der Bensheimer Straße menschenwürdige Zustände zu verschaffen. Auch Dr. Volkman von der FWG sprach sich für einen Neubau aus, anstatt „350 000 Mark zu verpulvern“. Nachdem dann Gisela Bunke über die Erfahrungen von ehemals Obdachlosen nach ihrer Loslösung aus den Einfachwohnungen berichtet hatte, sprach Antonie Form über die durchgeführten Renovierungsmaßnahmen der Einfachwohnungen in Wiesbaden-Mühlthal. Auch hier sei man mit einem Kostenvoranschlag von 1,2 Millionen Mark ans Werk gegangen, mittlerweile seien aber zwei Millionen daraus entstanden, woraus

sich nun ein Rechtsstreit zwischen Stadt und Architekten entwickelt habe. „Eine solche Flickschusterei wollen wir hier nicht“, meinte Frau Form.

Anschließend sprach Christine Raithel vom Problem der Spaltung der Bewohner durch eine unterschiedliche Renovierung der Häuser. Der letzte Punkt der Tagesordnung waren dann Maßnahmen zur Verhinderung von Neueinweisungen in Anlehnung an die Magistratsvorlagen aus dem Jahre 1975. Hier wies Ernst-Jürgen Form vor allem auf die Bedeutung des sogenannten pädagogischen Konzepts hin, daß Hausaufgabenhilfen und ähnliche Dinge umfaßt. Im Bezug dazu wurde auch die Frage nach der Einstellung weiterer Sozialarbeiter gestellt, denn Günter Grabert, der einzige Sozialarbeiter, sei einfach überfordert. Sozialamtsleiter Seipel konnte in dieser Frage nur auf die Zuständigkeit des Kreises verweisen, und gab den Hinweis, in Zukunft doch den zuständigen Dezernenten einzuladen.

Anschließend hatten die Bewohner der Einfachwohnungen Gelegenheit, ihre Probleme vorzutragen, wobei sich die verschiedensten Mißstände herausstellten. So tauchte das Problem einer hochschwangeren Frau auf, die in einer mit Nässe durchdrungenen, kalten Wohnung hausen müsse. Nach Ansicht des Kirchenvorstandsmitgliedes im Dicken Busch, Weber, der diese Wohnung besichtigt hat, besteht für das zu erwartende Baby bei diesen Zuständen akute Lebensgefahr.



WOHNEN in der Bensheimer Straße.

Bild: Roeder

RW 8.6.78

Aus Notwohnungen werden Sozialwohnungen

Magistrat will zunächst ein Haus an der Bensheimer Straße um- und ausbauen

(ber). Nicht abgerissen, aber dennoch verschwinden wird (zunächst) ein Haus des zwei Gebäude umfassenden Komplexes Einfachstwohnungen an der Ecke Bensheimer Straße/Stockstraße im Stadtteil Königstädten. „Mit nicht unerheblichem Aufwand“, hat laut Bürgermeister Dr. Storsberg der Magistrat am Dienstag entschieden, soll der vordere Block derart verbessert werden, daß man von familiengerechten Wohnungen sprechen kann. Konkret: 460 000 Mark will die Stadt in dieses Objekt investieren und dafür vier Vier- und zwei Zwei-Zimmer-Wohnungen schaffen, die voll die Ansprüche des sozialen Wohnungsbaues erfüllen. Anschließend, so ist es geplant, wird das Haus aus der Zuständigkeit der Obdachlosenbehörde her-

ausgenommen und an die Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Rüsselsheim übereignet, die die Wohnungen, deren Mietzins unter dem ortsüblichen Niveau der Sozialwohnungen liegen soll, an Interessenten vermietet.

Wie Bürgermeister Dr. Storsberg in diesem Zusammenhang weiter betont, sollen später die Erfahrungen aus der neuen Nutzung der jetzigen Notwohnungen ausgewertet werden. Er selbst ist überzeugt, daß sie positiv ausfallen. Sollte sich dieser Optimismus bestätigen, ist vorgesehen, auch das zweite Haus an der Bensheimer Straße ähnlich auszubauen und im Rahmen der Sozialwohnungen zu vermieten. Vorerst allerdings ist noch das

Einverständnis der Stadtverordnetenversammlung einzuholen.

Die Rüsselsheimer Einfachstwohnungen, die menschenunwürdig sind, haben in der Vergangenheit wiederholt lautstarke öffentliche Proteste hervorgerufen. Mit Erfolg: Die große Anlage in der Paul-Hessemer-Straße ist bis auf ein (erheblich verbessertes) Gebäude verschwunden. Nun geht es an die Beseitigung des Komplexes in Königstädten, an dem sich in den letzten Monaten eine scharfe Kritik aus den Reihen der Bürgeraktionen FBI und Soziale Brennpunkte entzündet hatte.

Bürgermeister Dr. Storsberg hält sich selbst gleichwohl für die falsche Adresse, „wenn jemand was an Obdachlosenwohnungen auszusetzen

hat.“ Er habe nie Zweifel daran aufkommen lassen, daß er solche Behauptungen nicht für gut befinde. Und die Erkenntnisse aus der Paul-Hessemer-Straße machten deutlich, daß es sich durchaus lohne, eine Integration dieser Bewohner zu betreiben. „Sehr viele haben sich integriert, anderen allerdings fällt es schwer“.

Wenn in Königstädten erst das zweite Haus ausgebaut ist, wird es in Rüsselsheim keine Notwohnungen mehr geben. Jedenfalls ist Dr. Storsberg überzeugt, daß es gelingen wird, aus dem Schandfleck an der Bensheimer Straße ein Schmuckstück zu machen. Er sagt: „Das wird eine sehr schöne Wohnlage, wenn das ordentlich gemacht wird!“

ABP 8.6.78

Einfachstwohnungen sollen saniert werden

ri. - Familiengerechte Wohnungen sollen im ersten Baukörper der Einfachstwohnungen in der Bensheimer Straße 70 in Königstädten eingerichtet werden. Nach den Vorstellungen des Magistrats sind zwei Zwei-Zimmer- und vier Vier-Zimmer-Wohnungen mit Küche und Bad bei günstigen Mietsätzen für Einkommensschwache Bürger geplant. Die Kosten für die Sanierung belaufen sich auf 460 000 Mark. Wie Bürgermeister Dr. Karl-Helm Storsberg nach der Magistratssitzung berichtete, sollen die Erfahrungen, die mit den Wohnungen gemacht werden, ausgewertet werden, um bei positiven Ergebnissen auch das Nachbarhaus zu sanieren. Die von der technischen Ausstattung her dem sozialen Wohnungsbau entsprechenden Wohnungen sollen dann von der Wohnungsbaugesellschaft vermietet werden. Die Gebäude würden dann aus der Verwaltung der Obdachlosenbehörde herausgenommen. Storsberg: „Ich bin immer gegen Obdachlosenwohnungen gewesen!“

- 184 -

187 12. 5. 78

Mit Renovierung nicht zu lösen . . . Erneute Diskussion um Wohnungen in der Bensheimer Straße

msp. - Die Freie Bürgerinitiative und die Projektgruppe Soziale Brennpunkte hatte zwar alle eingeladen, von denen sie sich wesentliche Aussagen zum Problem der Einfachstwohnungen in der Bensheimer Straße erwartet hatte: den Bürgermeister, den Sozialdezernenten, den Sozialamtsleiter, den Landrat sowie die Fraktionsvorsitzenden. Landrat Blodt ließ sich wegen Terminüberschneidungen durch Botenpost am Nachmittag entschuldigen, die Vertreter der Stadt hatten Frau Fabrizius mit ihrer Vertretung beauftragt, und von den Fraktionen war lediglich Dr. Volkmann von der FWG anwesend.

Ein Versammlungsteilnehmer sprach von „Feigheit vor dem Feind“ und im übrigen war man sich einig, daß das Ausbleiben der Stadtverantwortlichen ein unfreundlicher Akt sei. Schwierig war denn auch die Klärung mancher Sachfrage, zu der eigentlich nur der zuständige Dezernent kompetente Antwort hätte geben können. Die Absicht der Stadt, die Einfachstwohnungen für rund eine halbe Million Mark zu renovieren, statt sie abzureißen, war denn auch der Kernpunkt der Versammlung. Ob des Widerspruchs angeschrieben, der zwischen Renovierung und einem Magistratsbeschluß von 1975 liege, der die Abschaffung der Einfachstwohnungen vorsah, antwortete die Stadt mit einem langen Schreiben, das unter anderem damit argumentierte, die Bewohner der Einfachstwohnungen seien wegen ihres Verhaltens nicht in Sozialwohnungen vermittelbar und im übrigen seien Einweisungen auch in Zukunft nötig, wenn sich Familien durch „unzumutbare Störungen“ in Gegensatz zu Mitbewohnern bringen.

Obgleich Frau Fabrizius Auskünfte über die baulichen Alternativen des

Renovierungsvorhabens geben konnte, blieb ungeklärt, wie der Sozialdezernent dies Vorhaben ohne Zustimmung der Stadtverordneten durchsetzen will, sieht doch der Haushaltsplan für Bauunterhaltung in diesem Bereich nur 10 000 Mark vor, im übrigen ist die Ausgabenvollmacht des Magistrats auf 50 000 Mark begrenzt. Man war sich einig, daß dies in der Tat die Möglichkeit bietet, die einzelnen Fraktionen daraufhin zu testen, ob und wie sie sich zu den sozialen Problemen ihrer Stadt verhalten.

Ilse Stieglitz von der FBI stellte denn auch den städtischen Plänen die Gegenrechnung gegenüber, nach der das Einsparen der Renovierung, die sinnvollere Nutzung des auf mindestens 300 000 Mark geschätzten Geländes und die dezentrale Unterbringung der betroffenen Familien in Sozialwohnungen der Stadt eine runde Dreiviertelmillion sparen könnte.

Die Hartnäckigkeit, mit der Rüsselsheims Sozialdezernent die Renovierung der Einfachstwohnungen betreibt, ließ denn auch die Frage aufkommen, was denn eigentlich der Hintergrund für dieses Verhalten sein könne. So wurde schließlich geäußert, daß es hier vermutlich gar nicht um die „Problemfamilien“ in der Bensheimer Straße gehe, sondern vielmehr darum, daß sich die Stadt hier ein Druckmittel erhalte, um Probleme in ganz anderen Stadtvierteln lösen zu können, die daraus entstehen, daß Konflikte vor allem im Bereich der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft durch Einweisung in Einfachstwohnungen bereinigt werden sollen.

Die Forderung nach Einsatz von Sozialarbeitern, um hier besser eingreifen und helfen zu können, war von der Stadt unter Hinweis auf die Zuständigkeit des Kreises abgelehnt worden. Nach Auffassung der Versammlungsteilnehmer sei es Pflicht des Magistrats, sich darum zu kümmern, daß hier — von wem auch immer — Abhilfe geschaffen wird. Die Aussichten jedenfalls, mit Renovierung der Bensheimer Straße Probleme lösen zu können, wurde von einem Zuhörer damit kommentiert, daß er darstellte, wie Handwerker, die in der Bensheimer Straße Reparaturen durchführten, sagten: „Wenn wir jetzt eine Bombe hätten, hätten wir's gleich geschafft.“

Abschließend wurde noch darauf hingewiesen, daß am Samstag nach Pfingsten ein Informationsstand in der Innenstadt vorgesehen ist, der die Rüsselsheimer Bürger über Stand und Chancen der Wohnungen in der Bensheimer Straße informieren soll.

RK 23. 5. 78

Ghettos sollen nicht entstehen

Eine neue Initiative der SPD bei Wohnungsnotständen

Raunheim (df). Neue Wege in der Behandlung der Menschen, die aus den verschiedensten Gründen in den gemeindeeigenen Wohnungen wie etwa in der Waldstraße wohnen müssen, will die Raunheimer SPD beschreiten. Initiiert durch den CDU-Antrag auf Prüfung der Frage, inwieweit Dusch-einrichtungen in den dortigen Häusern geschaffen werden können, hat sich die SPD mit ihrem zuständigen Arbeitskreis näher mit der Frage befaßt und das Ergebnis jetzt in Form eines Antrags vorgelegt.

Danach soll der Magistrat Überlegungen anstellen, wie zu verhindern ist, daß aus einem Wohnungsnotstand ein sozialer Notstand wird. Das heißt, so erläuterte Fraktionschef Lutz Bauer gegenüber dem ECHO, daß nicht jeder Wohnungsnotstand in die gemeindeeigene Wohnung eingewiesen wird und dann dort jeweils Ghettos entstehen. Vielmehr ist eine gezielt verstreute Unterbringung anzustreben, um diese Ghettsituation nicht aufkommen zu lassen.

Lutz Bauer verweist dabei auf das Frankfurter Modell, das auf Raunheim zu projizieren sei. Danach werden derartige Fälle, wo Menschen von

heute auf morgen ohne Wohnraum dastehen, nicht mehr in diesen Ghettos untergebracht. Ihnen wird vielmehr Wohnraum im sozialen Wohnungsbau zugewiesen. Gleichzeitig beginnt eine Betreuung dieser Menschen durch Sozialarbeiter, die den Weg ebnen helfen sollen.

Sie bemühen sich, den Betroffenen im Kampf mit den Behörden zu helfen. Sie machen sie auf ihre vielfältigen Rechte aufmerksam, wo und wie sie Beihilfen nach dem Bundessozialgesetz bekommen können. Es werden also gezielt soziale Hilfen gegeben. Darüber hinaus müssen die Sozialarbeiter sich um das Vertrauen dieser Menschen bemühen und es herstellen auch zu Kindergärten, Schule und Jugendamt.

Was nun Raunheim betrifft, so will die SPD einmal sehen, welches Konzept in Raunheim angewendet werden kann, denn es gibt derartige Versuche auch in anderen Städten. Insbesondere wird auch der Personalaufwand für Raunheim zu klären sein, wobei die Finanzbelastung an erster Stelle steht. Die Stadt würde für ein derartiges Programm entsprechende Sozialarbeiter einstellen.

Renovierung wäre „reine Augenwischerei“

FBI und Projektgruppe gegen Renovierung der Einfachstwohnungen Bensheimer Straße

(tf). Baudirektor Jürgen Datz ist nicht gekommen, und Sozialamtsleiter Heinz Seipel ist überfragt, zu sagen, was die geplante Renovierung der Einfachstwohnungen an der Bensheimer Straße kosten soll und ob die vorgesehenen Mittel überhaupt ausreichen. Er weiß auch nicht, ob weitere Sozialarbeiter zur Betreuung der Rüsselsheimer Obdachlosen eingestellt werden. Dafür ist das Kreissozialamt zuständig. Die Verhandlungen laufen seit zwei Jahren.

Ein unbefriedigendes Resultat — war Seipel in der Bürgerversammlung am Donnerstagabend im „Königstädter Hof“ doch der einzige Vertreter der Erhaltung. Die „Freie Bürgerinitiative“ und die „Projektgruppe Soziale Brennpunkte“ hatte ihre Versammlung just am gleichen Abend angesetzt, als die Parlamentarier in öffentlicher Sitzung tagten und dabei auch den Etat zu verabschieden hatten.

Es ging an diesem Abend wieder einmal um die Adresse Bensheimer Straße mit den Einfachstwohnungen. Die Wohnungen selbst: viel zu eng und zu feucht, daß die Wäsche verschimmelt und die Tapeten von der Wand fallen. In der Frostperiode der letzten vierzehn Tage ist bis auf drei Zapfstellen das gesamte Wasserleitungssystem eingefroren, die Toiletten waren nicht mehr benutzbar.

Eine Chance geben

Was die Belastung der sozialen Herkunft für den einzelnen bedeutet, haben viele der Diskussteilnehmer selbst erfahren müssen: „Barackenscheißer“ habe man ihren Kindern nachgerufen, als sie noch in den Notwohnungen lebten, berichtet eine ehemalige Bewohnerin. Mit dem Umzug in eine Sozialwohnung habe sich die Lage spürbar geändert. Ihr Mann, zuvor exzessiver Trinker, habe sich vom Alkohol abgewandt und schon bald eine geordnete Arbeit gefunden. Das ist kein Einzelfall. Seit sich die „freie Bürgerinitiative“ vor fast drei Jahren den Problemen der Rüsselsheimer Obdachlosen annahm und auf schnelle Übersiedlung der kinderreichen Familien aus den Notwohnungen der Hessemmerstraße in geordnete Verhältnisse drängt, hat sich diese Erfahrung wiederholt bestätigt, referierte Ernst-Jürgen Form von der Projektgruppe „Soziale Brennpunkte“. Form, Student an der Rüsselsheimer Fachhochschule, hat mit seiner Familie selbst in den Einfachstwohnungen der Hessemmerstraße gelebt, er kennt die Probleme wie kaum ein Zweiter. Und er ist es auch, der Kritikern immer wieder beweist, daß allein die Herkunft noch

nichts über einen Menschen aussagt. Man müsse ihm nur eine Chance geben.

Die Chancen standen gut, als die FBI ihre Aktion startete. Ein Stein schien ins Rollen gekommen zu sein. Heute, fast drei Jahre später, rollt er nicht mehr. Ein Magistratsbeschluß vom Mai 1975, demzufolge die Notwohnungen nach und nach aus dem Stadtgebiet verschwinden sollten, scheint keine Gültigkeit mehr zu haben. Obwohl die Stadtverordneten diese Maßnahme seinerzeit befürworteten, will der Magistrat jetzt offenbar nicht mehr abreißen. Im Gegenteil: die beiden Häuser in der Bensheimer Straße sollen renoviert werden. Für 350 000 Mark.

Zwei „Bauruinen“

„Ich kann nicht verstehen, wie ein vernünftiger Mensch auf die Idee kommen kann, diese Häuser trocken-zulegen“, wunderte sich in der Versammlung am Donnerstag ein interessierter Bürger aus dem Dicken Busch. Bei Ilse Stieglitz von der „Freien Bürgerinitiative“ beschränkt sich die Reaktion nicht auf Verwunderung. Sie ist sauer. „Wir können einfach nicht glauben, daß Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung das Papier nicht wert sind, auf dem sie gedruckt wurden.“ Einen „volkswirtschaftlichen Wahnsinn“ nennt Ernst-Jürgen Form eine etwaige Renovierungsmaßnahme in der Bensheimer Straße. „Wenn man das jetzt macht, wird man spätestens in zwei bis drei Jahren dieselbe Summe nochmals reinstecken müssen...“ Die Stadt wolle mit ihrer Maßnahme die alten Obdachlosengebiete neu erstein lassen, argwöhnt Form. „Offenbar, um dort wieder Menschen wie Tiere zusammenperchen zu können wie in der Paul-Hessemmer-Straße.“ Hier sollten unnötig finanzielle Mittel in „zwei Bauruinen“ gepumpt werden. Form: „Das ist eine rein kosmetische Maßnahme und nichts anderes als Augenwischerei!“ Daß sich derartige Renovierungen nicht bewähren könnten, unterstrich auch Antonie Form. In Wiesbaden-Mühlthal habe man ähnliche Gebäude mit einem 2-Millionen-Aufwand herzurichten versucht — vergebens. Das Ergebnis: die Wohnungen sind noch genau so naß wie vorher. „Und das ist überall in Hessen so. Wir müssen uns wirklich fragen, ob wir in Rüsselsheim auch so eine Flickschusterei machen wollen...“

Umsetzung ist besser

Zumal eine Renovierung den Wohnungen ihren Gettocharakter nicht nimmt. Auch wenn eines der Häuser mit Naßzellen auf einfachen Wohn-

komfort hin ausgebaut werden soll, während das andere als Notunterkunft auch weiterhin für Einweisungen zur Verfügung stehen wird, schaffe man damit allenfalls zwei Kategorien von Obdachlosen. Untersuchungen aus anderen Städten müßten vor einer solchen Maßnahme warnen, meinte Christine Raithel, die noch einmal auf die steigende Leistungsmotivation der Obdachlosen bei einer Umsetzung in normale Wohnverhältnisse hinwies. Bürgerinitiative und Projektgruppe fordern daher die volle Eingliederung der Obdachlosen in die städtischen Wohnviertel — ein Vorschlag, der auch im Magistratsbeschluß von 1975 bereits enthalten sei. FWG-Sprecher Volkmann verwies auf das Ziel der geplanten Renovierung: man wolle die Einfachstwohnungen in einem Niveau herrichten, das mit dem 20 Jahre alten Sozialwohnungen vergleichbar sei. Dann stelle sich allerdings die Frage, weshalb man nicht gleich Altbauwohnungen für derartige Notfälle freihalte.

Um humane Verhältnisse

Ernst-Jürgen Form glaubt, die Antwort zu wissen. Die Stadt, so meint er, habe gar kein Interesse daran, ihren Obdachlosen humane Lebensverhältnisse zu gewähren. Er verwies in diesem Zusammenhang auf die Schwierigkeiten bei der Einrichtung eines Kinderspielplatzes in der Hessemmerstraße. „Das allein zeugt von der Tatsache der Lethargie und Gleichgültigkeit bei den Verantwortlichen der Stadt Rüsselsheim.“

Besonders im Falle einer Familie mit drei Kindern sei dringende Hilfe geboten. In den nächsten Tagen soll ein weiteres Kind zur Welt kommen; angesichts der Wohnverhältnisse bestehe akute Lebensgefahr. Sozialarbeiter Karl Graber verwies darauf, daß man diese Familie in eine größere Unterkunft in die Hessemmerstraße umzusetzen gedenkt. „Vom Regen in die Traufe“, wie Teilnehmer der Bürgerversammlung kommentierten.

Was in der Bürgerversammlung besprochen wurde, will die FBI jetzt den Kommunalpolitikern in Briefform zur Kenntnis bringen. Wenn die Antwort vorliegt, soll sich eine weitere Versammlung mit dem Sozialdezernenten des Landratsamts anschließen.

Es wäre den Organisatoren aber zu wünschen, daß die zweite Veranstaltung dieser Art disziplinierter als das Treffen im „Königstädter Hof“ abläuft. Betrunkene Teilnehmer erschwerten den Fortgang der Diskussion zeitweise erheblich. Doch auch dafür zeigte Ilse Stieglitz Verständnis: „Wenn ich da wohnen müßte, würde ich auch saufen...“

Kein Verzicht auf Einfachstwohnungen - 183 -

Dr. Storsberg verteidigt Renovierung in der Bensheimer Straße - Antwort an FWG

(bri). Bürgermeister Dr. Karl-Heinz Storsberg hat in einem Antwortschreiben auf eine Anfrage der Fraktion der Freien Wählergemeinschaft im Stadtparlament die Notwendigkeit betont, daß die Stadt auch weiterhin Einfachstwohnungen im Bereich Bensheimer Straße zur Verfügung stellen kann. Gleichzeitig rechtfertigte der Bürgermeister die von der FWG kritisierte Renovierung des Hauses Bensheimer Straße 70.

Auf der anderen Seite bestätigte Dr. Storsberg zu Beginn seiner umfangreichen Stellungnahme, daß der Magistrat im Mai 1975 in einem Grundsatzbeschuß zu erkennen gegeben hatte, die Unterbringung von obdachlosen Personen in die Einfachstwohnungen der Stadt zu vermeiden. Insbesondere ging der Magistrat damals davon aus, daß Familien mit Kindern nicht mehr in diese Art von Wohnungen eingewiesen werden dürften. Darauf hätten sich die Verantwortlichen in der Praxis auch gehalten.

Nach der weiteren Darstellung von Storsberg ließ und läßt es sich jedoch nicht vermeiden, Einzelpersonen in den Einfachstwohnungen unterzubringen, die wegen hoher Mietschulden oder wegen ihrem sonstigen Verhalten gegenüber Mitbewohnern aus den angemieteten Wohnungen zwangsweise entfernt werden müßten. Der Bürgermeister spricht in diesem Zusammenhang von erwerbslosen Menschen, die eine Arbeitsaufnahme verweigerten und deshalb die vereinbarte Miete nicht aufbringen könnten. Als Beispiel für schwerwiegende Störungen durch solche Personen in Häusern mit städtischen Wohnungen wird die Tatsache genannt, daß in angetrunkenem Zustand schon die Notdurft im Hausflur verrichtet worden sei.

Ausdrücklich weist der Bürgermeister darauf hin, daß vor einer Einweisung in eine Einfachstwohnungen der Sozialarbeiter der Stadt sich um eine für alle Beteiligten vernünftige Lösung bemühe. Dabei werde eine dreimonatige Frist gesetzt. Erst wenn sich auch danach keine Änderung im Verhalten des jeweiligen Mieters zeige, dringe die Stadt auf eine Einweisung in eine Einfachstwohnung.

Es könne dem Steuerzahler gegenüber nicht vertreten werden, daß arbeitsfähige Bürger im Wissen auf das Entgegenkommen der Stadt jede zumutbare Arbeit ablehnten, um sich die Miete auf Dauer bezahlen zu lassen. Außerdem wäre dies ein schlechter Dienst gegenüber den betroffenen Menschen, weil sie nicht zu einer Selbsthilfe angespornt würden. Die in den Einfachstwohnungen untergebrachten Personen, so Dr. Storsberg, werden von einem Sozialarbeiter betreut. Seine Aufgabe bestehe darin, die Bereitschaft der Eingewiesenen zur Rückkehr in ein geordnetes Leben zu prüfen und dann alle möglichen Hilfen anzubieten.

Mit der Renovierung des Hauses Bensheimer Straße 70, die auf einen Magistratsbeschuß zurückgehe, soll nach den Informationen des Bürgermeisters das Ausstattungsniveau der Wohnungen verbessert werden. Als mögliche künftige Mieter dieser Wohnungen nennt Dr. Storsberg solche Personen, die trotz ihrer guten finanziellen Situation nicht bereit seien, die Mieten für Wohnungen im sozialen Wohnungsbau aufzubringen, beispielsweise ausländische Arbeitnehmer. Dieser Personenkreis zeichne sich besonders durch Sauberhaltung und Pflege der Wohnungen aus. Die Wohnungen in dem Gebäude Bensheimer

Straße würden nach der Renovierung und dem Einbau von Naßzellen etwa das gleiche Ausstattungsniveau haben wie die vor 1965 erstellten Sozialwohnungen. Die Miete werde im Rahmen dessen liegen, was die Personengruppe aufzubringen bereit sei. Der Bürgermeister nennt es das Ziel des Magistrats, über die Renovierungen im Haus Bensheimer Straße hinaus auch alle anderen Einfachstwohnungen zu renovieren und durch den Einbau von Naßzellen zu ergänzen. Dadurch würden zum Wohnen Voraussetzungen geschaffen, die sich an dem Ausstattungsniveau von Altbauwohnungen orientierten.

Die Kosten für einen Neubau, der mit öffentlichen Mitteln gefördert werde, stehen noch nicht fest. Als zu niedrig bezeichnet Dr. Storsberg die von FWG-Sprecher Volkmann genannte Summe von 350 000 DM, die nicht ausreiche, um die erforderliche Zahl von Wohnungen über den sozialen Wohnungsbau bereitzustellen. Damit wäre das anstehende Problem nicht zu lösen, fügte der Bürgermeister in seiner Antwort hinzu. Die Zielgruppe, auf die die Renovierungsarbeiten im Bereich Bensheimer Straße ausgerichtet seien, bleibe lieber in billigen und schlechter ausgestatteten Wohnungen.

Dr. Storsberg teilt weiterhin mit, daß im Jahre 1976 keine Mietschulden durch die Stadt Rüsselsheim übernommen worden seien. Dagegen habe die Stadt im Jahre 1977 bislang 22.500 DM für Mietschulden aufgewendet. Von den fünfzehn Räumungsklagen, die von der Stadt in diesem Jahr ausgingen, ist keine einzige wirksam geworden. In elf Fällen seien die Urteile durch Anfechtung zurückgenommen worden, in vier Fällen hätten die Betroffenen in ihre ursprünglichen Wohnungen zurückkehren können.

Abschließend betont der Bürgermeister, der Magistrat habe nicht das Recht, einem bestimmten Personenkreis gegen dessen erklärten Willen teure Wohnungen zuzuweisen. Die ausländischen Arbeitnehmer, die zum Beispiel noch mit ihren Familien in der Paul-Hessemer-Straße wohnten, zahlten eine Nutzungsgebühr von höchstens 80 DM. Die Wohnungen seien in einem sauberen und baulich einwandfreien Zustand. Allerdings gebe es keine Naßzellen. Diese Familien, so Dr. Storsberg, seien mit ihrer Unterkunft zufrieden. Maßnahmen der Stadt, die bei entsprechend hohen Mieten auf eine Verbesserung der Wohnungssituation abzielten, würden bei diesen Familien kein Verständnis finden.

RE 10.6.78

„Der Ghettocharakter würde verfestigt“

Projektgruppe Soziale Brennpunkte gegen Ausbau der Notwohnungen – Für Abriss

(RE). Energischen Widerstand setzt die Projektgruppe (PG) Soziale Brennpunkte Rüsselsheim den Plänen der Verwaltung entgegen, aus den Einfachstwohnungen in der Bensheimer Straße in Königstädten Sozialwohnungen zu machen. Vorsitzender Ernst J. Fromm nennt dieses Vorhaben geeignet zur Verfestigung des Ghettocharakters und eine Verschwendung von Steuergeldern. Hier die Stellungnahme im Wortlaut:

„Mit Erstaunen hat die Projektgruppe erfahren, daß Bürgermeister Dr. Storsberg schon immer gegen Einfachstwohnungen war, hat er doch vor wenigen Wochen noch zusammen mit dem Magistrat die These vertreten, daß es ohne Einfachstwohnungen nicht ginge, bzw. daß die Stadt Rüsselsheim in Zukunft nicht auf die Einfachstwohnungen verzichten könne. Nunmehr will derselbe Magistrat aus den vorhandenen bautechnischen Fehlgeburten „Schmuckkästchen“ machen, und zwar mit einem, unserer Meinung nach nicht zu vertretenden Kostenaufwand.

Diese Aufgabe ist schon deshalb unsinnig, weil dadurch der Ghettocharakter in der Bensheimer Straße nicht aufgehoben, sondern verfestigt wird. Außerdem darf als sicher gelten, daß die veranschlagten Kosten von 460 000 Mark für die geplanten baulichen Maßnahmen nicht ausreichen werden. Das ist auch in mehreren anderen hessischen Städten der Fall gewesen, wie Untersuchungen der LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V., der auch die Rüsselsheimer PG angeschlossen ist, ergeben haben.

Somit stellt sich für uns die Frage, ob es bei zu erwartenden Mehrkosten von 20 Prozent, sprich 100 000 Mark, nicht günstiger ist, sechs neue Wohnungen zu erstellen, was mit 560 000 Mark möglich sein müßte, zumal dann, wenn man das Ausstattungsniveau der Wohnungen zugrunde legt wie es in der Bensheimer Straße offensichtlich geplant ist. Dadurch würde das Ghetto in der Bensheimer Straße aufgelöst, die dort lebenden Menschen könnten integriert werden (übrigens ist ja auch Dr. Storsberg mittlerweile der Meinung, daß diese Personen in die Gesellschaft einzugliedern seien, jedoch mit der Einschränkung,

bei manchen falle es schwer).

Außerdem wurde durch den Abriss der Häuser wertvolles Baugelände frei, durch dessen Veräußerung an bauwillige Privatleute die Stadt Rüsselsheim bei den heutigen Grundstückspreisen nicht nur die Baukosten für sechs Sozialwohnungen wieder hereinbekäme, sondern noch mit einem ordentlichen Provit abschneiden würde. Vielleicht sollten sich die Verantwortlichen des Magistrats und die Stadtverordnetenversammlung einmal diesen Weg überlegen, zumal dadurch eine halbe Million Steuergelder und mehr gespart werden könnten.

Nach Dr. Storsbergs Aussage soll auch das zweite Haus vielleicht in ab-

sehbarer Zeit ähnlich instandgesetzt werden. Frage: Wann? Folge: Gesamtkosten weit über eine Million Mark. Folge zwei: Verfestigung des Ghettocharakters. Was aber geschieht bis dahin mit dem zweiten Haus? Laut Magistrat (Dezember 1977) soll es „obdachlosengemäß“ hergerichtet werden. Offensichtlich haben sich die Verantwortlichen nicht vor Ort von den katastrophalen baulichen Gegebenheiten überzeugt. Hier drängt sich der Verdacht auf, daß die Verantwortlichen unter „obdachlosengemäß“ unmenschliche Wohnzustände verstehen, denn anders kann diese stark diskriminierende Aussage nicht interpretiert werden.“

MSF 14.7.78 - 187

An der Sprache hängt der Weg ins Leben

Stadt will in der Hessemerstraße eine „Spiel- und Lernstube“ einrichten

Luc. - Die Ausländerkinder im Vorschulalter aus den Einfachstwohnungen in der Paul-Hessemer-Straße besuchen kaum oder gar nicht den Kindergarten, weil mangelnde Sprachkenntnisse die Integration in den Kindergartenbetrieb fast unmöglich machen. Deshalb hat der Magistrat jetzt zugestimmt, in der Hessemerstraße 56b zwei Räume für eine „Spiel- und Lernstube“ für ausländische Kinder bereitzustellen. Praktikanten der Sozialarbeit sollen dann in diesen Räumen sprachfördernd tätig werden. Und zwar für jeweils zwei Stunden an drei Nachmittagen in der Woche.

Personalkosten entstehen der Stadt dabei nicht, da die Praktikanten bereits beim Sozialamt tätig sind. Lediglich für die Herrichtung der Räume müssen 3000 Mark und für das Beschäftigungsmaterial noch einmal 2700 Mark zur Verfügung gestellt werden. Die Überlegung, die Kinder im Schul- und Vorschulalter in einem Kindergarten zu betreuen, scheiterte daran, daß die Kinder in verschiedenem Alter nicht in einer Gruppe betreut werden konnten. Deshalb entschied man sich für die Spiel- und Lernstube in der Hessemerstraße, weil die Kinder hier in ihrer Alltagswelt belassen werden

können, die deutsche Sprache erlernen und durch Gruppenarbeit auf den Übergang zum Kindergarten hingeführt werden können.

In diesen Prozeß möchte man auch die ausländischen Eltern mit einbeziehen und hofft, sie eher zu Gruppensprachen bewegen zu können. Gerade für die Kinder in der Hessemerstraße erscheint es sehr wichtig, sie wegen der anregungsarmen Umgebung in den Kindergarten zu integrieren. Dieser Umgang von Familie zum Kindergarten bedeutet jedoch für die kleinen Ausländer eine erste Konfrontation mit einer Institution, die für das Kind neue Strukturmerkmale vorweist und neue Verhaltensformen von ihm verlangt.

Da die Kinder aber die deutsche Sprache nicht beherrschen, können sie nicht den Kindergarten besuchen, und eine wichtige Entwicklungsmöglichkeit ist ihnen verbaut. Zwar sehen die Eltern nach den Beobachtungen der Stadt die Notwendigkeit des Kindergartenbesuches ein, aber wenn die Kleinen durch die Sprachbarrieren mit den anderen Kindern nicht zurechtkommen, lassen die Eltern die Kinder wieder zu Hause. Nur 3 Prozent der Gastarbeiterkinder im Vorschulalter besuchen in der Opelstadt den Kinder-

garten gegenüber 7 Prozent ihrer deutschen Altersgenossen.

Das wirkt sich bitter aus, denn rund drei Drittel aller Ausländerkinder in Rüsselsheim erreichen später nicht den Hauptschulabschluß, während nur 12 Prozent deutscher Kinder dieser Altersstufe mit dieser belastenden Hypothek ins Berufsleben gehen müssen. Die Statistik zeigt außerdem, daß sich danach nur jeder zweite Ausländer auch in der Berufsschule sehen läßt. Hier will die Stadt nun durch die Spiel- und Lernstube bereits im Frühstadium vorbeugend tätig werden. Besonders das Verstehen und Sprechen der deutschen Sprache soll gefördert werden, was vor dem Schuleintritt für Ausländer immens wichtig ist, weil Sprachschwierigkeiten in der Grundschule häufig die Umsiedlung in die Sonderschule zur Folge hatten.

Sprache ist also nicht nur für den späteren Schulerfolg wichtig, sondern auch für alle Situationen außerhalb der eigenen Familie und besonders für die Integration in die Gruppe der deutschen Gleichaltrigen. Außerdem möchte man den jungen Ausländern die Möglichkeit geben, nach Schulerfolgen auch auf dem Lehrstellenmarkt eine reelle Chance zu ihren deutschen Mitbewerbern zu bekommen.

MSF 10.7.79

Billigem Wohnen nicht Vorschub leisten

Diskussion um Einfachstwohnungen Bensheimer Straße / Kommt Neubau billiger?

uwe. - Zu einem vieldiskutierten Thema entwickelte sich während der Ausschusssitzungen der Stadtverordneten in der letzten Woche die Magistratsvorlage zum Thema Umgestaltung der Einfachstwohnungen an der Bensheimer Straße in Königstädten. Vorläufiger Stand der Dinge: Man erwartet eine Aufstellung aus dem Hochbauamt, in der über die genaue Größe des Projekts und über die Mehrkosten eines Neubaus Auskunft gegeben wird.

Das Fehlen einer solchen Ausstellung nahm die CDU im Bauausschuß zum Anlaß, sich bei der Abstimmung über das Renovierungsprojekt der Stimme zu enthalten. FWG-Vertreter Dr. Volkmann stimmte gegen die Vorlage und führte „sozialpolitische Gründe“ ins Feld, die dafür sprächen, solche „Ghettos“ besser aufzulösen. Stadtrat Solberg hingegen wies als zuständiger Dezernent darauf hin, daß die Stadt seit Jahren versuche, Problemfamilien einzugliedern und dies in

zehn Jahren auch mit 120 Familien gelungen sei. Dennoch gibt es nach Ansicht des Dezernenten noch immer Familien, die eine etwas längere Zeit der Betreuung benötigten und für die solche Wohnungen nötig seien. Einige wollten auch angesichts der billigen Miete in den Einfachstwohnungen bleiben.

Im Sozialausschuß wurde sowohl die bauliche als auch die soziale Problematik so ausgeweitet, daß schließlich die Ausschußmitglieder paßten und auf Antrag der CDU-Fraktion beschlossen, die Vorlage noch einmal an die Fraktionen zurückzuverweisen. SPD-Vertreter Karl-Heinz Fornoff hatte zunächst die Einwände der CDU aus dem Bauausschuß als berechtigt bezeichnet und die Frage aufgeworfen, ob ein Neubau nicht sinnvoller wäre. Dann legte FWG-Ausschußmitglied Christa Heil die Meinung ihrer Fraktion zum Problem dar, womit sie eine umfangreiche Diskussion in Gang setzte, nachdem zuvor ihr Ansinnen

abgelehnt worden war, einen Betroffenen im Ausschuß zu Wort kommen zu lassen. „Dem billigen Wohnen darf nicht Vorschub geleistet werden“ verlangte Christa Heil, die wie Dr. Volkmann im Bauausschuß für die Auflösung der Wohnung plädierte. Für die Problemfamilien sollten nach Ansicht von Christa Heil besser mehr soziale Betreuer eingestellt werden.

Die Kritik bezeichnete ihre Ausschußkollegin auf SPD-Seite, Olga Eisenbraun, als „eine Zumutung wie sie uns behandeln“. Sie wies darauf hin, daß es oftmals nicht möglich sei, Menschen aus den Einfachstwohnungen umzusiedeln und daß es falsch sei „uns hinzustellen, als ob wir nichts tun“. Olga Eisenbraun wies besonders auf die Probleme hin, die sich in Hausgemeinschaften ergeben könnten, wenn eine Problemfamilie einziehe, die sich nicht integrieren lasse: „Da dreht einer das Gas auf oder es bringt sich einer um, und schon stehen alle drei Familien mit ihren Kindern auf der Treppe“.

Brachte Engel Aloysius die Erleuchtung?

8.9.78 FWG zu Solbergs Sinneswandel zum Thema Einfachstwohnungen

(RE). Der offenkundige Sinneswandel des Sozialdezernenten Erich Solberg zum Thema Einfachstwohnungen, deutlich abzulesen an der Tatsache, daß Solberg, bis vor wenigen Wochen hartnäckiger Verfechter einer kosten-trächtigen Renovierung der Häuser an der Bensheimer Straße, nun plötzlich mit gleicher Vehemenz die Auflösung des Obdachlosengettos betreibt, hat die FWG-Fraktion inspiriert, Mußma-ßungen über die Ursache solcher „Er-leuchtung“ anzustellen. Dr. Manfred Volkmann und seine Mitstreiter finden nur eine Erklärung: Der Münch-ner, der in den Himmel kam und als Engel Aloysius zur Erde zurückkehrte, muß am Main gewesen sein. Die FWG schreibt:

„Hallélujah! Nicht nur politische, nein auch himmlische Prominenz findet Rüsselsheim eine Reise wert. Aus zu-verlässiger Quelle wurde uns bekannt, daß der berühmte Engel Aloysius Rüsselsheim einen Besuch abgestattet hat.

Sie erinnern sich, es handelt sich um den seligen Münchner Aloysius, der nach seinem Dahinscheiden unter den himmlischen Heerscharen erhebliche Unruhe stiftete, alldieweil er sich nicht an die im Himmel herrschenden Sitten gewöhnen konnte und der durch seinen fürchterlichen Gesang und sein ständiges Jammern nach Bier den Herrn so rührte, daß er ihn mit einer Botschaft an die bayerische Re-gierung in sein geliebtes München schickte. Jedermann weiß, daß Aloy-sius seit dieser Zeit fröhlich im Hof-bräuhaus sitzt und die bayerische Re-gierung seelenruhig auf die himmli-sche Erleuchtung warten läßt.

Wir wissen nicht, was Aloysius bewo-gen hat, seinen Aufenthalt im Hof-bräuhaus für eine kurze Stippvisite nach Rüsselsheim zu unterbrechen. Sicher jedoch ist, daß er hier war und ein kleines Fünkchen der eigentlich für die bayerische Regierung bestimm-

ten Erleuchtung über die Häupter der Rüsselsheimer Stadtregierung ausge-gossen hat.

Dieses kleine Fünkchen hat ebendort eine bemerkenswerte Sinneswandlung bewirkt. Der Sozialdezernent, der mon-atelang verbissen um die Erhaltung bzw. Renovierung der Obdachlosen-unterkünfte in der Bensheimer Straße gerungen hat, taub gegen alle Argu-mente für eine Auflösung dieser Get-tos, plädiert nunmehr für den Abriß der Bruchbuden und die Bereitstel-lung von Wohnungen des sozialen Wohnungsbaus für die dort lebenden Rüsselsheimer Bürger. Er, der sich bis-her strikt weigerte, „den Kreis aus sei-ner Verantwortung zu entlassen“ und für die nötige Betreuung der umgesie-

delten Obdachlosen zusätzliche So-zialarbeiter einzustellen, scheut sich nun nicht, mit einer detaillierten, auf-wendigen Annonce in der Tagespresse nach einem Sozialarbeiter für die Ob-dachlosenbetreuung zu suchen.

Aloysius wir danken Dir! Du hast mit Deinem Licht das Herz der für die so-zialen Belange unserer Stadt Zuständi-gen bis in den hintersten Winkel aus-geleuchtet. Daß dabei endlich Ver-nunft und sozial vertretbares Handeln zutage trat, erfüllt uns mit Genugtu-ung. Mit uns danken Dir alle die Be-troffenen, die nun endlich Aussicht auf wirksame Hilfe bekommen haben. Hoffentlich ist Dir noch genügend Er-leuchtung für die bayerische Re-gierung übriggeblieben. ...“



Bensheimer
Straße
Rüsselsheim

Bremst Wohngruppe den sozialen Abstieg?

RA 7.9.78

Magistrat sucht nach Hilfen für Obdachlose – Resozialisierung angestrebt

(ber). Sozial bedrohten Menschen, die, sind sie erst auf der abschüssigen Bahn, in der Regel bis auf die unterste Stufe rutschen, soll in Rüsselsheim jetzt Hilfe zuteil werden: In einem Grundsatzbeschuß hat sich der Magistrat am Dienstag nach Mitteilung von Bürgermeister Dr. Storsberg für die Einrichtung einer Wohngruppe zur Resozialisierung von Bewohnern der Einfachstwohnungen und von Personen, die durch Räumungsklage betroffen sind, ausgesprochen.

Die Gruppe setzt sich aus Mitgliedern zusammen, die gewillt sind, eine solche Gemeinschaft zu akzeptieren, die es aus eigenem Antrieb nicht schaffen, sich eine Wohnung oder einen Arbeitsplatz zu suchen und die auch ansonsten nicht in der Lage sind, ihre Rechte durchzusetzen, heißt es in der von Sozialdezernent Erich Stolberg erstellten Vorlage, die der Magistrat in allen Punkten guthieß.

Wie berichtet, will die Stadt der Wohngruppe zwecks Therapie „ein ausreichend großes Haus“ zur Verfügung stellen, in dem die erforderli-

chen Gemeinschaftseinrichtungen vorhanden sind und pro Mitglied ein Schlafräum zur Verfügung steht. Der Magistrat beauftragte das Sozialamt, geeignete Räume vorzuschlagen, ein Konzept für die Therapie sowie einen Kostenvorschlag zu erarbeiten. Zur Beratung der Wohngruppe, die sich ausschließlich aus Freiwilligen rekrutieren und die über ihre Zusammensetzung selbst entscheiden soll, wird wenigstens vier Stunden täglich ein Sozialarbeiter oder Sozialpädagoge zur Verfügung stehen, weil, so die Vorlage, das Erkennen der Ursachen der spezifischen Problemkonstellation Voraussetzung für die Gewährung persönlicher Hilfen ist.

Der Grundsatzbeschuß zur Bildung der Wohngruppe wird damit begründet, daß die in den Einfachstwohnungen der Paul-Hessemer- und der Bensheimer Straße untergebrachten Einzelperson fortdauernd den für diesen Bereich typischen negativen Umwelteinflüssen unterliegen, „die über einen längeren Zeitraum hinweg ein weiteres Abrutschen auf die unterste sozia-

le Stufe menschlichen Daseins bewirken“. Als Begleiterscheinungen und Folgen seien Alkoholismus, Isolation, Kriminalität und Verwahrlosung festzustellen. Zugleich nehme die Bereitschaft, den Lebensunterhalt an einem Arbeitsplatz sicherzustellen, ab. In diesem Stadium seien wirksame Hilfen kaum noch möglich, so daß letztlich die Einweisung in eine geschlossene Anstalt zwangsläufige Folge sei.

Durch die Ablehnung der bürgerlichen Gesellschaft, die den Obdachlosen für faul und labil hält, werden den Betroffenen lebenswichtige Chancen vorenthalten, heißt es weiter. Aufgrund dieser Vorurteile reduziert sich die Chance, eine Arbeit zu finden; „denn nicht anders als die Normalgesellschaft, so die Erfahrung, verhalten sich Teile von ihr, so Arbeitsvermittler oder Arbeitgeber, die Arbeitssuchende aus diesen Wohngebieten abweisen, obwohl Qualifikation wie auch Arbeit vorhanden sind“.

Der Wert einer Wohngruppe wird sich nach Auffassung der Verantwortlichen

im Sozialamt ausschließlich danach beantworten, ob es gelingt, durch Aufwertung der eigenen Person einen Ausgleich zur faktischen Benachteiligung zu schaffen. Das könne durch die als Sicherheit wirkende Gemeinschaft, die eine notwendige Reflektion der eigenen Situation ebenso fördere wie das Erlernen von Rücksichtnahme erreicht werden. Positiv bei der Arbeitssuche werde sich allein schon die wohnungsmäßige Veränderung auswirken. Gleichfalls werde wenigstens bei einigen Gruppenmitgliedern das Wissen, sich nicht mehr in der „Endstation“ Einfachstwohnung zu befinden, einen Anreiz schaffen, eigene Ziele zu formulieren.

Die finanzielle Beteiligung an der Gruppe wird sich an der finanziellen Situation des jeweiligen Mitgliedes orientieren, heißt es in der Vorlage, die abschließend noch die Notwendigkeit herausstellt, bei der Beschaffung eines Arbeitsplatzes behilflich zu sein, um das Ziel, die Resozialisierung der Teilnehmer, auch wirklich zu erreichen.

RE
1. 9. 78

Keine zentralen Obdachlosenunterkünfte mehr

Solbergs Vorschlag: Umzug in städtische Altbauten – Gezielte Betreuung Alleinstehender in Wohngruppe

(js). Sollte die Stadtverordnetenversammlung durch einen Grundsatzbeschluß dem Vorschlag von Stadtrat Erich Solberg folgen, dürfte der Meinungsstreit über die Einfachstwohnungen an der Bensheimer Straße beendet sein. Denn weder ein auf 460 000 Mark veranschlagter Umbau mit Renovierung noch ein nicht minder kostenaufwendiger Neubau — nach Abriß des alten Gebäudes — kommen für den Sozialdezernenten in Frage. Vielmehr plädiert er für ein völliges Verschwinden von Wohnungen für Obdachlose an dieser Stelle. Stattdessen sollen diese Obdachlosen in städtische Wohnungen eingewiesen werden, und das wiederum nicht zentral, sondern verstreut über das Stadtgebiet. Dabei denkt der Sozialdezernent zunächst an jene Altbauwohnungen, deren Verwaltung die Stadt der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft übertragen hat. Wie Solberg in diesem Zusammenhang erläuterte, hätten mit den Verantwortlichen der Wohnungsbaugesellschaft in dieser Richtung bereits Gespräche stattgefunden. Zur Zeit werde ein Katalog solcher Wohnungen erarbeitet.

Gruppentherapie

Diesem ersten Schritt sollte nach Solbergs Darstellung jedoch ein zweiter folgen. „Denn das eigentliche Problem dieser Mitbürger ist durch das Umsetzen in eine andere Wohnung nicht gelöst.“ Der nächste Schritt wäre für ihn

eine gezielte Betreuung, die für Einzelpersonen in eine Art Gruppentherapie münden soll.

Die Praxis spricht dafür, denn in der Bensheimer Straße wohnen acht Einzelpersonen und zwei kinderlose Ehepaare. Bei diesen Einzelpersonen handelt es sich ausschließlich um Männer im Alter von 22 bis 35 Jahren, die meist durch familiäre Umstände, etwa nach der Scheidung, abgeglitten sind und keinen festen Halt mehr haben. Sie könnten — ihr Einverständnis vorausgesetzt — in einem geeigneten Haus ihre eigenen Zimmer beziehen, in ihrer Freizeit jedoch unter Anleitung des Betreuers Gemeinsamkeiten entwickeln.

Vom Joch befreien

Für die Einstellung eines solchen Betreuers — Sozialarbeiter oder Sozialpädagoge — sieht Solberg insofern keine Schwierigkeit, als im Stellenplan ein für die Altenbetreuung vorgesehener Sozialarbeiter noch offensteht und deshalb kurzfristig umgesetzt werden könnte. Der Stellenplan für 1979 müßte jedoch dann den Sozialarbeiter für die Obdachlosenbetreuung nennen.

Diese „Wohngruppe“ der Einzel-Obdachlosen soweit zu motivieren, daß sie nicht nur nicht weiter abgleiten, sondern wieder in die Gesellschaft zurückfinden, ist das angestrebte Ziel. Wie lange ein solcher Resozialisierungsprozeß dauert, kann nicht vor-

ausgesagt werden. Solberg: „Es geht darum, sie von ihrem Joch zu befreien.“

Barbara Fabricius, Leiterin der offenen Außenhilfe des Sozialamtes, sieht in dem Vorschlag eine wirkungsvolle Möglichkeit, zum angestrebten Ziel zu kommen. Viele der Obdachlosen wohnten eigentlich schon zu lange an der Bensheimer Straße, um von sich aus wieder zurückzufinden. Ein weiteres Abgleiten könne mit gezielter Betreuung verhindert werden. Allerdings sei es auch wichtig, dafür die geeignete Kraft zu bekommen. Einige müßten sich vielleicht, ehe sie sich der Wohngruppe anschließen könnten, zuvor einer Alkoholentziehungskur unterziehen.

Auch für Paul-Hessemer-Straße

Für absehbare Zeit plädiert Solberg auch für die Beseitigung der Einfachstwohnungen in der Paul-Hessemer-Straße und die Unterbringung der dortigen Bewohner ebenfalls in städtische Wohnungen. In diesem Bereich der Böllenseesiedlung wohnen zwölf ausländische Familien mit 30 Kindern, zwei deutsche Ehepaare und sechs alleinstehende Deutsche.

Nahziel aber bleibt die Bensheimer Straße mit der Umsetzung der Bewohner und der Einrichtung einer Wohngruppe. Ob, mehrere solcher Wohngruppen zu bilden sind — je Gruppe sollten ihr nicht mehr als sechs bis acht Personen angehören — muß sich

erst noch erweisen. Jedenfalls sollte der Anfang gemacht werden. Dabei denkt der Sozialdezernent auch an eine eventuelle Einbeziehung solcher Personen, die vor dem „Straucheln“ stehen und denen so ein Halt gegeben werden kann. Selbstverständlich soll die Betreuung auch den Familien gelten, jedoch in einer anderen Art wie bei den Einzelpersonen.

Nicht im Blickfeld

Für Solberg ist dies alles eine bessere Lösung als ein Umbau oder Neubau an der Bensheimer Straße, wo der finanzielle Aufwand wohl größer sein werde als der erhoffte Effekt. Zudem rücke das Eckbaugrundstück an der Bensheimer Straße/Stockstraße durch die baldige Bebauung im „Blauen See“ stark in das öffentliche Blickfeld, wodurch die Probleme der dort weiterhin wohnenden Obdachlosen vielleicht noch vergrößert würden.

Stadtrat Solberg beabsichtigt, zu den weiteren Gesprächen mit seinen Mitarbeitern auch Vertreter der „Projektgruppe Obdachlose“ mit hinzuzuziehen. Einzelgespräche mit den Obdachlosen sollen jedoch erst dann geführt werden, wenn die Zustimmung des Stadtparlaments vorliegt. Auch Sozialarbeiterin Barbara Fabricius meinte: „Sie werden sich daran klammern, daß ihnen endlich geholfen werden soll — und um so mehr enttäuscht sein, wenn von den Parlamentariern ein Nein kommen würde.“

(eine N...)

geb bei festle...
tbsstmrsg ni elm

189. - 02N -
999UTP21027A

Arbeitsgruppe Gemeinwesenarbeit

Wie in Darmstadt - Arheilgen in der Rodgaustraße Instandsetzungsarbeiten bei den Schlichtbauwohnungen durchgesetzt wurden.

(eine kurze Zusammenfassung des GWA-Prozesses in der Rodgaustraße)

In den Jahren 1971 und 1972 wurden in Darmstadt jeweils 3 Wohnblocks mit insgesamt 97 Wohneinheiten in "einfachster Bauweise" (Fertigbauteile) im Wohngebiet Akazienweg/Gehaborner Weg und in der Rodgaustraße vom "Arbeiterbauverein" - einer städt. Wohnungsbaugesellschaft - errichtet. (heute werden die Blocks von der Stadt Darmstadt verwaltet)

In beiden Sozialen Brennpunkten gab es von Anfang an zahlreiche Aktivitäten der Mieter wegen der zahlreichen baulichen Mängel. Meist wandten sich die Mieter (alle haben Mietverträge!) telefonisch und schriftlich an die Stadt, manchmal auch gemeinsam.

Es ging immer wieder hauptsächlich um folgende Mängel:

Die Kamine ziehen nicht - die Wohnungen sind kaum heizbar

Die Fenster, Türen, Wände und Dächer sind undicht - es zieht und regnet herein, die Wände sind feucht, es bildet sich Schimmel;

Die Duschen sind undicht und nicht beheizbar.

Zwischen 1972 und 1977 reagierte die Stadt auf die Proteste der Mieter nur, indem sie den Mietern selbst die Schuld für die Mängel gab: Sie heizen nicht, lüften nicht und machen vieles selbst kaputt. Verschiedene bauliche Maßnahmen wurden teils zur Fertigstellung des Rohbaus (Abdichtung von Baufugen), teils zur Behebung von offensichtlichen Mängeln durchgeführt. Grundlegende Abhilfe wurde jedoch nicht geschaffen.

Erst 1977 hatten die jahrelangen Proteste Erfolg. Mit Unterstützung der Arbeitsgruppe Gemeinwesenarbeit, dem städtischen "Bürgerkomitee" und der SPD des Stadtteils Arheilgen gelang es, die Stadt Darmstadt zu grundlegenden Instandsetzungsarbeiten zu veranlassen. Erstmals gab die Stadtbauverwaltung zu, daß "sich teilweise bauliche Konstruktions- und Ausführungsmängel überhaupt ohne große Eingriffe in die Substanz der Gebäude nicht beseitigen lassen."

In Magistratsvorlagen, die alle zuständigen städt. Gremien billigten, wurden folgende Maßnahmen in der Rodgaustr. und gleichzeitig im Akazienweg/Gehaborner Weg vorgesehen:

Einbau neuer Fenster und Fensterbänke

Einbau neuer Türen

Einbau einer Heizung
Abdichten von Aussenfugen
Renovierung der Duschbäder

Von der Stadtverordneten-Versammlung wurden für die Rodgaustraße und den Akazienweg/Gehaborner Weg jeweils 1,5 Millionen DM genehmigt. Diese Summe sollte auf 3 Jahre aufgeteilt werden. Für 1978 wurde der Einbau einer Heizungsanlage (zentrale Gasheizung) vorgesehen (ca. 500.000,-- DM)

Alle Vorhaben wurden ohne Diskussion mit den betroffenen Bewohnern und der Arbeitsgruppe Gemeinwesenarbeit beschlossen. Die Mietergruppe, d.h. die Mieter die immer wieder zu den Bewohnerversammlungen kamen (8 - 12 Personen) waren der Meinung, daß die vorgesehenen Instandsetzungsmaßnahmen richtig sind und daß es jetzt darauf ankomme, mit den Arbeiten so schnell wie möglich zu beginnen. Forderungen nach einer umfassenden Untersuchung, Veränderung von Wohnungsgrundrissen, Infragestellung der Heizung usw. hielten die aktiven Mieter zu diesem Zeitpunkt nicht für angebracht. Allerdings waren die meisten Mieter nicht damit einverstanden, daß 1978 nur die Heizung eingebaut werden soll und sie noch einen Winter mit den alten, teilweise verrotteten Fenstern (= Feuchtigkeit, Schäden an den Tapeten, hohe Heizkosten) leben müssen. In einem Brief, für den die Mieter fast von allen Mitbewohnern die Unterschrift erhielten, wurde die Stadt aufgefordert, noch im Jahre 1978 neue Fenster einzubauen. Dieser Forderung gab der Stadtbaurat (CDU) nach, teilte jedoch mit, daß sich dadurch der Heizungseinbau verzögere. Das Heizkesselhaus könne erst 1979 errichtet werden, weil das Geld nicht reiche. Damit konnten die Mieter sich natürlich nicht einverstanden erklären und schrieben dem Stadtbaurat, daß beide Maßnahmen koordiniert durchgeführt und 1978 abgeschlossen werden müßten:

"Was nützen uns neue Fenster, wenn die Kamine nicht ziehen, wir fast im Rauch ersticken und zeitweise die Wohnung nicht beheizen können? Was nützt uns eine Heizung, wenn die Fenster undicht sind und wir demnach zum Fenster hinausheizen?"

Die Mieter kündigten außerdem an, Presse, Rundfunk und Fernsehen einzuschalten, wenn die Stadt nicht entsprechend ihrer Forderung verfare. Sie luden den Stadtbaurat zu einer Bewohnerversammlung ein, damit er dort "Rede und Antwort" stehe und "um alle offenen Fragen abzuklären".

Darüber war der Stadtbaurat sichtlich erbost: Er schrieb an die Bewohner-Kontaktadresse: "Ihr Schreiben ist so unverschämt, daß ich nicht bereit bin, weiter mit Ihnen zu verhandeln!"

Dieses Schreiben verunsicherte einen Teil der Bewohner. Haben sie zuviel gefordert? Bekommen sie jetzt vielleicht überhaupt nichts? Nach einiger Diskussion wurde mehrheitlich beschlossen, daß die gestellten Forderungen bestehen bleiben. Der Stadtbaurat erhielt mit der Unterschrift wieder fast aller Mieter mitgeteilt, daß diese der Meinung sind, daß der Brief nicht unverschämt war, daß die Bewohner nicht mehr wollten, als "menschenwürdig Wohnen". Weiter wurde mit dem Stadtbaurat nicht mehr verhandelt. Die Mieter begannen nun mit Unterstützung der Arbeitsgruppe Gemeinwesenarbeit eine aktive Öffentlichkeitsarbeit, um durch politischen Druck ihre Forderungen doch noch durchzusetzen. Sie machten ihre Forderungen verstärkt in der Presse bekannt und brachten sie auf Parteiveranstaltungen von CDU und SPD sowie im "Bürgerkomitee" vor. Höhepunkt dieser Kampagne war eine Informationsveranstaltung im Wohngebiet. Dazu waren alle Stadtverordneten und Parteien, die zuständigen Ämter der Stadtverwaltung, die Kirchengemeinden und andere interessierte Personen und Gruppen eingeladen. Diese Veranstaltung war ein Erfolg. Die anwesenden Stadtverordneten der SPD und der Wählergemeinschaft sagten zu, die Forderungen der Bewohner in der nächsten Stadtverordneten-Sitzung zu vertreten. Die FDP-Vertreterin konnte sich für ihre Partei nicht festlegen. (CDU und FDP bilden in Darmstadt eine Koalition). Von der CDU war kein offizieller Vertreter gekommen.

In der nächsten Stadtverordneten-Sitzung wurde über 1 Stunde aufgrund einer "Großen Anfrage" der SPD-Fraktion über die Sozialen Brennpunkte und die Forderungen der Bewohner diskutiert. SPD und Wählergemeinschaft äußerten sich eindeutig für die Bewohner und verwiesen auf die Informationen, die sie auf der Veranstaltung erhalten hatten. Der CDU-Stadtbaurat stellte öffentlich in Frage, daß es sich überhaupt um Bewohner-Forderungen handele: "Solche Briefe schreiben Bewohner eines Sozialen Brennpunktes nicht!"

Den Bewohnern und den Sozialarbeitern war klar, daß sie im Stadtparlament eine Mehrheit bräuchten und luden deshalb die CDU-Stadtverordneten nochmals extra zu einer Informations-Veranstaltung ein.

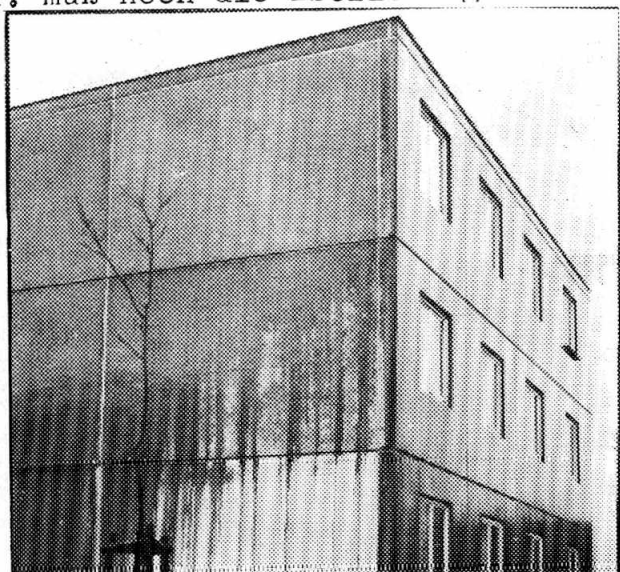
Diese sagten aus Termin-Gründen ab. Außerdem hielten sie eine Veranstaltung zum augenblicklichen Zeitpunkt nicht für erforderlich. Auf der nächsten Stadtverordneten-Versammlung stand dann ein Antrag der SPD-Fraktion auf der Tagesordnung: Außerplanmäßige Mittel sollten für 1978 bewilligt werden, damit Heizung und Fenster gleichzeitig eingebaut werden können.

Der Antrag wurde zurückgezogen, nachdem der Stadtbaurat versichert hatte, daß nach Eingang der Firmen-Angebote das Geld nun doch reiche, um Heizung mit Heizhaus und die Fenster gleichzeitig in Angriff nehmen zu können. Er mußte außerdem zugeben, die Haushaltslage nicht richtig übersehen zu haben. Allerdings konnte er nicht versprechen, wann die Heizung anlaufen könne.

Mittlerweile werden bereits in der Rodgaustraße und im Akazienweg/Gehaborner Weg die neuen Fenster eingebaut, die Heizhäuser stehen und die Heizkörper werden Zug um Zug installiert. Die Sozialarbeiter sowie die meisten Bewohner werten diese Entwicklung als Erfolg, der nur durch ihre Aktivitäten und die Unterstützung durch verschiedene Bündnispartner zustande kam. Bei einem kleinen Grillfest feierten die Aktiven, daß sie ihre Forderungen nun doch durchgesetzt haben. Der Erfolg wird allerdings dadurch geschmälert, daß die Heizung mit Beginn der Heizperiode nicht fertig sein wird. Die Schuld dafür trägt jedoch die Stadtbauverwaltung, die auf die vernünftigen Vorschläge der Bewohner zunächst nicht eingehen wollte und damit die ganze Angelegenheit verzögert hat.

Jetzt kommt es darauf an, aufmerksam die Arbeiten zu verfolgen, damit auch tatsächlich alle Mängel behoben werden. Die Kosten für die Zentralheizung sind sorgfältig zu beobachten, weil die Isolierung der Außenwände unzureichend ist. Ggf. muß noch die Isolierung nachträglich durchgesetzt werden.

*Ansicht eines
Hauserblicks
Rodgaustr.*



Mieter der städtischen Wohnungen in der Podgaustraße 4-8 berichten:

DAS SIND UNSERE ERFAHRUNGEN SEIT JAHREN:

1. Weil die Kamine nicht richtig ziehen, dringen die Abgase vom Gasboiler in die Wohnungen ein. Das kann besonders in den kleinen Duschräumen zu Vergiftungen führen. Wir wissen nicht, wie hoch die Konzentration der Gase ist. Aber muß erst wieder jemand umfallen?
Mit Sicherheit sind diese Gase gesundheitsgefährdend!
2. Bei starkem Wind fliegen die Deckel unserer Öfen hoch. Das ist zwar nicht an allen Kaminen der Fall. Aber überall, wo es ist, ist anschließend der gesamte Raum voller Ruß.
3. Manche Familien wachten nachts auf und ihre Wohnung stand - obwohl kein Ofen an war - total unter Qualm. Der Wind drückt offensichtlich den Qualm anderer Mieter in ihre Wohnung.
Sollen wir und unsere kleinen Kinder in diesem Qualm vielleicht ersticken?
4. Aus diesem Grund können wir manchmal gar kein Feuer mehr anzumachen. Und gerade dann ist es manchmal ziemlich kühl, so daß wir warm haben müßten.
Wer bezahlt uns die hohen Stromrechnungen, wenn wir uns mit elektrischen Radiatoren ausbelfen?
Mieter haben sogar schon ihre Kaminöffnungen zugestopft, nur um vor dem Qualm sicher zu sein bzw. anderen Mietern das Heizen zu ermöglichen (weil z.B. ein Baby in der Wohnung ist).
5. In manchen Zimmern besteht überhaupt keine Heizmöglichkeit, weil kein Kaminanschluß vorhanden ist.

DESHALB SIND WIR DER MEINUNG, DAB DIE HEIZUNG NOCH 1978
FERTIGGESTELLT SEIN MUSS!!!

Die Mieter der Podgaustr. 4-8
im Mai 1978



7 Jahre Wohnungen mit - 195 -
einfachem Ausbau!
7 Jahre Baumängel in
erheblichem Ausmaß!

WAS IST IN DIESER ZEIT in der Podgastr. und im Gehaborner
Weg PASSIERT?

1971 u. 1972: Fertigstellung von 6 Wohnblocks (3 in jedem Wohngebiet)
mit insgesamt 97 Wohneinheiten

Mai 1971: Dokumentation der Hausgemeinschaft Gehaborner Weg 6 weist
auf zahllose bauliche Mängel hin. Es erfolgt Abhilfe
durch die Stadt in kleineren Punkten, nachdem die Bauten
für landesweite Schlaufenleihen sorgten.

1971 bis 1977: Ungezählte telefonische, mündliche und schriftliche
Hinweise der Mieter, des Bürgerkomitees und später
auch der Arbeitsgruppe Gemeinwesenarbeit auf die Mängel.
Verschiedene Maßnahmen wurden teils zur Fertigstellung
des Rohbaus, teils zur Behebung von offensichtlichen
Mängeln durchgeführt, größtenteils ohne wirksame Abhilfe
zu schaffen.

1. Juni 1977: Magistratsverlangen der Bauverwaltung zwecks "Große
Instandsetzung und Beseitigung von Notständen"
vorgesehene Maßnahmen:
- der Einbau neuer Fenster und -bänke
- der Einbau neuer Türen
- das Abdichten von Fugen
- der Einbau einer Heizung
- das Anbringen einer vorgehängten Fassadenverkleidung
- die Renovierung der Duschbäder

21. Sept. 1977: Der Magistrat stimmt dem Einbau einer Zentralheizung zu

27. Okt. 1977: Planungs-, Bau- u. Verkehrsausschuß stimmt einstimmig
dem Renovierungsprogramm zu

1. Nov. 1977: Haupt- und Finanzausschuß stimmt einstimmig zu

3. Nov. 1977: Stadtverordnetenversammlung stimmt einstimmig zu und
setzt 500 000,- pro Wohngebiet für 1978 in den Etat ein.

17. Jan. 1978: Mieter der Podgastr. schicken dem Stadthaurat Peißer
schriftliche Fragen zur geplanten Heizung, den Fenstern
und der Isolierung.

8. Febr. 1978: Der Stadthaurat beantwortet die Fragen:
"Zur Zeit wird die Heizungsanlage ... geplant und es
ist beabsichtigt, nach Ausschreibung und Vergabe der
Arbeiten in der ersten Maihälfte zu beginnen." ...
"Ich beabsichtige, mit Rücksicht auf die minderwertige
Fensterausbildung, in einer Wohnung probeweise den Ver-
sucht mit Doppel Fenster durchzuführen, um je nach Er-
gebnis im Anschluß sämtliche Fenster zu ersetzen. Ob
sich das allerdings finanziell für alle drei Wohnblocks
noch in diesem Jahr durchführen läßt, kann ich nicht zu-
sagen. Es besteht die Möglichkeit, daß die Erneuerung
der Fenster im Jahre 1979 erst vorgenommen werden kann.
Die gesamte Heizungsanlage soll 1978 bis zum Beginn
der neuen Heizperiode eingebaut und in Betrieb genom-
men werden."

17. Febr. 1978: Die Mieterversammlung beschließt, den Brief zu beantworten:

1. März 1978: Die Mieter teilen dem Magistrat mit, "daß diese Doppelfenster noch in diesem Jahr in allen Wohnungen eingebaut werden sollten. Diese Reperaturen sind am dringendsten."

Mitte März: Die Arbeitsgruppe Gemeinwesenarbeit verschickt den Brief der Mieter vom 1.3.78 an den Magistrat, die Stadtverordneten und die interessierte Öffentlichkeit, legt die Problematik dar und bittet um Unterstützung des Anliegens der Mieter.

16. März 1978: Das Bürgerkomitee unterstützt in seiner Mehrheit das Anliegen der Mieter nach Fertigstellung von Heizungs- und Fenstereinbau 1978.

20. März 1978: Offener Brief der Mieter wegen Schäden in den Wohnungen durch Regenfälle am 19./20.3.78: "Mit der Fenstererneuerung erst im Jahre 1979 können wir uns nicht einverstanden erklären! Wir fordern alle Verantwortlichen - Magistrat u. Stadtverordnetenversammlung - auf, umgehend die erforderlichen Maßnahmen in Angriff zu nehmen."

29. März 1978: Stadtbaurat Reißer teilt mit, "aufgrund Ihres (Eingang: 7.4.) Schreibens habe ich das Hochbau- und Maschinenamt angewiesen, vor Beginn der Arbeiten zur Installierung der Heizungsanlage in diesem Jahr die Fenster aller Gebäude zu erneuern. Ich muß Sie dafür um Verständnis bitten, daß sich der Abschluß der Heizungsarbeiten dadurch bis in das Jahr 1979 verzögern wird."

11. April 1978: Die Versammlung der Mieter verabschiedet einen neuen Brief an den Magistrat zu Händen von Stadtbaurat Reißer:

12. April 1978: "... Wir sind jedoch nicht damit einverstanden, daß durch den Einbau der Fenster der Heizungseinbau erst im Jahre 1979 abgeschlossen werden soll. ... Was nützen uns neue Fenster, wenn die Kamine nicht ziehen, wir fast im Rauch ersticken und zeitweise die Wohnung nicht beheizen können?"

Die Mieter bitten den Stadtbaurat Reißer auf einer Versammlung "Rede und Antwort zu stehen", "um alle offenen Fragen abzuklären." Gleichzeitig weisen sie daraufhin, daß sie eventuell "geeignete Medien" einschalten würden, "um so auf die weiterhin unhaltbaren Zustände hinzuweisen."

19. April 1978: Stadtbaurat Reißer schickt folgende Antwort an die von (Eingang: 22.4.) den Mietern angegebene Kontaktadresse:

"Ihr Schreiben vom 12.4. ist so unverschämt, daß ich nicht bereit bin, weiter mit Ihnen zu verhandeln."

25. April 1978: Auf der Mieterversammlung wird dieses "unverschämt" zurückgewiesen und die Notwendigkeit der Fertigstellung von Fenstern und Heizung in diesem Jahr betont. Außerdem bitten die Mieter den Stadtbaurat nochmals, auf einer Versammlung die Mieter über die Baumaßnahmen im Jahr 1978 zu informieren. Dieser Brief geht Anfang Mai an die Bauverwaltung.

- 197 -

5. Mai 1978: Das Baudezernat teilt der Arbeitsgruppe Gemeinwesen-
(Eingang: 9.5.)arbeit mit:

"Die Bauverwaltung wird nach dem Ihnen mitgeteilten
Verfahren im Rahmen der für 1978 zur Verfügung ste-
henden Haushaltsmitteln handeln."

10. Mai 1978: Die Mieter der Poddastr. und die Arbeitsgruppe
Gemeinwesenarbeit veranstalten einen Informations-
abend. Zu dieser Veranstaltung sind der Magistrat,
alle Stadtverordneten, das Bürgerkomitee und andere
eingeladen. Mieter informieren über ihre Situation.
Sie fordern die Verantwortlichen auf, ihr Anliegen,
Fenster- und Heizungseinbau 1978 abzuschließen, aktiv
zu unterstützen und entsprechende Initiativen zu
ergreifen.



DA- Mieter versammlung

„Bauliche Mängel“

(kn) — Offenkundige bauliche Mängel der erst fünf Jahre alten Wohnblocks links der Arheilger Rodgaustraße sind Gegenstand einer Anfrage des SPD-Stadtverordneten Hansfred Glenz beim Magistrat. Der von kommunalpolitischen Freunden auf das Problem hingewiesene Rechtsanwalt möchte wissen, ob der Verwaltung dieser Sachverhalt bekannt ist und welche Möglichkeiten der Abhilfe bis wann vorgesehen sind. Konkret beanstandet werden eine generelle und — so Glenz — „gesundheitsschädigende“ Feuchtigkeit einiger Wohnungen sowie Wassereindringen bei Regen. Nach Darstellung des Sozialdemokraten, der sich hierbei auf die Ergebnisse einer Ortsbesichtigung stützt, reichen die Beheizungsmöglichkeiten „erkennbar“ nicht aus, um den Übelstand zu beseitigen. Die niedrige apazität garantieren vielmehr den betroffenen Mietern noch nicht einmal eine angemessene Wärmezufuhr.

DT 19./20.3.77

In einfachster Bauweise

Kein Geld für Sanierung in der Rodgaustraße

DE 21.4.77

(p). Mittel für eine Sanierung der drei Wohnblocks in der Rodgaustraße in Arheilgen, die sich nach Mitteilung von Stadtrat Heribert Wenzel auf eine Summe bis 1,2 Millionen Mark belaufen, sind im städtischen Haushalt für dieses Jahr nicht vorgesehen. Wenzel gibt dies jetzt dem Stadtverordneten Hansfred Glenz (SPD) bekannt, der auf den schlechten Zustand der Häuser in einer kleinen Anfrage hingewiesen hat.

Die drei Wohnblocks in der Rodgaustraße, vom Bauverein für Arbeiterwohnungen vor sieben Jahren geplant und im Rohbau aus vorgefertigten Stahlbetonelementen errichtet, seien in Anlehnung an die Richtlinien des sozialen Wohnungsbaues gebaut und

streng nach den limitierten Kosten-Richtwerten in (zum Teil) einfachster Bauweise ausgeführt worden. Bereits kurz nach Bezug und Benutzung der Wohnblocks hätten sich erste Mängel eingestellt, die jedoch nicht alle mit der Bauweise, dem verwendeten Material usw. begründet werden könnten.

Einen Teil der Probleme sieht Wenzel auch durch die starke Belegung der Wohnungen und das Verhalten der Bewohner verursacht.

Nach Wenzels Meinung kann nicht mit Sicherheit gesagt werden, ob etwa durch teure vorgehängte Fassaden die Wärme ausreichend gedämmt wird und somit ein Teil der Probleme zur Zufriedenheit gelöst werden könne.

Darmstadt- Arheilgen

Wohngebiet

Rodgaustr./ Messeler Str

DE = Darmstädter Echo

DT = Darmstädter
TAGBLATT

AP = Arheilger Post

FAZ = Frankfurter Allg.
Zeitung

Grundlegende Renovierung nötig

Bewohner der Rodgaustraße über ihre Häuser

DE 11.5.77

(oh). Die Antwort, die Stadtrat Heribert Wenzel dem Stadtverordneten Hansfred Glenz auf die Frage nach Renovierungsgeldern für Häuser in der Rodgaustraße gegeben hat (Echo vom 21. April) befriedigt die Bewohner der Rodgaustraße 4, 6 und 8 nicht. Die Häuser, so argumentieren sie, hätten von Anfang an Konstruktions- und Baumängel aufgewiesen:

„Wie Herr Wenzel in seiner Antwort feststellt, sind erste Mängel in den Wohnungen bereits kurz nach deren Bezug aufgetreten. Diesen liegen bauliche Konstruktions- und Ausführungsmängel, die ohne große Eingriffe in die Substanz der Gebäude nicht beseitigt werden können, zugrunde, wie Stadtbaurat Herbert Reißer in einem Brief an die in der Rodgaustraße/Messeler Straße tätigen Sozialarbeiter mitteilte.

Die Stadt Darmstadt hat die drei Wohnhäuser in der Rodgaustraße bewußt für kinderreiche Familien geplant und gebaut. So wohnen in den drei Häusern knapp 90 Kinder und Jugendliche bis 16 Jahre. Man mußte bei einer so großen Kinderzahl also davon ausgehen, daß öfter etwas kaputt geht als in anderen Wohnhäusern. Die Beseitigung der Schäden kostet jedoch keine 1,2 Millionen DM, und diese Schäden stehen in keinem Verhältnis zu den Konstruktions- und Baumängeln.

Seit dem Bezug der Wohnungen 1972 heiden wir Mieter unter feuchten Wänden, schlechten Heizungsmöglichkeiten (beim Heizen dringt Qualm in die Wohnungen) und der schlechten Isolierung der Wohnungen. Durch diese Mängel entstanden den Mietern viele

Kosten und Schäden, z. B. an Tapeten, Teppichen, Möbeln und hohe Heizkosten. Auch Gesundheitsschäden könnten nicht ausgeschlossen werden.

Durch mehrere Beschwerden beim Hochbauamt, Liegenschaftsamt und im Bürgerkomitee forderten die Bewohner seit 1972 die Stadt Darmstadt auf, Abhilfe zu schaffen. Die daraufhin zum Teil ausgeführten Reparaturen wurden nach unserer Meinung unsachgemäß ausgeführt, und die vorhandenen Mängel wurden durch sie nicht beseitigt.

Da unsere Beschwerden bisher keinen Erfolg hatten, haben viele Bewohner in Eigeninitiative und auf eigene Kosten Mängel an ihren Wohnungen beseitigt, soweit sie dazu in der Lage sind.

Durch die schlechte bauliche Ausführung treten jedoch immer neue Mängel auf, etwa Kurzschlüsse in den Lichtleitungen. Die auf der Bewohnerversammlung am 4. Mai anwesenden Bewohner in den städtischen Flachbauten und anderen städtischen Wohnungen in der Rodgaustraße/Messeler Straße berichten, daß bei ihnen anfallende Reparaturen ähnlich schleppend bearbeitet werden.

Wie aus der Antwort des Liegenschaftsdezernenten Heribert Wenzel ersichtlich, steht auch dieses Jahr für die dringend notwendigen Reparaturen kein Geld zur Verfügung. Die jetzigen Wohnbedingungen sind jedoch nicht mehr länger tragbar und können auch durch vereinzelte Reparaturen nicht verbessert werden. Wir fordern deshalb den Liegenschaftsdezernenten auf, sich für eine grundlegende Renovierung der Häuser einzusetzen.“

Stadtbaurat verspricht ungeschminkten Bericht

Reißer hält in einem Brief an das Bürgerkomitee Rodgaustraße Renovierungen für geboten

(km). Durchgreifende Maßnahmen zur Renovierung der Häuser an der Rodgaustraße 4, 6 und 8 in Arheilgen (ECHO vom 11. Mai) hält nun auch der städtische Baudezernent, Stadtrat Herbert Reißer, für geboten. In einem an das Arheilger Bürgerkomitee gerichteten Schreiben teilte Reißer mit, er beabsichtige, dem Magistrat einen ungeschminkten Bericht über den Zustand der Häuser und die zu ergreifenden Maßnahmen vorzulegen. Der Stadtrat stellte dem Komitee zudem seinen Besuch bei einer kommenden Sitzung in Aussicht.

Nachdem Bezirksverwalter Helmut Fuchs das Schreiben Herbert Reißers bei der Komiteesitzung am Donnerstagabend in der Spielstube an der Rodgaustraße verlesen hatte, registrierten die Sitzungsteilnehmer zwar eine gewisse Befriedigung, doch sie waren sich auch klar darüber, daß sich der Stadtrat noch in keiner Weise festgelegt habe. Ein Sitzungsteilnehmer warnte vor einer etwaigen Euphorie. Man solle sich nun nicht etwa der Hoffnung hingeben, daß bis Weih-

nachten alles erledigt sei: "Es wird noch etliche Winter dauern."

Die Bewohner der Häuser beanstanden — bisher erfolglos — daß sie seit dem Bezug der Wohnungen im Jahre 1972 unter feuchten Wänden, schlechten Heizungsmöglichkeiten und mangelhafter Isolierung der Räume litten.

Durch diese Mängel seien ihnen erhebliche Kosten und Schäden entstanden. Tapeten und Möbel seien in Mitleidenschaft gezogen worden und auch gesundheitliche Schäden ließen sich nicht ausschließen. Von mehreren Sozialarbeitern, die dem Bürgerkomitee angehören, wurden diese Angaben durchweg bestätigt. Ein Komiteemitglied war der Meinung, das Gremium habe sich nicht rechtzeitig und deutlich genug gegen die Mißstände ausgesprochen. Angeregt wurde, das Komitee solle etwaige Forderungen der Mieter auf Mietminderung und Schadenersatz unterstützen. Angezeigt sei es auch, daß das Komitee ein honorarfreies Gutachten bei einem Architekten einhole. Komiteevorsitzender

Helmut Fuchs gab allerdings zu bedenken, daß man der Stadt nicht pauschal alle Schuld in die Schuhe schieben könne. Hinsichtlich der Mietpreise dürfe man nicht vergessen, daß es sich bei den Häusern an der Rodgaustraße um Konstruktionen in Elnfachbauweise handele. Normale Wohnungen seien auch in der Miete teurer.

Themen des Tages

Schwere Baumängel

Eklatante Baumängel hat das Darmstädter Hochbau- und Maschinenamt bei den vom Bauverein errichteten Schlichtwohngebieten registriert. Die Häuser müssen jetzt für drei Millionen Mark saniert werden. Seite 5

DE 3.11.77

„Gegen alle Regeln der Baukunst“

Stadtparlament berät heute über Renovierung von Bauvereins-Schlichtwohnungen

(KS). Ein vernichtendes Urteil hat das städtische Hochbau- und Maschinenamt über Planung und Bauausführung der Schlichtwohngebäude am Gehobener Weg und in der Rodgaustraße abgegeben. Die seinerzeit vom Bauverein im Auftrag der Stadt errichteten Häuser für obdachlose Familien müssen jetzt mit einem Kostenaufwand von rund drei Millionen Mark renoviert werden. Der Haupt- und Finanzausschuß hat der Vorlage zugestimmt, die am heutigen Donnerstag auf der Tagesordnung der um 15 Uhr im Liebighaus beginnenden öffentlichen Sitzung des Stadtparlaments steht.

Nach dem Bericht des städtischen Bauamtes waren an den Häusern Rodgaustraße 4, 6 und 8 sowie im Gehobener Weg 2, 4 und 6 seit Übernahme durch die Stadt immer wieder erhebliche Baumängel aufgetreten, die überwiegend auf Planungsfehler oder eklatante Fehler in der Bauausführung zurückzuführen seien. So sind die Stahlbeton-Außenwände ungenügend wärmedämmend und die Fenster „gegen alle Regeln der Baukunst falsch in die Fensteröffnungen... eingebaut worden“, heißt es in der Vorlage, die dem Stadtparlament als Begründung zum Renovierungsantrag des Magistrats vorliegt. Als falsch bezeichnet

der Bericht die Lage der Heizkamine, die kinderreiche Familien, wie sie in diesen Wohngebieten besonders häufig seien, dazu zwingt, Kinderbetten unmittelbar neben Ofen aufzustellen. Die extrem kleinen Zimmer (acht Quadratmeter) machten zudem das Aufstellen mehrerer Kinderbetten meist unmöglich.

Undicht sind nach dem Bericht des Hochbauamtes aber nicht nur die Fenster (Baufugen konnten mittlerweile abgedichtet werden), undicht sind auch immer wieder die Sanitärräume, in denen es statt einer Badewanne eine Dusche ohne Duschwanne gibt. Da die Wände einen einfachen Farbstrich aus wasserfester Farbe und die Fußböden nur einen Steinfliesenbelag haben, werden die darunterliegenden Wohnungen immer wieder durchfeuchtet. Allein die Sanierung eines einzigen der insgesamt 97 Bäder kostet jetzt 7000 Mark. Große Summen müssen auch für neue Türen und Fenster ausgegeben werden. Schließlich hat der Haupt- und Finanzausschuß in seiner Empfehlung an das Stadtparlament entsprechend dem Bauausschuß noch beschlossen, die Häuser mit einer Heizungsanlage zu versehen.

Nach 6 Jahren
werden die
Beschwerden
der Mieter
endlich anerkannt!!

DE
4. 11. 77

Stadtparlament: Lanze für den Bauverein

„Für Bauschäden in den Schlichtwohngebieten nicht verantwortlich zu machen“

(dig). Eine Lanze für den Bauverein für Arbeiterwohnungen brach gestern in der Stadtverordnetenversammlung Stadtbaurat Reißer bei der Behandlung der einstimmig angenommenen Magistratsvorlage über die umfangreichen Vorhaben zur Instandsetzung und „Beseitigung von Notständen“ in den Schlichtwohngebieten Rodgaustraße und Gehaborner Weg. Die städtische Wohnungsbaugesellschaft habe Anspruch darauf, daß die Dinge ins rechte Lot gebracht werden: Ihr seien Fehler bei den Ende der sechziger Jahre errichteten Blocks mit insgesamt 97 Wohnungen nicht anzulasten.

Nach Darstellung des Stadtbaurats gehen die seit längerem offenkundigen Baumängel vielmehr auf das Konto der ausführenden Firma, die allerdings nicht mehr haftbar gemacht werden kann, weil sie inzwischen Pleite gegangen ist. Zum anderen seien die bis 1971 geltenden Richtlinien für eine finanzielle Beteiligung des Landes verantwortlich für den extrem niedrigen Standard der Wohnungen zu machen.

Herbert Reißer zitierte aus einem Brief des Bauvereins vom 22. Juli. Darin wird darauf verwiesen, daß bis 1971 als Bedingung für eine Landesbeteiligung, am Bau von Schlichtwohnungen ein Kostenlimit von 25 000 Mark pro Wohneinheit gesetzt war.

Damals hätten jedoch die Baukosten für eine Sozialwohnung schon bei 80 000 Mark gelegen. Wenn die Stadt nicht auf den 12 000-Mark-Zuschuß pro Wohnung aus Wiesbaden hätte verzichtet wollen, mußte sie also diesen Niedrigstandard bauen. Man sei dabei von Seiten des Magistrats auch von der in den Richtlinien des Landes verankerten Vorstellung ausgegangen, die Primitivität der Obdachlosenunterkünfte würde bei den Bewohnern den Anreiz für einen Wohnungswechsel erhalten. Diese Vorstellung habe sich jedoch in der Regel als falsch erwiesen, denn die Blocks seien heute von Dauerbewohnern belegt, denen man den Minimal-Standard nicht mehr zumuten könne. Deshalb, und weil bei der Renovierung eine „erhebliche Erschwernis“ durch die Situation in den Schlichtwohngebieten berücksichtigt sei, würden die Maßnahmen voraussichtlich so teuer (fast 2,5 Millionen Mark sind — wie berichtet — in der Magistratsvorlage vorgesehen). Der Stadtbaurat versprach jedoch, man wolle sich mit dem Ziel eines günstigeren finanziellen Abschlusses die Erfahrungen des Bauvereins zunutze machen. Allerdings werde diese Summe nicht ausreichen, die Schlichtwohnungen dem Niveau des sozialen Wohnungsbaus anzupassen (was auch beim Mietpreis nicht vorgesehen sei), doch werde man die Unterkünfte den

heutigen wohngygenischen Vorstellungen entsprechend umgestalten und ausrüsten.

Die Schlichtwohngebiete an der Rodgaustraße und am Gehaborner Weg bezeichnete Herbert Reißer als Beispiele einer „geradezu meisterhaften“ Situation in „sozialen Brennpunkten“, um deren Ordentlichkeit und Sauberkeit Darmstadt von Nachbarstädten beneidet werde.

Den Bauverein in Schutz nahmen auch die Stadtverordneten Andres Reinhardt für die CDU und Günter Pitthan und Gerd Grünewaldt für die SPD. Die Bemerkung des SPD-Fraktionsvorsitzenden Grünewaldt, daß die Vorlage mißverständlich oder unpräzise abgefaßt sei und seine Aufforderung an die Stadtverordneten, Fachvorlagen künftig sorgfältiger zum Anlaß einer — wie er sagte — „persönlichen“ Erklärung. Darin warf er Grünewaldt vor, eine die Zusammenarbeit zwischen Magistrat und Parlament „schwer schädigende Aussage“ gemacht zu haben.

Niemand
will es mal wieder
gewesen sein!

Weiterhin dritter Klasse?

Rodgaustraßenbewohner befürchten höhere Heizkosten

(km). Die Bewohner der Häuser Rodgaustraße 4, 6 und 8 in Arheilgen befürchten, daß der geplante Einbau von Gasheizungen in ihren Wohnungen zu hohe Betriebskosten verursachen werde. Dies kam bei einer Versammlung des „Bürgerkomitees Rodgaustraße“ am vergangenen Donnerstag zur Sprache. Danach würden sich die Heizkosten für eine Wohnung von 55 Quadratmetern auf jährlich etwa 750 Mark stellen. Damit sei nach Ansicht der Bewohner das Normalmaß überschritten. Die Norm liege bei zehn Mark pro Jahr und Quadratmeter. In der Rodgaustraße aber würden die Kosten dann bei 13,17 Mark liegen.

Im Bürgerkomitee wurde ferner gesagt, der Einbau von Gasheizungen dürfe nicht etwa als eine Wohnwertverbesserung gesehen werden, sondern es werde schlicht eine Bewohnbarkeit überhaupt hergestellt. Daher müsse man sich von vornherein dagegen wehren, daß der Einbau der Heizung finanziell möglicherweise auf die Mieter umgelegt werden.

Obwohl Stadtbaurat Herbert Reißer den Bewohnern der Blocks an der Rodgaustraße in einer Versammlung des Bürgerkomitees die Beseitigung

der Notstände zugesichert hat, sind die Anwohner noch nicht zufrieden. Eine Bewohnervertreterin legte am Donnerstag beim Bürgerkomitee eine Stellungnahme zu einem Zeitungsbericht (ECHO vom 4. November) über eine Stadtverordnetenversammlung vor. Darin wird die Frage gestellt, ob die Bewohner „weiterhin Mieter dritter Klasse“ seien.

Sozialarbeiter Meyer betonte, das Bürgerkomitee stehe voll hinter dieser Stellungnahme: „Wenn wir heute zu einem Urteil über die damalige Situation der Stadtverordneten kommen, dann vermissen wird das öffentliche Eingeständnis des Magistrats, daß an der Rodgaustraße Fehler gemacht worden sind. Statt dessen versuchte man, nun irgend jemand zu finden, dem man den Schwarzen Peter zuschieben kann.“

DE 29. 11. 77

Fragen nach der Heizung

Brief aus der Rodgaustraße an den Magistrat

(km). In der letzten Sitzung des Arheilger Bürgerkomitees hatte die Arbeitsgruppe Gemeinwesenarbeit einen Antrag vorgelegt, den sie an den Magistrat richten wollte, um den Planungen an den Häusern Rodgaustraße 4 bis 8 besser informiert zu werden und mitzuwirken. Als Vertreter der Arbeitsgruppe hat jetzt der Sozialarbeiter Jennewein den an Stadtbaurat Herbert Reißer gerichteten Antrag in vollem Wortlaut der Presse vorgelegt. Dem Schreiben ist zu entnehmen, daß sich die Mieter vor allem für die künftige Form der Heizung interessieren.

Die Mieter möchten wissen, ob sie mit einer Gas-, Etagen- oder Zentralheizung zu rechnen haben. Wann mit dem Bau begonnen werde, lautet die nächste Frage, denn: „Da wir im Frühjahr teilweise schon Winterbrand für 1978/79 kaufen, möchten wir genau wissen, ob die geplante Heizung vor der Heizperiode 78/79 fertig ist. Wird die Heizung auch eine Warmwasserversorgung einschließen?“

Das Schreiben der Mieter geht dann auf die hohen Heizkosten ein, die wegen der Baumängel an der Rodgaustraße entstehen. Bekanntlich wurde die schlechte Isolation der Wohnungen bereits in einem Gutachten erwähnt. Nun wollen die Mieter sich ein

Bild darüber machen, mit welchen Kosten sie zu rechnen haben, wenn eine neue Heizung eingebaut ist: „Welche Kosten werden auf unsere Mieten umgelegt? Die Investitions-, die Betriebs- oder Heizkosten? Was macht das pro Quadratmeter im Jahr aus? Trifft es zu, daß auch eine Nutzungsgebühr für die Heizung entrichtet werden muß?“

Weiter fragen die Mieter den Stadtbaurat, wo die Heizanlagen und die Heizkörper installiert werden. Sie weisen vorsorglich darauf hin, daß der Einbau der Heizungen und die Reparatur undichter Stellen in den Wohnungen gleichzeitig erfolgen müsse, da andernfalls wieder unnötig hohe Heizkosten entstehen dürften. Auf die Isolierung der Wohnung sollte trotz der Heizung auf keinen Fall verzichtet werden.

„Wir möchten Sie bitten“, heißt es wörtlich in dem Schreiben an Herbert Reißer, „uns eine Antwort auf die für uns sehr wichtigen Fragen zukommen zu lassen. Im Anschluß daran könnten Sie die Sachlage vielleicht auf einer Mieterversammlung erläutern. Auch wenn in einzelnen Punkten bei der Heizung noch keine Entscheidung getroffen ist, sollten Sie dennoch diesen Brief beantworten. Bisher war das

kaum der Fall“, beanstanden die Verfasser des Briefes.

„Wir bitten Sie, zukünftig darauf zu achten, daß wir auch rechtzeitig informiert werden. Außerdem sind wir der Meinung, daß wir wegen der doch einschneidenden Maßnahmen bei der Diskussion beteiligt werden sollten, zum Beispiel bei den Gesprächen über die Art der Heizung. Auch sollten Sie das Ingenieur- und Planungsbüro auf unser Anliegen der stärkeren Beteiligung bei der Planung und Durchführung hinweisen. Können wir bei der Auswahl des Planungsbüros beteiligt werden?“

DE 29.4.78

Sorgen im Brennpunkt

Hessische Arbeitsgemeinschaft tagte in Arheilgen

(km). Die Wohnsituation finanzschwacher Mieter stand im Vordergrund einer Regionalversammlung der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen, die im Gemeindehaus der Auferstehungsgemeinde in Darmstadt-Arheilgen stattfand. Teilnehmer waren Sozialarbeiter und engagierte Bewohner aus Limburg, Wiesbaden und der Arheilger Rodgaustraße. Die Gastgeber: die Arbeitsgruppe Gemeinwesenarbeit im Diakonischen Werk und Caritasverband.

Über die Situation in Darmstadt informierte ein Kurzfilm, den Studenten der Fachhochschule im ersten Semester der Sozialpädagogik gedreht hatten. Der Streifen behandelte die bekannten Baumängel der Wohnblocks an der Rodgaustraße, die jetzt nach Beschluß der Stadtverordnetenversammlung behoben werden sollen. Allerdings kam auch zur Sprache, daß es noch ungewiß sei, ob Fenster und Türen gleichzeitig mit der Heizung

eingebaut werden, wie es die Mieter fordern.

Aus Limburg wurde berichtet, daß dort eine Kommission aus je drei Vertretern von Magistrat, von den politischen Parteien sowie betroffenen Mietern gebildet werden solle, um gemeinsame Überlegungen anzustellen und Sanierungen zu beobachten. In einem sozialen Brennpunkt Wiesbadens fürchten die Mieter, daß sie nach Abriß ihrer derzeitigen Wohnhäuser und Errichtung neuer Blocks höhere Miete zu zahlen haben oder aus der vertrauten Gegend verdrängt werden.

Das Treffen wurde mit einer Diskussion über die Sozialhilfe abgeschlossen. Wegen der Nichterhöhung der Regelsätze und weiterer Einschränkungen wurde überlegt, wie die Öffentlichkeit darüber informiert werden könne. Das nächste Treffen der Landesarbeitsgemeinschaft soll in Limburg stattfinden.

Briefe

In einem Schreiben an den Oberbürgermeister der Stadt Darmstadt fordern eine Reihe von Mietern Abhilfe zu schaffen gegen Wasserschäden in den städt. Wohnblocks in der Rodgaustraße. Wir veröffentlichen das Schreiben im Wortlaut:

Wiederholte Wasserschäden größeren Ausmaßes in den städt. Wohnblocks Rodgastr. 4-8

Sehr geehrte Damen und Herren!

Durch die starken Regenfälle mit Windböen in der Nacht zum 19. auf den 20. März ist wieder verschiedenen Mietern in den oben genannten Wohnblocks erheblicher materieller Schaden entstanden. Diesmal waren nur die Mieter in den Blocks Nr. 6 und 8 unmittelbar betroffen, weil der Wind und der Regen von Süden kamen. Bei Westwind ist normalerweise der Block Nr. 4 betroffen. Es drangen erhebliche Wassermengen über und unter den Fensterbänken ein. An Schäden entstanden unter anderem losgelöste Tapeten, nasse Teppiche und Teppichböden, durchnäßte Betten und Polstermöbel. Solche Regengüsse können sich jederzeit wiederholen. Wer ersetzt uns, den Mietern, diese Schäden?

Es hat sich dabei wieder einmal bestätigt, wie dringend der Einbau neuer Fenster ist. Wir Mieter haben in unserem Schreiben vom 1. März an Herrn Stadtbaurat Reißer bereits auf die Dringlichkeit des Fenstereinbaus hingewiesen. Mit der Fenstererneuerung erst im Jahr 1979 können wir uns nicht einverstanden erklären!

Wir fordern alle Verantwortlichen — Magistrat und Stadtverordnetenversammlung — auf, umgehend die erforderlichen Maßnahmen in Angriff zu nehmen.

Mieter der Rodgaustraße 4/6/8

HP v. 29.3.78

FAZ 31.5.78

Das Dilemma mit den schlechten Schlichtwohnungen

Eigens für Obdachlose gebaute Unterkünfte erfüllen ihren Zweck nicht / Erkenntnisse im Institut Wohnen und Umwelt / Von Hiltraud Böhm

DARMSTADT, 30. Mai. Das Problem der menschenunwürdigen Existenz in „Notunterkünften“ oder „sozialen Brennpunkten“, das Problem also des Lebens in sogenannten Schlicht- oder Einfachstwohnungen, ist von dem in Darmstadt ansässigen Institut Wohnen und Umwelt aufgegriffen worden. Das Institut hat die Verwaltung Darmstadts aufgefordert, mehr zu tun, um die Mißstände in den drei sozialen Brennpunkten der Stadt zu beseitigen. Es sagt, seit dem Jahre 1972 sei der Bau von Schlichtwohnungen nicht mehr gefördert worden; 1973 habe der hessische Sozialminister angeordnet, daß durch rechtzeitige Vorplanung und durch ein Ausschöpfen aller finanziellen und persönlichen Möglichkeiten Obdachlosigkeit verhindert werden sollte; Obdachlosensiedlungen oder „soziale Brennpunkte“ sollten aufgelöst oder zu einem normalen Wohngebiet ausgebaut werden.

Trotzdem gibt es nach amtlicher Statistik in Hessen noch immer Notunterkünfte in etwa sechzig Orten (Städten und Gemeinden). Die Stadt Darmstadt hat, wie das Institut hervorhebt, Schlichtwohngebäude in der Rodgaustraße und im Gehaborner Weg sogar erst im Jahre 1971 fertiggestellt. Von Anfang an seien diese Unterkünfte mit gravierenden Mängeln behaftet gewesen, wird dazu gesagt. Die bisherigen Anstrengungen der Stadt hätten nicht ausgereicht, in diesen Siedlungen ein menschenwürdiges Dasein zu ermöglichen. Die sozialpolitisch Verantwortlichen in den städtischen Gremien müßten mehr tun, um die Wohnungsnot in sozialen Brennpunkten nicht nur vorübergehend, sondern grundlegend zu beheben.

Das Institut fordert für die allernächste Zeit die Beseitigung akuter Notstände: die Wohnungen sollten wenigstens gefahrlos beheizt werden können und gegen Regen geschützt sein. Die Schlichtwohnungen in der Rodgaustraße und im Gehaborner Weg brauchten noch vor dem nächsten Herbst neue Heizungen und Fenster. Auf lange Sicht müsse die Stadt in allen sozialen Brennpunkten den generellen Versorgungsunterschied gegenüber anderen Wohngebieten ausgleichen. Wegen der räumlichen Bündelung sozialer Probleme in diesen Wohngebieten seien

auch die sozialen Hilfen entsprechend zu konzentrieren. Eine für das Leben der Bewohner entscheidende grundlegende Veränderung, die über die reine Verbesserung der Wohnverhältnisse hinausgehe, sei nur bei einer Koordination aller finanziellen, persönlichen und institutionellen Hilfen unter der Beteiligung jener Menschen möglich.

Das Institut vertritt die Auffassung, der Bestand an sogenannten, sozialen Brennpunkten lasse sich allein dann abbauen, wenn weitere Einweisungen in Schlichtwohnungen unterblieben. Dies allerdings setze die Erhaltung und Bereitstellung billigen Wohnraumes im gesamten Stadtgebiet voraus. Die Verwaltung wird ermahnt, die Aufgabe,

auch die Bürger mit geringem Einkommen mit Wohnungen zu versorgen, nicht leichtzunehmen: Wohnungspolitische Maßnahmen seien außerordentlich wichtig, weil erfahrungsgemäß die sozialen Folgen unzureichender Wohnverhältnisse oder der Obdachlosigkeit nur mühsam und unter erhöhtem Einsatz öffentlicher Mittel zu beheben seien.

In der Bundesrepublik leben zur Zeit 500 000 bis 800 000 Personen in solchen Notunterkünften, die eigens für die Unterbringung wohnungsloser Familien gebaut worden sind. Diese meistens absichtlich eher schlecht als schlicht gehaltenen Wohnungen dienten offiziell

allein einer vorübergehenden Unterbringung; sie sollten wegen ihres mangelhaften Komforts einen „Anreiz“ zum Auszug in normale Wohnungen bieten. Entgegen diesem Konzept aber bleiben, wie das Institut sagt, etwa siebenzig Prozent aller Bewohner mehr als drei Jahre und etliche sogar länger als zwanzig Jahre in den Notunterkünften, weil ihnen andere, finanziell tragbare Wohnungen nicht zur Verfügung gestellt werden können. An den unzumutbaren Wohnverhältnissen ändere, so die Fachleute, auch die Tatsache nichts, daß viele dieser Familien inzwischen einen Mietvertrag für Schlichtwohnungen erhalten hätten und damit in amtlichem Sinne nicht länger obdachlos seien.

- 202 -

Die Heizung soll dieses Jahr kommen

DT 19.5.78

Mieter der Arheilger Rodgaustraße äußerten ihre Wünsche für die Wohnungsverbesserung

(ksi) - Wegen des schlechten Wetters mußten die betroffenen Mieter der Arheilger Rodgaustraße, die zu einer Informationsveranstaltung über die baulichen Mängel an den städtischen Wohnblocks aufgerufen hatten, ihre Veranstaltung in die Spiel- und Lernstube verlegen.

Kaum Platz bot diese städtische Einrichtung den vielen Interessenten, denen die Bewohner der Rodgaustraße 4, 6 und 8 von ihren Sorgen und Ängsten berichteten.

Erfreulich war, daß Stadtverordnete der Wählergemeinschaft Darmstadt, der SPD und der FDP gekommen waren, um diese Bürger zu hören. Magistratsmitglieder, CDU-Fraktion und Arheilger CDU-Vertreter nahmen nicht teil.

Ein besonders von Regenwasser und schlechtem Rauchabzug betroffene Mieter erläuterte den vielen Gästen die Ent-

wicklung der letzten Monate im Blick auf die geplanten einzubauenden Doppelfenster und den Einbau einer Zentralheizung. Unmut hatte sich breitgemacht über städtische Planungen für den Einbau der Heizkörper im Sommer dieses Jahres und der Inbetriebnahme der Gesamtheizungsanlage im Jahre 1979. Kritik hätten die Mieter auch geübt, da der Stadtbaurat einer Einladung zur Information nicht entsprochen habe.

Ein Kurzfilm zeigte später, wie man in verschiedenen Stadtteilen Darmstadts wohnt. Neben gepflegten Kulturmonumenten waren auch die sozialen Brennpunkte zu sehen. Bilder aus feuchten Wohnungen, die mit schimmeligen Wänden auch die Gesundheit stark gefährden, belegten drastisch den Wohnungszustand der Schlichtbauten. Über die Verhältnisse in der Rodgaustraße konnten sich die Veranstaltungsbesucher jetzt ein umfassendes Bild machen.

Daran schloß sich eine rege Diskussion an, in der die Schilderung der gefährlichen Situation durch die schlecht ziehenden Kamine im Vordergrund stand.

Initiativ werden wollen SPD und WGD im Sinne der Rodgaustraßenmieter im Stadtparlament für eine Beseitigung auch dieses Mangels. Auch die FDP äußerte sich positiv.

Den Anwesenden wurde klar, daß nur eine Mehrheit im Stadtparlament die zusätzlichen 400 000 DM für die noch in diesem Jahr zu verwirklichende Heizung beschließen könne. Die für 1979 vorgesehenen Mittel sollten vorgezogen werden, meinen die Mieter. Nach Meinung der im Wohngebiet tätigen Sozialarbeiter ist der Einbau von Fenstern und Heizung jedoch nur eins der vielen Probleme. Die Politiker sollten sich mehr den sozialen Brennpunkten annehmen. Hier sollte man über punktuelle Maßnahmen hinaus Grundsätzliches tun.

Es ist an der Zeit für Nägel mit Köpfen DT 17.5.78

Anfrage der SPD zur Sanierung von Schlichtwohnungen / Gefahrenquellen sind zu beseitigen

(mor) - Wo billig gebaut wird, ist der nachfolgende Ärger gleich mit vorprogrammiert. Das weiß man bei der Stadt Darmstadt nicht erst seit den trüben Erfahrungen mit dem dauerhaften Sanierungs-Patienten Nordbad. Sehr viel gravierender, weil für die betroffenen Bewohner permanent verspürbar, sind die einschneidenden Mangelerscheinungen bei den städtischen Wohnblocks in der Rodgaustraße und im Gehaborn Weg, den sogenannten Schlichtwohnungen. Zu erreichen, daß die dort dringend notwendigen Renovierungsarbeiten an Fenstern und Heizung nun endlich über die Bühne gehen können, war Ziel einer dringlichen Großen Anfrage, die bei der jüngsten Sitzung des Stadtparlaments von der SPD-Fraktion eingebracht worden war.

Freilich: Schon jetzt ist klar, daß die für den Haushalt dieses Jahres eingestellte halbe Million zum Zwecke der Schlichtwohnungs-Sanierung nicht ausreichen wird. Immerhin aber ließ Stadt-

baurat Reißer wissen, sei ein Anfang gemacht, denn neue Fenster seien für 180 000 Mark in Auftrag gegeben. Weitere Angebote für überdies notwendige Arbeiten stünden noch aus, würden aber vermutlich bald vorliegen, so daß im kommenden Monat mit einer Preis-Übersicht zu rechnen sei.

Daß bei alledem die Verwaltung sich keine Lorbeeren erworben habe, stellte für die SPD-Fraktion Jürgen Rittmannsperger fest, der bei den Plaungsvorbereitungen Mängel ausgemacht zu haben glaubte: „Es hätte besser gearbeitet werden können. Aber jetzt gilt es Nägel mit Köpfen zu machen.“

Den fachmännischen Tadel des Architekten Rittmannsperger wollte der Baudezernent nicht auf dem eigenen Haus sitzen lassen, zumal beim Bau der Schlicht-Siedlung schon von vornherein klar gewesen sei, „daß wir bei dem investierten Geld eine hervorragende Wohnqualität sicher nicht würden erreichen können. Aber wir haben uns an den ent-

sprechenden Richtlinien des Landes orientiert.“

Vielleicht war dies nicht genug, denn auch Günter Pitthan (SPD) erinnerte an frühere Begehungen der Häuser, wobei festgestellt worden sei, daß Wasser durch alle möglichen Ritze dringe und die Tapeten aufweiche: „Es sollte unser aller Anliegen sein, die notwendigen Dinge noch im nächsten Jahr zu realisieren. Und wir sollten das auch finanziell sicherstellen.“

Auch Gwendoline John (FDP) bestätigte die Zustandsbeschreibung, die eine schnelle Abhilfe dringend erforderlich mache: „Ich war sehr betroffen über den Zustand der Wohnungen und die gravierenden Mängel, die es trotz unzähliger Reklamationen noch immer gibt.“ Besonders wesentlich erscheint der Freidemokratin dabei die Beseitigung bestimmter Gefahrenquellen, etwa durch qualmende Kamine: „Das muß noch in diesem Jahr erledigt werden, hinauszögern hat keinen Zweck. Ich jedenfalls will keine Mitschuld an vermeidbaren Unfällen haben.“

Echo v. 12.6.78

Seite 9

Wieder die alten Probleme

Brief aus der Rodgaustraße an den Magistrat

(km). In einem Schreiben an den Magistrat der Stadt Darmstadt sowie an die Fraktionen des Stadtparlaments begrüßen Einwohner der Häuser Rodgaustraße 4/6/8 in Arheilgen die Absicht der Stadt, daß noch in diesem Jahr Heizkörper und Fenster koordiniert in den Wohnblocks eingebaut werden sollen. Als einen Schildbürgerstreich jedoch bezeichnen sie, daß die Inbetriebnahme des Heizhauses erst für das kommende Jahr geplant sei.

In dem von dem Mieter R. Gumbel abgezeichneten Schriftstück wird gefragt, was den Bewohnern Heizkörper ohne Heizzentrale nützen. Eine unfertige Heizung werde die Bewohner wieder vor die alten Probleme stellen, das heißt nicht ziehende, unbrauchbare Kamine, die in jedem Fall vor dem nächsten Winter betriebsbereit saniert werden müßten. Die Kamine, sollten sie in ihrem derzeitigen Zustand wieder in Betrieb genommen werden, stellten eine Gefahr für Leib und Leben dar, steht weiter in dem Schreiben. Abgase könnten nur bedingt abgeleitet werden, und Duschende seien bei geschlossenen Türen einem überdurchschnittlich hohen Gehalt an Kohlendioxidgasen ausgesetzt.

Die Resonanz auf die Probleme in der Rodgaustraße sei uneingeschränkt positiv gewesen, hätten die Bewohner bei einem Informationstag der CDU am 20. Mai feststellen können. Die Mitbürger seien teilweise sogar erobert darüber gewesen, daß man seitens der

CDU gesagt habe, die benötigten Gelder müßten ja auch verantwortet werden.

Das Schreiben schließt mit einem Appell an den Magistrat und die Stadtverordneten, in der nächsten Sitzung des Stadtparlaments am 15. Juni im Sinne der Bewohner der Rodgaustraße zu entscheiden.

Mieterversammlung Rodgaustraße

Auf einer gutbesuchten Mieterversammlung am Dienstag, 25. April, besprachen die Mieter der städt. Wohnblocks Rodgaustraße 4-8 in Arheilgen über die geplanten Instandsetzungsmaßnahmen der Stadt.

Ausführlich wurde der Schriftwechsel mit Herrn Stadtbaurat Reißer diskutiert. Die Mieter waren der Meinung, daß ihre Forderung nach gleichzeitigem Einbau von dichten Fenstern und einer Heizungsanlage nach wie vor berechtigt ist und daß die notwendigen Arbeiten noch 1978 abgeschlossen werden müssen. Die anwesenden Mieter beschlossen deshalb, am Mittwoch, 10. Mai, 20 Uhr, an der Rodgaustraße einen offenen Informationsabend durchzuführen, um nochmals auf ihre Probleme aufmerksam zu machen. Zum Schluß der Versammlung bildeten sich noch zwei Arbeitsgruppen, die den Informationsabend vorbereiten werden.

77P 5.5.78

Mißstände schnell beseitigen DT 19.5.78

WGD befaßte sich mit Sanierung der Wohnblocks Rodgaustraße

(oh) - Während der letzten Fraktionssitzung der Wählergemeinschaft Darmstadt wurde noch einmal Stellung bezogen zum Problem der Sanierung der städtischen Wohnblocks in der Rodgaustraße und im Gehaborn Weg.

Die WGD hatte der Einladung einer Initiativgruppe der Bewohner der Häuser Rodgaustraße 4, 6 und 8 entsprochen und dabei einen Eindruck von den dortigen baulichen Zuständen bekommen. Zum Teil sind die Mieter dort schon seit Jahren mit skandalösen und menschenunwürdigen Mißständen konfrontiert wie z. B. qualmenden Kaminen, undichten Fenstern und mangelhafter Isolierung.

Die WGD hält es für sehr begrüßenswert, daß Stadtbaurat Reißer nun endlich den Anfang gemacht hat, um die Verhältnisse zu verbessern, was schon seit Jahren von den Bewohnern mit Recht verlangt wird. Nicht zuletzt wegen einer jahrelang geübten Hinauszögerungstaktik des Magistrats wäre es jetzt dringend nötig, die Fenster und die Heizanlage gleichzeitig zu erneuern.

Die dafür im diesjährigen Haushalt vorgesehenen Mittel sind nicht ausreichend; die CDU-Fraktion hatte letztes Jahr den Magistratsansatz von nur 300 000 Mark auf eine halbe Million aufgestockt. Die WGD hat damals dem SPD-Antrag über eine Million für diese Haushaltsstelle zugestimmt.

Da nun die fehlenden Mittel sowie nächstes Jahr eingesetzt werden müssen, ist die WGD der Meinung, daß hier unkonventionell und schnell geholfen werden muß. Die WGD-Fraktion fordert den Magistrat auf, zum finanziellen Aspekt dieser Angelegenheit klar Stellung zu beziehen.

Gutes für Rodgaustraße und Gehaborner Weg

Stadtparlament: Auftragsvergabe für neue Heizanlage steht bevor / Frösteln im neuen Rathaus

(klap) - Der geplante Neubau der Städtischen Akademie für Tonkunst, sein Standort, das Raumprogramm sowie die Folgekosten für eine Musikbibliothek geben den Stadtverordneten in ihrer Sitzung im neuen Rathaus ersten Diskussionsstoff. Stadtverordnete Christa Irmischer formulierte in diesem Zusammenhang einen Antrag der SPD-Fraktion, einen Wettbewerb für den Neubau auch für den Standort Mathildenhöhe auszuschreiben. Die Akademie für Tonkunst könne Teil eines Kulturzentrums auf der Mathildenhöhe werden, das sich mit den Ausstellungshallen und der Werkkunstschule bereits andeute. Das Stadtplanungsamt, das sich auch mit diesem Alternativstandort zum Gelände nördlich der Lichtenbergschule befaßt habe, habe eine Gesamtfläche von 9000 Quadratmeter ermittelt, auf der auch eine Musikbibliothek noch Platz finden könne.

Stadtbaurat Herbert Reißer hielt dem entgegen, der Magistrat habe dies nicht aus den Unterlagen des Stadtplanungs-

amtes herauslesen können, außerdem hätten die angeführten kulturellen Einrichtungen kaum etwas miteinander zu tun. Es sei nicht beabsichtigt, die durch die Bauleitplanung festgeschriebene Nutzung auf der Mathildenhöhe zu ändern. „Der dort vorgesehene Hotelstandort wird nicht aufgegeben“, schloß der Stadtbaurat.

Stv. Dr. Hermann Kleinstück (FDP) wies auf mögliche Parkprobleme auf der Mathildenhöhe hin und riet der SPD, sich als „Mitfahrer“ in dieser Sache nicht als „Zugführer“ aufspielen zu wollen. In der folgenden Abstimmung wurde der SPD-Antrag mit den Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Zweites dominierendes Thema im Stadtparlament bildete die Sanierung, besonders der Heizungsanlage, in den sogenannten Schlichtwohnungen der Rodgaustraße und im Gehaborner Weg. Stv. Günter Pitthan (SPD), erläuterte den Antrag seiner Fraktion, im Interesse der Bewohner die Heizungsanlage einschließlich

Heizwerk bis zur Heizperiode 1978/79 fertigzustellen. Für ihn hatte Stadtbaurat Reißer gute Kunde. „Soeben sind dem Magistrat die Ergebnisse der Ausschreibung bekannt geworden, mit der Auftragsvergabe kann in den nächsten 14 Tagen gerechnet werden“.

Bis auf 200 000 Mark, so Reißer, seien die erforderlichen Mittel für neue Fenster (200 000 Mark), ein neues Heizhaus (100 000 Mark) und die komplette Heizungsinstallation (370 000 Mark) im Haushalt vorhanden. Wenn alle Arbeiten ohne besondere Störungen ablaufen würden, worum er sich bemühen wolle, könnte die neue Heizung Anfang 1979 in Betrieb genommen werden. Es seien aufgrund älterer Pläne auch noch Duschen einzubauen und eine Generalrenovierung durchzuführen. Er hoffe, schloß Reißer, daß alle diese Arbeiten vielleicht bis Ende kommenden Jahres abgeschlossen sein könnten.

Namens seiner Fraktion zog Günter Pitthan (SPD) ob dieser neuen Entwicklung den Antrag zurück.

Ein Kindergarten für die Rodgaustraße

Bürgerkomitee drängt auf schnellen Bau - auch ohne Landesmittel

DE 21.4.76

(oh). Der baldige Bau einer Kindertagesstätte mit Hort und Kindergarten für das Gebiet der Rodgaustraße sei vordringlichstes Problem, erklärten die Vertreter des Bürgerkomitees Rodgaustraße in einem Gespräch mit dem Arbeitskreis Sozialpolitik des SPD-Unterbezirks Darmstadt.

Der Vorsitzende des Bürgerkomitees, der Arheilger Bezirksverwalter Helmut Fuchs, berichtete, daß in der unter Leitung von Fräulein Marx stehenden Spiel- und Lernstube nur 25 Kinder in unzureichenden Räumlichkeiten betreut werden können. Den Kindern und Jugendlichen müsse aber ein Zentrum zur Verfügung stehen, in dem sie unter Aufsicht zusammenkommen können, um gemeinsam nicht nur zu spielen, sondern auch Schulaufgaben

zu machen. Nur dadurch könne erreicht werden, daß die Kinder und Jugendlichen dieses Viertels gleiche Startchancen für ihr späteres Berufsleben erhalten: 24 Prozent aller schulpflichtigen Kinder aus dem Viertel Rodgaustraße besuchten eine Sonderschule, und auch die Jugendarbeitslosigkeit sei dort überdurchschnittlich hoch.

Durch weitere Mitglieder und Mitarbeiter des Bürgerkomitees wurden diese Ausführungen unterstrichen. Von den 570 Einwohnern der Rodgaustraße seien 248 unter 18 Jahren alt, eine gegenüber der Bevölkerungsstruktur Darmstadts überproportional hohe Zahl. Erhebungen mit dem Stand vom 10. Februar 1976 hätten ergeben, daß 97 Kinder zwischen 6 und

12 Jahren, 37 zwischen 3 und 6 Jahren und 87 über 12 Jahre alt seien. Für diese Kinder und Jugendliche müsse umgehend etwas getan werden. Bedenkenswert sei, daß von den schulpflichtigen Kindern Darmstadts nur etwa 2 Prozent Sonderschulen besuchen müßten.

Der Arbeitskreis Sozialpolitik hat daraufhin beschlossen, die Städtischen Gremien, die bereits grundsätzlich dem Bau der Kindertagesstätte zugestimmt hatten, um Prüfung zu bitten, ob nicht die Stadt ohne die noch fehlenden Landeszuschüsse bereits jetzt Baubeginn beschließen könne - im Hinblick auf den relativ geringen Anteil des Landeszuschusses an den Gesamtbaukosten. Der Arbeitskreisvorsitzende Herbert Nürnberger hat die Bitte inzwischen auch in Gesprächen mit dem Schuldezernenten Dr. Reinhold Staudt und dem Sozialdezernenten Bürgermeister Horst Seffrin übermittelt. Beide Politiker sicherten wohlwollende Überprüfung zu.

In dem Gespräch des Arbeitskreises mit dem Bürgerkomitee wurde darüber hinaus der Wunsch geäußert, das evangelische Dekanat Darmstadt und das Diakonische Werk Hessen zu bitten, einen der jetzt in der Rodgaustraße tätigen Praktikanten als Sozialarbeiter auf eine Planstelle zu übernehmen, um die Kontinuität der dortigen Betreuungsarbeit sicherzustellen. Die Caritas beschäftigt bereits einen Sozialarbeiter dort.

Der Arbeitskreis will sich mit der Leitung der Carl-Ulrich-Schule in Verbindung setzen, um in einem Gespräch zu prüfen, ob nicht der Anteil der Jugendlichen aus der Rodgaustraße, die die Sonderschule besuchen, herabgesetzt werden kann.

Weitere Gespräche sind vorgesehen in enger Zusammenarbeit mit dem SPD-Ortsverein Arheilgen und dessen Beauftragten für die Rodgaustraße, Horst Herter.

Seit 1972 fordern die Bewohner auch eine Kindertagesstätte mit Jugendräumen. Erst 1977 wurde mit dem Bau begon

Zuschüsse noch nicht sicher

Wann kommt der Kindergarten Rodgaustraße?

(ie). Unter Leitung von Pfarrer Walter Ruckwied hatten in der Spiel- und Lernstube in der Rodgaustraße bei einer Bewohnerversammlung die Bürger Gelgenheit, ihr Sorgen vorzubringen; auch die Jugend war vertreten. Die Spiel- und Lernstube konnte die interessierten Bewohner kaum fassen. Außer dem notwendigen Kindergarten und Kinderhort wurden vor allem Spielmöglichkeiten für die Zehn- bis Vierzehnjährigen und getrennt für die Älteren gefordert. Die Forderungen mündeten in einem Jugendheim, in dem für alle Altersgruppen die entsprechende Betätigung möglich wäre. Jugendamtsvorsteher Göbel meinte, auf den Bau des Kindergartens angesprochen, daß die notwendigen Zu-

schüsse vom Land noch nicht gesichert seien, so daß über den Beginn noch nichts Endgültiges gesagt werden könne. Über erfolgversprechende Verhandlungen der Stadt mit Grundstücksbesitzern zur Herrichtung eines Kick- oder Bolzplatzes konnte Wilhelm Finger vom Liegenschaftsamt berichten. In lebhafter Diskussion wurde die Möglichkeit erörtert, an anderer Stelle in Arheilgen geeignete Räume zu finden. Immer wieder klang an, es gebe viel zu wenig Hortplätze in Arheilgen.

Arbeitsausschüsse aus Bewohnern und Jugendlichen werden Vorschläge entwickeln, die in einer weiteren Einwohnerversammlung diskutiert und behandelt werden sollen.

DE 23.3.74

DER REGIONALE UND LOKALE TEIL

Praktische Sozialarbeit am Beispiel Edeltzeller Siedlung

Studenten und Professoren wollen Freizeit für Kinder, Jugendliche und Erwachsene sinnvoller gestalten

Fulda. Die Studenten des Fachbereichs Sozialarbeit an der Fachhochschule Fulda wollen nicht nur theoretisieren, sie wollen ihre Kenntnisse, die sie während des Studiums erworben haben, auch praktisch anwenden. 18 Studenten haben sich daher zur Projektgruppe „Edeltzeller Siedlung“ zusammengeschlossen, um sich jetzt Erfahrungen zu sammeln. Die angehenden Sozialarbeiter wollen in der vornehmlich von Arbeitern bewohnten Siedlung Kinder, Jugendliche und Erwachsene anhalten, ihre Freizeit sinnvoller zu gestalten.

Den Studenten kommt es vor allen Dingen darauf an, die Bewohner der Edeltzeller Siedlung zu aktivieren. Dadurch, daß die Studenten der Bevölkerung Anstöße zur Freizeitgestaltung geben, soll den Bürgern die Gelegenheit geboten werden, nach eigenen Bedürfnissen die inhaltliche Ausgestaltung vorzunehmen.

Besonderen Wert legt die Projektgruppe auf die Arbeit im eigenen Lebensbereich, so daß sich alle Bewohner innerhalb der Siedlung bewegen können und somit ein Solidareffekt entsteht. Nach den bisherigen Feststellungen der Studenten kennen die meisten Anwohner, die schon sehr lange Zeit dort leben, nur sehr wenige Nachbarn. So bewegt sich die Kommunikation unter den Bürgern auf einer sehr niedrigen Ebene. In diesem Bereich wurde auch eine Stadtzeitung, die „Siedlungspost“ herausgegeben, die jetzt mit dem ersten Ausgabeerscheinung beginnt.

Mit dem ersten Jahrgang der „Siedlungspost“ soll ein gemeinsames Bewußtsein geschaffen werden. Die Projektgruppe hat sich zum Ziel gesetzt, durch eine Anbahnung von Kontakten zwischen den Bewohnern der Siedlung ein gemeinsames Bewußtsein zu schaffen. Ein Beispiel für die praktische Sozialarbeit ist die Arbeit an der Siedlung. Die Projektgruppe hat sich zum Ziel gesetzt, durch eine Anbahnung von Kontakten zwischen den Bewohnern der Siedlung ein gemeinsames Bewußtsein zu schaffen. Ein Beispiel für die praktische Sozialarbeit ist die Arbeit an der Siedlung.

Räumen könnten außerdem regelmäßige Jugendtreffs abgehalten werden, um die Jugendlichen von der Straße zu locken. Ein weiterer Effekt ist die Veränderung der Jugendkriminalität, die meist eine Folge von Langeweile ist.

Auch gemeinsame Veranstaltungen mit den Erwachsenen könnten dann dort durchgeführt werden, wie Filmabende, verschiedene Kurse und Tanzveranstaltungen.

Das Problem der Gruppe, die das Gemeinwesen in der Edeltzeller Siedlung fördern will, liegt in der Finanzierung eines solchen Raumes. Für die Anmietung erwartet die Gruppe öffentliche Gelder, die jedoch wahrscheinlich auf sich warten lassen werden. Noch ist sie auf Spenden angewiesen. Die Anmietung eines ehemaligen Lebensmittelgeschäftes, das für die geplante Arbeit in Frage käme, kostet 300 Mark pro Monat. So schwebt der Gruppe, um der Finanznot ein Ende zu bereiten, die Gründung eines Vereins vor, um über den Beitrag eines Teils der Anwohner zu decken. Auch für diese Initiative konnten die Bewohner der Edeltzeller Siedlung es schaffen, bewiesen als Anfangskapital die 100 Mark, die durch den Erlös eines Basen zufließen kamen. Die Jugendlichen räumten ihre Keller aus und überließen sie der Projektgruppe.

konkrete Aktionen hat die Projektgruppe „Edeltzeller Siedlung“ bereits gestartet. Mit sportlichen Hausaufgaben und Spielgruppen hat sie die Mütter und Väter der Kinder in die Gruppe der Bevölkerung eine Arbeit zu leisten. Die Projektgruppe hat sich zum Ziel gesetzt, durch eine Anbahnung von Kontakten zwischen den Bewohnern der Siedlung ein gemeinsames Bewußtsein zu schaffen. Ein Beispiel für die praktische Sozialarbeit ist die Arbeit an der Siedlung.

und die alten Leute stärker in die Siedlungsgemeinschaft zu integrieren. Auch das soziale Umfeld der Bevölkerung durch Gespräche mit für ihre Probleme zuständigen Partnern soll erweitert werden. Den Hausfrauen sollen mehr Möglichkeiten geboten werden, ihre Interessen auch außer Haus wahrnehmen zu können.

Die Studenten wollen noch mindestens drei Jahre zusammenarbeiten, um die Probleme der Edeltzeller Siedlung „dort anzupacken, wo sie sind“ und anschließend einen Forschungsbericht veröffentlichen.

Hildegard Rathgeber



sucht worden, daß die Räumlichkeiten club z. B. sei von so vielen Frauen benutzt gezeigt. Der wöchentliche Angebot in der Erwachsenen- für die Frauen und Mütter sei, hatten Wie notwendig ein Freizeitangebot rich gedient. kuns und ein Englischsprachige Unterrichts- und Konditions- dnenlicher Karate- und Konditions- dung der Jugendarbeit habe ein wof- der Clubarbeit gewesen. Der Abrun- fahrten seien wichtige Höhepunkte le durchgeführt habe. Wochenein- der, die mit wechselndem Erfolg Spie- habe sich eine Fußballgruppe gebil- lich sei. Neben monatlichen zung- Club, der allen Jugendlichen zugäng- der Jugendlichen in das Zentrum. Zweimal wöchentlich treffe sich der zung für die erfolgreiche Einbindung mit den Jugendlichen sei Vorausset- gelmäßige und kontinuierliche Arbeit tor in der Arbeit der BSF sei. Die re- Schwierigkeiten ein wesentliches Fak- te, daß die Jugendarbeit trotz aller Die 2. Vorsitzende Dete Ruhe beton- durchgeföhrt. lich ein Musik- und Gitarrenkurs ung der Kinder wurde jedoch zusätz- Gruppen erhoht werden. Zur Betreu- Räumlicher Verhältnisse nicht auf drei Spielstube durchführte, aufgrund arbeitenhilfe, die die BSF neben der

FORTS. V. S. 26

Drei Tage nur für die Kinder

Große Spielaktion im Wohnbereich Rodgau- Messeler Straße

(ksi) — Eigentlich war die große Spielaktion für die Kinder im Wohnbereich Rodgaustraße und Messeler Straße für die Woche nach Ostern geplant. Das schlechte Wetter hatte jedoch die umfangreiche Planung und das dreitägige Programm zunichte gemacht und die ganze Aktion mußte verschoben werden.

Endlich war es nun so weit und die vielen Kinder, mehr als 150 bis zum Alter von 14 Jahren, standen immer wieder vor dem Büro der Mitarbeiter der Arbeitsgruppe Gemeinwesenarbeit, um sich über den Beginn dieser ungeduldig erwarteten Spielaktion zu erkundigen. Neben der Gemeinwesenarbeit, die sich aus Mitarbeitern des Diakonischen Werkes und des Caritasverbandes zusammensetzt, Praktikanten der evangelischen Fachhochschule und einer Elterngruppe des Viertels hatten Mitarbeiter der Spiel- und Lernstube Rodgaustraße sich zusammengefunden, um auf den beiden Spielplätzen im Wohngebiet den Kindern, den Jugendlichen und besonders den Erwachsenen ein umfangreiches Programm für ein kreatives Spiel zu zeigen.

Es wurde gebastelt, verschiedene Drucktechniken fanden, ebenso die Malwand, großes Interesse bei den kleinen Akteuren, und viel Spaß gab es beim Gipsabdruck, wobei nach Herzenslust geschmiert werden durfte. Tischtennis, ein von den Jungen selbst organisiertes Fußballspiel auf dem Bolzplatz und andere Aktivitäten ließen die Nachmittagsstunden schnell verstreichen. Zum Abschluß gab es für die Kleinen Luftballons, doch zu dem Spiel kam es vor Temperament der Jungen und Mädchen kaum, denn jeder „kämpfte“ regelrecht um diese bunten Kugeln. Mit schmackhaften Würstchen und sonstigem vom großen Grill (während der dreitägigen Aktion hatten Mütter

der Elterngruppe für geschmierte Brote und Tee gesorgt) und einer großen Runde aller Beteiligten klang dieses Fest in der Abenddämmerung aus. Filmaufnahmen werden dieses Geschehen bei der nächsten Bewohnerversammlung nochmals aufzeigen und zur Diskussion stellen. Für die Jugendlichen des Viertels hatte man in den Abendstunden ein besonderes Angebot parat. Der Arbeiter-Samariter-Bund Darmstadt hatte die Erste-Hilfe während der drei Tage übernommen.

Möglich wurde diese Aktion durch Spenden der Bewohner, durch finanzielle „Spritzen“ der Stadt, der Frauenhilfe der Auferstehungsgemeinde, der Kirchengemeinden Heilig-Geist und Auferstehung und einem Betrag aus der Bewohnerkasse, die schon viele Aktivitäten gefüllt haben. **DT 9.5.77**

Ein neuer großer Spielplatz wurde aufgrund der Initiativen des Wohngebietes 1977/78 errichtet

DT 28.3.78

Mütter fühlen sich übergangen

Über Freigabe des Spielplatzes Rodgaustraße nicht informiert

(ksi) — Übergangen fühlt sich die Müttergruppe im Arheilger Wohngebiet Rodgaustraße von der Stadt Darmstadt. Diese Gruppe, initiativ geworden für den jetzt von der städtischen Verwaltung dort freigegebenen Spielplatz, sei über diese offizielle Freigabe nicht informiert worden.

Man habe damals Unterschriften gesammelt, mit dem Arheilger Bezirksverwalter Gespräche geführt und mit dem Darmstädter Jugenddezernenten korrespondiert, erklären die engagierten Eltern, auch an die Aktivitäten der Studenten der Evangelischen Fachhochschule Darmstadt und der Mitarbeiter der Spiel- und Lernstube mit ihren Spielaktionen erinnernd. Ohne diese Aktivitäten und den Einsatz der Müttergruppe gäbe es

keinen Spielplatz an der Rodgaustraße, meinen die Mütter, die Stadt Darmstadt fragend: „Hat man diese Aktivitäten vergessen?“

Auch beim Ausbau des zweiten Bauabschnittes will die Gruppe an der Planung beteiligt werden, zumal die Bewohner vorhaben, einige Spielgeräte zu beschaffen. Im Sommer will man im Rahmen der „Aktiven Ferien“, einer Maßnahme der Stadtjugendpflege, eine mehrwöchige Spielaktion durchführen. Auf die Dauer sei für die Spielmöglichkeiten auf diesem Platz allerdings eine hauptamtliche Betreuung nötig. Dies habe auch Stadtrat Peter Benz zur Freude der Bewohner der Rodgaustraße und der hier tätigen Gruppen erkannt.

Bessere Spielplätze für die Rodgaustraße

(ksi) — Besucht hatten vor Wochen die engagierten Eltern aus dem Wohngebiet Rodgaustraße und Messeler Straße in Arheilgen mit ihren Kindern in Frankfurt zwei Kinderspielplätze. „Unterschweinstiege“ und der Mammutsplatz auf dem „Monte Scherbelino“ waren die Ziele. Die Kinder nahmen die vielen Spielmöglichkeiten unverzüglich an. Die Elterngruppe aus diesem Wohngebiet bemüht sich jetzt um größere und sinnvollere Spielplätze. Die beiden zwischen den Wohngebieten gelegenen Plätze sind zu klein und verfügen über wenige Geräte. Nach regelmäßigen Treffs, die mit einem Brief an Darmstadts Jugenddezernent Peter Benz nach einem geeigneten Grundstück in ein Stadium lebhafter Aktivität getreten sind, hat man nach kurzer Anlaufzeit sehr konkrete Vorstellungen und sich für eine Realisierung auch beim Arheilger Bezirksverwalter Helmut Fuchs eingesetzt. Fuchs hatte daraufhin wunschgemäß Pläne über die benachbarten städtischen Grundstücke vorgelegt. Anbieten würde sich das Gelände neben dem Kiosk am Bolzplatz, das mit 25 x 135 Metern gut zu nutzen wäre. Unterstützung findet die Elterngruppe auch beim Bürgerkomitee Rodgaustraße.

DT 9.5.77

Indianer am Lagerfeuer

Ferienaktion auf dem Spielplatz Rodgaustraße

19.8.78

(jojü). Am Donnerstagabend brannte ein großes, durch einigen Holzvorrat gut genährtes Lagerfeuer auf dem neuen Kinderspielplatz an der Rodgaustraße in Darmstadt-Arheilgen. Indianerscharen umlagerten die Brennstelle. Auch einige weiße Siedler waren zugegen, um sich bei Musik, Gesang und teilweise ausgelassenem Vergnügen an Kartoffeln zu laben, die — auf lange Stöcke gespießt — im Feuer gebacken wurden.

Acht 20- bis 25 Jahre alt Studentinnen der Fachrichtungen Sozialarbeit und Sozialpädagogik aus dem fünften Semester der Evangelischen Fachhochschule (EFH) Darmstadt hatten sich innerhalb ihrer praktischen Ausbildung zu einer Kinder-Arbeitsgruppe einer übergreifenden Projektgruppe „Gemeinwesenarbeit Rodgaustraße“ zusammengetan, um unter Anleitung ihrer arbeitsbegleitenden Dozenten die an der Rodgaustraße wohnenden Kinder in die „Aktiven Ferien“ der Stadt Darmstadt einzubeziehen. Die Dozenten der EFH Marlie Preis, Dr. Gunhild Langosch und Karl Friedrich

bereiten mit den engagierten Studentinnen die während der einzelnen Tage erlebte Praxis theoretisch auf, um Schlußfolgerungen für die weitere Tätigkeit ziehen zu können. Wochenpläne steuern auf einen vorgesehenen Höhepunkt zu, so zum Beispiel der vergangene Indianerabend.

Hervorzuheben ist der Idealismus der Studentinnen und der Dozenten, die es sich angelegen sein lassen, ihre Semesterferien den Kindern an der Rodgaustraße zu widmen. Die wachsende Resonanz bei Kindern und Erwachsenen beweist die Richtigkeit des unermüdlichen persönlichen Einsatzes vor Ort. Der Eifer der Kinder und ihre trotz grellster Bemalung strahlenden Gesichter belohnte die angehenden Erzieherinnen.

Einen der Buben wollte die Indianerspielerei nicht ganz in den Kopf. Trotz vorangegangener Bastelei von Zelten, Kopfschmuck und Armbändern, erklärte er mit dem Brustton der Reife von elf Lenzen: „Verkleiden tu ich mich, doch nur an Fastnacht!“

Viel Spaß in der Rodgaustraße

Zweites Fest mit Flohmarkt, Kutschenfahren und Spielen

DT
2.8.77

Das
Bewohner-
fest hat
schon
Tradition!

(ksl) - Vorwiegend unter sich waren die Bewohner der Arheilger Rodgaustraße beim zweiten Fest für diesen Wohnbereich. Die Arheilger, die man mit Handzetteln auf diese Aktivitäten an der früheren Viehtrift aufmerksam machte, blieben fast komplett aus, wofür die Ferienzeit und der stürmische Wind ausschlaggebend gewesen sein dürften.

Trotzdem freuten sich die Initiatoren über den Besuch von Kindern, Jugendlichen und auch interessierten Erwachsenen. Alle Aktivitäten wie Spiele für die Kleinen, Budenzauber, Flohmarkt, Kutschfahrten und flotte Rhythmen zur Unterhaltung und am Abend auch zum Tanz spielten sich auf und um den Bolzplatz ab.

Initiativ waren für dieses zweite Fest wieder die Bewohner selbst, die in mehreren Versammlungen die notwendigen Vorbereitungen besprochen und auch viel im Mütterkreis für dieses Fest an Floh-

marktdingen gebastelt hatten. Auch waren viele Kuchen gebacken worden, und man freute sich über Firmenspenden in Form guten Spielzeugs. Vierzig Bewohner haben bei der Durchführung dieses Bewohner- und Kinderfestes mitgeholfen, das mit seinem Erlös einen Alternachmittag und die Anschaffung eines ersten Spielgerätes für den künftigen neuen Spielplatz neben dem Kiosk vor den Wohnblocks ermöglichen soll.

Studenten der Evangelischen Fachhochschule Darmstadt drehten einen Video-Film, der bei einer der nächsten Zusammenkünfte der Bewohner gezeigt werden soll. Viel Spaß machte auch eine große Verlosung, und in der Cafeteria fühlten sich alle wohl.

Hilfestellung gaben bei diesem Fest die Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit und Spiel- und Lernstube. Vorfinanziert wurde das Ganze wieder vom Diakonischen Werk Darmstadt.

Bewohnerfest in der Rodgaustraße unter dem Motto:

Arheilger Post
v. 20.7.78

„Gemeinsam geht's besser“

FEIERN
IST
WICHTIG!

Zum dritten Mal, pünktlich um 11 Uhr, wurde das Fest mit Musik und guter Laune eröffnet. Samstags wurden schon zwei Zelte aufgebaut, falls es regnen sollte; aber der Wettergott hatte ein Herz. Es wurden Buden, Grill- und Getränkestände und ein Flohmarkt aufgebaut. Die Kleinsten hatten ihre Freude an den Zeichentrickfilmen, Spielen und der Ponykutsche.

Willi Wagner vom SV Darmstadt 98, piff um 15 Uhr ein Fußballturnier an. Vorher waren jedoch die Autogrammträger sofort zur Stelle. Er brachte einen Ball mit allen Unterschriften der 98er mit. Dieser Ball wurde versteigert und brachte nahezu 100,- DM ein. Der Erlös kommt dem Arheilger Roten Kreuz zugute, das immer zur Stelle ist, bei unserem Fest.

Unsere Jungs hatten leider etwas Pech im Endspiel. Durch Elfmeterschießen ging der Sieg mit 3:2 an die Wiesbadener Mannschaft. Der Sieger wurde mit einem Pokalteller belohnt und unsere Jungs mit einem neuen Lederball.

Den ganzen Tag über lief ein Tischtennis-Turnier, wobei in drei Gruppen gespielt wurde:

Kinder, Frauen und Männer. Bei den Kindern konnte Helmut Gimbel überzeugen und bekam eine Urkunde. Renate Sachse stach bei den Frauen ihre Konkurrentinnen aus und Karl Friedrich bei den Männern. Sie erhielten ebenfalls alle Urkunden und Preise.

Nachmittags gab es in der Spielplatzhütte Kaffee und Kuchen. Es herrschte reger Andrang in der Hütte.

Endlich konnte dann auch die Mofa-Rallye beginnen. Es gab eine abgesteckte Strecke, die befahren werden mußte. Nun, welches Mofa war schneller? Auch für die Sieger gab es Preise. Man sah es den flotten Burschen an; es machte viel Spaß!

Ab 18 Uhr spielte die Kapelle „Shoe Shine Boys“ mit flotter Musik auf. Es wurde getanzt und gesungen bis in den späten Abend hinein.

Besonderen Dank sei nochmals allen Helfern ausgesprochen, die dazu beigetragen haben, daß das Fest glatt über die Bühne ging.

Alternachmittag in der Rodgaustraße

Am Samstag, den 22. Oktober, fand in der Spiel- und Lernstube im Wohngebiet Rodgaustraße/Messeler Straße ein Alternachmittag statt.

Er sollte für die älteren Bewohner eine kleine Abwechslung sein. Seit einiger Zeit besteht eine Elterngruppe, die sich regelmäßig in der Lernstube trifft. Diese Gruppe beschloß, einen Nachmittag für die älteren Bewohner vorzubereiten. Wir hatten im Juni ein Bewohnerfest, was sehr vielen Bewohnern gefiel. Uns fiel aber auf, daß nur wenige von den Älteren dabei gewesen waren. So beschloß die Elterngruppe, die älteren Bewohner zu einem gemütlichen Nachmittag einzuladen.

Zuerst wurden die Bewohner persönlich eingeladen. Durch Handzettel, die dann zwei Tage davor eingeworfen wurden, wurden die älteren Bewohner noch einmal an den Alternachmittag erinnert. Die Elterngruppe backte Kuchen und besorgte sogar für Diabetiker besonderen Kuchen und Kaffee.

So wurde von der Elterngruppe alles gut vorbereitet. Der 22. Oktober rückte näher, die Lernstube wurde geheizt, Kaffee gekocht, Kuchen geschnitten und der Tisch schön gedeckt. Um 15 Uhr kamen dann die ersten Gäste und es wurde gemeinsam Kaffee getrunken. Anschließend wurden Dias vom Bewohnerfest gezeigt, was allgemein Anklang fand. Dann gingen wir zum gemütlichen Teil über. Wir wollten auch etwas mit

den Alten singen. So stimmten wir bei gutem Wein und Gitarrenbegleitung alte Volkslieder an. Wir waren alle guter Stimmung, so daß wir den Nachmittag um zwei Stunden verlängerten. Zum Schluß wurde bei Schallplattenmusik noch ein Tanzabend gedreht. Wir hoffen, daß es allen gefallen hat, so daß wir noch mehrere solcher Nachmittage durchführen können und noch mehr ältere Mitbewohner begrüßen können. Wir waren so fröhlich und es war uns als ob wir alle eine große Familie wären. Allen Helfern und Mitgestaltern sei auf diesem Wege noch einmal herzlichsten Dank gesagt.

AP 27.10.77

In den Ausländervierteln wachsen ganze Schulklassen heran

Fünzig Prozent der Gastarbeiterkinder verlassen ohne Hauptschulabschluss die Schule / Hausaufgabenhilfe und Spielstube als Rettungsanker

Darmstadt (spi). Dem schlagfertigen Stadtbaurat Herbert Reißer verdankt die Darmstädter Kommunalpolitik eine neue Bereicherung ihres Wortschatzes. Im Zusammenhang mit den Aufgaben, die sich eine Reihe von Gruppen und Verbänden gestellt haben und für die sie ein von der Stadt zum Abbruch bestimmtes Gebäude im Martinsviertel beanspruchten, sprach Reißer von „sozialer Schlimmigkeit“.

Das schlimme Wort traf auch den Sozialkritischen Arbeitskreis Darmstädter Bürger e. V. und seine Internationale Lern- und Spielstube, eine vom Landesjugendamt und dem Landeswohlfahrtsverband unterstützte, von ehrenamtlichem Engagement getragene Initiative zur nachschulischen Betreuung ausländischer Kinder. Das Unternehmen hat Modellcharakter, stellt es doch einen der wenigen Versuche dar, die Kinder ausländischer Gastarbeiter dem Teufelskreis von gesellschaftlicher Isolation, schulischen Mißerfolgen, fehlendem Schulabschluss und Arbeitslosigkeit zu entreißen.

Nach sechs Jahren droht nun das Modell zu scheitern. Der Sozialkritische Arbeitskreis, seinerzeit hervorgegangen aus der evangelischen Studentengemeinde und der Interessengemeinschaft des sozialen Brennpunktes Akazienweg, hat sich im Erdgeschoß eines Hauses in der Frankfurter Straße eingemietet und zählt für wenig Räume rund tausend Mark im Monat. Die mangelhafte Unterbringung behindert Spiel und Arbeit mit einer festen Gruppe von dreißig kleinen Italienern, Türken, Marokkanern, Griechen, Spaniern, Portugiesen und zwei Deutschen. Gelegentlich treffen in der Spielstube fünfzig bis sechzig Kinder und Jugendliche zusammen. Das Personal ist überlastet, das Geld — rund 80 000 Mark im Jahr, die

von verschiedenen Seiten hereinkommen — reicht vorn und hinten nicht. Wenn sie nicht bald neue Räume, mehr Finanzen, mehr hauptamtliches Personal und bessere Arbeitsbedingungen bekommen, wollen Verein und Betreuer aufgeben.

Entweder müßten Einrichtungen wie diese endlich dauerhaft und kontinuierlich abgesichert werden, zürnte der in der Internationalen Lern- und Spielstube tätige Diplom-Psychologe Michael Wolfart, oder man sollte sie „auf der Stelle einstampfen“. Vor allem hat der aus dreizehn Mitgliedern bestehende Sozialkritische Arbeitskreis Darmstädter Bürger keine Lust mehr, ein Alibi dafür zu liefern, daß für die benachteiligten ausländischen Kinder etwas getan wird. Denn was gegenwärtig getan werden kann, ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

In Darmstadt leben zur Zeit 12 750 ausländische Arbeiter mit rund 1600 schulpflichtigen Kindern, von denen allerdings laut Schulstatistik nur rund tausend zur Schule gehen. Die Hälfte der ausländischen Kinder verläßt die Hauptschule ohne Abschluß, womit Darmstadt immer noch sechzehn Prozent über dem Bundesdurchschnitt liegt. Die Ausländerprobleme konzentrieren sich auf Stadtviertel mit niedrigem Wohnwert und schlechter Infrastruktur, wie Waldkolonie, Industrieviertel, westliches Martinsviertel, und damit auf bestimmte Schulbezirke. In der Grundstufe der Diesterwegschule füllen die Ausländerkinder bereits 35 Prozent der Schulklassen. In der Kyritzschule 31 Prozent. Je jünger die Jahrgänge, um so höher der Ausländeranteil. Bei den Kindern im Vorschulalter stehen 72,6 Prozent Deutschen (im bereits 27,4 Prozent Ausländer (im Stadtdurchschnitt) gegenüber.

In den Ausländer-Wohnvierteln wachsen ganze Schulklassen in Deutschland geborener Ausländer heran, Einwandererkinder, die sich weder bei ihren Familien noch in der deutschen Umwelt wirklich daheim fühlen können. Die deutschen Schulen machen es sich nach Auffassung der nachschulischen Betreuer mit diesen Kindern zu leicht. Sie werden, wie Wolfart es ausdrückt, „mitgeschleppt“, aus pädagogischen Gründen versetzt, um dann am Ende ohne Abschluszeugnis in den beruflichen Existenzkampf geschickt zu werden, als „Strandgut des deutschen Bildungswesens“ oder „arbeits- und bildungsloses Subproletariat“.

In Darmstadt bemühen sich wie in vielen anderen Städten Caritas und Diakonisches Werk um die Ausländerkinder. Sie haben „Hausaufgabenhilfen“ organisiert und betreuen zur Zeit rund 45 Gruppen. Die Helfer, überwiegend Hausfrauen und Schüler, sind für diese Aufgabe zu wenig qualifiziert. Denn die Schwierigkeiten mit den Hausaufgaben sind nur die Spitze eines Eisberges von viel tiefer liegenden Integrationsproblemen. Die Mitarbeiter der Internationalen Lern- und Spielstube, die nicht nur Schulkinder betreuen, sondern auch Jugendliche und Elterngruppen, berichten von zunehmenden Verhaltensstörungen bei ausländischen Schülern und Depressionen bei deren Eltern. Je stärker sich die Kinder deutschen Normen und Werten anpassen, um so mehr entfremden sie sich ihren Eltern. Die Kinder werden, aggressiv, Väter und Mütter resignieren.

Von den fast zehntausend ausländischen Jugendlichen unter sechzehn Jahren, die in Darmstadt leben, haben etwa fünfzig das Glück, umfassend betreut zu werden. In der Michaelisstraße, wo in ehemaligen Funkerkasernen rund

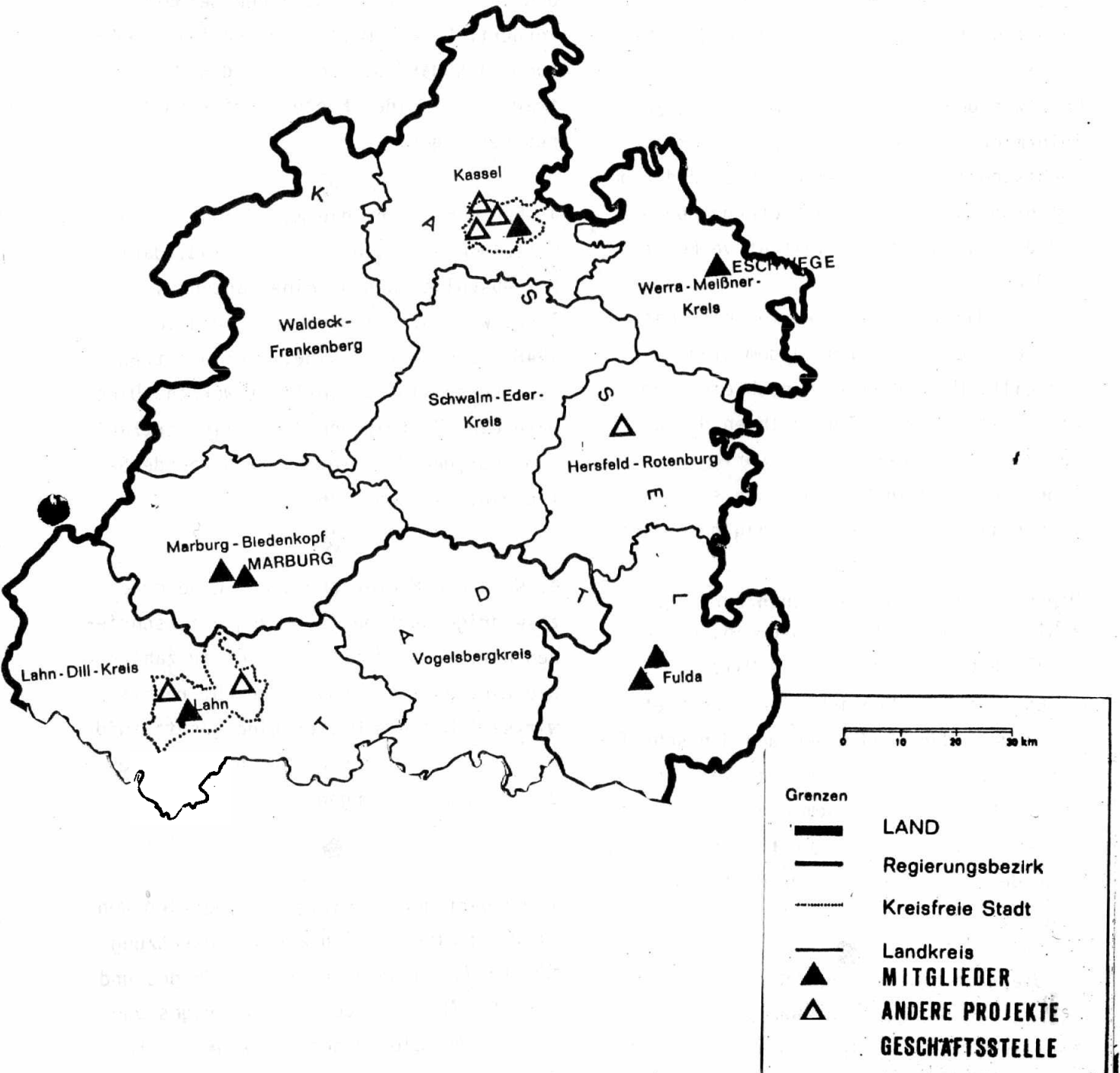
340 ausländische Arbeiter und ihre Familien leben, hat sich aus der Hausaufgabenhilfe durch Zivildienstleistende und Studenten der Evangelischen Fachhochschule schon vor Jahren ein Initiativkreis gebildet, der etwa die Hälfte der hier ansässigen Schulkinder betreut. Die zweite rettende Insel ist die Internationale Lern- und Spielstube in der Frankfurter Straße.

Beide Einrichtungen leiden unter dem Mangel an hauptamtlichen Mitarbeitern. Das ständige Kommen und Gehen von Zivildienstleistenden und Praktikanten, die hier für das „Taschengeld“ der Hausaufgabenhilfe arbeiten, verhindert kontinuierliche Beziehungen, verhindert kontinuierliche Bemühen, verhindert kontinuierliche Zusammenarbeit und Partnerschaften. Hat man sich aneinander gewöhnt und eingearbeitet, wechselt das Personal. Mit der Befähigung der Schularbeiter ist es nicht getan. Viele Kinder bringen so wenig Vorkenntnisse mit, daß sie den Stoff gar nicht bewältigen können. Sie hinken nach den Beobachtungen der Betreuer in ihren Leistungen und ihrem Sachverständnis den deutschen Mitschülern um mindestens ein Jahr nach. Also versuchen die Initiativgruppen, nachmittags einen kompensatorischen Unterricht nachzuliefern. Meistens beschäftigen sie sich nicht mit den vorgeschriebenen Hausaufgaben, sondern mit dem Grundlagewissen. Außerdem wird gebastelt und gespielt.

Die Lern- und Spielstuben bemühen sich um den Ersatz einer „freundlichen, lehrreichen und integrativen Umwelt, die den Kindern zu Hause, auf der Straße und in der Schule vorzuziehen wird“. Aber allein sind sie zu schwach. Sie brauchen die Zusammenarbeit mit Schulen und Lehrern, die ihrerseits mehr zur integrativen Erziehung der Ausländerkinder beitragen müßten.

BEREICH

HESSEN MITTE/NORD



Kauttionen?

Nicht im sozialen Wohnungsbau!

In der letzten Ausgabe der "PZ" berichteten wir über die Arbeit der Mieterinitiative Forstfeld in Bettenhausen.

Diese Mietergruppe hatte sich gegen die Kauttionsforderungen der GWG erfolgreich gewehrt. Der Erfolg wäre nicht eingetreten, wenn die Mieter nicht ganz genau gewußt hätten, daß ihre Forderung richtig ist.

Um etwas genau zu wissen, muß man sich informieren: zum Beispiel bei einem Rechtsanwalt, durch Zeitungen oder durch Erfahrungen von anderen Mietergruppen.

Und das hat die Mieterinitiative Forstfeld auch getan.

Was sie dabei heraus bekommen hat, hat sie aufgeschrieben und in dem Stadtteil verteilt. Wir haben auch noch ein Exemplar erwischt und möchten Ihnen die wesentlichsten Punkte daraus vorlegen.

Denn nicht nur in Bettenhausen sind Kauttionen im sozialen Wohnungsbau gefordert worden, sondern in ganz Kassel.

Diesmal mußten die Kauttionen zurückgezahlt werden, weil es Leute gab, die aufgepaßt haben. Aber nächstes Mal?

1. Es gibt zwei Möglichkeiten des Mietvertrages, den mündlichen und den schriftlichen Vertrag. Der mündliche Vertrag hat die Gültigkeit von einem Jahr. Der schriftliche Mietvertrag wird erst rechtsgültig, wenn der Vermieter und der Mieter unterschrieben haben.

2. Die Kauttion ist eine "Sicherheit" für den Vermieter. Die gleichen Worte für Kauttion sind: Mietsicherheit, Bürgschaft,



3. Die Sozialwohnungen sind für Familien mit geringem Einkommen bestimmt und werden deshalb mit öffentlichen Geldern gefördert. Der Vermieter des sozialen Wohnungsbaus darf bei Abschluß des Mietvertrages von seinen Mietern keine Kauttionen verlangen.

4. Für Wohnungen, die mit öffentlichen Mitteln modernisiert worden sind, darf bei Abschluß ebenso keine Kauttion verlangt werden. Bei Wohnungen, die vor 1948 erbaut worden sind, darf nachträglich keine Kauttion verlangt werden. Dies wäre eine Vertragsänderung. Ein Vertrag kann nur geändert werden, wenn beide Seiten einverstanden sind.

5. Wenn ein Mieter unwissend eine gesetzeswidrige Kauttionsforderung unterschrieben hat, braucht er sie nicht zu zahlen. Die Kauttionsforderung ist nicht rechtswirksam! Hat ein Mieter eine gesetzeswidrige Kauttionsforderung bezahlt, kann er diese zurückverlangen.

6. Fordert der Vermieter im Sozialen Wohnungsbau eine Kauttion als Voraussetzung für den Abschluß eines Mietvertrages und wird der Abschluß des Mietvertrages von der Zahlung dieser gesetzeswidrigen Kau-



der Mieter gegen den Vermieter vorgehen und ihn zum Abschluß eines Mietvertrages verpflichten, ohne die Kautionsforderung bezahlen zu müssen.

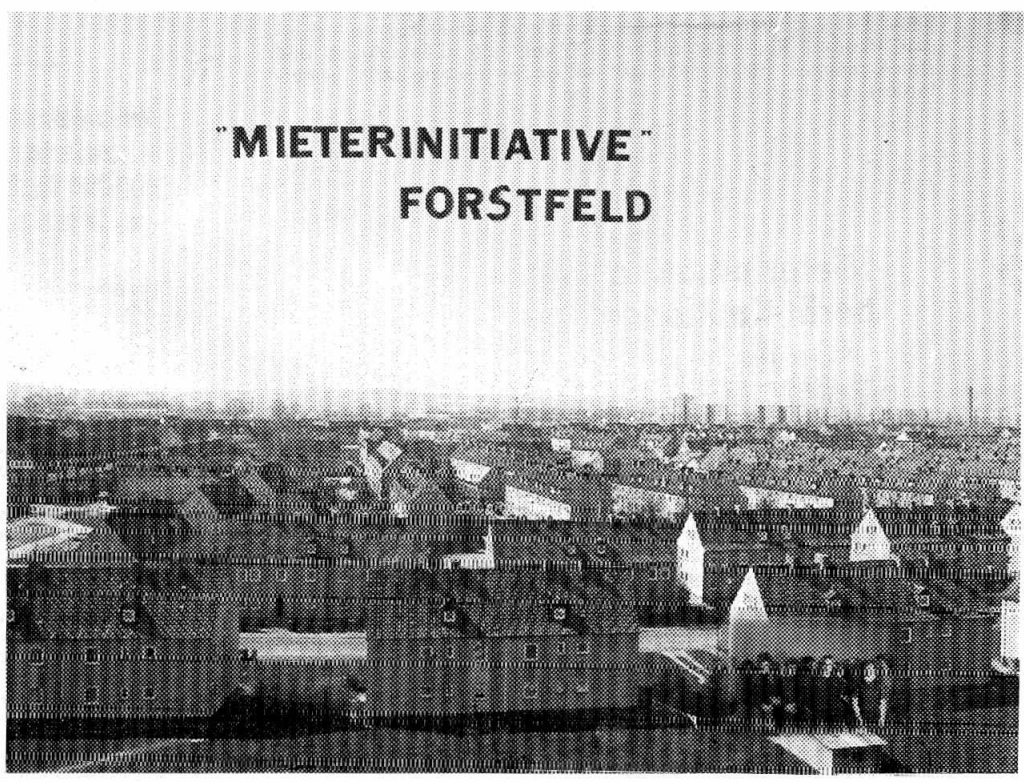
7. Bei Schwierigkeiten und Unsicherheiten sollte jeder Mieter zur kostenlosen Rechtsberatung im Amtsgericht (Frankfurterstr.), zu einem Rechtsanwalt oder zum Mieterverein gehen und sich beraten lassen.

8. Außerdem ist die Mieterinitiative gerne bereit, jeden Mieter in Wohnungsfragen zu beraten und zu unterstützen. Sie trifft sich jeden Mittwoch im Haus Forstbachweg um 20.00 Uhr.

Kontaktadresse: Irmgard Schneider, Steinigkstr. 1, 3500 Kassel

"Mietrecht für Mieter" heißt ein Buch, in dem die wichtigsten Ratschläge zu Mietfragen zu finden sind. Es ist in der rororo Taschenbuchreihe des Rowohlt Verlages erschienen und kostet 6,80 DM. Wenn man bedenkt, was man sparen kann, weil man mehr weiß, dann ist daß nicht teuer. Es ist außerdem verständlich und übersichtlich geschrieben.

Ab Oktober werden wir im Gemeinschaftshaus dieses Buch mit interessierten Bürgern durchsprechen. Natürlich nur die Sachen, die für den Philippinenhof interessant sind. Diese Veranstaltung wird einmal in der Woche stattfinden. Der genaue Termin steht noch nicht fest. Wir werden ihn rechtzeitig bekanntgeben.



85 Familien erhalten Kauttionen zurück

Erfolg der Mieterinitiative Forstfeld

Kassel (smf). „Sozialwohnungen sind für Familien mit geringem Einkommen bestimmt und werden deshalb mit öffentlichen Geldern gefördert. Vermieter von Wohnungen des sozialen Wohnungsbaus sind deshalb bei Abschluß eines Mietvertrages nicht berechtigt, vom Mieter eine Kauttion zu verlangen.“ Das erklärte Irmgard Schneider, Vorsitzende der Mieterinitiative Forstfeld, jetzt in einer Mieterversammlung im Haus Forstbachweg. Gleichzeitig unterrichtete sie die Mieter von einem Erfolg der Mieterinitiative in ihrem Kampf gegen jetzt auch von der Stadt Kassel als unzulässig bezeichnete Kauttionsforderungen der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Kassel mbH. (GWG): 85 Familien erhalten die bereits gezahlten Kauttionen zurück.

Neben der Ankündigung der Rückzahlung aller unrechtmäßig geforderten Kauttionen an die betroffenen Mieter — so Irmgard Schneider weiter — sei der Mieterinitiative von der Stadt Kassel mitgeteilt worden in einem Gespräch mit der GWG habe erreicht werden können, daß zukünftig Kauttionen für Sozialwohnungen nicht mehr gefordert werden sollten. Davon

unberührt seien allerdings Kauttionszahlungen für Wohnungen, die nicht mit öffentlichen Mitteln gefördert worden oder bei denen die Bindungsfristen inzwischen abgelaufen seien (Altbauten). Die Zusage, daß auch in diesen Fällen keine Kauttion seitens der GWG mehr gefordert bzw. bereits geleistete Zahlungen erstattet würden, sei leider nicht zu erhalten gewesen.

„Soweit es sich bei Wohnungsbewerbern um Personen handelt, die laufende Sozialhilfe erhalten, wurde jedoch vereinbart“, heißt es in dem Schreiben des Sozialamtes weiter, „daß in jedem Einzelfall ein Gespräch zwischen der GWG und uns stattfindet, damit die Vermittlung einer der Größe und den finanziellen Möglichkeiten der Familie entsprechenden Wohnung nicht gefährdet wird“.

Die Mieterinitiative Forstfeld besteht seit drei Jahren. Im Februar dieses Jahres hatte sie von den Kauttionsforderungen erfahren. Irmgard Schneider: „Wir empfanden es als unsozial, daß ohnehin sozial Schwache auch noch zahlen sollten, um eine Wohnung zu bekommen. Und so sind wir eben aktiv geworden.“

Mieterinitiative berät Kauttionen

Kassel (eg). Mit Kauttionsforderungen Gemeinnütziger Wohnungsbaugesellschaften wollen sich die Mitglieder der Mieterinitiative Forstfeld am Samstag, 27. Mai, ab 21 Uhr im Haus Forstbachweg auseinandersetzen. Wie die Mieterinitiative erfahren haben will, sollen in letzter Zeit Kauttionsforderungen vor allem an ausländische Familien, aber auch an Sozialhilfeempfänger, Rentner und Arbeitslose gestellt worden sein.

Bei ihren Nachforschungen haben die Mieter aber festgestellt, daß für den sozialen Wohnungsbau keine Kauttionen gefordert werden dürfen (§ 10 Neubaumietenverordnung). Vertreter der Parteien, der Stadt und einiger Wohnungsbaugesellschaften werden zu diesem Thema Stellung nehmen.

HNA

Ca.

24/25. 5.78

Kasseler
Nachfrage

HNA

23.6.78

Kasseler
Nachfrage

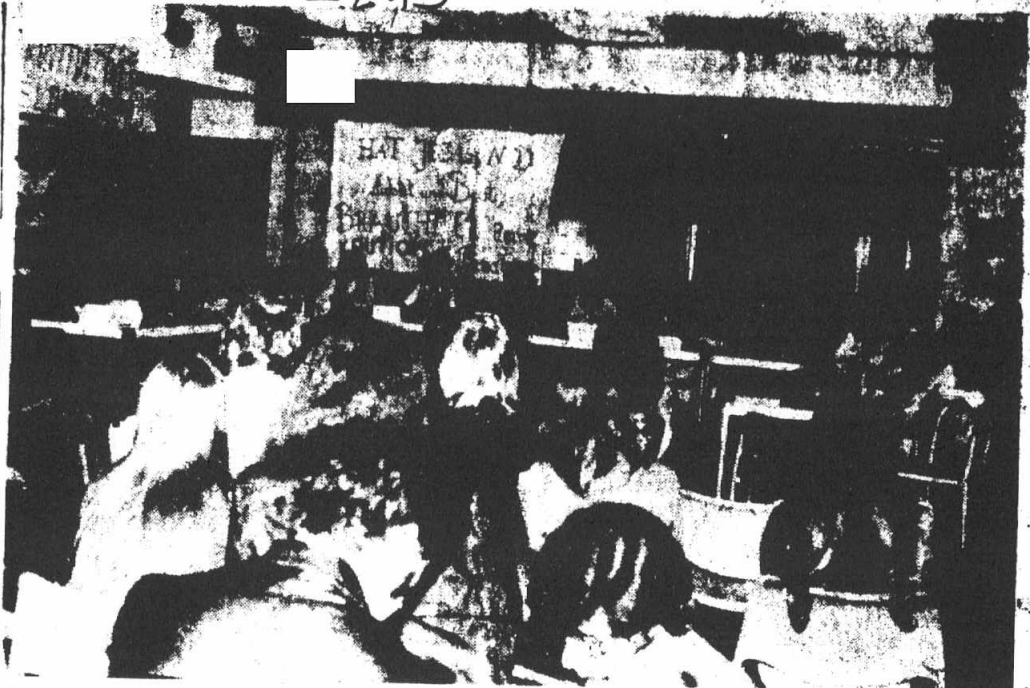
3ILD

28.6.78

„Neue Heimat“
kassierte
400 000 Mark
zu Unrecht

Im Münchener 28. 6.
Die „Neue Heimat“ hat von 800
Münchner Mietern
zu Unrecht Kauttionen
kassiert — insgesamt
400 000 Mark.
Erst jetzt, drei Jahre
danach, entdeckten
sieben Mieter, daß
für öffentlich finanzierte
Wohnungen keine Kauttionen
genommen werden
dürfen (Paragraph
10 Neubaumietenordnung).
Die „Neue Heimat“:
„Ihr Fehler liegt bei uns. Die
Kauttionen werden mit der Miete
verrechnet.“

Kassel
Eiche
Juli 78



Versammlung der Mieterinitiative

Bettenhausen: **Mieterinitiative Forstfeld: Kautionsforderungen der GWG sind skandalös!**

Kassel, J. L. — Der Zorn der Mieter in Mattenberg über die jüngste Mietpreiserhöhung durch die GWG ist noch nicht abgeklungen, da leistet sich diese „Gemeinnützige“ Wohnungsbau-Gesellschaft einen erneuten Beweis ihrer unsozialen Mieterpolitik. In gesetzeswidriger Weise macht sie die Vergabe von Sozialwohnungen von der Zahlung einer Kautionsabhängig.

Einer breiteren Öffentlichkeit bekannt wurde das ganze Ausmaß dieser GWG-Politik bei einer Veranstaltung der Mieterinitiative Forstfeld, an die sich die betroffenen Mieter gewandt hatten. Eingeladen zu der Veranstaltung am 27. Mai waren neben Stadtverordneten von SPD und CDU die Bürgermeister Eichel und Hille, Sozialdezernent Heilwagen, der CDU-Landtagsabgeordnete Heusinger sowie der Geschäftsführer der GWG, Habermehl. Doch fast wie abgesprochen „glanzten“ die Herren Volksvertreter und der Verantwortliche der GWG an diesem Samstagabend durch Abwesenheit. Auch HNA und Bildzeitung (!), die anfangs ihr Interesse an einer Berichterstattung bekundet hatten, machten einen Rückzieher. Von den geladenen Gästen erschienen waren lediglich Rechtsanwalt Riemer und jeweils ein Vertreter des Sozialamtes und des türkischen Ausländerkomitees

Vor den ca. 60 Zuhörern gab die Sprecherin der Mieterinitiative, Frau Schneider, zunächst einen Überblick über die bisherige Arbeit und schilderte dann anhand einiger Fälle die jüngste Praxis der GWG. Nach Angaben von betroffenen Mietern und Mieter-

initiative wurde von der GWG bisher je nach Wohnwert der Wohnungen zwischen 800,- und 1600,- DM Kautions gefordert. Der Mieterinitiative lagen entsprechende Schreiben der GWG an Wohnungssuchende vor. Als offizielle Begründung für diese Forderungen wurde von der GWG mitgeteilt: das Geld müsse als Sicherheit hinterlegt werden, damit nach Auszug der Mieter eventuell zu erhebende Ansprüche der GWG befriedigt werden könnten. Wer nicht zahlt, bekommt die Wohnung nicht.

Da die Kautionsforderungen gezielt an Rentner, ausländische Familien und Sozialhilfeempfänger gerichtet werden, die in der Regel die hohen Kautions nicht bezahlen können, liegt die Vermutung nahe — so Riemer —, daß ein bestimmter Kreis von Wohnungssuchenden, nämlich sozial Schwache, von vornherein als Bewerber ausgeschlossen werden sollen. Damit würde der soziale Gedanke und der eigentliche Sinn des sozialen Wohnungsbau geradezu auf den Kopf gestellt. Es sei — so Riemer weiter — daher überhaupt keine Frage, daß die GWG mit ihren Kautionsforderungen gegen bestehendes Recht verstoße und schon

entrichtete Kautionen von der GWG zurückgezahlt werden müßten.

Die Versammlung war sich einig: Diesem unsozialen, rechtswidrigen Verhalten der GWG muß ein Ende gesetzt werden. Die einmütige Meinung der Versammlungsteilnehmer brachte die Mieterinitiative in einem Schreiben an das Sozialamt zum Ausdruck, worin es heißt: Die Kautionsforderungen der GWG sind einzustellen, schon bezahlte Kautionen sind umgehend zurückzuzahlen!

Mit diesem konsequenten Eintreten für die Belange der Mieter hatte die Mieterinitiative unterstrichen, daß sie hier wie in vielen anderen Fällen in den letzten Jahren nicht locker lassen werde und diese Haltung führte schon bald zu einem ersten Erfolg: Bei einem Vermittlungsgespräch zwischen Sozialamt und GWG sagte die GWG zu, daß sie bei Wohnungen, die mit öffentlichen Mitteln erstellt wurden, keine Kautionen mehr verlangen und schon bezahlte umgehend erstatten werde. Obwohl dies im Klartext bedeutet, daß bei der Vergabe von Wohnungen in einer Reihe von Altbauten, die der Sozialbindung nicht mehr unterliegen, auch weiterhin Kautionen verlangt werden, hat die Mieterinitiative Forstfeld dennoch schon jetzt vielen sozial Schwachen und ausländischen Familien in Kassel geholfen.

DER MAGISTRAT DER STADT KASSEL



Magistrat der Stadt Kassel · 3500 Kassel, Rathaus

**Mieterinitiative
Forstfeld
z.Hd. Frau Irmgard Schneider
Steinigstraße 1
3500 Kassel**

Amt: **S O Z I A L A M T**

Für persönliche Rücksprachen:

Sachbearbeiter:

Anschrift:

Zimmer-Nummer:

Ihr Zeichen

Ihr Schreiben

Unser Zeichen

Fernruf
787 5000

Datum **31.05. 1978**

-50-

Sehr geehrte Frau Schneider ,

wie Ihnen durch Herrn Brunner als Vertreter des Sozialamtes in Ihrer Veranstaltung vom 27.05.1978 bereits mitgeteilt wurde, halten auch wir die in letzter Zeit von der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Kassel mbH. für Wohnungen des Sozialen Wohnungsbaus geforderten Kautionen für unzulässig.

In unserem gestrigen Gespräch mit Herrn Habermehl, Herrn Müller und Frau Bärthel von der GWG, in dem noch einmal sehr ausführlich die gesamte Problematik einschließlich der Wohnungsvermittlung diskutiert wurde, konnte erreicht werden, daß noch in dieser Woche alle unrechtmäßig geforderten Kautionen an die betroffenen Mieter zurückgezahlt werden.

Zukünftig sollen Kautionen für Sozialwohnungen nicht mehr gefordert werden.

Hiervon unberührt sind allerdings Kautionszahlungen für Wohnungen, die nicht mit öffentlichen Mitteln gefördert wurden oder bei denen die Bindungsfristen inzwischen abgelaufen sind (Altbauten). Leider war hier keine Zusage zu erhalten, daß auch in diesen Fällen keine Kautionen seitens der GWG mehr gefordert bzw. bereits geleistete Zahlungen erstattet werden.

Soweit es sich bei Wohnungsbewerbern um Personen handelt, die laufende Sozialhilfe erhalten, wurde jedoch vereinbart, daß in jedem Einzelfall ein Gespräch zwischen der GWG und uns stattfindet, damit die Vermittlung einer der Größe und den finanziellen Möglichkeiten der Familie entsprechenden Wohnung nicht gefährdet wird.

Bitte haben Sie die Freundlichkeit, die Mitglieder Ihrer Initiative vom Inhalt dieses Schreibens zu unterrichten.

Mit freundlichen Grüßen

I/A.

(Zimmer)

Gerüche treiben Kinder aus Haus

In der Tagesstätte Forstbachweg

Kassel (Jsa). Ein unangenehmer Geruch hat die Mitarbeiter und Eltern der städtischen Kindertagesstätte Forstbachweg mobilisiert. Unterstützt von der Mieterinitiative Forstfeld konnte gestern ein erstes Ergebnis im Kampf gegen den Gestank erreicht werden. Die 65 Kinder der Tagesstätte wurden auf Veranlassung der Stadt Kassel in andere Einrichtungen ausgelagert. Grund für die ungewöhnliche Aktion: Immer wenn die Tagestemperaturen stiegen, machten sich lästige Gerüche, vom Dach ausgehend, im Haus breit. Zur Zeit steht die GWG als Eigentümer des Hauses in Gesprächen mit der Baufirma, die vor einigen Jahren das Haus erstellte, um dem Geruchsübel auf die Spur zu kommen.

Nachdem die städtische Kindertagesstätte im März ein neues Dach erhalten hatte, weil das alte bei Regen zu wünschen übrig ließ, wurden Mitarbeiter und Kinder bei den ersten warmen Tagen mit den unangenehmen Gerüchen konfrontiert. Eine Mutter gestern zur HNA: „Mein Sohn hatte nie Kopfweh, aber in den letzten Wochen klagt er ständig über Kopfschmerzen, wenn er zurückkommt.“

Wie aus einem Informationsschreiben der Kindergartenleitung an die Eltern hervorgeht („Aus gesundheitlichen Gründen können wir es nicht länger verantworten“) hatte man dann noch im März Kontakt mit dem Jugend- und Gesundheitsamt

aufgenommen“, damit dieser unerträgliche Zustand behoben wird“. Doch die Wochen vergingen, die Ämter schwiegen.

Irgendwo im Behördenapparat muß die Beschwerde der Mitarbeiter hängengeblieben sein, denn, so gestern Stadtrat Wolfgang Becker zum Zeitablauf: „Uns ist das Problem seit dem 26. Mai bekannt, das Jugendamt hat dann die GWG am 31. Mai verständigt und um Abhilfe gebeten.“

Nach Auskunft von Becker habe man dann immer wieder „gedrängt“, doch: „Wir können ja keine Anweisungen geben, wir sind nicht der Eigentümer des Hauses.“

„Bis jetzt noch nichts geschehen“

Während Briefe und Telefonate zwischen der Stadt, der GWG und der Baufirma hin- und hergingen, wuchs indes der Unmut der Eltern und Mitarbeiter der Tagesstätte, die dann auch in dem Informationsschreiben monierten, „daß bis jetzt noch nichts geschehen ist“. Erst vergangenen Freitag fand dann eine Besichtigung an Ort und Stelle statt, bei der Vertreter des Gesundheitsamtes, des Jugendamtes, der GWG und der Baufirma gleichermaßen vertreten waren. Fazit nach Aussage von Stadtrat Becker: „Bis zum 8. Juli, will die Firma konkrete Aussagen über die Sachlage machen.“

Denn noch ist die Ursache des Geruchsübels nicht geklärt. Soweit bekannt, wurden jedoch beim Bau der Kindertagesstätte

neue Materialien verwandt, die möglicherweise nicht völlig erprobt sind und eine optimale Querlüftung des Kaldaches verhindern.

Ungeklärt ist zur Zeit auch noch die Frage, ob die Gerüche eine gesundheitsschädigende Wirkung hervorrufen können. Das hat dann auch letzten Endes gestern die Stadt bewogen, die 65 Kinder in naheliegende Tagesstätten auszulagern und das auch in den nächsten Tagen, so zu handhaben, falls die Temperaturen anhalten.

Ermäßigung. Ermäßigte documents-6-Eintrittspreise für Bundeswehrangehörige, Zivildienstleistende, Rentner oder Kunsterzieher will Geschäftsführer Dr. Lucas auf die Tagesordnung der nächsten Aufsichtsratssitzung Ende Juli bringen.

des Diakonischen Werkes Kassel

Spielstube

Es werden Kinder im Alter von 3 bis 6 1/2 Jahren aus sozial schwachen- oder Problemfamilien betreut. In den regelmäßig stattfindenden Elternnachmittagen werden die praktizierten Angebote und die Ziele von Maßnahmen besprochen, gemeinsam gebastelt, Ausflüge und Feste vorbereitet und Arbeitsdienste geplant (ein Spielgarten wurde gemeinsam mit den Eltern erstellt). In Einzelgesprächen versuchen die Mitarbeiterinnen zu klären, ob ein Kind evtl. in der EB oder der kinderneurologischen Abteilung des Stadtkrankenhauses vorgestellt werden soll. Besuche beim Logopäden werden in die Wege geleitet.

Vor der Einschulung von Spielstuben-Kindern in die Grundschule, finden Gespräche mit der Schulleitung statt. Vorschläge der Mitarbeiterinnen können vorgetragen werden in bezug auf die Zusammensetzung der Klassen und der Bedürfnisse der Kinder.

Die Erfahrung zeigt, daß durch die intensive Vorbereitung die meisten Kinder der Obdachlosensiedlung sich etwa bis zu einem Jahr in der ersten Grundschule halten, im zweiten Schuljahr aber überwiegend leistungsmäßig stark abfallen, so daß sie ein Schuljahr wiederholen müssen.

Auch die seit Jahren angebotene tägliche Aufgabenbetreuung durch freiwillige Mitarbeiter der Paul-Gerhard-Kirchengemeinde konnte eine Umschulung nach dem dritten oder vierten Schuljahr in die Sonderschule nur in wenigen Fällen verhindern, weil die Kinder überwiegend schwach begabt, stark konzentrationsgestört und antriebsarm sind. Sie konnten das Angebot Schulaufgabenbetreuung nicht kontinuierlich nutzen bzw. wurden auch nicht von ihren Eltern darin unterstützt. Seit zwei Jahren versuchen wir durch unsere Sozialpädagogische Familienberatungsstelle in Einzelfällen zusätzliche therapeutisch orientierte Hilfen für verhaltensauffällige Kinder und zur Zusammenarbeit mit mehr motivierten Eltern anzubieten.

In den monatlich stattfindenden Mitarbeiterbesprechungen auch mit den Mitarbeitern des Abenteuerspielplatzes, der Kirchengemeinde, der Spielstube, des Sozialdienstes der Stadt Kassel, der Stadtjugendpflege werden Lösungsvorschläge beraten und weitere Hilfsmaßnahmen ins Auge gefaßt.

Die Erfahrung hat gezeigt, daß Kinder aus der angrenzenden Eisenbahnersiedlung ebenfalls große Schwierigkeiten haben. Hier ist die Elternarbeit weniger problematisch und kann von unseren Mitarbeitern positiv genutzt werden. Eltern, deren Kinder aus der Spielstube kommen, tragen ihre Sorgen den Mitarbeitern vor. Es wird versucht, z. B. Legasthenikerkurse, Termine bei der Erziehungsberatungs-

stelle, der Sozialpädagogischen Familienberatung und dem Schulpsychologischen Beratungsdienst zu vermitteln.

Neben dem Spielstubenangebot läuft zweimal wöchentlich eine Malschule für Kleinkinder und in 14-tägigem Rhythmus findet ein gut besuchter Elternkreis statt, an dem Bewohner der Obdachlosen- und Bundesbahnersiedlung teilnehmen.

Eine Auswirkung der Arbeit in der Spielstube auf die Heim-
erziehung kann nicht festgestellt werden.

Abenteuerspielplatz

Die sozialpädagogische Arbeit auf dem Abenteuerspielplatz hat sich weiter qualifiziert. Es konnten drei Freizeiten mit Eltern und Kindern durchgeführt werden. Immer mehr Jugendliche haben zu dem leitenden Sozialpädagogen Vertrauen gefaßt und ihre teilweise massiven Probleme (Eltern,

Schule, Arbeitsplatz, sexuell etc.) angesprochen. Unser Mitarbeiter teilt mit, daß eine starke Zunahme von Alkohol- und Drogengefährdung bei Jugendlichen zwischen 13 und 20 Jahren im Stadtteil registriert wird. Zahlreiche Jugendliche auch aus der Eisenbahnersiedlung gelten als kriminell erheblich gefährdet. Bei den Jugendlichen ist es ein Sport geworden, kleinere Diebstähle in Gruppen auszuführen. Soweit möglich, versuchten die Mitarbeiter mit den Jugendlichen über das Fehlverhalten zu sprechen und mit den Eltern ins Gespräch zu kommen. Als Hilfen wurden immer mehr alkoholfreie Tanz- und Gruppenabende angeboten, die von vielen Jugendlichen angenommen und gemeinsam vorbereitet wurden.

Die Bürgerinitiative des Abenteuerspielplatzes befaßt sich permanent mit der Gefährdungssituation Jugendlicher und erarbeitet Alternativen.

Der Einsatz von weiteren Fachkräften wäre notwendig, um die Hintergrundproblematik der Gefährdeten Jugendlichen unter Einbeziehung des sozialen Umfeldes angehen zu können.

Neben der Alkoholgefährdung wird eine zunehmende Nikotinabhängigkeit schon bei 14-jährigen registriert, die von den Jugendlichen nicht als Problem erkannt und von den Mitarbeitern bisher nicht problematisiert werden konnte.

In Einzelfällen wurde eine Vermittlung an unsere Beratungsstelle für Jugendliche und Drogengefährdete erfolgreich durchgeführt. In vielen anderen Fällen waren die Jugendlichen nicht zu gewinnen, sich einer Fachberatung oder Behandlung zu unterziehen. In zwei Fällen wurden gute Erfahrungen mit gefährdeten Jugendlichen gemacht, die als Halfer auf dem Abenteuerspielplatz unter Aufsicht mitarbeiten konnten.

Es wurden zahlreiche arbeitslose Jugendliche registriert; eine Vermittlungshilfe konnte nur in wenigen Fällen erfolgen, leider ohne dauerhafte Erfolge. Auch hier wäre es dringend erforderlich, eine intensive persönliche Hilfe, Beratungsgespräche, Gruppenarbeit etc. anzubieten, um einer zunehmenden Resignation und Perspektivlosigkeit entgegenzuwirken.

" Sachbericht Abenteuerspielplatz "

1. Vorbemerkung:

Das Jahr 1976 war das zweite nach Eröffnung des Spielplatzes im Mai 1975. Es war gekennzeichnet durch einen weiteren Ausbau der Anlage. So wurden in diesem Jahr eine Materialbaracke und ein Bundesbahnschienenbus aufgestellt. Diese Einrichtungen erleichtern den Spielbetrieb erheblich.

2. Abenteuerspielplatz:

Während des Winters haben wir den Abenteuerspielplatz wenig nutzen können, da wir unser Winterquartier in einem Haus in der Obdachlosensiedlung Frauenweg bezogen hatten. Dies konnte nur als Notlösung betrachtet werden, da der Bau durch seine vielen kleinen Zimmer unübersichtlich und wenig geeignet war.

Im Frühjahr wurde im Zuge der Umlandbereinigung das ASP-Gelände nach unseren Vorstellungen geplant. Die Grundlage für den Neuanfang der Bauaktivitäten war gegeben.

Mit der Asche der Müllverbrennungsanlage verbesserten wir Zufahrtswege und richteten einen zentralen Holzlagerplatz her. Vor Spielbeginn errichteten wir die Materialbaracke in Eigenhilfe mit Eltern der Bürgerinitiative. Sie wurde für die Werkzeugausgabe unerlässlich.

3. Mitarbeiter:

Nach dem Ausscheiden der Sozialarbeiterin, Frau-lein Seidel, arbeiten auf dem ASP ein Sozialpädagoge, zwei Zivildienstleistende (ganztätig), ein Zivildienstleistender (halbtätig) sowie eine Diakonische Helferin. Es war von Vorteil, daß die Zivildienstleistenden und die Diakonische Helferin ausreichend motiviert waren, um aktiv und kreativ mitzuarbeiten. Doch ist dies nur ein Notbehelf. Auf einem Abenteuerspielplatz müßten mindestens zwei hauptamtliche Sozialpädagogen angestellt sein.

4. Pädagogische Konzeption:

Im ersten Jahr hatten wir bedauert, bei den Kindern nicht über das Hüttenbauen hinausreichende Aktivitäten zu erzielen, z. B. Stadttrollenspiel usw. Die Kinder entwickelten vor allem ihre Fähigkeiten, gemeinsam mit Fremden die Technik des Hüttenbauens zu vervollkommen. Später hatten wir dort durch das

Planieren bessere Möglichkeiten und konnten Stadtteile einrichten. Für die Kleinen "Kleinheim, für die Mädchen "Frauhausen" und für die Großen "Mannheim". Für jeden Stadtteil erklärten sich Mitarbeiter zuständig, die vornehmlich sich um diese Kinder bemühten und auch selbst dort ihre Mütten bauten. Dieses System hat sich in großen und ganzen bewährt. Vor allem die Kleinen profitierten von dieser Regelung. Sie hatten feste Bezugspersonen und konnten sich ihren Bedürfnissen entsprechend im "Stadtteil" einrichten. Mittwoche ist Ruhetag. Es darf nicht gebaut werden. An diesen Tagen veranstalteten wir vor allem Spiele (Sport, Geländespiele, Fahrrad- oder Lauf-Rallyes, Wanderungen oder Besichtigungen). Unser Bestreben ist, den Kindern nicht nur Spielen in einem begrenzten Raum zu ermöglichen (ASP ein Spielgetto?), sondern den Kindern auch bewußt zu machen, daß die gesamte Umwelt spielbar ist. So wurden mittwoche die Aktivitäten oft nach außen verlagert. Auf diese Weise lernten wir auch andere pädagogisch betreute Spielplätze (Beückenhof und Quellhofstraße) kennen und luden die Kinder zu Besuchen ein.

halben

Die Sommerferien über hatten wir den Platz geöffnet. Der Besuch war jedoch infolge der heißen Witterung und des damals noch fehlenden Wassers bzw. Schattens auf dem ASP sehr gering.

Rückblickend erfuhr die pädagogische Arbeit im letzten Jahr eine qualitative Aufwertung. Anlässlich einer von uns initiierten Tetanus-Impfung registrierten wir die Stammbesucher des ASP. Wir kamen auf eine Zahl von 75 Kindern. Ihr Impfschutz wurde kontrolliert, aufgefrischt bzw. neu hergestellt. Bei evtl. Verletzungen können wir jetzt nachschauen, ob das Kind geimpft ist oder nicht.

5. Osterfreizeit:

1976 richteten wir erstmalig eine Kinderfreizeit aus. Der Erfolg war enorm. Wir beteiligten, wie bei allen anderen Aktivitäten, die Eltern sehr stark am Geschehen. Dies füllte die Reihen der Bürgerinitiative erheblich auf. Die guten Erfahrungen mit dieser Freizeit veranlaßten uns, für 1977 drei Freizeiten anzubieten.

6. Bürgerinitiative:

Die Bürgerinitiative hat z. Z. ca. 30 Mitglieder.

Nun ist der Begriff Mitglieder nicht mit einem Ausweis zu belegen. Bewußt hat sich die Bürgerinitiative nicht vereinsmäßig konstituiert. Sie ist dadurch lebendig und kann rasch agieren. Durch ihre lose Anbindung an das Diakonische Werk ist die Möglichkeit, Spenden entgegenzunehmen, gewährleistet. Die Bürgerinitiative trifft sich jeden 1. Montag im Monat auf dem ASP. Sie ist bei allen pädagogischen, baulichen und planerischen Schritten mit beteiligt. Die meisten Bürgerinitiativen sind kurzlebig auf das Erreichen eines konkreten Zieles ausgerichtet. Wir alle sind froh, daß es unserer Bürgerinitiative gelungen ist, über die kämpferische Phase hinaus zu existieren.

7. Zerstörungen auf dem ASP:

Zerstörungen gab es nur am Anfang der Bauphase. Als die Materialbaracke die erste Nacht stand, wurde sie aufgebrochen. Danach verlief das Jahr ruhiger als das vorhergegangene.

8. Jugendliche auf dem ASP:

Es ist gelungen, im Jahr 1976 einen guten Kontakt zu den Jugendlichen des Stadtteils Fraconung zu bekommen. Sie haben außer Kneipen keine weiteren Treffpunkte.

9. Winterarbeit 1976/77:

Voraussetzung für eine gute Winterarbeit war die rechtzeitige Errichtung des Schienenbusses. Mit einem großen Fest, zu dem wir alle Freunde des ASP einluden und das von der Bürgerinitiative ausgestaltet wurde, wurde dieses Ereignis gebührend gefeiert. Der Schienenbus hat sich in Winter voll bewährt. Vor allem die Jugendarbeit erfuhr eine Intensivierung.

Deutscher Kinderachtsbund e.V.
Spiel- und Lernstube Philippinenhof
Coheneicher Str. 14
35 Kassel

Jahresbericht 1977

Entstehung der Spiel- und Lernstube

Die Spiel- und Lernstube ist am 1.3.1976 u.ä. durch die Initiative von Frau Götting, ausländische Sozialarbeiterin für den Philippinenhof, in Zusammenarbeit mit dem DKWB gegründet worden. Als feste Mitarbeiter wurden Frau Pflüger, Erzieherin, von der Stadt Kassel auf Honorarbasis besetzt, und Frau Meißner, durch die Teilnahme des Arbeitsbeschaffungsprogramms vermittelt, eingestellt. In dieser Anfangsphase war die Spielstube nur vormittags von 9-12 Uhr geöffnet. Die Arbeit wurde mit 6 Kindern im Alter von 3-5 Jahren, die von Frau Götting vermittelt wurden, begonnen. In Räumlichkeiten wurde ein Raum des Gemeinschaftshauses Philippinenhof der Stadt Kassel zur Verfügung gestellt.

Seit dem 1.9.1976 wurde in dem gleichen Raum mit der Betreuung von Schulaufgaben begonnen. Es kamen 9 Kinder im Alter von 7-12 Jahren. Im Laufe der nächsten Wochen erhöhte sich die Kinderzahl auf 11 Kinder vormittags und 14 Kinder nachmittags. In dieser Situation, die als Anlaufzeit und Übergangssituation gesehen werden kann, bis von DKSB geeignete Räumlichkeiten gefunden wurden, zeigten sich folgende Schwierigkeiten, die die Arbeit erschwerten: Durch das Vorhandensein nur eines einzigen Raumes, der auch noch anderweitig benutzt wurde, konnten Basteleien, Materialien, angefangene Arbeiten nie offen stehen gelassen werden. Es gab keine oder nur unzureichende Unterbringungsmöglichkeiten für Spielzeug und Materialien, keine Garderobe für die Kinder sowie ungenügend sanitäre Einrichtungen. Eine intensive Förderung der Kinder bei den Hausaufgaben war einer Erzieherin auch nur bedingt möglich.

Mitarbeiter

Seit dem 1.3.1977 ist Frau Pflüger halbtags als Erzieherin von DKSB fest eingestellt worden. Frau Weider schied aus persönlichen Gründen am 31. 5. 1977 aus der Arbeit der Spiel- und Lernstube aus. Am 1.6. 1977 nahmen Frau Bär als Erziehungshelferin durch das Arbeitsamt im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms vor, und Herr Baum als Eivieldienstleistender ihre Arbeit in der Spiel- und Lernstube auf. Frau Pflüger arbeitete seit dem 1.10. 1977 nun 7 Stunden täglich, so daß für die Arbeit ständig drei feste Mitarbeiter zur Verfügung standen.

Umsug in die Hoheneicher Str. 14

Räumlichkeiten

Inzwischen hatte der DKSB drei Wohnungen in der Hoheneicher Str. 14 gemietet, wobei die beiden unteren Wohnungen für die Spiel- und Lernstube geplant waren. Nach dem Einbau der Heizung und Renovierung der Räume zog die Spiel- und Lernstube am 15.9.1977 um. Noch zu erledigende Malerarbeiten sowie das Einrichten der Räume wurde von den Mitarbeitern an Wochenenden erledigt.

Der Vormittagsgruppe steht eine Wohnung mit einem Raum von ca. 19qm, eine Küche, ein Duschraum mit Garderobe und eine Toilette zur Verfügung. Die Wohnung für die Nachmittagsgruppe umfaßt ein kleines Büro, ca. 9qm, drei kleine Räume von 10 und 9 qm und eine Toilette.

Bei Beschäftigungen sowie bei Einzelhausaufgabenbetreuung wird die jeweils andere Wohnung als Ausweichmöglichkeit genutzt.

Die Kinder der Spiel- und Lernstube

Die Kinderzahl hatte sich ständig weiter erhöht, inzwischen kamen vormittags 14 Kinder und nachmittags 18 Kinder. Die letzten Kinder kamen hauptsächlich durch Mundpropaganda der Spiel- und Lernstubenkinder zu uns.

Will man das Schichtenmodell mit seiner Einteilung in Ober-, Mittel- und Unterschicht beibehalten, so kann gesagt werden, daß alle Kinder aus sogenannten Unterschichtsfamilien kommen. Die Familienväter sind arbeitslos, Hilfsarbeiter, Arbeiter und vereinzelt auch Facharbeiter. Von den 14 Kindern vormittags kommen 7 Kinder aus türkischen Familien, die aufgrund ihres Gastarbeiterstatus, sowie ihrer Situation als lohnabhängige Werkstätige ebenfalls zur Unterschicht gezählt werden können. Es braucht nicht weiter erwähnt zu werden, daß das spezifische Milieu der Unterschicht mit seinen Kennzeichen der besagten Wohnverhältnisse, die Familien wohnen alle in 'Schlichthäusern', der materiellen Situation (viele Sozialhilfeempfänger), der Arbeitssituation mit den Folgeerscheinungen des elaborierten Sprachcodes, übermäßiger Alkoholkonsum, seine Auswirkungen auf den Sozialisationsprozeß der Kinder hat. So gehen ein Drittel der Kinder, die nachmittags kommen, auf die Sonderschule und drei weitere Kinder sind Legastheniker.

Bei fast allen Kindern bestehen Verhaltensstörungen, sowie Defizite im kognitiven, sozialen und verbalen Bereich. Damit einher geht ein vermindertes Selbstwertgefühl, Denk- und Konzentrationschwächen sowie eine geringe Motivierbarkeit.

Aufgrund dieser Faktoren und der psycho-sozialen Situation der Kinder sollen folgende Ziele, die für die Arbeit in der Spiel- und Lernstube bestimmend sind, angestrebt werden:

- Stärkung des Selbstwertgefühls, Vermittlung von Erfolgserlebnissen
- Erlernen von Kooperation und Kommunikation
- Erlernen eines sozialen Verhaltens in der Gruppe, Probleme anderer wahrnehmen, auch nicht selbst erfahrenes Unrecht verstehen und empfinden können, Verständnis für andere entwickeln können
- Erlernen von Problemlösungsverhalten
- Selbstständigkeit im Denken und Handeln zu fördern, z.B. eigene Entscheidungen treffen lernen, sich allein anziehen können
- den Anspruch auf Begründung der vermittelten Normen und Wertstrukturen bewußt machen und Kritikfähigkeit zu entwickeln
- Erkennen von Rollenunterschieden über Schwächeren und Anderedenkenden

- Erkennen von Zusammenhängen in der Natur und Gesellschaft
- Förderung von individuellen Fähigkeiten
- Förderung des sprachlichen Artikulationsvermögens
- Bestehende Entwicklungsrückstände auszugleichen
- Förderung von körperlicher Geschicklichkeit, sowie Förderung der Feinmotorik
- Förderung von logischen Denken
- die vorhandene Motivation zu verbreitern und sie auch über widrige Umstände hinweg durchzuhalten
- das Informationsbedürfnis nach vielen Seiten hin zu verbreitern
- die Konzentration in der selbstgewählten und freiwillig übernommenen Beschäftigung sowie in der angebotenen Beschäftigung zu erhöhen

Die praktische Arbeit in der Spiel- und Lernstube

Die Kinder der Spielstube kommen morgens um 9.00 Uhr. Bis um 10.00 Uhr, wo gemeinsam gefrühstückt wird, können die Kinder sich frei beschäftigen, sie holen sich Spiele und spielen allein oder soweit es möglich ist, miteinander.

Nach dem Frühstück werden verschiedene Formen der Beschäftigung in Kleingruppen angeboten, wobei die Ansprüche an die Motivation und Mitarbeit aus den schon oben genannten Gründen sehr herabgeschraubt werden müssen und diese Kinder nicht mit Kindern einer Kindertagesstätte verglichen werden können. Da die Kinder sehr motorisch sind und es nicht gelernt haben, sich längere Zeit auf eine Sache zu konzentrieren, ist es recht schwierig, alle für eine Sache zu gewinnen.

So oft es das Wetter erlaubt, versuchen wir mit den Kindern auf die Spielplätze oder in die nähere Umgebung zu gehen.

Mit Ausnahme von drei Kindern, die aus relativ gefestigten türkischen Familien kommen, fällt es allen Kindern sehr schwer, sich allein zu beschäftigen. Beim Erzählen von Geschichten und dem Anschauen von Bilderbüchern können die Kinder nicht länger als fünf Minuten interessiert zuhören.

Themen der Beschäftigungsreihen im Jahre 1977

I. Reflexion über Weihnachten

Gespräche über die verschiedenen Arten des Weihnachtsfest zu feiern

Malen von Geschenken

Malen des geschmückten Tannenbaums

Kleben von Collagen

II. "Es schneit"

Bewusstes Beobachten von Schneefall

Reißen von Papierschnipseln, "Wir spielen Schneeweber"

"Wir spielen Schneeräuber"

Kleben von Schneebildern "Es schneit"

Schneeballschlacht im Freien

Kleben eines Schneemannes

Wir bauen draußen im Schnee einen Schneemann

Wir bauen eine Schneehütte

Lernen von Winterliedern: "Schneeflöckchen, Weißröckchen", "Es schneit", "Kommet all und seht, vor dem Haus da steht"

III. Fasching

Basteln von Girlanden als Raumschmuck

Malen von Klecksbildern als Raumschmuck

Masken basteln

Gespräche und Bilderbuchbetrachtungen über Lebensgewohnheiten der Indianer

Basteln von Indianerkopfschmuck

Basteln von Speeren

Faschingsfeier

IV. Basteln von Mäskeln aus Joghurtbechern

Bekleben mit Kleisterschnipseln

Anmalen

Füllen mit verschiedenen Materialien wie Reis, Erbsen, Bohnen

Lackieren mit Zaponlack

Umgang mit Mäskeln

V. Tiere aus aller Welt

Anschauen der Tiere in Lexikon

Gespräche über Lebensgewohnheiten

Besuch im Naturkundemuseum

Malen verschiedener Tiere

Formen verschiedener Tiere aus Plastilin

Bauen eines Tiergeheges aus Bauklötzen

Lied: "In Zoo"

VI. Ostern

Basteln von Osterhasen aus Seidenpapier als Fensterschmuck

Malen von Osterbildern
Lied: "Has, Has, Osterhas"

Osterhasen aus Buntpapier schneiden

Kleben von Osterbildern aus Buntpapier

Formen von Hasen, Körbchen und Eiern aus Plastilin

Besteln von Osterkörbchen (Umwickeln von Plastikschälchen mit Krepppapier)

Anmalen von gekochten Eiern mit Fingerfarben

Anmalen von gekochten Eiern mit Wachs- und Filzstiften

Suchen der Osterkörbchen

VII. Markt - Einzelhandel - Konzern

Besuch auf dem Markt

Gespräch über Ausflug und Malen des Erlebten

Obstsalat

Lied: " Die Marktfrau"

Bilderbuchbetrachtung: "Kinder heute ist Wochenmarkt"

" Lustige Esgeschichte"

Herstellen von Geld

Formen von Obst und Gemüse aus Plastilin

Rollenspiel: " Wir kaufen auf dem Markt"

" Wiegen"

Lied: "Marmelade, Schokolade"

Besuch im Rewe als Einzelhandelsgeschäft

Gespräch über Besuch und Herausarbeiten der Unterschiede zum Markt

Sammeln von Schachteln

Rollenspiel: "Wir kaufen im Rewe"

Besuch im Neckermann Kaufhaus als Beispiel für Konzern

Gespräch über Besuch und Herausarbeiten der Unterschiede zum Markt und Rewe

VIII. Meine Familie

Gespräch "Wer gehört zur Familie?"

Mitbringen von Fotos

Malen der Familienmitglieder

Gespräch "Welche Rolle spielen die einzelnen Familienmitglieder?"

Rollenverteilung Vater - Mutter

Rollenspiel: Familie

IX. Wo leben die Familien?

Wohnungen- Einzelhaus- Hochhaus

Herausarbeiten der Unterschiede, Bedeutung für den Menschen

Wohnungsaufteilung (Zimmer, Küche Bad)

Malen der Häuser
Malen der Wohnungen
" Wie entsteht ein Haus "
Ausflug zu einer Baustelle
Gespräch über Besuch
Bauen von Häusern aus Bauklötzen
Basteln von Häusern aus Faltpapier und Kleben

X.

Formen

Kreis, Dreieck, Rechteck, Quadrat
Logische Blöcke
Malen der verschiedenen Formen
Aus schneiden der verschiedenen Formen
Wo erkennt man die einzelnen Formen wieder? z.B. Dreieck in
Verkehrsschild, Dach von Haus u.s.w.

XI.

Verkehrserziehung

Rechts - Links
Wie verhalte ich mich im Verkehr?
Verkehrsmemory
Kennenlernen von wichtigen Verkehrszeichen
Verkehrszeichen malen
Straße mit Verkehrszeichen malen
Verkehrsschilder basteln
Bauen mit Bauklötzen, Straßen, Häuser, Verkehrsschilder, in Spiel
Einüben von verkehrsgerechten Verhalten
Rollenspiel
Lied von Verkehr

XII.

Getreide

Gespräch über Aussaat
Kennenlernen der verschiedenen Getreidesorten
Sammeln von Getreide
Gespräch: " Was wird aus Getreide hergestellt? "
Körner mahlen
Backen von Brot

XIII.

Herbst

Gespräch über Veränderungen in der Natur im Herbst
Sammeln von Kastanien
Basteln von Kastanienketten

Basteln von Tieren aus Kastanien, z.B. Igel

Basteln von Kastaniemännchen

Sammeln von Herbstblättern

Kennenlernen verschiedener Blätter

Trocknen und Fressen der Blätter

Klebbilder aus Herbstblättern (Männchen, Tiere)

Herbstlieder: "Spannenlanger Hansel", "Falle, falle, falle",

"Wenn der frische Herbstwind weht".

Basteln von Papierdrachen

Drachen steigen lassen

XIV. Laternenfest

Geschichte von St. Martin

Singen von Laternenliedern

Basteln einer Laterne mit Korkstempeldruck

Laternenfest und Usug mit den Eltern

XV. Advent- und Weihnachtszeit

Malen eines Adventkranzes

Basteln von Sternen aus Transparentpapier als Fensterechmuck

Geschichte vom Nikolaus

Nikolauslieder

Nikolausfeier

Klebbild: Adventskranz

Basteln von Sternen aus Metallfolie

Weihnachtslieder

Malen von Wunschzetteln

Ausschneiden von Wünschen und Aufkleben als Wunschzettel

Basteln von Kerzenständern aus Wäscheklammern als Weihnachts-
geschenk für Eltern

Weihnachtsfeier

Als recht problematisch stellt sich auch die Form der Ausein-
setzung untereinander dar, die immer wieder Anlaß zum Eingreifen gibt.
Konflikte werden durch den Einsatz von körperlicher Gewalt oder auch
von Gegenständen ausgetragen. Verbale Auseinandersetzungen als Kon-
fliktlösung sind zum Teil fremd und werden unglücklich verfolgt.
Erwähnt werden muß auch, daß wir für zwei Kinder eine Sprechbehandlung
in die Wege leiten konnten. Ein Kind mit massiven Sprechstörungen

Konnte in Behandlungszentrum in Grensweg ganztags untergebracht werden, das andere Kind besucht weiterhin die Spiel- und Lernstube und geht samstags zusätzlich zur Sprachtherapie in das Behandlungszentrum.

Um 12.00 Uhr verlassen die Kinder aus der Vormittagsgruppe die Spiel- und Lernstube und kurz danach kamen die ersten Kinder, um Schulaufgaben zu machen.

Man hatte keine Zeit, den Vormittag zu reflektieren, Vorbereitungen für den nächsten Tag oder die Nachmittagsgruppe zu treffen, Kontakte zu Eltern und Schule herzustellen oder auch nur mal auszuspannen, um den Nachmittagskindern wieder gerecht werden zu können. Regelmäßige Mitarbeiterbesprechungen konnten ebenfalls nicht stattfinden.

Bisher konnte davon ausgegangen werden, daß für das Erledigen der Schulaufgaben für jedes Kind mindestens eine halbe Stunde notwendig war. Fast kein Kind ist in der Lage, seine Hausaufgaben selbstständig zu erledigen. Viele Kinder brauchen einen Erzieher ganz für sich allein und einen eigenen Raum, um wirklich konzentriert arbeiten zu können.

Nach den Schularbeiten haben die Kinder die Möglichkeit zu spielen, zu basteln oder zu malen. Besonders begehrt sind Bastelarbeiten, die den Kindern das Gefühl vermitteln, etwas hergestellt zu haben, was sie mit nachhause mitnehmen und vorzeigen können.

Von den älteren Kindern wurden Angebote der Mitarbeiter, über Probleme aus ihrer Schul- und Familiensituation zu reden, erstaunlich positiv aufgenommen.

Einige Kinder verlassen die Spiel- und Lernstube, nachdem sie ihre Aufgaben erledigt haben, um im Freien zu spielen, die meisten Kinder gehen jedoch erst wenn die Räumlichkeiten um 17.00 Uhr geschlossen werden.

Obwohl der Umzug aus dem Gemeinschaftshaus in die Hoheneicher Str. eine enorme Verbesserung darstellt, zeigte sich doch bald, daß die einzelnen Räume sehr klein sind und die Kinder in ihrem Drang nach Bewegung und Platz einengen. Beim wöchentlichen Turnen zeigt sich das sehr deutlich. Angebote an die Kinder auf Turnmatten, die von Frau Dr. Trepte gestiftet wurden, zu turnen und zu toben, werden mit Begeisterung aufgenommen. Es ist zu überlegen, ob nicht ein entsprechender Raum für diese Bedürfnisse im Keller eingerichtet werden kann.

Ebenso könnte ein gepachteter Schrebergarten hier in der näheren Umgebung einen Freiraum für die Kinder darstellen, für den sie sich jedoch auch verantwortlich fühlen und Erfahrungen sammeln können.

- 230 -

Elternarbeit

Uns allen ist klar, daß eine sinnvolle Kinderarbeit nur geleistet werden kann, wenn sie einhergeht mit einer kontinuierlichen Elternarbeit. Dies wurde versucht indes einmal im Monat ein Elternabend angesetzt wurde. Im Laufe des Jahres bestand jedoch eine starke Fluktuation der Kinder in der Spiel- und Lernstube, so daß auch mit der Elternarbeit immer wieder von vorn begonnen werden mußte. Zu den meisten Eltern mußte der Kontakt erst hergestellt werden, vereinzelt nahmen Eltern auch von sich aus Kontakt zu den Mitarbeitern auf, wenn sie die Kinder brachten oder abholten. Seit wir in der Hoheneicher Str. sind, kommen und gehen die meisten Kinder allein, so daß man noch weniger Kontaktmöglichkeiten zu den Eltern hat. Zu wenigen war der Kontakt schon so gut, daß eine Vertrauensbasis bestand und sich die Eltern mit ihren Problemen an uns wandten, damit wir gemeinsam versuchten, eine Lösung zu finden oder auch einfach nur darüber reden zu können.

Es hat sich als schwierig erwiesen, Ziele der Elternarbeit wie Einstellungs- und Verhaltensänderung im Umgang mit ihren Kindern zu verwirklichen, da die Eltern selbst durch die Erziehungspraktiken, die sie nun an ihre Kinder weitergeben, erzogen worden sind und teilweise heute noch als Ehefrauen Schläge von ihren Männern erdulden müssen. Sie kennen keine anderen Verhaltensnormen und sind sich keiner Schuld bewußt, wenn sie ihre Kinder schlagen, im Gegenteil, sie tun dies in der festen Überzeugung, ein angemessenes und durchaus übliches Erziehungsmittel angewandt zu haben. Durch die unterschiedlichen Wertvorstellungen, Einstellungen und Haltungen der Eltern und Erzieher kommt es zu Kommunikationschwierigkeiten und Barrieren, da die Erzieher sich nur schwer in die Lebensgewohnheiten und Situationen der Eltern eindenken und einfühlen können. Aufgrund ihrer ganz speziellen Erfahrungen und ihrer konkreten Lebenssituation wehren die Eltern sich gegen jede Form der theoretischen Belehrung und reinen Wissensvermittlung, ebenso wenig anklagenden Bastelabende. Die Eltern haben das Bedürfnis, sich mit anderen Eltern zu treffen, Kontakt aufzunehmen und miteinander zu reden. Sie wollen über sich, über ihre Erfahrungen und ihre Probleme aus Alltag und Familie reden. Für diese spezifischen Formen der Elternarbeit sind die Mitarbeiter schon aus rein zeitlichen Gründen überfordert. Die notwendigen Kontakte zu den Eltern, auch Lehrern oder anderen Institutionen sind, wenn es nötig erschien, in die Freizeit verlegt worden.

Wir hoffen, daß sich aufgrund der verbesserten personalen Situation in Zukunft in dieser Richtung Änderungen ergeben und Perspektiven aufgeweigt werden können.

Jahresbericht über die Arbeit des SPA - Eschwege

(Sozialpädagogischer Arbeitskreis Eschwege c/o Norbert Schrinner, 3440 Eschwege-Oberdünzsbach, Zur Warthe 3)

1. Initiativen, die von bezahlten Kräften geleitet wurden:

a. Spielstube (Frau Großkurth)

Täglich (Mo - Fr.) wurden 10 - 12 Kinder halbtags zum Lernen und Spielen angeleitet.

b. Familienberatung (Frau Metschan)

Zweimal wöchentlich versuchte Frau Metschan Probleme in Familien mit den Betroffenen zu besprechen und Hilfen zur Selbsthilfe anzubieten.

c. Kochkurs (Frau Schweiger)

3 - 4 Mütter kochten für ihre Familien in der Küche unseres Vereines. Frau Schweiger beriet und organisierte. Mehrmals wurden auch andere Familien aus unserer Küche versorgt, wenn die Mutter ausfiel.

2. Initiativen, die von ehrenamtlichen Kräften geleitet wurden:

a. Hausaufgabenhilfe

Die Hausaufgabenhilfe wurde als Einzelbetreuung in den Familien durchgeführt. Fünf Mitarbeiterinnen waren hieran beteiligt.

b. Freizeitgruppen

1. Bastelgruppe am Diebach

8 - 12 Kinder bastelten und werkten Gegenstände für den eigenen Gebrauch (Mobile, Geschenke für Eltern, Wandschmuck)

2. 2 Freizeitgruppen (altersmäßig gestaffelt) in der Altstadt
Einmal wöchentlich nahmen in beiden Gruppen je 10 - 15 Schüler (meist Sonderschüler) an einem abwechslungsreichen Freizeitprogramm teil.

c. Beratung von Familien, die von Obdachlosigkeit bedroht waren

12 Familien, die eine Räumungsklage bereits zugeschiedt bekamen, wurden im Verlauf des Jahres besucht. In Gesprächen wurden die

Familien ermutigt, alle-Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Zwangsäumung in den Diebach abzuwenden.

3. Initiativen, die von Bewohnern der Altstadt oder des Diebaches geleitet wurden

a. Bastel- und Handarbeitsgruppe am Diebach

Frauen und Kinder arbeiteten unter Leitung von Frau Vogeler auf Basar - Verkäufe hin.

b. Basar - Verkauf auf dem Eschweger Wochenmarkt

in eigener Regie verkauften die Bewohner des Diebach die selbst angefertigten Dinge (meist Textilien). Der Erlös kam unserer Jugendarbeit zugute.

c. Kegelgruppe

Wöchentlich einmal fand für Jugendliche ein Kegelnachmittag statt.

d. Tanzveranstaltungen im Keller-raum des Diebach

Unter der Leitung einer Jugendgruppe fanden mehrere Tanzveranstaltungen statt.

4. Veranstaltungen, die in enger Zusammenarbeit zwischen Bewohnern und Mitarbeitern durchgeführt wurden.

a. Kinderfest 76

(Basar, Aufführung der Spielstube n-Kinder, Spiele)

b. Freizeit der SPA-Jugend

(Altstadt) am 31. 01. - 01. 02. 76

2 Väter aus der Altstadt leiteten diese Freizeit maßgeblich mit. (Ausführlicher Bericht: Siehe Anhang)

c. 4 Zeltlager - Wochenenden im Mai/Juni:

Mehrere Bewohner beteiligten sich 76 auch an diesen Veranstaltungen als Betreuer.

d. Harz - Zeltlager 1976

Eltern aus 3 Familien fuhren mit. Ein Vater organisierte die Verpflegung und bereitete die Mahlzeiten zu.

e) Weihnachtsfest der Spielstube

Mit Hilfe der Mütter führte Frau Großkurth mit den Kleinen ein Krippenspiel vor. Die Eltern bereiteten das Fest maßgeblich vor.

- 233 -
Projektgruppe Edeltzeller Siedlung e.V.

Kreuzberstraße 23 c/o John Domnick, 6400 Fulda Tel. 0661/41659 o42158

**WIR
IN DER
PRESSE**

Die Projektgruppe gibt regelmäßig die "Edeltzeller Siedlungspost" heraus, eine Stadtteilzeitung. Zu beziehen über o.a. Adresse



DER REGIONALE UND LOKALE TEIL

Praktische Sozialarbeit am Beispiel Edelzeller Siedlung

Studenten und Professoren wollen Freizeit für Kinder, Jugendliche und Erwachsene sinnvoller gestalten

Fulda: Die Studenten des Fachbereichs Sozialarbeit an der Fachhochschule Fulda wollen nicht nur theoretisieren; sie wollen ihre Kenntnisse, die sie während des Studiums erworben haben, auch praktisch anwenden. 18 Studenten haben sich daher zur Projektgruppe „Edelzeller Siedlung“ zusammengeschlossen, um schon jetzt Erfahrungen zu sammeln. Die angehenden Sozialarbeiter wollen in der vornehmlich von Arbeitern bewohnten Siedlung Kinder, Jugendliche und Erwachsene anhalten, ihre Freizeit sinnvoller zu gestalten.

Den Studenten kommt es vor allen Dingen darauf an, die Bewohner der Edelzeller Siedlung zu aktivieren. Dadurch, daß die Studenten der Bevölkerung Anstöße zur Freizeitgestaltung geben, soll den Bürgern die Gelegenheit geboten werden, nach eigenen Bedürfnissen die inhaltliche Ausgestaltung vorzunehmen.

Besonderen Wert legt die Projektgruppe auf die Arbeit im eigenen Lebensbereich, so daß sich alle Bewohner innerhalb der Siedlung bewegen können und somit ein Solidareffekt entsteht. Nach den bisherigen Feststellungen der Studenten kennen die meisten Anwohner, die schon seit längerer Zeit dort leben, nur sehr wenige Nachbarn. So bewegt sich die Kommunikation unter den Bürgern auf einer sehr niedrigen Stufe. Zu diesem Zweck wurde auch eine Stadttellzeitung, die „Siedlungspost“ herausgegeben, die jetzt mit ihrer ersten Ausgabe erschienen ist.

Vor einem Jahr hat die Projektgruppe begonnen zu arbeiten. Zuerst wurden die theoretischen Grundlagen erarbeitet, die nun seit sechs Monaten praktischen Bezug haben. In der ersten Bewohnerversammlung wurde der Wunsch laut, Gemeinschaftsräume zu schaffen. Etwa 200 Bürger der Edelzeller Siedlung haben sich durch ihre Unterschriften für diese Forderung eingesetzt. Durch eine Anmietung von Räumen wäre zum Beispiel die Möglichkeit zu einer sinnvollen Betreuung der Kinder mit Hausaufgabenhilfe und Spielnachmittagen gegeben. In diesen

Räumen könnten außerdem regelmäßige Jugendtreffs abgehalten werden, um die Jugendlichen von der Straße zu locken. Ein weiterer Effekt ist die Verhinderung der Jugendkriminalität, die meist eine Folge von Langeweile ist.

Auch gemeinsame Veranstaltungen mit den Erwachsenen könnten dann dort durchgeführt werden, wie Filmabende, verschiedene Kurse und Tanzveranstaltungen.

Das Problem der Gruppe, die das Gemeinwesen in der Edelzeller Siedlung fördern will, liegt in der Finanzierung eines solchen Raumes. Für die Anmietung erwartet die Gruppe öffentliche Gelder, die jedoch wahrscheinlich auf sich warten lassen werden. Noch ist sie auf Spenden angewiesen. Die Anmietung eines ehemaligen Lebensmittelgeschäftes, das für die geplante Arbeit in Frage käme, kostet 500 Mark pro Monat. So schwebt der Gruppe, um der Finanznot ein Ende zu bereiten, die Gründung eines Vereins vor, um über den Beitrag einen Teil der Ausgaben zu decken. Auch für diese Initiative konnten sich 35 Bewohner der Edelzeller Siedlung erwärmen, wie sie durch ihre Unterschriften bewiesen. Als Anfangskapital dienten 500 Mark, die durch den Erlös eines Basars zustande kamen. Die Jugendlichen räumten ihre Keller aus und organisierten den Verkauf.

Konkrete Aktionen hat die Projektgruppe „Edelzeller Siedlung“ bereits gestartet. Mit sporadischen Hausaufgabenhilfe und Spielnachmittagen entlasteten die 18 Studenten die Mütter und beschäftigten die Kinder mit sinnvollen Spielen. Nachdem sich die Gruppe bei der Bevölkerung eine Vertrauensbasis geschaffen hatte, fuhr sie mit zahlreichen Jugendlichen in diesem Sommer zu einem Zeltlager nach Wüstensachsen, was nicht nur bei den jungen Leuten lebhaftes Echo hervorrief. Eine erhebliche Stärkung des Selbstbewußtseins der Jugendlichen war die Folge.

Weiteres Ziel der Projektgruppe ist es, die zahlreichen Gastarbeiterfamilien

und die alten Leute stärker in die Siedlungsgemeinschaft zu integrieren. Auch das soziale Umfeld der Bevölkerung durch Gespräche mit für ihre Probleme zuständigen Partnern soll erweitert werden. Den Hausfrauen sollen mehr Möglichkeiten geboten werden, ihre Interessen auch außer Haus wahrnehmen zu können.

Die Studenten wollen noch mindestens drei Jahre zusammenarbeiten, um die Probleme der Edelzeller Siedlung „dort anzupacken, wo sie sind“ und anschließend einen Forschungsbericht veröffentlichen.

Hildegard Rathgeber

Erkenntnisse für die weitere Arbeit

Viel Spaß und Erholung bei der erlebnisreichen Kinderfreizeit der Projektgruppe Edelzeller Siedlung

Fulda. Zu einem Erlebnis für alle Teilnehmer wurde die diesjährige Kinderfreizeit der Projektgruppe Edelzeller Siedlung für Kinder im Grundschulalter aus der Edelzeller Siedlung. Der Kinderklub besteht seit zwei Jahren und wird von Studenten des Fachbereichs Sozialarbeit der Fachhochschule Fulda betreut. Zehnmal in der Woche werden Spielnachmittage und Schulaufgabenhilfe durchgeführt.

Für die zehntägige Freizeit, die von der Stadt Fulda finanziell unterstützt wurde, konnte das Naturfreundehaus in Leusel, ein umgebautes Bahnwärtergehöft, angemietet werden. Der fehlende Strom, die Gasbeleuchtung und die Wasserpumpe im Hof versetzten die Kinder in eine längst vergangene romantische Zeit. Das einsam gelegene Haus mit seinem großzügig angelegten Spielgelände bot ideale Möglichkeiten zum Spielen und Toben.

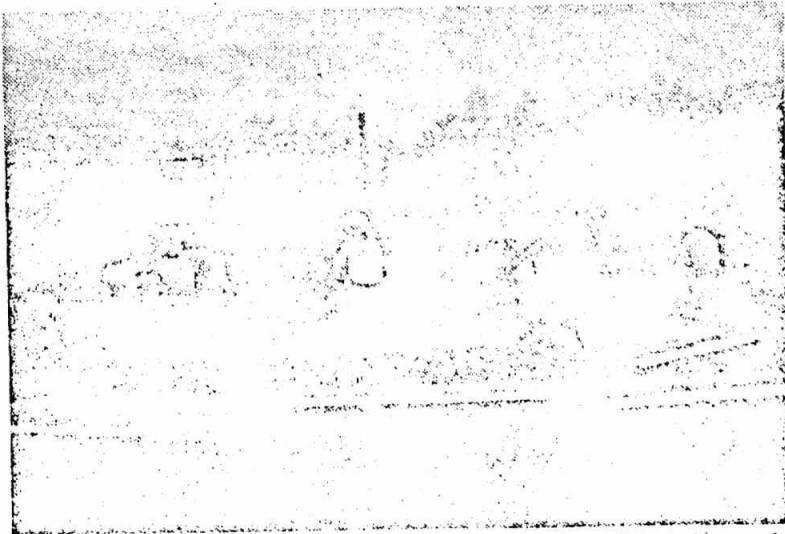
Die Kinder hatten selbst bei der Vorbereitung und Planung des Lagers und bei der Aufstellung des Speiseplans mitgeholfen. Die täglich anfallenden Arbeiten wie Ko-

chen, Spülen, Aufräumen und Einkaufen wurden von ständig wechselnden Gruppen übernommen. Alle waren mit Interesse bei der Sache und erhielten so einen Eindruck von den Schwierigkeiten, sich selbst zu versorgen.

Für die Nachmittage wurde ein abwechslungsreiches Programm mit Gelände- und Orientierungsspielen angeboten. Auf die Sieger warteten jeweils lohnende Preise. Ein Ausflug nach Alfeld und zur gut erhaltenen mittelalterlichen Burg Herzberg machten ebensoviel Spaß wie eine erste Nachtwanderung durch den Wald.

Viel Vergnügen brachte allen die von den Kindern zusammengestellte „Tagesschau von Leusel“, die abends über den selbstgebauten Fernseher übertragen wurde und in lustiger Weise über die Ereignisse des Tages berichtete. Wenn bei wechselhaftem Wetter im Freien nichts unternommen werden konnte, traf man sich in einem großen Gemeinschaftsraum, um Bilder zu malen und kleine Andenken zu basteln.

Außer viel Spaß und Erholung für die Kinder brachte die Freizeit die Gruppe einem für die fortlaufende Kinderarbeit wichtigen Ziel näher. Durch den gemeinsamen Tagesablauf wurde der Zusammenhalt der Klubmitglieder gefestigt, und sie konnten verstärkt die Erfahrung machen, daß Schwierigkeiten im Umgang miteinander gemeistert werden können.



Viel Spaß hatten die Kinder aus der Edelzeller Siedlung bei ihrer selbst zusammengestellten Tagesschau während der Freizeit in Leusel.

Ein kunterbuntes Kinderfest

70 kleine Gäste bei Studenten der Fachhochschule Fulda

Fulda (ch). Laut und lustig ging es in der Turnhalle der Fachhochschule zu, wohin etwa 70 Kinder von studentischen Projektgruppen zu einem vorweihnachtlichen Vergnügen eingeladen worden waren.

Nach Belieben konnten die kleinen Gäste in der Purzelecke herumtollen, sich mit ihren großen Freunden im Tauziehen und an der Wurfbude messen oder mit Phantasie und Fingerfarbe gemeinsam die große Malwand gestalten. Ein Klavier und mehrere Handtrommeln fanden pausenlos den Zuspruch hoffnungsvoller Talente, dazu wurde getanzt und mit Gymnastikbällen gespielt. Vor ihrem begeisterten Publikum brachte die „Wunderbaumfamilie“ – eine Puppenspielergruppe aus Marburg – ihre selbstgebastelten Marionetten in Bewegung.

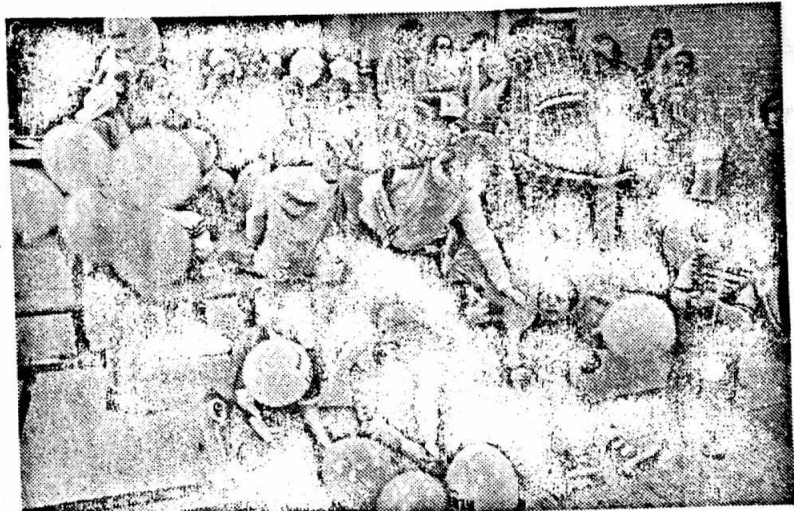
Die Initiative zu dem Kinderfest war von der Projektgruppe „Fremdplacierung“ ausgegangen, die Alternativen zur Heimerziehung untersucht und persönliche Kontakte zu Kindern aus dem Antonius-

heim und dem Kinderdorf Maberzell pflegt.

Im Rahmen des projektorientierten Hauptstudiums im Fachbereich Sozialarbeit an der Fachhochschule beschäftigt sich ein weiterer Studentenkreis seit über zwei Jahren mit den Kinderklubs „Weiße Indianer“ und „Schwarze Schafe“ der Edelzeller Siedlung und bemüht sich um die Verwirklichung eines Abenteuerspielplatzes im Südent.

Bereits seit vier Jahren ist die Projektgruppe „Herbsteiner Straße“ in den städtischen Notunterkünften aktiv. Unterstützt von der Stadt Fulda, dem Landesjugendamt und dem Sozialministerium besteht hier ein Modell, das studentische Initiative und professionelle Sozialarbeit verbindet.

Daß das Studium der Sozialarbeit mehr ist als ein Bücherstudium, sondern Menschen zunutze gemacht werden kann, zeigt dieser Bereich studentischer Aktivität, mit der ein Stück soziale Verantwortung oder gesellschaftliche Verpflichtung von Wissenschaft verwirklicht wird.



Vergnügte Gäste beim vorweihnachtlichen Kinderfest in der Fachhochschule Fulda.
Foto: Weber

DER REGIONALE UND LOKALE TEIL

Kinder bauen einen Spielplatz

Projektgruppe Edelzeller Siedlung legte zusammen mit Kindern den „Grundstein“

Fulda (FZ). Ein Spielplatz, der nach eigenen Vorstellungen der Kinder und mit ihrer aktiven Mitarbeit gestaltet werden soll, entsteht zur Zeit auf einer Wiese zwischen dem Ronsbach und der Edelzeller Siedlung. Die Projektgruppe Edelzeller Siedlung e. V., ein gemeinnütziger Verein, der sich aus Bewohnern der Siedlung und Sozialarbeitstudenten der Fachhochschule Fulda zusammensetzt, hat begonnen, zusammen mit den Kindern aus der Siedlung den „Grundstein“ für einen pädagogisch betreuten Spielplatz zu legen.

Die erste größere Aktion auf der von der Projektgruppe gepachteten Wiese gab es mit einem Kinderfest, bei dem rund 60 Mädchen und Jungen begeistert mitmachten.

Mit viel Mühe, Farbe und Ideen errichteten die Kinder aus der Edelzeller Siedlung zusammen mit ihren kleinen Gästen aus der

Herbsteiner Straße ein buntes Zelt und malten ein großes Schild mit der Aufschrift „Dies ist ein Spielplatz“, das in der Nähe der B 27 befestigt wurde.

Diese erste Bau-Aktion wurde an einem weiteren Wochenende mit der Herstellung einer Schaukel, eines Labyrinths und einer Hütte fortgesetzt. Samstags gab es dann ein Sommerfest, zu dem viele Anlieger, Bewohner, Eltern und Kinder kamen. Eine Plakatwand informierte über die Arbeit der Projektgruppe, es gab Spiele, viel Musik, leckere Grillsachen und Getränke und eine Losbude mit attraktiven Preisen.

Ziel dieser Aktionen war und ist es, wesentlich zu der Entwicklung von Selbstständigkeit und Förderung von Kreativität der Kinder beizutragen. Bleibt zu hoffen, daß der Spielplatz mit der Zeit immer mehr Format annimmt und Kinder zum aktiven Mittun und Mitspielen anregt.

Fuldaer Zeitung / Hünfelder Zeitung

Montag, 17. Juli 1978 / Nummer 160 – Seite 7



Abenteuer-
Spielplatz
im Bau

Projektgruppe Herbsteiner Straße e. V.

KORPORATIVES MITGLIED DER ARBEITERWOHLFAHRT, BEZIRKSVERBAND HESSEN-NORD e. V.

Projektgruppe Herbsteiner Str. e. V. · 64 Fulda · Schlitzer Str. 81
Klosterwiesenweg 7

64 FULDA, den 16.9.1978

Klosterwiesenweg 7

Telefon ~~7 72 67~~

51828

Sachstandsbericht der Projektgruppe Herbsteiner Str. e.V.

In den Jahren von 1971 bis 1978 reduzierte sich die Zahl der Bewohner der Obdachlosensiedlung Fulda von 167 auf 66 Personen. Dieser Rückgang der Bewohnerzahl ist auf die Zielsetzung der Projektgruppe zurückzuführen, nämlich "die bestehende Siedlung aufzulösen, bzw. zu einem normalen Wohngebiet auszubauen." Letzteres ist auf grund der Siedlungs-lage - Stadtrand- nicht möglich, weshalb zur Zeit ein Konzept zur gänzlichen Auflösung der Siedlung erarbeitet wird.

Vorgesehen ist die Umsiedlung der Familien mit Kindern in die Edelzeller Siedlung, wo eine intensive Nachbetreuung möglich wäre. Problematisch ist die Aussiedlung der Alten und Alleinstehenden, da es sich bei dieser Personengruppe um die am längsten in der Siedlung wohnenden handelt. Sie wollen nach eigenen Angaben in der Siedlung bleiben, da hier für sie ein relativ guter Kommunikationszusammenhang besteht, der sich in Nachbarschaftshilfe ausdrückt.

Berücksichtigt man also bei einer Aussiedlungsstrategie die Wünsche der Betroffenen, so müßte die Siedlung für diesen Teil der Bewohner existent bleiben, jedoch unter veränderten Bedingungen (Umverteilung des Wohnraums, Verbesserung der sanitären Einrichtungen, Abänderung der Nutzungsverhältnisse in Mietverhältnisse, etc.).

Derzeitige Arbeitsbereiche

a) Spielstube

Die 3 - 6 jährigen Kinder (z.Zt. 8 Kd.) werden in der innerhalb der Siedlung liegenden Spielstube betreut. Träger dieses Arbeitsbereiches ist der Magistrat der Stadt Fulda.

Ziele dieser Arbeit: - Ausgleichung der Sozialisationsdefizite, die durch die ökonomische und soziale Situation in der Obdachlosensiedlung hervorgerufen werden.

Die Spielstube bietet die Möglichkeit einer studentischen Mitarbeit.

b) Kinderclub

Der Kinderclub wird z.Zt. von 9 Kindern im Alter von 6 - 12 Jahren frequentiert. Betreut werden die Kinder von einem hauptamtlichen Sozialarbeiter und Studenten der Fachhochschule Fulda.

Schwerpunkt der Kinderarbeit ist der Bereich der Hausaufgabenhilfe. Die Mitarbeit von drei Lehrern ermöglicht eine simultane Einzelbetreuung, die sich positiv auf die schulischen Leistungen der Kinder auswirkt.

Neben der Betreuung im schulischen Bereich werden Aktivitäten zur Erweiterung der kognitiven Fähigkeiten durchgeführt (Basteln, Werken, Malen). Wöchentlich stattfindende Exkursionen sollen den eingeschränkten Erfahrungsbereich der Kinder erweitern.

Eine Zusammenarbeit mit den Eltern in bezug auf schulische Probleme beschränkt sich auf Einzelgespräche.

c) Jugendclub

Mit den Jugendlichen aus der Obdachlosensiedlung (z.Zt. 7) betreut die Projektgruppe auch Jugendliche aus sozial schwachen Familien der Unterstadt und Kinder von ehemals Obdachlosen.

Seit Anfang des Jahres 1978 stehen den Jugendlichen keine Räume mehr zur Verfügung, da die angemieteten Räume in der Unterstadt wegen der anstehenden Stadtsanierung aufgegeben werden mußten.

Aktivitäten müssen derzeit in Gaststätten und Privatwohnungen durchgeführt werden. Standort neuer Jugendräume soll wiederum die Innen- bzw. Unterstadt sein, um durch Kontakte mit gleichaltrigen

Jugendlichen aus anderen Stadtgebieten einer Isolation der in der Siedlung lebenden Jugendlichen entgegenzuwirken.

Zielvorstellungen:

- Erweiterung des defizitären Erfahrungsbereiches
- langsamer Abbau der Heckordnung
- Abbau negativer Verhaltensmuster und Rollenerwartungen gegenüber Frauen
- Förderung kreativer Fähigkeiten
- Vorbereitung auf Schulabschluß und anschließende Arbeit

d) Erwachsenenarbeit

Der überwiegende Teil der Bewohnerarbeit besteht in Einzelgesprächen, Beratungen und konkreten Hilfen bei einzelnen Problemen der Betroffenen. Gemeinsame Aktivitäten der Bewohner beschränken sich zur Zeit auf die Vorbereitung und Durchführung von Festen. Eine Bewohnerin vertritt aktiv die Interessen der Siedlung in der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen (LAG).

Einzig der einmal wöchentlich stattfindende Nähabend ist fester Bestandteil der Bewohnerarbeit. Hieran nehmen 4 bis 6 Frauen und Mädchen teil, die im Laufe des Abends Näh- und Flickarbeiten erledigen. Diese "Nähabende" sollen der Intensivierung der Kommunikation zwischen den Frauen und der Projektgruppe dienen und Anregungen zu Diskussionen von gleichen Problemen geben.

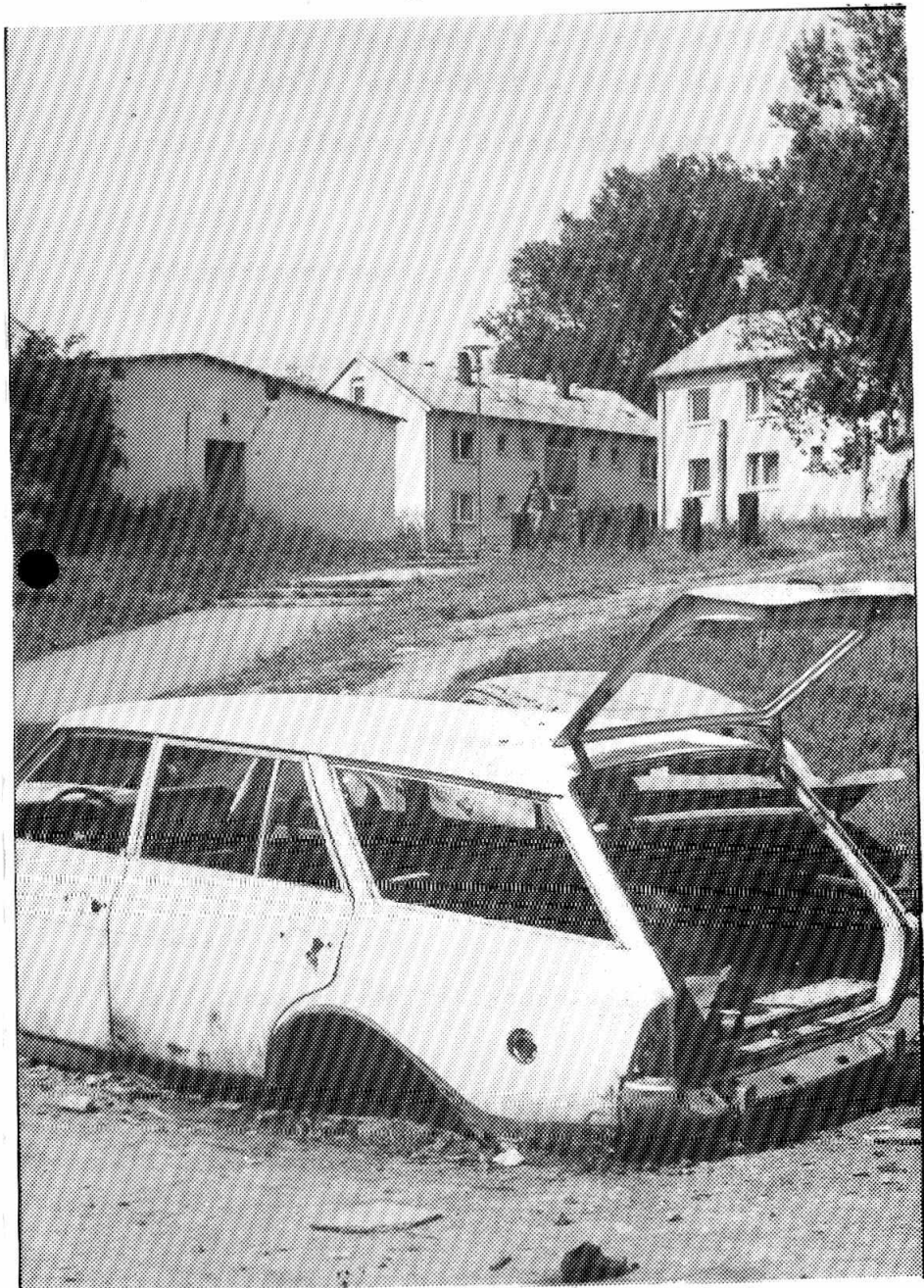
Aktivitäten des Magistrats der Stadt Fulda

Dem Magistrat der Stadt Fulda liegt kein Programm/Konzept zur Lösung der Obdachlosenfrage, bzw. der Verhinderung neuer Obdachlosigkeit vor. Die Arbeit der Obdachlosenbehörde beschränkt sich, 'soweit es möglich ist' (Briefwechsel zwischen PG-Mitglied und Magistrat v. 14.9.1977, ebenso folgende Zitate) auf das Beachten der Empfehlungen des Hessischen Ministers entsprechend dem Erlaß v. 9.1.1973. Sie will versuchen die restlichen kinderreichen Familien im Rahmen der Resozialisierung bis 1978 in das Stadtgebiet

umzusiedeln. Die restlichen Bewohner dürften, nach Ansicht der Stadt, nur sehr schwer oder überhaupt nicht einzugliedern sein.

Einweisungen von Alleinstehenden wurden in den letzten Jahren immer wieder vorgenommen. Es handelt sich bei diesen Personen nach Ansicht des Magistrats um 'Asoziale und Trinker', bei denen trotz mehrfachen Bemühen eine Einweisung in die Obdachlosensiedlung 'nicht verhindert werden konnte'.

Veränderungen innerhalb der Obdachlosensiedlung von seiten des Magistrats beschränkten sich auf den Abbruch der Barackenzeile im August dieses Jahres, in welche noch im Sommer 1977 trotz menschenunwürdiger Zustände (keine Toiletten, kein Wasseranschluß) Personen eingewiesen worden waren. Der durch den Abbruch entstandene Schotterplatz dient nun den Zigeunern als Abstellplatz für ihre Wohnwagen.



Siedlung
Herbsteinerstr.
Fulda

P r o g r a m m des Jugend- und Sozialzentrums Damaschkeweg 96

- Gruppen, Veranstaltungen, Beratungsdienst - Stand 26.6.1978

für K I N D E R

<u>Montag bis Freitag</u>	9.00 - 12.00	BETREUUNG von Kindern, deren Mütter zum Arzt oder sonstige wichtige Besorgungen machen müssen
	13.30 - 15.30	SCHULARBEITENHILFE und sozialpädagogische Gruppenarbeit 1. Gruppe: 1./2. Schuljahr 2. Gruppe: 3./4. Schuljahr
		NEIGUNGSGRUPPEN:
<u>Montag</u>	15.45 - 17.15 Uhr	BASTELN für 6 - 9jährige (Gr. 1)
	15.45 - 17.15 Uhr	BASTELN für 10 - 13jährige (Gr. 2)
<u>Dienstag</u>	15.45 - 17.15 Uhr	offene THEATER-Gruppe
<u>Mittwoch</u>	15.45 - 17.15 Uhr	MUSIK, TÖPFERN, NÄHEN, SPIELEN
<u>Donnerstag</u>	15.45 - 17.15 Uhr	BASTELN für 9 - 13jährige (Gr. 3)
	15.45 - 17.15 Uhr	BASTELN für 9 - 13jährige (Gr. 4)
<u>Freitag</u>	nach den Hausaufg.	SCHWIMMEN mit den Schularbeitenkindern

für KINDER und jüngere Jugendliche

<u>Mittwoch</u>	16.30 - 17.30 Uhr	SPIEL UND SPORT für Jungen	Mehrzweckhalle
<u>Donnerstag</u>	16.30 - 17.30 Uhr	SPIEL UND SPORT für Mädchen	Mehrzweckhalle

für J U G E N D L I C H E

<u>Montag</u>	18.00 - 20.00 Uhr	SPORT im Freien	
	17.30 - 19.00 Uhr	FOLKLORE-TANZGRUPPE	Mehrzweckhalle
	20.00 - 22.00 Uhr	JUGENDCLUB	Disco - Spielflur
<u>Dienstag</u>	14.00 - 16.00 Uhr	SPIELFLUR, offene Tür für 11 - 14jährige	Jugendbereich
<u>Mittwoch</u>	14.00 - 17.00 Uhr	SPIELFLUR, offene Tür für 13 - 15jährige	Jugendbereich
	18.00 - 20.00 Uhr	WERKEN	Werkstatt
	18.00 - 20.00 Uhr	SPORTGRUPPE	Mehrzweckhalle
<u>Donnerstag</u>	20.00 - 22.00 Uhr	JUGENDCLUB	Disco - Spielflur
<u>Freitag</u>	14.00 - 16.00 Uhr	TISCHTENNIS-Gruppe	Mehrzweckhalle

Samstag, den 8.7.1978, JUGENDJAHRMARKT

1 x monatl. FILMABEND - bitte Anschläge am Jugendbereich beachten!

für ERWACHSENE und SENIOREN

Dienstag 10.00 Uhr - 11.00 Uhr SENIOREN-GYMNASTIK Mehrzweckhalle
10.00 - 12.00 Uhr SOZIALBERATUNG BSF-Büro
20.00 - 22.00 Uhr BASTELGRUPPE Kinderbereich

jeden 1. u. 3. Dienstag im Monat:

15.30 - 17.30 Uhr CAFETERIA-TREFF
gemütliches Beisammensein mit Programm

Mittwoch 20.15 - 22.00 Uhr GESPRÄCHSKREIS Tagungsraum
Volkshochschulkurs über
Erziehungsfragen

Donnerstag 10.00 - 12.00 Uhr SOZIALBERATUNG BSF-Büro
10.00 - 12.00 Uhr BERATUNG durch das Beratungszimmer
JUGENDAMT
20.00 - 21.00 Uhr GYMNASTIK für FRAUEN Mehrzweckhalle

.....mine + Termine + Termine + Termine + Termine + Termine + Termine

Di 4.7. 15.30 Uhr CAFETERIA-TREFF: Gesellschaftsspiele und Kennenlernen
der Brandmalerei

Mi 5.7. 20.00 Uhr Informationsabend, insbesondere für Eltern 5jähriger
Kinder:
DIE EINGANGSSTUFE - Eine Fördermöglichkeit für unsere
Kinder? (in Zusammenarbeit m.d. Richtsberg Grundsch.)

So 9.7. 19.00 Uhr Abfahrt zur Freilichtbühne
WAS IHR WOLLT von Shakespeare
Gemeinsamer Theaterbesuch

Fr 14.7. 15.00 Uhr BSF- KINDERSOMMERFEST

Sa 15.7. 19.30 Uhr BSF- Sommerfest für Erwachsene

Di 18.7. 15.30 Uhr CAFETERIA-TREFF mit Verkehrserziehern der Polizei:
Das richtige Verhalten im Straßenverkehr
FILM und prakt. Übung insbesondere für ältere Mitbürger

Fr 21.7. 19.00 Uhr Abfahrt zum film-forum der VHS
"HAROLD UND MAUD"

Di 1.8. 15.30 Uhr CAFETERIA-TREFF (Programm noch offen)

Fr 18.8. 19.00 Uhr Abfahrt zum film-forum
"LINA BRAKE"

Di 29.8. 15.30 Uhr CAFETERIA-TREFF (Programm noch offen)

— die Probleme sind geblieben

MARBURG. „Der Krekel“, eine Obdachlosensiedlung im Südteil der Stadt Marburg, wird in diesen Tagen endgültig aufgelöst. Im Rahmen einer Umsiedlungsaktion, die seit 1971 läuft, wurden aus den seit 1940 bestehenden Baracken mehr als 30 Familien mit nahezu 150 Personen in Wohnungen im Stadtgebiet untergebracht. Nach Auffassung von Bürgermeister Dr. Hansjochen Kochheim sei man somit in Marburg auf dem Wege zur Lösung des Obdachlosenproblems ein gutes Stück vorangekommen. Eine Unterbringung dieser Personengruppe in Notunterkünfte werde es in der Universitätsstadt nicht mehr geben. Der Magistrat will bei Bekanntwerden von sozialen Notlagen dieser Art rechtzeitig vorbeugende Maßnahmen ergreifen, um die Gefahr von den Betroffenen abzuwenden.

Hierbei, so betonte Kochheim, sei er auf die Mitwirkung aller Interessierten dieser Kreise an diesem Problem angewiesen. Das gilt besonders für die Ein-

gliederung dieser Bevölkerungsgruppe in die Gemeinschaft.

Das mit dem Niederreißen der Baracken einsetzende Einzug der „Krekelaner“ ist zwar von sie abwertend von vielen als „Krekelproblem“ genannt — in Sozialwohnungen, deren Probleme noch nicht gelöst sind, wissen die Mitarbeiter einer Bürgerinitiative für soziale Fragen zu berichten.

Inge Habel und Hennes Rühle — der eine ehemalige Bewohner des Krekels — erzählten, daß frühere Barackenbewohner von den heutigen Wohnungseigentümern gequält würden. Ein Mieter habe sich schon einen Auszug angekündigt, weil er „mit diesen Leuten auf einer Etage nicht wohnen kann“. Durch die Umsiedlung seien neue Probleme entstanden, so entfallen die Nachbarschaftshilfe, eine peripete Verschaufelung und die beständige Schularbeitbetreuung.

Die große Personengruppe aus der Barackensiedlung ist in einer in den

vier Jahren angelegten Wohnblocksiedlung konzentriert untergebracht. Dort haben die Kinder festgestellt, daß sie die Rasenfläche nicht betreten dürfen, daß für sie nahezu keine Spielplätze vorhanden sind. Wie Inge Habel berichtet, gehe es der Bürgerinitiative vor allem darum, daß die Umgesiedelten aus ihrer „Objektsituation“ selbst herauskommen.

Um eine erneute Unterschichtenbildung in der Siedlung oder um aufkommende Gegensätze zwischen den „Alteingesessenen“ und den ehemaligen Krekel-Bewohnern zu vermeiden, will die Bürgerinitiative Präventivmaßnahmen ergreifen. Mit der Bildung einer Interessengemeinschaft beider Gruppen sollen z. B. der Bau eines Spielplatzes oder die Frage einer sinnvollen Beschäftigung der zahlreichen Jugendlichen gelöst werden. „Wir gehen dabei von dem Konzept aus“, so Frau Habel, „daß wir ohne Selbstbeteiligung und Selbstorganisation der Betroffenen nichts tun.“ Eine geplante Spielstube werde nur mit Beteiligung der Mütter geführt.

Wie Bürgermeister Kochheim versicherte, werde die Stadt versuchen, notfalls auch mit unkonventionellen Maßnahmen zu helfen, soweit ihre Finanzkraft reiche. Das Sozialministerium hat gründerlich eine größere Summe zur Unterstützung der Bürgerinitiative zugesagt. **WALTER SCHÜTZ**

*Freud für den Freund von dem
vom 30. 4. 73*

SOZIALE PROBLEME IM NEUBAUGEBIET

FR 21.2.74

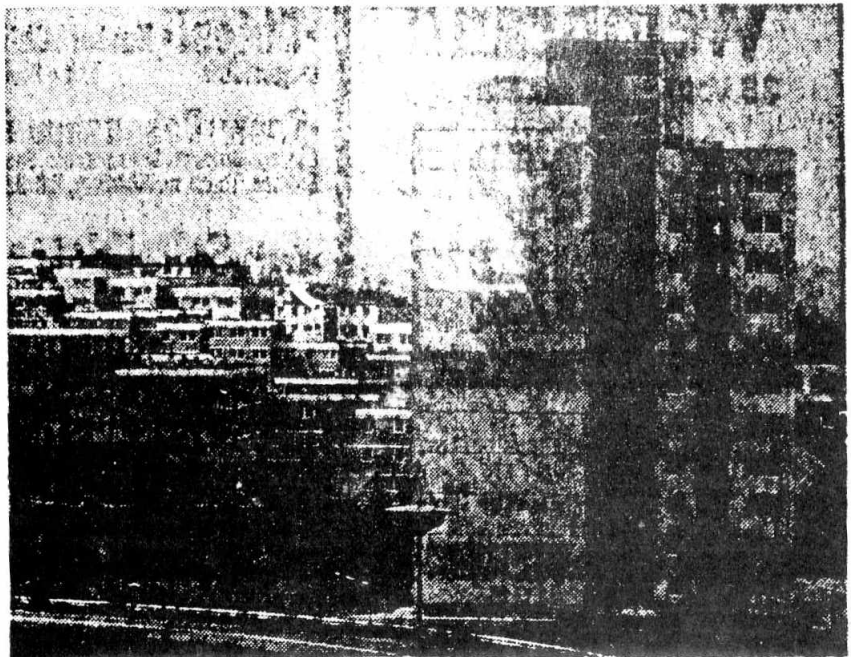
Im Neubaugebiet von Marburg wohnt man „schichtenbewußt“

Nicht nur Wohnungen

Pläne für „einmaliges Modell“

MARBURG. Mit Hilfe einer Planungsgruppe und den Betroffenen versucht der Marburger Magistrat seine mittelalterliche Altstadt zu sanieren. Ein Projekt, das sich zeitlich über ein Vierteljahrhundert erstrecken wird. Inzwischen wird jedoch bereits die Sanierungsbedürftigkeit von Neubaugebieten, in denen erst vor 15 Jahren Wohnblocks errichtet wurden, sichtbar.

Oberbürgermeister Dr. Hanno Drechsler weist zwar mit Stolz darauf hin, daß der Wohnungsbedarf in Marburg bis auf die Studenten („Das ist Sache des Studentenwerks“) und bis auf die neuen Anträge gedeckt ist. Denn die kommunale Wohnungsvermittlungsstelle hat mit 4500 Wohnungen des sozialen und städtischen Wohnungsbaus



Wohnungen bauen und sich dann nicht mehr darum kümmern: Der neue Marburger Stadtteil Richtsberg. (Bild: dpa)

eine Möglichkeiten. „Wir haben den Bauherren klargemacht, wenn sie von uns Grundstücke haben wollen, dann

BITTE UMBLÄTTERN!

243a

reden wir bei der Belegung mit", ist der Standpunkt des Magistrats. Mitreden heißt vermitteln.

Aber Quantität ist nicht Lebensqualität. Im Neubaugebiet Richtsberg zum Beispiel entstehen soziale Schranken — man wohnt schichtenbewußt. Trennungslinie ist ein schmaler Waldstreifen. Am unteren Richtsberg, früher hieß es Schlammhausen, ballen sich sozial schwache Familien. Von 800 Haushalten erhalten 258 Sozialhilfebetreuung, sagt Frau Inge Habel, Vorstandsmitglied der Bürgerinitiative für soziale Fragen. Die damaligen Planer der Wohnblocks, „Meister der Nische“ (Frau Habel), hielten es kaum für möglich, daß hier einmal kinderreiche Familien einziehen könnten. Im Extremfall wohnen jetzt neun Personen in einer Drei-Zimmer-Wohnung mit 64 Quadratmetern.

„Große Wohnungen fehlen völlig“, registriert die Bürgerinitiative. Daß in kinderreichen Familien die Wäsche mit einer Waschmaschine gewaschen werden könnte, schien man vor 15 Jahren in den Planungsbüros der sozialen Wohnungsbaugesellschaften kaum für möglich gehalten haben. Jedenfalls fehlen entsprechend belastbare Stromkabel. Statt dessen sollen die Mütter im Keller im Bottich waschen.

Verschärft hat sich die soziale Situation dieses Wohngebietes noch durch die Einweisung der Mehrheit der ehemaligen Bewohner des Krekels, einer Barackensiedlung, die wegen des Ausbaus einer Bundesstraße niedergedrückt wurde. Für manche „Alteingesessene“ von Schlammhausen ein Grund, in den oberen Richtsberg, zu den geborenen Beamten und Angestellten, zu ziehen. Mitglieder der Bürgerinitiative, die ihre Hauptaufgabe in der Integration der ehemaligen Krekel-Bewohner sehen, berichten von Wohnungsnachbarn, die ankündigten, „mit denen wohnen wir nicht zusammen“, und hinter den Waldstreifen zogen, wenn sie es sich leisten konnten. Denn dort sind die Mieten teurer, die Nebenkosten wegen der Gasheizung wesentlich höher.

Der soziale Riß wird auch in der Schule sichtbar. Ingeborg Seeschnaf, Lehrerin in der Grund- und Eingangsstufe der Richtsberg-Schule, erzählt von Forderungen einiger Eltern, ihre Kinder aus einer Gruppe herauszunehmen, die von „Krekel-Kindern“ — der Name der ehemaligen Barackensiedlung haftet ihnen immer noch an — besucht wird. „Wir müssen auch intensive Elternarbeit betreiben“, beschreibt die Lehrerin ihren Aufgabenbereich.

Die Bürgerinitiative für soziale Fragen sieht die Lösung in einem Kommunikationszentrum. Frau Habel: „Es genügt nicht, einfach Wohnungen zu bauen und sich dann nicht mehr darum zu kümmern.“ Einen Jugendklub, eine Kinderkrippe, eine Gruppe für die Hausaufgabenbetreuung hat sie bereits ins Leben gerufen. Die Jugendlichen des Klubs werben auf Flugblättern für ein Jugendzentrum. Ein Sozialarbeiter wird noch gesucht. Der Magistrat von Marburg hat zum Sozialzentrum ja gesagt.

QUANTITÄT IST
NICHT LEBENS-
QUALITÄT...

NIEDRIGE EINKOMMEN

ÜBERBELEGUNG

AUSSTATTUNGSMÄNGEL

ISOLIERUNG EINEMALS
OBERSCHLOSSE

DISKRIMINIERUNG
VON KINDERN

Auch bei der „Neuen Heimat“ schälen man Konsequenzen aus dem Problem Schlammhausen gezogen zu haben. Dort konkretisieren sich Pläne, in einem anderen Neubaugebiet, im Waldtal, nicht nur Wohnblocks, sondern auch gleich ein Sozialzentrum zu errichten. Demnachres will man derzeit jedoch zu dem „einmaligen Modellfall“ für den sozialen Wohnungsbau im Bundesgebiet nichts sagen.

WALTER SCHÜTZE

JA, WO
ISSES
DENN?

Sozialminister Dr. Schmidt zum Jugend- und Sozialzentrum:

OP 4.9.76

Ein neuer Weg wurde eingeschlagen

In Hessen noch ohne Vorbild / Gestern Grundsteinlegung am Damaschkeweg



Mit viel Geschick vollzog Sozialminister Dr. Schmidt (rechts) die Grundsteinlegung. Kritische Beobachter waren (von links) Inge Häbel (Vorsitzende der Bürgerinitiative), Oberbürgermeister Dr. Hanno Drechsler und Stadtrat Dr. Gerhard Pätzold.

Einem wichtigen Schritt im Rahmen der Sozialpolitik der Stadt Marburg stellt der Bau des ersten städtischen Jugend- und Sozialzentrums an der Beltershäuser Straße/Damaschkeweg im Stadtteil Richtsberg dar. Der hessische Sozialminister, Dr. Horst Schmidt, legte gestern den Grundstein. Zahlreiche Ehrengäste, darunter der Bundestagsabgeordnete Gerhard Jahn sowie die Landtagsabgeordneten Walter Troelsch, Karl Schnabel und Friedrich Bohl, wohnten der Grundsteinlegung bei.

Oberbürgermeister Dr. Hanno Drechsler führte aus, daß durch die Umsiedlung der Bewohner der Obdachlosensiedlung „Am Krekel“ in die Neubauten im Bereich Friedrich-Ebert-Straße/Damaschkeweg neue soziale Probleme entstanden seien. Diese hätten sich aus der Auflösung der gewachsenen sozialen Beziehungen in der Krekelsiedlung u. den Schwierigkeiten und Vorurteilen in der neuen Umgebung ergeben. Der besondere Dank der Stadt gelte daher der Bürgerinitiative für soziale Fragen,

die die Notwendigkeit sozialer Betreuung erkannt habe. Die Bürgerinitiative, die von Inge Häbel geleitet wurde, habe eine Spielstube eingerichtet und Hilfen in Zusammenarbeit mit den zuständigen städtischen Dienststellen gewährt. Die Arbeit der Bürgerinitiative sei durch Zuschüsse des Landes, des Landeswohlfahrtsverbandes und der Stadt Marburg abgesichert worden. Eine auf Dauer angelegte intensive und umfassende Arbeit habe durch den Bau des Jugend- und Sozialzentrums erforderlich gemacht. Der Stadtjugendring und die politischen Parteien hätten sich dem entsprechenden Antrag der Bürgerinitiative angeschlossen.

Die Gesamtkosten für das Bauvorhaben sind nach den Angaben des Magistrats mit 1 373 000 Mark einschließlich der Grunderwerbskosten und aller Nebenkosten veranschlagt. Davon entfallen auf das Gebäude allein 763 000 Mark. Die hessische Landesregierung hat einen Zuschuß in Höhe von 500 000 Mark bewilligt.

Absinken wird verhindert

Dr. Schmidt betonte, daß das Jugend- und Sozialzentrum in ein weitläufiges Bemühen, sozial Schwachen die Hilfen zu geben, die notwendig seien, das Absinken auf ein Randgruppenniveau zu verhindern, eingebaut sei. Das Land Hessen habe mit diesem Projekt einen Weg eingeschlagen, der noch keine Vorbilder besitze. Das Jugend- und Sozialzentrum solle dazu dienen, die Menschen zusammenzubringen, damit auch ein Stadtteil wie der Richtsberg von Anfang an die Chance habe, in eine Zukunft zu wachsen, die auch in gesellschaftlicher Hinsicht als befriedigend empfunden werde.

Der Minister dankte den Mitbürgern, die sich seit Jahren mit Hingabe und Eifer den Sorgen und Nöten ihrer Mitmenschen widmeten. Finanzen nützen in der Randgruppenbetreuung wenig, wenn keine Bürger da seien, die über das Notwendige hinaus menschliche Wärme für andere Menschen aufbrächten. Nur das beständige Bemühen dieser Mitbürger und der Verwaltungen könne im Endeffekt Erfolg haben, die eine oder andere soziale Misere zu beseitigen.

Lob für Bürgerinitiative

Die Vorsitzende der Bürgerinitiative, Inge Häbel, dankte allen Beteiligten für ihren Einsatz. Das Beispiel der Bürgerinitiative für soziale Fragen zeige, daß sich die Bürger durchaus aktiv an politischen Entscheidungen beteiligen könnten. Oft müsse man den Stein nur leicht rücken, um ihn ins Rollen zu bringen. Oberbürgermeister Dr. Drechsler oblie diese Einstellung: „Wir sind stolz auf unsere Bürgerinitiative!“

Nach der Fertigstellung des Jugend- und Sozialzentrums werden dort alle Altersgruppen eine Kontakt- und Begegnungsstätte finden. Mit den in der Stadt vorhandenen Beratungsinstitutionen soll das Zentrum auch als Beratungsstelle vorwiegend im sozialpädagogischen und sozialpädagogischen Bereich dienen. (h)

OP 11.12.76

Kommunikation für einen Stadtteil

Jugend- und Sozialzentrum am Damaschkeweg gerichtet / Einzug im September?

- Die Bauleute, die Mitglieder der
- Bürgerinitiative für Soziale Fragen
- sowie nicht nur von Amts wegen
- anwesende politische Prominenz
- richteten den Neubau für ein Kom-
- munikationszentrum im Damaschke-
- weg nach nur dreimonatiger Bau-
- zeit. Das Projekt mit Gesamtko-
- sten von fast eineinhalb Millionen
- Mark ist ein Produkt der Zusam-
- menarbeit zwischen der im „unte-
- renen Richtsberg“ tätigen Bürgerin-
- itiative für Soziale Fragen und
- dem Magistrat.

Nach Richtspruch, Glückwunsch und Hochruf — das Zeremoniell erhielt durch den Gedichtvortrag des kleinen Frank Hummel ein für ein Jugendzentrum angemessenen Akzent — wurde bei einem Rundgang durch den Rohbau ein Eindruck von der Großzügigkeit und der zweckgerechten Aufteilung des Raumangebotes geboten. Die 460 qm Nutzfläche weist dem Zentrum mehrere Funktionen gleichzeitig zu: Diskothek, Raum für Spiele (Tischtennis etc.), Werkstatt für Bastelarbeiten (Radio, Möbel etc.). Im anderen Ende des Hauses wird eine Cafeteria entstehen, die vornehmlich als Gesprächsbereich für ältere Menschen dienen soll. Die Eingänge für die beiden Hausteile sind getrennt. Es gibt die Möglichkeit, das Haus durch Türen zu unterteilen, so daß naheliegende Reibungspunkte zwischen jugendlicher Unruhe und betagter Beschaulichkeit vermieden werden. Eine dritte wichtige Funktion übt der Schulkinderhort aus, für den in der Mitte des Hauses Gruppenräume für Spiel und Hausaufgaben sowie ein sogenannter „Naßraum“ (dort hat das farbenprächtigste Happening mit Placka, Lehm und Ton keine bleibenden Folgen) vorgesehen sind. Zum Erfahrungsaustausch und zur gegenseitigen Beratung entstehen Gruppenräume. Ein Mehrzwecksaal, der von einer Küche und einer Bar aus bewirtschaftet werden kann, sowie Freiplätze um das Haus herum runden das Bild „einer klugen Planung“ ab.

Bedürfnisgerechte Planung

Diese Planung wirkt wohl auch deshalb so durchdacht und bedürfnisgerecht, weil sie von den zukünftigen Nutzern gemacht wurde. Bewohner des „unteren Richtsberg“ hatten sich 1973 in der von Frau J. Habel angelegten Bürgerinitiative für Soziale Fragen (BSF) zusammengefunden.

Anläßlich einer Stadtteilversammlung konnte den Verantwortlichen der Stadt klar gemacht werden, daß ein Kommunikationszentrum im „unteren Richtsberg“ eine vordringliche Aufgabe zur Verbesserung der Infrastruktur im angejahrnten Neubauviertel sei.

Nachdem die Finanzen bereitgestellt werden konnten — nicht zuletzt durch die Bewilligung eines Landeszuschusses in Höhe von einer halben Million Mark — konnte der Bau we-

sentlich von der Bürgerinitiative und den Architekten Georg Solms (Entwurf) und Hans Weber (Bauleitung) geplant und durchgeführt werden. Zur Grundsteinlegung war auch der inzwischen tödlich verunglückte Sozialminister Horst Schmidt gekommen. Man hofft, im September 1977 das Haus seiner Bestimmung übergeben zu können.

Für die inhaltliche Arbeit im Jugend- und Sozialzentrum liegt ein von der BSF erarbeitetes Konzept vor, mit dem sich jetzt der Jugendwohlfahrtsausschuß unter der Leitung von Stadtrat Dr. Gerhard Pätzold zu beschäftigen hatte. Auf der personellen Seite sieht dieses Konzept zwei Sozialarbeiter für die Jugendarbeit bzw. für die allgemeine und Konfliktberatung und organisatorische Leitung des Hauses vor sowie zwei Erzieherinnen für die Kinder (Schulgruppenhort). Organisatorischer und rechtlicher Träger der Einrichtung wird wahrscheinlich die BSF sein.

Die verschiedenen Funktionen

Es soll ein Altenclub entstehen, der die Cafeteria in eigener Verwaltung führen und ein vielfältiges Programm von „Feten“ mit Tanz bis zu Singabenden auf die Beine stellen will. Für die Jugendlichen wird der zuständige Sozialarbeiter Freizeitangebote machen aufgrund von Ideen und Wünschen der beteiligten jungen Leute. Der Schulgruppenhort soll bei Bedarf auch das Mittagessen für die Schulanfänger organisieren, die bereits in den beengten Räumen der BSF in der Friedrich-Ebert-Straße durchgeführte Schulaufgabenbetreuung wird erweitert, bis zu sechs „Neigungsgruppen“ sollen den Kindern Spiel und Spaß ermöglichen, vom Turnen im

großen Saal bis zum Klamauk im Naßraum. Darüber hinaus hofft die BSF die Beratung durch städtische Behörden zu bestimmten Zeiten in das Kommunikationszentrum zu verlegen. Die Cafeteria und der Mehrzwecksaal sollen Vereinen, für Familienfeiern und sonstigen Interessierten zur Verfügung gestellt werden.

Insgesamt glaubt die BSF mit einem Betrag von 200.000 Mark jährlich für den Unterhalt des Hauses auskommen zu können. Wenn der Jugendwohlfahrtsausschuß und dann auch der Magistrat den Vorstellungen, der Richtsberg-Bürger folgen, wozu eine grundsätzliche Bereitschaft anzunehmen ist, würde die Summe zu 20 Prozent von der Stadt und zu je 40 Prozent vom Land bzw. vom Landeswohlfahrtsausschuß aufgebracht werden.

Und dann Folgekosten ...

Oberbürgermeister Dr. Drechsler wies in seiner Tischrede zum Richtschmaus im Capperle Bürgerhaus auf das nicht

ganz leichte, aber lösbare Problem der Folgekosten hin. Den Dank an alle Beteiligten für die bisher geleistete zügige und fundierte Arbeit ließ er in einen Toast auf den weiteren Bautortgang und auf die Bestimmung des Bürgerzentrums münden. Wi.

"GEFAHR" ERKANNT - NOCH NICHT GEBANNT...



SOZIALE PROBLEME LASSEN SICH NICHT SO EINFACH MATT SETZEN...

WIR ERHALTEN DIE TRÄGERSCHAFT!

Bürgerinitiative wird Träger

OP 23.12.76

Klarheit über neues Jugend- und Sozialzentrum

Die Trägerschaft über das Jugend- und Sozialzentrum am Damaschkeweg soll der Bürgerinitiative für soziale Fragen übertragen werden. Diesen Beschluß faßte der Jugendwohlfahrtsausschuß einstimmig in seiner letzten Sitzung unter Vorsitz von Stadtrat Dr. Pätzold als Dezernenten. Dieser begründete das mit dem Hinweis auf die Aktivität und Einsatzbereitschaft dieser Bürgerinitiative, die das neue Projekt von den ersten Anfängen an als ihr besonderes Anliegen angesehen habe.

Ein weiterer Beratungspunkt war die Erhöhung des Pflegegeldes für Kinder und Jugendliche in Familienpflege. Der Ausschuß empfahl eine Erhöhung von 390,- auf 410,- DM. Daneben sollen auch weiterhin Bekleidungsbeihilfen in angemessener Höhe gewährt werden.

Ein Entwurf zu den Förderungs-

richtlinien für laufende Maßnahmen der Marburger Jugendgemeinschaften und sonstige Träger der Jugendhilfe im Rahmen der allgemeinen Jugendpflege, der vom Jugendpflegeausschuß in drei Sitzungen vorbereitet worden war, fand ebenfalls die Zustimmung und wurde dem Magistrat zur Annahme empfohlen. Diese Richtlinien werden in ihrer endgültigen Fassung zusammen mit einer Übersicht über die Jugendarbeit in der Stadt demnächst in „Bürgerinformation“ des Magistrats allen Interessenten zur Verfügung stehen.

Die Broschüre wird u. a. Aufschluß über das Freizeitangebot für Jugendliche geben und die Kontaktadressen aller Jugendgemeinschaften und sonstiger Träger der Jugendhilfe in Marburg enthalten. Die hierzu erforderlichen Umfragen bei den einzelnen Gemeinschaften wurden inzwischen abgeschlossen. (nh)

"DER SOZIALARBEITER MUSS VON FREIEN TRÄGERN EINGESTELLT WERDEN, IN DENEN BEWOHNER VERTRETEN SIND, D.H. DIE BEWOHNER MÜSSEN "IHRE" SOZIALARBEITER SELBER EINSTELLEN KÖNNEN."

FORDERUNG DER BEWOHNER-ARBEITSGRUPPE DER LANDESGEMEINSCHAFT SOZIALE BRENNPUNKTE

1977

OP 30.6.78

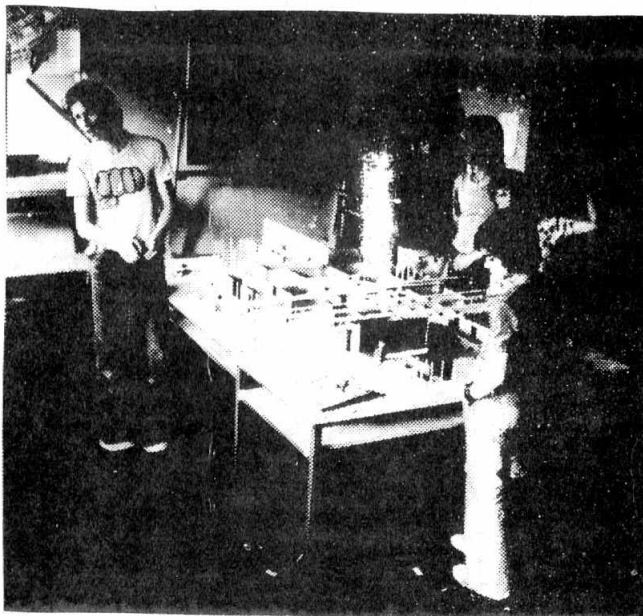
Sozialzentrum im Herbst bezugsfertig

„Horst-Schmidt-Haus“ als Name vorgeschlagen / Jahreshauptversammlung der BSF

Auf der gut besuchten Jahreshauptversammlung der Bürgerinitiative für Soziale Fragen e. V. (BSF) wurden Inge Habel und Dele Rühle als 1. und 2. Vorsitzende der BSF wiedergewählt. In der Begrüßung betonte die Vorsitzende Inge Habel, daß die BSF und ihre Arbeit im abgelaufenen Jahr durch den Bau des Sozialzentrums einen entscheidenden Schritt voran gekommen sei. Dabei dürfe jedoch nicht übersehen werden, daß der BSF durch das Sozialzentrum neue Aufgaben und eine große Verantwortung zuwachsen werde.

Bei den im Anschluß an den Kassenbericht und die Entlastung des alten Vorstands durchgeführten Wahlen des neuen Vorstands wurden als Beisitzer Bärbel Sauer, Susanne Weidenhaus, Peter Stein und als weitere Beisitzer Emmy Müller und Rosi Burmeister gewählt. Kassenprüfer wurden Lisa Vago und Günther Henke.

Der Bericht des Vorstandes zeigte die vielfältigen Aktivitäten der BSF im vergangenen Jahr auf. Eine Spendenaktion für das Sozialzentrum erbrachte einen Reinertrag von 1213,05 DM. Die Arbeit mit Kindern wurde ausgeweitet. Zwar konnte die Schul-



AUCH JUGENDLICHE MODELLIEREN AN IHREM HAUS

FORTS. S. 27

FORTS. V. S. 26

arbeitenhilfe, die die BSF neben der Spielstube durchführte, aufgrund räumlicher Verhältnisse nicht auf drei Gruppen erhöht werden. Zur Betreuung der Kinder wurde jedoch zusätzlich ein Musik- und Gitarrenkurs durchgeführt.

Die 2. Vorsitzende Dele Rühle betonte, daß die Jugendarbeit trotz aller Schwierigkeiten ein wesentlicher Faktor in der Arbeit der BSF sei. Die regelmäßige und kontinuierliche Arbeit mit den Jugendlichen sei Voraussetzung für die erfolgreiche Einbindung der Jugendlichen in das Zentrum. Zweimal wöchentlich treffe sich der Club, der allen Jugendlichen zugänglich sei. Neben monatlichen Feten habe sich eine Fußballgruppe gebildet, die mit wechselndem Erfolg Spiele durchgeführt habe. Wochenendfahrten seien wichtige Höhepunkte der Clubarbeit gewesen. Der Abrundung der Jugendarbeit habe ein wöchentlicher Karate- und Konditionskurs und ein Englischnachhilfeunterricht gedient.

Wie notwendig ein Freizeitangebot für die Frauen und Mütter sei, hätten die Angebote in der Erwachsenenarbeit gezeigt. Der wöchentliche Bastelclub z. B. sei von so vielen Frauen besucht worden, daß die Räumlichkeiten

der BSF manchmal kaum ausreichten. Auch die Altenarbeit, die mangels geeigneter Räumlichkeiten immer noch im Hintertreffen sei, habe u. a. mit einem kleinen Kammerkonzert für alte Menschen dankbare Interessenten gefunden.

Das schon Tradition werdende Kinder- und Sommerfest auf dem großen Spielplatz an der Friedrich-Ebert-Straße konnte unter zahlreicher Beteiligung bei glänzendem Wetter stattfinden. Das vor allem für die Schüler der Richtsbergschule wichtige Bushäuschen an der Friedrich-Ebert-Straße wurde erstellt.

Die nachfolgende Diskussion befaßte sich mit dem der Fertigstellung entgegengehenden Sozialzentrum. Noch einmal gedankt wurde dem MdL Karl Schnabel, OB Drechsler, dem damaligen Bürgermeister Kochheim und dem Magistrat für ihren erfolgreichen Einsatz beim Land Hessen. Auch dem Stadtjugendring Marburg wurde für seine Unterstützung gedankt.

Architekt Georg Solms gab einen Überblick über den Stand der Bauarbeiten am Sozialzentrum und erklärte, daß das Sozialzentrum voraussichtlich bis zum Herbst dieses Jahres fertiggestellt sei. Nach Ansicht der Mitglieder und zukünftigen Benutzer des Hauses müsse neben der Kinder- und Hortgruppenarbeit die Schularbeitenhilfe auf mindestens drei Gruppen erweitert werden.

Für die Jugendarbeit sei, wenn sie Erfolg zeigen soll, mindestens ein Sozialarbeiter notwendig. Die BSF habe bereits einen Jahrespraktikanten eingestellt, der gemeinsam mit den mit großem Idealismus arbeitenden Honorarkräften eine gute Arbeit leiste. Auch die Erwachsenenarbeit soll, z. T. wie bisher, fortgeführt werden. Daneben verschiedene Beratungsmöglichkeiten (z. B. Mütterberatung, Arbeitsberatung, Sozialarbeitersprechstunde) geschaffen werden.

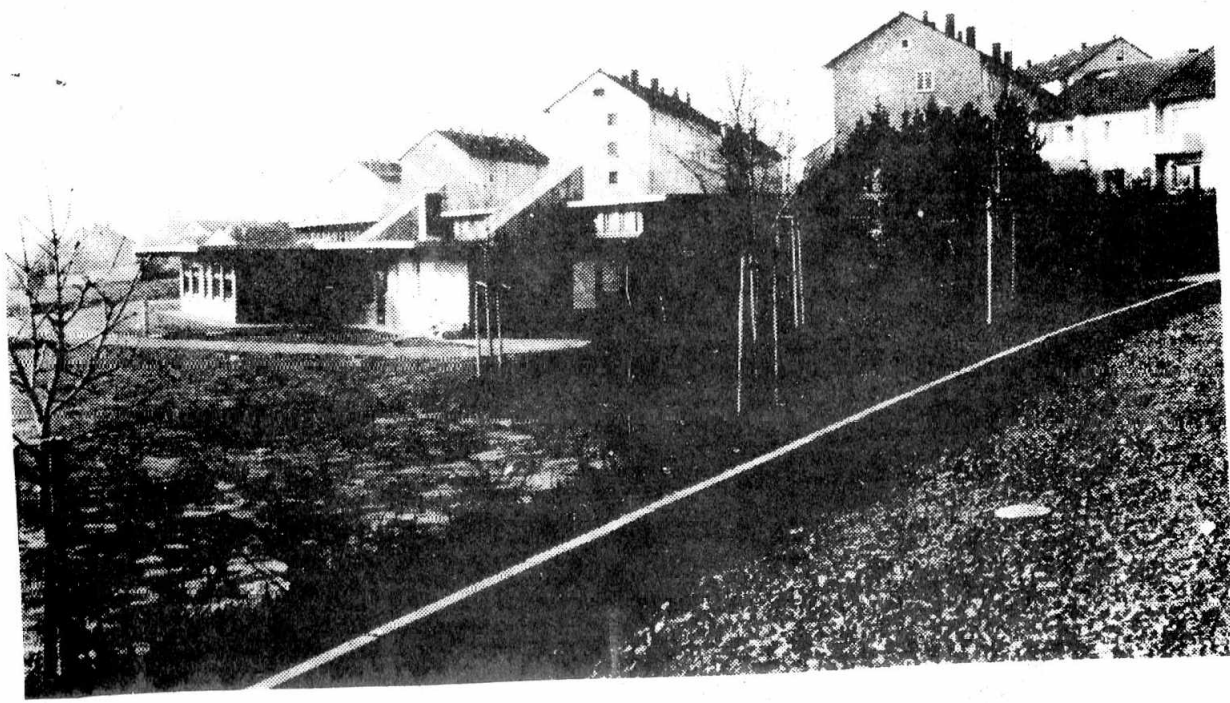
Zum Schluß der Versammlung beschlossen die Mitglieder der BSF, dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung vorzuschlagen, dem Zentrum den Namen Horst-Schmidt-Haus zu geben. Der tödlich verunglückte Sozialminister Horst Schmidt habe sich auf Initiative des MdL Karl Schnabel sehr für das Zentrum eingesetzt und durch seinen Einsatz gemeinsam mit der Stadt Marburg den Bau des Sozialzentrums ermöglicht.

(nh)

NEE, IM HERBST 1977 WAR'S NICHT FERTIG



EIN WINTER GING NOCH ÜBER'S LAND...



Das Jugend- und Sozialzentrum am Damaschkeweg:

Einst „Modell“ – heute nur „Muster“

Dennoch großes Engagement im Mitarbeiterteam / Der „Treff“ ist gefragt

Die Anlaufphase gehört schon der Vergangenheit an, längst bestimmt ein gewohnter Rhythmus das Leben im Jugend- und Sozialzentrum am Damaschkeweg. Entstanden an einem sozialen Brennpunkt, ist das Zentrum der „Bürgerinitiative für soziale Fragen“ inzwischen zum Mittelpunkt des Lebens am unteren Richtsberg geworden, ein „Treff“, der viele aus ihrer sozialen Isolation herausholt und in das Gemeinschaftsleben integriert. Dennoch verbergen sich hinter den Türen des im Mai eingeweihten Zentrums Probleme, von denen die Kinder, Jugendlichen, Erwachsenen u. älteren Menschen, die täglich dort ihren Freizeitraum ausfüllen, nur wenig wissen.

Einst als Modell in Hessen proklamiert, soll das „Muster Damaschkeweg“ aus dem Finanzsäckel des Landes nun nur noch 40 000 Mark anstatt der vorher versprochenen 213 000 Mark in dem Gesamtetat erhalten. Doch nicht nur finanzielle Probleme überschatten derzeit das engagierte Treiben im Zentrum, sondern es fehlt auch an Fachkräften. Für die fünf Mitarbeiter, die im Rahmen der Arbeitsplatz-Beschaffungsmaßnahmen des Arbeitsamtes (ABM) im Zentrum tätig sind, könnten hauptamtliche Stellen benötigt werden, so groß ist inzwischen der Zustrom und der Zuspruch, beschreibt die Sozialarbeiterin Marlene Utke die Situation.

Kontakte knüpfen

Verwaltungsarbeiten müssen von den Mitarbeitern selbst erledigt werden. Das hemmt die Betreuungsarbeit und geht an den Zielsetzungen des Teams vorbei. Im Mittelpunkt der Arbeit steht, so der Mitarbeiter-Stab, der Kontakt zu den eingangs genannten Personengruppen. Sozial schwache Familien, arbeitslose Jugendliche und vor allem Kinder, die gerade in schulischen Fragen Rat und Unterstützung brauchen, gehören zu den Gesprächspartnern der Sozialarbeiter und Diplom-Pädagogen am Damaschkeweg.

So verstehen sich die Fachkräfte vor allem auch als Mittler zwischen dem einzelnen und den Behörden. Soziale Beratung wird großgeschrieben, sowohl bei den Senatoren als auch bei den Jugend-

lichen, wenn es um persönliche Belange, um Wohnungsprobleme oder Schul- und Arbeitsplatzfragen geht. Sprechstundenzeiten können schon gar nicht mehr eingehalten werden, zu jeder Minute müssen Anfragen beantwortet werden.

Bernd Hannemann ist Sozialarbeiter und neben der Sozialpädagogin Ulrike Neinert in der Betreuung von Jugendlichen tätig. Wohl der markanteste Bereich, denn oftmals führen bei Jugendlichen gestaute Aggressionen, resultierend aus der Frustration über nicht vorhandenen Arbeitsplatz oder Probleme in Schule und Familie, zu Konflikten, die vielleicht sogar am Zentrum ausgetragen werden. In der eigenen Discothek treffen sich die ganze Woche über die Jugendlichen sogar von anderen Stadtgebieten, sind in Pop-Tanz-, Folklore-Tanz- oder Werkgruppen tätig, gehören einem Filmklub an und treiben gemeinsam Sport.

Vorurteile abbauen

In diesem Bereich ist die Nachfrage bislang am größten. Etwa 150 Jugendliche im Alter von 11 bis 20 Jahren sind Mitglieder des „Clubs“ und im Besitz eines Klubausweises. Vorurteile gerade über sie sollen abgebaut werden. Deshalb soll ein Informations-Austausch mit der Polizei diesem Ziel gerecht werden. Daneben steht im Mittelpunkt der Betreuung von Jugendlichen natürlich auch die Aufklärung über Rechte und Ansprüche als Lehrling, Arbeitsloser oder Schulentlassener.

Ebenso umfassend wie das Programm für Jugendliche gestaltet sich die Betreuung der Kleinen. Im Augenblick läuft ein Ferien-Sonderprogramm für Kinder. Darin enthalten sind Ausflüge, Bastelarbeiten, Laien- und Tanzspiele, während in der Schulzeit nachmittags sogenannte Hausaufgaben-

gruppen eingerichtet wurden. Doris Pabst, Marianne Weissenbruch (beide Erzieherinnen), Christine Schmitz (Diplom-Pädagogin), Manfred Zuschlag (Diplom-Pädagoge) und Vera Gröner (Praktikantin) betreuen die Kleinen, ihr Kindersommerfest gehörte zu den Höhepunkten der bisherigen Tätigkeiten im Zentrum.

Vorwiegend in Erziehungsfragen wenden sich die Eltern an das Mitarbeiterteam des Zentrums. Kinder werden betreut, wenn die Eltern einkaufen oder Behördengänge erledigen müssen. Ein Nähkurs ist geplant, ebenso ein Säuglingspflegekurs bei entsprechender Nachfrage. Auch dort wird Gemeinschaftlichkeit ernst genommen: Grillparties oder Bewohnerfeste sorgen für die Unterhaltung. Marlene Utke (Diplom-Pädagogin), Gaby Herbrand (Diplom-Pädagogin) und Michael Ellwardt (Diplom-Soziologe) kümmern sich um die Belange im Erwachsenenbereich und der Gemeinwesenarbeit. Eng damit verbunden ist die Seniorenarbeit. Cafeteria-Treffs, bunte Nachmittage musikalisch umrahmt mit „Uroldies“, und Beratungen sowie Verkehrserziehung zählen zum Programm der Altenbetreuung.

Verboten hat der Vorstand im Zentrum lediglich das Rauchen unter 16 Jahren, wer gegen die Hausordnung verstößt, erhält Hausverbot nach eingehender Beratung im Jugendrat, einem Organ der Jugendlichen mit dem Ziel, Eigeninitiative zu fördern, was schließlich auch geschieht.

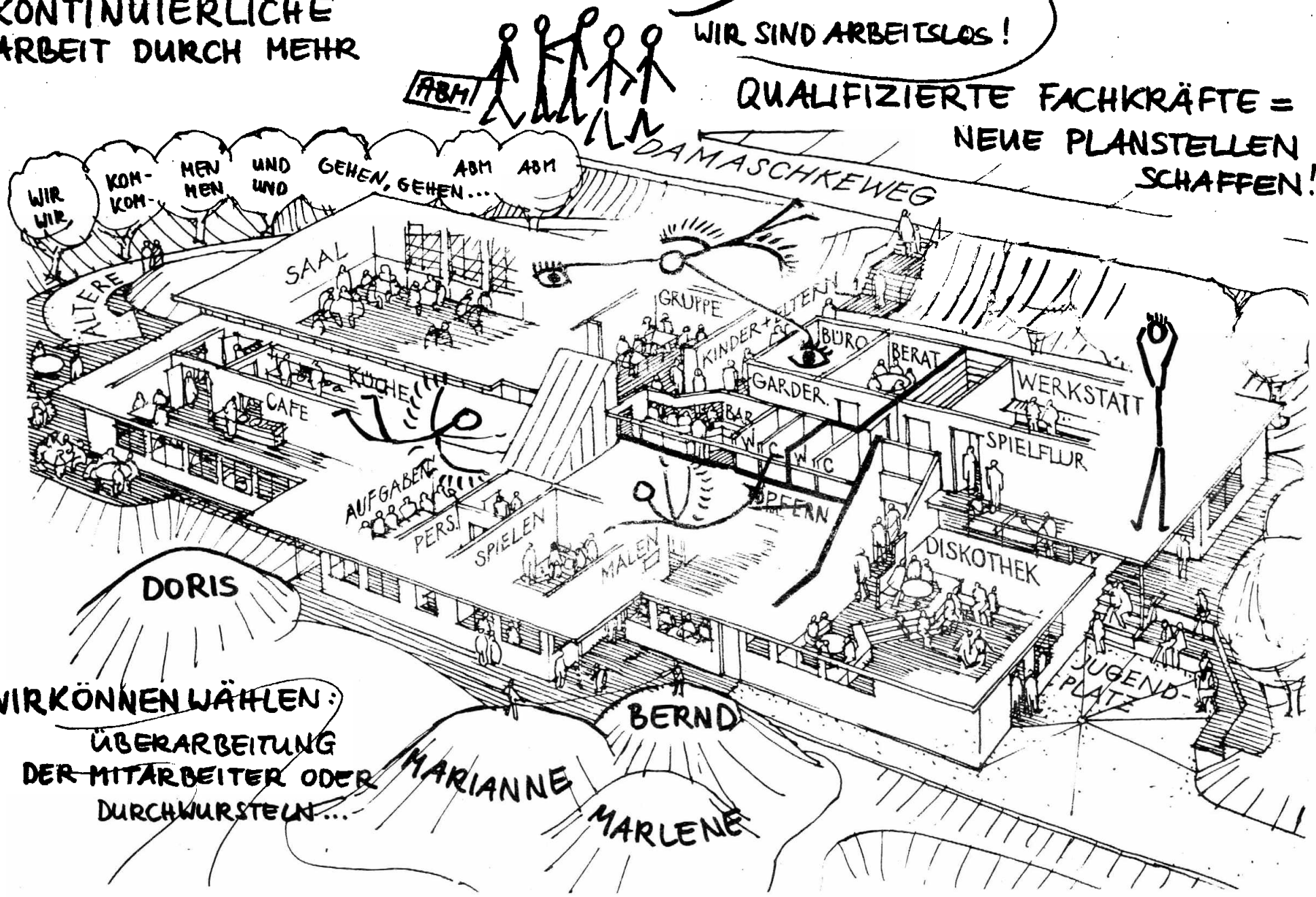
Angewiesen ist man im Zentrum allerdings noch oftmals auf Spenden oder sonstige Unterstützungen, um notwendige Anschaffungen zu tätigen. Selbst die zusätzlich eingestellten Honorarkräfte und anderen Helfer bekommen nur selten Langeweile. Denn: Das Zentrum ist „in“ und der „Treff“ ist „spitze“. (ko)

Oberhessische Presse
v. 11. 8. 78

WIR FORDERN:
KONTINUIERLICHE
ARBEIT DURCH MEHR

WIR SIND ARBEITSLoS!

QUALIFIZIERTE FACHKRÄFTE =
NEUE PLANSTELLEN
SCHAFFEN!



WIR WIR
KOM-KOM
MEN MEN
UND UND
GEHEN, GEHEN...
ABM ABM

DORIS

WIR KÖNNEN WÄHLEN:
ÜBERARBEITUNG
DER MITARBEITER ODER
DURCHWURSTELN...

BERND
MARIANNE
MARLENE

-249-



Deutscher Kinderschutzbund (DKSB) e. V., Ortsverband Marburg

Ortsverband Marburg e. V.

Ruf 06421/42671 außer 14-16 Uhr
Konten:
Kreisbank Marburg 13029
Postscheckkonto Frankfurt/M. 296531-601

Bericht über unsere Kindergruppenarbeit im Waldtal

I. Die Situation der von uns betreuten Kinder:
Warum müssen wir helfen?

Zusammen mit zwei anderen Organisationen - AKSB und Intertat (kirchl. soziales Jahr) - arbeiten wir im Rahmen eines Gesamtprojektes "Schulkinderbetreuung" im Stadtteil "Waldtal" der Stadt Marburg, einem sog. sozialen Brennpunkt, mit Kindergruppen, von denen wir z.Zt. 5 Gruppen führen.

Es handelt sich um ein Randgebiet der Stadt, von früher her zunächst bewohnt - neben einigen wenigen Besitzern kleiner Eigenheime - vorwiegend von Schaustellern, Zigeunern, Schrotthändlern, aber auch Sozialhilfeempfängern und Obdachlosen, in das ab etwa 1971/72 auch ein erheblicher Teil der Bewohner der damals aufgelösten Obdachlosensiedlung "Am Krekel" umgesiedelt wurden.

Infolge der daraus sich ergebenden "Ghetto-Situation" - Begrenzung der Umwelt auf dieses Gebiet durch räumliche Entfernung und geringe Verkehrsverbindung zur übrigen Stadt sowie durch allgemeine Diskriminierung der Bewohner dieses Gebiets im Bewußtsein der übrigen Stadtbewohner - sind überdurchschnittlich viele in diesem Stadtteil aufwachsende an sich normal begabte Kinder nach Umwelterfahrungen, Wortschatz und Ausdrucksfähigkeit gemessen am Altersdurchschnitt zurückgeblieben. Hinzu kommt, daß viele Eltern dieser Kinder durch die gleichen Defizite benachteiligt und manche sogar selbst Analphabeten sind.

Es ist eine Erfahrungstatsache, daß Kinder dieses Herkommens einen unverhältnismäßig hohen Anteil der Schulschwänzer, "Sitzenbleiber", Heimzöglinge, Arbeitslosen und jugendlichen Straftäter stellen. Geht man den Ursachen nach, so läßt sich das Folgende feststellen:

1.) Infolge der umweltbedingten Entwicklungshemmungen und -störungen können diese Kinder trotz normaler Intelligenz ohne gezielte Förderung eine normale Schul- und Berufsausbildung nicht bestehen.*)

Schulversagen, Ausbleiben von Erfolgslebnissen und Ablehnung seitens der Mitschüler bringen sie in einen Teufelskreis, in dem durch Mißerfolge und Entmutigung die Leistungsbereitschaft schwindet und erhebliche Verhaltensstörungen sich entwickeln. Sich selbst überlassen werden sie schließlich entweder in die Sonderschule überwiesen, auch wenn sie ihrer intellektuellen Begabung nach dort nicht hingehören oder sie werden nach mehrfachem "Sitzenbleiben" ohne Schulabschluß entlassen.

2.) Für sie sind dann aber, wie sich jetzt allenthalben zeigt, Arbeits- oder gar Lehrstellen überhaupt nicht zu finden; sie werden nach der Schulentlassung arbeitslos. Und bei den Bemühungen, ihnen nachträglich im Rahmen der Hilfen gegen Arbeitslosigkeit weiterzuhelfen, ist zu beobachten, daß mangelnde Leistungsfähigkeit und -gewöhnung, verbunden mit nachhaltiger Entmutigung aus der Schulzeit, sie daran hindern, diese Hilfen überhaupt anzunehmen. Sie verfallen in Dauerarbeitslosigkeit mit allen ihren bekannten Folgen:

3.) Ohne die Möglichkeit, sich sinnvoll zu beschäftigen, können sie - wegen der erwähnten verbreiteten Diskriminierung - auch kaum Anschluß an die Jugendgruppen und -klubs der übrigen Jugendlichen finden. Sie beginnen zu verwahrlosen, schließen sich u.U. mit ihresgleichen zu sogen. "Banden" zusammen, ihre Verhaltensauffälligkeiten verstärken sich. Schließlich müssen sie in Heimerziehung genommen werden, wo dann versucht wird, ihnen eine Berufsausbildung zu geben und sie allmählich in die Arbeitswelt einzugliedern. Die oben unter 2.) geschilderten Schwierigkeiten sind aber oft trotz des in den Erziehungsheimen - oder auch im Jugendstrafvollzug - möglichen pädagogischen und finanziellen Aufwandes auch dort kaum noch zu beseitigen.

4.) Eine weitere, weniger bekannte Folge eines gestörten Schulverlaufes ist eine Art von praktischem Analphabetentum, das im Umkreis der Kriminalität zu beobachten ist: Diese Jugendlichen haben zwar gelernt, ihren Namen zu schreiben, können auch einzelne wenige ihnen bekannte Wörter lesen, evtl. PKW-Kennzeichen erkennen, nicht aber einen zusammenhängenden Text lesen und verstehen. Sie sind dadurch

*) vgl. den Bericht des Rektors der Pestalozzi-Schule/Anl. 3...

nicht imstande, für sie wichtige Informationen im öffentlichen und privaten Bereich aufzunehmen, sich selbst schriftlich auszudrücken, wenn dies unerlässlich ist und können deshalb im normalen Arbeitsleben nicht bestehen. Z.B. waren 1976 etwa 15% der in einer hessischen Jugendstrafanstalt Einsitzenden in dieser Weise behindert. Oft haben sie dieses Defizit mit viel Einfallsreichtum verborgen oder mit Aufsässigkeit überspielt, sodaß es erst im länger dauernden Strafvollzug erkannt werden konnte. Man wird die Quelle kriminellen Verhaltens bei diesen Jugendlichen im Streben nach Selbstbestätigung, die in Schule und Arbeitswelt nicht gefunden werden konnte, wie auch in der Unfähigkeit zu rechtmäßigem Erwerbsleben sehen müssen.

II. Darstellung unserer Arbeit: Wie versuchen wir zu helfen?

Aus der Darstellung zu I. ergibt sich, daß sich unsere Arbeit nicht auf die eigentliche Hausaufgabenhilfe beschränken darf, weil es zugleich gilt, die Entwicklungsrückstände der Kinder aufzuarbeiten, ihre Hemmungen und Verhaltensstörungen abzubauen, ihnen Erfolgserlebnisse zu vermitteln und sie zu motivierter Arbeitshaltung zu führen.

1.) Von der Grundschule u.zw. auch schon aus der Vorklasse werden uns die förderungsbedürftigen Kinder benannt. Im Gesamtprojekt sollen nach Möglichkeit alle diese Kinder in nach Schulklassen zusammengefaßten Gruppen betreut werden. Daher wird die Verteilung bzw. Übernahme dieser Gruppen von den im Walddal arbeitenden Organisationen in einer "Koordinationsgruppe" abgesprochen. Hier werden auch regelmäßig (vierzehntägig) allgemeine Probleme und Möglichkeiten gemeinsamer Hilfen besprochen, Erfahrungen ausgetauscht und gemeinsame Freizeit- und Ferienaktionen geplant und vorbereitet.

In den Gruppen arbeiten wir mit den Kindern jeweils von Montag bis Freitag nachmittags 2 Stunden, bei Ausflügen, Besichtigungen, Theaterbesuchen u.a. besonderen Unternehmungen auch länger.

Die Arbeit in den Gruppenstunden verläuft in drei Phasen:

- a) Zunächst müssen die Hausaufgaben erledigt werden.
- b) Es folgt eine Phase individuellen Übens mit jedem Kind.
- c) Die 3. Phase bleibt für die sozialpädagogische Gruppenarbeit.

Zur Vorbereitung werden lernzielorientierte Übungshefte für jedes Kind je nach dessen Defiziten (Lesen, Diktat, Übungen im schriftlichen Ausdruck, Rechnen) angelegt, es müssen Materialien für das übende Werken usw. besorgt und zubereitet, das pädagogische Konzept entwickelt und die besonderen Unternehmungen geplant werden. Als Beispiel verweisen wir auf den beigefügten, inzwischen mit Erfolg verwirklichten Jahresplan (Schuljahr 1976/77) Anl. 1...

zur Nachbereitung ist regelmäßige Protokollführung über die Entwicklung jedes Kindes für die pädagogische Planung und Besprechung der entstehenden Probleme wöchentlich im gesamten Betreuerteam erforderlich.

Eingeleitet und begleitet ~~und begleitet~~ wird die Arbeit durch

Besprechungen mit den Klassenlehrern und Leitern der verschiedenen Schulen und Teilnahme an Lehrerkonferenzen in bestimmten Fällen;
Elternbesuche und -beratung (auch bei Familienkonflikten u. dergl.),
in besonderen Fällen Begleitung von Kindern und/oder Eltern z.B. zum Arzt, Gesundheitsamt, zur Erziehungsberatung usw.

2.) Schulklassen, Alter, Zahl und Familienmerkmale der Kinder:

- a) Eine Gruppe des 1. Schuljahres, Alter: 6 - 8 Jahre. Die Kinder kommen überwiegend aus der Grundschule, 3 sind Schüler der Sprachheilschule, 1 Kind besucht die Sonderschule.
 - b) Zwei Gruppen des 3. Schuljahres, Alter: 9 - 12 Jahre, 2 Kinder besuchen die Sonderschule.
 - c) Eine Gruppe 5. Schuljahr, Alter 10 - 13 Jahre, sämtlich Hauptschüler.
 - d) Eine Gruppe 6. Schuljahr, Alter 12 - 14 Jahre, sämtlich Hauptschüler.
- Die Zahl der Kinder in den Gruppen liegt zwischen 8 und 10, ausnahmsweise werden auch einmal ein oder zwei Kinder mehr aufgenommen.

Maximal betreuen wir somit ca. 50 Kinder.

Die Familien der von uns betreuten Kinder weisen Merkmale auf wie:

- kinderreich bei beengten Wohnverhältnissen
- umgesiedelt z.T. aus dem ehemaligen soz. Brennpunkt "Am Krekel"
- kein regelmäßiges Familieneinkommen
- der Ernährer ist Sozialhilfeempfänger, Rentner oder Obdachloser
- Vater oder Mutter sind alleinstehend
- Zigeuner
- Schausteller und kleine Gewerbetreibende (z.B. Schrotthändler).

3.) Unser Betreuerteam:

Jede unserer Kindergruppen muß von 2 Fachkräften betreut werden. Z.Zt. haben wir 4 staatl. anerkannte Erzieherinnen und 2 Sozialpädagogen (grad.); eine der Erzieherinnen und ein Sozialpädagoge arbeiten nur halbtags.

Wegen unserer begrenzten finanziellen Möglichkeiten -bedingt durch die Schrumpfung der Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln bei ständig steigenden Kosten- können wir seit Beginn des Schuljahres 1977/78 nur noch 2 1/2 Gehälter der Erzieherinnen und ein geringes Honorar für den als Student im Aufbaustudium Erziehungswissenschaft nur halbtags mitarbeitenden Sozialpädagogen aufbringen.

Die gesamte Arbeit in unseren 5 Gruppen können wir nur dadurch weiterführen, daß die Gehälter von einer Erzieherin und einem Sozial-

Sozialpädagogen für das Schuljahr 1977/78 vom Arbeitsamt als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme (ABM) finanziert werden.

Diese Lösung ist aber wegen der besonderen pädagogischen Erfordernisse unserer Arbeit äußerst problematisch; denn eine Grundvoraussetzung für einen Erfolg ist die jahrelange Kontinuität der Betreuung durch ständige Bezugspersonen, zu denen die Kinder ein Vertrauensverhältnis entwickeln können. Die ABM-Maßnahme wird aber grundsätzlich nur für 6 Monate und nur ausnahmsweise für ein Jahr gewährt. Nach Ablauf der Frist können zwar weitere Maßnahmen zur Fortführung der Arbeit bewilligt, aber nicht die gleichen Fachkräfte weiterbeschäftigt werden, sondern es müssen neue bisher Arbeitslose eingesetzt werden. Außerdem laufen die Vermittlungsbemühungen des Arbeitsamtes für die in ABM-Maßnahmen Beschäftigten weiter, sie sollen sogar bevorzugt in reguläre Arbeitsstellen vermittelt werden.

Für uns hat sich das - obwohl uns mit Rücksicht auf die pädagogischen Notwendigkeiten die Maßnahme für das ganze Schuljahr bewilligt wurde - schon dahin ausgewirkt, daß der uns zunächst vermittelte Sozialpädagoge nach 2 Monaten ausscheiden mußte und der jetzt seit 1.11. tätige sich bereits wieder bei einer angebotenen auswärtigen Stelle vorstellen muß, sodaß gewiß auch seine Tätigkeit bei uns nur vorübergehend sein wird. Wegen der Besonderheit der Arbeit in einem sozialen Brennpunkt braucht im Grunde jeder Erzieher oder Pädagoge mehrere Monate bis ein halbes Jahr zur Einarbeitung. Ein Vertrauensverhältnis und damit die Möglichkeit, daß die Kinder ihn als Bezugsperson und Vorbild akzeptieren, kann sich bei so häufigem Wechsel nicht ergeben. Daß dies sich gerade für den Sozialpädagogen so auswirkt ist besonders bedauerlich, weil den meisten unserer Kinder ein gutes Vater-Leitbild fehlt, wir aber mit unseren beschränkten Geldern das Gehalt eines Sozialpädagogen (grad.) nicht aufbringen können und männliche Erzieher bisher von uns nicht gefunden werden konnten.

4.) Die Raum-Situation.

Begonnen haben wir unsere Arbeit im Waldtal im Herbst 1973 in zwei ehemaligen, provisorisch in Selbsthilfe hergerichteten Waschküchen, u.zw. auf den Wunsch von einigen Kindern an den "Sozialdienst kath. Frauen" herangetragenen und an uns weitergeleiteten Wunsch nach Gründung eines Kinderklubs mit Hausaufgabenhilfe.

Mit Beginn des Schuljahres 1974/75 konnten wir dann -noch vor der offiziellen Eröffnung- im Ökumenischen Sozialzentrum St.Martin-Haus einen eigenen Gruppenraum beziehen. In Anbetracht der Ausweitung

und in Anerkennung der Notwendigkeit unserer Arbeit hat uns inzwischen die Stadt Marburg noch 2 zur Sanierung anstehende Schlich-
wohnungen für je 2 Gruppen zur Verfügung gestellt.

5.) Die Verwirklichung unserer Erziehungsziele.

Unsere Bemühungen richten sich auf

- a) Erweiterung des Wortschatzes (Ausdrucksfähigkeit und Sprachverständnis)
- b) Vermittlung von Erfolgserlebnissen und Befähigung zum Ertragen von Mühen und Mißerfolgen.
- c) Entwicklung und Förderung der Konzentrationsfähigkeit und Befähigung zu kontinuierlichem Arbeiten
- d) Anregung und Befähigung der Kinder zu sinnvoller Tätigkeit aus eigenem Antrieb bei selbstgewählten Aufgaben (Kreativität)
- e) Einüben sozialen Verhaltens
- f) Erweiterung der Umwelterfahrungen und Befähigung, sich in der erweiterten Umwelt sicher zu bewegen.

6.) Inhaltliche Gestaltung der Gruppenstunden -S.3:1.) a)-c) -

Die 1.Phase der Gruppenstunde ist durch die Hausaufgaben bestimmt.
 Die 2.Phase (Übungsphase) ist bestimmt durch den in der Schule behandelten Lernstoff und die jeweiligen Schwächen der Kinder.
 Über die Gestaltung der sozialpädagogischen Gruppenarbeit fügen wir einen detaillierten Bericht unserer Mitarbeiter bei. s. Anl. 2..

III. Die Auswirkungen unserer Arbeit.

1. Auswirkungen auf die Heimerziehung.

Als Alternative zu einer bereits erforderlich gewordenen Heimerziehung kommt unsere Arbeit nicht in Betracht. Wir können jedoch Verhaltensauffälligkeiten bei den von uns betreuten Kindern frühzeitig erkennen, Verhaltensstörungen im Frühstadium durch rechtzeitig einsetzende und konsequent fortgeführte jahrelange Erziehungsbemühungen abbauen und Fehlentwicklungen abwenden. Insoweit können wir einer sonst erforderlich werdenden Heimerziehung vorbeugen.

Wenn von den etwa 50 Kindern, die wir z.Zt.betreuen, nur ein einziges durch unsere Förderung nicht in Heimerziehung überwiesen werden muß, so ist eine jährliche Ersparnis an Heimkosten mit mindestens 50.000 DM gewiß nicht zu hoch angesetzt.

2. Auswirkungen auf Schulschwierigkeiten.

Wie sich unsere Bemühungen in den Schulen auswirken geht aus den beigefügten Äußerungen der Schulleiter selbst hervor. Wir ver-

verweisen daher auf die Stellungnahmen der Leiter der 4 Schulen (Grund- und Haupt-, Sonder- und Sprachheilschule) s. Anl. 3, 4, 5, 6...

Zur Erläuterung führen wir noch folgendes an:

a) Durch die Früherkennung und Frühförderung von problematischen Erstklässlern kann nicht nur u.U. eine Sonderschulbedürftigkeit vermieden werden; durch Betreuung und Begleitung der Sonderschüler im außerschulischen Bereich kann auch in Zusammenarbeit mit den betroffenen Schulen in geeigneten Fällen eine Rückschulung auf die Grund- oder Hauptschule ermöglicht werden.

b) Besonders problembeladen ist die Situation der Zigeuner- und Schaustellerkinder, die ca. ein halbes Jahr mit ihren Eltern auf Reisen und nur die andere Jahreshälfte im Waldtal sind. Dabei ist die Regel, daß die Zigeunerfamilien Analphabeten sind und kaum Bezug zu Kulturtechniken wie „Lesen und Schreiben haben. Den Hausaufgabengruppen fällt hier die Aufgabe zu, den auf der Reise in den unterschiedlichen Schulen erfahrenen Stoff aufzuarbeiten bzw. zu vertiefen, um den Kindern erst den Anschluß an den z.Zt. zu erarbeitenden Schulstoff zu ermöglichen. Durch die hier geleistete intensive Betreuung -z.T. auch in Einzelhilfe- ist es uns gelungen, daß diese permanent versetzungsgefährdeten Kinder den Wiedereinstieg in ihre altersentsprechende Schulklasse geschafft haben und dort mithalten können.

c) Ein weiteres positives Ergebnis unserer jahrelangen Kindergruppenarbeit im schulischen Bereich können wir an unserer Gruppe des 6.Schuljahres feststellen. Diese Kinder sind seit ihrer Einschulung in Hausaufgabengruppen betreut worden. Sie sind auf der Hauptschule und haben die Chance, ihren Hauptschulabschluß zu erreichen.

Ihr soziales Verhalten konnte ganz allgemein positiv beeinflußt werden. Sie sind inzwischen schon weitgehend imstande, ihre Hausaufgaben mit nur geringer Hilfe zu erledigen.

d) Im übrigen sind am Ende des Schuljahres 196/77 alle von uns betreuten Kinder versetzt worden.

3. Jugendarbeitslosigkeit.

Ziel unserer Arbeit ist es, den betreuten Kindern qualifizierte Schulabschlüsse zu ermöglichen, um so die Voraussetzung für eine Berufsausbildung zu schaffen, damit sie ein eigenständiges, verantwortliches Leben frei von öffentlicher Fürsorge führen können. Auch wenn sie zunächst in eine der von der Arbeitsverwaltung

durchgeführten Förderungsmaßnahmen übernommen werden müssen, haben sie dann wenigstens durch die bei uns in jahrelanger Übung entwickelte motivierte Arbeitshaltung die Aussicht, eine solche Maßnahme mit Erfolg durchzustehen, und sich dann an einem Arbeitsplatz in der freien Wirtschaft behaupten zu können, wo im Zuge der Entwicklung unqualifizierte Arbeitskräfte immer weniger benötigt werden.

4. Kriminalität.

A. Hierzu ist zunächst auf unsere Ausführungen unter I. 3.) und 4.) (S.2/3) hinzuweisen.

Zur Verdeutlichung seien hier 2 Fälle aus der Praxis erwähnt:

a) Ein jetzt 39-jähriger Schrotthändler mußte über Jahre hin immer wieder wegen Fahrens ohne Führerschein bestraft werden, bis schließlich durch besondere Umstände offenbar wurde, daß er zwar alle Verkehrsregeln beherrschte, auch die Verkehrsschilder "lesen" konnte, nicht aber die bei der Fahrprüfung üblichen Fragebögen. Eine schließlich für ihn erreichte Sonderprüfung hat er dann im ersten Anlauf bestanden.

Ein Bruchteil der durch die Strafverfahren entstandenen Kosten hätte ausgereicht, ihn während der Schulzeit durch eine Hausaufgabenhilfe, wie sie jetzt seinen Kindern mit Erfolg zuteil wird, vor dem Analphabetentum zu bewahren.

b) Ein 20-jähriger gab während einer Bewährungszeit ihm vermittelte Arbeitsstellen jeweils nach kurzer Zeit wieder auf, weil -wie sich schließlich herausstellte- er verheimlichen wollte, daß er nicht in der Lage war, die erforderlichen "Stundenzettel" auszufüllen, obwohl er seine Arbeit immer zur Zufriedenheit verrichtet hatte.

Ähnliche Gegebenheiten sind durchaus nicht selten.

B. a) Es ist bekannt und in der Fachwissenschaft unumstritten, daß viele Jugendliche strafbare Handlungen begehen, weil sie nach Selbst- und Fremdbestätigung suchen, die ihnen in normalem Tun mangels Befähigung versagt ist. Insoweit ist die kriminalpolitisch vorbeugende Auswirkung unserer Hilfsmaßnahmen im Waldtal ohne weiteres einsichtig, denn durch die oben unter II. 5.) (S.6) geschilderten gezielten Bemühungen -besonders auch in der sozialpädagogischen Gruppenarbeit⁺) werden den Kindern rechtzeitig die

+) s.Anl. 2. ...

zu einer gesunden Entwicklung nötigen Erfolgserlebnisse und Selbstwertbestätigungen vermittelt.

b) Als eine weitere Ursache von Jugendkriminalität ist "Abenteuerlust" bekannt - das Bedürfnis, etwas zu "erleben" - auch bei Jugendlichen aus durchaus "normaler" Umwelt. Während nun diese doch meist in der Lage sind, sich nach jugendrichterlicher Maßregelung "eines Besseren zu besinnen", weil sie auch adäquate Verhaltensweisen zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse gelernt haben, ist dies einem Jugendlichen aus einem sozialen Brennpunkt nur in geringerem Umfang oder auch gar nicht möglich, wenn er nicht rechtzeitig in der oben dargestellten Weise gefördert worden ist.

Unsere Arbeit wirkt sich daher kriminalpolitisch nicht nur vorbeugend, sondern auch speziell rückfallverhütend aus.



Ausicht vom Waldtal

Marburg/L - Waldtal

Modell Stadtteilentwicklungsprogramm

1. Chronologie der Ereignisse:

Ausgangslage 1972: Der Marburger Stadtteil Waldtal ist ein „Sozialer Brennpunkt“: Die Wohnungsdichte ist extrem hoch; Großfamilien sind in erster Linie von beengtem Wohnen betroffen (Familien mit 6 und mehr Personen leben in 2-Zimmer-Wohnungen von ca. 45 bis 50 qm). Ein Großteil der Bewohner ist obdachlos. Die Gebäude sind überwiegend Schlichtbauten und im schlechten Zustand: Fehlende oder defekte sanitäre Anlagen, fehlende Isolierung und Heizmöglichkeiten; ständig feuchte Wohnungen, in denen Tapeten und Wäsche schimmeln. Es gibt besonders viele Großfamilien mit sehr niedrigen Einkommen. Noch in der Hochkonjunktur ist die Arbeitslosigkeit überdurchschnittlich hoch. Die Kinder im Vorschulalter sind zu 90% unbetreut, die Schulpflichtigen besuchen in der Regel die Sonderschule. Kurzum: Der Stadtteil ist allgemein mit Infrastruktur unterversorgt, von übrigen Stadtgebieten stigmatisiert. Die Bewohner werden diffamiert.

Bewohneraktivitäten und Stadtteilentwicklungsprogramm:

1971/72: Die Stadt Marburg löst die Obdachlosensiedlung AM KREKEL auf. Ein Teil der Bewohner wird in den Stadtteil Waldtal umgesiedelt (dort überwiegend als „obdachlos“ eingewiesen. Mit den Bewohnern wechselt der damalige „Arbeitskreis Notunterkünfte Marburg e.V.“ (AN), der seit 1967 im Krekel sozialarbeiterisch tätig war, in den Stadtteil Waldtal über und eröffnet dort Spiel- und Lernstuben.

Zu Beginn kann der AN nur Kinderarbeit anbieten, ohne alle Kinder versorgen zu können.

1973: Die intensive Elternarbeit des AN führt dazu, daß bei vielen Waldtalbewohnern ein Problembewußtsein für ihre Lebens- und Wohnsituation entsteht und erste Forderungen nach Verbesserung an den AN gestellt werden („Ihr müßt da mal was machen! So kann das hier nicht weitergehen!“)

Im Herbst 1973 stellt der AN zwei Gemeinwesenarbeiter ein. Der AN wird umbenannt in „Arbeitskreis Soziale Brennpunkte Marburg e.V. (AKSB).

1974: Vom AKSB wird in Zusammenarbeit mit der Phillips Universität Marburg eine Stadtteilanalyse erstellt. Schwerpunkt ist die Wohnsituation und

die infrastrukturelle Versorgung des Stadtteils.

Gleichzeitig finden Bewohnerversammlungen statt, um mit den Bewohnern einen Forderungskatalog für eine Verbesserung der Wohnsituation im Stadtteil zu erarbeiten.

Da im Stadtteil neu gebaut werden soll, versprechen sich viele Waldtalbewohner eine Verbesserung ihrer Wohnsituation. Vom AKSB wird angestrebt, die Gesamtsituation des Stadtteils zu verbessern. Deshalb werden die auf den Bewohnerversammlungen aufgestellten Forderungen an die Stadt herangetragen.

1975: Der größte Teil der Forderungen haben ihren Niederschlag in dem vom Amt für Stadtentwicklung vorgelegten „Entwicklungsprogramm für den Stadtteil Waldtal“ gefunden, das im Mai 1975 vom Magistrat der Stadt Marburg verabschiedet wird. (siehe Kasten Stadtteilentwicklungsprogramm)

1975/76: Der AKSB bildet Umzugsgruppen, in denen sich die umzugswilligen Familien (überwiegend Großfamilien) auf den Einzug in die Neubauten vorbereiten. Der freiwerdende Wohnraum wird auf die restlichen Bewohner verteilt (Entdichtung bei gleichzeitigem Zuzugsstopp!).

Im Juni 1976 ziehen die ersten Waldtalbewohner mit Bewohner aus dem übrigen Stadtgebiet in die Neubauwohnungen im Stadtteil. Gleichzeitig beginnt die Modernisierung der ersten Blocks im „alten Stadtteil“. Es werden hier speziell Wohnungen für ältere Bewohner hergerichtet. Auch diese Bewohner können sich langfristig auf den Umzug vorbereiten.

1977: Im Frühjahr ziehen die ersten Bewohner in modernisierte Wohnungen des „alten Stadtteils“ ein.

Während im Laufe des Jahres der 2. Bauabschnitt der Neubauten fertiggestellt wird, stagniert das Modernisierungsprogramm der „Altbauten“, da keine Landeszuschüsse bewilligt werden. Gegen Ende des Jahres wird die Realisierung des Waldtalentwicklungsprogramms dadurch erschwert, daß das Sozialamt nicht mehr bereit ist im notwendigen Umfang Renovierungs- und Umzugskosten, sowie Mietgarantien zu erteilen.

Das Waldtalentwicklungsprogramm wird damit in seiner Substanz getroffen: Wohnraumverbesserungen können für die noch beengt wohnenden Großfamilien nicht mehr bereitgestellt werden.

1978: Die Auseinandersetzungen mit dem Sozialamt verschärfen sich; es müssen die Gerichte bemüht werden. Die Gelder für den 2. Modernisierungs-

abschnitt werden bewilligt. Die Stadt ist allerdings nicht bereit aus den Erfahrungen der ersten Modernisierung zu lernen und statt Allesbrenneretagenheizungen jetzt eine Zentralheizung einzubauen. Damit wird ein weiteres Prinzip des Waldtalentwicklungsprogramms, das der bedarfsgerechten Planung und Realisation durchbrochen.

Weiterhin wurden 1978 die Zuschüsse der Stadt an den AKSB gekürzt, so daß dieser seinen Stellenhaushalt kürzen mußte. Damit verringert sich die sozialpädagogische Arbeit im Stadtteil erheblich.

Konstitutionelle Bedingungen und Perspektiven des Waldtal-Entwicklungsprogramms

Wenn man sich das Waldtalentwicklungsprogramm betrachtet und dar-

über hinaus sieht, was sich in den letzten zwei Jahren alles im Stadtteil Waldtal verändert/verbessert hat, so fragt man sich erstens: Wie war dies möglich? und zweitens: Warum wurden solche Programme nur von wenigen Städten erstellt und realisiert?

Rückblickend lassen sich eine Reihe „günstiger Faktoren“ feststellen, die historische Voraussetzung dieses Stadtteilentwicklungsprogramms waren:

— Zum Zeitpunkt der Erstellung des Programms bestand eine etwa 7 Jahre aktiv arbeitende Initiativgruppe, die das Problem Obdachlosigkeit immer wieder neu den Verantwortlichen (Politiker und Stadtverwaltung) auftischte.

— Die betroffenen Bewohner waren bereit, Forderungen zur Verbesserung ihrer Wohn- und Lebenssituation zu stellen und nach außen aktiv zu vertreten.

Entwicklungsprogramm für den Stadtteil Waldtal (Auszug)

Grundlage des Waldtal-Entwicklungsprogramms ist der am 29. Mai 1974 in der Stadtverordnetenversammlung verabschiedete Bebauungsplan Nr. 41.

Darin heißt es u.a.:

Dieser Bebauungsplan sollte „eine Grundlage in Form eines baulich räumlichen Konzeptes sein, das Waldtal strukturell zu verbessern. Ziele der Planung sind dabei vor allem eine bessere Ausstattung der Infrastruktur, Verbesserung der Wohnungssituation durch den Bau von hochwertigen Sozialwohnungen unterschiedlicher Größenordnung und gezielte Gestaltung der Bauten wie der Freibereiche“.

In den Leitgedanken des Programms wird weiterhin festgestellt, daß die Neubebauung alleine nicht zu einer strukturellen Verbesserung des Waldtals führen, sondern „ein Gesamtkonzept für die weitere Entwicklung des Waldtals“ auf der Grundlage des Erlasses des Hessischen Sozialministers vom 9. Jan. 1973 („Grundsätze zur Verbesserung der Lage der Obdachlosen“) dieses Ziel erreichen könne.

Im einzelnen legte das Programm folgende Maßnahmen fest:

1. „Keine Aussiedlung sozial Schwacher aus dem Waldtal“ Eine Umfrage hatte ergeben, daß die meisten sozial schwachen Familien im Waldtal wohnen wollten und hier eine bessere Wohn- und Infrastrukturversorgung forderten.

2. „Familiengerechte Wohnungen“

Für die noch sehr geengt wohnenden Großfamilien waren in der „alten Bausubstanz“ keine genügend große Wohnungen vorhanden. Für sie wurden — unter Planungsbeteiligung der Betroffenen — bei der Neubebauung Großraumwohnungen bebaut.

3. „Verbesserung der vorhandenen Wohnungen“

Dazu gehörte vor allem die Modernisierung der Häuser des Ginseldorfer Weges 26 bis 32 und der sogenannten „alten Knutzbach“ (werden als Einfamilienhäuser umgebaut für Großfamilien; ursprünglich war ihr Abriß im Gespräch!)

4. „Zusätzliche soziale Betreuung“

Beim AKSB wurde im Herbst 1975 eine zusätzliche Sozialarbeiterstelle geschaffen, um die Umzüge und die damit verbundenen Probleme besser bewältigen zu können.

5. „Fortführung der Präventivmaßnahmen zur Verhinderung von Obdachlosigkeit“

6. Schaffung einer Hausmeisterstelle für die städtischen Wohnungen im Stadtteil Waldtal

7. Errichtung eines Wohnwagenabstellplatzes

8. Errichtung einer Sozialstation

☉☉ Auch im Waldtal:
Eine 3 Zimmer Wohnung
für eine 7 köpfige Familie.
2 Kinder schlafen in der
Küche. Die
Wohnungsbau-
gesellschaft
will die Mietzusicherung
vom Sozialamt. Das
Sozialamt weigert
sich. ☉☉

— Die Stadtverwaltung hatte mit der Auflösung der Barackensiedlung deutlich gemacht, daß für sie eine „harte Lösung des Obdachlosenproblems“ (Neubau von Schlichtwohnungen im großen Stil) nicht mehr in Frage komme, vielmehr wurde eine strukturelle Lösung angestrebt (Übernahme von Mietschulden und damit Verhinderung von Obdachlosigkeit; in besonderen Notfällen wurden Wiedereinweisungen in die bestehende Wohnung vorgenommen)

— Das Land Hessen hatte durch die Erlasse des Sozialministers, durch Bereitstellung von Mitteln über die MFR und mit der Unterstützung von Projektgruppen strukturelle Lösungen des Obdachlosenproblems durch Verbesserung der Lebens- und Wohnsituation der Betroffenen 'salonfähig' gemacht. (für die Stadt Marburg war und ist es lukrativ, „städtische Sozialarbeit vom Land Hessen in großem Umfang teilfinanzieren zu lassen“.)

— Anfang der 70er Jahre herrschte bundesweit eine „Reformstimmung“ vor, die am ehesten ihren Niederschlag in einer verbesserten humaneren kommunalen Sozialpolitik in den sozialdemokratisch regierten Städten fand.

Die in Marburg letztlich bestimmten konkreten Faktoren scheinen jedoch von außerhalb der Obdachlosenproblematik gewirkt zu haben. So wurde die Barackensiedlung „AM KREKEL“ vor allem deshalb aufgelöst, weil über dieses Gelände die „Stadt-autobahn“ gebaut wurde. Für die Verbesserung der Wohnsituation im Waldtal war vor allem bestimmend, daß hier erstens ein Neubaugebiet ausgewiesen wurde, um die allgemeine Wohnungsmisere Marburgs zu verbessern und zweitens das Waldtal als Modernisierungsschwerpunkt festgelegt wurde, um erhebliche Bundes- und Landeszuschüsse „in die Stadt zu holen“.

Derzeitiger Stand der Arbeit und Bilanz:

Der Arbeitskreis betreut derzeit in seinen Spiel- und Lernstuben insgesamt 9 Kindergruppen (ca. 90 Kinder) im

Vorschul- und Schulalter. Außer uns betreuen der DKSB, Intertat und das Ökumenische Sozialzentrum St. Martin-Haus Kinder und Jugendliche des Stadtteils. In den vergangenen zwei Jahren wurden im Stadtteil ca. 90 Wohneinheiten neu gebaut (davon ca. 20 an Waldtalbewohner vermietet) und 13 Wohneinheiten modernisiert (weitere 13 Wohneinheiten in diesem Jahr). Insgesamt fanden ca. 150 Umzüge im Waldtal statt, dabei haben sich alle betroffenen Bewohner im Hinblick auf ihre Wohnungsversorgung quantitativ und qualitativ verbessert.

Eine Reihe infrastruktureller Maßnahmen des Stadtteilentwicklungsprogramms wurde bereits realisiert.

Die Aktivitäten der betroffenen Waldtalbewohner und des AKSB haben diese „äußeren Maßnahmen“ in ihrem Interesse modifiziert.

Mittlerweile ist die Anfang der 70er Jahre vorherrschende „Reformstimmung“ umgeschlagen. Zwar hat sich die Wohnsituation im Stadtteil erheblich verbessert; die wesentlichsten sozialen Probleme waren aber damit noch nicht behoben. Die wirtschaftliche Krise der letzten Jahre zeigt auch im Stadtteil Waldtal deutliche Spuren.

Gleichzeitig vollzieht sich ein langsamer Kurswechsel in der kommunalen Sozialpolitik. Die Sozialausgaben werden gekürzt und damit die sozialpolitischen Maßnahmen verhindert, die das Waldtalentwicklungsprogramm erst realisieren.

Die derzeitige Situation der Wohnungsverbesserungen kennzeichnet das Gesamtklima treffend:

Die stadteigene gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft weigert sich an Sozialhilfeempfänger Wohnungen zu vermieten, wenn diese nicht eine Mietzusicherung des Sozialamtes vorlegen. Das Sozialamt weigert sich, diese Mietzusicherung zu erteilen, u.a. mit dem Hinweis, daß jugendliche Angehörige nicht arbeiten und damit zum Unterhalt des Haushaltes beitragen. Auch im Waldtal wohnt noch eine 7köpfige Familie in einer 3-Zimmer-Wohnung (2 Kinder schlafen in der Küche).

Heute erscheint es fraglich, ob wir unter gleich günstigen Voraussetzungen wie 1974 nochmals ein Waldtal-Entwicklungsprogramm durchsetzen könnten.

Kontaktadresse: Arbeitskreis Soziale Brennpunkte, Ginseldorfer Weg 54, 355 Marburg, Tel.: 06421/64125

1) Arbeitskreis Soziale Brennpunkte e.V. Marburg: Ursprünglich eine Bürgerinitiative, inzwischen ein institutionalisiertes Gemeinwesen-arbeitsprojekt finanziert von der Stadt Marburg, dem Landesjugendamt, dem Sozialministerium und dem Landeswohlfahrtsverband.

Magistrat gibt mehr Geld

Anerkennung für erfolgreiche Arbeit des AKSB

Unter dem Motto, unterprivilegierten Gruppen, die am politischen Prozeß nur am Rande teilnehmen, zu helfen, sich zu organisieren, um ihre Interessen besser durchzusetzen oder um sie überhaupt erst zu artikulieren stand die Jahreshauptversammlung des Arbeitskreises Soziale Brennpunkte (AKSB). Ilse Käseling und Heinrich Sydow berichteten von der erfolgreichen Arbeit des Arbeitskreises Soziale Brennpunkte vor vollem Haus. Besonders wurde die Kinderarbeit in den Spielstuben und Hausaufgabengruppen und die Diskussion mit den Erwachsenen über deren Probleme, vorwiegend auf dem Mietsektor, hervorgehoben.

Die Aktivierungsarbeit des AKSB hatte zur Folge, daß ein Teil der Bevölkerung im Waldtal eigene Initiative entwickelte. So berichteten Bewohner auf der Jahreshauptversammlung von einer Mietinitiative bezüglich der schlechten Wohnverhältnisse und der Instandsetzung der Blocks der gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft. Hier zeigten sich schon nach kurzer Zeit kleine Erfolge. Einigkeit bestand darüber, daß das Problem der Instandhaltung nur dann befriedigend gelöst werden könne, wenn ein hauptamtlicher Hausmeister eingestellt wird. Viele der Bewohner des Waldtals haben eingesehen, daß es ihre Interessen sind, die sie auch selbst vertreten müssen. Ungebrauchte Waschküchen wurden kürzlich selbst gestaltet. Es entstand eine Werkstatt für Möbelreparatur und eine Kinderbastelstube. Die erpunktarbeit des AKSB wird die Umsetzung des vom Magistrat beschlossenen Entwicklungsprogramms sein, der vorsieht, daß Großfamilien in Neubauten umsiedeln. Aufgabe des AKSB werde es sein, dies nicht nur auf dem Papier stehen zu lassen.

Für die Pädagogen, die in den Spielstuben arbeiten, besteht die umfangreiche Aufgabe der weiteren Planung für die Innenausstattung des Kindergartens und die Erarbeitung des pädagogischen Konzepts für den Kindergarten.

Da Udo Heinze, wegen Arbeitsüberlastung und Heinrich Sydow, der im Examen steht, ausschieden, mußten zwei neue Vorstandsmitglieder ge-

wählt werden. Bestätigt wurden Tilde Krausnick, Ilse Käseling, Ilse Staude, neugewählt wurden Roland Asanger und Fr. Mahlmann. Roland Asanger ist Diplompsychologe und in der Ausbildung von Sozialpädagogen tätig. Frau Mahlmann möchte sich persönlich im sozialen Bereich betätigen.

Auch als Anerkennung ist es zu werten, daß die Stadt den finanziellen Beitrag für den Arbeitskreis Soziale Brennpunkte in diesem Jahr mehr als verdoppelte. Auch die Stadt hat die Notwendigkeit dieser Arbeit eingesehen, wofür der Arbeitskreis dankbar ist.

O.P. ——— 22.4.75

Ein fehlerhafter Haushalt?

CDU begründet Ablehnung eines Zuschusses an AKSB

„Aufgrund falscher Haushaltspolitik ist der Arbeitskreis Soziale Brennpunkte (AKSB) in finanzielle Schwierigkeiten gekommen. Diese Entwicklung ist nicht durch die Stadt Marburg zu verantworten, da der AKSB — als eigenständiger Verein — für sein Haushaltsgebaren eigenverantwortlich ist.“ Die CDU betont jetzt, daß sie es deshalb aus Grundsätzen der Gleichbehandlung aller Marburger Vereine und Verbände ablehnt, Finanzmittel bereitzustellen, wenn die Grundvoraussetzungen einer vereinsinternen ordnungsgemäßen Haushaltswirtschaft nicht gegeben sind.

Dies erklärte der Vorsitzende des Sozialpolitischen Arbeitskreises der Marburger CDU-Stadtverordnetenfraktion, Heribert Konder, in einer Stellungnahme zu Aussagen des AKSB (OP vom 28. 9. 1977). Bei einem Besuch im Waldtal habe sich der Sozialpolitische Arbeitskreis der CDU-Fraktion zuletzt ein Bild von der Arbeit des AKSB gemacht. Erst nach mehreren Schreiben hätten die Stadtverordneten der CDU eine Aufstellung der Einnahmen und Ausgaben des Jahres 1976 und den Haushaltsplan für das laufende Jahr 1977 erhalten. Daraus ergebe sich folgendes Bild:

● Der Haushalt 1976 schließe bei Einnahmen in Höhe von 317 400,63 DM und Ausgaben von 308 531,29 DM mit einem Überschuß von 8869,34 DM ab. In diesen Einnahmen sei laut Haushalt der Stadt Marburg ein städtischer Zuschuß von 85 200,— DM enthalten.

● Gemäß Haushaltsplan 1977 des AKSB sollten an Ausgaben 417 548,44

DM getätigt werden. Wie diese Ausgaben durch entsprechende Einnahmen gedeckt würden, stehe nicht in diesem Haushaltsplan. Erst auf Anfrage schlüsselte der AKSB seine Einnahmen — wenn auch fehlerhaft — gegenüber den CDU-Stadtverordneten auf.

O.P.v. 30.9.77

● Nach dieser Aufschlüsselung habe der AKSB bisher an Zuschüssen 242 00,— DM (davon 137 000,— durch die Stadt Marburg) erhalten. Der AKSB erwarte nach eigenen Angaben noch 105 000,— DM an Zuschüssen, deren Eingang bis jetzt noch fraglich sei. Summiert man diese erfolgten und erwarteten Zuschüsse einschließlich des Haushaltsüberschusses von 1976, so verfüge der AKSB über Einnahmen von 355 869,34 DM. Diesen ständen Ausgaben in Höhe von 417 548,44 DM gegenüber. Dies bedeute ein Defizit auf der Einnahmenseite in Höhe von 61 679,10 DM.

● Der AKSB habe nun bei der Stadt Marburg einen erneuten Zuschuß über den Nachtragshaushalt 1977 in Höhe von 35 000,— DM beantragt. Nach Rechnungen der CDU, so Konder, bestünde selbst unter Einbeziehung dieser Einnahmen noch ein Haushaltsdefizit in der Höhe von 26 679,10 DM, „über dessen Deckung der AKSB keine Angaben machen könnte“, wobei zudem Zuschüsse in der Höhe von 105 000,— DM noch fraglich seien.

Nach Darlegung des Vorsitzenden des Sozialpolitischen Arbeitskreises der Marburger CDU-Fraktion, Heribert Konder, könne eine solche „skandalöse Haushaltspolitik“ nur als unverantwortlich bezeichnet werden. Bei einem rechnerisch fehlerhaften und insgesamt unausgeglichenen Haushalt sehe sich die CDU auch im Interesse der Gleichbehandlung aller Marburger Vereine und Verbände außerstande, einem erneuten Zuschuß zuzustimmen und habe deshalb eine Streichung beantragt.

Wenn der AKSB öffentlich drohe, seine Aufgaben einzustellen bzw. Mitarbeiter zu entlassen, dann müsse er sich fragen lassen, mit welchem Verantwortungsbewußtsein er seine Arbeit überhaupt durchführe, wenn er nicht einmal in der Lage sei, eine ordnungsgemäße Haushaltsführung gewährleisten. Wie der Vorsitzende der Marburger CDU-Fraktion, Helmut Walter Troeltsch, vor der Fraktion erklärte, bleibe die Arbeit des AKSB Gegenstand weiterer Beratungen durch die CDU-Fraktion.

St. Martin - Haus

3550 Marburg/L - Waldtal
Waidmannsweg 11

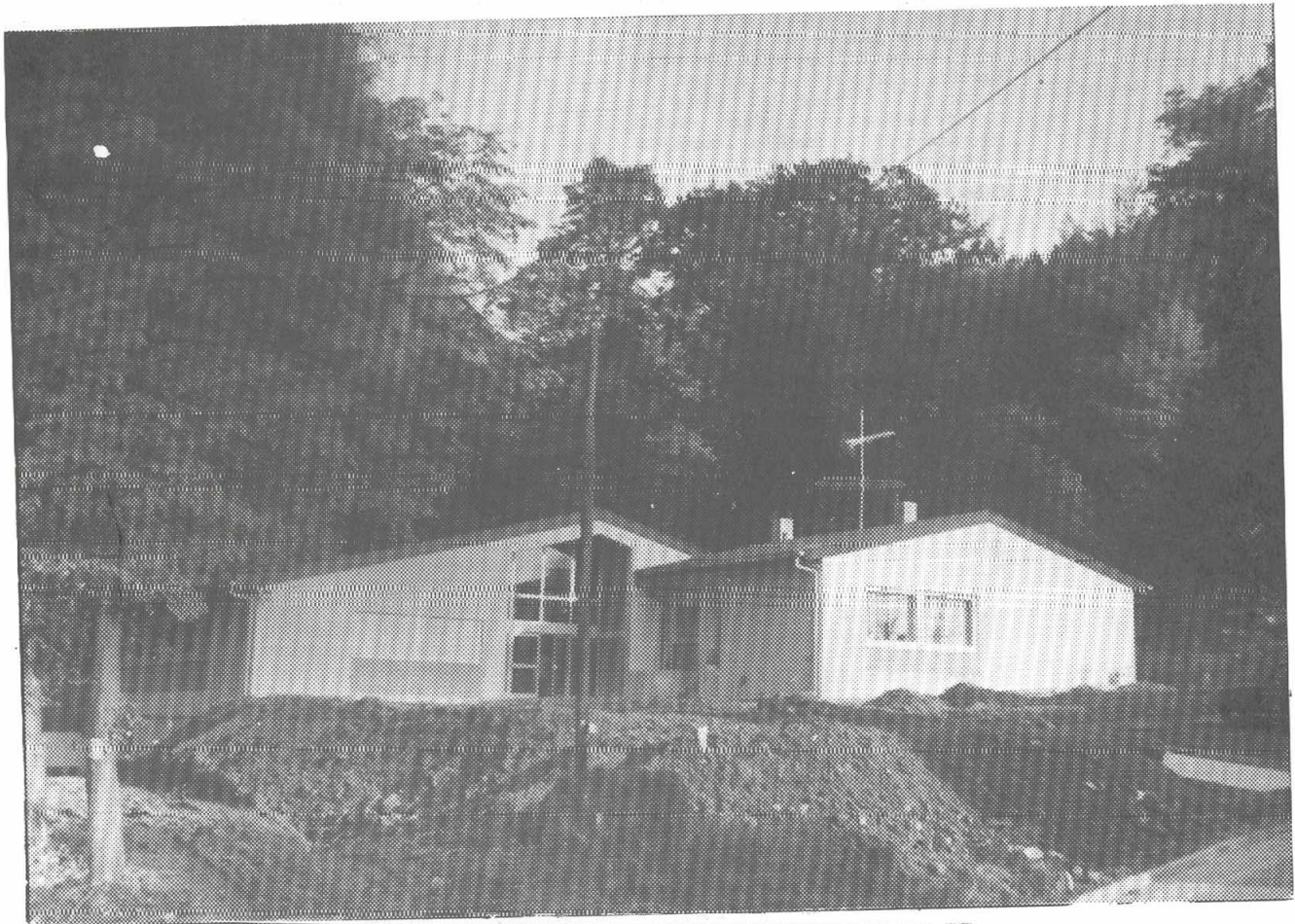
Träger: kath. und evangel. Kirche
Personalträger: Sozialdienst kath. Frauen e.V. (SKF)
Personal: 1 1/2 Sozialpädagogen, 1 ZDL, studentische und ehrenamtliche
Mitarbeiter

In Absprache mit den anderen im Waldtal tätigen Gruppen, dem Deutschen Kinderschutzbund Marburg und dem Arbeitskreis Soziale Brennpunkte Marburg sind die Sozialpädagogen des St. Martin-Hauses schwerpunktmäßig in der Jugendarbeit tätig. Die Jugendlichen haben hier zweimal in der Woche ihren Jugendclub, wo sie sich ungestört treffen können. Es werden Freizeit- und Interessengruppen angeboten, z.B. Junge-Mütter-Gruppe, Mädchen- und Jungengruppe.

Aber auch den Kindern und den älteren Bewohnern des Waldtals steht ein Nachmittag zur Verfügung.

Neben der offenen und der Gruppenarbeit suchen wir im Gespräch mit den einzelnen Jugendlichen ihre Probleme zu besprechen und ihnen zu helfen, d.h. wir sprechen mit den Eltern, den Lehrern, wir halten Kontakt mit den "Lehrherren". Wir unterstützen die Jugendlichen bei der Arbeitssuche, helfen bei Bewerbungen schreiben usw.

Eine wichtige Funktion übernimmt das St. Martinhaus in dem Zurverfügung-Stellen von Räumen. Hier finden Bewohnerversammlungen statt, hier trifft sich die Stadtteilgemeinde, die VHS hält hier ihre Gesprächskreise ab. Es werden hier Bewohnerfeste und private Feiern der Waldtalfamilien gefeiert. Nach dem fast viejährigen Bestehen ist das St. Martin-Haus nicht mehr aus dem Waldtal wegzudenken.



Die Kinder krönten den Geburtstag

St.-Martins-Haus im Waldtal drei Jahre alt / Wertvolle kirchliche Einrichtung

Erst drei Jahre sind vergangen, seit das Sozialzentrum St.-Martins-Haus im Waldtal geöffnet wurde. Aber schon lange ist diese kirchliche Einrichtung aus dem Leben der Bewohner des Waldtals nicht mehr wegzudenken. Am St. Martinstag, dem Patronats- und Geburtstag des Hauses, führte ein Laternenumzug durch das Waldtal und fand im Martinsspiel am Feuer vor dem St.-Martins-Haus seinen Höhepunkt.

Das St.-Martins-Haus wird aber nicht nur zu kirchlichen Veranstaltungen, sondern auch zu Familienfeiern etc. genutzt. Die Waldtalgemeinde findet sich dort zu ihren allmonatlichen Versammlungen, Festivitäten und Weihnachtsfeiern ein. Einmal in der Woche treffen sich auch die „Frauengruppe Waldtal“ sowie die Näh- und Flickgruppe.

Schon vor der Eröffnung des Sozialzentrums am St. Martinstag 1974 belegte der Deutsche Kinderschutzbund einen Raum des Hauses mit einer Hausaufgabengruppe. Inzwischen hat

der Kinderschutzbund seine Arbeit im Waldtal erheblich ausgeweitet: fünf Hausaufgabengruppen betreut er derzeit. Kindergruppen, die „Jugendgruppe Waldtal“, eine junge Müttergruppe und mehrere Neigungsgruppen haben die Sozialarbeiter im St.-Martins-Haus „unter ihre Fittiche“ genommen. Die Arbeit der Sozialarbeiter wird durch studentische Mitarbeiter unterstützt. Jeden Mittwochmittag erwarten sie die Kinder des Waldtals in

„ihren vier Wänden“. Zweimal in der Woche ist dann der Jugendclub für alle Jungen und Mädchen geöffnet.

Für die Senioren im Waldtal ist es in den vergangenen drei Jahren zur Gewohnheit geworden, sich jeden Donnerstag bei Kaffee und Kuchen im St.-Martins-Haus zu treffen. Vorträge, Gespräche, Spiel, Gesang und ökumenische Andachten bereichern das Programm. Tradition ist auch, daß die Besucher des Altenclubs einen Weihnachtsbasar „auf die Beine stellen“, dessen Reinerlös für die Jugendarbeit im Waldtal bestimmt ist. Dieses Jahr beginnt der Verkauf am Donnerstag, 24. November, um 16 Uhr.

Doch auch einen weiteren Termin müssen sich die alten Menschen des Waldtals noch merken: Als Adventsfeier führt die Waldtalgemeinde ihren vierten Seniorennachmittag am Sonntag, 27. November, 15 Uhr, im St.-Martins-Haus durch. Neben Kaffee und Kuchen ist natürlich auch für ein buntes Programm gesorgt. Es singt der Gesangsverein Liedertafel aus Marburg unter Leitung von Winfried Röll und Gottfried Schulz sowie der Kinderchor des Kinderheimes Frank Möller in Kirtorf. Zur Unterhaltung spielen das „Bergland-Duo“ aus Löhbach und der Posaunenchor der Stadtmission.

Die Fülle von Angeboten und die vielen Wünsche der Bewohner des Waldtals zeigen nach Ansicht des Sozialdienstes der katholischen Frauen, der für die Personalkosten aufkommt, daß das St.-Martins-Haus, dessen Unterhaltung von der evangelischen und der katholischen Kirche in Marburg gemeinsam betrieben wird, schon wieder viel zu eng geworden ist, um allen Bedürfnissen gerecht zu werden.

Oberhessische Presse
v. 23.11.77

Lob für Arbeit im Waldtal

CDU: St. Martinshaus eine tragende Einrichtung

Seit drei Jahren arbeitet das St. Martinshaus erfolgreich in der Jugend- und Altenarbeit und kann mittlerweile als eine tragende Einrichtung im Waldtal bezeichnet werden. Dabei entstehen der Stadt keine finanziellen Lasten, da dieses ökumenische Zentrum sowohl in den Bau- und Bewirtschaftungskosten als auch in den Personalkosten sowie den Aufwendungen für die Jugendarbeit aus Mitteln der beiden Kirchen getragen wird.

Diesen Eindruck gewann der Arbeitskreis Soziales der Marburger CDU-Fraktion gemeinsam mit den Stadträten Annemarie Stadelmann und Oskar Barth anlässlich eines Besuchs im St. Martinshaus im Marburger Waldtal.

Ziel der Jugendarbeit des St. Martinshauses sei es, gerade die Jugend im Waldtal durch gemeinschaftliche Hilfe zu unterstützen, über soziales Verhalten in der Gesellschaft einen vollwertigen Wirkungsbereich zu erlangen. Dabei gilt es, die vorhandene Passivität und Resignation gerade der Jugendlichen in oft mühevoller, von mannigfaltigen Rückschlägen bedrohter, Kleinarbeit zu überwinden“, betonte Frau Spätling, die gemeinsam mit Pfarrer Grau und Frau Lorenz den CDU-Vertretern das Konzept und die Arbeitsweise des Martinshauses erläuterte. Dabei sei die Zusammenarbeit mit Einrichtungen der Kirchen im Bereich der Stadt (Club X, Philipphaus), gut, was auch Hans Eber (CVJM) bestätigte. Er machte darauf aufmerksam, daß der Anteil von 48-60 Prozent arbeitsloser Jugendlicher im Waldtal besorgniserregend hoch sei.

Neben der Altenarbeit, die durch den Sozialdienst Katholischer Frauen geleistet werde, beginne im Martinshaus die auch durch hauptberufliche Mitarbeiter geleistete Kinder- und Jugendarbeit mit z. Z. zwei Kindergruppen ab 12 Jahren. Die eigentliche Arbeit für Jugendliche im Alter zwischen 14 und 21 Jahren werde, so Frau Spätling, in drei Schwerpunkten geleistet. Aus zweimaligen Clubabenden in der Wo-

che kristallisiere sich durch persönlchen Kontakt die Arbeit in Gruppen heraus, wie z. B. Jungmädchengruppe, Jungmüttergruppe, Fußballgruppe, Nähgruppe. Des weiteren bestünden sogenannte Neigungsgruppen. Neben diesen Aktivitäten in Gemeinschaft liege ein wesentlicher Schwerpunkt in der Einzelhilfe, in der versucht werde, dem in Schwierigkeiten oder Not befindlichen Jugendlichen Anregungen und falls erforderlich, unmittelbare Hilfe zur Überwindung seiner Probleme aus eigener Kraft zu vermitteln.

Wie der Vorsitzende des sozialpolitischen Arbeitskreises der Marburger CDU-Fraktion, Heribert Konder, im Anschluß an den Besuch äußerte, sei die CDU erfreut über die erfolgversprechende Arbeit des Martinshauses. Erstaunlich sei die Fülle kontinuierlicher Aktivitäten, die durch nur 1 1/2 fachlich qualifizierte Mitarbeiter in Planstellen für mehr als 100 Jugendliche geleistet werden. Als bemerkenswert für das Waldtal — für kirchliche Träger aber selbstverständlich — sei die große Anzahl ehrenamtlicher Mitarbeiter, die sich in z. T. aufopferungsvoller Weise ihren Aufgaben mit beträchtlichem Erfolg widmen. Wie Konder hervorhob, sei es auch für städtische Gremien im Vergleich bedeutungsvoll, daß die Arbeit des St. Martinshauses mit einem Haushalt von 113 700 DM ohne städtische oder Landeszuschüsse erfolgreich bewältigt werde.

OP v. 25.8.77

Es werden zudem in diesem Rahmen durchgeführt:

- Mütterberatung und Gesundheitsdienst
- Bewohnerversammlungen
- Hilfe bei Rechtsangelegenheiten
- Filmabende
- Ausflüge und Bewohnerfeste

Die Arbeit der Projektgruppe ist gefährdet:

- Die Arbeiterwohlfahrt hat zum Jahresende 1977 die Finanz- und Verwaltungsträgerschaft gekündigt, dadurch entfällt die bisher geleistete monatliche Vorfinanzierung, die eine kontinuierliche Arbeit ermöglicht.
- Die Stadt hat bis heute ihre Absichtserklärung (lt. Lokalpresse), die Arbeit der Projektgruppe zu unterstützen nur unzureichend eingelöst. Von den bei der Stadt beantragten rd. 80.000 DM wurden lediglich 55.300 DM bewilligt. Die Arbeit wird zusätzlich durch bürokratische Auflagen seitens der Stadt erschwert (halbjährlicher Rechenschaftsbericht und Vorlage von Arbeitsplänen).
- Über Öffentlichkeitsarbeit und die Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte konnte eine Finanzierung in Höhe von 60.000 DM durch das Land bisher erreicht werden. Der Zuschuß des Landeswohlfahrtsverbandes ist bis heute unklar.

Diese Sachlage macht ein kontinuierliches und langfristig geplantes, rationelles Arbeiten unmöglich.

Das größte Problem der Bewohner der Margaretenhütte ist z.Zt. die miserable Wohnsituation. Um eine Verbesserung der Wohnqualität zu erreichen, wenden sich die Bewohner mit Unterstützung der Projektgruppe an die Öffentlichkeit:

'Seit Jahren gibt es in der Margaretenhütte viele Bewohner, die vergeblich eine neue Wohnung suchen, weil die alte viel zu klein ist.'

Wir wollen, daß endlich alle Wohnungssuchenden menschenwürdige Wohnungen erhalten!

Obwohl wir selbst das Beste daraus zu machen versuchen, ist der Zustand unserer Wohnungen oft katastrophal: Sie sind feucht und schimmelig, Wasser läuft durch die Türen, Tapeten fallen von den Wänden.

Wir wollen, daß die Wohnungen endlich renoviert werden. Seit 1972 fordern wir die Beseitigung der Mängel.



Siedlung
Margarethenhütte
Gießen

- hohe konjunkturelle und strukturelle Arbeitslosigkeit
- hoher Anteil von Sozialhilfeempfängern
- mangelhafte Infrastruktur
- miserable Wohnqualität und
- defizitäre Sozialisationsbedingungen für die Bewohner

Die Projektgruppe arbeitet seit 5 Jahren. Als eingetragener Verein erhält sie Mittel von Stadt, Land und Landeswohlfahrtsverband.

Personalstand:

3 1/2 hauptamtliche Sozialarbeiter, eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme, ein Zivildienstleistender und eine Gruppe von 12 Studenten. Durch schlechte Arbeitsbedingungen in unzulänglichen Räumlichkeiten ist ein Mehraufwand seitens der Mitarbeiter erforderlich.

Die Arbeitsbereiche:

Spielstube (2 1/2 - 6jährige, z.Zt. ca. 15 Kinder)

Die Erzieher praktizieren einen kontinuierlichen, für die Kinder einsehbaren Erziehungsstil mit festen Regeln und Grenzen welcher es zuläßt, emotional auf die Kinder zu reagieren und ihnen ermöglicht, ihre emotionalen Defizite auszugleichen.

Hemmnisse sind gegeben durch kleine Räume, das Fehlen eines Spielplatzes, kindsgemäßen Toiletten und Waschbecken, durch eine defekte Holzterrasse, ein nicht ausreichendes Heizsystem - außerdem führt die neue Lahnstraße direkt vor der Tür der Spielstube vorbei.

Hausaufgabenhilfe (7 - 12jährige, 25 Kinder)

Dieses regelmäßige Hilfsangebot wirkt z.B. Lernschwierigkeiten und Schulangst entgegen; die Chance wird erhöht, daß diese unterprivilegierten Kinder in der Schule mitkommen, somit kann eine Sonderschuleinweisung teilweise verhindert werden. Der Großanteil der Kinder sind Sonderschüler, so daß eine spezifische Förderung notwendig ist.

Das Spielangebot für diese Zielgruppe ermöglicht schulisches Lernen sowie freiwilliges berufsorientiertes Lernen durch geeignete Spielangebote (beispielsweise werden dadurch handwerkliche Fähigkeiten entwickelt, die Bereitschaft zu Hygiene und Körperpflege gefördert).

Jugendarbeit (13 - 25jährige)

Ziel der Gruppenarbeit ist es:

- Beratung und Hilfestellung bei konkreten Schwierigkeiten zu leisten,
- soziale Konflikte unter den Jugendlichen und im sozialen Umfeld anzugehen,
- Freizeitinitiativen zu fördern,
- Interessengruppen zu bilden.

Ausgangspunkt für die Arbeit ist die Lage der Jugendlichen in der Siedlung, diese ist gekennzeichnet durch:

- die verschärfte häusliche Situation
- Arbeitslosigkeit und Arbeitslosigkeitsprobleme

Erwachsenenarbeit (ca. 160 Erwachsene im Wohngebiet)

Einige schwerpunktmäßige Aufgaben in diesem Bereich sind:

- Verbesserung der individuellen, materiellen Situation der Bewohner,
- individueller und sozialer Beratungsdienst
- strukturelle Verbesserung durch gemeinsame Interessenvertretung der Bewohner,
- Frauencub und Männerarbeit

Die Siedlung Eulenkopf-Heyerweg ist eines der drei Gießener Wohngebiete, in dem Familien an der untersten Einkommensgrenze (teils Sozialhilfeempfänger, teils Arbeitslosenhilfeempfänger und kinderreiche Familien) auf engem Raum wohnen müssen, da sie entweder größere Wohnungen im Stadtgebiet nicht bezahlen können oder aufgrund von Mietschulden hier eingewiesen wurden.

Nach einer Zählung von 1974 wohnten im Gemeinwesen Heyerweg-Eulenkopf 387 Personen, davon 160 Kinder; in der Rödgener Straße 381 Personen, davon 42 Kinder.

Die Häuser in der Siedlung sind zum größten Teil in schlechtem baulichen Zustand, die Wohnungen sind klein, feucht, im Winter schlecht zu heizen, Duschbäder sind erst nachträglich eingebaut worden.

Es gibt immer noch Häuser, die die Toiletten nicht in der Wohnung haben, sondern die nur von draußen her im Keller erreichbar sind. Noch dazu müssen sich zwei Mietparteien eine Toilette teilen.



Siedlung
Eulenkopf Gießen



Margareten hütte

Die Siedlung ist von der Stadt räumlich isoliert, umgeben von Kasernen der US-Armee, eingegrenzt von einer Hauptverkehrs- und einer Schnellstraße sowie von Industriegebieten.

Die Infrastruktur ist mangelhaft, obgleich sich in gemeinsamer Arbeit der Initiativgruppe und der Bewohner einiges gebessert hat, wie Ausbau des Heyerweges, Anlegung von Spielplätzen, Straßenbeleuchtung. Ein immer noch offenes Problem sind die Anzahl und Aufstellung der großen Müllcontainer.

Die Schul- und Berufsausbildung der Erwachsenengeneration ist gering: teils Sonderschulabschluß, teils Hauptschulabschluß. Die meisten Männer sind als Angelernte bzw. Ungelehrte in der Bauwirtschaft tätig. Periodische und längerfristige Arbeitslosigkeit ist bei ihnen häufig.

Die Frauen haben durchweg keine Berufsausbildung. Sie waren vor der Ehe und teils auch wenn sie schon Kinder haben in Putzstellen oder in der Fabrik tätig.

Aufgrund der konjunkturellen Lage sind z.Zt. sehr viele Männer arbeitslos, die Familien leben von Sozialhilfe, alleinerziehende Frauen ebenfalls von der Sozialhilfe. Dreiviertel der Kinder besuchen die Sonderschule. Die Lebensbedingungen und Bildungschancen dieser Kinder führen zu einem besonders hohen Anteil arbeitsloser Jugendlicher.

Durch die Konzentration der Familien mit einer so komplexen sozialen und materiellen Problematik entsteht zwangsläufig eine Tendenz zu Kriminalität und Alkoholismus, als ein Fluchtversuch aus einer unerträglichen Lebenssituation. In diesem Zusammenhang ist auch das Auftreten von Drogenkonsum, vermittelt durch den Kontakt zu den US-Soldaten der umgebenden Kasernen zu sehen.

Die IGE fand ihren Anfang 1969 in der Studentenbewegung, über die Zusammenarbeit mit der Universität (Prof. Richter) fand die Arbeit ihre Kontinuität sowie durch die Trägerschaft des Caritasverbandes Gießen ihre materielle Grundlage und institutionellen Niederschlag.

Die Schwerpunkte der Arbeit:

Kindergarten und Eingangsstufe (2 1/2 - 5jährige)

Neben der Entwicklung der Leistungsfähigkeit steht auch hier im Vordergrund, die Kinder in ihrem Sozialverhalten so zu stabilisieren, daß sie mit den Anforderungen der Grundschule zurechtkommen können.

Kinder- und Jugendarbeit

Die Schulkinder sind in verschiedenen Spiel- und Beschäftigungsgruppen nachmittags zusammengefaßt. Ziel ist, die Entwicklung der Erlebnisfähigkeit, den Gruppenzusammenhalt und das Verantwortungsgefühl füreinander zu entwickeln und zu stärken. Außerdem wird mit den Jugendlichen in der täglichen Hausaufgabenhilfe und im Jugendclub (14-24jährige) gearbeitet.

Bewohnerarbeit (Erwachsenenarbeit)

Diese Arbeit umfaßt sowohl Einzelfallhilfe wie sozialtherapeutische Einzelbetreuung, als auch Versuche, mit engagierten Bewohnern Verbesserungen der gesamten Lebensbedingungen zu erreichen. Die verschiedenen Arbeitsbereiche überschneiden sich, deshalb hat das Gesamtplenum eine wichtige Funktion.

Der 'Frauenclub' und der 'Athletikclub Eulenkopf' ist auf Eigeninitiative der Bewohner entstanden.

Kooperation

Die IGE arbeitet mit anderen Einrichtungen, Institutionen, Behörden und der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft zusammen.

Mitarbeit im Projekt

Es arbeiten mit: zunächst alle Bewohner, die aktiv teilnehmen, ca. 4 Studenten (Teilzeit), 5 hauptamtliche Kräfte, 2 Zivildienstleistende (Teilzeit) und zwei Lehrkräfte in der ausgelagerten Eingangsstufe (Teilzeit).

Oberstes Ziel ist, die Selbsthilfemöglichkeiten der Bewohner zu stärken, gegen die ihnen durch vielfältige äußere Bedingungen nahegelegten Apathie und Resignation, die in ihnen liegenden Möglichkeiten der Selbststabilisierung zu wecken und zu fördern, damit sie die Konflikte untereinander und mit dem mächtigen Behördenapparat besser durchstehen zu können, d.h. auch Formen der Auseinandersetzung zu finden, die Erfolg versprechen. In 1975 konnte z.B. erfolgreich eine Aktion gegen rasante Mieterhöhung durchgeführt werden.

Allerdings findet auch hier die Sozialarbeit ihre Grenzen an den kausalen Bedingungen des sozialen Systems! Die Arbeit wird beeinträchtigt durch die Unsicherheit der fortlaufenden Finanzierung (Land/Stadt) und durch die Konkurrenz unter den Projekten, hervorgerufen durch die im Sozialwesen verknappte Mittelvergabe.

3. Arbeitsgruppe Läufertröder Weg

Die Siedlung 'Gummiinsel' ist der dritte soziale Brennpunkt Gießens und liegt am Rande der Weststadt zwischen Krofdorfer Straße und dem Gewerbebetrieb Alter Krofdorfer Weg, Leimenkauterweg.

Die Siedlung hat z.Zt. ca. 360 Bewohner, von denen 277 und 18 Jahren alt, also Kinder und Jugendliche sind.

Der Name 'Gummiinsel' erklärt sich wie folgt:

Eine Reihe der Bewohner fand nach dem 2. Weltkrieg Beschäftigung als Heimarbeiter einer Gießener Gummiabrik. Sie holten sich mit Handwagen Gummiringe aus der Fabrik ab, sortierten und zählten diese und brachten sie zurück. In dieser Zeit entstand im Gießener Volksmund die Bezeichnung 'Gummiinsel', wirkte die Siedlung auf den Lahnwiesen doch besonders bei Hochwasser isoliert wie eine Insel.

Der 'Inselcharakter' der Siedlung ist bis heute erhalten geblieben. Die Regulierung der Lahn hat zwar in den vergangenen Jahren Hochwasser verhindert, doch bildet die Siedlung noch immer ein Karree, eingegrenzt durch die verkehrsreiche Krofdorfer Straße, durch die gewerblich genutzte Fläche zur Lahn und durch Wiesen und Felder zum Stadtteil Sachsenhausen und zur Weststadt hin.

Mit dem Bau der Weststadt wurde die Chance zur Integration der Siedlung in ein größeres Gemeinwesen nicht genutzt, vielmehr wurde die Siedlung durch die Hochhäuser auch nach dieser Seite hin eingemauert.

Der geplante Bau der Nordtangente auf dem Gebiet zwischen der Siedlung und der Weststadt würde die Isolation der Siedlung weiter verschärfen.

Mit der dargelegten räumlichen Isolation der Siedlung korrespondieren soziale Isolation bzw. Diskriminierungs- und Stigmatisierungsprozesse. Äußerliches Zeichen hierfür sind Ausdrücke der Gießener Bevölkerung und der Massenmedien für die Bewohner, wie die 'Insulaner', 'die von der Gummiinsel' oder die 'Manen'.

Die Arbeitsgemeinschaft Läufertröder Weg besteht aus Mitarbeitern des Diakonischen Werkes und des Evangelischen Gemeindeverbandes und arbeitet seit 1970 unter der Trägerschaft des Diakonischen Werkes in der Siedlung.

Aus der SPIEL- und LERNSTUBE, die im Jahre 1970 noch überwiegend von Frauen aus der Evangelischen Stephanusgemeinde betreut wurde, entwickelte sich bis heute eine intensive KINDER- und JUGENDARBEIT, in der jetzt 3 Sozialpädagogen, 2 sozialpädagogische Berufspraktikanten und zahlreiche ehrenamtliche Honorarkräfte mitarbeiten.

Die Arbeitsbereiche der Arbeitsgemeinschaft Läufertröder Weg sind:

Spielstube

Die Spielstube wird z.Zt. von 20 Kindern im Alter von 2 1/2 bis 6 Jahren besucht. Die Kinder werden vor- und nachmittags betreut. In der Spielstube wird darauf hingearbeitet, die Defizite der Kinder zu verringern und auf die Einschulung vorzubereiten.

Schulkindergruppen

Einmal wöchentlich werden für Grund- und Hauptschüler, Spiel- und Lerngruppen angeboten. In diesem Rahmen werden etwa 50 Kinder betreut, für die auch in jedem Jahr eine 14tägige Freizeit in den Sommerferien veranstaltet wird.

Jugendarbeit

Für die Jugendlichen der Siedlung werden zweimal wöchentlich Freizeitangebote wie Tischtennis, Schwimmen und Filmvorführungen gemacht, die von etwa 20 bis 30 Jugendlichen besucht werden.

Eine Jugendgruppe, die sich speziell mit Schul- und Ausbildungsproblemen befassen soll befindet sich im Aufbau.

Eltern- und Erwachsenenarbeit

Zu allen Kinder- und Jugendgruppen werden mehrmals im Jahr Elternabende veranstaltet. Einmal wöchentlich trifft sich der Frauenclub, dem ca. 15 Frauen angehören.

Einmal monatlich findet sich der Altenclub zusammen.

Beide Bewohnergruppen arbeiten aktiv bei Veranstaltungen wie Flohmärkten, Ausflügen und Festen für alle Bewohner mit.

Ziel der Arbeitsgemeinschaft Läufertröder Weg ist es, die Startchancen der Kinder und Jugendlichen in der Siedlung zu verbessern, die Motivation der Bewohner zur Selbsthilfe zu stärken und die Isolierung von der übrigen Bevölkerung des Stadtteils abzubauen.

Fußballfest am Eulenkopf

Treffen sozialer Brennpunkte aus Hessen

Gießen (V). Am Pfingstsonntag laden die Bewohner der Siedlung Eulenkopf und die Initiativgruppe Eulenkopf 7 Fußballmannschaften zum „Volker-Schmidt-Gedächtnisturnier“ ein. Neben dem sportlichen Ereignis bietet dieses Treffen gleichzeitig die Möglichkeit, die sozialen Kontakte zwischen den Bewohnern der eingeladenen Randsiedlungen Hessens, der Siedlung Eulenkopf und der Gießener Bevölkerung zu verbessern.

Fußballmannschaften und ihre Anhänger aus den sozialen Randsiedlungen Wiesbaden-Schelmengraben, Schwarz-Weiß Gießen, Darmstadt-Arheilgen, Frankfurt-Eckenheim, Wiesbaden-Mühlthal, Offenbach-Nesselpfad und eine mit der Siedlung Eulenkopf befreundete Mannschaft aus Trohe spielen am Pfingstsonntag um einen Wanderpokal, der von Karl-Heinz Kirchberg, einem Bewohner der Eulenkopf-Siedlung, gestiftet wurde. Das Turnier wird zum Gedächtnis des im letzten Jahr tödlich verunglückten Volker Schmidt ausgetragen, einem „Spieler der ersten Stunde“ in der Mannschaft des Eulenkopfs.

Die Idee zu dem Pfingstturnier knüpft an

ein jährlich ausgetragenes Turnier von Mannschaften sozialer Brennpunkte an, das von dem bei einem Autounfall ums Leben gekommenen Sozialministers Schmidt vor vier Jahren initiiert worden war. Diese Veranstaltungsreihe fiel im letzten Jahr aus, da die Mannschaft aus Darmstadt zum dritten und damit letzten Mal den Wanderpokal gewann. Mit dem Turnier am Eulenkopf sollen die sozialen Kontakte, die sich zwischen den Fußballspielern, aber auch den übrigen Bewohnern der beteiligten Randsiedlungen bei den Treffen der vergangenen Jahre angeknüpft haben, gefestigt und vertieft werden.

Das Turnier wird von Sozialminister Clauss unterstützt und läuft unter der Schirmherrschaft von Oberbürgermeister Görnert. Die Siegerehrung nimmt Stadtrat Kozi in Vertretung des Oberbürgermeisters vor.

Am Sonntagmorgen um 8 Uhr beginnt das Turnier und schließt abends mit einer Tanzveranstaltung im Festzelt ab. Den ganzen Tag über gibt es reichlich Würstchen, Eintopf, Bier und Unterhaltung für groß und klein. Die Gießener Bevölkerung ist dazu herzlich eingeladen.

17. 5. 78 GAZ

ACE Gießen Pfingstturniersieger

Gießen (ws). Einen schönen und guten Verlauf nahm am Pfingstsonntag das Fußballturnier des ACE Gießen um den „Volker-Schmidt-Gedächtnis-Wanderpokal“, an dem sich acht Mannschaften beteiligten. Als überraschender Sieger ging der Veranstalter ACE selbst hervor, der im Finale den SV Wiesbaden-Schelmengraben mit 4:1 besiegte und damit erstmals Sieger dieses Gedächtnis-Pokales wurde.

Den dritten Platz belegte der SV Schwarz-Weiß, der die SG Trohe nach einem 2:1-Sieg auf Platz vier verwies.

Den Fairness-Pokal gewann die SG Wiesbaden-Mühlthal. Im übrigen gab es folgende Turnierergebnisse: Gruppe I: Schwarz-Weiß — Wiesbaden-Schelmengraben 1:1, Darmstadt-Arheilgen — Ffm.-Eckenheim 3:0, Schwarz-Weiß — Arheilgen 2:0, W.-Schelmengraben — Ffm. Eckenheim 6:0, Ffm. Eckenheim — W.-Schelmengraben 0:2.

Gruppe II: Wiesbaden-Mühlthal — Offenbach-Nesselpfad 1:0, W.-Mühlthal — ACE Gießen 0:0, SG Trohe — Offenbach-Nesselpfad 4:0, ACE — O.-Nesselpfad 3:0, Trohe — Wiesbaden-Mühlthal 1:0.

Wird „Eingangsstufe Eulenkopf“ wegen sinkender Schülerzahlen eingestellt?

Morgen Gespräche mit den Eltern - Protest der Initiativgruppe

(if) Nachdem im Schuljahr 1978/79 nur sieben und im darauffolgenden Schuljahr 1979/80 lediglich vier Kinder zur Einschulung in die „Eingangsstufe Eulenkopf“ anstehen, hat das Regierungspräsidium Darmstadt — wie die AZ erfuhr — am 16. Mai auf Vorschlag des zuständigen Schulamtsdirektors sein Einverständnis mit einer Aussetzung des Versuchs erklärt. Der Schulversuch war vor fünf Jahren eingerichtet worden, mit dem Ziel, die Eulenkopf-Kinder spielerisch an die Schule heranzuführen und auf das spätere Zusammensein mit den anderen Kindern der Pestalozzi-Schule vorzubereiten. Indes gingen seither die Schülerzahlen beständig zurück. In der E2 gibt es gegenwärtig noch zwölf Schüler, die aber mit Beginn des kommenden Schuljahres in die Pestalozzi-Schule wechseln. Die jetzige E1 wird nur noch von zehn Schülern besucht.

Wie Schuldirektor Werner Thomas auf

Anfrage erklärte, ist für morgen, Donnerstag, ein Gespräch mit den Eltern der sieben neu einzuschulenden Fünfjährigen vorgesehen, an dem auch der Rektor der Pestalozzischule teilnehmen wird. Man versucht eine Lösungsmöglichkeit dergestalt zu finden, daß die Kinder die Möglichkeit erhalten, sofort in die Pestalozzischule zu gehen. Dies sei insofern vertretbar, als die Beförderungskosten für jedes Kind samt einer Begleitperson übernommen würden.

Inzwischen hat die „Initiativgruppe Eulenkopf“ in einer Presseerklärung gegen die Schließung der Eingangsstufe protestiert. Eltern, Bewohner der Siedlung und Initiativgruppe wenden sich gegen die Absicht der Schulbehörde. Sie vertreten die Auffassung, daß kleine Klassen notwendig seien, um Kindern zu einem aussichtsreichen Start der Schullaufbahn zu verhelfen.

- 272 -

Gießener Anzeiger
14.6.78

Eingangsstufe Eulenkopf bleibt weiter bestehen

(ps) Entgegen der Ankündigung des Regierungspräsidenten Darmstadt wird der Schulversuch „Eingangsstufe Eulenkopf“ für ein weiteres Jahr fortgesetzt. Der Schul- und Kulturdezernent der Stadt Lahn, Stadtrat Werner Thomas, bestätigte gestern auf Anfrage der AZ eine entsprechende Entscheidung des hessischen Kultusministeriums. Thomas, der über den pädagogischen Hintergrund dieser Anordnung keine Wertung abgab, sagte, daß er nun der Verpflichtung entbunden sei, die organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen, daß die Kinder die Eingangsstufe der Pestalozzischule besuchen können.

Während die „Eingangsstufe Eulenkopf“ nunmehr also fortgesetzt wird, hat der Kultusminister dagegen nach Mitteilung von Stadtrat Thomas entschieden, die Eingangsstufe der Korczak-Schule einzustellen. Als Begründung seien sinkende Schülerzahlen und ein mangelndes Interesse der Eltern angegeben worden. Wie Thomas abschließend erklärte, bedeutet dies, daß mit Schuljahresbeginn 78/79 keine fünfjährigen Kinder mehr an dieser Schule aufgenommen werden können.

Gießener Allgemeine
16.6.78

Selbst die Sozialarbeiter sind ratlos ...

Dilemma mit dem zehnten Schuljahr - „Berufsvorbereitungslehrgänge überfüllt“

(if) Vor der Frage „Was nun?“ stehen gegenwärtig zahllose junge Leute. Besonders ratlos jedoch sind die Sozialarbeiter der Projektgruppen Margaretenhütte, was ihre „Schützlinge“ angeht, sechs Absolventen der Albert-Schweitzer-Schule — Schule für Lernbehinderte —. Die aus der Sonderschule Entlassenen brachten zwar vor Schuljahresende ein Schreiben des Schulleiters mit nach Hause, in dem ausführlich auf die drei verschiedenen Möglichkeiten der Ableistung des seit März

gesetzlich verankerten zehnten Schuljahres eingegangen war und die Eltern gebeten wurden, sich zu entscheiden. Doch diese Entscheidung ist problematisch.

Sozialarbeiter Ludwig Metjé und das Vorstandsmitglied des Vereins Projektgruppe Margaretenhütte, Reinhard Thies: „Das angebotene zehnte Schuljahr mit der Möglichkeit des Erwerbs des Hauptschulabschlusses scheidet praktisch aus: Unsere jungen Leute sind schulmüde, das zeige zahllose Bußgeldverfahren wegen Schulschwänzens, die hier laufen.“ Was die Möglichkeit des sogenannten „Berufsvorbereitungslehrganges“ angeht, verweisen die Sozialarbeiter darauf, daß dieses Berufsvorbereitungslehrgang für Schüler bestimmt ist, die über einen Hauptschulabschluß verfügen und bereits in groben Umrissen wissen, welche berufliche Zukunft sie anstreben. Bliebe also lediglich die Möglichkeit der einjährigen Berufsvorbereitungslehrgänge. Die Mitarbeiter der Projektgruppe berichten, sie hätten deswegen bei den entsprechenden Schulen angefragt, jedoch überall Absagen erhalten. Mit Ausnahme der Aliceschule, die aber nur den Bereich Hauswirtschaft abdeckt, infolgedessen also nicht in Frage kommt, seien alle Lehrgänge überbelegt.

Dies Ergebnis zeigt nach Auffassung der Sozialarbeiter, daß das zehnte Schuljahr „überstürzt“ eingeführt worden sei. Die Schulen seien überbelegt, andererseits lägen noch keine Richtlinien vor, was mit denen, die aus der Regelung „herausfallen“, geschehen solle.

„Wir stehen der ganzen Situation ziemlich ratlos gegenüber“, versichern sie. Sie selbst plädieren für eine zusätzliche berufsvorbereitende Klasse an der Theodor-Litt-Schule, weil sie glauben, daß nur eine bessere, möglichst beruflich orientierte Qualifikation den aus der Albert-Schweitzer-Schule Entlassenen nützt. Indes scheint ihre Auffassung nicht unbedingt auf die Zustimmung aller Eltern zu stoßen. „Vielen von ihnen wäre wohl lieber, ihre Söhne würden eine Arbeit aufnehmen und mit dem Verdienst die Familienkasse auffüllen, denn die materiellen Verhältnisse haben sich verschärft.“

Gießener Anzeiger

1.6.78

LANDESARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIALE BRENNPUNKTE HESSEN e.V.

Geschäftsstelle: Moselstr.25, 6000 Frankfurt/M 1, Tel. 0611/234397

ALLGEMEINE INFORMATION

Die Landesarbeitsgemeinschaft SOZIALE BRENNPUNKTE Hessen e.V. (LAG) wurde am 15./16. Juni 1974 gegründet. Bewohner und Sozialarbeiter aus vielen Sozialen Brennpunktsiedlungen im Land Hessen haben sich hier zu einer überparteilichen Vereinigung zusammengeschlossen, um sich gemeinsam für eine Verbesserung der Lebensbedingungen in den Siedlungen einzusetzen. Aus der Erfahrung heraus, daß die Arbeit von von Bewohnern und Sozialarbeitern in ihren Stadtteilen durch die Unterstützung von Bewohnern und Sozialarbeitern aus anderen Städten wesentlich verbessert werden kann und gemeinsame Probleme auch gemeinsam angegangen werden müssen, wurde mit der Gründung eine überlokale und überregionale Interessenorganisation aufgebaut, in der Bewohner und Sozialarbeiter gleichberechtigt miteinander arbeiten.

Die Mitglieder

Aktive Mitglieder im Sinne der Satzung sind die Projektgruppen - das sind sowohl Sozialarbeiter- als auch Bewohnergruppen - die in den verschiedenen Sozialen Brennpunkten Hessens arbeiten. Entsprechend der Zielsetzung der LAG sollen die Projektgruppen in ihrer Arbeit die Selbstorganisation und Selbsthilfe der Bewohner in den Brennpunktsiedlungen anstreben und eine integrierte Form von Kinder-Jugend- und Erwachsenenarbeit praktizieren.

Bisher sind 15 Projektgruppen aus verschiedenen hessischen Städten auf Antrag Mitglieder der LAG geworden. Daneben arbeiten weitere 20 Projekte bei der LAG als Gastmitglieder (§5, B 1 der Satzung) oder in anderer Form unterstützend mit.

Als SOZIALE BRENNPUNKTE im Sinne der Satzung werden verstanden:

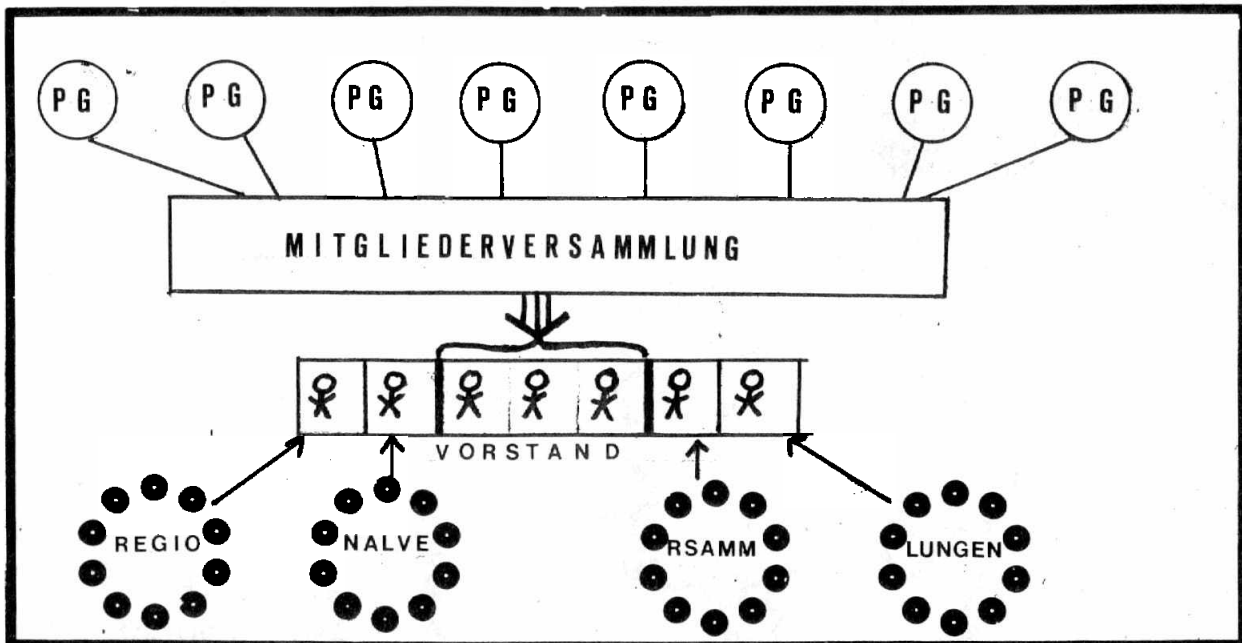
- Obdachlosensiedlungen und öffentliche Notunterkünfte mit Anstaltscharakter
- Wohngebiete, deren Bewohner von Obdachlosigkeit bedroht sind
- Wohngebiete mit deutlichen Anzeichen psychischer und materieller Verelendung der Wohnbevölkerung oder Teilen davon (z.B. Sanierungsgebiete)
- Wohngebiete mit mangelhafter Sozialer Infrastruktur

Die Mitgliederversammlung

Mindestens einmal im Jahr findet eine Mitgliederversammlung der Landesarbeitsgemeinschaft statt. Die aktiven Mitglieder sind hier mit je 2 Stimmen stimmberechtigt. Sie wählen den Vorstand der IAG und beschließen über das Arbeitsprogramm der Landesorganisation. Zur Mitgliederversammlung sind neben den Mitgliedsprojekten alle interessierten Projektgruppen, Bewohner und Sozialarbeiter sowie interessierte Einzelpersonen mit eingeladen.

Der Vorstand

Der Vorstand besteht aus drei zentral und vier regional gewählten Personen. Er wird jährlich gewählt von den stimmberechtigten Mitgliedern. Der Vorstand arbeitet ehrenamtlich. Im Vorstand sind Bewohner und Sozialarbeiter vertreten.



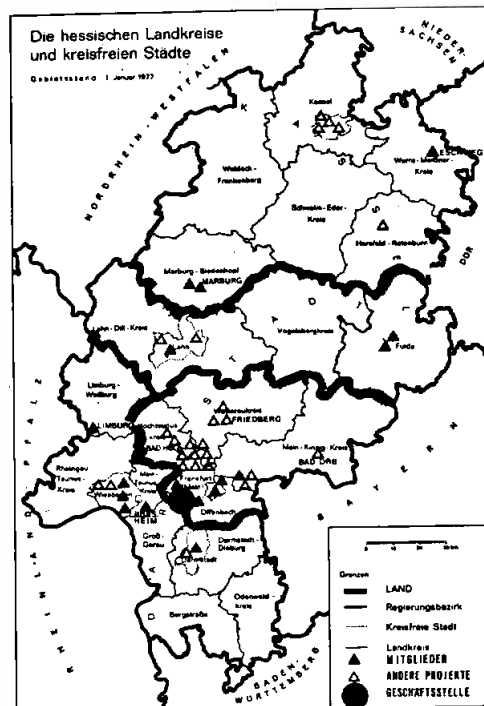
Die Regionalversammlungen

Das Land Hessen wurde durch Mitgliederbeschluß in vier Regionen aufgeteilt:

- Region Nord
- Region Mitte
- Region Süd
- Region Süd/West

(siehe nebenstehende Karte)

In diesen Regionen finden mindestens einmal jährlich Regionalversammlungen für die Bewohner und Sozialarbeiter der Sozialen Brennpunkte dieser Regionen statt. Dadurch können die Kontakte und der Erfahrungsaustausch zwischen Siedlungen und Projektgruppen, die örtlich beieinanderliegen, unmittelbarer und mit breiterer Beteiligung hergestellt werden, als das durch zentrale Landestagungen für alle Projekte ermöglicht werden kann. Die Regionalversammlungen sind in der Regel eintägig.



Die Regionalvertreter

Für jede Region werden von den Teilnehmern der Regionalversammlungen ein oder mehrere Regionalvertreter gewählt. Diese sind Kontaktpersonen für die örtlichen Siedlungen jeder Region. Gleichzeitig sind sie Verbindungsglied zum engeren Vorstand und zur Geschäftsstelle.

Die Geschäftsstelle

In den ersten Jahren nach Gründung der LAG wurden auch die Arbeiten der Geschäftsstelle ehrenamtlich verrichtet. Die Fülle der Aufgaben erfordert jedoch hauptamtliche Mitarbeiter, zumal alle Vorstandsmitglieder "nebenbei" noch einen Beruf haben. Inzwischen konnten zwei hauptamtliche Angestellte eingestellt werden, deren Arbeitsverhältnis aber auf ein Jahr befristet ist, da diese Stellen über das Arbeitsbeschaffungsmaßnahmenprogramm der Bundesregierung finanziert werden. Aufgrund der geringen Zuwendungen des Landes Hessen und des Landeswohlfahrtsverbandes kann die LAG aus eigenen Mitteln keinen hauptamtlichen Mitarbeiter bezahlen.

ALLGEMEINE INFORMATION, S. 4

Zu den Aufgaben der Landesarbeitsgemeinschaft gehören:

- Koordination der Arbeit der verschiedenen Projekte auf Regional- und Landesebene
- regelmäßiger Erfahrungsaustausch, Durchführung von zentralen Veranstaltungen und von regionalen Tagungen
- allgemeine Projektberatung und Projektanalyse
- Interessenvertretung gegenüber den Landesbehörden
- generelle Öffentlichkeitsarbeit
- Material- und Datensammlung sowie Auswertung
- Stellenmarkt - Information

Die Geschäftsstelle ist in der Regel zwischen 10 und 16.30 telephonisch erreichbar. Die Telephonnummer ist 0611/234397.

Für Autofahrer ist die Geschäftsstelle aus Richtung Messe über den Platz der Republik, dann links abbiegend Mainzer Landstraße, rechts ab durch die Weserstraße bis zur Münchner- oder Gutleutstraße, dort wieder rechts ab bis zur 2. Querstraße zu erreichen. Parkmöglichkeiten bestehen im Parkhaus Texaco, zu erreichen über die Gutleut- oder Wilhelm-Leuschnerstraße.

ADRESSENLISTE

Sept. 78

Mitgliedsprojekte (Nach § 5 A in Verbind. mit § 8 d. Satzung)

Name/ Bezeichnung

Anschrift / Tel.

REGION SÜD

Elterninitiative Kind in Nied

c/o Bärbel Kretschmer
Linkstr. 49, 6230 Ffm 80
Tel.: priv. 381240
3055580

Projektgruppe Neu- Isenburg

c/o Stadtverwaltung, Rathaus, z.Hd.
Hartmut Klemm
6078, Neu- Isenburg, Tel. 06102/2411
od. 33170

Projektgruppe Lohwald

c/o Stadtverwaltung, Rathaus , Dez.V
6050 Offenbach
Tel.: 80652448 od.
80652176 od.
80652237

oder

c/o Regina Seidewitz
Katanienallee 55
6050 Offenbach
Tel.: 0611/864398

Bewohnerrat Eschig

c/o Frau Schneidewind
Im Eschig 26 , 6050 Offenbach

Assoziierte Projekte (nicht Mitglied aber mitarbeitend)

Initiativgruppe Bad Orb e, V.

c/o Ulrich Freund, Küppelsmühle
6482 Bad Orb
Tel. 06052 /2012
(Karin Zimmermann)

Projektgruppe Wohnwagenstandplatz
Bonames Frankfurt

c/o Dorothea Flöter, Berger Str. 66
6 Ffm, Tel. 0611/494047

oder

c/o Rosa Biedermann, Bonameser Weg 636
6 Ffm (WSP)

Mitarbeiterschaft in den
Sozialen Brennpunkten

Bad Homburgs

incl. Spielstuben
Altkönigstr.
Feldstr.

c/o Ilse Wege , Hessenring 76
6380 Bad Homburg, Tel. 06172/ 6487
oder

c/o Spielstube Altkönigstr.34
6380 Bad Homburg, Tel. 06172/37791
(Eva- Maria Ludwig, Manuela Meyerhoff)

Spielstube Schwarzbachmühle

An der Schwarzbachmühle 20 b
6 Frankfurt, Tel. 0611/664674 o. 354157

Diakonisches Werk Friedberg

c/o Sabine Welk
Große Köhlergasse 1
6360 Friedberg, Tel. 06031/2638

Spielstube Kesselstadt e.V.
Hanau

Ankergasse 6
6450 Hanau , Tel. 06181/21438

Gemeinschaftshaus
Aschaffenburgstr. Hanau

c/o Herr Urbaß, Aschaffenburgstr.
6450 Hanau

Jugendclub Preungesheim

Wegscheidestr. 50, 6 Frankfurt
(Klaus Müller) Tel. 0611/ 540116

Spielstube Preungesheim

Wegscheidestr. 50, 6 Frankfurt
Tel. 0611/ 540116

Einzelmitglieder

Rudi Dittmar

An der Trift 3, 6072 Dreieichenhain
Tel. 061103 / 85769

REGION SÜD /WEST

Mitgliedsprojekte

Projektgruppe
Sozialer Brennpunkt e.V.
Preßbergerstr.

c/o Arbeitsgemeinschaft Sozialer
Brennpunkt e. V.
Preßbergerstr. 1, 62 Wiesbaden
Tel. 06121/429356

c/o Elfride Silbereisen
Preßbergerstr.5 , 62 Wiesbaden

Arbeitsgemeinschaft
Schelmengraben e.V.

c/o Karl Marxstr. 6 , 62 Wiesbaden
Tel. 06121 /424543

Projektgruppe/Bewohnerrat
Mühltal Wiesbaden

c/o Gemeinschaftszentrum
An der Kupferlache 2-4 , 62 Wiesbad.
Tel. 06121/312302

c/o Alma Born, Im Mühltal 26,62 Wiesbad.
Tel. s.o.

Projektgruppe Sozialer
Brennpunkt e. V. Limburg

c/o Amselweg 3, 6250 Limburg
Tel. 06431/3432

Sozialkrit. Arbeitskreis
Darmstädter Bürger e. V. (SKA)

c/o Frankfurterstr.10 , 6100 Darmstadt
Tel. 06151/21203

Projektgruppe Sozialer
Brennpunkt e.V. Rüsselsheim

c/o Frau A. Form, Lukas Cranachstr. 43
Rüsselsheim
Tel. 06142/59585

oder
c/o Karl Graber, Sozialamt d. Stadt
Rüsselsheim X
Tel. d.06142/600367
p " /21788

X Kahlertstr. 21 1/2
61 Darmstadt

Assoziierte Projekte u.a.

Arbeitsgruppe GWA
Darmstadt- Arheiligen

c/o Rodgaustr. 8 ,61 Darmstadt
Tel. 06151/ 34645

Sozialzentrum Wachsacker

c/o Wachsackerstr. 3, 62 Wiesbaden
Tel. 06121/42116

Sozialzentrum Petersweg

c/o Petersweg 62 Wiesbaden
(Bn. Becker) Tel. 312678

Sozialzentrum Gernotstr.

c/o Gernotstr. 23, 62 Wiesbaden
(Karl Brotze) Tel. 318868

Sozialzentrum Frauensteinerstr.
Wiesbaden

c/o Frauensteinerstr. 114 a
62 Wiesbaden (Herr Eislinger)

Jugendpflege Raunheim

c/o Jugendpflege , 6090 Raunheim
Herr Spießwinkel

Evangel. Kirchengemeinde

c/o 6231 Sulzbach, Herr Muthhorst

Einzelmitglieder

Rudi Maurer, Zietenring 7, 62 Wiesbaden (AG Schelmengraben)

Dieter Jaspers, Gimbacher Tann 1 6233 Kelkheim (AG Schelmengraben)

Jürgen Malyssek, , 62 Wiesbaden, Steingasse 25

REGION MITTE

Mitgliedsprojekte

Projektgruppe Margaretenhütte e.V!
Gießen

c/o Margaretenhütte 41
63 Giessen
Tel. 0641/ 77324

Arbeitskreis Soziale Brennpunkte
Marburg e.V.
Frauengruppe Waldtal

c/o Ginseldorfer Weg 50
3550 Marburg
Tel. 06421/64125

Projektgruppe Herbsteinerstr.
Fulda

c/o Schlitzer Str. 81
Norbert Geier
64 Fulda

Projektgruppe Edelzeller
Siedlung Fulda e.V.

c/o Kreuzbergerstr. 23
64 Fulda
Tel. 0611/41659 o. 42158

Assoziierte Projekte

Initiativgruppe Eulenkopf e.V.
Gießen

c/o Gemeinschaftszentrum
Heyerweg
63 Giessen
Tel 0641/ 41447 o. 33724

Spielstube und Jugendclub
Läufertsröderweg , Giessen
(Gummiinsel)

c/o Läufertsröderweg
63 Giessen
Tel. 0641/ 83129 o.
83390

Bürgerinitiative für
Soziale Fragen e.V.
Marburg

c/o Damaschkeweg 98
3550 Marburg/L
Tel. 06421/47992

Deutscher Kinderschutzbund
Marburg

c/o Frau Dr. Runckel- Storch
Großseelheimerstr.35
3550 Marburg
Tel. 06421 /42671

REGION NORD

Mitgliedsprojekte

Sozialpädagogischer
Arbeitskreis Eschwege e.V.

c/o.Ulrich Krüger, Sozialamt d. Stadt
Rathaus
3440 Eschwege, Tel. 05651/30041

oder

Norbert Schrinner, Zur Warthe 3
3440 Eschwege- Oberdünzsbach
Tel. 05651/3583 o. 10071

Projekte in KASSEL

Mitarbeiter der Siedlung
Frasenweg Kassel

c/o.Gerda Körtel, Soz.Stat.Frasen-
weg, 3500 Kassel, Tel.0561/88891
o. priv. 812312

Spiel-und Lernstube
Philippinenhof (DKSB Kassel)

35 Kassel, Hohen Eichner Str.14
oder:
Karin Pflüger, Günterslohe 15a
3502 Vellmar, Tel.823748

Sozialzentrum Forstbachweg

35 Kassel, Forstbachweg
Abt. Soziale Dienste 506
c/o.R. Brunner, Tel. 0561/7875141

Mieterinitiative Forstbachweg

35 Kassel, Steinigstr. 1
Irmgard Schneider, Tel.0561/516163

Projektgruppe Mattenberg

35 Kassel, Jugendhaus Allende
Tel. 0561/94234 G.v.Soest

Spielstube Waldau und
Frasenweg

c/o Jugendpflege der Stadt Kassel
Gabuthe-Jaquemin Stadtverwaltung
Tel. 0561/787-1

Arbeitsgruppe Bettenhausen

Sozialamt/Fafü, Obere Königstr.3
35 Kassel, Stadtverwaltung

Stadtorientierte Sozialarbeit
an der Gesamthochschule Kassel

c/o Dieter Oelschlägel, Querallee 1
Tel. 77424, 35 Kassel
oder:
Jürgen Krauß, Goethestr. 68
Tel. 0561/74047

Weitere Einzelmitglieder

Reinhard Lorenz

Landesjugendamt Wiesbaden,
62 Wiesbaden, Tel.06121/39581

Manfred Homann

Klosterweg 23, 6520 Worms,
Tel. 06241/76671

Vorstandsmitglieder seit der MV am 2.4.1978

Manfred Schaub (1.Vors.)	Frankfurter Str. 46, 355 Marbrg, Tel. o6421/24834
Friedrich (Hannes) Wenzel (2. Vors.)	Kahlweg 8, 6050 Offenbach, Tel. o611/854494 privat oder dienstlich 88652754
Ursula Straumann	Barfüßertor 17, 355 Marburg, Tel. o6421/21344

Hauptamtliche Mitarbeiter bei der Landesarbeitsgemeinschaft

Heinrich Sydow	c/o Geschäftsstelle, Moselstr. 25 6 Frankfurt 1, Tel.o611/234397
Dieter Mihm	- " -

Regionalvertreter (zugleich Mitglieder des erweiterten Vorstands)

Region Süd:

Regina Seidewitz	Kastanienallee 55, 6050 Offenbach Tel. o611/864398
Ingrid Bertsch	Büdingen Str. 1, 6450 Hanau, Tel. 84474
Bettina Teichert	Friedberger Anlage 8, 6 Frankfurt Tel. 431220

Region Süd/West:

Alma Born	Im Mühlthal 26, 62 Wiesbaden Tel. o6121/312302
Hartmut Fritz	c/o Projektgruppe Sozialer Brennpunkt Limburg e.V., Amselweg 3, 6250 Limburg, Tel.o6431/3432

Region Mitte:

Ursula Röthig	Herbsteiner Str. 74, 6400 Fulda
Monika Neumaier	c/o Projektgruppe Margaretenhütte 63 Gießen, Tel. o641/77324
Mariele Spätling	c/o St.Martinshaus, Fuchspaß, 355 Marburg, Tel.o6421/64328
Frau Ottinger	Am Hayerweg 29, 6300 Gießen

Region Nord:

Wolfgang Heinz	Am Diebach 5, 3440 Eschwege, Tel. o5651/10071, (Büro i.d.Sied- lung)
----------------	--

Andere Projekte und weitere Adressen der Region Süd:

Gemeinschaftshaus	Herr Urbaß, Aschaffener Str. 6450 Hanau, Tel. 06181/592614
Deutscher Kinderschutzbund Friedberg	Mittelweg 11 a oder Kettlerstr. 46 6360 Friedberg, Tel. 06031/3807 (Frau Eckert)
Diakonisches Werk (Frau Welk)	Große Köhlergasse 1, 6360 Fried- berg, Tel. 06031/2638
Goldsteinsiedlung	Kindertagesstätte, 6350 Bad Nau- heim, (Frau Barth, F. Groh, H. Lauderbach)
Projektgruppe "Am Bügel"	c/o Herr Bath, Ben-Gurion-Ring 6 Frankfurt, Tel. 5071726
Gemeinwesenarbeit "Am Bügel"	c/o Norbert Krause, Am Ben-Gurion- Ring 54, Tel. 5072226
Spielstube Niedwiesenstr.	(AWO) Niedwiesenstr. 113, 6 Frank- furt, Tel. 516109
Spielstube Rödelheim	Zentmarkweg 39, 6 Ffm., Tel. 783041 c/o Meggi Oberth, am alten See 14, Tel. 7891295
Kinderbehandlungszentrum Preun- gesheim	Alt Preungesheim 2, 6 Ffm. 50, Tel. 541002
Spielstube d. Evang. Freikirchl. Gemeinde	Niederhornstr. 52, 6 Ffm., Tel. 545251
Spielstube und Jugendclub Kieferstr.	c/o Herr Betz, Jugendsozialwerk, Kieferstr. 40, 6 Ffm.-Gries- heim, Tel. 392636
Spielstuben des Caritas- Verbandes Frankfurt	Gotenstr. 135 Tel. 304747 Birsteinerstr. 85, Tel. 421642 Große Nelkenstr. 37, Tel. 7892575 Froschhäuserstr. 10, Tel. 392222

Sozialpädagogische Schülerhilfen (nach RL I VIII. v. LJA gefördert -
keine Soziale-Brennpunkte-Projekte im engeren Sinne)

Evang.Kirchengemeinde Lauterborn (Soz.päd.Gruppenarbeit)	Richard-Wagner-Str.117 Lauterborn
Arbeiterwohlfahrt Eschborn (Soz.Gruppenarbeit)	Friedenstr. 4, 6236 Eschborn 1
Evang.Kirchengemeinde Sulzbach	Pfarrer Eckert, Jürgen Muthorst Fronhofstr. 6, 6231 Sulzbach
Jugendwerk Dillenburg eV (Soz.päd.Gruppenarbeit)	Hofgarten (ehem.Turnhalle) 6340 Dillenburg
Soz.päd.Schülerhilfe	c/o Herr Kapiollek, Berliner Str.64 6101 Weiterstadt
Evang.Kirchengemeinde Frielendorf (Soz.päd.Gruppenarbeit u. Schülerhilfe)	3579 Frielendorf
Kinderförderung Rothenburg e.V.	c/o Fr.Wollkowitz, Kottenbach 6 6442 Rothenburg

Sprecher der Regionalen Fortbildungsgruppen der Mitarbeiter in
Spiel- und Lernstuben :

Region Nord:

Maria Menge	c/o Spielstube SPA, Eschwege am Diebach, Tel. 10071
Gerda Koertel	c/o Sozialstation Frasenweg, 35 Kassel Tel. 0561/812312

Region Mitte:

Helga Boberg	c/o, Zückenberg 14, 3550 Marburg, Her- mershausen
Heide Sellem	c/o Spielstube Läuferaröder Weg 21 63 Giessen, Tel.83129

Region Süd 1:

Spielstube Schwarzbachmühle	c/o an der Schwarzbachmühle 20 b, 6 Ffm., Tel. 664674
Ulrike Schüller	c/o Spielstube Feldstr. 89, 6380 Bad Homburg, Tel.100491

Region Süd 2:

Michael Wohlfahrt	c/o SKA e.V., Frankfurter Str. 10, 61 Darmstadt, Tel. 21203
Gudrun Nagel	Schadowstr. 7, 6 Ffm., Tel. 622922

Region Süd 3:

Lothar Herberger	c/o Kindertagesstätte Schlangenbaderstr. 62 Wiesbaden,
------------------	---